

Andreas Ladner

Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen

Andreas Ladner

# Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen

Eine vergleichende Analyse  
von Konfliktlinien, Parteien  
und Parteiensystemen  
in den Schweizer Kantonen



**VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**



+



=



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

VS Verlag für Sozialwissenschaften

Entstanden mit Beginn des Jahres 2004 aus den beiden Häusern

Leske+Budrich und Westdeutscher Verlag.

Die breite Basis für sozialwissenschaftliches Publizieren

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

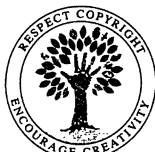
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

1. Auflage August 2004

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2004

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.  
[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISBN-13: 978-3-8100-4120-3

e-ISBN-13: 978-3-322-80995-7

DOI: 10.1007/978-3-322-80995-7

# Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen.....	11
Vorwort.....	13

<b>1</b>	<b>Parteien und Parteiensysteme im Wandel: Ausgangslage, Fragestellung und Vorgehen .....</b>	<b>17</b>
----------	---	-----------

1.1	Gesellschaft und Parteien im Wandel? .....	17
1.2	Verlaufsformen des Wandels und Handlungsspielraum der Parteien.....	21
1.3	Fragestellung und Erkenntnisinteresse .....	21
1.4	Empirische Basis – Aufbau der Studie .....	23

<b>Teil I: Die Ebene der Parteiensysteme .....</b>	<b>25</b>
--	-----------

<b>2</b>	<b>Die Analyse von Parteiensystemen und die Frage des Wandels.....</b>	<b>27</b>
----------	--	-----------

2.1	Was sind Parteiensysteme? .....	27
2.2	Wie sind die Parteiensysteme entstanden? .....	30
2.2.1	Erklärungsansätze zur Entstehung von Parteien .....	30
2.2.2	Die Theorie von Lipset/Rokkan .....	32
2.2.3	Wie entsteht aus einem Cleavage ein Parteiensystem? .....	33
2.2.4	Soziologischer Determinismus und ideengeschichtlicher Reduktionismus?.....	34
2.3	Wie unterscheiden sich Parteiensysteme? .....	35
2.3.1	Typologien .....	35
2.3.2	Merkmalsausprägungen .....	41
2.3.3	Typologie versus charakteristische Eigenheiten .....	44
2.4	Warum unterscheiden sich Parteiensysteme? .....	45
2.5	Welche Auswirkungen haben Parteiensysteme?.....	47
2.6	Wandel von Parteiensystemen .....	49
2.6.1	Transformation: Kirchheimers These von der Entideologisierung der Parteiensysteme .....	53
2.6.2	Stabilität: Lipset/Rokkan und die eingefrorenen Parteiensysteme .....	56
2.6.3	Die Debatte über die eingefrorenen Parteiensysteme.....	58
2.6.3.1	Ausnahmen.....	59
2.6.3.2	Probleme in der Formulierung der Hypothese .....	59
2.6.3.3	Empirische Evidenz .....	61



2.6.3.4	Die Gegenargumente von Bartolini/Mair .....	62
2.6.3.5	Schlussfolgerungen.....	63
2.7	Das weitere Vorgehen: Die Analyse der kantonalen Parteiensysteme .....	65
<b>3</b>	<b>Fragmentierung und Zahl der Parteien .....</b>	<b>67</b>
3.1	Theoretische und konzeptuelle Überlegungen.....	67
3.1.1	Die Zahl der Parteien als zu erklärende und erklärende Variable.....	67
3.1.2	Fragmentierung des Parteiensystems – verschiedene Indices .....	69
3.1.2.1	Die Summe der quadrierten Sitzanteile und der Rae- Index .....	69
3.1.2.2	Die effektive Zahl der Parteien .....	72
3.1.2.3	Der Hyperfraktionalisierungs- und der Molinar-Index .....	74
3.1.2.4	Die verschiedenen Indices im Vergleich .....	75
3.1.2.5	Das Problem der „übrigen Parteien“ .....	79
3.1.2.6	Abschliessende Bemerkungen.....	84
3.2	Die Zahl der Parteien in den kantonalen Parteiensystemen .....	85
3.2.1	Die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme 1995-1999.....	85
3.2.2	Determinanten fragmentierter Parteiensysteme .....	90
3.2.3	Die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme im Wandel .....	92
3.2.4	Schlussbemerkung .....	94
<b>4</b>	<b>Stabilität und Volatilität.....</b>	<b>97</b>
4.1	Theoretische und konzeptuelle Überlegungen.....	97
4.1.1	Volatilität: Das Konzept von Pedersen.....	99
4.1.2	Aggregierte Volatilität versus individuelle Volatilität .....	105
4.1.3	Inter-bloc volatility und die Stabilitätsthese .....	107
4.1.4	Volatilität: Die Schweiz im internationalen Vergleich .....	110
4.1.5	Volatilität als zu erklärende Variable .....	113
4.2	Volatilität in den kantonalen Parteiensystemen .....	115
4.2.1	Volatile und stabile kantonale Parteiensysteme.....	115
4.2.2	Der Wandel der Volatilität.....	118
4.2.3	Blockvolatilität in den Kantonen.....	122
4.3	Determinanten einer hohen Volatilität.....	126
4.4	Zusammenfassung und Würdigung des Konzepts .....	131

<b>5</b>	<b>Die Verortung der Parteien im ideologischen Raum .....</b>	<b>133</b>
5.1	Einleitende Bemerkungen – theoretische Grundlagen .....	133
5.1.1	Die Positionierung der Parteiensysteme auf der Links- rechts-Dimension .....	134
5.1.2	Das Konzept der Polarisierung .....	135
5.1.3	Die Bestimmung der Polarisierung des nationalen Parteiensystems .....	136
5.1.4	Positionierung und Polarisierung des Schweizer Parteiensystems im internationalen Vergleich .....	141
5.2	Die ideologische Positionierung der kantonalen Parteiensysteme .....	142
5.3	Die Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme .....	146
5.4	Positionierung und Polarisierung .....	148
5.5	Zusammenfassende Bemerkungen .....	149
<b>6</b>	<b>Einzelne Parteien und politische Lager .....</b>	<b>151</b>
6.1	Die vier Bundesratsparteien .....	152
6.1.1	Die SVP bei den kantonalen Wahlen .....	152
6.1.2	Die CVP bei den kantonalen Wahlen .....	159
6.1.3	Die FDP bei den kantonalen Wahlen .....	165
6.1.4	Die SP bei den kantonalen Wahlen .....	171
6.1.5	Überblick: Das Abschneiden der vier grossen Parteien bei kantonalen Wahlen .....	178
6.2	Regierungsparteien .....	180
6.3	Politische Lager .....	182
<b>7</b>	<b>Kantonale Parteiensysteme – zusammenfassende Analysen .....</b>	<b>187</b>
7.1	Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Merkmalen der Parteiensysteme .....	187
7.2	Eine empirische Typologisierung der kantonalen Parteiensysteme .....	193
7.3	Der Wandel in den kantonalen Parteiensystemen .....	211
<b>Teil II: Parteiorganisationen .....</b>		<b>223</b>
<b>8</b>	<b>Parteiorganisationen im Wandel – theoretische Grundlagen .....</b>	<b>225</b>
8.1	Die Analyse von Parteiorganisationen .....	225
8.1.1	Die drei Gesichter der Parteien .....	227

8.1.2	Ideale Parteiorganisationen im ausgehenden 20. Jahrhundert .....	229
8.1.3	Die „catch-all party“ .....	230
8.1.4	„Cross National Measures of Party Organizations“ .....	232
8.1.5	Die „professional electoral party“ .....	234
8.1.6	Der Wandel der Parteiorganisationen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.....	238
8.1.6.1	Zu überprüfende Entwicklungsmuster.....	239
8.1.6.2	Hypothese in Bezug auf die drei Gesichter der Parteien und Ergebnisse.....	241
8.1.6.3	Die Krise der Parteien? .....	243
8.1.7	Die „cartel party“ .....	243
8.2	Parteitypen und Parteimerkmale .....	245
8.3	Politische Parteien und Wandel.....	246
8.4	Die Analyse der Schweizer Parteien .....	250
<b>9</b>	<b>Die Schweizer Kantonalparteien im Wandel .....</b>	<b>253</b>
9.1	Fragestellung und Daten .....	253
9.2	Die sich wandelnde Bedeutung der Mitglieder.....	255
9.3	Bedeutung der Ideologie und ideologische Homogenität .....	262
9.4	Eigenfinanzierung der Parteien .....	268
9.5	Traditionelle und neue Parteien und Parteiensysteme.....	269
<b>Teil III: Die Ebene der Bürgerinnen und Bürger .....</b>		<b>273</b>
<b>10</b>	<b>Cleavages: Theoretische Grundlagen .....</b>	<b>275</b>
10.1	Fragestellungen, Anwendungsbereiche und die Abgrenzung von anderen Konzepten .....	277
10.1.1	Cleavages – ein Konzept der Wahlforschung und ein Konzept der Parteienforschung .....	277
10.1.2	Gewandeltes Erkenntnisinteresse .....	279
10.1.3	Abgrenzung gegenüber anderen Begriffen und Ansätzen .....	280
10.2	Definitionen von Cleavages .....	282
10.3	Typologien und Typen von Cleavages .....	289
10.3.1	Die vier grundlegenden Cleavages von Lipset/Rokkan .....	290
10.3.2	Die zehn Konflikte bei von Beyme .....	292
10.3.3	Die sieben ideologischen Dimensionen von Lijphart.....	294
10.3.4	Der gegenwartsbezogene Ansatz von Lane/Ersson.....	296

10.3.5	Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Typologisierungen .....	299
10.4	Cleavages und Parteien .....	303
10.5	Cleavages und Wandel.....	307
10.5.1	Die Persistenz der historischen Cleavages? .....	307
10.5.2	Die nachlassende Bedeutung von Cleavages? .....	308
10.5.3	Die Entstehung neuer Cleavages? .....	311
10.5.4	Dürfen sich Cleavages wandeln können? .....	312
10.6	Abschliessende Kritik und Würdigung des Konzepts .....	315
<b>11</b>	<b>Die zentralen Cleavages der kantonalen Parteiensysteme: Basis und Organisation .....</b>	<b>317</b>
11.1	Verlaufsformen des Wandels .....	319
11.2	Operationalisierung und empirische Umsetzung .....	322
11.3	Die strukturelle Basis der vier Grund-Cleavages .....	324
11.3.1	Die Konfession .....	325
11.3.2	Beschäftigte im Sekundärsektor .....	329
11.3.3	Beschäftigte im Primärsektor .....	333
11.3.4	Sprachgruppen .....	336
11.4	Die Parteiorganisationen der vier Grund-Cleavages .....	338
11.5	Struktur und Organisation – Fazit .....	351
<b>12</b>	<b>Das Cleavage-Bewusstsein: Interkantonale Cleavages .....</b>	<b>355</b>
12.1	Die Operationalisierung des Cleavage-Bewusstseins .....	355
12.2	Interkantonale Cleavages .....	357
12.2.1	Der konfessionelle Cleavage .....	363
12.2.2	Sprachregionale Unterschiede .....	372
12.2.3	Der Klassen-Cleavage .....	380
12.2.4	Der Stadt-Land-Cleavage .....	383
12.3	Zusammenfassung der Analyse auf nationaler Ebene .....	387
<b>13</b>	<b>Das Cleavage-Bewusstsein: Intrakantonale Cleavages .....</b>	<b>391</b>
13.1	Operationalisierung des Cleavage-Bewusstseins in den Kantonen .....	391
13.2	Wandel der totalen Cleavage-Intensität in den Kantonen .....	393
13.3	Wandel des Staat-Kirche- und des Zentrum-Peripherie-Cleavages .....	396
13.4	Wandel des Klassen-Cleavages .....	403
13.5	Wandel des Stadt-Land-Cleavages .....	406
13.6	Wandel des sprachregionalen Cleavages .....	410

13.7	Fazit.....	411
<b>14</b>	<b>Wandel der Cleavage-Struktur und Wandel der kantonalen Parteiensysteme und Parteien.....</b>	<b>415</b>
14.1	Die Analyse des Wandels auf der Ebene der Wählenden.....	415
14.2	Die Bedeutung der Cleavages und der Parteien – empirische Ergebnisse .....	417
14.2.1	Cleavages und Zahl der Parteien in den Kantonen .....	417
14.2.2	Cleavages und die Herausbildung der Parteien.....	421
14.2.3	Cleavages und Erfolg der Parteien heute .....	426
14.3	Das Konzept der Cleavages – abschliessende Bemerkungen.....	431
<b>15</b>	<b>Fazit: Das Ende der „frozen party systems“-These .....</b>	<b>433</b>
15.1	Parteien im Wandel: Entfernen sich die Parteien von ihrer Basis und gleichen sie sich einander an?.....	434
15.1.1	Rutschen die Parteien auf der Links-rechts-Achse in die Mitte? .....	435
15.1.2	Nimmt die parteiinterne Heterogenität zu?.....	437
15.1.3	Verliert die Ideologie an Bedeutung? .....	440
15.1.4	Zusammenfassung – Wandel der Parteiorganisationen? .....	442
15.2	Determinanten stabiler Parteiensysteme: Garantieren Cleavages eine geringe Volatilität? .....	443
15.3	Der Abschied von der „frozen party systems“-These .....	449
	Tabellenverzeichnis.....	457
	Abbildungsverzeichnis .....	463
	Abkürzungsverzeichnis .....	469
	Literaturverzeichnis.....	473

## Vorbemerkungen

Das vorliegende Buch ist das Produkt langjähriger Forschungsanstrengungen im Bereich der politischen Parteien. Es stellt eine leicht überarbeitete Version meiner im Herbst 2002 von der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern angenommenen Habilitationsschrift dar. Mit dieser Schrift findet auch meine Forschungszeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern ein Ende. Die dort verbrachten Jahre bleiben mir, trotz den mit dem Verfassen einer solchen Arbeit verbundenen Mühen und Zweifeln, in sehr guter Erinnerung.

Ein besonderer Dank geht an Wolf Linder (Universität Bern), der mich veranlasst hat, vom Soziologischen Institut der Universität Zürich ans Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern zu wechseln und mir dort ein angenehmes und motivierendes Umfeld geboten hat, in dem eine solche Arbeit hat entstehen können. An diesem Institut geht der Dank zudem an Jürg Steiner und Klaus Armingeon, die mich auf unterschiedliche Art und Weise angespornt und motiviert haben, dieses Werk fertig zu stellen. Schliesslich geht der Dank auch an meinen Zweitgutachter Hanspeter Kriesi, von dessen inhaltlicher und methodischer Kompetenz ich bereits in meiner Studienzeit profitieren konnte und der wesentlich dazu beigetragen hatte, dass ich mich entschloss, nicht in der Soziologie, sondern in den Politikwissenschaften zu habilitieren.

Fachliche Anregungen und Unterstützung erhielt ich über die Zeit hinweg von einer Vielzahl von Kollegen und Mitarbeitern: Es sind dies Michael Brändle, Urs Meuli, Marc Bühlmann, Reto Steiner, Georg Lutz, Markus Freitag, Adrian Vatter, Martin Senti, Hans Hirter; Yvan Rielle und Thomas Holzer. Ein besonderer Dank geht auch an Frank Heckelsmüller und Jan Fivaz, die sich mit meiner Sprache herumgeschlagen haben. Letzterer hat auch die Schlussformatierung von Text und Tabellen besorgt, während Albert Waaijenberg die Erstellung und Formatierung der Abbildungen übernommen hat. Der Lotteriefonds des Kantons Bern hat sich freundlicherweise bereit erklärt, die Herstellungskosten des Buches mit einem namhaften Betrag zu unterstützen.

Ganz besonders verpflichtet bin ich meiner Frau Colette Giboudeaux und meinen Kindern Thilo, Yann und Alina. Nicht nur für das Verständnis, das sie meiner intensiven Beschäftigung mit dem Thema Parteien entgegenbrachten, sondern auch für die Motivation und Kraft, die sie mir immer wieder gegeben haben, um eine solche Arbeit auf Papier zu bringen. Ihnen widme ich dieses Buch.

Zürich, Februar 2004

Andreas Ladner

## Vorwort

Seit manchen Jahren beschäftigt sich Andreas Ladner mit den schweizerischen Parteien. Er hat sich dabei mit einer grossen Zahl von Publikationen hervorgetan, die seinen Ruf als besten Kenner der schweizerischen Parteienlandschaft begründeten. Nun legt Ladner mit seiner Habilitationsschrift den Ertrag einer Forschung vor, die sich mit dem ebenso spannenden wie anspruchsvollen Thema von Konstanz und Wandel des Parteiensystems befasst. Spannend ist das Thema deshalb, weil es die europäische Politikwissenschaft seit Jahrzehnten nicht in Ruhe lässt: In den 1960er Jahren haben Lipset und Rokkan ihre berühmte Cleavage-Theorie formuliert, nach welcher die gleichen vier gesellschaftlichen Spaltungen die Staatsbildung und die Parteiensysteme in ganz Westeuropa geprägt haben. Die „frozen party systems“-These, wonach die europäischen Parteien seit den 1920er Jahren in diesen vier Spaltungen „festgefroren“ sind, hat Politologen vieler Länder zu immer neuen und teils eleganten Theorievorschlägen angeregt. Anspruchsvoll ist das Thema des Wandels deshalb, weil es theoretisch, methodisch und von der Datenlage her alles andere als einfach ist, Konstanz oder Veränderung des Parteiensystems überhaupt zu unterscheiden. Zwar suggerieren Traditionsnamen liberaler, konservativer oder sozialdemokratischer Parteien fast so grosse Konstanz wie die Verfassungen, innerhalb derer sie politisieren. Sind aber die Labels nicht fast das einzig Konstante, was die Parteien vorzuweisen vermögen? Sind sie nicht zu nachhaltigen Veränderungen gezwungen, um ihre Anhängerschaft im gesellschaftlichen Wandel nicht zu verlieren? In einem solchen Feld, so müssen wir vermuten, ist alles in Bewegung. Wer sicheren Grund will, muss tief schürfen.

Hier nun setzt Ladners Schrift ein. Im Gegensatz zu den meisten schweizerischen Darstellungen und zum Grossteil der europäischen Literatur ist die vorliegende Arbeit nicht nur theoretisch, sondern ebenso empirisch-analytisch orientiert. Dem Autor geht es vor allem darum, die fast im Übermass vorhandenen theoretischen Modelle der Parteiensystem- und der Parteienforschung einer empirischen Überprüfung zu unterziehen. Nur so kann letztlich mehr und Gültiges über die Frage nach dem Wandel und der Stabilität von Parteien und Parteiensystemen gesagt werden.

Ladners kantonale vergleichende Untersuchungen verorten Konstanz und Wandel aus drei verschiedenen Perspektiven: Zunächst werden die kantonalen Parteiensysteme auf ihre Fragmentierung, auf ihre Volatilität, auf die Verortung der Parteien im ideologischen Raum und auf die Wählerstärken untersucht. Dies erlaubt, sich ein allgemeines Bild von der Entwicklung der Parteiensysteme zu machen. Zusätzlich präsentiert der Autor eine induktiv gewonnene und neuartige Typologie des Parteiensystems, die sich von früheren Versuchen in mehrfacher Hinsicht unterscheidet. In seinem zweiten Untersuchungsteil beschäftigt sich der Autor mit jenen typischen Veränderung von Parteien, wie sie für andere Länder behauptet werden: Findet sich auch in der Schweiz der Wandel hin zur „catch-

all party“, zu „professional electoral“ oder zu „cartel parties“? Ladners Befunde zeigen keine dramatischen Veränderungen. Vom Wandel des ganzen Parteiensystems ist kaum die Rede; es sind einzelne Parteien, die sich durch unterschiedliche Merkmale des Wandels auszeichnen. Im letzten Teil schliesslich geht es am direktesten um die „frozen party systems“-These: Bilden die Parteiensysteme in den Kantonen heute die gleichen Konfliktstrukturen ab wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts? Durch originelle Operationalisierungen gelingt es dem Autor, aus Daten kantonaler Sozialstruktur und der Wahl- und Abstimmungsergebnisse die sozial-strukturelle Basis der Parteien in ihrem Wandel zu bestimmen. Das Bild, das Ladner aus der aufwendigen Untersuchung gewinnt, ist komplex. Es zeichnet sich unterschiedlich für die einzelnen Cleavages und es stimmt weniger mit den theoretischen Erwartungen überein, als mancher vermuten dürfte.

Insgesamt zeigt Ladner, dass ein Grossteil der empirischen Evidenz für die Stabilitätsthese auf einer einseitigen und theoretisch ungenügend fundierten Operationalisierung basiert. Deutlich wird dies in allen drei Forschungsdisziplinen (der Parteiensystemforschung, der Parteiforschung und der Wahlforschung), die auch den drei Teilen des Buches den Inhalt geben. Es ist nicht ganz zufällig, dass die Stabilitätsthese vor allem bei den Parteiensystemforschern hoch im Kurs ist, weil auch heute noch eine Vielzahl der relevanten Parteien dieselben Namen haben oder sich entwicklungsgeschichtlich auf die Parteiorganisation der 1920er Jahre zurückführen lassen. Mit der Zahl der Parteien und der Volatilität kann aber, folgt man der Argumentation des Verfassers, die Stabilitätsthese weder bewiesen noch widerlegt werden. Vernachlässigt wird, dass der Name einer Partei heute für einen anderen Inhalt stehen kann und dass auch inkrementalistischer Wandel zu grossen Veränderungen führen kann.

Nach Lipset/Rokkan sind die Parteien aus Cleavages entstanden. Diese Cleavages müssten, soll ihre These nach wie vor Gültigkeit haben, auch heute noch ihre strukturierende Wirkung auf die Parteiensysteme ausüben. Ausgehend von der heute die Forschung dominierenden Konzeption von Cleavages, diejenige von Bartolini und Mair, wird dargelegt, wie schwierig die empirische Überprüfung eines an sich plausiblen Konzeptes ist. Dass keine klaren Beziehungen zwischen der Existenz respektive der Dominanz der klassischen Cleavages mit der Stärke und dem Erfolg der Parteien in den einzelnen Kantonen nachgewiesen werden kann, deutet darauf hin, dass die These von den auf ihren ursprünglichen Cleavage-Strukturen festgefrorenen Parteiensystemen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Von besonderem Interesse ist letztlich auch die an sich banale Feststellung, dass Wandel nur dann gemessen werden kann, wenn die Messgrössen konstant gehalten werden. Wird den Cleavages, so wie dies Lipset/Rokkan vorhersagen, die Möglichkeit gegeben, sich über die Zeit hinweg zu ändern, dann kann auch Wandel nicht mehr erfasst werden. Cleavages brauchen eine strukturelle Verankerung und diese Verankerung ist es letztlich, die sich in den Parteien in den letzten Jahren gelöst hat. Wenn sich trotzdem auch eine gewisse Konstanz ausmachen lässt, so findet sich diese – so die Schlussfol-



gerung dieser Arbeit – auf der Ebene von unterschiedlichen Gesellschaftskonzeptionen und Ideologien. Der Autor verabschiedet sich denn auch von der „frozen party systems“-These Lipset und Rokkans und postuliert eine stärkere Berücksichtigung der politischen Ideologien. Ladner vermutet, dass altbekannte Grundeinstellungen und Werte für das Wahl- und Abstimmungsverhalten sowie die Parteipräferenzen bedeutsamer sind, als der Mainstream der Literatur heute annimmt.

In Ladners Arbeit steckt ein durchgehendes Anliegen: Dem Autor geht es um die sorgfältige empirische Überprüfung und theoretische Hinterfragung von wissenschaftlichen Allgemeinplätzen, die sich oft schneeballartig verbreiten und kaum mehr hinterfragt werden. Entsprechend geht es Ladner weder um spektakuläre Ergebnisse noch um endgültige Antworten. Damit hat diese Arbeit einem grossen Teil der Parteienliteratur, die entweder rein deskriptiv oder rein theoretisch verfährt, etwas Entscheidendes voraus: Sie präsentiert sich als eine sorgfältige, auch selbstkritische Verbindung von Theorie und empirischer Analyse, wie sie – nicht zuletzt wegen der zahlreichen zu überwindenden Schwierigkeiten – äusserst selten anzutreffen ist. Entsprechend reich ist der Ertrag: Das Buch zeigt die ganze Vielfalt eines föderal aufgefächerten Parteiensystems in angemessener Komplexität und einige interessante Mischungen unauffälligen Wandels in (noch) wenig verunsicherter Stabilität.

Bern, im Januar 2004

Wolf Linder

# 1 Parteien und Parteiensysteme im Wandel: Ausgangslage, Fragestellung und Vorgehen

## 1.1 Gesellschaft und Parteien im Wandel?

Unbestritten ist, dass sich die Gesellschaft in den letzten 40 Jahren gewandelt hat. Die Beschäftigungsstruktur hat sich zugunsten des Dienstleistungssektors verschoben, das Bildungsniveau ist gestiegen, die dominanten Wertvorstellungen haben sich verändert, die internationalen Interdependenzen haben zugenommen und der technologische Fortschritt hat neue Möglichkeiten der Organisation und Kommunikation eröffnet. Dazu gesellten sich Schlüsselereignisse wie die 1968er-Revolution, der Erdölchock Mitte der 1970er Jahre, das Waldsterben und Tschernobyl als Katalysatoren für die aufstrebende Ökologie-Bewegung, der Fall der Berliner Mauer und der Einigungsprozess in Europa seit Beginn der 1990er Jahre, die in Politik und Gesellschaft ebenfalls ihre Spuren hinterlassen haben.

Deutlich kontroverser wird demgegenüber die Frage diskutiert, ob sich die politischen Parteien und damit auch die Parteiensysteme gewandelt und sich den veränderten Verhältnissen angepasst haben. Eine nach wie vor stark verbreitete Lehrmeinung, welche sich auf die These der „eingefrorenen“ Parteiensysteme („frozen party systems“) von Lipset und Rokkan stützt, geht davon aus, dass über den gesamten Zeitraum der letzten 80 Jahre betrachtet, Stabilität und nicht Wandel die Entwicklung der politischen Parteien und Parteiensysteme in den westeuropäischen Ländern charakterisiert (vgl. Lipset/Rokkan 1967, Bartolini/Mair 1990, Mair 1993, Gallagher et al. 1995). Nach wie vor sind es – gemäss diesen Autoren – dieselben, „historischen“ Parteien, welche die politischen Geschehnisse der meisten Länder prägen.

Andere Autoren wollen demgegenüber grundlegende Veränderungen in den Parteiensystemen festgestellt haben. Sie stützen sich dabei auf Entwicklungen wie den Bedeutungsverlust der „ideologischen Orientierung“ (Kirchheimer 1965), das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen, die Entstehung neuer Konfliktlinien (Inglehart 1977) und neuer Parteien (Harmel/Robertson 1985) sowie den Rückgang der Wählerbindungen (Flanagan/Dalton 1984).

Die Kritik an der These der festgefrorenen Parteiensysteme sowie der These der herausragenden und anhaltenden Bedeutung der historischen Parteien kann drei grossen Wellen zugeordnet werden, in denen jeweils auffallend häufig von der *Krise der Parteien* die Rede war:

- Die erste Welle setzte Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre ein. Im Gefolge des Wirtschaftsaufschwungs machte sich erstmals die Vorstellung von einer zukünftigen, alle Personen einschliessenden *Mittelstandsgesellschaft* („affluent society“) und damit vom Ende der Ideologien breit. In

diese Zeit fällt eine verstärkte Orientierung der Parteien Richtung Volksparteien (vgl. Kirchheimer 1965).

- Eine zweite Welle der Parteienkritik machte sich mit der *1968er-Bewegung* und dem Aufkommen der *neuen sozialen Bewegungen* in den „bewegten“ 1970er Jahren bemerkbar. Den traditionellen Parteien wurden ihr Vertretungsanspruch und ihre Integrationskraft abgesprochen und neue, unkonventionelle Formen der politischen Partizipation als Alternativen betrachtet. In Frage gestellt wurde die strukturelle Basis der bestehenden Parteiensysteme. Das Konzept des Postmaterialismus (Inglehart 1977) postulierte zudem einen neuen Wertekonflikt, welcher die Konfliktlinien des traditionellen Parteiensystems überlagern sollte.
- Ende der 1980er Jahre begann mit dem *Zusammenbruch der dualen Weltordnung* und der *einsetzenden Globalisierung* eine dritte Welle der Infragestellung der traditionellen politischen Parteien. Durch den Untergang des real existierenden Sozialismus verloren kommunistische und sozialistische Parteien ihre Basis und Legitimation. Gesucht wurde wiederum nach Wegen und politischen Positionen, die über die klassische Links-rechts-Dimension hinausgingen. Projekte wie der „Dritte Weg“ oder die „Neue Mitte“ in Grossbritannien bzw. Deutschland fanden hier ihren Ursprung. Die nationalen politischen Systeme und ihre Parteien drohen zudem gegenüber der globalisierten Wirtschaft ins Abseits zu geraten und ein erneuter Rückgang der Parteibindungen und der Bereitschaft zur politischen Partizipation im traditionellen Sinne macht sich bemerkbar.

Die Auseinandersetzungen über eine allfällige Krise der Parteien lassen sich weiter in eine *organisationelle* und eine *inhaltliche Argumentationslinie* unterteilen. Auf der einen Seite interessiert, wie sich die Parteien als Organisationen entwickeln, sich allenfalls dabei von ihrem Sinn und Zweck entfremden, respektive durch andere intermediäre Organisationen (z.B. Bewegungen, Interessenverbände) konkurrenziert oder abgelöst werden. Auf der anderen Seite geht es um die Frage der politischen Ideen, welche durch die Parteien vertreten werden. Damit ist die Struktur des politischen Raums bzw. seine Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Ein Beispiel dafür ist die Frage, ob das Links-rechts-Spektrum heute überhaupt noch seine Gültigkeit hat oder ob es durch andere Konfliktdimensionen ergänzt oder gar ersetzt worden ist? Ein weiteres Beispiel ist die Frage, ob es letztlich Personen oder einzelne Issues sind, welche für den Wahlentscheid der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind.

Dass die Frage nach dem Wandel der Parteien und Parteiensysteme bis anhin von der Wissenschaft nicht befriedigend beantwortet werden konnte und teilweise widersprüchliche empirische Evidenz vorgelegt wurde, hängt unter anderem auch mit den *Schwierigkeiten des Messens* von Wandels und der *Interpre-*

*tation* und *Operationalisierung* der verschiedenen Charakteristiken von Parteien und Parteiensystemen zusammen. Das Hauptanliegen dieser Arbeit ist es, sich kritisch mit den verschiedenen Konzepten zur Analyse des Wandels von Parteien und Parteiensystemen auseinander zu setzen. Untersucht werden aber nicht nur die theoretischen Argumente, sondern ebenso deren Operationalisierbarkeit und Operationalisierung. Auf diese Probleme wird im weiteren Verlauf noch ausführlich eingegangen. Zwei weitere Probleme seien aber bereits an dieser Stelle erwähnt: Das erste Problem hängt mit dem Wesen und den Aufgaben der politischen Parteien zusammen, das zweite hat mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen zu tun.

Zum einen besteht Unklarheit darüber, was politische Parteien sind und was für Funktionen sie zu erfüllen haben. Die Beschreibung der Stellung der Parteien in der Gesellschaft ist stark von *normativen Vorstellungen hinsichtlich ihres Charakters und ihrer Funktionen* geprägt (vgl. Wiesendahl 1980). So dienen für die einen politische Parteien als Bindeglied zwischen der Gesellschaft und dem politischen System (Integrationsparadigmatiker), während andere Parteien in erster Linie als Vertreterinnen bestimmter Segmente und Interessen in der Bevölkerung verstehen (Transmissionsparadigmatiker). Für dritte schliesslich sind Parteien weder der Bevölkerung noch dem Funktionieren des politischen Systems verpflichtet, sondern stellen in erster Linie Orte dar, an denen machtorientierte Eliten im Wettkampf mit anderen ihre eigenen Interessen verfolgen (Konkurrenzparadigmatiker). Je nach dem, welche Erwartungen an die Parteien formuliert werden, kommt es zu einer unterschiedlichen Bewertung ihrer aktuellen Situation. Solange das politische System – wie in den meisten westeuropäischen Ländern – einigermaßen stabil bleibt, haben Integrationsparadigmatiker keinen Anlass zur Sorge. Transmissionsparadigmatiker beklagen demgegenüber, wahrscheinlich zu Recht, dass sich die Parteien von ihren ursprünglichen Bevölkerungssegmenten entfremdet haben, während die Konkurrenzparadigmatiker solange der Parteienwettbewerb spielt und keine Kartelle entstehen, beruhigt sein können.

Die politikwissenschaftliche Forschung behandelt – und das ist das zweite Problem – die Frage des Parteienwandels zudem aus *unterschiedlichen Perspektiven* und in *getrennten Forschungsbereichen*. Auf der Mikro-Ebene analysiert die Wahl- und Abstimmungsforschung das Verhältnis der Parteien zu den Bürgerinnen und Bürgern (vgl. Tabelle 1.1). Hier stehen Fragen wie die Stabilität der Parteibindungen und die Bedeutung von Konfliktlinien (Cleavages) im Vordergrund. Die Parteienforschung hingegen untersucht auf einer Meso-Ebene die Parteiorganisationen. Dabei werden die politischen Orientierungen der Parteien, deren innerparteiliche Demokratie und Professionalisierung sowie die Bedeutung, die sie ihren Mitgliedern beimessen, in einer zeitlichen Perspektive analysiert sowie charakteristische Entwicklungsphasen der Parteien beschrieben. Die Analyse der Parteiensysteme auf der Makro-Ebene schliesslich untersucht die Veränderung der Fragmentierung oder die Stabilität und den Wandel des durch die Parteien aufgespannten politischen Raums. Hier stellt sich beispiels-

weise die Frage, ob sich die Parteiensysteme in Richtung von Zweiparteiensystemen entwickeln oder ob sie auf ihren ursprünglichen Konfliktstrukturen bestehen bleiben. Die zahlreichen Befunde hinsichtlich des Wandels von Parteien und Parteiensystemen divergieren nun aber je nach Untersuchungsebene. Analysen auf der Ebene der Parteiensysteme, die sich zu einem grossen Teil auf Wählerstimmenanteile abstützen, bestätigen nicht selten die Stabilitätsthese. Forschungsarbeiten über die Parteien selbst belegen, zumindest für einzelne Parteiorganisationen, einen Wandel von Eliteparteien über Mitgliederparteien zu Volks- und Wählerparteien. Befunde aus der Wahlforschung schliesslich legen nahe, dass die Parteibindungen abgenommen, Parteiprogramme im Verhältnis zu Sachfragen an Bedeutung verloren und die Mitgliederstrukturen einzelner Parteien starke Veränderungen erfahren haben.

Tabelle 1.1: Die Analyse von Parteien und Parteiensystemen in den Politikwissenschaften

Analyseebene	Gegenstand der Analyse	Teilgebiet der Politikwissenschaften
Mikro-Ebene: Bürger / -innen	Parteibindungen Cleavages Kulturelle Werte	Wahlforschung Abstimmungsforschung Wertewandelforschung
Meso-Ebene: Parteiorganisationen	Parteitypen Mitglieder Professionalisierung Zentralisierung Parteiinterne Machtverhältnisse und Entscheidungsprozesse Politische Orientierung	Parteienforschung (Parteien als Organisation)
Makro-Ebene: Parteiensysteme	Typen von Parteiensystemen Fragmentierung Volatilität Polarisierung Ideologischer Raum Politische Lager	Analyse von Parteiensystemen (Analyse von Wählerstimmenanteilen)

Der vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung ist es bis anhin nicht gelungen, die verschiedenen Forschungsebenen miteinander zu verbinden und die Frage befriedigend zu beantworten, ob nun Stabilität oder Wandel das herausragende Merkmal der Entwicklung der westeuropäischen Parteien ist. Die grossen international vergleichenden Forschungsprojekte befassten sich jeweils nur mit einzelnen Aspekten. Sei es entweder mit dem Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu den Parteien („Beliefs in Government“-Projekt der European Science Foundation (ESF)), mit den Parteien selbst („Manifesto Research Group“ und das Parteiorganisationen-Projekt des European Consortium for Po-

litical Research (ECPR)) oder mit den Parteiensystemen (Bartolini/Mair 1990). Die Gründe dafür sind nicht nur in den fehlenden theoretischen und konzeptuellen Grundlagen, sondern vor allem auch in den fehlenden Daten, die auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Methoden erhoben werden müssen, zu suchen.

## 1.2 Verlaufsformen des Wandels und Handlungsspielraum der Parteien

Ein weiteres Problem, welches sich bei der Analyse des Wandels von Parteien und Parteiensystemen stellt, ist das *Messen des Wandels*. Dies erhöht zusätzlich die Anforderungen an die Qualität der Daten. Häufig wird zu wenig berücksichtigt, dass Wandel nur in den seltensten Fällen linear verläuft. Oft wird nur eine ungenügende Zahl an Messpunkten verwendet. Aus zwei Messungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten kann zwar die Veränderung bestimmt werden, es können aber kaum zuverlässige Aussagen über Entwicklungen gemacht werden. Je nach dem zu welchen Zeitpunkten gemessen wird, kann es zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Mit Wandel sind immer auch unterschiedliche Verlaufsformen verbunden. Dabei interessiert, wie weit sich konvergierende, divergierende oder gleichförmige Entwicklungsmuster feststellen lassen.

Eine letzte Frage beinhaltet schliesslich den *Handlungsspielraum der Parteien* und ihre *Gestaltungsmöglichkeiten*. Parteien sind zugleich Abbild und Bestandteil der Gesellschaft, deterministische Ansätze stehen voluntaristischen Ansätzen gegenüber. Sind die Parteien in erster Linie das Produkt bestimmter Gesellschaftsverhältnisse und ist ihr Schicksal letztlich vom Wandel dieser Verhältnisse abhängig oder haben sie die Möglichkeit, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und den Lauf der Dinge zu beeinflussen? Nicht alle Parteien reagieren möglicherweise mit den gleichen Anpassungsleistungen auf veränderte Verhältnisse.

## 1.3 Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Der theoretische Anspruch der vorliegenden Arbeit liegt in der konzeptuellen Verknüpfung der drei Analyseebenen „Parteiensysteme“, „Parteiorganisationen“ und „Bürgerinnen und Bürger“. Forschungsleitende Fragestellung ist die Auseinandersetzung über die „frozen party systems“-These von Lipset/Rokkan. Haben sich Parteiensysteme und politische Parteien in den letzten 80 Jahren entscheidend gewandelt, so dass nicht mehr von denselben Parteien gesprochen werden kann oder dominiert insgesamt doch die Stabilität?

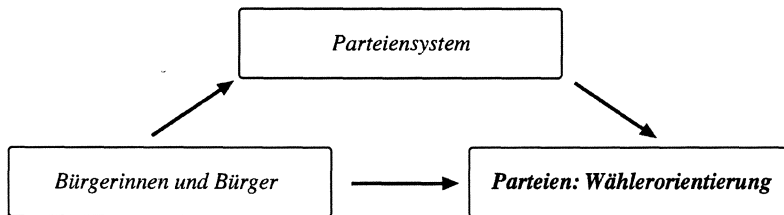
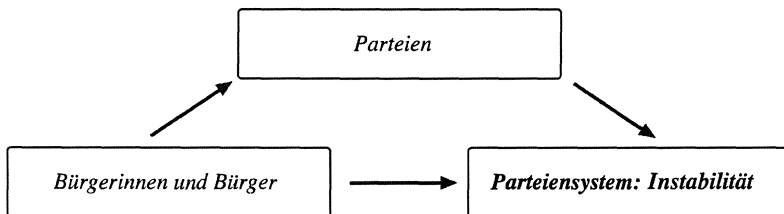
Mit dieser Ausgangsfragestellung verbunden sind zwei häufig postulierte Entwicklungsmuster, welche sich dank der Verknüpfung der drei Analyseebenen erstmals umfassend untersuchen lassen:

- Auf der *Ebene der Parteien* stellt sich die Frage, wie weit sich die politischen Parteien nach wie vor entlang unterschiedlicher Ideologien und ihrer Verankerung in unterschiedlichen Bevölkerungssegmenten unterscheiden oder ob es zu einer verstärkten Wählerorientierung gekommen ist. Letzteres würde den Vorhersagen von Kirchheimer (1965) entsprechen.
- Auf der *Ebene der Parteiensysteme* interessiert die Frage der Stabilität. Werden die Parteiensysteme instabiler, respektive verlieren die den Parteiensystemen zugrunde liegenden Cleavages ihre Bedeutung für die Strukturierung der Parteiensysteme? Diese Vorstellung würde einem Auftauen der festgefrorenen Parteiensysteme von Lipset/Rokkan (1967) gleichkommen.

Bezüglich der Ebene der Parteien wird auf die rund 100 Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien als Untersuchungseinheiten zurückgegriffen. Die Variablen über den Wandel der Parteiensysteme und der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung werden dabei als erklärende Variablen behandelt (vgl. Abbildung 1.1). Bei der übergeordneten Ebene der Parteiensysteme stellen die kantonalen Parteiensysteme die Untersuchungseinheiten dar. Erklärende Variablen sind hierbei die aggregierten Parteivariablen und die Variablen der Mikro-Ebene sowie weitere Variablen auf der Ebene der Kantone.

Das Ergebnis der Untersuchung – so viel sei bereits an dieser Stelle verraten – wird sein, dass, obschon sich die Vorstellungen von Kirchheimer nicht bestätigen lassen, nicht genügend Evidenz für die Gültigkeit der „frozen party systems“-These von Lipset/Rokkan beigebracht werden kann und sie somit zu verwerfen ist. Für die Strukturierung der heutigen Parteiensysteme müssen andere Faktoren verantwortlich sein.

Abbildung 1.1: Analyseschema für die beiden zentralen Fragestellungen

*Analyseschema: Ebene "Parteien"**Analyseschema: Ebene "Parteiensystem"*

## 1.4 Empirische Basis - Aufbau der Studie

Die Wahl der kantonalen Parteiensysteme und deren Parteien als empirische Basis der Untersuchung rechtfertigt sich nicht nur dadurch, dass in der Schweiz den föderativen Gliedstaaten weit reichende Kompetenzen und Selbstbestimmungsrechte zukommen (vgl. Lijphart 1999: 194), sondern auch durch die Tatsache, dass sich die kantonalen Parteiensysteme stark voneinander unterscheiden. In der Schweiz wird häufig nicht von einem, sondern von 26 verschiedenen Parteiensystemen gesprochen. Dieser Sachverhalt erlaubt es, einen vergleichenden Forschungsansatz zu wählen und auf quantitative Methoden zurückzugreifen. In komparativer Hinsicht bieten die föderalistischen Gliedstaaten also ein nahezu ideales Untersuchungsgebiet (vgl. Geser/Höpflinger 1977: 13 und Vatter 2002: 20). Die Heterogenität vorhandener politischer Strukturen und Prozesse garantiert eine ausreichende Varianz innerhalb eines gemeinsamen Rahmens von Grunddimensionen, so dass der Einfluss der verschiedenen Variablen besser isoliert und kontrolliert werden kann. Wo notwendig und möglich werden auch



Daten über das nationale Parteiensystem und zu den Parteiensystemen anderer Länder beigezogen.

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit werden die wichtigsten Entwicklungen in den kantonalen Parteiensystemen herausgearbeitet. Als Grundlage dienen Ergebnisse der kantonalen Parlamentswahlen. In der Regel wird dabei auf die Wählerstimmenanteile der Parteien zurückgegriffen. Im zweiten Teil interessieren die wichtigsten Entwicklungen in den Kantonalparteien. Dabei stützt sich die Arbeit auf Daten, die in einer Nationalfondsstudie über den Wandel der Schweizer Kantonalparteien erhoben wurden (vgl. Ladner/Brändle 2001). Der dritte Teil begibt sich auf die Ebene der Bürgerinnen und Bürger. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse der Cleavage-Strukturen, welche den Parteiensystemen zugrunde liegen. Auf der Basis der kantonalen Ergebnisse der Volksabstimmungen der letzten 150 Jahre kann die Entwicklung unterschiedlicher Konfliktlinien innerhalb des Landes und in den einzelnen Kantonen nachgezeichnet werden. In einem abschliessenden Kapitel werden die Erkenntnisse (Variablen) aus den drei Teilen miteinander verknüpft und die Frage des Wandels von Parteien und Parteiensystemen getrennt analysiert.

# **TEIL I: DIE EBENE DER PARTEIENSYSTEME**

Der erste Teil dieser Arbeit ist den Parteiensystemen gewidmet. Auf dieser Ebene nehmen die Auseinandersetzungen der neueren vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung über den Wandel der Parteien und Parteiensysteme ihren Anfang. Sowohl die These der eingefrorenen, wie auch die These von den sich in Richtung des US-amerikanischen Zweiparteiensystems wandelnden, westeuropäischen Parteiensysteme, welche nicht nur für die Parteiensysteme, sondern auch für die Parteien und die Konflikte innerhalb der Gesellschaften ganz unterschiedliche Vorhersagen formulieren, gehen von der Ebene der Parteiensysteme aus. Nach einem Überblick über die theoretischen Grundlagen der Parteiensystemforschung werden wichtige analytische Konzepte wie die Zahl der Parteien, die Volatilität, die Polarisierung und die Stärke der einzelnen Parteien und politischen Lager vorgestellt und auf ihre Anwendbarkeit und ihren Erkenntnisgewinn hinterfragt. Als empirische Basis dienen die Stimmenanteile der Parteien bei den Legislativwahlen in den Schweizer Kantonen (vgl. Ladner 2003).

## 2 Die Analyse von Parteiensystemen und die Frage des Wandels

Dieses Eingangskapitel hat zum Ziel, die theoretischen Konzepte der Analyse von Parteiensystemen kennen zu lernen und auf ihre Brauchbarkeit für die Beantwortung der Frage, wie weit sich die Parteiensysteme im Laufe des 20. Jahrhunderts verändert haben, zu überprüfen. Was sind Parteiensysteme und wie kann ihre Entstehung erklärt werden? Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Parteiensystemen, so dass von bestimmten Typen von Parteiensystemen gesprochen werden kann, oder lassen sich die Parteiensysteme besser anhand einzelner, charakteristischer Merkmale unterscheiden? Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen Parteiensysteme auf Politik und Gesellschaft? Von zentraler Bedeutung ist schliesslich die Frage nach dem *Wandel der Parteiensysteme* bzw. der Stichthaltigkeit der *These von den eingefrorenen Parteiensystemen*. Was zeichnet die westeuropäischen Parteiensysteme aus und ist entsprechend erstaunlich und erklärungsbedürftig? Der Wandel oder die Stabilität?

### 2.1 Was sind Parteiensysteme?

Der Begriff „Parteiensystem“ findet sich in so gut wie jedem Wörterbuch der Politik. In den Beiträgen der unterschiedlichsten Autoren treten zahlreiche Gemeinsamkeiten hervor.<sup>1</sup> Eine erste Definition des Begriffs „Parteiensystem“ ist verhältnismässig unproblematisch. Sie bezieht sich in der Regel auf die die Parteiensysteme bildenden Parteien. Nohlen (1989: 48) versteht unter Parteiensystemen „(...) das strukturelle Gefüge der Gesamtheit der politischen Parteien in einem Staat (...)“ Für Mintzel (1994: 437) wird ein Parteiensystem „(...) von der Gesamtheit aller in ihm existierenden Parteien (...) konstituiert“ und im Lexikon der Politik von Nohlen (1998: 463) wird ein Parteiensystem als „das Beziehungsgefüge der in einem politischen Gemeinwesen agierenden Parteien (...)“ bezeichnet. Seine Existenzberechtigung erhält der Begriff indes dadurch, dass er mehr beinhaltet als die Summe der in einem Parteiensystem vertretenen Parteien.

In den meisten Nachschlagewerken wird weiter ausführlich auf *Beschreibungsmerkmale* (Zahl und Grösse der Parteien, Parteienwettbewerb, ideologische Distanz) und *Klassifikationen von Parteiensystemen* (Zweiparteiensysteme,

---

<sup>1</sup> Vgl. Gerhard Lehmbuch, in: Staatslexikon, herausgegeben von der Görres-Gesellschaft, Band 4, 7. Auflage (1988). Klaus von Beyme, in: Wörterbuch Staat und Politik, herausgegeben von Dieter Nohlen (1991). Elmar Wiesendahl, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, herausgegeben von Dieter Nohlen, Band 1, Neuauflage, 4. Auflage (1992). Alf Mintzel, in: Politiklexikon, herausgegeben von Everhard Holtmann (1994). Petra Bendel, in: Lexikon der Politik, herausgegeben von Dieter Nohlen: Band 7 (1998).

Mehrparteiensysteme, usw.) eingegangen, wobei der Typologie von Sartori (1976) – allenfalls mit geringen Modifikationen hinsichtlich gemässigtem und polarisiertem Pluralismus (von Beyme 1991: 459ff.) – mit Abstand der meiste Platz eingeräumt wird (vgl. von Beyme 1991 und Mintzel 1994). Erwähnt wird zudem, dass die Verschiedenartigkeit von Parteiensystemen entweder mit politisch-institutionellen oder mit sozioökonomischen bzw. soziokulturellen Ansätzen erklärt werden kann. Auf die *Funktionen der Parteiensysteme* wird hingegen weniger häufig eingegangen. Dort wo sie erwähnt werden, werden die Funktionen von Parteiensystemen eng mit den Funktionen der Parteien verknüpft. So hat der Parteienwettbewerb nach Lehmbruch (1988: 312) beispielsweise zwei Funktionen: Er soll zur Stabilität des politischen Systems beitragen, und er soll divergierende Anforderungen in Entscheidungen umsetzen. Wiesendahl (1992: 667) unterscheidet neben Funktionsanalysen von Parteiensystemen, die sich mit den „funktionalen Kapazitäten und Leistungen von Parteiensystemen, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf übergeordnete gesellschaftliche und politische Systemprobleme bewertet werden, (...)“ befassen, auch zwischen Systemumwelt- oder Kontextanalysen und Strukturanalysen.

Parteiensysteme – verstanden in einem modernen Sinne – setzen schliesslich ein *Mindestmass an Regelmässigkeit* voraus, welches nur mit der Ausbildung von dauerhaften Parteiorganisationen erreicht werden kann. Ältere Formen des Parteiwesens wie Cliquen und Klienteln, die sich um Persönlichkeiten oder Sippenverbände bilden und die um Ämter und damit verbundene persönliche Vorteile konkurrieren, gehören in der Regel nicht dazu (Lehmbruch 1988: 312).

In welcher Form werden Parteiensysteme wahrgenommen? Bezugsgrösse für die Parteiensystemforschung ist in der Regel der *elektorale Erfolg* der Parteien, respektive ihre *Vertretung in Parlament und Regierung*. Aus forschungsökonomischen Überlegungen ist dies der einfachste Weg. Wahldaten (Stimmen- und Sitzanteile) sind heute gut dokumentiert und jeweils auf dem neuesten Stand erhältlich.<sup>2</sup> Als problematisch kann sich hier allerdings erweisen, dass das Wahlverfahren die wahren Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien manchmal in einer verzerrten Form wiedergibt. Zudem ist nicht immer klar, wofür die einzelnen Parteien stehen und aus welchen Gründen sie gewählt wurden.

Parteiensysteme können auch über die *Wahl- oder Parteiprogramme* der Parteien, welche darüber Aufschluss geben, wie sich die Parteien gegenüber ihren Mitgliedern oder Wählern präsentieren, analysiert werden. Weiter kann von den *Parteiorganisationen* selbst ausgegangen werden. Diese beiden Vorgehensweisen haben den Vorteil, dass sie nicht bloss ein Abbild der Parteien, sondern deren eigene Manifestationen betrachten. Eine Analyse von Parteiensystemen auf der Basis von Parteiorganisationen oder Parteiprogrammen ist allerdings viel aufwändiger und für Ländervergleiche weniger geeignet. In Länderstudien kön-

<sup>2</sup> Das European Journal of Political Research publiziert jeweils in der Ausgabe 3/4 die Ergebnisse des vergangenen Jahres. Vgl. auch Mackie/Rose (1997) "A decade of election results: updating the international almanac."

nen demgegenüber neben elektoralen auch organisationelle Aspekte besser einbezogen werden.

Sicher nicht notwendig ist die *Einschränkung des Anwendungsbereichs* des Begriffs „Parteiensystem“ auf Nationalstaaten. Die Europäische Union (EU) liefert ein Beispiel für ein *staatenübergreifendes Parteiensystem*. Und auch innerhalb eines Staates, auf den verschiedenen Unterebenen kann von mehr oder weniger ausdifferenzierten Parteiensystemen gesprochen werden. In Ländervergleichen werden in der Regel *nationale Parteiensysteme* verglichen, wobei im besten Fall der innerstaatlichen Verankerung der verschiedenen Parteien eines Parteiensystems Rechnung getragen wird. Besonders in föderativen politischen Systemen sind auch *subnationale Parteiensysteme* auf dem Niveau der einzelnen Bundesstaaten (USA), Länder (Deutschland) oder Kantone (Schweiz) wichtig und können eine vom nationalen Parteiensystem abweichende Gestalt aufweisen. Auf kommunaler Ebene können sich schliesslich je nach Autonomie der Gemeinden und der politischen Bedeutung der lokalen Politik ebenfalls eigenständige Parteiensysteme herausbilden.

Für die Schweiz mit ihrem ausgeprägten Föderalismus und der ausgesprochen weit reichenden Gemeindeautonomie gilt es ganz besonders, diesem Umstand Beachtung zu schenken. In der Literatur wird verschiedentlich nicht von einem, sondern entsprechend der Zahl der Kantone von *26 verschiedenen kantonalen Parteiensystemen* gesprochen. Hinzu kommt, dass sich auch auf der untersten politischen Ebene, in den Gemeinden, zahlreiche Parteiensysteme finden (vgl. Ladner 1991, Geser et al. 1994). Mehr als die Hälfte der rund 2'900 vorwiegend sehr kleinen Schweizer Gemeinden verfügt über *relativ eigenständige lokale Parteiensysteme*.

Die Ausdifferenzierung von innerstaatlichen Parteiensystemen wird nach wie vor stark durch die *institutionelle Gliederung des politischen Systems* in seine Subsysteme bedingt. Entsprechend verfügen die Gesamtparteien auch über organisatorische Subeinheiten, welche abgesehen von innerparteilichen Entscheidungen mit Bedeutung für die Gesamtpartei primär (oder fast ausschliesslich) innerhalb ihrer politischen Subsysteme aktiv sind und sich in erster Linie mit Fragen beschäftigen, die „ihre“ politische Ebene betreffen. Allerdings bestehen auch hier, wie bei den Staatsebenen, vertikale Beziehungen und Verflechtungen, sektorielle Strukturen und Ansätze einer variableren Geometrie.

Wie die Parteien die Probleme dieser „Zergliederung“ gelöst haben, respektive welche organisationellen Folgen sich daraus ableiten lassen, ist Gegenstand des zweiten Teils dieser Arbeit. An dieser Stelle soll vor allem darauf hingewiesen werden, dass sich Parteiensysteme primär an „Orten“ herausbilden, an denen um *Macht und Regierungsverantwortung* gekämpft wird und wo *Entscheidungsprozesse* stattfinden. Verändert sich die „Geometrie des Staates“, kommt es beispielsweise zu einer Abwertung lokaler Subeinheiten oder einer Aufwertung föderaler Gliedstaaten, zu einer verstärkt sektoriellen Organisation von Politikbereichen oder einer verstärkten Kooperation zwischen einzelnen Gemein-

den oder Kantonen, so kann dies auch Auswirkungen auf die Parteiensysteme haben.

## 2.2 Wie sind die Parteiensysteme entstanden?

Die ersten Parteiensysteme entstanden *Mitte des 19. Jahrhunderts* in England infolge der Ausbreitung von Organisationen der Liberalen und Konservativen sowie in den USA mit den Republikanern und den Demokraten (Lehmbruch 1988: 312). In einer Reihe kontinentaleuropäischer Länder entstanden die Parteiensysteme ebenfalls noch im 19. Jahrhundert. In verschiedenen südeuropäischen Ländern machten die lockeren und partikularistischen Bindungen in der Form von Klientelbeziehungen zwischen politischen Führern und Wählern demgegenüber erst im 20. Jahrhundert einem strukturierten Parteiensystem Platz (Lehmbruch 1988: 312).

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu Parteiensystemen ist in vielen Ländern die Bildung von parlamentarischen *Fraktionen* oder *Clubs*. Daneben ist jedoch auch ein Minimum an ausserparlamentarischer Organisation erforderlich (Lehmbruch 1988: 312). In der Schweiz wird hingegen davon ausgegangen, dass sich die Parteien und damit auch die Parteiensysteme „(...) nicht wie anderswo aus Parlamentsfraktionen und Wahlkomitees, sondern direkt aus den *Organisationen des wahl- und stimmberechtigten Souveräns* (...)“ (Gruner 1977: 25) herausgebildet haben. Als Gründe dafür werden die frühe Einführung des direkten Wahlrechts und die ausgedehnten Volksrechte genannt (vgl. Gruner 1977: 25).

Die Frage nach der Herausbildung der Parteien und der Parteiensysteme gehört zu den klassischen Untersuchungsgebieten der Parteienforschung (vgl. Lipset/Rokkan 1967, aber auch LaPalombara/Weiner 1990, 1966, Pombeni 1992, Kriesi 1994: 211-263, von Beyme 1984 und 2000: 70f.). Ganz besonders von Bedeutung ist diese Frage, wenn sich das Forschungsinteresse auf den Wandel der Parteiensysteme richtet. Nur in Kenntnis ihrer Entstehungsgeschichte kann letztlich geklärt werden, ob und wenn ja in welcher Art und Weise sich die Parteiensysteme über die Zeit hinweg gewandelt haben.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass eine Partei meist aus der Konfrontation mit mindestens einer anderen Partei entstanden ist, ist die Herausbildung von Parteiensystemen eng mit der Entstehung einzelner Parteien verknüpft. Was sind die Hintergründe der Entstehung der verschiedenen Parteien? Woher kommen sie?

### 2.2.1 Erklärungsansätze zur Entstehung von Parteien

Gemäss von Beyme (1984: 27f.), der sich in erster Linie auf LaPalombara/Weiner (1966: 7ff.) bezieht, überwiegen in der Literatur drei Gruppen von

theoretischen Ansätzen zur Erklärung der Entstehung von Parteien, die allerdings alle gewisse Schwächen haben.<sup>3</sup> Es sind dies:

- *Institutionelle Ansätze*, welche die Parteien aus der Entwicklung parlamentarischer Systeme und der ihnen zu Grunde liegenden Wahlsysteme ableiten.
- *Historische Krisensituationstheorien*, die mit der Neuentstehung von Staaten oder dem Zusammenbruch von Verfassungssystemen operieren.
- *Modernisierungstheorien*, die weniger politische Faktoren als vielmehr soziale und ökonomische Grundlagen der Parteienentstehung analysieren.

Zentrale Voraussetzung für die *institutionellen Ansätze* ist das Funktionieren der repräsentativen Institutionen. England und die USA standen dabei als Musterbeispiele im Vordergrund, da sie eine hinreichende Kontinuität der repräsentativen Regierungsweise zu haben und das Parlament eine eigenständige Rolle gegenüber der Regierung zu spielen schien. Das Gegenbeispiel lieferte Frankreich. Hier fanden sich zwar Ansätze zum parlamentarischen System in der Restauration und in der Julimonarchie, die Parteien erreichten jedoch keine Kontinuität. Frankreich wurde so zum abweichenden Fall aller institutionellen Erklärungsversuche. Entsprechend kann die parlamentarische Regierungsweise kein hinreichender Grund für die Entstehung eines klar strukturierten Parteiensystems sein (von Beyme 1984: 28).

Auch das Wahlsystem vermag nicht alles zu erklären. Die Wahlsysteme Frankreichs waren so verschieden wie die Regime, die ihre Repräsentationsvorstellungen in ihnen zu fördern versuchten (von Beyme 1984: 28). Wahlrechtserweiterungen erleichterten zwar das Wachstum einiger Parteien, die als Protestgruppen gegen das System ausserhalb der Parlamente entstanden (z.B. die sozialistischen und christlichen Volksparteien), aber ihre Herausbildung kann mit dem Wahlrecht alleine nicht erklärt werden (von Beyme 1984: 31).

*Krisentheorien* betonen weit mehr als die institutionellen Theorien die ideologischen Antriebskräfte hinter der Entstehung von Parteien. Diese Theorien bewähren sich vor allem in kritischen Phasen der Staatsentwicklung. Von Beyme (1984: 31) benennt drei solche kritischen Momente, die zur Entstehung von Parteien führten:

- Entstehung neuer Staaten (Belgien, Irland, Island).
- Legitimitätsbrüche aufgrund von dynastischen Rivalitäten (Frankreich und Spanien zu Beginn des 19. Jahrhunderts).

---

<sup>3</sup> Für weitere Arbeiten, die sich mit der Entstehung von Parteien befassen vgl. LaPalombara/Weiner (1990), Pombeni (1992) und Kriesi (1994: 211-263).

- Zusammenbrüche von parlamentarischen Demokratien durch die Machtübernahme faschistischer oder faschistoider Systeme (bzw. die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratien nach dem Ende der faschistischen Systeme).

Aber auch die *Modernisierungstheorien* schliesslich scheinen nicht alles erklären zu können. Obwohl Deutschland bezüglich Urbanisierung, Industrialisierung und Verbreitung allgemeiner Bildung weit voraus war, hatte es im Verhältnis dazu lange Zeit ein unterentwickeltes Parteiensystem. Ebenso vermögen diese Theorien die Unterschiede zwischen Schweden und Norwegen nicht zu erklären. Obwohl beide Länder bis 1905 durch eine Personalunion verbunden waren, hatte Norwegen bereits 1814 ein modernes Parlament entwickelt, während die konservativen Schweden erst 1866 den alten Ständereichstag abschafften, und auch dann entstand ein vom Rest Europas abweichendes Parteiensystem (von Beyme 1984: 35).

Insgesamt ist es wohl angezeigt, die Parteien als Produkt eines gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses zu sehen. Institutionelle Gegebenheiten oder Krisen können aber die Entwicklung der Parteien in eine bestimmte, vom idealtypischen Verlauf abweichende, Richtung prägen, wobei auch den Parteiverantwortlichen gewisse Gestaltungsmöglichkeiten zukommen.

### 2.2.2 Die Theorie von Lipset/Rokkan

Der bekannteste und die politikwissenschaftliche Diskussion dominierende Ansatz zur Erklärung der Entstehung der Parteien stammt von Lipset und Rokkan (1967). Das Lipset/Rokkan-Modell argumentiert historisch-soziologisch und sieht die *Konsolidierung nationaler Parteiensysteme* in Westeuropa als länderspezifische Ergebnisse des Zusammenwirkens der gravierenden Spaltungen (Konfliktlinien, Cleavages) von Zentrum – Peripherie, Staat – Kirche, Landwirtschaft – Industrie und Eigentümer – Arbeiter. In diesem Sinne kann dieser Erklärungsansatz nach der Unterscheidung von von Beyme (vgl. Abschnitt 2.2.1) den Modernisierungstheorien zugeordnet werden, allenfalls versetzt mit Elementen der Krisentheorien (vgl. Kriesi 1994: 215). Er hebt sich damit von den institutionellen Ansätzen ab.

Ausgangspunkt für die Entstehung der vier Cleavages sind die beiden grossen Prozesse, Rokkan spricht von zwei Revolutionen, welche die Entwicklung des modernen Europas geprägt haben:

- Die politische Modernisierung, die zur Herausbildung von Nationalstaaten geführt hat (*nationale Revolution*).



- Die ökonomische und soziale Modernisierung, die die Herausbildung des industriellen Kapitalismus nach sich gezogen hat (*industrielle Revolution*).

Jede dieser Revolutionen hat zwei fundamentale Cleavages aufgeworfen:

- Die nationale Revolution den Cleavage zwischen *Zentrum und Peripherie* sowie den Cleavage zwischen dem *Nationalstaat und der Kirche*.
- Die industrielle Revolution den Cleavage zwischen den *Landesbesitzern (Aristokratie, Bauern) und der Bourgeoisie* sowie auch den Cleavage zwischen der *Bourgeoisie und dem Proletariat*.

Diese vier Cleavages bilden die Ausgangspunkte für die Entwicklung in den einzelnen Parteiensystemen. Namentlich legen sie die Grundsteine für die Organisation der *Liberalen*, der *Katholiken*, der *agrarischen Kräfte* und der *Arbeiter*. Ohne hier näher darauf eingehen zu wollen, sind daraus je nach Land unterschiedliche Parteiensysteme entstanden (vgl. Lipset/Rokkan 1967, Kriesi (1994: 211ff.)).

### 2.2.3 Wie entsteht aus einem Cleavage ein Parteiensystem?

Damit aus den Cleavages Parteien entstehen, müssen *vier Hürden* überwunden werden, welche Lipset/Rokkan (1967: 26ff.) mit „legitimation“, „incorporation“, „representation“ und „majority power“ bezeichnen:

- Die *Hürde der Legitimation*: Werden die Anliegen als verschwörerisch taxiert oder wird ihren Trägern ein Kritik- und Oppositionsrecht zugestanden?
- Die *Hürde der Inkorporation*: Ist der Mehrheit der Teilnehmer der Bewegung das Recht der Wahl der politischen Repräsentanten versagt oder haben sie die gleichen politischen Rechte wie ihre Gegenspieler?
- Die *Hürde der Repräsentation*: Muss die neue Bewegung sich mit grösseren und älteren Bewegungen vereinen, um Zugang zu den repräsentativen Organen zu erlangen oder gelingt ihr das aus eigenen Kräften?
- Die *Hürde des Mehrheitsrechts*: Gibt es Absicherungen gegenüber einer numerischen Mehrheit im politischen System oder ermöglicht ein Wahlsieg einer Partei das Einführen von wichtigen politischen Veränderungen?

Die ältere vergleichende Literatur zur Herausbildung von Parteien und Parteiensystemen beschäftigte sich mit den Auswirkungen, die eine Verkleinerung der ersten beiden Hürden (die Herausbildung einer parlamentarischen Opposition

und einer freien Presse sowie die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts) auf die Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen hatten. Tocqueville, Ostrogorski, Weber und Michels versuchten einen Einblick in die moderne Massenpartei zu erhalten. Die jüngere Literatur fokussiert sich auf die dritte und vierte Hürde: die Auswirkungen des Wahlsystems und die Struktur des Entscheidungssystems (Lipset/Rokkan 1967: 29).

Aus dieser weniger oft zitierten Passage von Lipset/Rokkan geht hervor, dass auch sie dem Wahlrecht eine gewisse Bedeutung beimessen und die Klassierung als soziologischer Ansatz vor allem dann zutrifft, wenn wir uns auf das auslösende Moment beschränken. Insgesamt ist ihr Ansatz aber umfassender und politische Variablen sind ebenfalls von Bedeutung.

## **2.2.4 Soziologischer Determinismus und ideengeschichtlicher Reduktionismus?**

Parteien entstehen nicht so sehr aus Ideen, sondern aus Interessen. Der Verdienst der soziologischen bzw. der sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise ist, dass sie die weltanschauliche Betrachtung von Parteien mehr und mehr auf *soziale, ökonomische und historisch bedingte Interessenlagen überträgt* (vgl. von Alemann 2001: 15). Der Blick wendet sich ab vom Wettstreit der grossen ideologischen Gedankengebäude, um die richtige Organisation von Gesellschaft und Staat und öffnet sich für parteiinterne Mechanismen und Ziele, bei denen die politischen Ideen nicht mehr im Vordergrund stehen. Die Organisation der Parteien wird zum Untersuchungsgegenstand, und es stellt sich die Frage der Macht.

Der Beitrag von Lipset/Rokkan (1967) kann als Musterbeispiel für eine soziologische Erklärung der Herausbildung der Parteien gelten, indem die Entstehung auf die gesellschaftliche Entwicklung mit ihren Revolutionen, Konflikten und Spaltungen zurückgeführt wird, und nicht auf unterschiedliche Ideen, welche ohne Zeit und Raum von den Anhängern der verschiedenen Parteien aufgenommen wurden. In seiner Erklärungskraft reicht der Ansatz von Lipset/Rokkan über die *institutionellen Ansätze* hinaus, welche Parteien aus dem Regierungssystem oder dem Wahlrecht heraus erklären. Ein Problem der institutionellen Ansätze besteht nicht zuletzt darin, dass sie zeitlich später einsetzen und eher die Entwicklung der Parteien als ihre Entstehung erfassen. Es ist kaum zu erwarten, dass sich zuerst zwei Parteien gegenüberstehen, die sich dann unterschiedliche Interessen zulegen.

Problematisch bei den soziologischen Ansätzen ist jedoch, dass sie Gefahr laufen, einem „soziologischen Determinismus“ zu verfallen. Unter vergleichbaren Voraussetzungen müssen dieselben Parteien entstehen, müssen sich dieselben Parteiensysteme herausbilden.

In der neueren Forschung wird denn auch der reine soziologische Ansatz aufgegeben (vgl. von Beyme 2000: 64). Parteien werden nicht mehr vollständig aus

den sozialen Veränderungen der Wählerschaft abgeleitet. Zusammen mit dem Aufkommen des *Neoinstitutionalismus* kommt es wieder vermehrt zu einer Hinwendung zu organisatorischen und institutionellen Fragen. Soziale Cleavages schlagen sich nicht automatisch in Parteien nieder, es braucht dazu unter anderem auch politische Unternehmer.

Ohne an dieser Stelle auf die verschiedenen Schulen des Neoinstitutionalismus einzugehen (vgl. Hall/Taylor 1996), verspricht dieser doch eine ganzheitlichere Betrachtung als die klassischen institutionellen Ansätze oder ein soziologischer Determinismus. Dies ist umso wichtiger, als je nach Entwicklungsphase der Parteiensysteme unterschiedliche Variablen bedeutungsvoll sein können. Am Anfang stehen in der Regel die gesellschaftlichen Entwicklungen und die Ideologien, danach folgen Institutionen und Akteure:<sup>4</sup> Der soziale Wandel führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, Ideologien streiten sich um die „richtige“ Form des Zusammenlebens, institutionelle Faktoren bestimmen die Rahmenbedingungen, wie die Konflikte ausgetragen werden können, und nicht zuletzt gibt es auch noch „politische Unternehmer“, welche nach Macht strebend Parteien gründen oder entscheidend zu prägen versuchen.

## 2.3 Wie unterscheiden sich Parteiensysteme?

Eine Auseinandersetzung mit Parteiensystemen führt nahezu zwangsläufig zum Bedürfnis nach einer *Typologie oder Klassifikation* von Parteiensystemen. Gerade für vergleichende Studien ist das Arbeiten mit Typen von Parteiensystemen ein gangbarer Weg, aber nicht der einzige und auch nicht der einfachste. Als Alternative steht dem die Analyse von Parteiensystemen aufgrund von *charakteristischen Merkmalen* gegenüber. Es existieren demnach zwei Möglichkeiten, Parteiensysteme zu beschreiben respektive zu analysieren. Entweder begeht man den Weg über Typen von Parteiensystemen oder man bezieht sich auf einzelne charakteristische Merkmale. Wenden wir uns zuerst den Typologien von Parteiensystemen zu.

### 2.3.1 Typologien

Das Erstellen von Typologien ist eine häufig und gerne angenommene Herausforderung in den Sozialwissenschaften. Dahinter steckt die Vorstellung, dass die Komplexität eines sozialen Phänomens oder sozialer Konfigurationen auf wenige, charakteristische (*Ideal*-)Typen reduziert werden kann. Dies geschieht nicht nur deshalb, weil eine grössere Übersichtlichkeit geschaffen werden soll, sondern weil angenommen wird, dass sich die einzelnen Fälle eines bestimmten

---

<sup>4</sup> Interessante Anschauungsbeispiele liefert hierfür Osteuropa, wo sich die die Parteiensysteme strukturierenden Kräften zurzeit beobachten lassen (vgl. von Beyme 2000: 96).

Typus in wichtigen Fragen ähnlich sind oder sich ähnlich verhalten (vgl. Ware 1996: 147). Oder in den Worten von Mintzel (1994: 437) und bezogen auf die Parteiensysteme: Nur wenn damit weitere Kriterien wie Ideologie, Programmatik, Aktionsformen, Konkurrenzsystem, Koalitionsbildung, Wahlsystem, soziostrukturelle Charakteristika der Wähler- und Mitgliederbasis in Verbindung gebracht werden können, werden diese Typologisierungen zu brauchbaren Instrumenten der Analyse und Beschreibung von Parteiensystemen.

Bei der Typologisierung von Parteiensystemen stellen sich zunächst zwei Grundfragen: Welche *Parteien* sollen berücksichtigt und welche *Merkmale* sollen einbezogen werden? Bereits die erste Frage ist schwieriger zu beantworten, als es auf den ersten Blick scheint.

In der einschlägigen Forschung ist man sich einig, dass nicht sämtliche, irgendwie und manchmal auch nur für kurze Zeit in Erscheinung tretende Parteien berücksichtigt werden müssen. Wichtiger als die absolute Zahl der Parteien ist die *Zahl der Parteien, die zählen* (Kriesi 1995: 133, Kerr 1987: 117). Gemäss der immer wieder zitierten Definition von Sartori (1976) hat eine Partei, auf die es ankommt, entweder eine Stellung, die es ihr erlaubt, in eine *Regierungskoalition* aufgenommen zu werden, oder sie ist zumindest ausreichend stark, um bei Regierungsentscheiden eine *Vetoposition* einnehmen zu können.

Im Fall der Schweiz sind die Verhältnisse etwas komplizierter. Anhand des ersten Kriteriums können ganz klar nur die vier Bundesratsparteien (FDP, CVP, SPS und SVP) als Parteien, die von Bedeutung sind („die zählen“), bezeichnet werden. Für Sartori gehörte seinerzeit auch der LdU aufgrund seiner relativen Stärke als Oppositionspartei zu diesen Parteien. In jüngerer Zeit konnte man aufgrund der Stimmenanteile bei den Nationalratswahlen vorübergehend auch die Grünen und die Freiheitspartei zu diesen Parteien zählen. In den Kantonen und Gemeinden gesellen sich allerdings zu den vier Bundesratsparteien mit LPS, GPS, PdA, FPS und EVP noch eine ganze Reihe weiterer Parteien, welche an der Regierungsverantwortung teilhaben. Zudem ermöglicht die direkte Demokratie auch kleinen und kleinsten Oppositionsparteien, eine Veto-Rolle zu spielen, respektive einen signifikanten Input ins politische System zu geben, welcher ihren Wähleranteil bei weitem übersteigt.<sup>5</sup>

Was die für die Erstellung von Parteiensystem-Typologien berücksichtigten *Kriterien* anbelangt, so reichen diese, von der Zahl der Parteien, über die Stärkenverhältnisse bis zur Richtung des Parteienwettkampfs.

Die *Zahl der Parteien* eines Parteiensystems ist seit Duverger (1954) und Rae (1967) das Ausgangskriterium für Vergleiche und Typologisierungen. Gestritten wird beispielsweise darüber, welchen Wertebereich die Zahl der Parteien umfassen kann. Sollen auch Systeme mit einer einzigen Partei als Parteiensysteme bezeichnet werden? Von Beyme (1991: 458) und Lehmbruch (1988: 311) schlagen eine restriktive Auslegung von Parteiensystemen vor, welche voraus-

<sup>5</sup> So haben es zum Beispiel die Schweizer Demokraten geschafft, mit einer Volksinitiative (angenommen am 26. Sept. 1993) den Nationalfeiertag 1. August arbeitsfrei zu erklären.

setzt, dass politische Parteien in einem Wettbewerb um Regierungsmacht und Einfluss auf die Entscheidungsprozesse stehen. Damit schliessen sie Regime aus, in denen eine Staatspartei oder ein Parteienblock ein Monopol der Machtausübung genießt. Für Wiesendahl (1992: 667) und Mintzel (1994: 437f.) gehören demgegenüber auch Einparteiensysteme zu den Parteiensystemen. Dies ist auch bei Sartori (1976: 217ff.) der Fall, der drei Untertypen von Einparteiensystemen unterscheidet: totalitäre Einparteiensysteme, autoritäre Einparteiensysteme und pragmatisch-hegemoniale Einparteiensysteme (vgl. Mintzel 1994: 438).

Eine wichtigere Unterscheidung basierend auf der Zahl der Parteien ist jedoch diejenige zwischen einem klassischen *Zweiparteiensystem* und einem *Mehrparteiensystem*, welche von Duverger (1954: 203) und vielen anderen gemacht wird (vgl. auch Mair 1990: 17). Das klassische Zweiparteiensystem bilden die USA, aber auch England wird häufig dazu gezählt, während etwa Italien vor Berlusconi und die Schweiz als Beispiele eines klassischen Mehrparteiensystems gelten (vgl. Ware 1996: 154). Insgesamt ist allerdings die Zahl der echten Zweiparteiensysteme beschränkt. Als Beispiele gelten etwa Kolumbien, Costa Rica, Malta, Neuseeland und die USA. Bei Grossbritannien wird häufig vergessen, dass die Alliance/Liberal Democrats 1992 17.8 Prozent der Stimmen gemacht hat, und dass es neben den Grünen (Green Party) mit 0.5 Prozent noch zahlreiche kleinere regionale Parteien gibt, deren grösste, die Scottish National Party, knapp zwei Prozent erreichte (Mackie/Rose 1997: 129). Seit 1970 müsste man im Falle Grossbritanniens eigentlich wieder von einem Zweieinhalbparteiensystem sprechen (Ware 1996: 155).

Das Zweiparteiensystem stellt vor allem in theoretischer Hinsicht einen interessanten Fall dar, da es zu einer Form des *Parteienwettbewerbs* kommt, bei der Kooperation und Absprachen zwischen den beteiligten Parteien kaum vorkommen und bei der die strategische Orientierung ganz klar auf den *Medianwähler* abzielt. Allerdings hat auch eine Vielzahl der Mehrparteiensysteme ebenfalls eine bipolare Struktur; vor allem entlang der Links-rechts-Dimension. Je homogener die Blöcke sind, desto mehr Parallelen ergeben sich zu den Zweiparteiensystemen. Vor diesem Hintergrund gewannen – so führt auch Mair (1990: 18f.) aus – differenziertere Klassifikationsversuche an Bedeutung, welche sich nicht nur stärker mit den Mehrparteiensystemen befassten, sondern auch die Kräfteverhältnisse und den Parteienwettbewerb berücksichtigten, wobei vor allem auch die *programmatische und ideologische Distanz*, welche im Hinblick auf Koalitionsbildungen wichtig ist, interessierte (Lehmbruch 1988: 313). Beispiele sind etwa:

- Die Unterscheidung zwischen „working multiparty systems” und „non-working or immobilist multiparty systems” (Almond 1956, Almond 1958 und Rustow 1956).

- Die Unterscheidungen basierend auf der Wählerstärke der Parteien von Blondel (1968) in „two-party systems“, „two-and-a-half party systems“ auf der einen Seite und „multiparty systems with a dominant party“ und „multiparty systems without a dominant party“ auf der anderen Seite.
- Die Unterscheidung von Rokkan (1970) in „even multiparty systems“, dem „Scandinavian model“ mit einer grossen und drei oder mehr kleinen Parteien und dem „British-German model“ mit zwei grossen und einer kleinen Partei.
- Die Unterscheidung zwischen kompetitiven und weniger kompetitiven Parteiensystemen von LaPalombara/Weiner (1966: 21ff.).
- Die Unterscheidung von Dahl (1966, zitiert nach Mair 1990:301) mit „strictly competitive“, „strictly coalescent“ sowie „co-operative-competitive“ und „coalescent-competitive“ Parteiensystemen, wobei die beiden letztgenannten sowohl als Zwei- wie auch als Mehrparteiensysteme vorkommen können.

Die *Kräfteverhältnisse* zwischen den Parteien und die *Unterschiede und Gemeinsamkeiten in relevanten politischen Fragen* sind auch von Bedeutung bei der Typologisierung von Smith (1989: 94ff.). Hier heissen die drei typischen Formen von Parteiensystemen „imbalance“, „balance“ und „diffusion“:

- Ein Parteiensystem trägt die Bezeichnung „imbalanced“, wenn eine Partei oder eine Gruppe von eng zusammenhängenden Parteien über eine längere Zeitperiode an der Macht, der Abstand zur zweitgrössten Partei sehr gross und eine Regierungsbildung ohne die dominante Partei undenkbar ist. Beispiele sind die Labour Party in Norwegen bis in die 1960er Jahre und die SPÖ in den 1970er Jahren. In einer etwas abgeschwächten Version trifft diese Beschreibung auch auf die CDU bis zum Ende der Adenauer Ära zu.
- „Diffused“ ist ein Parteiensystem, wenn eine relativ grosse Zahl von Parteien besteht und keine davon eine klare Mehrheit hält. Wichtig ist zudem, dass keine deutliche Polarisierung zwischen den Parteien auszumachen ist und die verschiedenen Parteien die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen vertreten. Beispiele solcher Parteiensysteme sind Frankreich in der vierten Republik, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Finnland und die Schweiz.
- Unter einem „balanced“ Parteiensystem versteht Smith letztlich ein System mit einer Polarisierung auf einer einzigen Linie. Im Idealfall handelt es sich dabei um ein Zweiparteiensystem. Es können sich aber auch zwei Gruppen von Parteien gegenüberstehen. Die beiden grossen Parteien kontrollieren mehr als 90 Prozent der Stimmen. Musterbeispiele hierfür sind die Parteien-

system Grossbritanniens, der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland (BRD), Österreichs und Frankreichs.

Die meisten Parteiensysteme haben sich – so Smith weiter – über die Jahre hinweg gewandelt, und es gibt Anzeichen, dass die Dominanz einer Partei über eine längere Zeit hinweg eher der Vergangenheit angehört. Allerdings lässt sich kein klarer Trend in Richtung „diffused“ oder in Richtung „balanced“ Parteiensysteme ausmachen.

Eine der meistzitierten und in der vergleichenden Parteienforschung trotz Kritik (Daalder 1984, Bartolini 1984, Reif 1984, Gross/Siegelmann 1984) auf breite Anerkennung stossende Typologie von Parteiensystemen ist diejenige von Sartori (Mair 1990: 20).<sup>6</sup> Sartori (1976) unterscheidet zwei Kriterien (zitiert nach Kriesi 1994: 270): ein quantitatives (*Fragmentierung*) und ein qualitatives Kriterium (*ideologische Distanz* zwischen den Parteien). Was den Parteienwettbewerb anbelangt, so ist für Sartori nicht die Intensität sondern die *Richtung* von Bedeutung. Diese kann entweder zentrifugal oder zentripetal sein (Ware 1996: 170). Insgesamt umfasst der Analyserahmen von Sartori folgende Typen von Parteiensystemen:

- *Einparteiensysteme*, die in verschiedene Formen wie totalitär, ideologisch hegemonial, autoritär, pragmatisch und pragmatisch hegemonial unterschieden werden können (Sartori 1976: 288).
- Das *Zweiparteiensystem* kombiniert die tiefe Fragmentierung mit einer geringen ideologischen Distanz zwischen den Parteien, welche durch die zentripetalen Kräfte im Kampf um die Mehrheit erhalten bleibt.
- Der *moderate Pluralismus* charakterisiert sich durch a) eine relativ geringe ideologische Distanz zwischen den Parteien, b) eine bipolare Konfiguration der Koalitionen und c) einen zentripetalen Parteienwettkampf.
- Beim *segmentierten Pluralismus* besteht eine grosse Fragmentierung, aber die Parteien führen keinen zentrifugalen, zu den Extremen tendierenden, Wettkampf, sind in eigenen, speziellen Bevölkerungssegmenten verankert und kooperieren bei der Regierungsbildung.
- Demgegenüber kennt der *polarisierte Pluralismus* a) Anti-System-Parteien, welche ideologisch sehr weit voneinander entfernt sind, b) die Tatsache, dass die Opposition der Anti-System-Parteien bilateral ist und c) einen zentrifugalen Parteienwettkampf.

---

<sup>6</sup> Zur Entwicklung der Typologie vgl. Sartori (1966), Sartori (1967) und Sartori (1970).

- Parteiensysteme mit einer *prädominierenden Partei* zeichnen sich schliesslich durch geringe Wählerstimmenverschiebungen und das Fehlen eines ausgeprägten Parteienwettbewerbs aus.

Gemäss Kriesi (1995: 133) ist die Schweiz – zumindest auf nationaler Ebene – in der Terminologie von Sartori (1976: 131-145) ein perfektes Beispiel eines moderaten Pluralismus. Berücksichtigt man die Fragmentierung des Schweizer Parteiensystems so wäre wohl der segmentierte Pluralismus eher zutreffend, wobei bei Sartori nicht ganz klar wird, ob der segmentierte Pluralismus nun zum moderaten Pluralismus gehört oder einen eigenen Parteiensystemtypus darstellt.

Es gibt wie erwähnt auch *Kritik an der Typologisierung von Sartori*. Reif (1984: 147ff.) weist beispielsweise auf die Schwierigkeiten hin, mit ihr den Zustand und die Entwicklung des französischen und des britischen Parteiensystems in den 1970er Jahren zu erklären:

- So erweist sich im Fall Frankreichs – trotz der als systemfeindlich eingestuften kommunistischen Partei (PCF) – die Wettbewerbsrichtung spätestens seit 1972 als auf die Eroberung der Mitte ausgerichtet (zentripetal).
- Das britische Parteiensystem hätte sich aufgrund der Stabilitätsmechanismen gar nicht erst von einem Zweiparteiensystem zu einem System mit vier bis sechs relevanten Parteien entwickeln dürfen.<sup>7</sup> Auf der Wählerebene weist es zudem eine derart geringe Polarisierung aus, dass sich ein polarisierender, zentrifugaler Wettbewerb eigentlich hätte verbieten müssen.

Die Schwierigkeiten im Modell von Sartori sind eng mit dem Begriff „polarization“ verknüpft. In seiner statischen Ausprägung können damit keine Entwicklungsprozesse erfasst werden. Weder der Prozess der Herausbildung einer bipolaren Struktur unter Verringerung der ideologischen Distanz (Entpolarisierung) zwischen den relevanten Parteien in Frankreich, noch die Anzeichen einer Beseitigung bipolarer Strukturen über die Entstehung einer neuen Kraft aufgrund der Zunahme der ideologischen Distanz zwischen den beiden grossen Parteien (Polarisierung) in Grossbritannien können schlüssig erklärt werden (Reif 1984: 148). Reif (1984: 149) selbst kommt zum Schluss, dass die Parteiensysteme in den westeuropäischen Ländern eine bipolare Strukturierung haben, bestehend aus zwei Lagern mit jeweils mehreren Parteien. Damit gelingt es ihnen, der durch den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Wandel komplexer gewordenen Cleavage-Struktur zu entsprechen.

Gross/Sigelman (1984: 478) werfen Sartori demgegenüber vor, dass er nicht klärt, welche Parteien berücksichtigt werden sollen, dass er aus einem spezifi-

<sup>7</sup> Reif bezieht sich auf die Zeit in den 1970er Jahren, als sich neben Labour, Conservatives und Liberals eine Rechtsabspaltung der Labour Party bemerkbar machte, welche sich dann jedoch zusammen mit den Liberals zur Alliance zusammenschloss. Dazu gesellten sich kleine nationalistische Parteien in Irland, Schottland und Wales.



schen Polarisierungskriterium eine Kategorie bildet und dass er keine operationellen Regeln vorstellt, nach welchen die verschiedenen Parteiensysteme den einzelnen Kategorien zugeordnet werden können. Der Versuch einer konkreten Operationalisierung Sartoris Polarisierungsbegriffs, wie er etwa von Ware (1996: 168ff.) unternommen wird, untermauert diese Behauptung. Ware misst das qualitative Kriterium mit der ideologischen Distanz zwischen den drei grössten Parteien (mehr als 65 Prozent der Sitze), wobei er sich auf Experteneinschätzungen (Laver/Hunt 1992) stützt. Eine solche Operationalisierung ist natürlich völlig arbiträr.

Hier liegen denn auch die Schwierigkeiten mit denen die Typologien zu kämpfen haben. Während die theoretischen Konzepte, die ihnen zugrunde liegen, sehr einleuchtend sein können, sind die genaue Operationalisierung und damit auch die Zuordnungen der verschiedenen Parteiensysteme zu den einzelnen Typen oft unklar. Zudem stellt sich in einer diachronen Betrachtung die Frage, wie Wandel gemessen werden kann. Findet er nur dann statt, wenn ein Parteiensystem von einem zu einem anderen Typus wechselt oder kann es auch innerhalb eines Typus zu Veränderungen kommen? Weniger Schwierigkeiten dieser Art bietet die Analyse der Parteiensysteme auf der Basis von charakteristischen Merkmalen.

### 2.3.2 Merkmalsausprägungen

Eine Alternative zur Typologisierung von Parteiensystemen stellt die *Analyse charakteristischer Systemmerkmale der Parteiensysteme* dar. Auch hierzu findet sich in der Parteienforschung eine grosse Zahl von Arbeiten, und man ist geradezu versucht zu sagen, dass sich die vergleichende Parteienforschung in den letzten Jahren vorwiegend mit der Bestimmung und Beschreibung solcher Merkmale und deren Zuordnung zu einzelnen Parteiensystemtypen (vgl. Nohlen 1989: 52) befasst hat.

Ware nennt beispielsweise *vier Wege* wie Parteiensysteme voneinander unterschieden werden können (Ware 1996: 147):

- Nach dem Ausmass der Verankerung der Parteien in der Gesellschaft,
- nach der Ideologie der Parteien,
- nach der Einstellung der Parteien gegenüber der Legitimität des politischen Systems und
- nach der Zahl der Parteien.

Nohlen (1989: 48) benennt demgegenüber folgende *sechs konstitutive Elemente* von Parteiensystemen:

- Zahl der Parteien,
- Grössenverhältnisse,
- ideologische Entfernungsbeziehungen,
- Interaktionsmuster,
- Beziehung zur Gesellschaft bzw. zu gesellschaftlichen Interaktionsgruppen und
- ihre Stellung im politischen System.

Lane/Ersson (1994: 176) fordern ein beachtliches Mindestset von *15 Indikatoren*, welche für die Analyse von Parteiensystemen relevant sind:

1. Wahlbeteiligung
2. Stärke der grössten Partei
3. Zahl der im Parlament vertretenen Parteien
4. Zahl der Parteien gemäss Rose/Mackie (1988)
5. Fraktionalisierungsindex (Rae 1967)
6. Effektive Zahl der Parteien (Laakso/Taagepera 1979)
7. „Aggregation index (share of the largest party divided by the number of parties)“
8. „Left-right score“
9. „Polarization index“ (Taylor/Herman 1971; Sigelman/Yough 1978)
10. Wählerstärke sozialistischer Parteien
11. Wählerstärke von Parteien links der sozialistischen Parteien
12. Wählerstärke von agrarischen, ethnischen und religiösen Parteien
13. Wählerstärke von „Klassen-Parteien“ (Sozialdemokraten und Parteien links der Sozialdemokraten)
14. Wählerstärke von Nicht-strukturellen Parteien (100 Prozent – agrarisch, ethnisch, religiöse Parteien und Klassenparteien)
15. Volatilität

Bei genauerer Betrachtung lassen sich diese 15 Indikatoren in zwei Gruppen unterteilen: Die Indikatoren 1 bis 7 und der Indikator 15 beziehen sich auf *technische Aspekte* der Parteiensysteme. Sie lassen sich berechnen, ohne dass wir wissen, welcher Parteifamilie die Partei zuzuordnen ist. Das Wissen von ihrer Existenz, respektive Angaben über ihre Wählerstimmenanteile oder Sitze im Parlament sind die einzigen Informationen, die wir benötigen. Die Indikatoren 8 bis 14 berücksichtigen die *politischen Orientierungen* der Parteien. Die Parteien müssen entweder auf der Links-rechts-Dimension verortet werden oder sie müssen einer „Parteienfamilie“ zugeordnet werden können.

Lane/Ersson (1994: 180) kommen aufgrund ihrer Analyse zum Schluss, dass die 15 Indikatoren, da die Beziehungen zwischen den einzelnen Variablen nicht

besonders stark sind, ganz unterschiedliche Aspekte der Parteiensysteme abdecken. In Kapitel 6 wird auf diese Feststellung zurückgekommen. Lane/Ersson verweisen allerdings auch auf einige Ausnahmen vor allem bei den Variablen, die sich mit Zahl und Stärke der Parteien befassen. Pennings/Lane (1998: 5) schliesslich beschränken sich in einem späteren Werk auf fünf Hauptindikatoren:

- Volatilität
- Polarisierung
- Effektive Zahl der Parteien und Fraktionalisierungsindex
- Elektorale Disproportionalität
- Zahl der Issue-Dimensionen als Indikator für die Cleavage-Struktur eines Parteiensystems

Der Aspekt der elektoralen Disproportionalität ist bei den 15 Indikatoren von Lane/Ersson (1994) noch nicht enthalten, bei der Zahl der Issue-Dimensionen handelt es sich hingegen um eine Zusammenfassung und Verfeinerung der Indikatoren 10 bis 14 von Lane/Ersson.

Im Hinblick auf die Analyse der kantonalen Parteiensysteme werden wir uns in den folgenden Kapiteln mit der Fragmentierung (Rae-, Laakso/Taageperra-, Kesselman-Wildgen-, Molinar-Index), der Polarisierung und Positionierung, der Stabilität (Wandel der Wählerstimmenanteile, aggregierte Volatilität, Inter- und Intra-Block-Volatilität) und der Cleavage-Struktur (insbesondere Wählerstimmenanteile von Klassenparteien und strukturellen Parteien) mit vier der fünf Hauptgruppen von Pennings/Lane befassen.<sup>8</sup> Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich die Parteien nicht nur in unterschiedlichen Konflikt- und Kooperationsverhältnissen gegenüber stehen, sondern auch in konkreten politischen Auseinandersetzungen und in unterschiedlichen Arenen. Entsprechend können Parteiensysteme auf *verschiedenen Ebenen* untersucht und verglichen werden:

- Auf der Ebene der Wählerschaft (Volatilität, Polarisierung, Fraktionalisierung),
- auf der Ebene der Parteien (Konkurrenzverhältnisse),
- auf der Ebene der ideologischen oder programmatischen Orientierung der Parteien (Polarisierung),
- in der parlamentarischen Arena (Volatilität, Polarisierung, Fraktionalisierung) und
- in der Regierung (Konkurrenz- vs. Konkordanzsystem, Koalitionsformen).

Ganz ähnliche Aspekte und Phänomene können also an unterschiedlichen Stellen gemessen werden. Die Volatilität kann beispielsweise sowohl anhand der

---

<sup>8</sup> Die elektorale Disproportionalität wird weggelassen, da es sich um einen Aspekt handelt, der in erster Linie die Wahlsystemforschung beschäftigt.

Wählerstimmen wie auch über die Anzahl Sitze in einem gewählten Gremium berechnet werden. Ganz ähnlich sieht es auch mit der Fraktionalisierung und der Polarisierung aus. Die Polarisierung lässt sich beispielsweise auch aus den Partei- oder Wahlprogrammen ermitteln (vgl. das „party manifesto“-Projekt bei Budge et al, 1987). Die im ersten Teil dieser Arbeit verwendeten Daten beziehen sich vor allem auf die Wählerstimmenanteile der Parteien.

### 2.3.3 Typologie versus charakteristische Eigenheiten

Tabelle 2.1 vergleicht zusammenfassend noch einmal die beiden Vorgehensweisen für die Analyse von Parteiensystemen. Typologien integrieren, sofern sie über die Zahl der Parteien hinausgehen, mehrere Dimensionen der Parteiensysteme, während die charakteristischen Merkmale sich auf eine Dimension konzentrieren. Entsprechend sind Typologien komplexer. Sie haben aber den Nachteil, dass ihre Operationalisierung schwieriger ist. Dafür sind sie aber anschaulicher. Unter einem Zweiparteiensystem kann man sich generell etwas vorstellen, während die Aussage, dass ein Parteiensystem eine Polarisierung von 6.3 aufweise, im besten Fall von Parteienforschern interpretiert werden kann. Das Schwergewicht der Arbeiten mit oder über Typologien liegt bei der Beschreibung, während bei den Arbeiten, die sich auf charakteristische Merkmale von Parteiensystemen beziehen, die Analyse im Vordergrund steht. Der Wandel von Parteiensystemen wird mit Typologien sprunghaft wahrgenommen. Er tritt beispielsweise erst dann in Erscheinung, wenn aus einem Zweiparteiensystem ein Zweieinhalbparteiensystem wird. Merkmale erfassen Veränderungen demgegenüber kontinuierlich.

Tabelle 2.1: Typologien oder charakteristische Merkmale: verschiedene Ansätze sowie Vor- und Nachteile

	Typologien	Charakteristische Merkmale
Beispiele	Zwei- vs. Mehrparteiensysteme	Fragmentierung, Volatilität
Dimensionalität	komplex	einfach
Operationalisierung	schwierig	einfach
Anschaulichkeit	gross	klein bis mittel
Methodische Orientierung	qualitativ	quantitativ
Wissenschaftlicher Anspruch	beschreibend	analytisch
Wie wird Wandel wahrgenommen?	sprunghaft	kontinuierlich

Eine mögliche Verknüpfung dieser beiden Ansätze findet sich in der empirisch-deduktiven Bestimmung der einzelnen Parteiensystemtypen auf der Basis der charakteristischen Merkmale. Damit können Clusters von Parteiensystemen gebildet werden, welche mehr oder weniger homogene Typen von *kantonalen Parteiensystemen* verkörpern. Ein solches Vorgehen ist Gegenstand des letzten Kapitels dieses Teils.

## 2.4 Warum unterscheiden sich Parteiensysteme?

Dass sich die Parteiensysteme voneinander unterscheiden, kann – wie wir gesehen haben – mit ihren Entstehungsumständen zusammenhängen. Die Unterschiede können aber auch ein Produkt bestimmter Umstände und Einflussfaktoren im Verlaufe ihrer Entwicklung sein. Was die wichtigsten Gruppen von Variablen anbelangt, so sind diese mit denjenigen, die bereits bei Entstehung der Parteiensysteme diskutiert wurden, vergleichbar. Soziologische (sozio-ökonomische und sozio-kulturelle) Ansätze konkurrieren sich mit institutionellen Ansätzen, wie dies unter a) in Abbildung 2.1 dargestellt ist:<sup>9</sup> Eine klare soziologische oder sozio-strukturelle Argumentation liegt, wie erwähnt, der Arbeit von Lipset/Rokkan (1967) zugrunde, die davon ausgeht, dass für die Herausbildung von Parteiensystemen grundlegende gesellschaftliche Cleavages verantwortlich sind. Die ersten Versuche, die Struktur von Parteiensystemen auf institutionelle Faktoren zurückzuführen, konzentrieren sich demgegenüber darauf, die Ursachen für die unterschiedliche Anzahl von Parteien in den Parteiensystemen ausfindig zu machen (vgl. Nohlen 1989: 49). Ein früher Vertreter dieses Ansatzes ist Maurice Duverger (1951: 246ff. und 269ff.), der dem Wahlsystem eine zentrale Bedeutung zuspricht<sup>10</sup> und vor allem das Proporzwahlverfahren dafür verantwortlich macht, dass es zu Mehrparteiensystemen kommt. Weitere institutionelle Faktoren können sein: Regimetyp, Regierungsform, Wahlrecht, Parteienfinanzierung, Struktur der Parteiorganisation (vgl. Nohlen 1998: 464).

Sehr wahrscheinlich haben aber sowohl sozio-strukturelle wie institutionelle Variablen einen Einfluss auf das Parteiensystem. Sartori (1966: 166) macht beispielsweise darauf aufmerksam, dass das Proporzverfahren nicht vernachlässigt werden darf. Unabhängig davon, wie heterogen ein politischer Kontext ist, besitzt das Wahlverfahren eine manipulative Eigenschaft, mit welcher die Fragmentierung des Parteiensystems vergrößert oder verkleinert werden kann. Zudem ist davon auszugehen, dass auch zwischen der Gesellschaftsstruktur und den politischen Institutionen eine Beziehung besteht. Institutionelle Faktoren

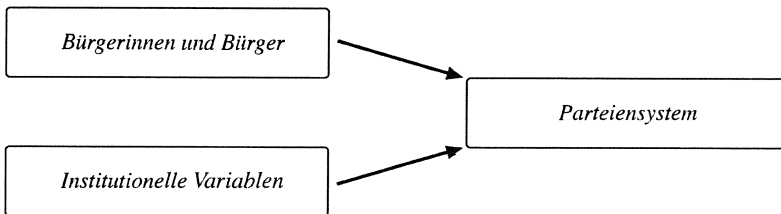
<sup>9</sup> Smith (1989: 83) unterscheidet ganz ähnlich zwischen Erklärungsansätzen, die sich auf soziale Kräfte und solchen, die sich auf konstitutionelle Faktoren abstützen.

<sup>10</sup> Autoren, die sich mit der Überprüfung dieses Gesetzes befasst haben, sind: Kim/Ohn 1992, Shami 1985, Sprague 1980, Riker 1976, Riker 1982, Duverger 1984, Taagepera/Grofmann 1985, Janda 1985.

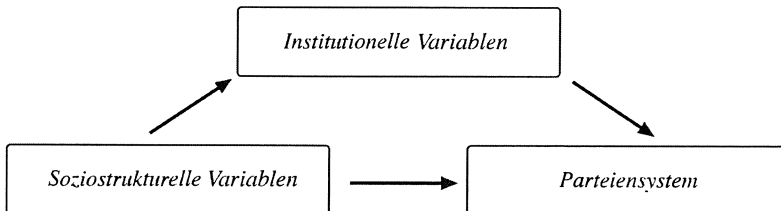
können nicht einfach als gegeben angenommen werden, sie sind immer auch Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen und Kräftekonstellationen. Zur direkten Beziehung zwischen den sozio-strukturellen Variablen und dem Parteiensystem gesellt sich der Einfluss der institutionellen Variablen, welche ihrerseits ebenfalls durch sozio-strukturelle Variablen bestimmt werden (vgl. Abbildung 2.1, Variante b).

Abbildung 2.1: Parteiensysteme als zu erklärende Variablen

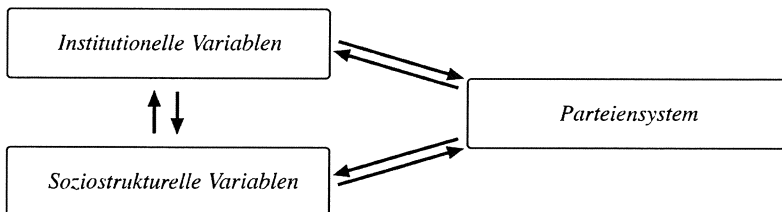
*a) Sozio-strukturelle Ansätze oder institutionelle Ansätze*



*b) Institutionelle Variablen als zusätzliche prägende Variablen*



*c) Sozio-strukturelle und institutionelle Variablen und das Parteiensystem bedingen sich gegenseitig (zirkuläre Kausalitäten)*



Sartori (1966: 166) bemerkt weiter, dass auch die Parteienverhältnisse und das Wahlsystem nicht unbedacht als Ausdruck grundlegender gesellschaftlicher Determinanten betrachtet werden sollten. Nur auf den ersten Blick liegt es auf der Hand, dass die sozio-strukturellen Voraussetzungen gegeben sind und die Parteiensysteme beeinflussen. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass eine bestimmte Konflikt-Struktur nicht zwingend in einem entsprechenden Parteiensystem abgebildet wird. Dass Parteiensysteme ebenfalls fähig sein können, gesellschaftliche Konfliktlinien zu generieren, wird zwar eher vernachlässigt (vgl. Wiesendahl 1992: 670), es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass ein auf Regierungs- und Oppositionspartei angelegtes Parteiensystem eher zu einer bipolaren Strukturierung der Gesellschaft führt. Noch stärker umstritten als bei den sozio-strukturellen Ansätzen ist die Frage der Kausalität der Beziehung bei den institutionellen Ansätzen. Ist das Wahlsystem ursächlich für die „Bestückung des Parteiensystems“ oder ist das Wahlsystem letztlich nicht lediglich Produkt gesellschaftlicher Kräftekonstellationen? Es finden sich sowohl Autoren, die das Parteiensystem aus dem Wahlsystem erklären, wie auch solche, nach denen ein bestimmter Typ von Parteiensystem ein bestimmtes Wahlsystem aufrecht erhält (Smith 1989: 86). Somit drängt es sich auf, die Struktur von Parteiensystemen nicht linear und deterministisch zu erklären, sondern von zirkulären Kausalitäten auszugehen (vgl. Nohlen 1989: 54), wie dies in Abbildung 2.1 unter Variante c) dargestellt ist.

## 2.5 Welche Auswirkungen haben Parteiensysteme?

Bereits der vorangehende Abschnitt hat darauf hingewiesen, dass Parteiensysteme auch als *erklärende (unabhängige) Variable* konzeptualisiert werden können. Ihre politische Bedeutung ergibt sich „nicht notwendigerweise aus ihrer Existenz und relativen Grösse, sondern aus der Funktion, die sie in einem konkreten Parteiensystem für die Herstellung von Koalitionen oder von Mehrheiten haben“ (Lepsius 1980: 541, zitiert nach Nohlen 1989: 44). Eine vergleichbare Umkehr der Kausalität kann auch zwischen dem Parteiensystem und dem politischen System stattfinden. Die charakteristischen Eigenheiten eines Parteiensystems (Zahl der Parteien, Konkurrenz- und Koalitionsverhältnisse, ideologische Unterschiede usw.) haben nicht nur ganz konkrete Auswirkungen auf die Parteien und ihre Organisation, sondern, wie dies Funktionsanalysen (vgl. Wiesendahl 1992: 667) nahe legen, auch auf Politik und Gesellschaft.<sup>11</sup>

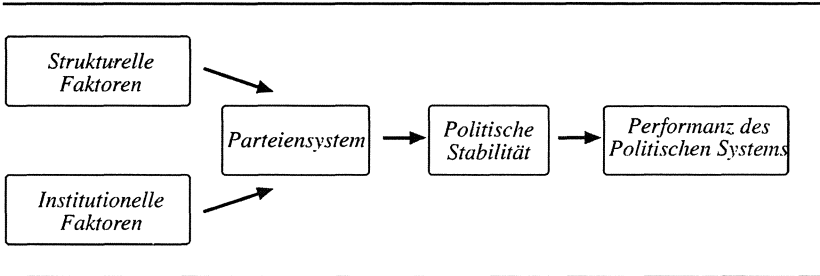
Abbildung 2.2 stellt ein mögliches Model vor, wie der Einfluss der Parteiensysteme konzeptualisiert werden könnte und legt das Augenmerk auf zwei in der

---

<sup>11</sup> Gemäss Sartori (1969: 70) tendiert die Soziologie dazu, Parteien und Parteiensysteme als zu erklärende (abhängige) Variablen zu konzeptualisieren, während sie in den Politikwissenschaften erklärende (unabhängige) Variablen sind. Vgl. dazu auch Pedersen (1973) für die Parteien.

Literatur verbreitete Untersuchungsgebiete: die Frage der Stabilität und die Frage der Leistungsfähigkeit.

Abbildung 2.2: Parteiensysteme als erklärende Variablen



Welche Faktoren garantieren *stabile politische Verhältnisse*? In den 1950er und 1960er Jahren meinten zahlreiche Beobachter<sup>12</sup> aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen mit dem stabilen Zweiparteiensystem Grossbritanniens auf der einen Seite und den instabilen Mehrparteiensystemen in der Weimarer Republik, in der Vierten Republik in Frankreich und im Italien der Nachkriegszeit auf der anderen Seite (Mair 1990: 18) die Gesetzmässigkeit formulieren zu können, dass ein Zweiparteien-System besser geeignet ist, politische Stabilität und Demokratie zu garantieren (Ware 1996: 154). Dabei wurden insbesondere der Zweikampf zwischen zwei mehr oder weniger gleichstarken Parteien mit der Aussicht auf alleinige Regierungsherrschaft, die wechselnde Regierungen, die Verantwortung für die Regierungspolitik und vor allem eine auf das Zentrum ausgerichtete Wahlstrategie als Pluspunkte von Zweiparteiensystemen hervorgehoben (Mair 1990: 17f.). Mehrparteiensysteme demgegenüber, so wurde argumentiert, kennen diese Vorteile nicht. Bei ihnen basiert die Regierungsbildung gewöhnlich auf einer Koalition, wobei die Wähler den Prozess der Koalitionsbildung wenig beeinflussen können. Es besteht zudem nicht immer die Möglichkeit eines Regierungswechsels, da gewisse Parteien kaum von der Regierung ausgeschlossen werden können. Schliesslich kommt es auch weniger zu auf das Zentrum ausgerichteten Wahlstrategien, da die Parteien einen ideologisch stimulierten Wettkampf führen, der instabile Muster von Koalitionen hervorbringt (Mair 1990: 18).

Aus historischer Perspektive und mit Blick auf Grossbritannien sowie anhand der Erfahrungen in Deutschland, Frankreich und Italien lässt sich die Vorstellung der Überlegenheit von Zweiparteiensystemen leicht nachvollziehen. Zu einem anderen Bild kommt man jedoch, wenn andere europäische Beispiele bei-

<sup>12</sup> Vgl. Blondel (1968) und Taylor/Herman (1971). Letztere untersuchen die Auswirkungen der Fragmentierung des Parteiensystems auf die Stabilität der Regierung.



gezogen werden, wie dies unter anderem durch die Forschungen von Daalder (Daalder 1987) angeregt wurde. Die Mehrparteiensysteme in Belgien, den Niederlanden, in Skandinavien und der Schweiz hatten keine geringere politische Stabilität zur Folge als das britische Zweiparteiensystem (Mair 1990: 18).

Ohne hier näher auf die Operationalisierung der politischen Stabilität eingehen zu wollen, drängt sich die Frage auf, wie weit es in einer sich wandelnden Gesellschaft nicht wünschenswert ist, dass sich die Zusammensetzung des Parlaments oder der Regierung über die Zeit hinweg verändert (vgl. Smith 1989: 93). Die Erhaltung der politischen Stabilität ist – wenn überhaupt – nicht die einzige Leistungsanforderung an ein Parteiensystem. Möglicherweise ist die *Legitimationsleistung* eines Parteiensystems deutlich wichtiger. Mit der politischen Stabilität als intervenierende Variable oder ohne sie kann das Parteiensystem zudem direkt mit der *Leistungsfähigkeit eines politischen Systems* und mit dem *staatlichen Output* in Verbindung gebracht werden, wie dies die vergleichende Staatstätigkeitsforschung tut. Führt die Parteienkonkurrenz zu mehr Wirtschaftswachstum, zu besseren Kranken- und Altersversicherungssystemen oder zu einer nachhaltigeren Umweltpolitik? Oder erweisen sich hier Konkordanzsysteme als leistungsfähiger? Die Frage „*do parties matter?*“ (vgl. Schmidt 1996) kann nicht auf der Basis der einzelnen Parteien beantwortet werden, sondern wird über das Regierungssystem entschieden und somit zu einem „*do party systems matter?*“, wie dies ansatzweise von Wagschal (1998) gefragt wird.

## 2.6 Wandel von Parteiensystemen

Die *Analyse des Wandels* von Parteiensystemen ist neben den Versuchen der Beschreibung und Klassifizierung das dominierende Erkenntnisinteresse der Parteiensystemforschung (vgl. Kirchheimer 1965, Lipset/Rokkan 1967, Rose/Urwin 1970, Pedersen 1979, Mair 1983, 1989a 1989b, 1990, 1997, Shamir 1984, Wolinetz 1988, Smith 1989 und andere).

Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts ist an den Parteiensystemen nicht spurlos vorüber gegangen. *Grössere Trends* waren das Aufkommen der ökologischen Parteien, die Veränderungen der traditionellen, sich entlang der „Klassengrenzen“ organisierenden Parteien auf der Linken und die Probleme der christlichen oder katholischen Parteien in Anbetracht des anhaltenden Säkularisierungsprozesses (vgl. dazu auch Mair 1997: 46). Dazu gesellte sich eine neue Form des nationalen, konservativen, anti-wohlfahrtsstaat- und anti-„classe politique“-orientierten Protestes von rechts, welcher als gemeinsamer Nenner für Parteien wie Haiders FPÖ, Berlusconi's Forza Italia oder Blochers SVP genommen werden kann.

Die in der Literatur angeführten konkreten Beispiele von sich wandelnden Parteien und Parteiensystemen sind zahlreich und gut dokumentiert. Smith (1978) gibt einen Überblick über die Trends Mitte der 1970er Jahre. Im Werk von Wehling (1983) sind neben Deutschland die Länder Grossbritannien, Frank-

reich, Spanien und Italien behandelt. In Daalder (1987), der das Augenmerk auf die kleinen Länder legt, sind Dänemark, Österreich, die Schweiz, die Niederlande und Belgien vertreten. Im Band von Mair/Smith (1990) schliesslich finden sich Aufsätze über Österreich, Belgien, Frankreich, die Niederlande, Westdeutschland, Italien, Irland, Norwegen. Für die 1990er Jahre finden sich im Band von Gellner/Veen (1995) Arbeiten über das italienische, das niederländische, das französische und etwas ausführlicher auch das deutsche Parteiensystem. Ware (1996: 233ff.) geht spezifischer auf Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Japan und USA ein. Kriesi (1994: 272ff.) diskutiert ausführlich die Dynamik der Parteiensysteme in den Ländern Italien, Frankreich, Deutschland und Skandinavien (Norwegen, Dänemark, Schweden). Und auch der von Katz/Mair (1994) herausgegebene Band über den Wandel der Parteienorganisationen in zahlreichen Ländern, kann an dieser Stelle genannt werden, da er ebenfalls Angaben zu den Parteiensystemen enthält. In den meisten Werken werden den einzelnen Ländern spezielle Kapitel gewidmet, die häufig auch von Länderspezialisten verfasst wurden. Von ganz besonderem Interesse sind aber auch vergleichende Arbeiten, wie sie etwa von Shamir (1984), Errson/Lane (1994) und Mair/Bartolini (1990) vorgelegt wurden.

Grössere Veränderungen erfuhren in den 1990er Jahren die Parteiensysteme in Schweden, Belgien, Italien, Frankreich, Japan, Kanada und Österreich (Ware 1996: 215). In Schweden führten die 1991er Wahlen zu massiven Stimmenverlusten (-5.5 Prozent) für die regierenden Sozialdemokraten, in Belgien entstanden durch das Anwachsen des rechten Flams Blok und die zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems Formen eines polarisierten Multipartismus, in Italien führten die Gewinne der separatistischen Lega Nord 1992 zu einer massiven Reorganisation des Parteiensystems im Jahr 1994, in Frankreich verlor der Parti socialiste die 1993er Wahlen, in Japan beendeten die 1993er-Wahlen die Herrschaftsperiode der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und die Wahlreformen der neuen Regierung deuten darauf hin, dass eine Einparteien-Dominanz nicht mehr entstehen kann und in Kanada behielt die regierende Conservative Party nach den Wahlen 1993 nur noch zwei Sitze und zwei neue Parteien, der Bloc Quebecois und die Reformpartei, wurden hinter der Liberalen Partei zweit- und drittstärkste Partei. In Österreich schliesslich gewann die FPÖ in den 1994er Wahlen 22 Prozent der Stimmen. In Belgien, Kanada, Japan und Italien waren diese Entwicklungen von einschneidender Bedeutung, wobei in Belgien diese Veränderungen schon früher eingesetzt hatten (Ware 1995: 316). Bei den anderen Ländern handelt es sich um Wählerstimmenverluste der regierenden Parteien, welche teilweise (Schweden 1994, Frankreich 1997) bereits in den nächsten Wahlen wieder korrigiert wurden.

In den Ländern mit massiveren Veränderungen lassen sich trotz Unterschieden auch Gemeinsamkeiten erkennen. In Kanada, Japan und Italien war die Bedeutung der Ämterpatronage derart gross, dass es entweder für die grossen Parteien schwierig wurde, auf Kräfte zu reagieren, welche das System bedrohten, oder dass die Beziehungen zwischen Wählern und Parteien verletzt wurden.

und zu Protestwählern führten (Ware 1995: 318). Der erste Fall trifft auf Italien und Japan zu, der letzte auf Kanada. Es handelt sich hier also um besonders exponierte Parteiensysteme. Auch Österreich wäre ein Beispiel für ein Land, in dem den Parteien bei der Besetzung von Ämtern grosse Bedeutung zukommt. Obwohl Ware (1995: 321) skeptisch ist und keine fundamentale Veränderung des österreichischen Parteiensystems feststellen mag, könnten die Erfolge Haider aus dieser Perspektive interpretiert werden.

Ganz generell lassen sich die *Ursachen für die Veränderungen der Parteiensysteme* gemäss Ware (1996: 217ff.) in drei Gruppen unterteilen: institutionelle Veränderungen, Veränderungen des Elektorats und Wandel bezüglich Cleavages, politischer Werte und Issues.<sup>13</sup>

Beispiele *institutioneller Veränderungen* sind Deutschland, Österreich, Italien (Neuordnung des politischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg), Frankreich (1958, 5. Republik), Griechenland (1974, nach dem Zusammenbruch der Militärdiktatur von 1967), Portugal (1974 bis 1976) und Spanien nach dem Ende der Diktatur Francos (1977). In all diesen Ländern wurde nun versucht mit den Institutionen, die Rolle der Parteien als Bindeglied zwischen der Regierung und der Wählerschaft zu stärken, wobei es vor allem darum ging, die Macht auf die grossen Parteien zu konzentrieren, was in allen Ländern, mit Ausnahme von Italien, mehr oder weniger gelungen ist (Ware 1996: 217). Weitere Beispiele von Veränderungen der institutionellen Gegebenheiten betreffen die Wahlsysteme. Solche Veränderungen fanden, gemäss Ware, beispielsweise in Frankreich (1951, 1986) und Griechenland (1989) statt. Insgesamt sind aber Veränderungen der institutionellen Gegebenheiten eher selten, da mit ihnen immer auch die Frage der Legitimation verknüpft ist. Die potenziellen Verlierer sind kaum bereit, die Spielregeln zu ihren Ungunsten zu ändern.

Bei der veränderten *Zusammensetzung des Elektorats* unterscheidet Ware (1996: 220ff.) folgende drei Möglichkeiten:

- Emigration oder Immigration: Immigranten werden in der Regel durch die bestehenden Parteien integriert. Entscheidend ist hier mitunter, wie schnell die Einwanderer politische Rechte erhalten. Sind sie von solchen, wie in der Schweiz, ausgeschlossen, so ist ein geringeres politisches Engagement zu erwarten. In Zeiten besonders starker Immigration und/oder hoher Arbeitslosigkeit kann es aber auch zu indirekten Auswirkungen, wie etwa der Gründung von fremdenfeindlichen Parteien oder der Stärkung von defensiv-nationalistischen Parteien oder Parteiflügeln, kommen. Beispiele hierfür liefern in der Schweiz die Gründung der Nationalen Aktion (1961) und ansatzweise das Aufkommen der SVP in den 1990er Jahren.

<sup>13</sup> Vgl. Gallagher et al. (1995: 221ff.), welche folgende drei Gruppen unterscheiden: Wandel in der sozialen Struktur der Wählerschaft, Wandel im individuellen Verhalten und Wandel im Verhalten

- **Territoriale Veränderungen:** Prominentes Beispiel ist hier die Trennung und Wiedervereinigung Deutschlands. 1949 wurden die Katholiken zu einer grösseren Minderheit als sie dies ursprünglich waren, was dazu geführt hat, dass sie sich öffnen mussten. 1989 wurden nicht nur zwei unterschiedliche politische Systeme sondern auch zwei unterschiedliche Parteiensysteme vereinigt. Die Wiedervereinigung stärkte – so etwa Kolinsky (1993: 52) – vor allem CDU und FDP(2), die von einem Zuwachs an finanziellen Ressourcen und Mitgliedern profitierten, während die Rolle der CSU eher gemindert wurde. Die SPD auf der anderen Seite profitierte aufgrund des Zerfalls des sozialdemokratischen Traditionsmilieus auf dem früheren Gebiet der DDR nicht im erwarteten Masse von der Wiedervereinigung (Kolinsky 1993: 53) und erhielt – zumindest im Osten – mit der PDS eine Konkurrentin.
- **Biographischer Wandel der Wählerschaft:** Die in früheren Jahren viel stärker ausgeprägten und über soziale Milieus vermittelten Parteibindungen haben an Bedeutung verloren. Je nach historischer Situation, die bewusst durchlebt wurde, sind die politischen Orientierungen unterschiedlich geprägt. Leute, die beispielsweise den Beginn des Kalten Krieges miterlebt haben, haben ein anderes Verhältnis zu sozialistischen Ideen als Leute, die Ende der 1960er und anfangs der 1970er Jahre politisch sozialisiert wurden.

Auch was den *Wandel von Cleavages, politischen Werten und Issues* betrifft, lassen sich gemäss Ware (1996: 226) drei Entwicklungsmuster unterscheiden, welche mehr oder weniger stark zu einem Wandel der Parteiensysteme führen. Parteien können sich erstens von Vertretern bestimmter sozialer Gruppen zu macht- und wählerorientierten Unternehmen entwickeln, die keine feste Verankerung in der Bevölkerung mehr haben („parties as office seekers“). Zweitens können neue Cleavages in der Gesellschaft an Bedeutung gewinnen, aus denen dann neue Parteien entstehen („new cleavages and new parties“). Drittens können sich bestehende Cleavages abschwächen und die Parteiführer versuchen daraufhin, neue Cleavages aufzunehmen oder anzupassen („persistence of parties“).

Die meisten Veränderungen auf der Ebene der Parteiensysteme werden anlässlich von *Wahlen* bzw. anhand von Wahlergebnissen diagnostiziert. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern aus Veränderungen der Wählerstimmenanteile direkt auf eine Veränderung des Parteiensystems geschlossen werden darf. Gemäss Mair (1990: 15) ist „electoral change“ nämlich weder eine notwendige noch eine hinreichende Voraussetzung für „party system change.“ Zudem handelt es sich in den seltensten Fällen um Trends, sondern um einzelne Ereignisse. Für Mair (1997: 51) findet „party system change“ nur dann statt, wenn ein Parteiensystem von einem Typus eines Parteiensystems in einen anderen wechselt. Auch wenn die Typologisierung der Parteiensysteme nicht unumstritten ist, so hat diese Definition, so Mair, den Vorteil, dass zwischen Parteienwandel und Parteiensystemwandel unterschieden werden kann.

Dalton et al. (1984: 451ff.) kommen in diesem Sinn denn auch zum Schluss, dass sich trotz aller Veränderungen noch keine neue politische Ordnung abzeichnet, und auch Wolinetz (1988: 296) folgert in seiner Sammlung von Aufsätzen, dass obwohl Veränderungen verbreitet sind, das Ausmass nicht überschätzt werden darf. Viele Parteiensysteme sind zwar nicht mehr so stabil wie einst, die etablierten Parteien haben jedoch in der Regel nicht nur überlebt, sondern sie sind nach wie vor an der Regierungsmacht beteiligt (Mair 1990: 13).

Damit sind wir bei der bis heute nicht entschiedenen *Debatte über den Wandel der Parteiensysteme* angelangt, auf die wir im Verlauf dieser Arbeit immer wieder zurückkommen werden. Etwas verkürzt formuliert drehen sich die Auseinandersetzungen um die Frage, ob nun, allen erwähnten Veränderungen zum Trotz und aus einer grösseren Distanz betrachtet, Wandel oder Stabilität die Parteiensysteme in den letzten 80 Jahren geprägt hat und somit erklärungsbedürftig ist. Den Ausgangspunkt findet diese Debatte in den in den 1960er Jahren erschienenen Werken von *Kirchheimer* (1965), welcher postuliert, dass sich die westeuropäischen Parteiensysteme von ihren ideologischen und strukturellen Verankerungen lösen und sich zu Zweiparteiensystemen nach amerikanischem Vorbild organisieren, und *Lipset/Rokkan* (1967), die das Schwergewicht auf die Entstehung der Parteiensysteme legen und in den 1960er Jahren dieselben die Parteiensysteme strukturierenden Elemente finden, die bereits bei der Formierung der Parteiensysteme vorhanden waren. Diese beiden Publikationen haben die Forschung der letzten Jahrzehnte entscheidend geprägt (vgl. Reif 1987: 156).

### 2.6.1 Transformation: Kirchheimers These von der Entideologisierung der Parteiensysteme

In seiner 1965 erschienenen Arbeit veröffentlichte Kirchheimer die These von einer grundlegenden Transformation der westeuropäischen Parteiensysteme: Bedingt durch den dramatischen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Wandel, einschliesslich der Entwicklung der Massenkommunikationssysteme, verblassen die traditionellen Ideologien. Daraus resultiert eine Annäherung der verschiedenen Parteiprogramme und damit auch der sozio-strukturellen Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Dies wiederum führt zur Herausbildung eines einzigen Parteitypus, der *Allerweltpartei* („catch-all party“), und in der Folge zu einer drastischen *Verringerung der Zahl der relevanten Parteien*. Die westeuropäischen Parteiensysteme würden sich demnach bald kaum mehr vom Parteiensystem der USA unterscheiden. Besonders betroffen von dieser Entwicklung seien die Klassenparteien („class mass-parties“) sowie die religiös gefärbten Parteien („denominational parties“). Exemplarisch für die Dynamik des Modells der „catch-all party“ ist die Entwicklung des Parteiensystems in Westdeutschland in der Nachkriegszeit (Smith 1989: 55f.), insbesondere die Entwicklung der SPD von der Klassenpartei zur Volkspartei sowie die Integrationsleistungen, die von der CDU als interkonfessionelle, christliche Partei

ausgingen, und mit denen den Christdemokraten in der Bundesrepublik der Ausbruch aus dem „katholischen Ghetto“ gelang (vgl. Kolinsky 1993: 38).

Die Argumentation von Kirchheimer ist dabei auf zwei Ebenen angesiedelt. Auf der Ebene der Parteiensysteme postuliert sie eine *Entwicklung in Richtung eines Zweiparteiensystems*. Auf der Ebene der Parteien nimmt sie den Parteitypen der *professionalisierten Wählerpartei* nach Konkurrenzparadigmatischer Vorstellung (Wiesendahl 1980, vgl. dazu auch den zweiten Teil dieser Arbeit) vorweg, wobei allerdings bereits die Bezeichnung „catch-all party“ darauf hindeutet, dass bei ihm der Aspekt der Entideologisierung wichtiger ist als die Organisationsform.<sup>14</sup>

Ursächlich für die Veränderungen auf der Ebene der Parteiensysteme in Richtung eines Zweiparteiensystems sind die Veränderungen auf der *Ebene der Parteien* (in Richtung der „catch-all party“). Hier lassen sich *fünf charakteristische Entwicklungen* feststellen (Kirchheimer 1965: 32):

- Die nachlassende Bedeutung der Ideologie,
- eine weitere Stärkung der Politiker an der Parteispitze,
- eine Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds,
- die Abkehr von der „chasse gardée“ (d.h. von der Wählerschaft auf Klassen- und Konfessionsbasis) und
- das Streben nach Verbindungen zu den verschiedensten Interessenverbänden.

Die letzten vier Entwicklungen lassen sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts für die meisten Parteien mehr oder weniger bestätigen (vgl. Katz/Mair 1994) und sind wenig umstritten. Kontroverser ist jedoch die Frage, wie radikal die westeuropäischen Parteien die *ideologische Komponente* beiseite geschoben haben. Erst wenn auch diese Forderung – welche sehr gut in die Wachstumsphase der Nachkriegsjahre mit den Prognosen von einer sich herausbildenden Mittelstandsgesellschaft und dem Ende der Ideologien (vgl. Bell 1960) passte – erfüllt ist, kann von „catch-all parties“ in ihrer idealtypischen Form gesprochen werden. Dann wird auch die Annahme plausibel, dass diese in ein Zweiparteiensystem münden werden. Bleiben die ideologischen Komponenten von Bedeutung, so entstehen Nischen für mehrere Parteien und es kommt lediglich zu einer Anpassung der Parteiorganisationen an veränderte Voraussetzungen. In ihrer letzten Konsequenz muss die These von Kirchheimer damit auf der Ebene der Parteiensysteme überprüft werden.

Wolinetz (1979) hat die Kirchheimer-These einer *empirischen Überprüfung* unterzogen und sie widerlegt. Lediglich fünf von 13 untersuchten Ländern wiesen 1975 einen geringeren Fraktionalisierungsgrad auf als 1945. Würde die Vereinfachungsthese von Kirchheimer zutreffen, so hätte die Fraktionalisierung

<sup>14</sup> Kirchheimer setzte damit aber auf Jahrzehnte hinaus die Wegmarken für die wissenschaftliche Diskussion über den Wandel von Parteiorganisationen (vgl. Kolinsky 1993: 37). Für weitere Ausführungen vgl. den zweiten Teil dieser Arbeit.

zumindest in der Mehrzahl der Länder abnehmen müssen. Dittrich (1983: 265) bemerkt allerdings zu Recht, dass mit Wählerstimmengewinnen oder dem Grad der Fraktionalisierung allein, die Gültigkeit der „catch-all“-These kaum überprüft werden kann. Parteien können sich in Richtung „catch-all parties“ entwickeln, ohne dass sich ihre Wählerstimmenanteile verändern. Diesem Aspekt muss auf der Ebene der Parteien Rechnung getragen werden. Die Realisierung eines Zweiparteiensystems kann zudem erst in einer späteren Phase erfolgen oder sie tritt gar nicht ein, da es nach wie vor kleine und wenig bedeutende Nischenparteien gibt oder sich mehrere Parteien in Form von sich immer ähnlicher werden Blöcken gegenüberstehen.

Umfassender ist eine Überprüfung der Vorstellung vom Wandel der Parteiensystemen nach Kirchheimer wie sie von Ware (1996: 227) angeregt wird. Ware nennt vier Annahmen, die sich diskutieren und überprüfen lassen:

- Die vorherrschenden Cleavages in westlichen Gesellschaften verlieren an Bedeutung.
- Es fehlt an neuen Cleavages, entlang derer die Parteien ihre Anhängerschaft mobilisieren können.
- Den Ideologien kommt bei der Mobilisierung der Wählersmassen eine geringere Bedeutung zu.
- Die Parteien sind fähig, ihre Organisationen so zu verändern, dass sie „catch-all“-Strategien anwenden können.

Auch wenn damit die empirische Überprüfung bedeutend schwieriger wird, führen die angeregten Überlegungen ebenfalls dazu, dass die Vorhersagen von Kirchheimer verworfen werden müssen. Mit dem Wandel der Sozialstruktur ist zwar die traditionelle Arbeiterschaft zurückgegangen, Verteilungsfragen sind aber nach wie vor von Bedeutung. Zudem sind ältere regionale und ethische Konflikte wieder aufgebrochen. Ein möglicher neuer Materialismus-Postmaterialismus-Gegensatz widerspricht ebenfalls den Vorhersagen von Kirchheimer. Auch das Aufkommen der „Neuen Rechten“ in den 1980er Jahren in Grossbritannien, Neuseeland und den USA, welche die konsensuale Politik der 1950er und 1960er Jahre ersetzten, werden von Ware (1996: 228) als Gegenargumente genannt.

Auch auf der *Ebene der Parteiorganisationen* laufen nicht alle Veränderungen in Richtung „catch-all parties“. In Mehrparteiensystemen betreiben einzelne Parteien bewusst eine Nischenstrategie und auch die basisdemokratischen Modelle der Grünen oder Versuche anderer Parteien, sich stärker als Mitgliederparteien zu organisieren, weisen in die entgegengesetzte Richtung. „catch-all“-Parteiorganisationen dürfen nicht mit einer zeitgemässen und effizienten Parteiorganisation gleichgesetzt werden. Zwar gibt es Überschneidungen was die *Or-*

ganisation anbelangt, aber in Bezug auf die *ideologische Orientierung* und die *Mittel* haben sich nicht alle Parteien zu „catch-all parties“ entwickelt.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass sich die These von Kirchheimer über den Wandel der Parteiensysteme, zumindest in den 30 Jahren nach dem Erscheinen seines Werkes, nicht bewahrheitet hat. Ihr Leistungsausweis bezüglich der Vorhersage der Entwicklung der Parteiorganisationen ist jedoch, abgesehen von der Vorstellung von der vollständigen Entideologisierung, deutlich besser.

### 2.6.2 Stabilität: Lipset/Rokkan und die eingefrorenen Parteiensysteme

Auch Lipset und Rokkans 1967 erschienene Arbeit „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments“ gehört zu den Klassikern der politikwissenschaftlichen Literatur. Die beiden Autoren entwickelten – wie bereits im Abschnitt über die Herausbildung der Parteiensysteme erwähnt – ein historisch-soziologisches Modell der Entstehung und Konsolidierung nationaler Parteiensysteme in Westeuropa. Die verschiedenen Parteiensysteme verstehen sich als länderspezifische Ergebnisse des Zusammenwirkens der gravierenden Spaltungen (Cleavages) von Zentrum–Peripherie, Staat–Kirche, Landwirtschaft–Industrie und Kapital–Arbeit. Dieser Teil ihrer Arbeit ist wenig umstritten. Kontroverser hingegen werden ihre Aussagen über die Entwicklung der Parteiensysteme im 20. Jahrhundert diskutiert. Zumal sie den Beobachtungen von Kirchheimer und anderen diametral gegenüberstehen. Die Rede ist von der bekannten *Stabilitätsthese*:

„... the party systems of the 1960's reflect, with a few but significant exceptions the cleavage structures of the 1920's. This is a crucial characteristic of Western competitive politics in the age of „high mass consumption“: the party alternatives, and in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates“ (Lipset/Rokkan 1967: 50).

In den Augen von Lipset/Rokkan sind die *Parteiensysteme auf den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahre eingefroren* („frozen party systems“). Erstaunlich und erklärungsbedürftig finden sie die Beobachtung, dass die Mehrheit der Parteien, die bereits am Ende des Ersten Weltkriegs existierten, nicht nur den Faschismus und Nationalsozialismus, sondern auch die tief greifenden Veränderungen der sozialen und kulturellen Struktur der politischen Systeme, deren Teil sie bilden, überlebt haben, und dass sie eine derart grosse Zahl von Bürgerinnen und Bürgern über eine derart lange Zeit an sich binden und die Bindungen von Generation zu Generation erneuern konnten (Lipset/Rokkan 1967: 51).

Lipset/Rokkan können hierfür keine abschliessende Erklärung liefern. Der Grund liegt ihrer Ansicht nach darin, dass man noch zu wenig über das Innenleben der Parteien, das interne Management und das organisatorische Funktionieren, weiss. Ihre Analyse der frühen Massenparteien, welche sich in der letzten



Ausbauphase des allgemeinen Wahlrechts formierten, und späterer Versuche, neue Parteien zu lancieren, zeigen zumindest, dass zwei Gründe dafür verantwortlich sein könnten. Bevor die endgültige Entwicklung zu einer maximalen Mobilisierung einsetzte, gelang es diesen Parteien erstens, *Massenorganisationen* aufzubauen, und zweitens, sich in den *lokalen Regierungsstrukturen* zu etablieren.

Einige wichtige Länder, für die der Stabilitätsbefund nicht gilt, mögen diese Annahmen unterstützen. Zu den wenigen aber *signifikanten Ausnahmen* gehören: Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien (vgl. Lipset/Rokkan 1967: 51f.). Sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland fehlte eine breite Massenorganisation auf der rechten Seite des politischen Spektrums. In Deutschland ermöglichte erst der Verlust des protestantischen Ostens das Erstarken der konservativen CDU/CSU, welche bis zum Debakel 1966 noch keine Mitgliedschaftsorganisation herauszubilden vermochte. Italien durchlief wie Deutschland einen schmerzvollen und verspäteten Prozess der nationalen Einigung. Beide Länder waren gespalten in privilegierte „nationbuilders“ (Preussen, Piemontesen) und Katholiken und haben die Rechte der Arbeiterklasse relativ spät anerkannt. Deutschland blieb zumindest noch eine beschränkte Zeit zur Konsolidierung in der Weimarer Republik, während diese Zeit in Italien fehlte. Als sich die kommunistische Partei (PCI) und die christdemokratische Partei (DC) nach dem Krieg etablierten, hatten die anderen Parteien noch keine Erfahrung in Bezug auf eine konzertierte Wählerpolitik, waren diskreditiert wie die Liberalen (PLI), konnten nicht von der Aura der Résistance profitieren oder waren intern gespalten wie Sozialisten (PSI) (vgl. Kriesi 1994: 238ff.). Der Fall Spaniens hat demgegenüber viele Gemeinsamkeiten mit Frankreich. Frühe Einigung aber Widerstände gegen die Zentralmacht in einigen Provinzen, frühes allgemeines Wahlrecht aber schwache und gesplante Parteiorganisationen.<sup>15</sup>

Der in den 1960er Jahren formulierte Stabilitätsbefund wurde nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den politisch eher unruhigen 1970er und 1980er Jahren zum *Gegenstand einer heftigen Kontroverse*. Auf der einen Seite standen die Verfechter der Lipset/Rokkan-These, wie etwa Rose/Urwin (1970) oder Bartolini/Mair (1990), welche, wie das Rose/Urwin (1970: 295) prägnant formulierten, die Stabilität der Parteiensysteme erklären wollten:

„In short, the first priority of social scientists concerned with the development of parties and party systems since 1945 is to explain the absence of change in a far from static period of political history.“<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Dies soll allerdings nicht heissen, dass die verschiedenen Lager in diesen Ländern völlig bedeutungslos waren. In Frankreich bestand eine gewisse Stabilität trotz wechselnden Parteinahmen bis in die 1980er Jahre (vgl. Kriesi 1994: 242ff.) und auch in Deutschland lassen sich die verschiedenen Lager auf der Rechten bis zur Gründung von CDU/CSU zurückverfolgen (vgl. Urwin 1974).

<sup>16</sup> Auch Mair (1993) argumentiert in seiner Stein Rokkan Lecture von 1992, in der er sich stark auf Bartolini/Mair (1990) abstützt, dass die europäischen Wählerschaften weiterhin stabil und verhältnismässig "eingefroren" sind. Auch in seinen Augen ist die Persistenz erstaunlicher als die Diskontinuitäten.

Auf der anderen Seite standen beispielsweise Autoren wie Pedersen (1979, 1983), Maguire (1983) und Ersson/Lane (1997), welche weniger Stabilität erkennen, das Augenmerk der Forschung auf die Veränderungen richten wollen und für eine Preisgabe des Lipset/Rokkan-Modells votieren:

„The Lipset-Rokkan model should be abandoned in relation to today's realities, where the crucial question is whether countries will remain at a high level of party system instability after the occurrence of an earthquake election or move back to a temporary stable state, as the circular model predicts. In any case, the electorate is no longer hooked up with the political parties through the Rokkan mechanism, i.e. social cleavages (Ersson/Lane 1997: 36).“

Lipset/Rokkan selbst waren in ihrem Erklärungsanspruch weniger unnachgiebig als der Grossteil ihrer Befürworter und Gegner. Sie schlossen beispielsweise nicht aus, dass sich Cleavages in ihrer Bedeutung verändern oder dass neue Cleavages entstehen können.

„There is a hierarchy of cleavage bases in each system and these orders of political primacy not only vary among polities, but also tend to undergo changes over time. Such differences and changes in the political weight of sociocultural cleavages set fundamental problems for comparative research: When is region, language, or ethnicity most likely to prove polarizing? When will class take the primacy and when will denominational commitments and religious identities prove equally important cleavage bases? (Lipset/Rokkan 1967: 6).“

Rokkan selbst schien auch Veränderungen und Präzisierungen ihres Schemas zu begrüssen (vgl. Seiler 1998: 5). Zudem waren sie sich des sozialen Wandels und des Druckes, welcher auf die traditionellen Parteiensysteme zukam, durchaus bewusst, wie das folgende Zitat zeigt:

„Decades of structural change and economic growth have made the old, established alternatives increasingly irrelevant, but the high level of organizational mobilization of most sectors of the community has left very little leeway for a decisive breakthrough of new party alternatives. It is not an accident that situations of this type generate a great deal of frustration, alienation, and protestation within the organizationally least committed sections of the community, the young and, quite particularly, the students (Lipset/Rokkan 1967: 54).“

### **2.6.3 Die Debatte über die eingefrorenen Parteiensysteme**

Wie konnte es dazu kommen, dass etwa zur gleichen Zeit zwei so unterschiedliche Beobachtungen über die Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme gemacht wurden, und dass sich die politische Wissenschaft während mehr als 30 Jahren nicht einig werden konnte, ob sich die westeuropäischen Parteiensysteme nun durch Wandel oder Stabilität auszeichnen? Nach einigen Bemerkungen zu den Ausnahmen im Modell von Lipset/Rokkan und der Frage nach der Überprüfbarkeit wird im Folgenden näher auf die in der Debatte angeführte empirische Evidenz eingegangen.

### 2.6.3.1 Ausnahmen

Eine nahe liegende Vermutung ist, dass die Autoren, obwohl sie Aussagen in generalisierter Form für die westeuropäischen Parteiensysteme machten, durch die von ihnen beigezogenen Länderbeispiele beeinflusst wurden. Auffallend ist, dass bei Lipset/Rokkan die Ausnahmen Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien sind, während Kirchheimer seine These von der Transformation der westeuropäischen Parteiensysteme mit englischen, deutschen, französischen und italienischen Beispielen von Parteien belegt (Reif 1987: 157). Mit Ausnahme von England, welches als Zweiparteiensystem im Rahmen von Lipset/Rokkans Modell eine Sonderstellung einnimmt, stützt sich Kirchheimer auf Länder, für die das Lipset/Rokkan-Modell nicht gilt.

Bezeichnenderweise sind die Ausnahmen bei Lipset/Rokkan durch institutionelle Instabilität nach dem Ersten Weltkrieg und durch starken sozio-strukturellen und sozio-kulturellen Wandel nach dem Zweiten Weltkrieg gekennzeichnet. Den demokratischen Systemen Italiens, Deutschlands, Spaniens und Frankreichs gelang es nicht, ihre sozialen Spannungen, kulturellen Unterschiede und internationalen Belastungen mithilfe eines gewaltlosen Parteienwettbewerbs zu entschärfen, und sie erlebten eine faschistische Phase, auch wenn diese in Frankreich unter etwas anderen Umständen einsetzte (Reif 1984: 144). Die Parteiensysteme in diesen Ländern haben sich also erst zu einem späteren Zeitpunkt konsolidiert und nicht nur unterschiedliche Impulse des sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Wandels aufgenommen, sondern wurden auch von den noch jungen institutionellen Strukturen beeinflusst (Reif 1984: 145). So setzten beispielsweise in Deutschland die starke Stellung des Regierungschefs und die Fünf-Prozent-Klausel neuen Parteien spürbaren Widerstand entgegen (Reif 1984: 145). Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht nur plausibel, weshalb diese Länder zu den Ausnahmen zählen, sondern auch weshalb sich beispielsweise die „catch-all party“ am besten in Deutschland zu verbreiten schienen.

### 2.6.3.2 Probleme in der Formulierung der Hypothese

Nach Lybeck (1985) liegen die Schwierigkeiten, die bei der Überprüfung der Lipset/Rokkan-Hypothese auftreten, darin begründet, dass die Hypothese *nicht in einer direkt operationalisierbaren Form* vorgetragen wurde. Darüber hinaus haben zahlreiche Studien Aussagen und Implikationen in die Arbeit von Lipset/Rokkan hineininterpretiert, welche die Intentionen der Autoren überschreiten. Die Zahl der Parteien reicht beispielsweise für eine Überprüfung der Hypothese nicht aus, da Lipset/Rokkan nicht festgehalten haben, dass die vier Cleavages in allen Ländern existieren müssen und selbst auf einige Ausnahmen hingewiesen haben. Ferner ist auch der betrachtete Zeitraum nicht unbedeutend.

Zusätzlich können auch Koalitionen, Allianzen und Zusammenschlüsse von Parteien die Zahl der Parteien beeinflussen.

Lybeck (1985: 108ff.) geht auch auf *methodische Probleme* bei der Überprüfung der Lipset/Rokkan-Hypothese durch verschiedene andere Autoren ein. Rose/Urwin (1970) und Maguire (1983) überprüfen die Lipset/Rokkan-These der eingefrorenen Parteiensysteme, indem sie die Parteienstruktur der 1960er und 1970er Jahre mit derjenigen der 1920er Jahre vergleichen und sich dabei auf die Wählerstimmenanteile der verschiedenen Parteien abstützen. Sie unterstellen damit, dass die Parteien in den 1920er Jahren auch wirklich die Cleavage-Struktur, wie sie von Lipset/Rokkan beschrieben wurde, widerspiegeln. Eine zweite und üblichere Methode (vgl. Ersson/Lane 1982) wäre demgegenüber die Überprüfung der Frage, ob die Parteiensysteme in den 1960er und 1970er Jahren überhaupt noch auf den vier Cleavages von Lipset/Rokkan beruhen (Lybeck 1985: 108).

Lane/Ersson (1997: 181f.) sprechen demgegenüber die *unterschiedlichen Interpretationen* der Lipset/Rokkan-Hypothese an: In seiner abgeschwächten Form sind im Lipset/Rokkan-Modell die Parteiensysteme auch dann noch eingefroren, wenn lediglich die Cleavage-Strukturen bestehen bleiben. Wählerstimmenverluste einer kommunistischen Partei hin zu einer linken sozialdemokratischen Partei würden demnach noch keinen Wandel des Parteiensystems bedeuten, solange die Linke insgesamt ungefähr denselben Anteil an Stimmen aufweist. Dies entspricht dem Konzept der Blockvolatilität von Bartolini/Mair (1990). Die Interpretation der These der „frozen party systems“ auf aggregiertem Niveau bedeutet also, dass auch wenn die Wähler ihre Parteipräferenzen total ändern, ein Parteiensystem immer noch als eingefroren gilt, solange die traditionellen Cleavages (Klasse, Ethnie, Religion, Stadt-Land, etc.) durch die Parteien abgebildet werden, und diese etwa denselben Anteil an Wählerstimmen erhalten. Vermutlich hatten Lipset/Rokkan aber eine etwas „stärkere“ Version im Kopf, welche sowohl von einer tiefen individuellen wie auch von einer tiefen aggregierten Volatilität ausgeht (Lane/Ersson 1997: 182). Die zentrale Frage bei der Diskussion über die Stichhaltigkeit der Lipset/Rokkan-Hypothese ist, ob die Veränderungen der Parteienstärken respektive des individuellen Wahlverhaltens ausreichend gross sind, um die Hypothese zu verwerfen (Lane/Ersson 1997: 190). Lane/Ersson (1997: 190) regen an, sich viel grundsätzlicher mit der Beziehung zwischen Parteien und Wählern auseinanderzusetzen. Warum sollten Parteien sich darauf konzentrieren, nur ihre eigene Cleavage-Basis zu mobilisieren? Warum sollen Wähler Cleavages berücksichtigen, wenn sie sich für eine Partei entscheiden?

Das grösste Problem bei der Überprüfung besteht wohl darin, dass Cleavages in der Regel über die Wählerstimmenanteile derjenigen Parteien gemessen werden, welche aus diesen Cleavages hervorgegangen sind. Parteien können zum einen Ausdruck eines Cleavages sein, es besteht aber zum anderen auch die Möglichkeit, dass Parteien nicht mehr die ursprünglichen Konflikte repräsentie-

ren. Der Begriff der Cleavages ist umfassender als der Begriff der Partei. Diese Problematik wird im dritten Teil dieser Arbeit wieder aufgenommen.

### 2.6.3.3 Empirische Evidenz

Empirische Evidenz gegen die Lipset/Rokkan-Hypothese wird aus *drei verschiedenen Quellen* angeführt (Mair 1993: 122):

- Die Zunahme der aggregierten Volatilität (Pedersen 1979).
- Der Erfolg neuer Parteien (vgl. Harmel/Robertson 1985) – insbesondere das Aufkommen der Grünen (Müller-Rommel 1989).
- Der Untergang der Parteien in Bezug auf Organisation und Repräsentation und neue Formen der Interessenvermittlung und -wahrnehmung (Lawson/Merkl 1988) wie der Neokorporatismus oder die neuen sozialen Bewegungen.

All diese Veränderungen manifestieren sich mehr oder weniger stark anhand von *Wählerstimmenveränderungen*, und zwar in der Form von „dealignment“ („the decline of parties“), in der Form von „realignment“ („the emergence of new parties“) oder in beidem („aggregate electoral instability“) (Mair 1993: 123). Die Veränderungen werden entweder auf der Ebene der Parteien (vgl. Rose/Urwin 1970) oder auf der Ebene der Parteiensysteme (vgl. Pedersen 1979, 1983) gemessen. Weniger häufig Gegenstand vergleichender Untersuchungen ist die Volatilität auf individueller Ebene, die sich anhand der Wechselwähler manifestiert. Ein Ansteigen der Volatilität bedeutet, so wird angenommen, dass die Parteibindungen und damit auch die strukturierende Wirkung der Cleavages zurückgehen. Wählerstimmen können zwischen den traditionellen Parteien und/oder zwischen den traditionellen und neuen Parteien getauscht werden, so dass damit noch nicht entschieden werden kann, ob ein „dealignment“ oder ein „realignment“ oder beides stattfindet. Das Kapitel 4 wird sich ausführlicher mit dem Konzept der Volatilität befassen und auch auf seine Grenzen hinweisen.

Die *Entstehung neuer Parteien* ist ein Zeichen dafür, dass die Bedeutung der traditionellen Parteien zurückgeht und dass neue Konflikte die Parteiensysteme zu strukturieren beginnen („realignment“). Gemäss Harmel/Robertson (1985) sind zwischen 1960 und 1980 in 19 westeuropäischen und anglo-amerikanischen Demokratien 233 Parteien entstanden. Allerdings handelte es sich nur bei knapp der Hälfte um effektive Neugründungen. In den übrigen Fällen kam es zu Abspaltungen von einer bestehenden Partei, Reorganisationen einer bestehenden Partei oder Zusammenschlüssen von bestehenden Parteien. Zudem können nur etwa zehn Prozent der Neugründungen „new issue parties“ wie ökologische Parteien, Anti-Atom-Parteien, Friedensparteien, feministische Parteien usw. be-

zeichnet werden. Etwa ein Viertel aller neuen Parteien orientiert sich – gemäss den Autoren – nicht entlang der Links-rechts-Dimension. 40 Prozent der neuen Parteien sind linksorientiert, eine Mehrheit davon kommunistisch.

Die dritte Argumentationslinie gegen die eingefrorenen Parteiensysteme stützt sich auf die *neuen sozialen Bewegungen*, welche vor allem in den 1970er und 1980er Jahren als alternative Form der politischen Organisation und Partizipation aufgefasst wurden. Ein solches Abwenden von den Parteien ist eine klare Form des „dealignments“.

#### 2.6.3.4 Die Gegenargumente von Bartolini/Mair

Unterstützung erhielt die These der „frozen party systems“ von Bartolini/Mair (1990) und Mair (1993). Bartolini/Mair (1990) untersuchten die Volatilität anhand der „electoral instability“ bei 303 Wahlen in 13 westeuropäischen Ländern und zwar über einen grösseren Zeitraum als dies die meisten anderen Autoren vor ihnen taten, nämlich von 1885 bis 1985. Gemäss Bartolini/Mair (1990: 61) gehen die meisten Studien davon aus, dass von den späten 1940er bis in die 1960er Jahre die Lipset/Rokkan-These bestätigt werden kann, während die 1970er und 1980er Jahre eine Zunahme der Volatilität erlebten. Sie selbst kommen demgegenüber zum Schluss, dass die durchschnittliche Volatilität in der Zeit von 1966 bis 1985, in der Zeit also, in der von einem grossen Wandel der Parteiensysteme ausgegangen wurde, nur unwesentlich höher lag als in der Zeit von 1945 bis 1965 (vgl. Bartolini/Mair 1990: xvii). Die durchschnittliche Volatilität in der Zwischenkriegszeit, in der – wie übereinstimmend angenommen wird – die Parteiensysteme „eingefroren“ wurden, liegt zudem höher als in der Periode 1945-1989 (Mair 1993: 124, Bartolini/Mair 1990: 100).

Bartolini/Mair stellen weiter die Frage, ob die Lipset/Rokkan-These völlig falsch war oder ob die von den erwähnten Autoren gewählten Masse der Stabilität (Rae Index, effektive Zahl der Parteien, Volatilität usw.) das Falsche messen. Das Hauptproblem liegt ihrer Ansicht nach aber vor allem darin, dass sich die Analysen nur auf einzelne Parteien abstützten. Anstelle der einzelnen Parteien sollten dagegen *politische Lager* (bestehend aus gleich gesinnten Parteien) untersucht werden. Für den Fall des Klassen-Cleavages kommen sie zum Schluss, dass die Volatilität zwischen links und rechts (Blockvolatilität) in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat, was die Lipset/Rokkan-These ganz klar unterstützt.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Vergleiche für eine Zusammenfassung der Ergebnisse von Bartolini/Mair (1990) auch Kriesi (1994: 264ff.).

### 2.6.3.5 Schlussfolgerungen

Ist nun Wandel oder Stabilität das herausragende Merkmal westlicher Parteiensysteme? Die Beantwortung dieser Frage ist, wie wir gesehen haben, eng mit zwei weiteren Fragen verbunden, welche sich aus den empirischen Erkenntnissen ergeben. Was ist die Ausnahme und was ist die Regel, und ab wann kann bei Veränderungen wirklich von Wandel gesprochen werden? Dass in Parteiensystemen Veränderungen stattfinden, wird nicht bestritten. Umstritten ist hingegen die Bedeutung und Tragweite dieser Veränderungen. Während Lane/Ersson (1994: 192) die *Stabilitätsthese als widerlegt betrachten* („The findings indicate, that the widely accepted hypothesis that West European party systems are characterized by stability is not in accordance with the data. Actually several of the party systems studied have changed since 1945”), darf nach Ware (1996: 211) der Wandel nicht überschätzt werden.

Gemäss Ware sind *grosse Veränderungen von Parteiensystemen relativ selten*. Lediglich vier von 23 unabhängigen liberalen Demokratien<sup>18</sup> hätten zwischen Ende der 1950er bis Ende der 1980er Jahre ein radikal anderes Parteiensystem erhalten. Es sind dies Belgien, Frankreich, Indien und Israel. In *Belgien* entstand aus einem Zweieinhalbparteiensystem ein fragmentierter Multipartismus, in *Frankreich* wurde der polarisierte Multipartismus durch einen moderateren Multipartismus ersetzt, in *Indien* verlor die Kongress Partei ihre Vormachtsstellung und in *Israel* veränderte die Konsolidierung der Rechtsparteien im Likud die Dynamik des Mehrparteisystems. Drei weitere Länder (Norwegen, Dänemark und Island) haben beachtliche, aber weniger radikale Veränderungen erfahren (Ware 1996: 211). In *Norwegen* und in *Dänemark* verloren die sozialdemokratischen Parteien ihre Vormachtsstellung. Während in Island das Parteiensystem Ende der 1960er Jahren volatiler und neuen Parteien gegenüber offener wurde. Als weitere Beispiele gäbe es hier die Erfolge der FPÖ in *Österreich* oder die Erweiterung des *deutschen Parteiensystems* durch die PDS zu erwähnen. Natürlich hat es auch immer wieder Wahlen gegeben, die zwar zu grösseren Verschiebungen der Wähleranteile geführt (Gewinne für die Liberalen in Grossbritannien 1974, das Aufkommen der Fortschrittspartei in Dänemark 1973),<sup>19</sup> das Parteiensystem aber nicht nachhaltig beeinflusst haben. Am Beispiel von Dänemark kann gut gezeigt werden, wie anpassungsfähig Parteiensysteme sein können. Trotz der Wahlen von 1973 unterscheiden sich die Wählerstimmenanteile von 1971 und 1990 mit Ausnahme der Verluste der Sozialliberalen Partei

<sup>18</sup> Zu den 23 etablierten liberalen Demokratien zählt Ware: Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Costa Rica, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Island, Indien, Irland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, USA.

<sup>19</sup> 1973 gewann die dänische Fortschrittspartei 15.9 Prozent der Wählerstimmen und 28 von 175 Sitze im Parlament. Das Parteiensystem wechselte verfolgte seither gemäss Bille (1989) einen Wandel von einem begrenzten Pluralismus zu einem extremen Pluralismus.

und der Gewinne der Fortschrittspartei und der Zentrumsdemokraten kaum wesentlich voneinander (vgl. Ware 1995: 315).

Dem Bild von einer allzu grossen Stabilität stehen vor allem die zahlreichen *Erweiterungen der Parteiensysteme durch neue Parteien* entgegen (vgl. Reif 1984: 142f.). Mitte der 1960er Jahre wuchsen in Belgien die Sprachparteien und in Schottland und Wales machten die Nationalisten von sich reden. Weitere Parteien sind beispielsweise die D66, welche in den Niederlanden die Neue Linke der Studentenbewegungen organisierte, die Steuerprotestbewegung Morgen Glistrups 1973 in Dänemark (Fortschrittspartei), Rechtsabsplaltungen von den Sozialdemokraten, wie die DS'70 in den Niederlanden, die SDP in Luxemburg, MDSF und PSD in Frankreich und CD in Dänemark. Darüber hinaus kamen in Frankreich, Norwegen und Dänemark auch trotzkistisch, maoistisch und stalinistisch orientierte Gruppierungen auf. Schliesslich gilt es die zahlreichen ökologischen und grünen Parteien zu erwähnen, welche sich in den 1970er und anfangs 1980er Jahre herausgebildet haben (vgl. Müller-Rommel 1989).

Auch in der *Schweiz* hat sich bezüglich des Parteiensystems in der Zeit seit den 1960er Jahren einiges verändert. Den traditionellen Parteien ist zunächst Konkurrenz durch den wieder erstarkten LdU und durch neue Parteien (NA, POCH, SAP, und AP) erwachsen. In den 1980er Jahren haben die Grünen (GPS und GBS) und die FPS (ehemals Autopartei) auf Kosten der grossen Parteien Wählerstimmenanteile gewonnen. Und in den 1990er Jahren veränderten die Erfolge der SVP das Kräfteverhältnis zwischen den grossen Parteien in einem bis anhin unbekannten Masse. In den 1970er und 1980er Jahren betraten Neue soziale Bewegungen (Anti-Atomkraftwerke-, Frauen-, Jugend-, Friedens- und Ökologie-Bewegung) die politische Bühne, sorgten für beträchtliches Aufsehen und brachten mit ihren unkonventionellen Partizipationsformen eine gewisse Unruhe in die Routine der politischen Verfahren. Gewandelt hat sich auch das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik und ihren Akteuren. Die politische Beteiligung folgt heute immer weniger tradierten Verhaltensmustern und wird bewusster, aber auch selektiver ausgeübt. Vor allem die Wahlteilnahme ist zurückgegangen, obwohl sich der Informationsstand der Bevölkerung verbessert hat und Berührungängste zur Politik abgenommen haben. Immer mehr Parteianhänger und Sympathisanten künden „ihrer“ Partei die Gefolgschaft auf Lebenszeiten auf und entscheiden sich neuerdings von Fall zu Fall für die eine oder andere Partei (Gilg/Longchamp 1986:6).

Sicher gilt, dass die heutigen Parteiensysteme nach wie vor Strukturelemente aus ihren Entstehungszeiten beinhalten. Die heutigen Parteiensysteme haben sich aber auch verändert und sind komplexer geworden. Dass die Veränderungen vor allem hinsichtlich charakteristischer Elemente (Zahl der Parteien, Volatilität, Polarisierung) der Parteiensysteme stattgefunden haben und dass der Wechsel von einem Typus eines Parteiensystems zu einem anderen deutlich seltener ist, ist letztlich kein hinreichendes Argument für die Stabilität. Es stellt sich aber viel grundsätzlicher die Frage, wie weit mit diesen Konzepten Wandel erfasst werden kann, da die Veränderungen, die sich innerhalb der Parteien ab-



spielen, nicht berücksichtigt werden. Im Extremfall könnte sich eine Partei hinsichtlich ihrer Basis und ihrer politischen Forderungen vollständig wandeln, ohne dass dieser Wandel in den meisten der hier diskutierten Konzepte in Erscheinung tritt. Dies liesse sich mit der Vorstellung von den auf den Cleavages eingefrorenen Parteiensystemen nicht in Einklang bringen. Soll der Wandel wirklich erfasst werden, gilt es in die Parteien hineinzuschauen. Die Analyse der Parteiprogramme, wie dies mit dem "party manifesto"-Projekt (vgl. Budge et al. 1987, Brändle 1999) getan wird, oder das vergleichende Projekt von Katz/Mair (1994) helfen hier weiter. Auch diese Arbeit wird sich im zweiten Teil mit den Parteiorganisationen befassen. Dass Wählerstimmenanteile der Parteien generell ein unzugängliches Mass zur Überprüfung der Stabilitätsthese sind, wird Gegenstand des dritten Teils sein. Im Mittelpunkt dieses ersten Teils bleiben die Parteiensysteme.

## 2.7 Das weitere Vorgehen: Die Analyse der kantonalen Parteiensysteme

Die in den vorangehenden Abschnitten diskutierte Frage nach dem Wandel der Parteiensysteme und Parteien wird sich als roter Faden durch die gesamte Arbeit hindurch ziehen. In den folgenden Kapiteln werden mit der Zahl der Parteien, der Volatilität, der Polarisierung und der Stärke der verschiedenen Parteien und Lager unterschiedliche Konzepte zur Beschreibung der Parteiensysteme vorgestellt und angewandt. Die *empirische Basis* bilden dabei die *Parteiensysteme in 24 von 26 Kantonen*. Die beiden Kantone Appenzell-Ausserrhoden und Appenzell-Innerrhoden konnten nicht in die Analysen eingezogen werden, da ihre politischen Systeme nicht derart ausgebildet sind, dass sich bei kantonalen Wahlen verlässliche Angaben über die Stärken der Parteien machen lassen.

Als Referenzgrösse dienen die *Wählerstimmenanteile* der Parteien bei den kantonalen Parlamentswahlen (vgl. Ladner 2003). Zur besseren Vergleichbarkeit wurden den Nationalratswahlen vorangehende Vierjahresperioden gebildet. Die erste Periode umfasst die Jahre 1900 bis 1903, die 26ste und letzte hier untersuchte Periode die Jahre 2000 bis 2003. Für die Kantone, in denen in einer Vierjahresperiode mehr als ein Wahlgang stattgefunden hat, wurden Mittelwerte verwendet.<sup>20</sup> Für die Kantone, in denen in einer Wahlperiode keine Wahlen stattgefunden haben, wurden Durchschnittswerte der vorangehenden und der nachfolgenden Wahlen eingesetzt.<sup>21</sup> In einigen Kantonen liegen nicht für alle

<sup>20</sup> Mittelwerte zweier Wahlgänge in einer Wahlperiode: Glarus (1944/47, 1956/59, 1968/71), BS (1932/35, 1944/47), Basel-Landschaft (1956/59), St. Gallen (1912/15, 1924/27, 1936/39, 1948/51), Graubünden (1917/19, 1921/23, 1925/27, 1929/31, 1933/35, 1937/39, 1941/43, 1945/47, 1949/51, 1953/55, 1957/59, 1961/63, 1965/67, 1969/71, 1973/75, 1977/79, 1981/83, 1985/87, 1989/91, 2000/03), Thurgau (1956/59), Tessin (1921/23), Genf (1936/39, 1948/51).

<sup>21</sup> Extrapolierte Werte bei fehlendem Wahlgang in einer Wahlperiode: Nidwalden (1944 bis 1947), FR (1932 bis 1935, 1952 bis 1955, 1972 bis 1975, 1992 bis 1995).

Wahlperioden Angaben über die Wählerstimmenanteile der Parteien vor. Hier wurde die Parteistärke über die Sitzanteile bestimmt.<sup>22</sup> Seit 1968 sind für alle Kantone vollständige Angaben verfügbar (für die Wahlergebnisse ab 1972 vgl. Ladner 2003).<sup>23</sup>

Analytisch ist das Vorgehen insofern viel versprechend, als sich in den einzelnen Kantonen ganz unterschiedliche Parteiensysteme herausgebildet haben, die es nicht nur zu beschreiben gilt, sondern die auch auf ihre Entstehungshintergründe hinterfragt und in ihren Auswirkungen analysiert werden können. Auch hier kann eine Antwort auf die Frage gesucht werden, ob nun Wandel oder Stabilität die Parteiensysteme besser charakterisiert. Auf dem Weg zur Beantwortung dieser Frage werden die verwendeten Konzepte einer kritischen Prüfung unterzogen. Das letzte Kapitel dieses Teils versucht die verschiedenen charakteristischen Merkmale der einzelnen Parteiensysteme zusammenzubringen und anhand dieser Merkmale eine Typologie der kantonalen Parteiensysteme zu erstellen und Entwicklungsmuster herauszuarbeiten.

<sup>22</sup> Bestimmung der Parteistärke über die Sitzanteile: Zürich (1935/39/43), Uri (nur Sitzanteile), Schwyz (1900 bis 1944), Obwalden (1966 bis 1982), Nidwalden (1943 bis 1978), Glarus (1935 bis 1947), Zug (1934 bis 1954), Freiburg (1916 bis 1946), Solothurn (1941), Schaffhausen (1936 bis 1952), Graubünden (nur Sitzanteile), Aargau (1949), Waadt (1945 bis 1970), Genf (1919 bis 1948).

<sup>23</sup> In der Wahlperiode 1936-1939 konnten 15 Kantone berücksichtigt werden. In den Wahlperioden vor 1936 liegt die Zahl der vertretenen Kantone bei zehn und tiefer, so dass hier die Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden müssen. Die Datenreihen beginnen in den einzelnen Kantonen wie folgt (das Jahr in Klammern bezeichnet den Beginn der Aufzeichnungen): Zürich (1935), Bern (1922), Luzern (1911), Uri (1932), Schwyz (1900), Obwalden (1966), Nidwalden (1943), Glarus (1935), Zug (1934), Freiburg (1916), Solothurn (1986), Basel-Stadt (1926), Basel-Landschaft (1953), Schaffhausen (1936), St. Gallen (1912), Graubünden (1919), Aargau (1933), Thurgau (1950), Tessin (1921), Waadt (1945), Wallis (1953), Neuenburg (1953), Genf (1919) und Jura (1978).

### 3 Fragmentierung und Zahl der Parteien

#### 3.1 Theoretische und konzeptuelle Überlegungen

Die einfachste Art und Weise die Fragmentierung eines Parteiensystems zu bestimmen, ist das *Zählen der Parteien*. Aus der Literatur über die Typologisierung der Parteiensysteme und aus Sartoris (1976: 119ff.) Ausführungen über „die Parteien, die zählen“ geht jedoch hervor, dass nicht nur die Anzahl, sondern auch deren Stärke von Bedeutung ist. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob in einem Zweiparteiensystem beide Parteien je rund 50 Prozent der Stimmen aufweisen oder ob eine Partei eine Wählerstärke von 80 Prozent und die andere eine Wählerstärke von 20 Prozent aufweist. Bei zwei gleich grossen Parteien ist zu erwarten, dass sie sich im Wahlkampf einander angleichen und sich beide auf den Medianwähler ausrichten. Dominiert eine Partei deutlich, dürfte dies weniger ausgeprägt der Fall sein. Oder – um ein anderes Beispiel zu nehmen – ein Parteiensystem, in dem die drei grössten Parteien je 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und die restlichen zehn Prozent der Stimmen dabei auf eine Vielzahl kleiner Parteien entfallen, unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von einem Parteiensystem, in dem die drei grössten Parteien 45, 35 und zehn Prozent der Stimmen erhalten haben. Entscheidend ist dabei, ob eine Partei die Position einer Mehrheitsbeschafferin einnehmen und mit den beiden anderen grossen Parteien eine Koalition eingehen kann oder ob sie schon mit nur einer der beiden anderen Parteien stark genug für eine Regierungsbildung ist. Je nach Zahl und Stärke der Parteien in einem Parteiensystem – so ist anzunehmen – verändert sich der Wettbewerb zwischen den Parteien, bestimmt sich die Radikalität ihrer ideologischen Orientierung und gestaltet sich die parteiinterne Homogenität.

In der Parteienforschung wird die Fragmentierung des Parteiensystems sowohl als eine erklärende wie auch als eine zu erklärende Variable verwendet: Wovon ist die Fragmentierung abhängig und was sind deren Auswirkungen? Soll die *Fragmentierung* erklärt werden, so interessiert vor allem die Frage, wie weit dafür das Wahlsystem und wie weit dafür gesellschaftliche Cleavages verantwortlich zu machen sind. Hinsichtlich der *Auswirkungen der Fragmentierung* sind die politische Stabilität und letztlich die Qualität der Ergebnis der Politik (Policy-Output) von Interesse.

##### 3.1.1 Die Zahl der Parteien als zu erklärende und erklärende Variable

Geht es darum, die Fragmentierung bzw. die Zahl der Parteien zu erklären, konkurrenzieren sich institutionelle Ansätze, die sich vor allem mit dem Einfluss des Wahlverfahrens (z.B. Wahlsystem, Grösse der Wahlkreise) befassen, und

soziologische Ansätze, welche die Parteien auf die Existenz unterschiedlicher sozialer Gruppen in der Gesellschaft zurückführen.

Arbeiten, die sich für die Erklärung der Zahl der Parteien mit den Auswirkungen des *Wahlsystems* befassen, sind verhältnismässig zahlreich und beziehen sich wie z.B. Riker (1976), Riker (1982) oder Taagepera/Grofman (1985) mehr oder weniger direkt auf Duvergers Gesetz. Dieses besagt, dass „simple majority single-ballot systems favour the two-party systems“ und „both the simple majority with second ballot and proportional representation favour multipartism“ (Duverger 1964: 217 und 239 zitiert nach Gaines 1997: 49). Als Klassiker gilt die Arbeit von Rae (1971), welche von Lijphart (1997: 73) als erster grösserer Versuch einer umfassenden Abhandlung der politischen Folgen von Wahlsystemen bezeichnet wird.

Die von Duverger formulierte Gesetzmässigkeit ist heute allerdings ziemlich umstritten. Dabei wird die Meinung vertreten, dass das Wahlsystem wohl gewisse Auswirkungen haben kann, dass es aber bei weitem nicht der wichtigste Faktor für die Erklärung der Zahl der Parteien ist. So dürfte die *Grösse eines Wahlkreises* wahrscheinlich einen grossen Einfluss auf die Zahl der Parteien haben (Lijphart 1994 und Taagepera/Shugart 1989 zitiert nach Coppedge 1997: 159). Taagepera/Shugart (1989: 112) bezeichnen die Wahlkreisgrösse gar als den entscheidenden Faktor. Zahlreiche Autoren gehen auch von einem psychologischen Effekt bei den Wählerinnen und Wählern aus: Wählerinnen und Wähler wissen welche Parteien überhaupt Chancen auf einen Sitzgewinn haben und vermeiden es, Stimmen an kleinere Parteien zu verschwenden (Rae 1970: 141f. und Taagepera/Shugart 1989: 215). Hinzu kommt noch ein technischer Effekt: Wahlsysteme tendieren generell dazu, grössere Parteien zu favorisieren. Bei grösseren Wahlkreisen sind aber in der Regel die Zugangshürden für kleinere Parteien tiefer und die Unterschiede zwischen erhaltenen Stimmen und erhaltenen Sitzen kleiner.

Entscheidender als das Wahlsystem ist aber möglicherweise die *Cleavage-Struktur* eines Landes. Dieses Argument wird mitunter von Coppedge (1997: 169 ff.)<sup>1</sup> vorgebracht, findet sich aber auch bei Lijphart (1984: 147f.) und bei Taagepera/Shugart (1989: 92ff.). Da sich Parteien entlang von politischen Konfliktlinien herausbilden (vgl. von Beyme 1984 und Lipset/Rokkan 1967), ist es nicht weiter erstaunlich, dass die Zahl der Parteien stark durch die Zahl der in einer Gesellschaft bestehenden Cleavages bestimmt wird. Das Problem mit den Cleavages ist jedoch, dass sie für vergleichende Untersuchungen nicht besonders gut geeignet sind, da sie sich nur schwer erfassen lassen, wenn man nicht den

<sup>1</sup> Coppedge (1997: 177f.) schlägt auch vor, die Wirtschaftslage eines Landes zu berücksichtigen, was bei seiner Untersuchung in lateinamerikanischen Ländern auch nahe liegend erscheint. Er gesteht allerdings ein, dass unklar ist, ob eine schlechte Wirtschaftslage wirklich zu Abspaltungen von der Regierungspartei und, da Unsicherheiten über mögliche Lösungen zur Behebung der schlechten Wirtschaftslage bestehen, zu einem breiteren Spektrum von Parteien führt oder ob nicht der Regierungspartei trotz allem die Treue gehalten wird und ein genereller Trend zu den starken Parteien besteht.

reduktionistischen Weg über die Wählerstimmenanteile der Parteien begehen will (vgl. Teil 3). Zudem darf nicht vergessen werden, dass Cleavages auf die Tiefenstrukturen der Parteiensysteme abzielen und – wie Coppedge (1997: 184) es nennt – das Fleisch und Blut nicht berücksichtigen. Weder der elektorale Erfolg der Parteien noch die Herausbildung von Parteiensystemen sind vollumfänglich durch die Cleavage-Struktur determiniert. Sie sind auch Produkt von Zufällen und abhängig von Personen, die eine Partei führen. Ohne Gottlieb Duttweiler hätte es beispielsweise in der Schweiz kaum den LdU gegeben.

Wird die Fragmentierung des Parteiensystems bzw. die Zahl der Parteien als unabhängige Variable betrachtet, so interessieren vor allem der *Einfluss auf die politische Stabilität* und der *Policy-Output*. Die klassische Frage ist, ob Zweiparteiensysteme längerfristig stabiler sind als Mehrparteiensysteme. Die Antwort ist vor allem dann von grosser Bedeutung, wenn es darum geht, den Einfluss von Wahlverfahren oder Regierungssystemen auf die Entstehung und Entwicklung von Parteiensystemen zu untersuchen. Etwas allgemeiner kann auch gefragt werden, ob Zwei- oder Mehrparteiensysteme bessere Ergebnisse (Policy-Outputs) garantieren. Hier stehen sich das Parteienwettbewerb- und das Konkordanz-Modell gegenüber. Vor allem die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Zahl der Parteien und der politischen Stabilität wird uns im weiteren Verlauf dieser Arbeit immer wieder beschäftigen.

### 3.1.2 Fragmentierung des Parteiensystems – verschiedene Indices

In der Literatur werden verschiedene *Werte zur Beschreibung der Fragmentierung eines Parteiensystems* diskutiert. Wir beschränken uns hier auf solche, die über das reine Zählen hinausgehen und auch der Stärke der Parteien Rechnung tragen. Als Berechnungsgrundlagen dienen dabei die Wählerstimmenanteile.<sup>2</sup>

#### 3.1.2.1 Die Summe der quadrierten Sitzanteile und der Rae-Index

Eine der ältesten Formeln für die Bestimmung der Fragmentierung eines Parteiensystems berechnet sich nach der *Summe der quadrierten Sitzanteile* (Hirschmann-Herfindahl-Index). Dabei wird nach der Wahrscheinlichkeit gefragt, dass zwei zufällig ausgewählte Wähler dieselbe Partei wählen oder dass zwei zufällig ausgewählte Parlamentarier derselben Partei angehören (vgl. Molinar 1991: 1383). Die Formel lautet:

<sup>2</sup> Die Indices können auf der Basis von Wählerstimmen- oder Sitzanteilen, respektive Wählerstimmen oder Sitzen berechnet werden. Ob man sich auf absolute Zahlen oder Prozentanteile abstützt ist weniger wichtig. Ob man sich auf die Wähler oder auf die Sitze der Parteien bezieht dagegen schon, weil es hier je nach Wahlsystem zu unterschiedlichen Kräfteverhältnissen kommen kann.

$$HH = \sum_{i=1}^n p_i^2$$

Wobei  $p$  den Wählerstimmenanteil der Parteien darstellt und  $HH$  für die Summe der quadrierten Sitzanteile steht.

Wenn 50 Prozent der Stimmberechtigten die Partei A wählen und 50 Prozent die Partei B, betragen die Chancen, dass zwei zufällig ausgewählte Stimmberechtigte dieselbe Partei wählen 50 Prozent ( $0.5^2 + 0.5^2 = 0.5$ ). Wählen 80 Prozent die Partei A und 20 Prozent die Partei B, so liegen die Chancen bei 68 Prozent ( $0.8^2 + 0.2^2 = 0.68$ ). Wählen 50 Prozent die Partei A, 30 Prozent die Partei B und 20 Prozent die Partei C, so liegen die Chancen bei 38 Prozent ( $0.5^2 + 0.3^2 + 0.2^2 = 0.38$ ).

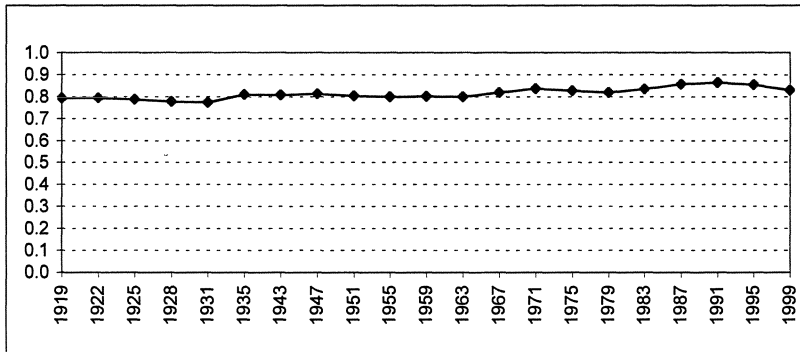
Auch der deutlich bekanntere Rae-Index (Rae 1967) basiert auf dieser Erkenntnis. Er berechnet, da er  $HH$  von 1 subtrahiert, die Wahrscheinlichkeit, dass zwei zufällig ausgewählte Wähler unterschiedliche Parteien gewählt haben. Der Index weist einen Wert von 0 aus, wenn es nur eine Partei gibt, und einen Wert von 1, wenn die Zahl der Parteien gegen unendlich strebt. Die allgemeine Formel lautet:

Fragmentierung =  $1 - (\text{Partei}1^2 + \text{Partei}2^2 + \dots + \text{Partei}N^2)$  oder

$$F = 1 - HH = 1 - \sum_{i=1}^n p_i^2$$

In der Schweiz bewegt sich der Rae-Index berechnet auf der Basis der Wählerstimmenanteile der Parteien bei den Nationalratswahlen zwischen 1919 und 1999 zwischen 0.77 und 0.87. Ein Nachteil dieses Indexes ist, dass es sich um einen Wert handelt, der keine offensichtliche und nachvollziehbare Bedeutung hat. Was ein Wert von rund 0.8 aussagt, ist nur Spezialisten bekannt oder wird im besten Fall im Vergleich mit anderen Parteiensystemen ersichtlich. Aus der Abbildung des Rae-Indexes (vgl. Abbildung 3.1) wird zudem ein zweiter Nachteil deutlich: Kleinere Veränderungen kommen – stellt man in einer Abbildung den gesamten Wertebereich (0 bis 1) dar – kaum zum Ausdruck.

Abbildung 3.1: Rae-Index: Nationalratswahlen, 1919 bis 1999



Quelle: Für die Jahre 1971 bis 1999: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen 1999, wobei 1995 und 1999 die Solidarität zu den „übrigen Parteien“ gezählt wurden. Für die Jahre 1919 bis 1967: Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen 1987.

Anmerkung: Die Kategorie „übrige Parteien“ wurde für die Berechnung des Rae-Indexes nicht berücksichtigt.

Trotz dieser Mängel wird der Rae-Index in verschiedenen Werken, die sich mit dem Schweizer Parteiensystem befassen, verwendet. Mit seiner Hilfe wurde von verschiedenen Autoren gezeigt, dass die *Schweiz* eines der am *stärksten fragmentierten Parteiensysteme* hat:

- Bereits Rae (1968: 417) kommt in seinen Berechnungen zum Schluss, dass von 1945 bis 1965 die Schweiz von 20 Ländern zusammen mit Finnland, Israel und Frankreich die grösste Fragmentierung aufweist.
- Bestätigt wird dies in jüngerer Zeit durch Kriesi (1995: 131), der sich allerdings auf eine Passage von Kerr (1987:116) stützt. Gemäss Kerr (1987:116), dessen Daten ebenfalls aus einer relativ weit zurückliegenden Zeitperiode (1945 bis 1973) stammen, hat nur Finnland einen grösseren Fragmentierungsgrad als die Schweiz.
- Armington (1989: 344) berechnet in einem Aufsatz in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft den Fraktionierungsindex für bis zu 21 Länder und für verschiedene Zeitperioden (Durchschnittswerte). Für die Zeit von 1945 bis 1988 weist die Schweiz nach seinen Berechnungen den grössten Fraktionierungsindex aller untersuchten Länder auf.

Heute wird der Rae-Index in der Parteienforschung aus den bereits angeführten Mängeln immer seltener verwendet. In den meisten der neueren Indices ist er allerdings mehr oder weniger explizit vorhanden.

### 3.1.2.2 Die effektive Zahl der Parteien

In den wissenschaftlichen Arbeiten jüngerer Datums dominiert der Indikator der *effektiven Zahl der Parteien* („the effective number of parties“), genannt N, wie er von Laakso/Taagepera (1979) vorgeschlagen wurde (vgl. Lijphart 1994: 70, Lijphart 1984: 122ff.). N kann im Prinzip mit einer einfachen Transformation aus der Fragmentierung F berechnet werden.<sup>3</sup> Die Formel lautet wie folgt:

$$N = \frac{1}{\sum_{i=1}^n p_i^2} = \frac{1}{HH} = \frac{1}{(1-F)}$$

Wobei p wiederum den Wählerstimmenanteil der Parteien darstellt.

Auch mit der effektiven Zahl der Parteien lässt sich belegen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich auf nationaler Ebene ein ausgesprochen fragmentiertes Parteiensystem hat. Tabelle 3.1 stellt die N-Werte für den Zeitraum von 1980 bis 1998 für 23 Länder dar. Als Quelle dient der Datensatz von Armington/Beyeler/Mengale (2000). Es zeigt sich, dass am Ende des 20. Jahrhunderts nur Belgien und Italien eine höhere effektive Zahl der Parteien aufwiesen und damit stärker fragmentierte Parteiensysteme haben als die Schweiz. Die Schweiz behauptet ihre Stellung der Spitzengruppe seit den 1960er Jahren. Lediglich Finnland, Frankreich, die Niederlande und Italien sahen sich in bestimmten Zeitabschnitten mit stärker fragmentierten Parteiensystemen konfrontiert.

Über die letzten 40 Jahre hinweg hat die durchschnittliche effektive Zahl der Parteien aller untersuchten Länder zugenommen. Sie ist von 3.4 auf 4.6 angestiegen. Die jüngere Entwicklung in der Schweiz jedoch läuft der internationalen Entwicklung entgegen. Die höchste effektive Zahl der Parteien wurde in der Schweiz mit 7.2 in der Zeit zwischen 1992 und 1995 als Folge der Nationalratswahlen 1991 erreicht. Seither ist die effektive Zahl der Parteien wieder auf 6.1 zurückgegangen. Die Schweiz ist aber nicht das einzige Land mit einer rückläufigen Zahl an Parteien. Ähnliche Entwicklungen finden am Ende der 1990er Jahre auch in Belgien, Dänemark, Finnland, Island, Japan, Schweden Spanien und den USA statt, wobei es sich auch hier, mit Ausnahme der USA, um eher stärker fragmentierte Parteiensysteme handelt. Der allgemeine Trend für die Gesamtheit

<sup>3</sup> Erstaunlicherweise stellen viele vergleichende Studien, Datenhandbücher und Datensätze neben der effektiven Zahl der Parteien noch immer den Rae-Index dar (vgl. Lane/Ersson 1994: 178, Armington/Freitag 1997, Armington/Beyeler/Menegale 2000, Pennings/Lane (1998: 5). Dies ist unnötig, da sich die beiden Indices ohne zusätzliche Informationen über das Parteiensystem ineinander überführen lassen.



der Länder deutet jedoch nach wie vor auf eine Zunahme der Fragmentierung hin. Dieser Sachverhalt wird auch durch Abbildung 3.2 verdeutlicht, welche die Entwicklung des Schweizer Parteiensystems und die Durchschnittswerte für die anderen europäischen Staaten sowie für eine Gruppe verschiedener nicht-europäischer Länder (USA, Australien, Neuseeland, Kanada und Japan) darstellt.

Tabelle 3.1: Effektive Zahl der Parteien (N) in 23 Ländern, Durchschnittswerte der entsprechenden Wahlperioden, 1960 bis 1999

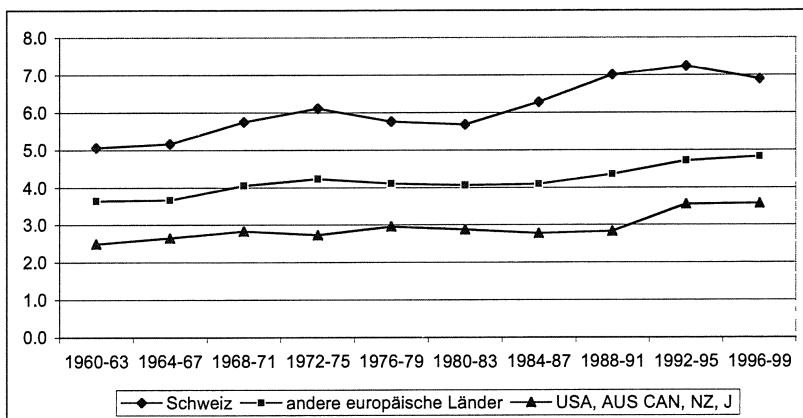
Jahr	1960 -63	1964 -67	1968 -71	1972 -75	1976 -79	1980 -83	1984 -87	1988 -91	1992 -95	1996 -99	1960 -99
<i>Fünfundmehrparteiensysteme</i>											
Belgien	3.0	3.7	6.8	6.3	6.7	8.7	8.4	8.6	9.7	9.5	7.1
Schweiz	5.1	5.2	5.7	6.1	5.8	5.7	6.3	7.0	7.2	6.9	6.1
Finnland	5.5	5.5	5.7	5.9	5.9	5.7	5.6	6.1	5.9	5.8	5.8
Niederlande	4.6	5.2	6.5	6.9	4.7	4.3	4.0	3.9	4.8	5.6	5.0
Dänemark	3.8	4.0	4.6	6.1	5.3	5.6	5.4	5.4	4.8	4.8	5.0
Italien	4.0	4.2	4.0	4.1	3.5	4.1	4.6	4.6	7.2	7.5	4.8
<i>Vierparteiensysteme</i>											
Norwegen	3.6	3.8	3.7	4.8	4.2	3.9	3.7	4.5	4.8	5.0	4.2
Island	3.6	3.5	3.9	3.8	3.7	4.0	4.6	5.4	4.3	4.4	4.1
Luxemburg	3.3	3.5	3.5	3.9	4.2	4.2	3.6	4.4	4.7	4.8	4.0
Spanien					4.3	3.8	3.4	4.0	3.7	3.3	3.7
Schweden	3.3	3.4	3.3	3.5	3.6	3.5	3.4	4.1	4.2	4.0	3.6
Japan	2.4	2.7	3.3	3.4	4.0	3.5	3.5	3.5	4.9	4.1	3.5
<i>Dreiparteisysteme</i>											
Portugal				3.7	3.8	3.1	4.1	3.0	2.9	3.1	3.4
Deutschland	3.5	3.2	3.1	2.9	2.9	3.1	3.3	3.7	3.8	3.8	3.3
Kanada	2.8	3.3	3.0	3.1	3.0	2.9	2.8	3.0	3.7	4.1	3.2
Irland	3.2	2.9	2.8	2.8	2.8	2.8	2.9	3.4	4.0	4.0	3.2
Australien	2.8	2.9	2.9	2.7	3.0	2.8	2.8	3.1	3.0	3.2	2.9
Neuseeland	2.4	2.5	2.5	2.5	2.7	2.9	2.8	2.5	3.3	4.1	2.8
Grossbritannien	2.3	2.5	2.4	2.8	3.1	2.9	3.1	3.1	3.1	3.2	2.8
Griechenland	3.1	2.4		2.8	3.5	3.0	2.6	2.6	2.6	3.1	2.8
<i>Zweieinhalbparteiensysteme</i>											
Österreich	2.5	2.4	2.3	2.3	2.3	2.3	2.6	2.9	3.5	3.6	2.7
<i>Zweiparteisysteme</i>											
USA	2.0	1.9	2.6	2.0	2.1	2.3	2.0	2.0	2.8	2.4	2.2
Mittelwert	3.4	3.5	3.8	4.0	3.9	3.9	3.9	4.1	4.6	4.6	4.0

Quelle: Armingeon et al. (2001), eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Berechnet nach der Formel von Laakso/Taagepera. Kursiv: gleich stark oder stärker fragmentierte Parteiensysteme als die Schweiz, Zuordnung zu den verschiedenen Typen von Parteiensystemen aufgrund der durchschnittlichen effektiven Zahl der Parteien.

Expansions- und Konzentrationsbewegungen sind an sich nichts Neues in der Geschichte der Parteiensysteme. Die Zahl der Parteien hat in den letzten Jahrzehnten nicht linear zugenommen. Zu Wachstumsphasen kam es nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Zeit von 1964 bis 1975 sowie nach 1983. In der Schweiz fallen in diese Perioden das Aufkommen der Überfremdungsparteien und der neuen Linken und dann der Ökologie-Bewegung. Der starke Rückgang der Zahl der Parteien, der sich in der Schweiz gegen Ende des 20. Jahrhunderts bemerkbar macht, bleibt jedoch bemerkenswert.

Abbildung 3.2: Veränderung der effektiven Zahl der Parteien (N), Durchschnittswerte der entsprechenden Wahlperioden, 1960 bis 1999



Quelle: Armingeon et al. (2001), eigene Berechnungen.

Anmerkung: Berechnet nach der Formel von Laakso/Taagepera.

### 3.1.2.3 Der Hyperfaktionalisierungs- und der Molinar-Index

Der Laakso/Taagepera-Index ist in der Literatur nicht unumstritten. Als Alternative dazu wird der *Hyperfaktionalisierungsindex* („hyperfractionalization index“), der auch „*index of multipartism*“ oder Kesselman/Wildgen-Index genannt und mit I bezeichnet wird, verwendet (vgl. Kesselman 1966; Wildgen 1971).<sup>4</sup> Dieser Index, der auch bei Laakso/Taagepera (1979: 5), bei Molinar (1991: 1384) und bei Lijphart (1994: 69) vorgestellt und diskutiert wird, berechnet sich nach folgender Formel:

<sup>4</sup> Milder (1974: 446) weist darauf hin, dass bereits Kesselman diesen Index MacRae zuschreibt und dass er in der Physik und in Kommunikationsstudien als „measure of entropy“ bekannt ist.

$$I = \text{antilog} \left[ - \sum_{i=1}^n (P_i^2 \log P_i) \right] = \prod_{i=1}^n (P_i)^{-P_i} = e^H$$

$$\text{Wobei: } H = \sum_{i=1}^n P_i \ln P_i$$

Der Hyperfraktionalisierungsindex berücksichtigt die *kleinen Parteien* stärker als die grossen, da durch die Verwendung des Logarithmus die Unterschiede zwischen grossen und kleinen Parteien kleiner werden. Sind in einem Parteiensystem auch die kleinen Parteien von Bedeutung, so wäre dieser Index angemessener. Für Untersuchungen bezüglich der Schweiz, die mehrheitlich zumindest keine expliziten Mindest-Prozent-Hürden kennt und wo die kleinere Parteien dank der direktdemokratischen Instrumente einen starken Einfluss ausüben können, könnte sich dieser Index als besonders brauchbar erweisen.

Neben der Aufsplitterung sollte allerdings auch der *Stärke des Parteienwettbewerbs* Beachtung geschenkt werden. Je stärker die Parteien sind und je ausgeglichener das Kräfteverhältnis ist, desto grösser ist der Wettkampf zwischen den Parteien. Diese Vorstellung liegt dem *Molinar-Index (NP)* zu Grunde (Molinar (1991)). Dessen Formel lautet:

$$NP = 1 + N \frac{(\sum_{i=1}^n P_i^2) - P_1^2}{\sum_{i=1}^n P_i^2},$$

$$\text{Wobei gilt: } N = \frac{1}{\sum_{i=1}^n P_i^2} = \frac{1}{HH} = \frac{1}{(1-F)} \text{ und } P_1 = \text{Anteil der stärksten Partei.}$$

Der Molinar-Index gewichtet im Gegensatz zum Hyperfraktionalisierungsindex den Wählerstimmenanteil der *grössten Partei* stärker, aber in umgekehrter Richtung. Wenn die stärkste Partei einen grossen Wählerstimmenanteil hat, besteht ein grosser Abstand zwischen ihr und den anderen Parteien, sie muss weniger Rücksicht auf die anderen nehmen und der Parteienwettbewerb ist geringer. Entsprechend kann es als sinnvoll erachtet werden, dass für ein solches Parteiensystem eine kleinere Zahl an Parteien ausgewiesen wird.

### 3.1.2.4 Die verschiedenen Indices im Vergleich

Welcher Index verwendet werden soll, ist nicht einfach zu bestimmen. Im Folgenden soll zuerst anhand einiger hypothetischer Beispiele und dann auf der Basis der Ergebnisse der Nationalratswahlen zwischen 1919 und 1999 geprüft wer-

den, wie gross die Unterschiede zwischen den drei Indices sind. In Tabelle 3.2 sind einige Beispiele von möglichen Kräftekonstellationen in verschiedenen Parteiensystemen und die daraus resultierenden Werte für N, I und NP zusammengestellt. Die Werte sind zudem zur Illustration auch in Abbildung 3.3 dargestellt.

Die drei Indices liefern lediglich für Parteiensysteme, in denen die Parteien gleich stark sind, dieselben Werte. Ansonsten können die Unterschiede zwischen den drei Indices beträchtlich sein. Es gilt dabei – zumindest für die in der Tabelle aufgeführten hypothetischen Parteiensysteme –  $NP < N < I$ . Für Parteiensysteme mit ungleichmässigen Parteienstärken liefert in der Regel der Hyperfraktionalisierungsindex (I) den höchsten, der Laakso/Taagepera-Index (N) einen tieferen und der Molinar-Index (NP) den tiefsten Wert.

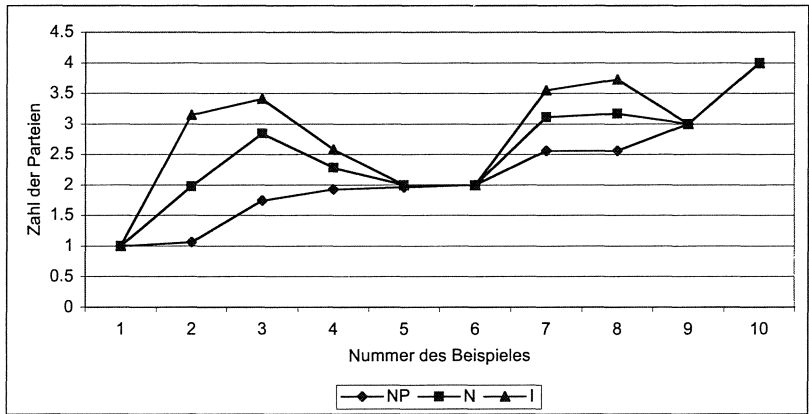
Besonders deutlich sind die Differenzen zwischen den drei Indices in den Beispielen 2, 3, 7 und 8. Die Unterschiede können so weit gehen, dass je nach verwendetem Index auf ein anderes Parteiensystem geschlossen wird. Im zweiten Beispiel ist man ausgehend vom Molinar-Index geneigt, von einem Einparteiensystem zu sprechen, während N ein Zwei- und I sogar ein Dreiparteiensystem nahe legt, und im dritten Beispiel weist NP weniger als zwei Parteien aus, während hier wohl eher von einem Drei- oder Mehrparteiensystem gesprochen werden kann.

Wie stark der Molinar-Index auf die Kompetitivität des Parteiensystems reagiert, kommt auch in einem anderen, hier nicht dargestellten Beispiel zum Ausdruck. Wenn aus einem Dreiparteiensystem mit einer Mehrheitspartei und einer relativ starken zweiten Partei sowie einer schwachen dritten Partei (z.B. mit folgenden prozentualen Wählerstimmenanteilen 55/35/10) ein Dreiparteiensystem mit einer Mehrheitspartei und zwei etwa gleich starken Parteien (55/25/20) wird, dann geht der Molinar-Index (NP) von 1.70 auf 1.62 zurück, während der N von 2.30 auf 2.47 ansteigt (vgl. Molinar 1991: 1387). Mit anderen Worten: Wird die relative Stärke der Mehrheitspartei grösser, so hat Molinar zufolge das Parteiensystem weniger Parteien. Nochmals anders ausgedrückt: Zwei etwa gleich schwache Parteien sind für die Mehrheitspartei weniger bedrohlich als eine starke zweite Partei. Gemäss Laakso/Taagepera hat das Parteiensystem demgegenüber mehr Parteien, da die Kräfteverhältnisse zwischen den oppositionellen Parteien ausgeglichener sind.

Tabelle 3.2; Die verschiedenen Werte von N, I und NP, hypothetische Beispiele

Fall/ Partei	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A	1.00	0.70	0.51	0.51	0.51	0.50	0.40	0.40	0.33	0.25
B		0.05	0.26	0.42	0.49	0.50	0.37	0.37	0.33	0.25
C		0.05	0.11	0.05			0.11	0.09	0.33	0.25
D		0.05	0.11	0.01			0.11	0.09		0.25
E		0.05	0.01	0.01			0.01	0.05		
F		0.05								
G		0.05								
Total	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
F	0.00	0.50	0.65	0.56	0.50	0.50	0.68	0.68	0.67	0.75
NP	1.00	1.06	1.74	1.93	1.96	2.00	2.56	2.56	3.00	4.00
N	1.00	1.98	2.84	2.28	2.00	2.00	3.11	3.17	3.00	4.00
I	1.00	3.15	3.41	2.58	2.00	2.00	3.55	3.73	3.00	4.00

Abbildung 3.3: Darstellung der Werte für N, I und NP für die hypothetischen Beispiele aus Tabelle 3.2

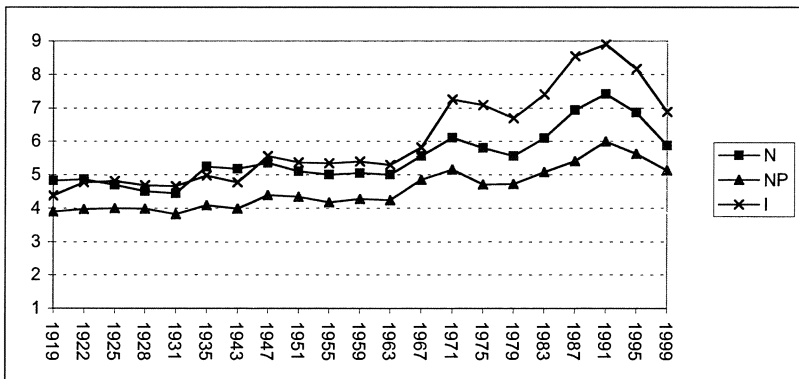


Wenden wir uns nun der Realität zu. Abbildung 3.4 zeigt anhand der *Nationalratswahlen in der Schweiz*, wie sich die Fragmentierung, berechnet auf der Basis der drei Indices N, I und NP, seit der Einführung des Proporzwahlverfahrens

1919 entwickelt hat. Die drei Indices liefern Kurven, die sich sehr ähnlich sehen. Folgende weitere Erkenntnisse lassen sich aus der Abbildung herauslesen:

- Je nach Index hat die Schweiz 1999 ein Fünf-, Sechs- oder Siebenparteiensystem.
- Der Molinar-Index (NP) liefert konstant die tiefsten Werte.
- In der Zeit zwischen 1971 und 1999 liegen die Unterschiede zwischen NP und N und zwischen N und I bei rund einer Partei.
- Der Laakso/Taageperra-Index (N) und der Hyperfaktionalisierungsindex liefern lange Zeit nahezu identische Ergebnisse, die sich teilweise überschneiden. Erst mit den Nationalratswahlen von 1971 öffnet sich auch zwischen diesen beiden Indices ein Graben und I gibt deutlich höhere Werte an.

Abbildung 3.4: Laakso/Taageperra-, Hyperfaktionalisierung und Molinar-Index – Parteistärken auf nationaler Ebene, 1919 bis 1999



Anmerkung: Die Kategorie „übrige Parteien“ wurde nicht berücksichtigt.

Ein Blick auf die den drei Kurven zu Grunde liegenden Wahldaten zeigt, dass in der Zeit vor 1971 der *Wählerstimmenanteil der Kategorie „übrige Parteien“* über drei Prozent lag. Besonders gross mit über sechs Prozent war der Anteil der „übrigen Parteien“ in den Jahren 1919, 1935 und 1943, und 1922 lag der Anteil der „übrigen Parteien“ bei 4.7 Prozent. Genau in diesen Wahljahren ist N grösser als I. Wenn also einige wenige Prozent der Wählerstimmenanteile nicht mehr einer bestimmten Partei zugeordnet werden können, was bei Zeitreihenanalysen oder bei vergleichenden Studien schnell vorkommen kann, ist die Hierarchie

zwischen N und I nicht mehr gewährleistet. Wir werden im nächsten Abschnitt auf dieses Problem zurückkommen.

Trotz allem sind, zumindest für den hier untersuchten Fall der Nationalratswahlen von 1919 bis 1999, die *Zusammenhänge zwischen den drei Indices* sehr stark. Die Produkt-Moment-Korrelationen (pearson corr) liegen über 0.95 (vgl. Tabelle 3.3). Am stärksten ist der Zusammenhang zwischen N und F, am schwächsten zwischen F und I.

Tabelle 3.3: Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Fragmentierungs-Indices am Beispiel der Wählerstimmenverteilung bei den Nationalratswahlen, 1919 bis 1999

Pearson Corr.	F	N	I	NP
F	1.000	0.989	0.955	0.959
N	0.989	1.000	0.965	0.967
I	0.955	0.965	1.000	0.971
NP	0.959	0.967	0.971	1.000
N=	21	21	21	21

Die Wahl des Indexes, so zeigen die Kurven in Abbildung 3.4, ist vor allem dann von Bedeutung, wenn der absolute Wert berücksichtigt wird. Gilt es beispielsweise zwischen stark fragmentierten und weniger stark fragmentierten Entwicklungsphasen eines Parteiensystems zu unterscheiden, so ist es weniger von Bedeutung, welcher Index verwendet wird, als wenn es darum geht, das Parteiensystem aufgrund seiner Fragmentierung einem bestimmten Typus von Parteiensystemen zuzuordnen. Dass es im Fall der Schweiz, wie auch Molinar (1991: 1388) ausführt, trotz relativ grossen Unterschieden zwischen N und NP, zu keiner anderen Beurteilung des Parteiensystems kommt, hängt mit der grossen Zahl der Parteien und der Tatsache zusammen, dass in der Regel nicht zwischen einem Vier- und einem Fünfparteiensystem unterschieden wird. Für Länder wie Japan, Norwegen, Schweden, Frankreich (die fünfte Republik), Israel und Italien würde man jedoch je nach Index zu einer anderen Typologisierung des Parteiensystems anhand der Zahl der Parteien gelangen.

### 3.1.2.5 Das Problem der „übrigen Parteien“

Dass, wie wir in Abbildung 3.4 gesehen haben, die Hierarchie  $NP \leq N \leq I$  bei einem grösseren Wählerstimmenanteil der Kategorie „übrige Parteien“ nicht gewährleistet ist, ist beunruhigend und soll im Folgenden genauer untersucht werden.

Vor allem bei vergleichenden Studien und wenn eine längere Zeitperiode berücksichtigt wird, werden nicht immer alle Parteien ausgewiesen und die Kategorie der „übrigen Parteien“ kann rasch einmal die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Die in dieser Kategorie zusammengefassten Parteien werden in der Regel bei der Berechnung der Indices nicht berücksichtigt. Man beschränkt sich auf diejenigen Parteien, die sich kontinuierlich an den Wahlen beteiligen und einen minimalen Prozentanteil an Wählerstimmen gewinnen können. Je nach Kräftekonstellation zwischen den Parteien und der Grösse der Kategorie „übrige Parteien“ kann es allerdings zu beachtlichen Fehleinschätzungen kommen, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Tabelle 3.4: Die Veränderung der Indices (F, N, I, NP) in Abhängigkeit der Kategorie „übrige Parteien“, gleich starke Parteien

A	B	C	D	E	Total	F	N	I	NP
0.50	0.50			0.00	1.00	0.50	2.0	2.0	2.0
0.48	0.48			0.04	1.00	0.54	2.2	2.0	2.1
0.45	0.45			0.10	1.00	0.60	2.5	2.1	2.2
0.40	0.40			0.20	1.00	0.68	3.1	2.1	2.6
0.35	0.35			0.30	1.00	0.76	4.1	2.1	3.0
0.33	0.33			0.33	1.00	0.78	4.5	2.1	3.3
0.33	0.33	0.33		0.00	1.00	0.67	3.0	3.0	3.0
0.32	0.32	0.32		0.05	1.00	0.70	3.3	3.0	3.2
0.30	0.30	0.30		0.10	1.00	0.73	3.7	3.0	3.5
0.28	0.28	0.28		0.15	1.00	0.76	4.2	2.9	3.8
0.27	0.27	0.27		0.20	1.00	0.79	4.7	2.9	4.1
0.25	0.25	0.25		0.25	1.00	0.81	5.3	2.8	4.6
0.25	0.25	0.25	0.25	0.00	1.00	0.75	4.0	4.0	4.0
0.24	0.24	0.24	0.24	0.04	1.00	0.77	4.3	3.9	4.3
0.23	0.23	0.23	0.23	0.08	1.00	0.79	4.7	3.9	4.5
0.22	0.22	0.22	0.22	0.12	1.00	0.81	5.2	3.8	4.9
0.21	0.21	0.21	0.21	0.16	1.00	0.82	5.7	3.7	5.3
0.20	0.20	0.20	0.20	0.20	1.00	0.84	6.3	3.6	5.7

Anmerkungen: A, B, C und D stehen für die Wählerstimmenanteile einzelner Parteien, E für die Wählerstimmenanteile der Kategorie „übrige Parteien“.

Für Parteiensysteme mit *gleich starken Parteien* gilt: Je mehr Parteien es gibt oder je kleiner die Parteien sind, umso stärker fallen bei den Indices N und NP die Wählerstimmenanteile der übrigen Parteien ins Gewicht, während sich I gegenüber der Zunahme der Kategorie „übrige Parteien“ als sehr resistent erweist (vgl. Tabelle 3.4). N und NP nehmen bei einer Zunahme der Wählerstimmenanteile der Kategorie „übrige Parteien“ ebenfalls zu, während I leicht zurück-



geht. Erreicht die Kategorie „übrige Parteien“ zehn Prozent, würde man bei zwei gleichstarken Parteien auf der Basis von  $N$  von einem Zweieinhalbparteiensystem sprechen, während  $I$  und  $NP$  noch auf ein Zweiparteiensystem hindeuten. Bei einem Wählerstimmenanteil von 20 Prozent für die Kategorie „übrige Parteien“ weist auch  $NP$  auf ein Zweieinhalbparteiensystem hin, während  $N$  bereits ein Dreiparteiensystem wiedergibt.  $I$  deutet nach wie vor und zu recht auf ein Zweiparteiensystem hin.  $I$  schneidet also in diesen Fällen besser ab als die beiden anderen Indices.

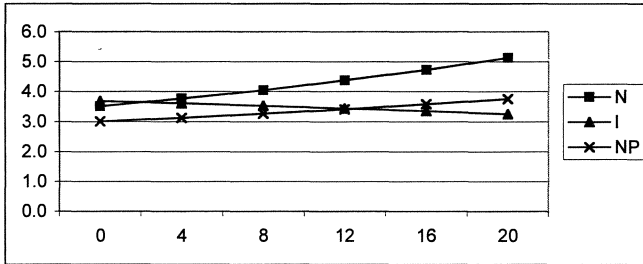
Gilt dies auch, wenn die *Parteien unterschiedlich gross* sind? Abbildung 3.5 stellt drei weitere hypothetische Beispiele mit unterschiedlich starken Parteien dar:

- Beispiel 1: Die Parteien haben 34, 29, 24 und neun Prozent der Stimmen. Jede Partei verliert jeweils einen Prozentpunkt an die Kategorie „übrige Parteien“.  $I$  geht leicht zurück und  $N$  und  $NP$  steigen an, obwohl es keine neuen Parteien gibt und lediglich die Kategorie „übrige Parteien“ grösser wird.  $I$  ergibt wieder das bessere Ergebnis und auch  $NP$  ist  $N$  vorzuziehen, da  $NP$  die Kurve von  $I$  erst bei deutlich grösseren Werten für die Kategorie „übrige Parteien“ zu schneiden beginnt.
- Beispiel 2: Die Parteien haben 23, 23, 20, 16, acht, fünf, drei und zwei Prozent der Stimmen. Die vier grossen Parteien verlieren jeweils einen Prozentpunkt bis zu einem Parteiensystem mit 19, 19, 16, zwölf, acht, fünf, drei und zwei Prozent der Stimmen. Auch hier bleibt  $I$  verhältnismässig konstant, während  $N$  und  $NP$  relativ stark ansteigen.
- Beispiel 3: Die Parteien haben wiederum 23, 23, 20, 16, acht, fünf, drei und zwei Prozent der Stimmen. Nur fällt jeweils die kleinste Partei in die Kategorie „übrige Parteien“ bis nur noch die vier grossen Parteien vorhanden sind. Werden die kleineren Parteien nicht mehr berücksichtigt, so fällt  $I$  relativ stark ab, während  $N$  und  $NP$  einigermassen konstant bleiben. Aber auch dieser Fall spricht für den Index  $I$ , da sich das Parteiensystem in Richtung eines Vierparteiensystems entwickelt. Obwohl  $N$  und vor allem  $NP$  vorgeben, kleinere Parteien weniger zu gewichten, weisen sie, wenn die Kategorie „übrige Parteien“ grösser wird, sogar mehr Parteien aus als  $I$ . Dies ist eine beträchtliche Verfälschung der Realität.

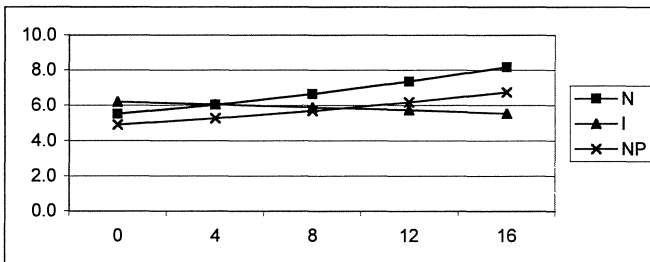
Insgesamt, so kann aus diesen Beispielen geschlossen werden, liefert der Index  $I$  die verlässlicheren Werte, wenn die Kategorie „übrige Parteien“ zunimmt. Zu grossen Differenzen kommt es, wenn zehn Prozent der Wählerstimmen in die Kategorie „übrige Parteien“ fallen, allerdings kann es schon im Bereich von fünf Prozent zu Abweichungen von der Regel  $NP \leq N \leq I$  kommen.  $N$  und  $NP$  verhalten sich demgegenüber sehr ähnlich, wobei sich  $NP$  als noch etwas stabiler erweist.

Abbildung 3.5: Die Veränderung der Indices (F, N, I, NP) in Abhängigkeit der Kategorie "übrige Parteien", unterschiedlich starke Parteien

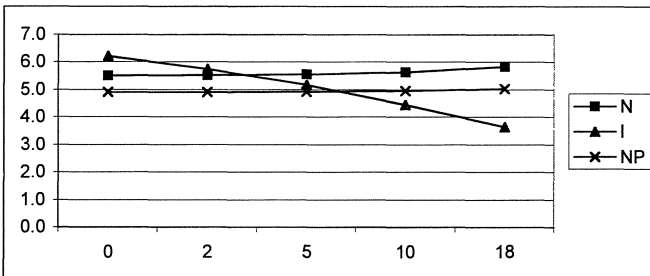
Beispiel 1



Beispiel 2



Beispiel 3



Das Problem mit der Kategorie „übrige Parteien“ wird auch in der einschlägigen Literatur behandelt. Taagepera (1997) beispielsweise unternimmt einen Versuch, „seinen“ Index N zu retten. Bei der Berechnung des möglichen Fehlers stellt sich nämlich die Frage, wie sich die Kategorie „übrige Parteien“ zusammensetzt. Handelt es sich um eine Vielzahl kleiner Parteien oder um eine einzige Partei, die nicht identifiziert werden konnte? Handelt es sich um eine einzige, nicht identifizierte Partei, so besteht die Gefahr, dass N überschätzt wird, handelt es sich um eine Vielzahl kleiner Parteien, so ist N möglicherweise zu klein. Im ersten Fall muss der quadrierte Wählerstimmenanteil der Kategorie „übrige Parteien“ (die durch die eine Partei gebildet wird) zur Summe der quadrierten Wählerstimmenanteile der bekannten Parteien dazu gezählt werden. Im zweiten Fall wird der Extremwert dann erreicht, wenn die Kategorie „übrige Parteien“ aus einer Vielzahl von Parteien besteht, so dass die Summe der Quadrate ihrer Wählerstimmenanteile im besten Fall der Grösse der Kategorie „übrige Parteien“ entspricht. Je nachdem kann der Wert von N folgendermassen bestimmt werden:

$$\frac{P^2}{\left[R^2 + \sum P_i^2\right]} < N < \frac{P^2}{\left[R + \sum P_i^2\right]},$$

Wobei R für die Wählerstimmenanteile der Kategorie „übrige Parteien“ steht. Taagepera (1997: 146f.) schlägt zwei mögliche Korrekturen vor:

1. Man verwendet den Mittelwert:

$$N_{\text{korrl}} = \frac{\frac{P^2}{\left[R^2 + \sum P_i^2\right]} + \frac{P^2}{\left[R + \sum P_i^2\right]}}{2}$$

2. Man stützt sich auf die kleinste noch berücksichtigte Partei (PL) ab und setzt damit voraus, dass sich in der Kategorie „übrige Parteien“ (R) keine grössere Partei befindet als die kleinste identifizierte Partei.

$$N_{\text{korrl2}} = \frac{P^2}{\left[RP_L + \sum P_i^2\right]}$$

Trotz den verschiedenen Möglichkeiten bleibt die Frage unbeantwortet, ob die Zahl der Parteien von N eher unterschätzt oder überschätzt wird. Die Antwort hängt letztlich davon ab, wie sich die Kategorie „übrige Parteien“ zusammensetzt, was aber eben häufig nicht bekannt ist. Somit ist auch mit dem Korrekturvorschlag von Taagepera (1997) das Problem nicht gelöst und es ist immer dort Vorsicht geboten, wo die Kategorie „übrige Parteien“ zu gross wird.

### 3.1.2.6 Abschliessende Bemerkungen

Soll man sich nun für I, NP, N oder gar F entscheiden und was bringen uns die Diskussionen über den besten Fragmentierungsindex? Pedersen (1980: 397) hat schon vor 20 Jahren gefordert, dass man sich auf einen Index, nämlich Raes F, einigen sollte, um dann herauszufinden in welchen Kontexten der Index am besten angewendet werden kann (vgl. Lane/Ersson 1994: 178). Zumindest was die Verwendung von F anbelangt, kann Pedersen nicht zugestimmt werden, die anderen Indices sind alleine schon aufgrund der Anschaulichkeit F vorzuziehen, weil sie der umgangssprachlichen oder qualitativen Beschreibung eines Parteiensystems nahe kommen. Recht hat Pedersen allerdings mit seiner Forderung, dass man die Anwendungsbereiche, die Stärken und Schwächen der einzelnen Indices kennen sollte.

Der Molinar-Index NP auf der einen Seite berücksichtigt die grossen Parteien stärker, misst dem Parteienwettbewerb mehr Bedeutung bei und ist damit besser geeignet, potenzielle Regierungs-Oppositions-Konstellationen abzubilden. Der Hyperfraktionalisierungsindex I auf der anderen Seite gewichtet die kleinen Parteien stärker und stellt die Parteienzersplitterung in den Vordergrund. I und auch N sind besser geeignet, die Fragmentierung in Konkordanzsysteme aufzuzeigen (Lijphart (1994: 69f.). N erweist sich schliesslich als eine Art Kompromisslösung.

Der Vorzug für die Kompromisslösung N ist jedoch in erster Linie pragmatischer Natur, wie dies auch von Lijphart (1994: 70), der sich ebenfalls für diesen Index ausspricht, bestätigt wird. Es ist der am stärksten verbreitete Index, die vorgeschlagenen Alternativen sind ihm sehr ähnlich und er ist einfacher zu berechnen. Bei der Verwendung von N gilt es jedoch darauf zu beachten, dass die Kategorie „übrige Parteien“ nicht zu gross wird.

Besonders für den Fall der Schweiz wäre dem Hyperfraktionalisierungsindex der Vorzug zu geben, weil er die kleineren Parteien, die in der Schweiz im System der direkten Demokratie eine grössere Rolle spielen können, stärker berücksichtigt, und weil er gegenüber dem Problem der „übrigen Parteien“ resistenter ist. Im Folgenden werden, wo immer möglich, die verschiedenen Indices parallel verwendet. Dort, wo N, NP und I zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, wird darauf hingewiesen. Bei komplexeren Analysen wird jedoch aufgrund der einfacheren Darstellung auf N zurückgegriffen.

Ferner sei an dieser Stelle noch auf ein weiteres Problem verwiesen. In den meisten vergleichenden Studien werden die nationalen Parteiensysteme anhand dieser Indices analysiert. Dabei wird vernachlässigt, dass die Konstellation der Parteien in den einzelnen Wahlkreisen ganz unterschiedliche Ausprägungen aufweisen kann. Ein internationales Beispiel hierfür ist Belgien mit seinem nach Sprachregionen segmentierten Parteiensystem. So könnten sich beispielsweise in zwei Regionen je zwei unterschiedliche Parteien gegenüberstehen, so dass sich der Parteienwettkampf in einem Zweiparteiensystem abspielt, obschon auf nationaler Ebene ein Vierparteiensystem ausgewiesen wird. Oder, um das Beispiel

der Schweiz zu nehmen, zahlreiche zusätzliche Parteien stammen aus einigen wenigen Grosskantonen, welche darüber hinwegtäuschen, dass die Schweiz in vielen Kantonen kein eigentliches Vielparteiensystem hat. Diesen Fragen wird teilweise von Gaines (1997) Rechnung getragen, welcher eine Erweiterung der Indices vorschlägt, damit diese die unterschiedlichen Distriktgrössen berücksichtigen. Auch Gross (1982) und Shugart (1985) befassen sich mit diesem Aspekt.

Abschliessend sei noch ein grundsätzliches Problem festgehalten. Für alle hier diskutierten Fragmentierungsindices gilt, dass sie die ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien nicht berücksichtigen. Damit können sie beispielsweise auch nicht in angemessener Weise zur Beantwortung von Fragen zur Koalitionsbildung verwendet werden.

## **3.2 Die Zahl der Parteien in den kantonalen Parteiensystemen**

Die Frage der Fragmentierung stellt sich auch im Hinblick auf die kantonalen Parteiensysteme. Von besonderem Interesse ist dabei nicht nur, wie weit sich die kantonalen Parteiensysteme hinsichtlich der Zahl der Parteien vom nationalen Parteiensystem unterscheiden, sondern auch welche Entwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den Kantonen stattgefunden haben und ob auch hier für die jüngste Zeit ein Rückgang der Fragmentierung nachgewiesen werden kann. Zuerst wird ein Blick auf die Fragmentierung der Parteiensysteme in den Kantonen in der letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts geworfen. Dann werden mögliche Determinanten dieser Fragmentierung und schliesslich die Veränderung der Fragmentierung über die Zeit hinweg betrachtet.

### **3.2.1 Die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme 1995-1999**

In Tabelle 3.5 sind die auf der Basis von Kesselmann (1966) und Wildgen (1971), Laakso/Taagepera (1979) und Molinar (1991) berechneten Indices I, N und NP für die 24 kantonalen Parteiensysteme in der letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts dargestellt.<sup>5</sup> Nehmen wir als Referenzwert die in der Forschung am häufigsten verwendete effektive Zahl der Parteien von Laakso/Taagepera, so haben die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Genf, Thurgau, Waadt und Zürich mindestens fünf Parteien, die Kantone Bern, Freiburg, Glarus, Jura, Schaffhausen, St. Gallen Tessin und Zug zwischen vier und fünf Parteien, die Kantone Graubünden, Neuenburg, Luzern, Schwyz und Solothurn zwischen

---

<sup>5</sup> Die Kantone Appenzell Ausserrhodon und Appenzell Innerrhodon konnten bei der Berechnung der Indices nicht berücksichtigt werden, da in ihren politischen Systemen die politischen Parteien nicht in gleichem Masse in Erscheinung treten. Zu den Daten vgl. Abschnitt 2.7.

3.5 und vier Parteien und die Kantone Nidwalden, Obwalden, Uri und Wallis weniger als drei Parteien.

Die Mittelwerte bestätigen die bereits festgehaltene Regel, dass der Hyperfraktionalisierungsindex generell den höchsten und der Molinar-Index den tiefsten Wert ausweist, während die effektive Zahl der Parteien (N) dazwischen liegt. In den Kantonen Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Glarus, Jura, Nidwalden, St. Gallen und Zug ist allerdings N grösser als I. In diesen Kantonen beträgt der Wählerstimmenanteil der „übrigen Parteien“ in der offiziellen Statistik mindestens fünf Prozent. Mehr als fünf Prozent bei den „übrigen Parteien“ weist sonst nur noch der Kanton Schaffhausen auf. Dort bleibt jedoch I grösser als N, was darauf zurückzuführen ist, dass I aufgrund der grösseren Zahl kleiner Parteien ausgesprochen hoch ist. Vernachlässigbar klein sind die Unterschiede in den Kantonen Genf und Jura. In den übrigen Kantonen machen sie mehr als eine halbe Partei aus. Würde man sich dort, wo N grösser als I ist, auf das stabilere I stützen, so käme es zwar zu einigen Verschiebungen, wie die letzte Kolonne in Tabelle 3.5 zeigt. Es wären aber lediglich die Kantone St. Gallen und Zug, die sich in einer gänzlich anderen Umgebung von Parteiensystemen wieder finden würden.

Wie schwerwiegend die Unterschiede zwischen den verschiedenen Indices sind, hängt nicht zuletzt davon ab, wie mit den Indexwerten umgegangen wird und wo die *theoretisch relevanten Grenzen* gezogen werden. Kaum von Bedeutung hingegen ist, ob man bei Vielparteiensystemen etwas höhere oder tiefere Werte erhält. Es gibt allerdings, wie dies der Abschnitt über die Typologien von Parteiensystemen gezeigt hat, Grenzwerte, bei denen für das Verhalten der Parteien relevante Veränderungen eintreten können.

Tabelle 3.5: Zahl der Parteien in den kantonalen Parteiensystemen (I, N und NP), 1995 bis 1999

	NP	N	I	N > I	korrigierte effektive Zahl
BS	4.4	7.4	6.5	ja	6.5
GE	5.5	6.3	6.0	ja	6.0
AG	5.2	5.9	6.7		5.9
TG	4.5	5.8	6.1		5.8
BL	4.7	5.6	6.2		5.6
ZH	4.0	5.5	6.5		5.5
VD	4.0	5.3	5.4		5.3
SH	4.1	4.9	5.1		4.9
SG	3.2	4.8	3.6	ja	3.6
BE	3.5	4.7	6.2		4.7
GL	3.6	4.7	4.2	ja	4.2
FR	3.2	4.5	4.5	ja	4.5
JU	3.5	4.5	4.4	ja	4.4
TI	3.4	4.4	4.6		4.4
ZG	3.2	4.2	3.5	ja	3.5
SO	3.0	3.9	4.5		3.9
LU	2.5	3.8	4.5		3.8
NE	3.2	3.7	4.0		3.7
GR	3.2	3.7	3.9		3.7
SZ	2.7	3.7	3.9		3.7
VS	1.6	2.6	3.1		2.6
NW	2.1	2.6	2.1	ja	2.1
UR	1.5	2.3	2.6		2.3
OW	1.3	2.1	2.4		2.1
Durchschnitt	3.4	4.5	4.6		4.5

Anmerkung: Effektive Zahl korrigiert: Dort wo  $I > N$ , wurde die effektive Zahl der Parteien auf der Basis von I berechnet.

Eine erste wichtige – obwohl heute kaum mehr relevante – Frage ist, ob es sich um ein Ein- oder ein Zweiparteiensystem handelt. Weiter gilt es zwischen Zwei- und Zweieinhaltparteiensystemen zu unterscheiden. Schliesslich ist es nicht ganz unwichtig, ob ein Parteiensystem aus drei, vier, fünf oder mehr Parteien besteht. Folgende Grenzwerte sind dementsprechend für die Klassierung der Parteiensysteme von Bedeutung:

• Einparteiensystem	Indexwert < 1.5
• Zweiparteiensystem	$1.5 \leq \text{Indexwert} \leq 2.25$
• Zweieinhalbparteiensystem	$2.25 \leq \text{Indexwert} \leq 2.75$
• Dreiparteiensystem	$2.75 \leq \text{Indexwert} \leq 3.5$
• Vierparteiensystem	$3.5 \leq \text{Indexwert} \leq 4.5$
• Fünf- und Mehrparteiensystem	$4.5 \leq \text{Indexwert}$

Tabelle 3.6 zeigt, dass es je nach verwendetem Index für die Zahl der Parteien zu einer unterschiedlichen Typologisierung der kantonalen Parteiensysteme kommt. Nur in vier von 24 Fällen werden die kantonalen Parteiensysteme von den verschiedenen Indices demselben Parteiensystemtypen zugeordnet. Es handelt sich um die Parteiensysteme der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Genf und Thurgau, welche bereits mit NP zu den Parteiensystemen mit fünf und mehr Parteien gehören. Auffallend ist weiter, dass I eine grössere Anzahl Dreiparteiensysteme ausweist, während es gemäss den anderen beiden Indices in der letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts in den Schweizer Kantonen praktisch keine Dreiparteiensysteme gibt. Ein paar weitere Beispiele zeigen, wie gross die Unterschiede sein können:

- Beim Parteiensystem im Kanton Obwalden handelt es sich gemäss NP um ein Ein-, gemäss N um ein Zwei- und gemäss I um ein Zweieinhalbparteiensystem.
- Beim Parteiensystem im Kanton Wallis handelt es sich gemäss NP um ein Zwei-, gemäss N um ein Zweieinhalb- und gemäss I um ein Dreiparteiensystem.
- Besonders gross sind die Unterschiede im Kanton Luzern, der gemäss NP ein Zweieinhalb-, gemäss N ein Vier- und gemäss I ein Parteiensystem mit fünf und mehr Parteien aufweist.



Tabelle 3.6: Zuordnung der kantonalen Parteiensysteme zu den verschiedenen Parteiensystemen aufgrund von NP, N und I, 1996 bis 1999

	<b>Zuordnungskriterium = NP</b>	<b>Zuordnungskriterium = N</b>	<b>Zuordnungskriterium = I</b>
Einparteiensystem	OW (1)		
Zweiparteiensystem	UR, NW, VS (3)	OW (1)	NW (1)
Zweieinhalbparteiensystem	LU, SZ (2)	UR, NW, VS (3)	OW, UR (2)
Dreiparteiensystem	SO, SG, GR, FR, ZG, NE, TI, JU, BE (9)		VS (1)
Vierparteiensystem	GL, ZH, VD, SH, BS (5)	SZ, GR, NE, LU, SO, ZG, TI, JU, FR (9)	ZG, SG, SZ, GR, NE, GL, JU, FR, SO (9)
Fünfundmehrparteiensystem	TG, BL, AG, GE (4)	GL, BE, SG, SH, VD, ZH, BL, TG, AG, GE, BS (11)	LU, TI, SH, VD, GE, TG, BL, BE, ZH, BS, AG (11)

Anmerkungen: In den Klammern ist jeweils die Anzahl der Kantone festgehalten. Als Datenbasis dienen die Ergebnisse der kantonalen Wahlen.

Ganz offensichtlich führen die verschiedenen Indices zur Bestimmung der Fragmentierung von Parteiensystemen in der Praxis aufgrund der mangelhaften Daten nicht nur zu unterschiedlichen Werten, sondern sie ergeben auch unterschiedliche Hierarchien zwischen stärker und schwächer fragmentierten Parteiensystemen und ordnen die kantonalen Parteiensysteme unterschiedlichen Parteiensystemtypen zu. Welcher Index gewählt wird, muss mit Hilfe theoretischer Präferenzen wie etwa der stärkeren Berücksichtigung kleiner oder der grösserer Parteien entschieden werden. Für eine Typologisierung der kantonalen Parteiensysteme anhand der Zahl der Parteien gilt jedoch, dass – sofern man sich nicht auf den für das schweizerische politische System weniger angebrachten Index NP abstützt – die grosse Mehrheit der Kantone mindestens ein Vierparteiensystem aufweist. Damit entschärft sich auch die Problematik, welcher Index zur Anwendung kommen soll. Ob in einem Parteiensystem vier, fünf oder sechs Parteien vertreten sind, dürfte weniger gravierende Auswirkungen auf den Parteienwettbewerb haben, als der Übergang von einem Zweieinhalbparteiensystem zu einem Vielparteiensystem.

### 3.2.2 Determinanten fragmentierter Parteiensysteme

Die Frage nach den *Ursachen fragmentierter Parteiensysteme* ist von grossem wissenschaftlichem Interesse. Allerdings ist ihre Beantwortung methodisch komplizierter, als dies auf den ersten Blick scheint. Für ausführlichere Analysen sei deshalb auf das Schlusskapitel dieser Arbeit verwiesen. An dieser Stelle soll lediglich ein Eindruck vermittelt werden, welche charakteristischen Merkmale der Kantone mit einer starken Fragmentierung einhergehen könnten. Über Kausalbeziehungen und die Art der Effekte wird dabei noch nichts ausgesagt. Was die Kantonsmerkmale anbelangt, so kann, in Anlehnung an die in der Literatur geführte Diskussion über die Ursachen fragmentierter Parteiensysteme (vgl. Vatter 2002: 203ff.), zwischen *sozio-strukturellen Variablen* (Kantonsgrösse, Anzahl Gemeinden, Beschäftigungsstruktur, Konfession) und *Variablen des politischen Systems* (Grösse des Parlaments, Wahlverfahren usw.) unterschieden werden. Für den Grad der Fragmentierung werden die Durchschnittswerte der sieben Wahlperioden zwischen 1972 und 1999 verwendet.

Die Korrelationen zeigen, dass die Fragmentierungen der kantonalen Parteiensysteme nicht primär mit den Variablen des politischen Systems erklärt werden können. Stark fragmentierte Parteiensysteme finden sich in Kantonen mit verhältnismässig *grossen Gemeinden* (Tabelle 3.7). Die Grösse des Kantons und die Urbanität scheinen, betrachtet man den Zusammenhang mit der effektiven Zahl der Parteien (N), in keiner signifikanten Beziehung zu stehen. Verwendet man hingegen I oder NP, so werden die Beziehungen signifikant, so dass dennoch davon ausgegangen werden kann, dass grössere und *urbanere Kantone* eher mehr Parteien aufweisen.<sup>6</sup> Auf jeden Fall bestätigt sich hier erneut, dass bei der Verwendung der Fragmentierungsindices eine gewisse Vorsicht angebracht ist. Deutlicher sind die Zusammenhänge bei den anderen Kantonsmerkmalen. *Katholische Kantone* sowie ein *hoher Anteil Beschäftigter im Agrarsektor* gehen einher mit wenig fragmentierten Parteiensystemen. Bei den Variablen der politischen Systeme findet sich einzig bei den *Einwohnern pro Parlamentssitz* eine signifikante positive Beziehung bei allen drei Fragmentierungsindices. Dies ist nicht erstaunlich, sind es doch die grösseren Kantone, in denen sich mehr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Parlamentssitz „teilen“. Wenig wahrscheinlich ist demgegenüber, dass eine grössere Anzahl Einwohner pro Sitz einen direkten Einfluss auf die Zahl der Parteien hat. Die *Grösse des kantonalen Parlaments* korreliert nur mit dem Hyperfraktionalisierungsindex positiv. Zwar deuten auch die Resultate der beiden anderen Indices in diese Richtung, nur sind sie nicht signifikant. Ebenfalls keine signifikanten Zusammenhänge finden sich beim *Wahlverfahren*, dem *Einführungsjahr des Proporz*, der *Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen* und erstaunlicherweise auch bei der *Anzahl und der Grösse der Wahlkreise*.

<sup>6</sup> Nimmt man den Logarithmus der Kantonsgrösse, so wird auch der Zusammenhang mit N auf dem fünf Prozent-Niveau signifikant.

Tabelle 3.7: Korrelationen zwischen Kantonsvariablen und Fragmentierungsindices, 1972 bis 1999

	Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien (N)	Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Hyperfraktionalisierungsindex (I)	Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Molinar-Index (NP)
<b>Sozio-strukturelle Merkmale</b>			
Anzahl Gemeinden im Kanton	0.091	0.226	0.123
Durchschnittliche Gemeindegrösse im Kanton	0.457*	0.508*	0.545*
Grösse des Kantons	0.397	0.501*	0.407*
Urbanität des Kantons	0.389	0.447*	0.410*
Anteil Katholiken 1990	-0.696**	-0.696**	-0.659**
Beschäftigte im Primärsektor 1990	-0.658**	-0.629**	-0.656**
Beschäftigte im Sekundärsektor 1990	-0.261	-0.333	-0.333
Beschäftigte im Tertiärsektor 1990	0.289	0.340	0.336
<b>Variablen des politischen Systems</b>			
Einwohner pro Parlamentssitz	0.485*	0.556*	0.481*
Grösse des kantonalen Parlaments	0.279	0.432*	0.321
Einführungsjahr Proporzwahlen	-0.337	-0.387	-0.350
Proporzwahlen	-0.075	-0.057	-0.041
Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen	0.193	0.313	0.272
Anzahl Wahlkreise	-0.184	-0.157	-0.224
Durchschnittliche Wahlkreisgrösse	0.245	0.259	0.310

Anmerkungen: \* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant. \*\* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

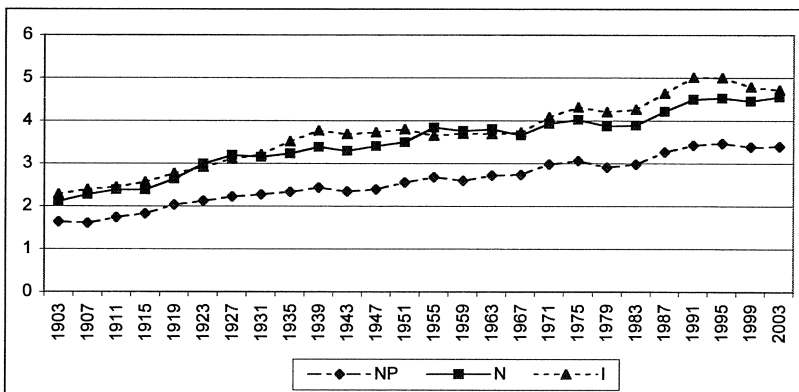
Bei den Variablen des politischen Systems ergeben sich weitere Probleme. Zum einen stellt sich die Frage, ob die Variablen überhaupt *genügend Varianz* abdecken. Fast alle Kantone wählen ihre Parlamente in Proporzwahlen, so dass es zu keiner signifikanten Beziehung kommt, obschon der Proporz eher mit einer grösseren Zahl an Parteien einher geht (vgl. Ladner/Milner 1999: 246ff.). Zum anderen kann die *Richtung der Beziehung* statistisch nicht bestimmt werden: Wird nach dem Proporz gewählt, weil es viele Parteien gibt oder hat es viele Parteien, weil nach dem Proporz gewählt wird?

### 3.2.3 Die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme im Wandel

Wie hat sich die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme über die Zeit hinweg verändert. Im Gegensatz zur Analyse der Fragmentierung des nationalen Parteiensystems sind nicht für alle Kantone vollständige Angaben zu den Wahlergebnissen im 20. Jahrhundert verfügbar. Gut dokumentiert ist jedoch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts (1952 bis 1999). In diesen zwölf Wahlperioden fehlen – neben Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, die nicht berücksichtigt werden – lediglich die Angaben für den Kanton Obwalden bis 1963. Bei den Durchschnittswerten vor 1952 ist bei der Interpretation hingegen grössere Vorsicht angebracht.

Betrachten wir die *Durchschnittswerte* sämtlicher verfügbarer Wahlperioden für die drei Indices (vgl. Abbildung 3.6), so zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, wie sie bereits beim nationalen Parteiensystem beobachtet werden konnte (vgl. Abbildung 3.4). Im Trend nahm die Fragmentierung des Parteiensystems zu, wobei in den 1990er Jahren die Zahl der Parteien wieder etwas zurückging. In Bezug auf die verschiedenen Indices fällt auf, dass I und N verhältnismässig nahe beisammen liegen und dass NP konstant deutlich tiefere Werte ausweist. Zudem zeigt sich auch für die Durchschnittswerte der kantonalen Parteiensysteme, dass die Zunahme wellenartig verläuft.

Abbildung 3.6: Kantonale Durchschnittswerte von N, I und NP, 1903 bis 2003

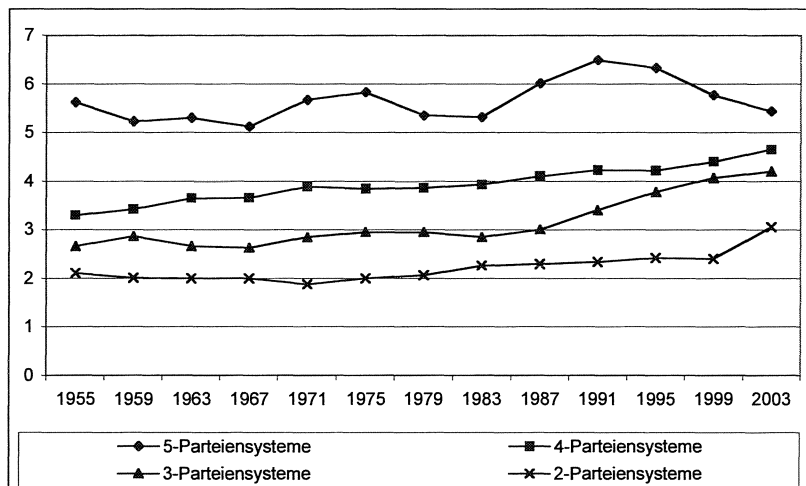


Die Entwicklung verläuft allerdings nicht in allen Kantonen gleichförmig. Wie sich aus der Tabelle 3.8, in der lediglich N aufgeführt ist, unschwer erkennen lässt, nimmt in einigen Kantonen die Zahl der Parteien auch in jüngster Zeit noch zu, während sie in anderen zurückgeht. Eine solche Zunahme der Fragmentierung erfahren zum Beispiel die Kantone Luzern, St. Gallen und Zug so-

wie in jüngster Zeit die Kantone Nidwalden, Obwalden, Tessin und Uri, in denen in den 1970er und 1980er Jahren die Fragmentierung noch ausgesprochen gering war. Aber auch in den stärker fragmentierten Kantonen Basel-Stadt, Genf und Waadt nimmt zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Zahl der Parteien wieder zu. Einen grösseren Rückgang der Fragmentierung seit den 1990er Jahren findet sich demgegenüber in den Parteiensystemen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Thurgau und Zug. Die Mehrheit dieser Kantone hatte bereits früher stark fragmentierte Parteiensysteme aufgewiesen.

Die Abbildung 3.7 verdeutlicht diese *partielle Konvergenz* kantonaler Parteiensysteme, welche sich seit den 1990er Jahren abzeichnet. Dabei wird aufgrund der durchschnittlichen effektiven Zahl der Parteien für die Zeit von 1952 bis 2003 zwischen Zwei-, Drei- Vier- und Fünfparteiensystemen unterschieden und die Durchschnittswerte dieser vier Gruppen über die Zeit hinweg ausgewiesen. Ein klarer Rückgang der Fragmentierung findet sich lediglich bei den Fünfparteiensystemen. Bei den Drei- und Vierparteiensystemen steigt die Zahl der Parteien insgesamt leicht an, während sich bei den Zweiparteiensystemen erst in jüngster Zeit eine grössere Zunahme bemerkbar macht.

Abbildung 3.7: Wandel der effektiven Zahl der Parteien (N) in den kantonalen Parteiensystemen, 1952 und 2003



Anmerkungen: Zuordnung zu den Parteiensystemen aufgrund der Durchschnittswerte 1952 bis 2003: Zweiparteiensysteme: Nidwalden, Obwalden, Uri, Wallis; Dreiparteiensysteme: Luzern, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Zug; Vierparteiensysteme: Bern, Graubünden, Freiburg, Jura, Neuenburg, Tessin, Waadt; Fünfparteiensysteme: Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Genf, Glarus, Schaffhausen, Thurgau, Zürich.

Tabelle 3.8: Effektive Zahl der Parteien (N) in den kantonalen Parteiensystemen, 1952 bis 2003

Wahl- periode	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	Ver- ände- rung	Durch- schnitt
Von Bis	'52 '55	'56 '59	'60 '63	'64 '67	'68 '71	'72 '75	'76 '79	'80 '83	'84 '87	'88 '91	'92 '95	'96 '99	'00 '03	'52 '03	'52 '03
ZH	5.8	6.0	6.0	6.1	6.5	6.5	5.5	6.4	7.2	6.5	6.2	5.5	4.9	-0.9	6.1
BE	3.3	3.4	3.4	3.6	3.6	4.2	3.7	4.0	5.1	4.8	4.9	4.7	4.7	1.4	4.1
LU	2.4	2.4	2.5	2.6	2.9	2.8	2.6	2.7	2.8	2.8	3.4	3.8	4.2	1.8	2.9
UR	1.6	1.6	1.6	1.9	1.9	1.9	2.0	2.1	2.0	2.0	2.5	2.3	3.0	1.3	2.0
SZ	2.6	2.4	2.4	2.3	2.4	2.9	2.9	2.8	3.0	3.3	3.2	3.7	3.6	0.9	2.9
OW				1.6	1.5	1.9	2.1	2.1	2.2	2.2	2.0	2.1	2.9	1.3	2.1
NW	2.0	1.9	2.0	2.1	1.8	1.7	1.7	2.3	2.5	2.7	2.6	2.6	3.5	1.5	2.3
GL	6.0	4.7	5.3	4.7	5.0	4.1	4.0	4.0	4.2	4.6	4.4	4.7	4.5	-1.6	4.6
ZG	2.5	3.7	2.7	2.5	2.8	2.9	3.0	3.0	3.0	3.5	4.0	4.2	4.8	2.3	3.3
FR	2.7	2.9	3.1	3.6	3.3	3.3	3.3	3.9	3.7	4.6	4.5	4.5	4.7	2.0	3.7
SO	2.8	2.8	2.8	2.8	3.1	3.1	3.0	2.9	3.1	3.8	4.0	3.9	3.8	1.1	3.2
BS	6.1	5.9	6.0	5.5	6.3	7.2	6.4	6.6	8.6	9.6	8.9	7.4	8.0	1.9	7.1
BL	8.2	7.6	6.8	5.5	6.7	6.8	4.8	5.5	5.9	5.9	5.7	5.6	5.3	-2.8	6.2
SH	4.5	3.9	4.2	4.2	4.6	4.6	5.2	4.9	4.7	5.4	6.1	4.9	4.2	-0.2	4.7
SG	2.9	3.0	2.9	2.8	3.0	3.1	3.2	2.8	3.1	3.6	4.2	4.8	4.5	1.5	3.4
GR	4.0	4.1	3.9	3.3	4.2	3.4	3.4	3.6	3.5	3.7	3.7	3.7	3.8	-0.2	3.7
AG	4.3	4.4	4.7	4.8	5.5	5.9	5.4	4.9	5.4	6.5	6.5	5.9	4.8	0.4	5.3
TG	4.2	4.5	4.5	4.6	4.6	5.2	5.0	4.8	5.4	6.3	6.4	5.8	5.1	0.9	5.1
TI	2.9	2.9	3.1	3.2	3.4	3.4	3.4	3.5	4.0	4.4	4.2	4.4	4.8	1.9	3.6
VD	3.1	3.3	3.8	4.0	3.9	4.8	4.4	4.4	4.7	4.4	4.4	5.3	6.0	2.8	4.3
VS	2.7	2.5	2.3	2.3	2.3	2.5	2.4	2.5	2.5	2.4	2.5	2.6	2.8	0.1	2.5
NE	3.8	4.0	4.5	4.3	4.9	4.0	4.2	3.5	3.7	3.6	3.6	3.7	4.0	0.2	4.0
GE	5.8	4.9	4.8	5.7	6.2	6.5	6.5	5.3	6.7	7.2	6.4	6.3	6.8	0.9	6.1
JU							4.6	4.5	4.0	4.2	4.2	4.5	4.6	4.6	4.4

### 3.2.4 Schlussbemerkung

Bezüglich der Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme zeigen sich *beachtliche Unterschiede*. Auf der einen Seite stehen Kantone wie Basellandschaft, Basel-Stadt, Genf und Zürich sowie Aargau, Thurgau und Waadt, deren Parteiensysteme sich mit einer effektiven Zahl an Parteien von fünf und mehr kaum wesentlich vom nationalen Parteiensystem unterscheiden. Auf der anderen Seite befinden sich Kantone wie Nidwalden, Obwalden, Uri und Wallis, welche über Zwei- oder Zweieinhalbparteiensysteme verfügen.

Bei einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass sowohl auf nationaler Ebene wie auch im Durchschnitt der Kantone die Zahl der Parteien zugenommen hat, was auf eine *Ausdifferenzierung des politischen Angebots* hindeutet. Allerdings ist diese Zunahme nicht linear verlaufen, sondern in der Form mehrerer

Schübe (*Wellen*). Auf eine Ausdehnung der Fragmentierung folgte immer wieder ein etwas geringerer Rückgang der Zahl der Parteien. Besonders ausgeprägt ist *dieser Rückgang der Fragmentierung in den 1990er Jahren*. Diese Entwicklung findet sich allerdings nicht in allen Kantonen. Vielmehr zeichnete sich hinsichtlich der Fragmentierung eine gewisse *Konvergenz* der kantonalen Parteiensysteme ab. In den stark fragmentierten Systemen ging die Zahl der Parteien zurück, in den schwächer fragmentierten stieg sie an.

Die These von den auf den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahren eingefrorenen Parteiensystemen lässt sich mit den verschiedenen Fragmentierungsindizes kaum schlüssig belegen. Allerdings auch nicht widerlegen. Eine Zunahme der Fragmentierung würde zwar darauf hindeuten, dass neue Cleavages entstehen. Der Rückgang der Fragmentierung in jüngster Zeit könnte jedoch auch als Indiz dafür gewertet werden, dass sich die Parteiensysteme wieder auf die ursprünglichen Cleavages reduzieren. Sicher ist nur, dass nicht alle Kantone bereits zu Beginn des „Einfrierens“ der Parteiensysteme über ein alle vier Lipset/Rokkan-Cleavages abdeckendes Parteiensystem verfügten. Dass nun gerade diese Kantone mit einer rund 70jährigen Verspätung eine grössere Fragmentierung erfahren, wäre – vorausgesetzt genau diese traditionellen Cleavages würden die nun stärker fragmentierten Parteiensysteme strukturieren – eine gewichtige Unterstützung für die Argumentation von Lipset/Rokkan. Genau darin liegt allerdings das grosse Problem dieser Indices. Solange nicht bekannt ist, welche Parteien die Parteiensysteme bilden, kann über die diesen Parteiensystemen zugrunde liegenden Cleavages nur spekuliert werden. Denkbar wäre ja auch, dass mit der gleichen Zahl an Parteien völlig andere Cleavages abgebildet werden.

Somit kann festgehalten werden, dass die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme in den letzten Jahrzehnten insgesamt zugenommen hat, dass sich aber in jüngster Zeit eine gewisse Konvergenz auf einem etwas tieferen Niveau abgezeichnet hat. Damit werden sich die *kantonalen Parteiensysteme*, was die Fragmentierung anbelangt, *ähnlicher*.

Abgesehen von den Schwierigkeiten im Bereich der Interpretation der Entwicklungen gilt es schliesslich zu betonen, dass die verschiedenen Indices, welche in der Parteienforschung zur Bestimmung der Fragmentierung der Parteiensysteme verwendet werden, mit einer gewissen Vorsicht zu verwenden sind. Probleme ergeben sich insbesondere dann, wenn nicht alle Parteien in die Berechnungen einbezogen werden können und die Kategorie „übrige Parteien“ einen grösseren Wählerstimmenanteil aufweist. Für das Schweizer Parteiensystem, in dem auch kleine Parteien eine Rolle spielen können, wäre dem Hyperfraktionalisierungsindex, der weniger anfällig für eine grosse Kategorie „übrige Parteien“ ist und den kleinen Parteien ein grösseres Gewicht beimisst, den Vorzug zu geben. Aus pragmatischen Gründen empfiehlt sich demgegenüber der in der Literatur stärker verbreitete Index N von Laakso/Taagepera (1999).

## 4 Stabilität und Volatilität

### 4.1 Theoretische und konzeptuelle Überlegungen

Nimmt die Zahl der zu vergleichenden Parteiensysteme zu, so nimmt auch die Komplexität des Vergleichs zu. Entsprechend erfreuen sich Indices, welche – wie der Fraktionalisierungsindex und die effektive Zahl der Parteien, ohne auf die einzelnen Parteien eingehen zu müssen – charakteristische Merkmale der Parteiensysteme beschreiben, einer steigenden Beliebtheit. Solche Indices lassen sich auch bezüglich der *Wählerstimmenverschiebungen* von einem Wahlgang zum anderen berechnen.

Die Analyse der Verschiebung von Wählerstimmenteilen erhält ihre grosse Bedeutung aber nicht nur deshalb, weil sie Intensität und Dynamik der Wahlen untersucht, sondern vor allem auch weil man sich damit erhofft, die *Stabilität respektive den Wandel der Parteiensysteme zu messen* und die von Lipset/Rokkan aufgestellte These der „eingefrorenen Parteiensysteme“ zu überprüfen.

Wahlen, in denen es zu *grösseren Wählerstimmenverschiebungen* („earthquake elections“) kommt, manifestieren Veränderungen, Wandel und möglicherweise sogar Wendepunkte der Geschichte. Das wohl markanteste Beispiel in der Schweiz für grössere Wählerstimmenverschiebungen sind die Nationalratswahlen 1999, als die SVP mit einem Wählerstimmengewinn von 7.7 Prozent zur stärksten Partei wurde. Weitere jüngere Beispiele sind die Wahlen in Österreich 1994, als die FPÖ auf unerwartete 22.4 Prozent kam, oder das Zusammenbrechen des italienischen Parteiensystems zu Beginn der 1990er Jahre mit den signifikanten Wählerstimmengewinnen der Lega Nord 1992 und den Verlusten der DC und des PSI, welche 1994 zum Entstehen der Forza Italia unter Silvio Berlusconi führten. Weitere Beispiele sind das schlechte Abschneiden der japanischen LDP, die 1993 von 45.8 auf 36.6 Prozent fiel, und das Einbrechen der kanadischen Conservative Party 1993 von 43.0 auf 16.0 Prozent, während die Reform Party und der Bloc Québécois 18.7 bzw. 13.5 Prozent der Stimmen gewannen.

Es gilt allerdings davor zu warnen, eine allzu enge zeitliche Koinzidenz zwischen Wählerstimmenverschiebungen und Wandel der Parteiensysteme herzustellen. Nicht selten kommt es zu einer *zeitlichen Verzögerung*, so dass die Wählerstimmenverschiebungen letztlich lediglich einen längst stattgefundenen Wandel nachvollziehen (vgl. Ware 1995: 324). Auch hier sei auf das Beispiel der SVP verwiesen. Ihren Wahlerfolgen in den 1990er Jahren ging das Aufkommen der FPS (ehemals Autopartei) in den 1980er Jahren voran, die in der Folge praktisch vollständig in der SVP aufgegangen ist.

Auch können Wählerstimmenverschiebungen nicht a priori als positiv oder negativ bewertet werden. Geringe Wählerstimmenverschiebungen können sowohl Ausdruck stabiler politischer Systeme wie auch mangelnder Anpassungs-



fähigkeit an veränderte gesellschaftliche Voraussetzungen sein. Ferner können Wählerstimmenverschiebungen auch als Ausdruck des Parteienwettbewerbs, der die Parteien zwingt, ihr Leistungsangebot zu verbessern, betrachtet werden. Welche Gründe für Wählerstimmenverschiebungen überwiegen und wie Wählerstimmenverschiebungen oder Stabilität zu werten sind, lässt sich erst – wenn überhaupt – in einer historischen Betrachtung über grössere Zeiträume beurteilen.

Schliesslich sollten auch die Ausgangslage, die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, Hintergründe und Folgen reflektiert werden. In Regierungs-Oppositions-Systemen haben manchmal schon geringfügige Verschiebungen grosse Auswirkungen. Es kann zu einem Machtwechsel kommen. Während im Konkordanzsystem der Schweiz auch die beiseitslosen Gewinne der SVP im Jahre 1999 zumindest kurzfristig keine Auswirkungen auf die Regierungszusammensetzung zeitigten. Die Auswirkungen der Wählerstimmengewinne der FPÖ oder des Zusammenbruchs des italienischen Parteiensystems zu Beginn der 1990er Jahre waren demgegenüber bedeutend grösser gewesen.

All diesen Einwänden zum Trotz ist die Analyse des Ausmasses von Wählerstimmenverschiebungen zwischen zwei Wahlgängen zuerst einmal ein verhältnismässig einfach zu berechnendes und häufig verwendetes Mass der vergleichenden Parteiensystemforschung, welches es ermöglicht, zwischen stabilen und weniger stabilen Entwicklungsphasen der Parteiensysteme, respektive zwischen stabilen und weniger stabilen Parteiensystemen zu unterscheiden. Schwierigkeiten ergeben sich erst bei der Interpretation der Ergebnisse.

Bezüglich der These der „eingefrorenen Parteiensysteme“ argumentieren bezeichnenderweise sowohl Befürworter wie auch Gegner von Lipset/Rokkan mit der Entwicklung der Wählerstimmenverschiebungen über die Zeit hinweg. Dies hängt, wie später noch ausführlicher dargelegt werden wird, damit zusammen, dass einerseits dem Betrachtungszeitraum eine grosse Bedeutung zukommt und andererseits von den einzelnen Parteien abstrahiert wird. Somit kann nichts über die Richtung der Verschiebungen ausgesagt werden. Pendeln grössere Gewinne und Verluste um ein bestimmtes Kräfteverhältnis hin und her, so kann sich von Wahl zu Wahl zwar viel, über einen längeren Beobachtungszeitraum hinweg jedoch überhaupt nichts ändern. Das Gegenteil ist hingegen der Fall, wenn kleine Veränderungen konstant in die gleiche Richtung verlaufen.

Auch bei der Analyse der Wählerstimmenverschiebungen gibt es verschiedene Indices. Rose/Urwin (1970) haben bereits Ende der 1960er Jahre – allerdings auf der Ebene der Parteien – verschiedene Masszahlen vorgelegt, mit deren Hilfe sie Stabilität und Wandel der westeuropäischen Parteiensysteme analysierten. Sie kamen dabei zum Schluss, dass vor allem die grosse Stabilität und nicht der Wandel hervorsteche und erklärungsbedürftig sei (Rose/Urwin 1970: 194, zitiert nach Mair 1990), was letztlich einer Unterstützung der Lipset/Rokkan-These gleichkam. In der Forschung hat sich jedoch schliesslich das Konzept der Volatilität, welches von Pedersen eingeführt worden ist, durchgesetzt.

### 4.1.1 Volatilität: Das Konzept von Pedersen

Das Konzept der *aggregierten Volatilität* („aggregate volatility“) geht zurück auf Mogan N. Pedersen, der es Ende der 1970er Jahre in der Politikwissenschaft bekannt gemacht hat (Pedersen 1979, 1980 und 1983). Die Masszahl ist später auch bekannt geworden als der Pedersen-Index (Crewe/Denver 1985). Die allgemeine Formel lautet (vgl. Bartolini/Mair 1990: 312):

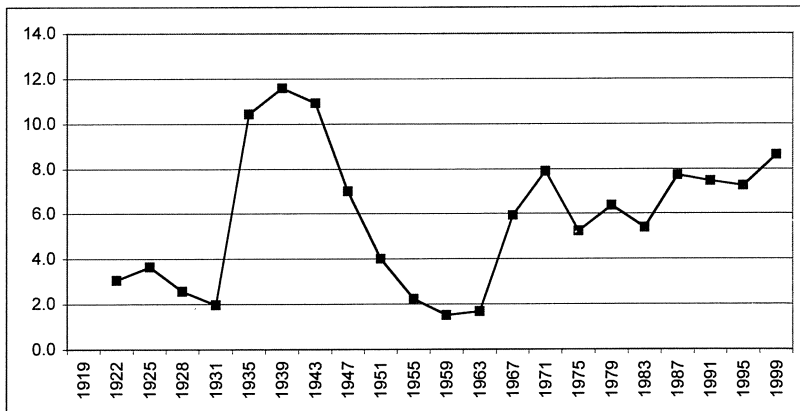
$$TV = \sum_{i=1}^n \frac{|v_{it} - v_{i(t+1)}|}{2}$$

Wobei n die Zahl der Parteien ist,  $v_{it}$  der Wähleranteil der Partei i zum Zeitpunkt t und  $v_{i(t+1)}$  der Wähleranteil der Partei i zum Zeitpunkt t+1.

Da die gesamten Veränderungen den Nachteil haben, dass sie zwischen null und 200 Prozent liegen können, wird der Wert durch zwei geteilt, so dass die aggregierte Volatilität zwischen null und 100 zu liegen kommt. Ein Wert von null bedeutet, dass es zu überhaupt keinen Veränderungen der Wählerstimmenanteile kommt.

Im Gegensatz zur „effektiven Zahl der Parteien“ und zum Fragmentierungsindex handelt es sich bei der Volatilität um ein *dynamisches Mass*, das die Veränderungen zwischen zwei Wahlgängen erfasst und somit nicht einen Zustand, sondern eine Entwicklung abbildet.

Abbildung 4.1: Volatilität der Nationalratswahlen (TV\_W), 1922 bis 1999



Die gemäss der Formel von Pedersen berechnete Volatilität für die Schweizer Nationalratswahlen im Zeitraum 1922 bis 1999 (vgl. Abbildung 4.1) zeigt nicht

nur für die Entwicklung des Schweizer Parteiensystems und seiner Parteien ausgesprochen aussagekräftige Befunde. Zugleich kann auch auf ein Hauptergebnis der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über die Stabilität der westeuropäischen Parteiensysteme aufmerksam gemacht werden. Es ist dies die Erkenntnis, dass die grössten Wählerstimmenverschiebungen in den Zeitraum des Zweiten Weltkriegs fallen.

Ausgesprochen gross für schweizerische Verhältnisse waren die Wählerstimmenverschiebungen, berechnet auf der Basis der aggregierten Volatilität, bei den Nationalratswahlen von 1935, 1939, 1943 und 1947. Dabei gab es folgende Gewinne und Verluste auf der Ebene der Parteien zu verzeichnen:

- 1935: Grosse Verluste von FDP (-3.2 Prozent) und SVP (-4.3 Prozent), Gewinne von LdU (+4.1 Prozent), den Jungbauern (+3.1 Prozent) und den Frontisten (+1.5 Prozent).
- 1939: In vielen Kantonen kam es zu stillen Wahlen. Was die Stimmenverschiebungen (inklusive diesen Verzerrungen) anbelangt, verloren FDP (-3 Prozent), CVP (-3.3 Prozent) und SPS (-2.1 Prozent), während SVP (+3.8 Prozent) und LdU (+2.9 Prozent) zu den Gewinnern zählten. Ein Teil der Volatilität ist bei diesen Fällen jedoch aber „technischer“ Natur.
- 1943: In diesem Wahljahr wurden vor allem bei den vier grossen Parteien die durch die stillen Wahlen bedingten Verzerrungen wieder bereinigt. Dazu kamen die durch das Verbot bedingten Verluste der Kommunistischen Partei (-2.6 Prozent).
- 1947: Gewinne der neu gegründeten PdA (+5.1 Prozent) und Verluste bei der SPS (-2.4 Prozent) und bei den Jungbauern (-2.1 Prozent).

Die Nachkriegszeit war geprägt durch eine ausgesprochen tiefe Volatilität, was letztlich zu einer Verfestigung des Parteiensystems in der „Zauberformel“ von 1959 führte. In den späten 1960er und 1970er Jahren nahm die Volatilität wieder zu und seit den 1980er Jahren hat sie sich auf einem leicht erhöhten Niveau etabliert. Folgende Wählerstimmenverschiebungen waren für diese Zunahmen verantwortlich:

- 1967: Gewinne des LdU (+4 Prozent) und Verluste der SPS (-3.1 Prozent).
- 1971: Gewinne der Republikaner (+4.1 Prozent) und der NA (+2.6 Prozent), Verluste bei CVP und FDP.
- 1987: Verluste bei der SPS (-4.4 Prozent) und Gewinne bei der GPS (+3 Prozent) sowie bei der FPS (+2.6 Prozent).

- 1999: Gewinne der SVP (+7.7 Prozent), Verluste der FPS (-3.1 Prozent) und der SD (-1.3 Prozent).

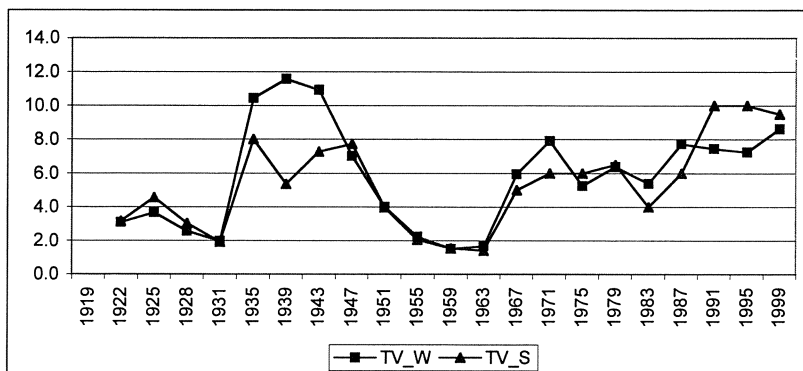
Insgesamt ist das Schweizer Parteiensystem, wie es sich heute auf nationaler Ebene präsentiert, volatiler als in den 1950er Jahren. Die Geschichte zeigt jedoch, dass es bereits früher Phasen mit einer höheren Volatilität gegeben hat, so dass nicht zwangsläufig davon ausgegangen werden muss, dass eine hohe Volatilität immer zu grösseren Wählerstimmenverschiebungen führen wird.

Die Volatilität kann nicht nur auf der Basis der Wählerstimmenanteile der Parteien berechnet werden, sondern auch auf der Basis der *Sitzanteile*. Wie stark sich die auf der Basis der Sitzanteile berechnete von der auf der Basis der Wählerstimmenanteile berechnete Volatilität unterscheidet, ist letztlich vom Wahlsystem abhängig. Je genauer das Wahlsystem die Stimmenverhältnisse in den Sitzverhältnisse abbildet, desto kleiner sind die Unterschiede.

Die Abbildung 4.2 zeigt im Falle der Nationalratswahlen, dass die Parallelen zwischen den beiden Volatilitäten in der Regel sehr gross sind, dass es aber auch zu Abweichungen kommen kann:

- Bei den Wahlen 1991 erlitten FDP und CVP trotz verhältnismässig geringen Verlusten an Wählerstimmenanteilen (-1.9 Prozent und -1.6 Prozent) grössere Verluste an Sitzen (-3.5 Prozent und -3.0 Prozent Sitzanteile bzw. minus sieben und minus sechs Sitze).
- Bei den Wahlen 1995 erzielte die SPS dank Proporzglück mit verhältnismässig wenig Gewinnen bei den Wählerstimmen (+3.3 Prozent) auf Kosten der Grünen zahlreiche Sitzgewinne (+6.5 Prozent Sitzanteile bzw. plus 13 Sitze).
- Die grösste Abweichung ergab sich jedoch bei den Wahlen 1939. In diesem Jahr fanden – wie erwähnt – in neun Kantonen (Appenzell Ausserrhoden, Luzern, Neuenburg, Schwyz, Solothurn, Tessin, Waadt, Wallis und Zug) stille Wahlen statt, so dass sich die errechneten Verluste der Wählerstimmenanteile von FDP (-3.0 Prozent), CVP (-3.3 Prozent) und SPS (-2.1 Prozent) sowie die Gewinne der SVP (+3.7 Prozent) nur in geringen Sitzverschiebungen niederschlugen: FDP plus einen Sitz, CVP plus einen Sitz, SPS minus fünf Sitze und SVP plus einen Sitz.

Abbildung 4.2: Volatilität berechnet auf der Basis von Wählerstimmen- (TV\_W) und Sitzanteilen (TV\_S) bei Nationalratswahlen, 1922 bis 1999

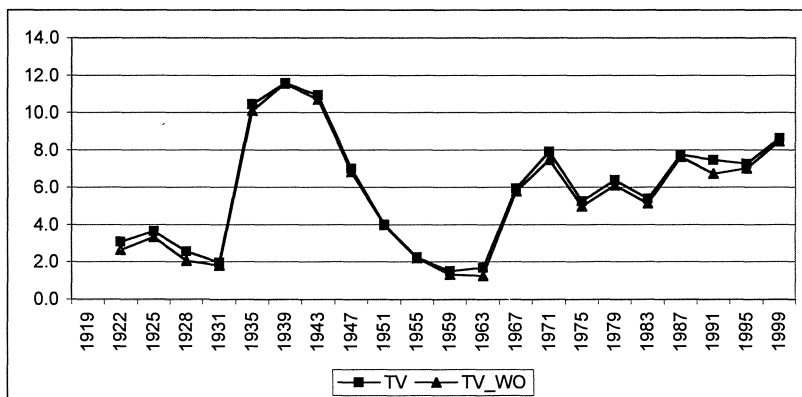


Ein weiteres Problem, welches sich in der praktischen Anwendung ergibt, ist die Frage, wie mit der Kategorie „übrige Parteien“ umgegangen werden soll. Diese Kategorie, welche in der Regel mehrere kleine, sich nicht über eine längere Zeit an den Wahlen beteiligende Parteien zusammenfasst, kann in die Berechnung der Volatilität aufgenommen oder ausgeschlossen werden. Bartolini/Mair (1990: 312) nennen die Volatilität ohne Einbezug der Kategorie „übrige Parteien“ (TV\_WO; „total volatility without others“).

Häufig wird – nicht zuletzt auch aus technischen Gründen – auf die Berücksichtigung der Kategorie „übrige Parteien“ verzichtet. Da es sich dabei um kleinere Parteien handelt, deren Wählerstimmenanteile insgesamt nicht allzu gross sind und im Bereich der Fünf-Prozent-Marke liegen, sind auch die möglichen Verzerrungen nicht allzu gross. Wenn beispielsweise eine grössere Wählerstimmenverschiebung zugunsten einer neuen Gruppierung stattfindet, die in die Kategorie „übrige Parteien“ fällt, fliessen nur die Verluste der berücksichtigten Parteien, nicht aber die Gewinne der neuen Gruppierung in die Berechnung ein. Die Volatilität wird demzufolge lediglich um die Hälfte der entsprechenden Verschiebung unterschätzt.

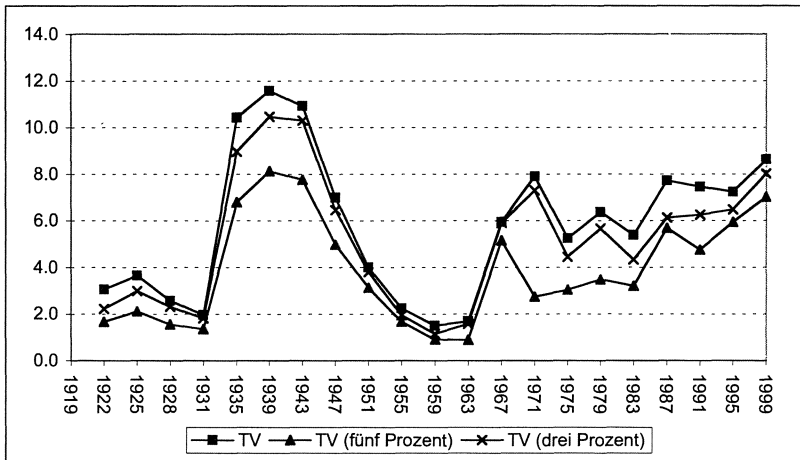
Abbildung 4.3 bestätigt, dass die Unterschiede, hier im Falle der Nationalratswahlen, in der Tat nicht besonders gross sind. Der Verlauf der beiden Kurven ist nahezu identisch. Die Differenz beträgt nicht einmal einen Prozentpunkt. Allerdings ist die Kategorie „übrige Parteien“ in diesem Fall auch nicht sehr klein. Sie vereinte nie mehr als 1.5 Prozent der Wählerstimmen auf sich.

Abbildung 4.3: Totale Volatilität mit (TV) und ohne die Kategorie „übrige Parteien“ (TV\_WO) bei Nationalratswahlen, 1919 bis 1999



Eine Möglichkeit das Problem mit der Kategorie „übrige Parteien“ teilweise zu umgehen, besteht darin, sich bei der Berechnung der Volatilität nur auf die grösseren Parteien, beispielsweise solche, die mindestens drei oder fünf Prozent der Wählerstimmen erzielen, abzustützen. Wie aus Abbildung 4.4 hervorgeht, ist der Verlauf der Kurven sehr ähnlich. Betrachtet man allerdings das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts, kann man zu unterschiedlichen Einschätzungen der Entwicklung kommen. Je grösser die Zahl der kleinen Parteien und je höher der Mindestprozentanteil der berücksichtigten Parteien sind, desto grösser fallen die Unterschiede aus.

Abbildung 4.4: Totale Volatilität inklusive der Kategorie „übrige Parteien“ bei Nationalratswahlen, 1922 bis 1999



Anmerkung: Die totale Volatilität wird zum einen basierend auf allen Parteien und zum anderen auf der Basis der Parteien, die mehr als drei bzw. mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen erzielt haben.

Zusammenfassend lässt sich aus den verschiedenen Volatilitäts-Kurven in den bis anhin angeführten Figuren schliessen, dass das Konzept der Volatilität komplexer ist, als es auf den ersten Blick scheint. Auch wenn die Mittelwerte für einen groben Vergleich keine zu grossen Unterschiede ergeben, kann man bei der Einschätzung der Entwicklungen wie z.B. bei derjenigen zu Beginn der 1990er Jahre je nach verwendetem Wert zu unterschiedlichen Erkenntnissen kommen.

Will man aufgrund der Volatilität Aussagen über die Entwicklung der Parteiensysteme machen oder will man Aufschluss darüber erhalten, ob sie stabil sind oder sich wandeln, so kommt es offensichtlich auch darauf an, welche Zeiträume betrachtet werden. Werden die 1970er Jahre mit den 1950er Jahren verglichen, könnte man tatsächlich zur Einsicht kommen, dass die Parteiensysteme an Stabilität verloren haben. Vergleicht man hingegen die 1970er Jahre mit den 1930er und 1940er Jahren, liegt die Volatilität eher tiefer. Die unterschiedlichen Ansichten über den Wandel der Parteien von Pedersen (1979) sowie von Maguire (1983) und Rose/Urwin (1970) einerseits sowie Bartolini/Mair (1990) andererseits lassen sich unter anderem auf die unterschiedlichen Untersuchungszeiträume zurückführen.

Es gibt allerdings noch mindestens zwei weitere und deutlich *schwerwiegendere Probleme*, welche mit dem Konzept der aggregierten Volatilität verknüpft sind:

- Der Index sagt nichts darüber aus, welche Parteien an Wählerstimmen gewinnen und welche verlieren. Heben sich Wählerstimmengewinne und -verluste über die Zeit hinweg für die einzelnen Parteien auf, liegt trotz hoher Volatilität ein insgesamt eher stabiles Parteiensystem vor. Kumulieren sich die Verluste demgegenüber über die Zeit hinweg, so kann sich ein Parteiensystem trotz geringer Volatilität über die Zeit hinweg beträchtlich verändern. Um hier Klarheit zu erhalten, kommt man nicht umher, die Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien über die Zeit hinweg zu verfolgen, wie dies im übernächsten Kapitel 6 getan wird.
- Was auf aggregierter Ebene gemessen wird, muss nicht zwangsläufig auch auf individueller Ebene stattfinden. Es könnte sein, dass zwei Parteien einen Teil ihrer Wählerinnen und Wähler tauschen. Unter dem Strich kommt es zu keiner Verschiebung der Wählerstimmenanteile (tiefe aggregierte Volatilität) aber die individuelle Volatilität mag beträchtlich sein. Dieses Problem ist Thema des nächsten Abschnittes.

#### 4.1.2 Aggregierte Volatilität versus individuelle Volatilität

Ein Blick in die Literatur enthüllt rasch, dass von der aggregierten Volatilität nicht zwingend auf die individuelle Volatilität geschlossen werden kann. Pedersen (1997: 94), der Schöpfer des Konzepts der aggregierten Volatilität, hält fest, dass er es in seinem viel zitierten Aufsatz aus dem Jahre 1979 verpasst hat, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass „aggregate volatility“ nicht dasselbe ist wie „individual-level volatility“.

In der Regel wird, und das wahrscheinlich nicht zu unrecht, angenommen, dass der Anteil der Wähler, welche effektiv die Partei gewechselt haben, mindestens der „aggregate volatility“ entspricht, aber auch deutlich höher liegen kann, da sich die Wählerwanderungen auf der Ebene der Parteien teilweise gegenseitig aufheben. Diese Annahme ist jedoch nicht logisch zwingend, da sich auch die Zahl der Wählenden verändern kann. Ältere Wählerinnen und Wähler sterben und jüngere kommen dazu (vgl. Bartolini/Mair 1990: 21). Zudem gilt es auch diejenigen Wählenden zu berücksichtigen, die nicht regelmässig an Wahlen teilnehmen. Bei einer unterschiedlich zusammengesetzten Wählerschaft kann es auch ohne wechselnde Wahlentscheidungen zu Volatilität kommen. Die Möglichkeit, dass es dazu kommt, wird umso grösser, je weniger Leute sich regelmässig an den Wahlen beteiligen. In der Schweiz lag die Wahlbeteiligung in den 1990er Jahren bei knapp über 40 Prozent, so dass, zumindest rein theoretisch, die Wählerschaft von Wahlgang zu Wahlgang ganz unterschiedlich zusammengesetzt sein könnte.



In der Regel kann jedoch davon ausgegangen werden, dass bei hoher Volatilität auch eine grössere Zahl von Wählerinnen und Wählern ihre Stimme einer anderen Partei gegeben hat. Pedersen (1997: 95) verweist auf Studien, welche zeigen, dass „three quarter of the gross volatility vote-switching materialized as aggregate volatility“ (Borre 1985: 381) bedeutet. Bartolini/Mair (1990: 27ff.) zeigen ebenso, dass zwischen „aggregate volatility“ und „individual voting shifts“ empirisch, heuristisch und statistisch ein Zusammenhang besteht.

Insgesamt kann jedoch, wie dies Lane/Ersson (1997: 181) sehr treffend tun, von vier Varianten von Entwicklungen ausgegangen werden, wobei zwischen „gross volatility“, dem effektiv anderen Wahlentscheid gemessen auf individueller (Mikro-) Ebene (anderer Wahlentscheid, Abstinenz, Neuwähler, Austritt aus dem Elektorat), und „net volatility“, der Veränderung der Wählerstimmenanteile der Parteien, unterschieden wird:

Tabelle 4.1: Vergleich von „gross volatility“ und „net volatility“

		Net volatility	
		niedrig	hoch
Gross volatility	hoch	I	II
	niedrig	III	IV

Ohne Zweifel sind die häufigsten Fälle die Konfigurationen II und III. Aber auch I und IV sind denkbar. Wenn die „gross volatility“ gross ist, so ist es allerdings nur eine Frage der Zeit, bis die „net volatility“ ansteigt (Lane/Ersson 1997: 181).

Auf der Mikro-Ebene kann weiter unterschieden werden zwischen „party switching“, „overall volatility“, welche alle Wahlberechtigten berücksichtigt, also auch diejenigen Wählerinnen und Wähler die zwischen wählen und nicht-wählen wechseln, und „total volatility“, welche zusätzlich diejenigen Wählerinnen und Wähler berücksichtigt, die das Elektorat verlassen oder neu dazukommen (vgl. Lane/Ersson 1997: 183).

Aufgrund ihrer Daten, die für 80 Wahlen sowohl Angaben über die „gross volatility“ und wie auch über die „net volatility“ beinhalten, finden Lane/Ersson (1997: 186f.) eine Korrelation von 0.74 zwischen der Volatilität auf individueller Ebene und der Volatilität auf aggregiertem Niveau. Ein Ansteigen der individuellen Volatilität führt also mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einem Anstieg der aggregierten Volatilität. Anhand des Vergleichs des Durchschnittswerts für „party switching“ von 17.7 Prozent mit dem Durchschnittswert für „net volatility“ von 8.6 Prozent schlussfolgern Lane/Ersson, dass die aggregierte Volatilität rund die Hälfte der individuellen Volatilität erfasst.

Insgesamt heisst, dass von der aggregierten Volatilität, wie sie auf der Ebene der Parteiensysteme gemessen und verwendet wird, nicht direkt auf die individuelle Volatilität geschlossen werden kann. Dass man jedoch mit der aggregier-

ten Volatilität die Veränderungen nicht überschätzt, sondern mehr oder weniger stark unterschätzt.

#### 4.1.3 Inter-bloc volatility und die Stabilitätsthese

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Lipset/Rokkan-These interessiert nicht in erster Linie, ob es zu grösseren oder kleineren Wählerstimmenverschiebungen kommt, sondern vor allem wie weit sich in diesen Wählerstimmenverschiebungen Hinweise dafür finden lassen, dass die den Parteiensystemen zugrunde liegende Cleavage-Struktur erodiert, was letztlich einer Widerlegung der Lipset/Rokkan-These gleich käme.

Nun ist es allerdings so, dass ein Cleavage oft nicht durch eine einzige Partei repräsentiert wird. Daher müssen *politische Lager* berücksichtigt werden, wie am Beispiel der linken Parteien unschwer gezeigt werden kann. Dies ist auch der Hintergrund der theoretischen Überlegungen von Bartolini/Mair (1990: 36ff.). Weder die aggregierte Volatilität noch die „aggregate party volatility“ sind geeignete Masse, wenn es darum geht, die Bedeutung traditioneller Cleavages zu untersuchen und die „freezing“-These von Rokkan zu überprüfen. Erstens werden Cleavages nicht durch einzelne Parteien, sondern durch Parteiblöcke abgebildet und zweitens wird die Volatilität neben den Cleavages durch eine ganze Reihe weiterer Faktoren beeinflusst. Solche Faktoren sind: „Cleavage closure, policy distance, party-system format, change in electoral institutions, electoral participation and short term factors (Bartolini/Mair 1990: 37ff).“

Bartolini/Mair (1990) schlagen daher vor, neben der aggregierten Volatilität auch die *Blockvolatilität* zu untersuchen. Die Blockvolatilität berechnet sich folgendermassen (Bartolini/Mair 1990: 313):

$$BV = \frac{|P_i V + P_j V + \dots + P_k V| + |P_l V + P_m V + \dots + P_n V|}{2}$$

Wobei PV die Volatilitäten der einzelnen Parteien i, j, k, l, m und n darstellt und die ersten drei Parteien in einem Block zusammengefasst werden können.

Die Blockvolatilität (BV) ist allerdings ein Bestandteil der aggregierten totalen Volatilität (TV). Subtrahiert man die Blockvolatilität von der totalen Volatilität, so erhält man die *Intrablockvolatilität (WBV)* bzw. die Verschiebung der Wählerstimmenanteile innerhalb der einzelnen Blöcke. Oder gemäss den Bezeichnungen von Bartolini/Mair (1990: 23):

Total Volatility = Block Volatility + Within-Block Volatility

oder

TV = BV + WBV

Auch Pedersen akzeptiert in seinem Rückblick die Feststellung, dass ähnliche Werte für die „aggregate volatility“ mit unterschiedlichen Mustern von „intra-bloc“ und „inter-bloc“ Volatilität erreicht werden können (Pedersen 1997: 94). Dabei muss man sich nicht nur auf den „Block“ basierend auf dem Klassen-Cleavage abstützen, wie dies Bartolini/Mair (1990) getan haben, generell wäre auch denkbar, dasselbe für die anderen Cleavages zu machen.

Mit der Analyse der Wählerstimmenverschiebungen insgesamt und zwischen den politischen Lagern tritt die bis heute nicht entschiedene Debatte, ob nun Wandel oder Stabilität für die westeuropäischen Parteiensysteme charakteristisch ist, noch einmal in besonderem Masse hervor.

Auf der einen Seite stehen Bartolini/Mair (1990: 55), die beklagen, dass die Vorstellung eines fundamentalen Wandels der westeuropäischen Parteiensysteme seit den 1970er Jahren die politikwissenschaftliche Literatur der letzten Jahrzehnte beherrscht hat, dass aber eigentlich nicht der Wandel, sondern die Stabilität erstaunlich und zu erklären sei. Auf der anderen Seite beschreiben beispielsweise Dalton/Flanagan (1984), dass sich die zentrale Forschungsfrage innerhalb eines Jahrzehnts völlig geändert hat. Während es zuvor darum ging, die Stabilität und das Überleben der Parteiensysteme zu erklären, geht es heute darum, Instabilität und Volatilität zu erklären. Unterstützt wird diese Haltung auch durch die Arbeiten von Inglehart (1977) und der Vorstellung, dass mit dem Postmaterialismus ein neuer Cleavage die herkömmlichen Cleavages überlagert.

Obschon in dieser Auseinandersetzung auch immer wieder massive empirische Evidenz beigebracht wurde, scheint eine einvernehmliche Auffassung nicht in Sicht zu sein. Bartolini/Mair (1990) kommen in ihrer Untersuchung über die „electoral instability“ im Zeitraum von 1885 bis 1985 anhand von 303 Wahlen in 13 westeuropäischen Parteiensystemen zu folgenden Ergebnissen:

- Die durchschnittliche Volatilität in der Zeit von 1966 bis 1985, in der Zeit also in der von einem grossen Wandel der Parteiensysteme ausgegangen wird, lag nur unwesentlich höher als in der Zeit von 1945 bis 1965 (vgl. Bartolini/Mair 1990: xvii).
- Es zeigt sich zudem, dass die Cleavage-Volatilität („class-cleavage“) in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat, was die „freezing“-These unterstützen würde (für eine Zusammenfassung der Ergebnisse vgl. Kriesi 1994: 264ff.).

Die bedeutendsten neueren Kritiker an der Stabilitätsthese (Lane/Ersson 1994 und Ersson/Lane 1998) verweisen nicht nur auf verschiedene Werke, welche im Gegensatz zu Lipset/Rokkan belegen, dass die nationalen Parteiensysteme an Stabilität verloren haben (so etwa Pedersen 1979: 24, Borre 1980: 162f., Maguire 1983, Shamir 1984, Lawson/Merk 1988, Mair/Smith 1989, alle zitiert nach Lane/Ersson 1994: 190). Sie kommen auch aufgrund ihrer eigenen Untersuchungen zum Schluss, dass sich nicht nur die sozialen Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und den politischen Parteien gelockert haben

(die zweite These von Lipset/Rokkan), sondern dass auch die Wahlerfolge einzelner Parteien grossen Schwankungen unterworfen sind (die erste These von Lipset/Rokkan). Die Parteiensysteme in Dänemark, Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien werden daher von ihnen als instabil bezeichnet (Lane/Ersson 1994: 192).

In einer jüngeren Publikation wird die Kritik an der Stabilitätsthese noch deutlicher:

„The Lipset-Rokkan model should be abandoned in relation to today's realities, where the crucial question is whether countries will remain at a high level of party system instability after the occurrence of an earthquake election or move back to a temporary stable state, as the circular model predicts. In any case, the electorate is no longer hooked up with the political parties through the Rokkan mechanism, i.e. social cleavages. (...) The West-European party systems have reached a stage of development characterized by a floating electorate (Ersson/Lane 1998: 36).“

Ganz offensichtlich ist, wie bereits mehrfach angedeutet, die Wahl des *Beobachtungszeitpunkts* von grosser Bedeutung. So kommen die meisten Studien zum Schluss, dass von den späten 1940er bis in die 1960er Jahre die Stabilität der Parteiensysteme überwogen hat und bestätigen damit auch die Lipset/Rokkan-These (Bartolini/Mair 1990: 61). Während die 1970er und 1980er Jahre hingegen eine Zunahme der Volatilität erlebten. Auch in den 1990er Jahren ist es zu teilweise beachtlichen Wählerstimmenverschiebungen gekommen (vgl. Ware 1995). Arbeiten, die sich auf die Nachkriegszeit beziehen, finden demnach stabile Parteiensysteme, während solche, die sich auf das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts konzentrieren, grössere Wählerstimmenverschiebungen erkennen können. Ungeklärt bleibt jedoch, wie diese Entwicklungen zu werten sind und welche Ursachen dafür verantwortlich zeichnen.

Im Gegensatz zur Betrachtung einzelner Parteien kann mit der aggregierten Volatilität die Richtung einer Entwicklung über die Zeit hinweg nicht gemessen werden, so dass lediglich zwischen stabilen und weniger stabilen Phasen unterschieden werden kann. Dieses Problem wird auch mit dem Konzept der Blockvolatilität nicht gelöst, weil auch hier nicht zwischen Veränderungen um ein imaginäres Gleichgewicht und einem zielgerichteten Wandel unterschieden werden kann.

Für die Hintergründe, die zu unterschiedlich stabilen Phasen in der Entwicklung der Parteiensysteme führen, gilt es, sich auf die Ebene der Geschichtswissenschaft und des gesellschaftlichen Wandels zu begeben. Dass es in der Zeit um den zweiten Weltkrieg zu grösseren Wählerstimmenverschiebungen gekommen ist, ist nicht weiter erstaunlich, wenn man beispielsweise an das Verbot kommunistischer Parteien und das Aufkommen der nationalsozialistischen und faschistischen Gruppierungen denkt. Auch die Stabilität in den Zeiten der Hochkonjunktur der 1950er Jahre lässt sich durch das Nachlassen der Verteilungskämpfe und die damals aufkommende Vorstellung von der Entideologisierung der Gesellschaft erklären. Im Gefolge der 1968er-Unruhen schliesslich

ist es zu einer Re-Ideologisierung und zu neuen Konflikten gekommen, welche auch in den Parteiensystemen ihre Spuren hinterlassen haben. Die Volatilität auf aggregierter Ebene ist Ausdruck von und nicht Erklärung für eine nachlassende Bedeutung von Cleavages. Aus der Volatilität alleine kann daher nicht zwingend auf eine nachlassende Bedeutung der die Parteiensysteme konstituierenden Kräfte geschlossen werden.

#### 4.1.4 Volatilität: Die Schweiz im internationalen Vergleich

Allen Vorbehalten zum Trotz bleibt die aggregierte Volatilität ein Mass, welches – wie die effektive Zahl der Parteien – immer wieder verwendet wird, wenn es darum geht, Parteiensysteme zu vergleichen. Wahldaten sind im Allgemeinen leicht zugänglich und, da von der Art der Parteien abstrahiert wird, braucht es keine Detailkenntnisse über die verschiedenen Parteien in den zu untersuchenden Parteiensystemen. Probleme ergeben sich lediglich durch Parteien, welche nach kurzer Zeit wieder verschwinden, sowie durch Parteispaltungen und Parteivereinigungen.<sup>1</sup> Grössere international vergleichende Studien finden sich beispielsweise bei Pedersen (1983), Bartolini/Mair (1990) und Lane/Ersson (1994).<sup>2</sup>

- Pedersen kommt zu folgendem Schluss: Während man bis Anfang der 60er Jahre von relativ stabilen europäischen Parteiensystemen ausgehen konnte, hat sich dieses Bild zumindest für einige Länder in der Nachfolgezeit geändert. Dabei lassen sich zwei Gruppen von Ländern unterscheiden. Zum einen Länder in denen die Volatilität relativ konstant ist und zum anderen Länder in denen die Volatilität relativ stark schwankt. In beiden Gruppen gibt es Länder, in denen die Volatilität zu- und solche in denen die Volatilität abgenommen hat (Pedersen 1983: 39). Grosse Schwankungen mit einer Zunahme der Volatilität weisen Norwegen und Dänemark auf, grosse Schwankungen mit einer Abnahme der Volatilität die damalige BRD und Frankreich. Kleine Schwankungen mit einer Zunahme der Volatilität finden sich in den Niederlanden, Schweden, Finnland, England und der Schweiz, kleine Schwankungen mit einer Abnahme der Volatilität in Österreich, Belgien, Italien und Irland.
- Bei Bartolini/Mair (1990: 68ff.) gehören über den gesamten Zeitraum zwischen 1885 und 1985 Frankreich und die BRD zu den instabilen Ländern,

<sup>1</sup> Hinweise wie mit diesem Problem umgegangen werden kann, finden sich bei Bartolini/Mair (1990: 311ff.).

<sup>2</sup> Pedersen (1983) untersuchte insgesamt 127 Wahlen für den Zeitraum von 1945 bis 1977. Bartolini/Mair (1990) decken den Zeitraum zwischen 1885 und 1985 ab und berücksichtigen Volatilitätsdaten für 303 Wahlen. Lane/Ersson (1994) beziehen sich auf den Zeitraum zwischen 1945 und 1989.

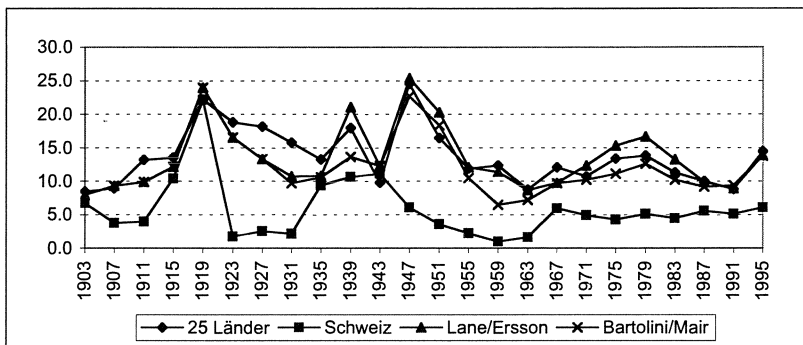
während England, die Schweiz, Finnland und Österreich eine tiefe Volatilität aufweisen. Für die 13 untersuchten Länder zeigt sich, dass die Volatilität in den 1950er und frühen 1960er Jahren Tiefstwerte erreichte und dann in den 1970er Jahren anzusteigen begann.

- Lane/Ersson (1994: 189f.) bestätigen mit ihren Daten für 16 Länder, dass die Volatilität in einer Phase des „realignment“ nach dem Zweiten Weltkrieg besonders hoch war und zeigen, dass die Volatilität zu Beginn der 1970er Jahre zugenommen hat und in den 1980er Jahren im Verhältnis zu den 1950er Jahren hoch blieb, ohne aber weiter anzusteigen. Zu den Ländern mit einer hohen Volatilität gehören die neuen Demokratien Griechenland, Spanien und Portugal, aber auch Frankreich und Dänemark. Länder mit einer tiefen Volatilität sind Österreich, Schweden, die Schweiz und Grossbritannien.

Eigene Berechnungen auf der Basis verfügbarer Daten für 25 Länder und das gesamte 20. Jahrhundert bestätigen mit Einschränkungen die Erkenntnisse von Lane/Ersson (1994) und Bartolini/Mair (1990). Darüber hinaus zeigen sie, dass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Volatilität, nach einem Rückgang in den 1980er Jahren wieder zugenommen hat (Abbildung 4.5). Besonders auffallend sind auch hier die Wahlen nach dem ersten Weltkrieg, als in zahlreichen Ländern (Belgien, Dänemark, Grossbritannien, Irland, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Schweden, Schweiz: Proporzwahlen) das demokratische Wahlrecht eingeführt worden ist (vgl. Nohlen 1989: 33) und für Wählerstimmenverschiebungen gesorgt hat, sowie die Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg. In beiden Phasen lag die Volatilität höher als im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Die 1950er Jahre waren demgegenüber geprägt von stabileren Parteibindungen, allerdings kommt hier der Unterschied zu den 1970er Jahren nicht zum Ausdruck, was auf die grössere Zahl der berücksichtigten Länder zurückzuführen ist.

Zudem ist es nicht ganz unwichtig, welche Länder berücksichtigt werden. Bei Bartolini/Mair (1990), die im Vergleich zu Lane/Ersson (1994) die neueren Demokratien Spanien, Portugal und Griechenland nicht berücksichtigen, kommen, da Griechenland bei Lane/Ersson in den 1950er Jahren noch für eine hohe Volatilität sorgt, die stabilen 1950er Jahre deutlich besser zum Ausdruck. Seit den 1970er Jahren wird der Verlauf der Volatilität vergleichbarer, auch dann wenn die Zahl der untersuchten Länder über Westeuropa hinaus erweitert wird.

Abbildung 4.5: Aggregierte Volatilität: Die Schweiz im internationalen Vergleich, 1903 bis 1995



Anmerkungen:

- Eigene Berechnungen auf der Basis verfügbarer Wahldaten für folgende Länder: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA (Wahlen für das Repräsentantenhaus).
- Lane/Ersson 1994: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien.
- Bartolini/Mair 1990: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.

Die Abbildung 4.5 zeigt vor allem, dass die Schweiz im internationalen Vergleich eine deutlich tiefere Volatilität aufweist. Der Durchschnittswert der Volatilität für die Zeit nach 1945 liegt in der Schweiz je nach Berechnungsart zwischen vier und sechs Prozent. Widerlegen lässt sich mit diesen Zahlen weiter die Vorstellung, dass in den letzten Jahren die politischen Verhältnisse deutlich instabiler geworden sind. Dies mag im Vergleich zu den „ruhigen“ 1950er Jahren, die für die Schweiz deutlich zum Ausdruck kommen und die letztlich auch zur Zauberformel geführt haben, zutreffen, nicht aber für die Wahlen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>3</sup> Eine grössere Dynamik erfährt das Schweizer Parteiensystem in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Von der „Überfremdungsfrage“, der Vertrauenskrise in die politischen Eliten und den Forderungen der 1968er-Bewegungen profitierten die NA und die Republikaner, der LdU und die Parteien der äusseren Linken. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren beruhigte sich die Situation. Erst durch das Entstehen der Grünen

<sup>3</sup> Zu den entsprechenden Wählerstimmenverschiebungen auf der Ebene der Parteien vgl. den Kommentar zu Abbildung 4.1.

und der Autopartei kam es wieder zu einer Belebung. Bis Mitte der 1990er Jahre blieb die Volatilität auf etwas höherem Niveau stabil, um dann bis 1999 auf etwas über acht Prozent anzusteigen.

#### 4.1.5 Volatilität als zu erklärende Variable

Die Volatilität ist aber nicht nur ein Mass zur Beschreibung und zum Vergleich von Parteiensystemen. Sie kann auch ein Merkmal eines Parteiensystems sein, das es zu erklären gilt. Weisen politische Systeme oder Parteiensysteme charakteristische Variablen gesellschaftlicher Natur auf, die dazu führen, dass es bei Wahlen zu grösseren oder kleineren Wählerstimmenverschiebungen kommt? Gewicht erhält diese Fragestellung nicht zuletzt durch die altbekannte Auseinandersetzung über die *Bestimmungsfaktoren stabiler Demokratien*. Welche Parteiensysteme garantieren stabilere politische Verhältnisse, sind es Zweiparteiensysteme oder sind es Mehrparteiensysteme? Die angelsächsische Denktradition bevorzugt ein Regierungs-Oppositions-System, während die Schweizer Verhältnisse eher ein Vielparteiensystem nahe legen.

Vergessen werden in dieser Debatte allerdings häufig konkurrenzparadigmatische Einwände, wonach die Abwesenheit von Wählerstimmenverschiebungen auch auf Erstarrungen oder Abschottungstendenzen von Parteiensystemen hindeuten können, welche es ihnen unmöglich machen, sich den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen, was dann möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt zu erdrutschartigen Verschiebungen führt. Ganz im Sinne von Luhmann machen auch Bartolini/Mair (1990: 3) auf dieses Paradox aufmerksam. Leistungsfähigkeit und Legitimität von Demokratien basieren auf *Parteienwettbewerb* und dem Grad der Kompetitivität. So müssen sich nicht nur demokratische Regeln und Institutionen herausbilden, sondern es braucht auch eine gewisse Dynamik in den Wahlen selbst. Es braucht einen bestimmten Grad an Instabilität und die Möglichkeit, dass es zu Wählerstimmenverschiebungen kommen kann. Instabilität garantiert Responsivität und „accountability“ (Bartolini/Mair 1990: 3). Längerfristige Stabilität ist hingegen notwendig um eine nachhaltige Konsolidierung der Demokratie zu erreichen.

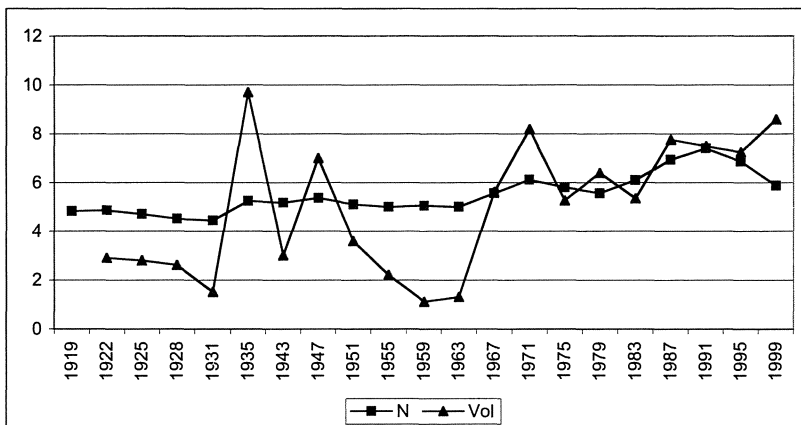
Bezüglich der *Zahl der Parteien* und der Volatilität können folgende, von Pedersen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Volatilitäten in den von ihm untersuchten Ländern formulierte und überprüfte Hypothesen (Pedersen 1983: 47) als allgemein gültig betrachtet werden:

- Je grösser die Anzahl der Parteien, die sich an einer Wahl beteiligen, desto grösser ist ceteris paribus die „electoral volatility“.
- Verändert sich die Anzahl der berücksichtigten Parteien, so nimmt die „electoral volatility“ ceteris paribus zu.



Die Schweiz bildet nur auf den ersten Blick eine Ausnahme. Die grosse Zahl der Parteien scheint nicht zur tiefen Volatilität zu passen. Zudem findet sich trotz einer Abnahme der Zahl der Parteien in jüngster Zeit eine leichte Zunahme der Volatilität. Abbildung 4.6 zeigt jedoch, dass durchaus gewisse Parallelen bestehen. Über die gesamte Zeit hinweg lässt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang finden (pearson corr.: 0.694, sig. 0.001).

Abbildung 4.6: Effektive Zahl der Parteien und Volatilität bei Nationalratswahlen, 1919 bis 1999



Anmerkungen: Y-Achse: Volatilität in Prozent (Vol) und effektive Zahl der Parteien (N).

Weitere Variablen, die zur Erklärung der Volatilität beitragen können, liegen im Bereich der Sozialstruktur der Wählerschaft (Heterogenität, Cleavage-Struktur), des politischen Systems (Regierungssystem, Wahlsystem) und des Parteiensystems (neben der Zahl der Parteien auch die Art der Parteien). Am Schluss dieses Kapitels wird auf der Basis der kantonalen Parteiensysteme auf diese Variablen, wie auch auf die Bedeutung der Zahl der Parteien als Variablen, welche die Volatilität erklären können, eingegangen.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> In international vergleichender Perspektive vgl. dazu den dritten Teil der Arbeit von Bartolini/Mair (1990): „The determinants of electoral instability.“

## 4.2 Volatilität in den kantonalen Parteiensystemen

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich zunächst mit der aggregierten totalen Volatilität und danach mit der Blockvolatilität der kantonalen Parteiensysteme. Die den Berechnungen zugrunde gelegten Daten umfassen 411 Wahlgänge<sup>5</sup> in 24 Kantonen.<sup>6</sup> Von den im vorangehenden Abschnitt vorgestellten Volatilitätsmassen wird, wie bei Bartolini/Mair (1990), die totale Volatilität unter Berücksichtigung der Kategorie „übrige Parteien“ verwendet. Damit wird die Kategorie „übrige Parteien“ als eine Partei aufgefasst und keine Mindestanforderungen an die berücksichtigten Parteien gestellt. Dies tun auch Bartolini/Mair mit der Begründung, dass die Wahl des Index keinen Einfluss auf ihre Erkenntnisse hat (Bartolini/Mair 1990: 312). Wo immer möglich wird die Volatilität über die Wählerstimmenanteile berechnet, in einigen Ausnahmefällen muss jedoch auf die Sitzanteile zurückgegriffen werden (zu den Daten vgl. Abschnitt 2.7).

### 4.2.1 Volatile und stabile kantonale Parteiensysteme

Betrachten wir die 24 kantonalen Parteiensysteme in der Schweiz, so sind die Unterschiede was ihre Stabilität betrifft beträchtlich. Die *kantonalen Legislativwahlen zwischen 1996 und 1999* haben vor allem in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Luzern, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, St. Gallen und Zürich zu verhältnismässig grossen Verschiebungen der Wählerstimmenanteile geführt (vgl. Tabelle 4.2). In diesen Kantonen lag die Volatilität jeweils über zehn Prozent. Auf weniger als fünf Prozent belief sie sich demgegenüber in den Kantonen Freiburg, Graubünden, Tessin und Wallis. Die *Wahlen seit 2000* zeigen, dass die Volatilität in einzelnen Kantonen stark variieren kann. So ist sie beispielsweise in den Kantonen Luzern, Schaffhausen, Schwyz und Zürich auf ein mittleres Niveau zurückgegangen, während sie in den Kantonen Aargau, Nidwalden, Solothurn, Uri, Wallis und Zug auf ein hohes Niveau angestiegen ist.

---

<sup>5</sup> Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden in Kantonen mit von 4 Jahren abweichenden Wahlperioden die entsprechenden Werte gemittelt oder extrapoliert (vgl. Abschnitt 2.7).

<sup>6</sup> Nicht berücksichtigt werden die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, da in diesen Kantonen Wählerstimmen und Sitze nicht eindeutig einzelnen Parteien zugeordnet werden können.

Tabelle 4.2: Volatilität der kantonalen Parteiensysteme bei kantonalen Wahlen, 1996 bis 2003

Hohe Volatilität			Mittlere Volatilität			Tiefe Volatilität	
	1996-99	2000-03		1996-99	2000-03		1996-99 2000-03
BS	17.7	20.6	ZG	9.7	12.4	FR	3.7 4.8
SH	14.0	9.0	JU	9.7	5.3	VS	3.7 11.4
SG	12.0	14.3	VD	9.2	9.3	TI	3.4 7.5
SZ	11.6	6.5	AG	8.4	12.6	GR	3.3 8.3
ZH	11.4	9.4	BL	7.4	9.3	NW	1.1 16.3
GE	10.7	13.8	SO	6.8	10.0		
OW	10.3	18.5	TG	6.5	7.4		
LU	10.2	8.6	UR	6.3	12.5		
			NE	6.1	5.6		
			GL	5.4	6.3		
			BE	5.4	6.2	Mittelwert	8.1 10.2

Anmerkung: Berechnet wurde die aggregierte totale Volatilität (TV). Massgebend für die Einteilung in die drei Kategorien war das Ausmass der Volatilität in den Jahren von 1996 bis 1999.

Offensichtlich sind die Werte für einzelne Wahlperioden nicht zwingend charakteristisch für die entsprechenden Parteiensysteme und es kann zu grösseren Schwankungen kommen. Die nachfolgende Tabelle 4.3 weist die *Durchschnittswerte* für die 24 kantonalen Parteiensysteme aus, wobei sämtliche für die Kantone zur Verfügung stehenden Wahlen betrachtet werden. In Klammern angegeben sind die *Mittelwerte für die Zeitperiode 1972 bis 2003*, für die in allen Kantonen verfügbare Daten vorliegen.

Tatsächlich haben für einige Kantone die Wahlen um die Jahrtausendwende unüblich grosse Wählerstimmenverschiebungen gebracht. Die Kantone Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri und Wallis kannten ansonsten deutlich tiefere Verschiebungen. In den Kantonen Basel-Stadt und Genf, aber auch in Schaffhausen, St. Gallen und Zürich waren jedoch Wahlen mit grösseren Wählerstimmenverschiebungen nicht unüblich, während der Kanton Basel-Landschaft insofern eine Ausnahme bildete, als die durchschnittliche Volatilität eher noch etwas höher lag. Bei den Durchschnittswerten für den Zeitraum 1972 bis 2003 fallen die Kantone Aargau, Bern, Luzern, Nidwalden, Schwyz, Solothurn und Thurgau auf, in denen die Volatilität seit den 1970er Jahren deutlich zugenommen hat, während sie in den Kantonen Freiburg, Glarus und Graubünden eher zurückgegangen ist. Wir werden uns mit den Entwicklungen in den einzelnen Kantonen noch etwas ausführlicher beschäftigen, zunächst gilt die Aufmerksamkeit jedoch den einzelnen Wahlgängen.

Tabelle 4.3: Durchschnittliche Volatilität in den Kantonen bei kantonalen Wahlen, 1972 bis 2003

Hohe Volatilität			Mittlere Volatilität			Tiefe Volatilität		
GE	16.0	(14.4)	ZH	8.5	(8.7)	LU	4.7	(7.4)
BS	11.0	(12.2)	SH	8.3	(8.6)	SO	4.5	(6.3)
BL	10.2	(10.1)	GR	8.0	(5.9)	VS	3.8	(4.5)
			SG	8.0	(8.4)	UR	3.7	(4.5)
			GL	8.0	(6.1)			
			ZG	7.5	(7.5)			
			FR	7.3	(4.8)			
			AG	6.8	(8.7)			
			VD	6.8	(7.2)			
			OW	6.7	(7.1)			
			NE	6.6	(7.3)			
			BE	6.4	(8.1)			
			TI	6.3	(7.5)			
			SZ	5.6	(7.3)			
			TG	5.5	(7.0)			
			NW	5.5	(7.1)			
			JU	5.4	(5.4)	Mittelwert	7.2	(7.6)

Anmerkung: Berechnet wurden die Durchschnittswerte für alle verfügbaren Daten. In den Klammern sind die Durchschnittswerte für den Zeitraum von 1972 bis 2003 dargestellt.

Über alle untersuchten Wählgänge betrachtet, finden sich nur selten Wahlen, welche in einem ausserordentlichen Masse zu Wählerstimmenverschiebungen geführt haben. Eine Ausnahme bildet der Kanton Genf, der gleich mehrere Male Volatilitätswerte von über 20 Prozent aufweisen kann. Weitere Ausnahmen stellen die Kantone Basel-Stadt, Freiburg, Glarus, Graubünden und St. Gallen dar:

- Im Kanton Genf haben vor allem die Wahlen zu Beginn der 1920er Jahre, in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, Mitte der 1980er und im ersten Drittel der 1990er Jahre zu grossen Verschiebungen der Wählerstimmenanteile geführt. Verantwortlich dafür zeichnen zu Beginn der 1920er Jahre die „Union de défense économique“, welche 1924 24 Sitze errang. In der Zeit unmittelbar vor bis unmittelbar nach dem Zweiten Weltkriegs waren es in dieser Reihenfolge die Frontisten, die „Socialiste genevois“ unter Leon Nicole, der LdU und die PdA, welche grössere Verschiebungen in der Wählerschaft auslösten. In jüngerer Zeit sorgten die Vigilants 1985 und die „Alliance de gauche“ (zu der auch die PdA gehört) 1993 für grössere Veränderungen der Wählerstimmenanteile.

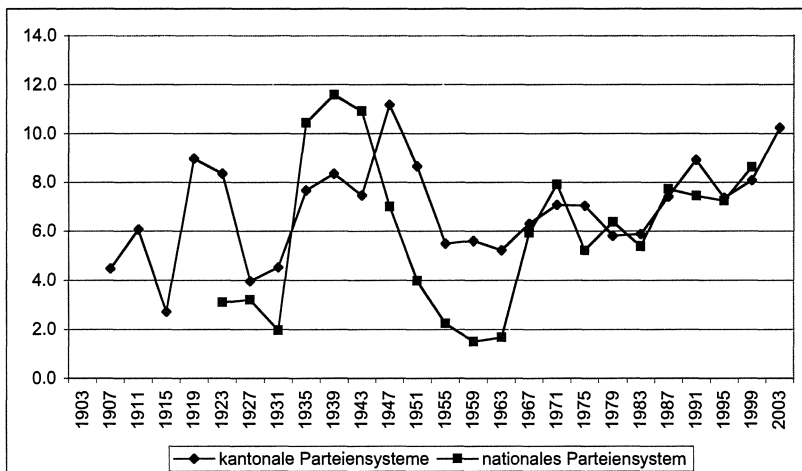
- In den Kantonen Glarus und Graubünden fallen die hohen Werte in die Zeit, in der sich die Demokraten in den beiden Kantonen der aus der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) entstehenden SVP anschlossen.
- Im Kanton Freiburg waren es 1946 die vorübergehenden Sitzgewinne einer unabhängigen Radikalen Partei und Mitte der 1960er Jahre die Verluste der CVP an die CSP und an die SPS, welche zu Volatilitätswerten über 20 Prozent führten.
- Im Kanton St. Gallen schliesslich sorgten 1945 eine „Verständigungsliste“ und im Kanton Basel-Stadt 1947 die PdA und im Jahr 2000 die SVP für grössere Wählerstimmenschiebungen.

Bei einem Teil dieser Wahlen mit Spitzenwerten handelte es sich wie etwa bei der unabhängigen Radikalen Partei im Kanton Freiburg oder der Verständigungsliste im Kanton St. Gallen um „Proteststimmen“, welche in der Folge wieder an die etablierten Parteien zurückflossen. Bei einem zweiten Teil so z.B. bei der SVP in den Kantonen Glarus und Graubünden oder bei der CVP im Kanton Freiburg handelte es sich um nachhaltige Veränderungen des Parteiensystems. Es wird im Folgenden zu klären sein, wie stark die politischen Kräfteverhältnisse, vor allem zwischen Links und Rechts, bei solchen Wahlen verändert wurden. Zunächst betrachten wir jedoch die Entwicklung der Volatilität über die Zeit hinweg.

#### 4.2.2 Der Wandel der Volatilität

Über die Zeit hinweg betrachtet variiert die durchschnittliche Volatilität der kantonalen Parteiensysteme zwischen vier und zehn Prozent (vgl. Abbildung 4.7). Die Werte, welche ausserhalb dieses Bereichs liegen, fallen in die Zeit vor den 1950er Jahren und sind aufgrund der geringeren Zahl an Kantonen, für die überhaupt Daten vorliegen, mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen. Die hohen Werte zu Beginn des Jahrhunderts können durch die Einführung der Proporzahlen (vgl. Lutz/Strohmman 1998) erklärt werden. Ganz ähnlich wie bei den Nationalratswahlen zeigt sich auch hier, wie die Volatilität ausgehend von den ruhigen 1950er Jahren in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zu steigen beginnt, ohne aber den Spitzenwert in der Wahlperiode 1944 bis 1947 zu erreichen. Nach einem Rückgang zu Beginn der 1980er Jahre steigt die Volatilität mit einem kleinen Einbruch Mitte der 1990er Jahre wieder an. Die Volatilität ist zwar heute nicht höher als in früheren Jahren, der längerfristige Trend seit den 1950er Jahren weist aber auf eine Zunahme hin und nähert sich der Höchstmarke. Über den gesamten Zeitraum hinweg zeigt sich ein wellenartiger Verlauf, wobei die zu- und abnehmenden Phasen zwischen vier und zwölf Jahre dauern.

Abbildung 4.7: Durchschnittliche Volatilität der kantonalen Parteiensysteme



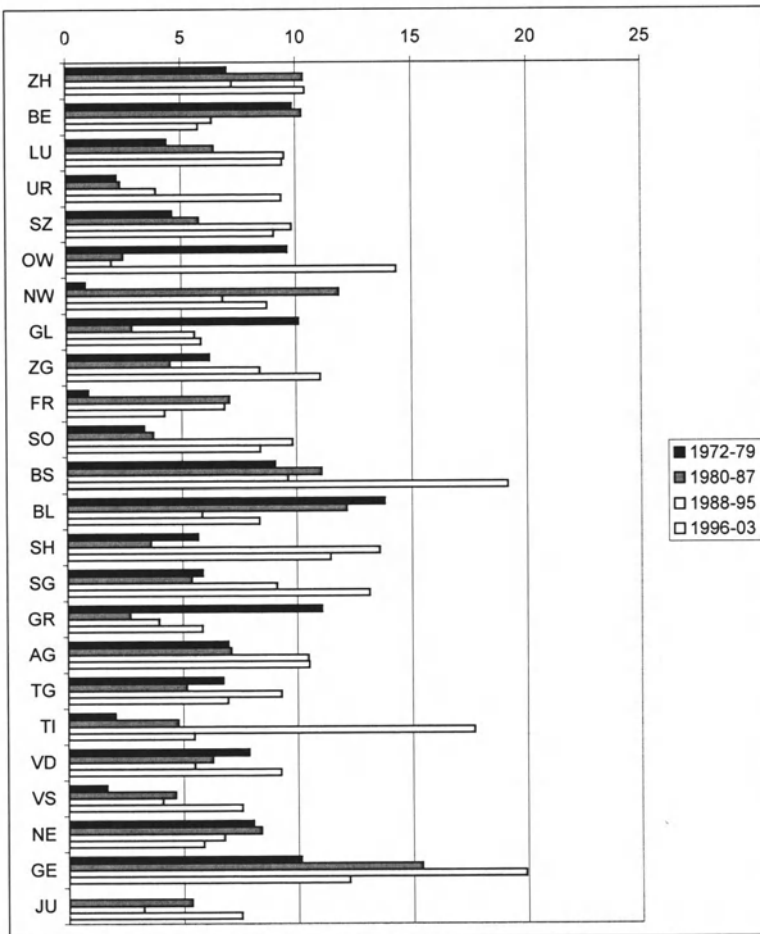
Wie aus Abbildung 4.7 weiter hervorgeht, scheint tatsächlich eine verhältnismässig *enge Beziehung* zwischen der Volatilität gemessen auf der Basis der Ergebnisse der *Nationalratswahlen* und der Volatilität der *kantonalen Parteiensysteme* gemessen als Durchschnittswert der Volatilität bei kantonalen Wahlen in den entsprechenden Wahlperioden zu bestehen. Allerdings ist es nicht so, dass die kantonalen Wahlen jeweils die Entwicklung bei den Nationalratswahlen vorweg nehmen. So deuteten beispielsweise die kantonalen Wahlen in der Zeit zwischen 1975 und 1979 auf einen Rückgang der Volatilität hin und dennoch wiesen die nationalen Wahlen 1979 eine grössere Volatilität auf. 1991 konnte demgegenüber aufgrund der vorangehenden kantonalen Wahlen ein Anstieg der Volatilität erwartet werden, welcher dann nicht eintraf. Diese Erkenntnis ist zwar nicht erstaunlich, da Nationalratswahlen, auch wenn sie ans Ende einer Wahlperiode gesetzt werden, sowohl das Produkt einer vorangehenden Entwicklung wie auch der Anfang einer neuen Entwicklung sein können. Bezüglich der Vorhersage der Ergebnisse von Nationalratswahlen auf der Basis der vorangehenden kantonalen Wahlen bedeutet dies, dass auf diese Weise keine gesicherten Aussagen gemacht werden können.

Die Darstellung der Mittelwerte sämtlicher Kantone über die Zeit hinweg gibt die Dynamik in den kantonalen Parteiensystemen allerdings nur beschränkt wieder. Der Blick auf die einzelnen Kantone zeigt, dass beträchtliche Unterschiede bestehen. Abbildung 4.8 stellt für die einzelnen Kantone seit 1972 die Durchschnittswerte für jeweils zwei Wahlperioden dar. Folgende Gruppen von Kantonen stechen hervor:

- Die Kantone Glarus und Graubünden erlebten die grösste Volatilität in der Zeit, als sich die Demokraten der SVP anschlossen, seither weisen sie tiefe Volatilitäten auf.
- In Kantonen wie Aargau, Basel-Stadt, Luzern, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Uri, Wallis und Zug hat die Volatilität in den letzten 30 Jahren mehr oder weniger kontinuierlich zugenommen.
- In den Kantonen Basel-Landschaft, Bern, Freiburg und Neuenburg ist die Volatilität zurückgegangen.
- In den anderen Kantonen lässt sich kein eindeutiges Entwicklungsmuster herauslesen.

Es stellt sich nur die Frage, welche Entwicklungen für die verschiedenen Muster verantwortlich gemacht werden können. Bestehen Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Kantonen einer Gruppe von Kantonen und wie weit sind es charakteristische Entwicklungen im Schweizer Parteiensystem, welche die einzelnen kantonalen Parteiensysteme in unterschiedlichem Masse erfassen? Nicht völlig vernachlässigt werden darf zudem die Möglichkeit, dass kurzfristige Veränderungen der Volatilität auch durch bestimmte Ereignisse oder Zufälligkeiten ausgelöst werden können, welche nicht in einem grösseren Zusammenhang zu erklären sind. Für die Beantwortung dieser Fragen sei auf den letzten Abschnitt dieses Kapitels verwiesen, in dem die Zusammenhänge zwischen der Volatilität und charakteristischen Merkmalen der Kantone untersucht werden. Aufschlussreich ist auch das Kapitel 6, welches sich mit der Stärke der einzelnen Parteien in den Kantonen befasst.

Abbildung 4.8: Entwicklung der Volatilität in den Kantonen, unterschiedliche Zeitperioden

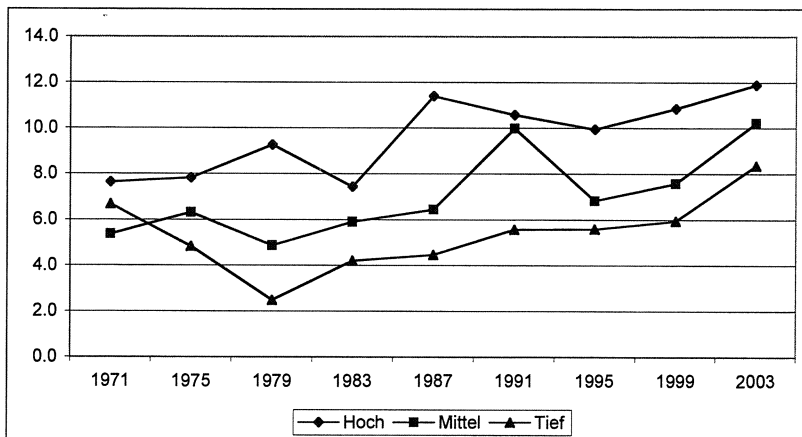


Konvergenztheoretische Vorstellungen, wonach sich die kantonalen Parteiensysteme hinsichtlich ihrer Volatilität einander anpassen, indem die stabilen Parteiensysteme volatiler und die volatilen stabiler werden, lassen sich mit den vorliegenden Daten zumindest nicht bestätigen. Betrachtet man die Entwicklung der durchschnittlichen Volatilität in Kantonen, die seit den 1970er Jahren im Durchschnitt eine hohe, eine mittlere oder eine tiefe Volatilität zu verzeichnen haben,



so lässt sich *kein klarer Trend zu einer mittleren Volatilität* erkennen (vgl. Abbildung 4.9). Die Entwicklung verläuft vielmehr gleichförmig und in jüngerer Zeit steigt die Volatilität in allen drei Gruppen von Kantonen an.

Abbildung 4.9: Entwicklung der durchschnittlichen Volatilität in Kantonen mit tiefer, mittlerer oder hoher Volatilität, 1972 bis 2003



Anmerkungen: Als Basis für die Zuordnung der Kantone dienten die Durchschnittswerte für den Zeitraum von 1972 bis 2003 (vgl. Tabelle 4.2).

- Kantone mit einer hohen Volatilität: Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Genf, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich: mehr als acht Prozent.
- Kantone mit einer mittleren Volatilität: Luzern, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Tessin, Thurgau, Waadt und Zug: 6.5 bis acht Prozent.
- Kantone mit einer tiefen Volatilität Freiburg, Glarus, Graubünden, Jura, Solothurn, Uri und Wallis: bis 6.5 Prozent

#### 4.2.3 Blockvolatilität in den Kantonen

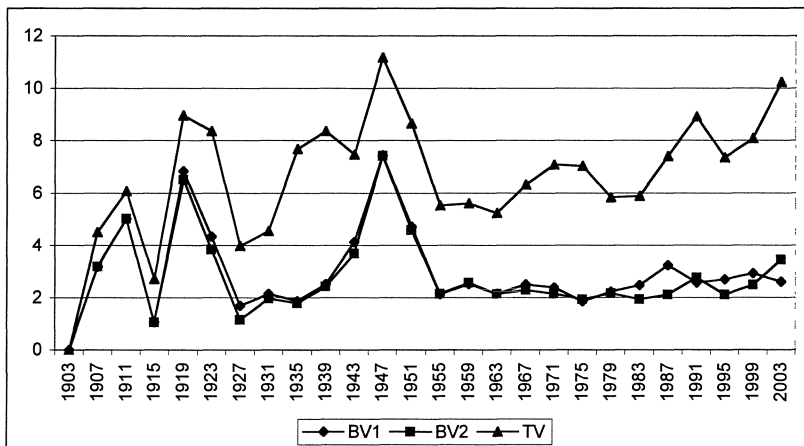
Wie bereits erwähnt, ist die aggregierte totale Volatilität nicht zwangsläufig das beste Mass, um den Wandel von Parteiensystemen zu erklären. Um einen solchen Wandel zu erklären, ist nicht nur der Zeitabschnitt, der betrachtet wird, von Bedeutung, sondern auch die Frage, welchem politischen Lager die Gewinner respektive die Verlierer angehören. Bartolini/Mair (1990: 37ff.) weisen sehr treffend darauf hin, dass es häufiger zu Wählerstimmenverschiebungen zwischen Parteien kommt, die dem gleichen *politischen Lager* oder dem gleichen Block angehören, als zwischen Parteien, die verschiedenen Lagern angehören. Wenn zwar die totale Volatilität hoch, die Blockvolatilität dagegen tief ist, kann man – so die Aussage der beiden Autoren – nicht von einem Wandel der Partei-

ensysteme bezüglich der ihnen zugrunde liegenden Cleavage-Struktur sprechen. Somit wäre die hohe Volatilität auch kein Argument gegen die Lipset/Rokkan-These. Obschon diese Annahme so nicht zwingend ist, wie wir weiter unten noch sehen werden, wenden wir uns im Folgenden der Blockvolatilität zu. Dabei beschränken wir uns – wie Bartolini/Mair – auf die Wählerstimmenanteile der Linken und der Rechten.

Die Zuordnung der verschiedenen Parteien zu den beiden politischen Lagern ist, vor allem wenn ein längerer Zeitabschnitt betrachtet wird, nicht ganz unproblematisch. Die Frage ist, wie breit das linke Lager definiert werden soll. Im folgenden wird unterschieden zwischen einem *linken Block im engeren Sinne* bestehend aus der SP und der PdA (BV1) sowie einem *erweiterten linken Block* (BV2) bestehend aus SP, PdA und weiteren extrem linken Gruppierungen, den Grünen, den Grün-Alternativen, Liberalsozialisten, gemässigten sozialdemokratischen Kantonalparteien und den Grütlanern. Diesen beiden Blöcken stehen jeweils alle anderen Parteien gegenüber.

In Abbildung 4.10 kommt sehr deutlich zum Ausdruck, dass die *Blockvolatilität*, unabhängig davon, ob sie im engeren oder im weiteren Sinne aufgefasst wird, deutlich tiefer liegt als die totale Volatilität. Mit anderen Worten: Es bestätigt sich, dass die *Wählerstimmenverschiebungen* vor allem *innerhalb der politischen Lager* und nicht zwischen den politischen Lagern stattfinden. Deutlich zeigt sich allerdings auch, dass eine verhältnismässig enge Beziehung zwischen der Blockvolatilität und der totalen Volatilität besteht. Eine höhere totale Volatilität geht einher mit einer höheren Blockvolatilität (pearson corr: 0.675, sig. 0.000). Wobei es auch zu Abweichungen kommen kann. So zeigt sich beispielsweise, dass der Anstieg der totalen Volatilität in den 1960er Jahren nicht oder kaum mit einer Zunahme der Blockvolatilität einherging. Dies bedeutet, dass die zunehmenden Wählerstimmenverschiebungen in den Kantonen nicht zwischen den linken und den rechten Parteien, sondern innerhalb der einzelnen Lager stattfanden.

Abbildung 4.10: Durchschnittliche Blockvolatilität und durchschnittliche totale Volatilität, 1900 und 2003



Weiter zeigt sich, dass die Blockvolatilität im engeren (BV1) und die Blockvolatilität im weiteren (BV2) Sinne sehr nahe beisammen liegen (pearson corr: 0.973, sig. 0.000), was sich durch die Dominanz der SPS im linken Lager erklären lässt. Spannend sind die 1980er und 1990er Jahre. In der Wahlperiode 1984 bis 1987 hebt sich die Blockvolatilität im engeren Sinne deutlicher von der Blockvolatilität im weiteren Sinne ab, was auf grössere Veränderungen bei der SP schliessen lässt. In der Wahlperiode 1988 bis 1991 liegt demgegenüber die Blockvolatilität im weiteren Sinne über derjenigen im engeren Sinne, was darauf hindeutet, dass nicht die SP, sondern das links-grüne Lager Veränderungen der Wählerstimmenanteile erfahren hat. Es wird im nächsten Kapitel zu zeigen sein, ob es zu Wählerstimmengewinnen oder -verlusten gekommen ist. In jüngster Zeit schliesslich entwickeln sich die beiden Blockvolatilitäten in unterschiedliche Richtungen. Wählerstimmenverschiebungen zwischen dem linken Block im engeren Sinne (SPS/PdA) und den bürgerlichen Parteien gehen zurück, während die Wählerstimmenverschiebungen zwischen dem bürgerlichen Lager und der erweiterten Linken zunehmen.

Betrachtet man die *durchschnittlichen Blockvolatilitäten* (im weiteren Sinne) *in den einzelnen Kantonen*, so liegen diese zwischen einem und rund vier Prozent (Abbildung 4.11). Einzig der Kanton Genf weist eine deutlich höhere Blockvolatilität auf. Dies ist auf den ersten Blick auch nicht weiter erstaunlich, da der Kanton Genf dafür bekannt ist, dass sein politisches System einem Konkurrenzsystem, bei dem die Mehrheiten zwischen den Linken und den Rechten wechseln, nahe kommt (vgl. Vatter 2002: 61). Weitere Kantone mit verhältnis-

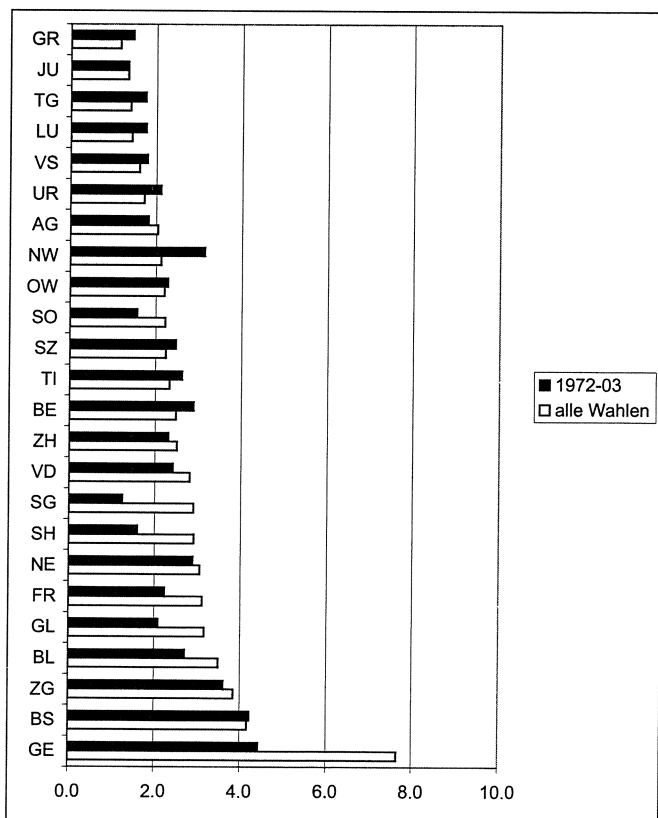
mässig hohen Blockvolatilitäten sind Zug und die beiden Basel. Für Zug erstaunt dies insofern, als dieser Kanton bei den totalen Volatilitäten nicht zu den Spitzenreitern gehört.

Berücksichtigt man die Mittelwerte für die Zeitperiode von 1972 bis 2003, für die praktisch für alle Kantone verlässliche Daten vorliegen, so ändert sich wenig am Gesamtbild. In einer grösseren Zahl an Kantonen mit einer tiefen durchschnittlichen Volatilität über die gesamte Untersuchungszeitdauer hinweg liegt die Blockvolatilität im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts eher etwas höher (z.B. in den Kantonen Graubünden, Luzern, Nidwalden und Thurgau), während sie in den Kantonen mit einer hohen Blockvolatilität insgesamt eher tiefer liegt (vgl. die Kantone Freiburg, Glarus, Graubünden, Schaffhausen und St. Gallen).

Wahlen mit einer ausgesprochen *hohen Blockvolatilität* sind in den Schweizer Kantonen selten. Wahlgänge mit Werten von über zehn Prozent finden sich beispielsweise in den Jahren 1958 und 1962 im Kanton Zug, wobei der Grund hierfür eine vereinigte Liste von FDP und CVP war, welche es nicht erlaubte, die Wählerstimmen den beiden Parteien zuzuordnen, so dass diese in die Kategorie „übrige Parteien“ fielen. Im Kanton Freiburg sorgte 1946 der Einzug der SP ins Parlament für eine Blockvolatilität von 16.4 Prozent. Im Kanton Schaffhausen waren 1948 Sitzverluste der SP zugunsten von Parteilosern, welche 1956 wieder an die SP zurückgingen, für die hohen Werte verantwortlich. Im Kanton St. Gallen sorgten 1945 Stimmengewinne der SP und der PdA respektive Verluste des LdUs für eine hohe Blockvolatilität. Im Kanton Genf schliesslich fällt auf, dass 1942 als die Kommunistische Partei verboten wurde, die Sitze nicht der SP, sondern dem LdU zufielen und dann 1945 wieder an die PdA zurückgingen. Bei diesen beiden Wahlgängen lag die Blockvolatilität bei Rekordwerten von 28.5 bzw. 36.0 Prozent. Diese beiden Wahlgänge sind auch für die hohen Durchschnittswerte des Kantons Genf verantwortlich. Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts kennt der Kanton Genf hingegen trotz wechselnder Mehrheiten keine überdurchschnittlich hohe Blockvolatilität, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die wechselnden Mehrheitsverhältnisse auf eine ausgeglichene Kräftekonstellation und weniger auf ausgesprochen volatile Wähler zurückzuführen sind. Verluste der Grünen und Grün-Alternativen und Gewinne der SVP sorgten schliesslich in jüngster Zeit bei den Wahlen im Kanton Basel-Stadt im Jahr 2000 für eine Blockvolatilität von über zehn Prozent.

Insgesamt bestätigen die tiefen Werte der Blockvolatilitäten zumindest auf den ersten Blick die Stabilitätsthese. Allerdings ist bei dieser Schlussfolgerung Vorsicht geboten. Von Stabilität kann nur dann gesprochen werden, wenn sich Gewinne und Verluste der einzelnen Lager über die Zeit hinweg ausgleichen. Dies kann auch mit der Analyse der Blockvolatilität nicht erfasst werden. Auf diese Frage wird erst die Analyse der Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien im folgenden Kapitel Auskunft geben.

Abbildung 4.11: Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne in den Kantonen anhand aller verfügbaren Wahldaten



### 4.3 Determinanten einer hohen Volatilität

Welche Faktoren sind dafür verantwortlich, dass es in gewissen Kantonen zu grösseren Wählerverschiebungen kommt und in anderen nicht? Oder mit anderen Worten: Welches sind die *Determinanten elektoraler Instabilität*? Daran schliess die klassische Frage, ob Zweiparteiensysteme stabiler sind als stark fragmentierte Systeme. Bartolini/Mair (1990) diskutieren im dritten Teil ihres viel beachteten Werkes in diesem Zusammenhang neben der Anzahl der Parteien eine ganze Reihe weiterer Variablen. Insbesondere sind dies:

- *Institutionelle Variablen*, welche die Opportunitätsstruktur des Parteienwettbewerbs verändern, wie die Ausweitung des Wahlrechts, Veränderungen des Wahlsystems (insbesondere die Art und Weise, wie Wählerstimmen in Sitze übertragen werden) sowie das Wahlverfahren (z.B. Proporz oder Majorz). Auch die Grösse der Wahlkreise wäre zu diesen Variablen zu zählen.
- Veränderungen im *Ausmass der Wahlbeteiligung* (Zu- oder Abnahme der Wahlbeteiligung), welche, wenn sie nicht durch institutionelle Veränderungen ausgelöst werden, als akteurorientierte Ansätze aufgefasst werden können.
- Der *politische Raum*, in dem sich der Parteienwettkampf abspielt, gemessen an der ideologischen Distanz zwischen den verschiedenen Parteien. Dieses Erklärungsmodell basiert auf den Annahmen des „rational choice“-Ansatzes und geht von einer vollständig informierten Wählerschaft aus, die auf der Basis von Kosten-Nutzen-Überlegungen ihre Entscheidungen fällt.
- Die Struktur und die Stärke des dem Parteiensystem zugrunde liegenden *Cleavage-Systems*, welches die Wählenden an die Parteien bindet und als sozial-psychologisches Erklärungsmuster aufgefasst werden kann.

Die hier vorliegende Studie hat primär zum Ziel, den Wandel der Parteiensysteme zu diskutieren und nicht die Analysen von Bartolini/Mair (1990) am Beispiel der kantonalen Parteiensysteme zu replizieren. Dennoch scheint es sinnvoll einzelne Schritte ihrer Untersuchung zu wiederholen. Allerdings sind noch nicht alle Variablen ihre Modells<sup>7</sup> eingeführt und andere können nicht gebührend berücksichtigt werden, da beispielsweise für die Zeit, in denen es in den Schweizer Kantonen zu wichtigen institutionellen Veränderungen gekommen ist (z.B. die Einführung der Proporzwahlen zu Beginn des 20. Jahrhunderts), keine vollständigen Datenreihen vorliegen. Bereits an dieser Stelle können die Zusammenhänge zwischen strukturellen Merkmalen der Kantone, Elemente ihrer politischen Systeme sowie der Zahl der Parteien und der elektoralen Stabilität überprüft werden. Die Zusammensetzung des Parteiensystems fliesst am Ende dieses Teils, die Bedeutung der Cleavage-Struktur erst am Schluss der gesamten Arbeit in die Analyse ein.

Tabelle 4.4 führt die *bivariaten Zusammenhänge* zwischen einer Reihe von *Kantonsmerkmalen* und der *aggregierten totalen Volatilität* sowie der *Blockvolatilität im engeren und weiteren Sinne* auf. Dabei zeigt sich, dass die Einwohnerzahl eines Kantons keinen Einfluss auf die elektorale Stabilität, sowohl insgesamt, wie auch zwischen den Blöcken hat. Dasselbe gilt auch für die Zahl der Gemeinden in einem Kanton, während sich bei der durchschnittlichen Gemein-

<sup>7</sup> Das vollständige Modell von Bartolini/Mair (1990) findet sich in ihrer Einleitung auf S. 40. Eine umfassendere Überprüfung ihres Modells am Beispiel der kantonalen Parteiensysteme erfolgt im letzten Kapitel dieser Arbeit.

degrösse mit der totalen Volatilität und der Blockvolatilität im weiteren Sinne eine Beziehung finden lässt. Die Interpretation dieser Ergebnisse ist nicht ganz einfach. Die durchschnittliche Gemeindegrösse hat einen Einfluss auf die parteipolitische Politisierung eines Kantons, da mit zunehmender Grösse auch die Zahl der Lokalparteien steigt (vgl. Ladner 1991: 155f.). Damit wird der politische Wettbewerb intensiver und es treten vor allem Gruppierungen der erweiterten Linken in Erscheinung. Die durchschnittliche Gemeindegrösse selbst steht jedoch in keiner Beziehung zur Grösse des Kantons und zur Anzahl der Gemeinden, welche ihrerseits positiv miteinander korrelieren (pearson corr. 0.665). Interessant ist sicher, dass sich die generelle Annahme, je grösser ein politisches System, desto instabiler die politischen Verhältnisse, nicht bestätigen lässt. Die Volatilität ist nicht von der Grösse allein, sondern von Variablen, die mit der Grösse einhergehen (z.B. Urbanität) abhängig. In urbaneren Kantonen sind sowohl die totale wie auch die beiden Blockvolatilitäten signifikant höher.

Dazu passen auch die Ergebnisse bezüglich der *Beschäftigungsstruktur*. Grössere Anteile an Beschäftigten im Primär- und Sekundärsektor gehen einher mit einer tiefen Volatilität, grössere Anteil an Beschäftigten im Tertiärsektor mit einer höheren. Die gleichen signifikanten Korrelationen finden sich bei der Blockvolatilität im weiteren Sinne, nicht aber bei der Blockvolatilität im engeren Sinne. Dies bestätigt, dass der aggregierte Stimmentausch in den grösseren und urbaneren Kantonen weniger zwischen der SP und den bürgerlichen Parteien, sondern zwischen dem erweiterten linken Lager und den bürgerlichen Parteien stattfindet.

Tabelle 4.4: Kantonsmerkmale und Volatilität, 1972 bis 2003

	Durchschnittliche totale aggregierte Volatilität	Durchschnittliche Blockvolatilität im engeren Sinne	Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne
<b>Kantonsmerkmale</b>			
Anzahl Gemeinden im Kanton	-0.223	-0.055	-0.224
Durchschnittliche Gemeindegrösse im Kanton	0.530**	0.177	0.570**
Grösse des Kantons (log.)	0.312	0.299	0.036
Urbanität des Kan- tons	0.539**	0.444*	0.464*
Anteil Katholiken 1990	-0.409*	-0.009	-0.084
Sprache	0.029	-0.345	-0.150
<b>Beschäftigungsstruktur</b>			
Beschäftigte im Pri- märsektor 1990	-0.554**	-0.071	-0.467**
Beschäftigte im Se- kundärsektor 1990	-0.477*	-0.392	-0.585**
Beschäftigte im Ter- tiärsektor 1990	0.453*	0.321	0.562**
<b>Politisches System</b>			
Grösse des kantona- len Parlaments	0.147	0.237	-0.167
Parlamentssitz pro Einwohner	0.360	0.239	0.168
Einführungsjahr Pro- porzwahlen	-0.323	-0.313	-0.285
Proporzahlen	-0.034	-0.171	0.051
Möglichkeit Listen- verbindungen einzu- gehen	0.135	0.156	-0.073
Anzahl Wahlkreise	-0.259	-0.306	-0.223
Durchschnittliche Wahlkreisgrösse	0.430*	0.411*	0.416*
<b>Parteiensystem</b>			
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien	0.671**	0.219	0.335

Anmerkung: Pearson Korrelationskoeffizienten (\* sig. = 0.01, \*\* sig. = 0.05).



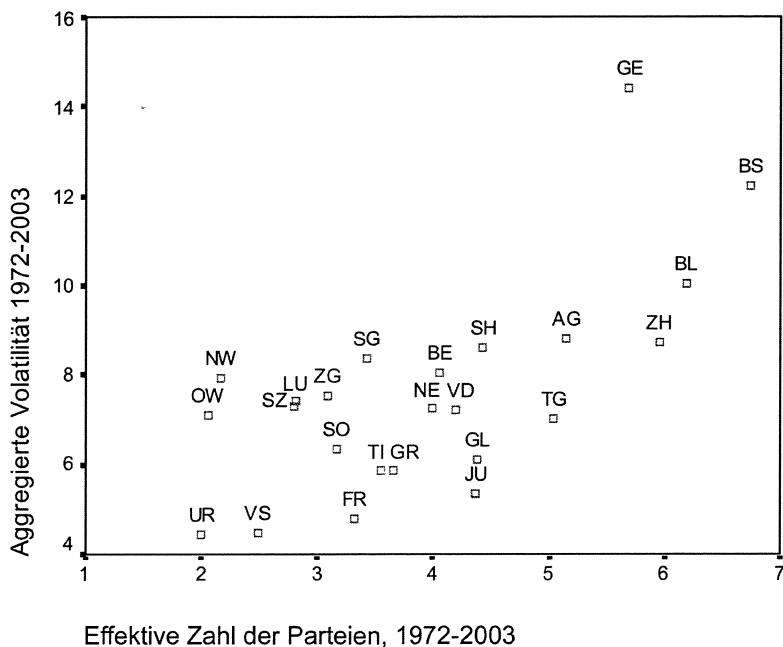
Keinen Einfluss auf die Volatilitäten hat die Zugehörigkeit zu einer Sprachregion, wohl aber die Religionszugehörigkeit. In den katholischen Kantonen ist die totale Volatilität signifikant tiefer, die Blockvolatilitäten stehen dagegen in keinem Zusammenhang mit dem Anteil der Katholiken. In gewissen katholischen Kantonen kommt es also zu Verschiebungen zwischen links und rechts, in anderen nicht, während in den protestantischen Kantonen die elektorale Instabilität insgesamt doch eher grösser ist.

Was die *Variablen des politischen Systems* betrifft, so finden sich weniger signifikante Zusammenhänge. Zumindest im Falle der Blockvolatilitäten erstaunt dies kaum, da nicht unbedingt erwartet werden kann, dass das politische System die Präferenzen für linke oder rechte Parteien beeinflusst. Einzig bei der durchschnittlichen Wahlkreisgrösse finden sich leicht positive Beziehungen mit allen drei Volatilitäten, was darauf schliessen lässt, dass die strukturellen Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs, z.B. in Form von Mindestanforderungen an Wählerstimmenanteilen, einen Einfluss auf die Wählerstimmenverschiebungen haben. Knapp nicht signifikant ist das Einführungsjahr des Proporzwahlverfahrens. Bei dieser Variablen stellt sich allerdings sogleich die Frage an, wie weit die Elemente des politischen Systems Ursache oder Folge der politischen Verhältnisse sind. Wenngleich diese Frage schwierig zu beantworten ist, ist auch bei den übrigen gefundenen Beziehungen eine gewisse Vorsicht angebracht. Eine umfassendere Überprüfung mit Hilfe von multiplen Regressionen wird zeigen, welches die wichtigeren, unabhängigen Variablen zur Erklärung der elektoralen Instabilität sind und wie weit dafür eher Variablen des politischen Systems oder eher sozio-strukturelle Variablen verantwortlich sind.

Bis anhin unerwähnt geblieben ist die stärkste Beziehung in Tabelle 4.4, nämlich diejenige zwischen der Parteiensystem-Variablen „effektive Zahl der Parteien“ und der Volatilität. Je grösser die durchschnittliche Zahl der Parteien, berechnet für die Wahlperioden 1972 bis 2003, desto grösser die durchschnittliche totale Volatilität für denselben Zeitraum. Dieses Ergebnis ist eigentlich nicht erstaunlich und deckt sich mit den Erkenntnissen von Bartolini/Mair (1990: 143). Bemerkenswert ist aber, dass die Zahl der Parteien wohl zu mehr elektoraler Instabilität, nicht aber zu einem grösseren Austausch zwischen den politischen Blöcken führt.

Abbildung 4.12 stellt den Zusammenhang zwischen der effektiven Zahl der Parteien und der Volatilität graphisch dar und zeigt die Werte für die einzelnen kantonalen Parteiensysteme. Rechts oben finden sich die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Genf und Zürich mit einer grösseren Zahl an Parteien und einer grossen Volatilität, links unten die Kantone Nidwalden, Obwalden, Uri und Wallis mit wenig politischen Parteien und grosser Stabilität. Die anderen Kantone liegen zwischen diesen beiden Clustern.

Abbildung 4.12: Effektive Zahl der Parteien und Volatilität bei kantonalen Wahlen, 1972 bis 2003



#### 4.4 Zusammenfassung und Würdigung des Konzepts

Die Volatilität eines Parteiensystems in ihren verschiedenen Varianten und über die Zeit hinweg betrachtet ist mit Sicherheit ein *hilfreiches Konzept zur Analyse des Wandels von Parteien und Parteiensystemen*, wobei es nicht ganz bedeutungslos ist, wie und auf welcher Basis die Volatilität eines Parteiensystems bestimmt wird. Die Volatilität ist sowohl als erklärende wie auch als zu erklärende Grösse von Interesse.

Im internationalen Vergleich ist das *Schweizer Parteiensystem verhältnismässig stabil* und weist trotz seiner grossen Zahl an Parteien eine tiefe Volatilität auf. *In jüngster Zeit hat die Volatilität allerdings zugenommen*, ohne jedoch das internationale Durchschnittsniveau zu erreichen. Auch für die Schweiz gilt, dass im Zeitraum des Zweiten Weltkriegs die Volatilität bereits einmal ein höheres Niveau erreicht hatte.

*Zwischen den Kantonen bestehen beträchtliche Unterschiede* was die Stabilität ihrer Parteiensysteme anbelangt. Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ge-

hören Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Genf und in etwas geringerem Masse Aargau, Bern, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich zu den Kantonen mit den grössten Wählerstimmenverschiebungen. Ausgesprochen stabil sind nach wie vor die Parteiensysteme in den Kantonen Uri und Wallis. *Nicht in allen Kantonen läuft die Entwicklung der Volatilität in die gleiche Richtung.* Es gibt Kantone in denen die Volatilität in den 1990er Jahren deutlich höher und andere in denen sie im Vergleich zu früheren Jahrzehnten deutlich tiefer liegt.

Eine höhere Volatilität heisst allerdings nicht zwangsläufig, dass sich die politischen Kräfteverhältnisse stark verändern. Unterscheidet man zwischen einem linken und einem rechten Lager, so wird deutlich, dass die *Wählerstimmenverschiebungen eher innerhalb als zwischen den einzelnen Lagern stattfinden.* Mit anderen Worten: Die Blockvolatilität ist deutlich tiefer als die totale Volatilität.

Das Konzept der Volatilität ist allerdings *wenig geeignet zur Klärung der Frage, ob der Wandel oder die Stabilität die Parteiensysteme prägen.* Obschon in der einschlägigen Literatur immer wieder mit der Volatilität der Parteiensysteme argumentiert wird, um die „frozen party systems“-These von Lipset/Rokkan (1967) zu stützen respektive zu widerlegen, eignet sich das Konzept zu diesem Zweck denkbar schlecht. Volatilitätswerte sagen nichts darüber aus, ob sich die Wählerstimmenanteile um ein bestimmtes Kräfteverhältnis hin und her bewegen oder ob tatsächlich eine Entwicklung in eine bestimmte Richtung stattfindet. Das Problem liegt nicht nur daran, dass Herkunft und Adressat der Stimmen nicht erfasst werden (hier könnte die Blockvolatilität Abhilfe schaffen), sondern dass die Veränderungen über die Zeit hinweg nicht aufsummiert werden.

Die Analyse der Entwicklung der *Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien* über die Zeit hinweg – der wir uns im Kapitel 6 zuwenden werden – *verspricht hier mehr Klarheit.* Allerdings werden wir auch beim Blick auf die einzelnen Parteien und die Berücksichtigung der Vorzeichen der Veränderungen davon ausgehen müssen, dass die Parteien sich selbst treu bleiben und sich über die Zeit hinweg kaum wandeln. Wenn sich die Inhalte der Parteien fundamental ändern, wird auch die Analyse ihrer Wählerstimmenanteile über die Zeit hinweg inhaltslos.

## 5 Die Verortung der Parteien im ideologischen Raum

Bei den bis anhin diskutierten Indikatoren zur Beschreibung und Analyse von Parteiensystemen spielte die politische Orientierung der Parteien keine Rolle. Fragmentierung und Volatilität lassen sich allein aufgrund der Wählerstimmenteile berechnen, ohne dass man etwas über die politischen Inhalte, die von den Parteien vertreten werden, wissen muss. Ob sich nun aber in einem Zweiparteiensystem FDP und CVP oder FDP und SPS gegenüberstehen, wie dies beispielsweise in den Schweizer Gemeinden nicht selten vorkommt (vgl. Ladner 1991), ist für den Parteienwettbewerb und damit auch für das Parteiensystem durchaus von Bedeutung. Zudem kann angenommen werden, dass sich auch die Parteiorganisationen je nach Parteiensystem, in das die einzelnen Parteien eingebunden sind, voneinander unterscheiden. Nach einigen kurzen, einleitenden Bemerkungen zum politischen Raum und zum Messen der inhaltlichen Unterschiede zwischen den Parteien werden in diesem Kapitel die Positionierung und die Polarisierung der verschiedenen kantonalen Parteiensysteme untersucht. Die Ausführungen beschränken sich dabei auf die Links-rechts-Dimension.

### 5.1 Einleitende Bemerkungen – theoretische Grundlagen

Die Vorstellung, dass politische Auseinandersetzungen in einem *politischen Raum* stattfinden, ist weit verbreitet und wenig umstritten (vgl. Downs 1957, Sartori 1976: 324ff., Flanigal/Zingale 1982, Hinich/Munger 1992). Kontroverser diskutiert wird demgegenüber, wie dieser politische Raum aussieht, durch welche Dimensionen er aufgespannt wird und in welche Richtung der politische Wettbewerb die Parteien treibt.

Die Links-rechts-Dimension ist nur eine von mehreren *Politikdimensionen*. Weitere mögliche Dimensionen sind z.B. die Ökologie, die Fortschrittlichkeit, die politische Öffnung gegenüber dem Ausland oder die Einstellung zur Kirche. Je mehr Dimensionen einem politischen System zugrunde liegen, umso komplizierter wird die Verortung der politischen Parteien in dem durch die verschiedenen Dimensionen aufgespannten politischen Raum. Gerade für vergleichende Untersuchungen stösst man dabei schnell einmal an Grenzen. Für einfachere Analysen wird deshalb häufig auf die Links-rechts-Dimension als die zentrale Politikdimension zurückgegriffen.

Was die *Richtung des Parteienwettbewerbs* anbelangt, so legt die ökonomische Theorie der Demokratie, wie sie von Downs (1957) angeregt worden ist, die Vorstellung nahe, dass sich der Wettbewerb darauf fokussiert, ohne eigene Wählerinnen und Wähler zu verprellen, möglichst viele Stimmen von den anderen Parteien zu gewinnen. In einem Zweiparteiensystem, welches auf einer politischen Dimension angesiedelt werden kann, konzentriert sich der Wettbewerb im Idealfall auf den *Medianwähler*, also auf denjenigen Wähler, der genau zwi-

schen den beiden Parteien steht, und den es braucht, um die Mehrheit der Stimmen zu erreichen. In einem mehrpoligen politischen Raum, d.h. in einem politischen System, in dem einzelne Parteien nicht die Mehrheit der Stimmen anstreben wollen oder müssen, muss jedoch der Parteienwettbewerb *nicht zwangsläufig auf ein einziges Zentrum ausgerichtet* sein.

Grundsätzlich kann also zwischen dem Zentrum des politischen Raums und dem Abstand der Parteien von diesem Zentrum unterschieden werden. Im ersten Fall spricht man von der *Positionierung*, im zweiten Fall von der *Polarisierung* eines Parteiensystems. Das einfachste Modell sieht dabei einen politischen Raum vor, der lediglich durch die Links-rechts-Achse abgebildet wird. Sind in einem imaginären Beispiel zwei gleichstarke Parteien auf der Links-rechts-Achse auf den Positionen vier und sechs angesiedelt, so liegt das Zentrum dieses Parteiensystems bei der Position fünf. Zum gleichen Wert würde man allerdings auch kommen, wenn diese beiden Parteien die extremeren Positionen zwei und acht einnehmen würden. Im zweiten Beispiel wäre das Parteiensystem jedoch deutlich stärker polarisiert.

Die theoretischen und praktischen Implikationen der Positionierung und Polarisierung von Parteiensystemen sind komplex und können hier nicht umfassend diskutiert werden. So stellt sich beispielsweise die Frage, wie weit der politische Raum durch die politischen Parteien bestimmt wird und wie weit gesellschaftlich Unterschiede dafür verantwortlich sind. Haben die Wählerinnen und Wähler feste politische Präferenzen, denen sich die Parteien anpassen (vgl. Flanagan/Zingale 1982: 482) oder versuchen die Parteien die Wählenden von ihrem „Angebot“ zu überzeugen? In einer historischen Perspektive kann beispielsweise die Verschiebung eines Parteiensystems nach links oder rechts als Veränderung der dominierenden Werteordnung interpretiert werden, während man bei einem Verschwinden der ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien (Abnahme der Polarisierung) eher geneigt wäre, vom Ende der Ideologien zu sprechen (vgl. Kirchheimer 1965 und Sigelman/Yough 1978: 357).

### 5.1.1 Die Positionierung der Parteiensysteme auf der Links-rechts-Dimension

Der politische Raum, der durch ein Parteiensystem abgedeckt wird, wird durch die Parteien, die das Parteiensystem bilden, bestimmt. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich beispielsweise ein Parteiensystem, welches durch die CVP und die FDP gebildet wird, von einem Parteiensystem bestehend aus SVP und SPS deutlich unterscheidet.<sup>1</sup> Nicht nur ist die Distanz zwischen den jeweiligen Parteien grösser, sondern im Falle eines FDP-CVP-Parteiensystems ist primär die rechte Seite des politischen Spektrums stärker vertreten, während bei

<sup>1</sup> Entsprechende Zweiparteiensysteme lassen sich beispielsweise in verschiedenen Schweizer Gemeinden finden (vgl. Ladner 1991: 144).

einem SVP-SPS-Parteiensystem sowohl das linke wie das rechte Spektrum vertreten sind. Es lassen sich also Parteiensysteme unterscheiden, die eher rechts, eher zum Zentrum oder eher links orientiert sind. Nicht ganz unbedeutend ist allerdings die Stärke der Parteien. Es ist ein grosser Unterschied, ob die linke Partei etwa gleich stark wie die rechten Parteien ist oder sich in einer klaren Minderheitsposition befindet.

Die *Links-rechts-Positionierung eines Parteiensystems* bzw. in den Worten von Gross/Sigelman (1984) das „ideological centre of gravity“ lässt sich unter Berücksichtigung der politischen Positionierung und der Stärke der Parteien wie folgt berechnen:

$$\text{ICG} = \sum_{i=1}^n T_i C_i$$

Wobei  $T_i$  der Sitzanteil der Partei  $i$  dividiert durch 100 und  $C_i$  die ideologische Position der Partei  $i$  darstellen.

Die Links-rechts-Dimension ist die am häufigsten verwendete Dimension zur Positionierung von Parteien und Parteiensystemen. Grundsätzlich lassen sich aber für alle politischen Dimensionen solche Mittelwerte berechnen, um die herum sich die Parteien positionieren. Es wäre auch denkbar, mehrere Dimensionen gleichzeitig zu berücksichtigen. Voraussetzung für die Positionierung eines Parteiensystems ist jedoch immer, dass die *Positionen der Parteien* auf der Links-rechts-Achse bekannt sind.

Schliesslich ist anzunehmen, dass die politische Verortung eines Parteiensystems Auswirkungen auf andere Merkmale des Parteiensystems wie die Fragmentierung oder die Stabilität hat. Weiter stellt sich die Frage, wie polarisiert die Parteiensysteme sind. Damit kommen wir zu einem weiteren charakteristischen Merkmal von Parteiensystemen. Wie lässt sich die Polarisierung der Parteiensysteme bestimmen?

### 5.1.2 Das Konzept der Polarisierung

Die *Polarisierung eines Parteiensystems* bezeichnet die ideologische Distanz zwischen den politischen Parteien und dem ideologischen Zentrum des Parteiensystems. Die gebräuchlichste Formel findet sich beschrieben bei Sigelman/Yough (1978: 357), die sich auf Taylor/Herman (1971: 32ff.) beziehen, und Lane/Ersson (1994: 178f.).<sup>2</sup> Sie lautet:

<sup>2</sup> Ein Nachteil dieser Formel ist allerdings, dass man eine quadrierte Skala benutzt. Besser geeignet wäre im Prinzip die Standardabweichung. Für weitere Masse wie z.B. „overlap“, „ordinal similarity“ und „distance“ (vgl. Sani/Sartori 1983: 321) oder „ordinal disagreement“ (vgl. Taylor/Herman 1971: 33).

$$p = \sum_{i=1}^n f_i (x_i - \bar{x})^2$$

Wobei  $n$  die Zahl der Parteien ist,  $f_i$  der Anteil der Wählerstimmen der entsprechenden Partei,  $x_i$  die Position dieser Partei auf der Links-rechts-Dimension und  $\bar{x}$  die Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse, welche sich folgendermassen bestimmen lässt:

$$\bar{x} = \frac{\sum_{i=1}^n f_i x_i}{100}$$

Die Formel für die Positionierung des Parteiensystems entspricht genau dem „ideological centre of gravity“ von Gross/Sigelman (1984), die wir im vorangehenden Abschnitt kennen gelernt haben

Der Polarisierungsindex misst also die absolute Distanz zwischen den Parteien von einem zuerst zu bestimmenden Mittelwert. Auch er berücksichtigt die Stärke der einzelnen Parteien. Ob sich das Parteiensystem dabei auf der linken oder rechten Seite des politischen Spektrums positioniert, ist demgegenüber bedeutungslos. Entsprechend messen Positionierung und Polarisierung zwei unterschiedliche Charakteristika von Parteiensystemen. In der Regel wird jedoch der Polarisierung die grössere Bedeutung beigemessen.

Mit der Positionierung und der Polarisierung von Parteiensystemen sind verschiedene theoretische Vorstellungen verbunden. So stellt sich etwa die Frage, ob es in einem Parteiensystem, in dem sich die Parteien sehr nahe stehen, eher zu Wählerstimmenverschiebungen kommt als in einem System, in dem die Parteien weit voneinander entfernt sind. Gross/Sigelman (1984: 475) wiederum kommen in ihrer Untersuchung im Hinblick auf die Fragmentierung der Parteiensysteme zum Schluss, dass Parteiensysteme mit einem linken Gravitationszentrum eher stärker fragmentiert sind und eine grössere ideologische Polarisierung aufweisen.

### 5.1.3 Die Bestimmung der Polarisierung des nationalen Parteiensystems

Der Versuch, die *Polarisierung des Schweizer Parteiensystems* mit Hilfe der im vorangegangenen Abschnitt vorgestellten Formel zu berechnen, sieht sich vor verschiedene Herausforderungen gestellt. Die erste Hürde, die es zu überwinden gilt, ist die Positionierung der politischen Parteien auf der Links-rechts-Achse. Je nachdem wie die Positionen der einzelnen Parteien erhoben werden und je nachdem zu welchem Zeitpunkt dies geschieht, kann dies zu unterschiedlichen Ergebnissen führen (vgl. Tabelle 5.1). Dazu kommt, dass oft die Angaben nicht vollständig sind. Es ist daher kein Zufall, dass die in der Literatur verwendeten Werte sich in der Regel nur auf die grossen Parteien beziehen.

Die Polarisierung des Schweizer Parteiensystems kann – zumindest in einem ersten Schritt und für vergleichende Zwecke – lediglich auf der *Basis der grossen Parteien* berechnet werden, was sich insofern rechtfertigen lässt, als diese Parteien die grosse Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinen. Da jedoch die Positionierung der Parteien bei verschiedenen Autoren (Inglehart/Sidjanski 1974, Sani/Sartori 1983 oder Huber/Inglehart 1995) ganz unterschiedlich ausfällt, sind auch unterschiedliche Polarisierungswerte zu erwarten.

Wie aus Abbildung 5.1 hervorgeht, ist dies allerdings nur beschränkt der Fall. Die Werte sind sich sehr ähnlich und die Entwicklung über die Zeit hinweg nahezu identisch. Die Gründe für diese geringen Differenzen sind in den vergleichbaren Wählerstimmenanteilen und dem Fehlen von extremen Positionen bei den vier Bundesratsparteien zu suchen. Wichtig ist an dieser Stelle die Erkenntnis, dass mit unterschiedlichen Verortungen der Parteien auf der Links-rechts-Achse ganz ähnliche Polarisierungswerte erreicht werden können. Dies gilt vor allem dann, wenn einzelne Parteien ihre ideologischen Positionen auf der Links-rechts-Achse tauschen.

Auffallend ist weiter, dass die auf der jüngsten Einschätzung der Parteien basierende Kurve die tiefsten Polarisierungswerte aufweist. Dies hängt damit zusammen, dass der SVP bei Huber/Inglehart (1995) eine verhältnismässig moderate Position zugewiesen wurde. Ende der 1990er Jahre hat sich jedoch die SVP deutlich nach rechts bewegt.

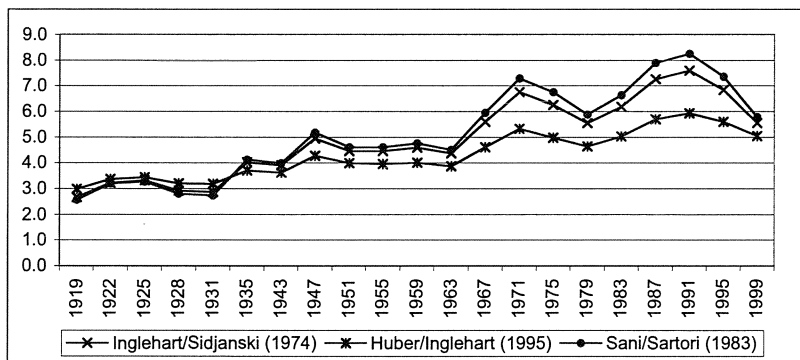
Damit wird ein weiteres Problem dieses Indexes offenbar. Gesteht man den Parteien die Möglichkeit zu, dass sich ihre Positionierung auf der Links-rechts-Achse *über die Zeit hinweg verändern kann*, so sind die in Abbildung 5.1 dargestellten Kurven wenig befriedigend, da sie auf Berechnungen von fixen Positionen der 1970er, 1980er und 1990er Jahren basieren. Verwendet man beispielsweise für die Jahre 1967 bis 1975 die Werte von Inglehart/Sidjanski, für die Jahre 1979 bis 1987 diejenigen von Sani/Sartori und für die Jahre von 1991 bis 1999 diejenigen von Huber/Inglehart, so verschwindet der Rückgang der Polarisierung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre (vgl. Abbildung 5.2). Der Anstieg zu Beginn der 1990er sowie der Rückgang Ende der 1990er bleiben jedoch erhalten. Aber auch damit sind noch nicht alle Probleme aus dem Weg geräumt. Möglich ist weiter, dass bei den unterschiedlichen Untersuchungen ganz unterschiedliche Kriterien für die Positionierung der Parteien angewandt wurden und wir wissen nicht, welche Auswirkungen die Vernachlässigung der anderen Parteien auf die Ergebnisse gehabt hat. Zumindest der zweite Vorbehalt kann mit weiteren Analysen auf seinen Gehalt überprüft werden.



Tabelle 5.1: Politische Verortung der Schweizer Parteien auf der Links-rechts-Achse

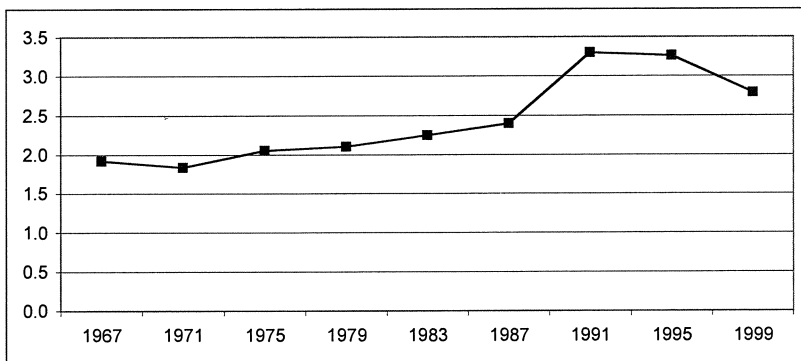
	Inglehart/Sidjanski (1974)	Sani/ Sartori (1983)	Huber/ Inglehart (1995)	Lokalparteien (1990)	Kantonalparteien (1998)
FDP	6.2	6.6	6.0	7.5	6.9
CVP	6.8	7.1	4.4	6.4	5.4
SPS	4.0	4.7	2.6	3.2	2.6
SVP	6.4	6.4	6.3	7.2	7.7
LPS				8.3	7.6
LdU				4.4	5.2
EVP				5.3	5.9
CSP				6.2	4.5
PdA				1.4	1.0
PSA				1.5	1.5
POCH				1.0	1.0
FGA				2.1	1.5
GPS				3.7	3.2
Rep.				8.5	8.5
SD				8.5	7.6
EDU				7.6	7.6
FPS				8.2	8.2
Lega				8.5	8.5

Abbildung 5.1: Polarisierung des nationalen Parteiensystems gemäss den Einschätzungen der politischen Positionen durch verschiedene Autoren, 1919 bis 1999



Anmerkungen: Berücksichtigt wurden nur die Bundesratsparteien.

Abbildung 5.2: Polarisierung des nationalen Parteiensystems auf der Basis unterschiedlicher Positionierungen der Parteien, 1967 bis 1999



Anmerkungen: Quellen für die Positionierung der Parteien: 1967 bis 1975: Inglehart/Sidjanski (1974), 1979 bis 1987: Sani/Sartori (1983) und 1991 bis 1999: Huber/Inglehart (1995).

In der Lokalparteienuntersuchung von 1990 (vgl. Geser et al. 1994) und in der Kantonalparteienuntersuchung von 1998 (Ladner/Brändle 2001) wurden die jeweiligen Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten gebeten, ihre nationale Parteiorganisation auf der Links-rechts-Achse zu verorten. Die aus ihren Angaben berechneten Durchschnittswerte *für alle Parteien*, welche ebenfalls in der Tabelle 5.1 aufgeführt sind, können als einigermaßen verlässliche Basis für die Berechnung der Polarisierung betrachtet werden.

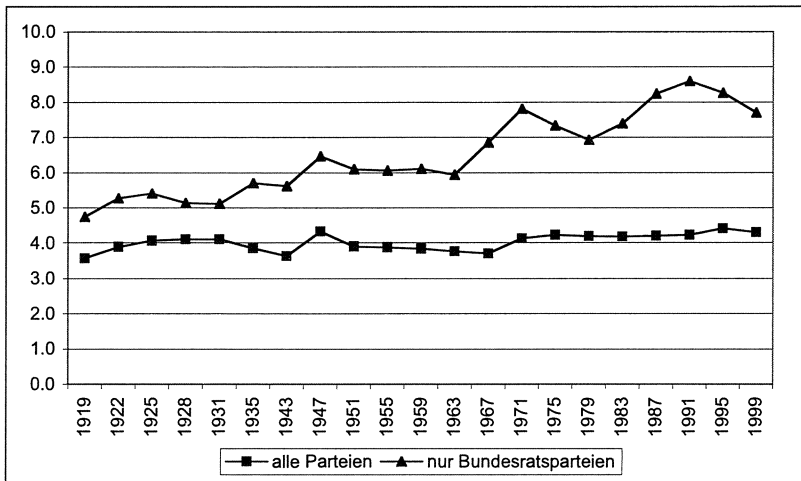
Aus der Abbildung 5.3 geht zuerst hervor, dass, wenn nur die vier Bundesratsparteien in die Berechnungen einbezogen werden, die Polarisierungswerte höher liegen und einen spektakuläreren Verlauf nehmen. Die Begründung dafür ist allerdings nicht in der ausgleichenden Wirkung einer Vielzahl kleiner Parteien zu suchen, sondern es zeigt sich, dass, wenn sämtliche Parteien berücksichtigt werden, das schweizerische Parteiensystem etwas nach rechts rutscht. Dadurch wird die Distanz der drei grossen, die Mehrheit der Stimmen vereinenden, bürgerlichen Parteien zum Zentrum geringer.

Die Abbildung 5.4 bildet die Polarisierungswerte basierend auf den *Einschätzungen der Lokal- und Kantonalparteipräsidenten* separat ab. Der Verlauf der beiden Kurven ist über lange Zeit praktisch identisch. In den 1990er Jahren werden die Unterschiede allerdings grösser, wenngleich es auch nicht zwingend zu einer unterschiedlichen Einschätzung der Trends kommen muss. Beide Kurven deuten auf einen Rückgang der Polarisierung in der letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts hin.

Ein Rückgang des Polarisierungsgrades bei den letzten Wahlen des 20. Jahrhunderts, der auch in den anderen Kurven zum Ausdruck kommt, mag auf den

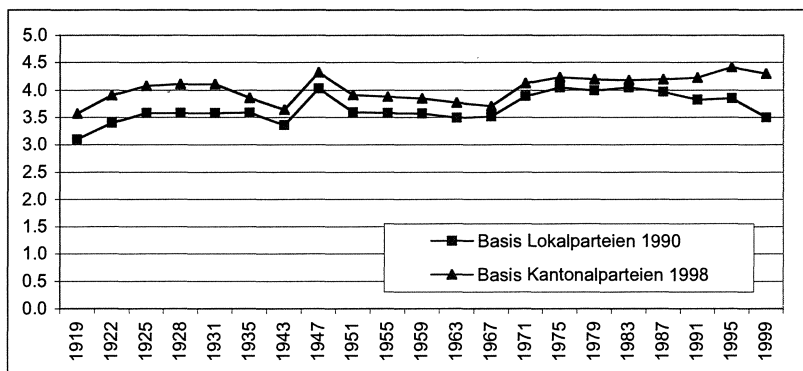
ersten Blick erstaunen, da aufgrund der Erfolge der SVP, die in den 1990er Jahren einen klaren Rechtskurs eingeschlagen hat, und der SPS, welche sich deutlich links positioniert hat, zahlreiche politische Beobachter von einer Zunahme der Polarisierung ausgegangen sind. Offensichtlich haben aber die Verluste der noch weiter rechts stehenden FPS und der grün-alternativen Parteien und Bewegungen auf der linken Seite trotz allem zumindest rechnerisch zu einer gewissen Entpolarisierung geführt.

Abbildung 5.3: Polarisierung des nationalen Parteiensystems auf der Basis der Einschätzungen der Kantonalparteien, 1919 bis 1999



Anmerkung: Als Datenbasis dient eine Befragung der Kantonalparteien aus dem Jahr 1998.

Abbildung 5.4: Polarisierung des nationalen Parteiensystems auf der Basis der Einschätzungen der Lokal- und Kantonalparteien, 1919 bis 1999



Anmerkung: Als Datenbasis dienen eine Befragung der Lokalparteien aus dem Jahr 1990 und eine Befragung der Kantonalparteien aus dem Jahr 1998.

#### 5.1.4 Positionierung und Polarisierung des Schweizer Parteiensystems im internationalen Vergleich

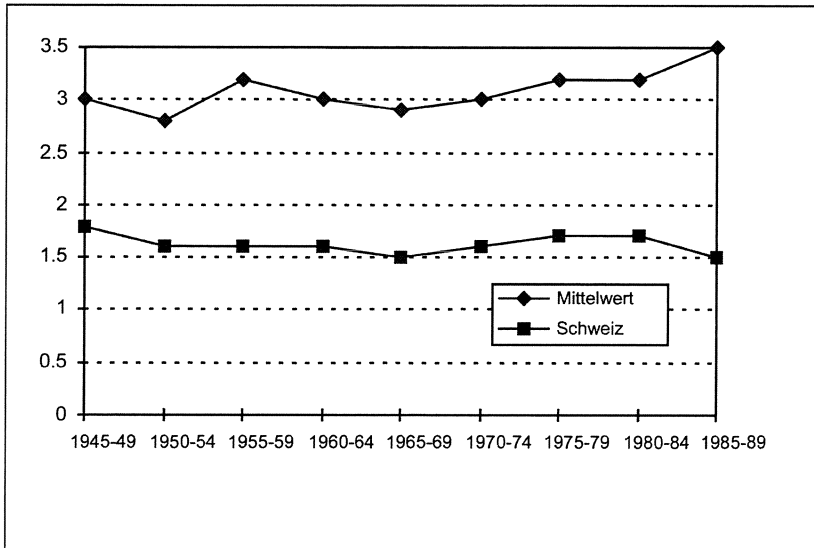
Gemäss den Analysen von Gross/Sigelman (1984: 473) gehört das Schweizer Parteiensystem im *internationalen Vergleich* zum Cluster der links-orientierten Parteiensysteme. Innerhalb dieses Clusters bildet es zusammen mit den Parteiensystemen der Niederlande, Belgiens, Israels, Luxemburgs, Portugals, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Islands und Frankreichs die Subgruppe der stark fragmentierten, aber nur mittelmässig polarisierten Parteiensysteme.<sup>3</sup>

Die verhältnismässig geringe Polarisierung wird auch durch die Untersuchung von Lane/Ersson (1994: 185) bestätigt. Der internationale Mittelwert berechnet mit den Daten von Lane/Ersson liegt praktisch doppelt so hoch wie der Wert für die Schweiz (vgl. Abbildung 5.5). Die geringe Polarisierung lässt sich mit dem Fehlen von starken, extrem linken oder extrem rechten Parteien erklären. Schwach polarisierte Parteiensysteme finden sich nach ihren Analysen auch in Irland, Dänemark, Österreich und Belgien, stark polarisierte in Frankreich, Portugal, Finnland und Italien. Bei solchen internationalen Vergleichen ist jedoch Vorsicht geboten. Je nachdem welche Parteien berücksichtigt und auf welcher Position der Link-rechts-Achse sie verortet werden, kann es zu anderen

<sup>3</sup> Im letzten Abschnitt dieses Kapitels wird noch einmal auf den Zusammenhang zwischen Polarisierung und Positionierung der Parteiensysteme zurückgekommen. Der Zusammenhang zwischen Polarisierung und Fragmentierung ist Gegenstand des Kapitels 7.

Aussagen kommen. Die vorangehend präsentierten Analysen haben gezeigt, dass die Werte für die Polarisierung des Schweizer Parteiensystems in Tat und Wahrheit eher etwas höher liegen, als dies in den Zahlen von Lane/Ersson zum Ausdruck kommt. So wird bei Lane/Ersson z.B. die SPS nahezu in der Mitte des politischen Spektrums positioniert (1994: 155).

Abbildung 5.5: Polarisierung des Schweizer Parteiensystems im internationalen Vergleich, 1945 bis 1989



Quelle: Lane/Ersson (1994: 185).

## 5.2 Die ideologische Positionierung der kantonalen Parteiensysteme

Der erste Schritt zur Berechnung der Polarisierung der Parteiensysteme besteht – wie vorangehend ausgeführt – darin, die Parteiensysteme im ideologischen Raum zu positionieren bzw. ihren ideologischen Mittelpunkt zu finden, um dann die Distanz der einzelnen Parteien zu diesem Mittelpunkt zu berechnen. Dieser Mittelpunkt bestimmt sich, wie wir ebenfalls gesehen haben, über die Positionierung der Parteien in den relevanten Dimensionen. Auch hierbei beschränken sich die Darstellungen, um die Verständlichkeit zu gewährleisten, auf die Links-rechts-Achse.

Erschwerend im Vergleich zur Bestimmung von Positionierung und Polarisierung des nationalen Parteiensystems wirkt sich nun allerdings aus, dass sich einzelne Kantonalparteien einer Partei unterschiedlich auf der Links-rechts-Skala positionieren können. Dies bedeutet, dass für mehr als 150 Kantonalparteien die Positionen auf der Links-rechts-Achse bestimmt werden müssen. Erleichtert wird dies durch eine Untersuchung der Kantonalparteien aus dem Jahr 1998, bei der die *Selbstverortung der kantonalen Parteipräsidenten auf der Links-rechts-Achse* erhoben wurde (vgl. Ladner/Brändle 2001). Die Tabelle 5.2 stellt die Werte der einzelnen Kantonalparteien dar. Konnten keine Angaben erhoben werden, wurde die Position geschätzt. Für die vier Bundesratsparteien, die bei der Bestimmung der Positionierung der Parteiensysteme aufgrund ihrer Wählerstimmenanteile ein deutlich grösseres Gewicht haben, liegen die entsprechenden Daten der Kantonalparteien fast vollständig vor.

Tabelle 5.2: Positionierung der Kantonalparteien gemäss Einschätzung der kantonalen Parteiprääsidenten auf der Links-rechts-Achse

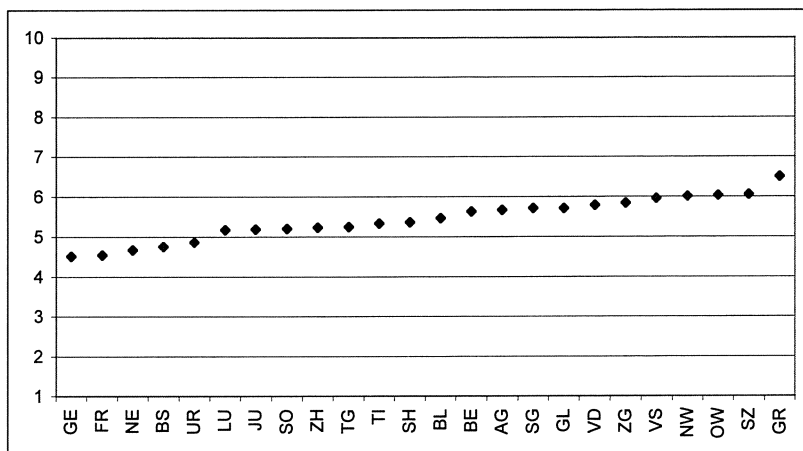
	FDP	Dem	KK/CVP	SP	BGB/SVP	LP	LdU	EVP	CSP	KP/PdA	PSA	POCH	FGA	GPS	NA/SD	REP	EDU	FPS	LSOZ/FW
ZH	7.0	6.0	6.0	1.5	8.0		5.5	4.0		1.0		1.0	1.0	2.0	9.0		8.0	8.0	5.0
BE	5.5		5.0	4.0	7.5		5.0	5.5	4.5	1.0		1.0	1.0	2.0	9.5		8.0	8.0	5.0
LU	8.0		4.0	2.0	8.0		4.8		4.5	1.0		1.0	1.0	2.5	9.0			9.0	
UR	6.0		5.0	1.0	8.0								1.0						
SZ	8.5		5.5	3.0	8.0								1.0	2.4				8.0	
OW	7.0		6.5	2.0	8.0														
NW	6.0		7.0	3.0	8.0								1.0						
GL	8.0	6.0	6.0	3.5	5.5									3.0					
ZG	7.0	6.0	6.5	3.5	9.0		4.8						1.0		9.0				
FR	6.0		5.0	2.5	5.0				4.5				1.0	2.4					5.0
SO	6.0		6.0	3.0	8.0		3.5			1.0		1.0	1.0	2.4	9.0			8.0	
BS	7.0		6.0	3.0	7.0	7.0	4.8	5.0		1.0		1.0	1.0	2.4	8.0		9.0	8.0	5.0
BL	7.0		6.0	3.0	8.0	7.0	4.8	6.0		1.0		1.0		2.0	9.0			8.0	
SH	8.0		5.0	3.0	7.5		4.8	3.0				1.0	1.0	2.4	9.0		8.0	8.0	5.0
SG	7.0	6.0	6.0	2.5	8.0		4.8	5.0		1.0			1.0	3.0	8.0	9.0		8.0	
GR	8.5	6.0	7.0	2.0	6.0		5.0		4.5										5.0
AG	8.0		6.0	2.5	7.0		4.8	4.5		1.0			1.0	1.0	9.0	9.0	6.0	8.0	
TG	7.5	6.0	6.0	3.0	5.5		4.8	5.0						3.0	9.0	9.0	7.0		5.0
TI	6.0	6.0	6.0	3.0	8.0					1.0	1.0		1.0	2.4	9.0			8.0	5.0
VD	6.0		3.0	6.0	6.0	8.0				1.0			1.0	2.4	9.0				
VS	6.5		7.0	2.5	8.0	6.0													
NE	6.0		5.5	3.0		7.0	4.8			1.0	1.0			2.0					
GE	5.5		6.0	2.0	5.0	7.0	4.8			1.0				3.0	9.0	9.0		8.0	
JU	6.5		6.5	3.0	8.0				4.5	1.0			1.0	2.4					
Drs.	6.9	6.0	5.8	2.8	7.3	7.0	4.8	4.8	4.5	1.0	1.0	1.0	1.0	2.4	8.9	9.0	7.7	8.8	5.0

Anmerkungen: Ein Wert von eins bedeutet ganz links. Ein Wert von zehn steht für ganz rechts. Geschätzte Werte: FDP (Jura), Demokraten (Glarus, Zug, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin), CVP (Glarus, Zug, Graubünden, Jura), SP (Obwalden, Neuenburg), SVP (Obwalden, Nidwalden, Uri, Wallis, Schaffhausen, Waadt), LPS (Basel-Landschaft, Neuenburg, Genf), LdU (Luzern, Zug, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Neuenburg, Genf), EVP (St. Gallen), CSP (Bern, Luzern, Freiburg, Graubünden, Jura); PdA (Luzern, Solothurn, Basel-Landschaft, St. Gallen, Aargau, Tessin, Jura), PSA (Tessin, Neuenburg), POCH (Bern, Luzern), FGA (alle ausser Zürich), GPS (Schwyz, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Schaffhausen, Tessin, Waadt, Genf), NA (Luzern, Zug, Solothurn, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Thurgau, Tessin, Waadt, Genf), REP (St. Gallen, Aargau, Thurgau, Genf), EDU (Bern, Schaffhausen), FPS (Bern, Schwyz, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Tessin, Genf), LSZO (Bern, Freiburg, Basel-Stadt, Schaffhausen, Graubünden, Thurgau, Tessin).

Werte für die Grütliauer (Luzern, Basel-Stadt, Graubünden) 4.0, die Jungbauern (Bern, St. Gallen, Aargau) 7.0 und die Frontisten (Bern, Aargau, Genf) 9.0.

Legt man der Berechnung der Positionierung der kantonalen Parteiensysteme die Selbsteinschätzung der Kantonalparteipräsidentinnen und -präsidenten zugrunde, so ergeben sich folgende *Unterschiede zwischen den Kantonen* (vgl. Abbildung 5.6): Tendenziell eher linke Parteiensysteme finden sich in den Westschweizer Kantonen Freiburg, Genf und Neuenburg sowie im Kanton Basel-Stadt und etwas unerwartet im Kanton Uri (verantwortlich dafür sind eine linke SPS, eine in der Mitte stehende CVP und eine nicht allzu stark rechts stehende FDP), eher rechts-orientiert sind die Parteiensysteme in den Kantonen Graubünden, Schwyz, Wallis, Obwalden und Nidwalden. Zur Bestimmung der Stärke der Parteien wurden die Durchschnittswerte des Zeitraums von 1972 bis 2003 verwendet.

Abbildung 5.6: Durchschnittliche Positionierung der kantonalen Parteiensysteme auf der Links-rechts-Achse, 1972 bis 2003



Anmerkungen: Ein Wert von eins bedeutet ganz links. Ein Wert von zehn steht für ganz rechts.

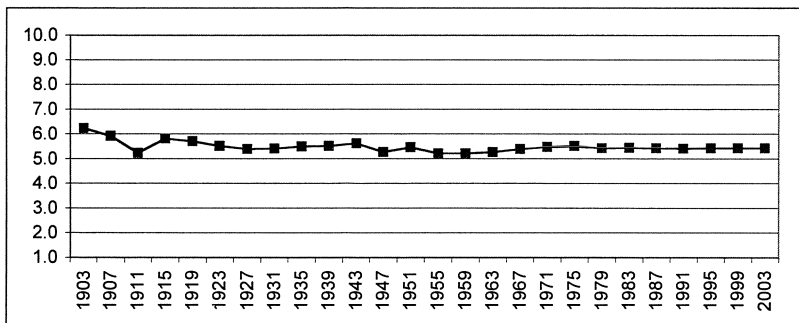
Über die letzten Jahrzehnte hinweg betrachtet hat sich die Positionierung der kantonalen Parteiensysteme im Durchschnitt *wenig verändert*. Wie aus der Abbildung 5.7 hervorgeht, liegt der Durchschnittswert im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zwischen 5.4 und 5.5. Grössere Schwankungen gab es in früheren Jahren, wobei diese kaum interpretiert werden können, da die Positionierung des Parteiensystems auf den Positionen der Parteien im Jahre 1998 beruht. Am Beispiel des nationalen Parteiensystems wurde ja bereits festgestellt, dass die Ein-



schätzung der Positionen der Parteien im Prinzip immer wieder neu vorgenommen werden müsste.

Kantone mit einer *grösseren Veränderung der Positionierung* ihres Parteiensystems im Zeitraum von 1972 bis 2003 sind gemäss diesen Berechnungen Nidwalden und Waadt, welche um einen halben und mehr Skalenpunkte nach links gerutscht sind. Die Kantone Schwyz, Basel-Landschaft und Aargau haben demgegenüber einen Rechtsrutsch in dieser Grössenordnung aufzuweisen. Ganz klare Trends lassen sich allerdings auch in den einzelnen Kantonen nicht herauslesen.

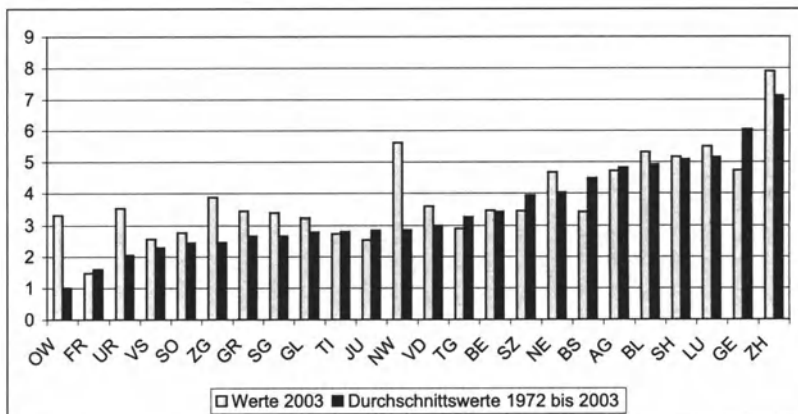
Abbildung 5.7: Positionierung der kantonalen Parteiensysteme, 1903 bis 2003



### 5.3 Die Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme

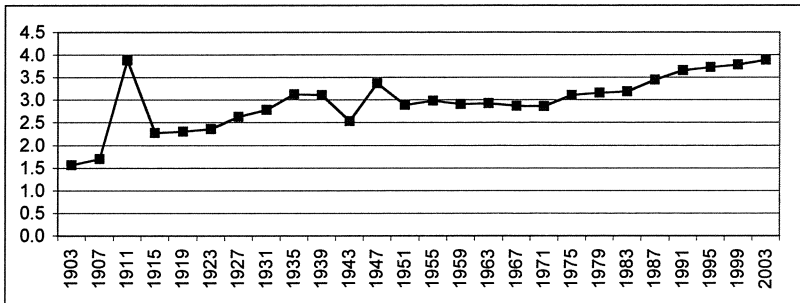
Ausgehend von der Positionierung kann nun die *Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme* berechnet werden. Besonders polarisiert sind die Parteiensysteme in den Kantonen Zürich und Genf, wenig polarisiert sind sie in den Kantonen Obwalden, Freiburg und Uri (vgl. Abbildung 5.8). In der Abbildung 5.8 ebenfalls dargestellt ist eine Berechnung der Polarisierung, bei der anstelle des Durchschnittswertes für die Wählerstimmenanteile im Zeitraum von 1972 bis 2003 der Wählerstimmenanteil der letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts verwendet wird. Ist dieser Wert grösser, so kann angenommen werden, dass die Polarisierung in jüngster Zeit eher zugenommen geworden hat. Klar stärker polarisierte Parteiensysteme finden sich in den Kantonen Obwalden, Nidwalden, Uri und Zug, eher weniger stark polarisierte in Basel-Stadt und Genf.

Abbildung 5.8: Durchschnittliche Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme, 1972 bis 2003



Betrachten wir die Entwicklung über die Zeit hinweg noch etwas genauer, so zeigt sich, dass im Durchschnitt aller kantonalen Parteiensysteme die Polarisierung Ende des 20. Jahrhunderts höher liegt als in den vorangegangenen Jahrzehnten (vgl. Abbildung 5.9). Besonders niedrig war die Polarisierung in den 1950er Jahren. In diesen Zeitraum fällt die Einführung der Zauberformel auf Bundesebene. Wiederum gilt es hier allerdings daran zu erinnern, dass die Berechnungen auf der Basis der Positionierung der Parteien im Jahre 1998 durchgeführt worden sind. Für die jüngere Zeit kann jedoch mit Gewissheit davon ausgegangen werden, dass die durchschnittliche Polarisierung in den kantonalen Parteiensystemen leicht angestiegen ist. Dieses Ergebnis kontrastiert mit der leicht rückläufigen Entwicklung im nationalen Parteiensystem.

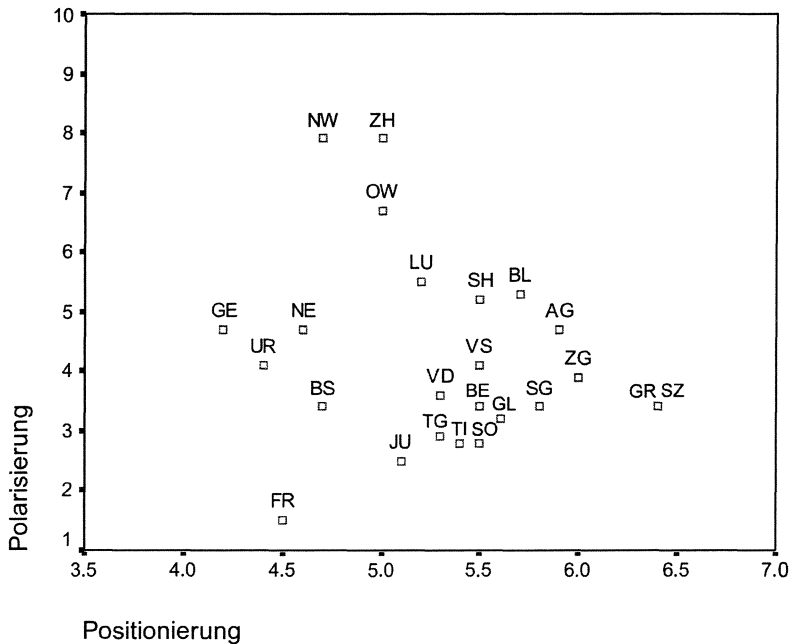
Abbildung 5.9: Wandel der durchschnittlichen Polarisierung kantonaler Parteiensysteme, 1903 bis 2003



## 5.4 Positionierung und Polarisierung

Mit den hier vorliegenden Daten zur Positionierung und Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme kann nun der Befund von Gross/Sigelman (1984), wonach linke Parteiensysteme polarisierter sein sollen, geprüft werden. Die Abbildung 5.10 lässt kein einheitliches Bild erkennen. Die eher linken Parteiensysteme der Kantone Freiburg, Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Uri und Nidwalden weisen keine deutlich höhere Polarisierung auf als die eher rechten Parteiensysteme in den Kantonen Schwyz, Graubünden, Aargau und Zug. Der Zusammenhang wird auch nicht statistisch signifikant, wenn anstelle der Wählerstimmentheile für die erste Wahlperiode des 21. Jahrhunderts die Durchschnittswerte für die Zeit von 1968 bis 2003 verwendet werden. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit den Erkenntnissen von Lane/Ersson (1994: 181), die in den von ihnen untersuchten Ländern zwischen Positionierung und Polarisierung der Parteiensysteme ebenfalls keinen Zusammenhang gefunden haben.

Abbildung 5.10: Positionierung und Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme, 2000 bis 2003



## 5.5 Zusammenfassende Bemerkungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mit der Positionierung und Polarisierung zwei weitere wichtige Eigenschaften der Parteiensysteme beschrieben werden konnten. Allerdings sind auch diese Konzepte mit einer gewissen Vorsicht anzuwenden. Die Hauptschwierigkeit beider Konzepte liegt bei der Positionierung der Parteien auf der Links-rechts-Achse. Für die Analyse des Wandels über einen längeren Zeitraum hinweg, müssten für jeden Messpunkt die Positionen der Parteien neu bestimmt werden. Hinzu kommt, dass es, je nachdem ob man sich bei der Positionierung auf Wähler, Parteiprogramme, Parteieliten oder Mitglieder als Datenbasis abstützt, zu ganz unterschiedlichen Werten kommen kann. Schliesslich ist natürlich die Reduktion der Politik auf einzige Dimension eine starke Vereinfachung und es wäre wünschenswert, Position und Polarisierung in einem mehrdimensionalen Raum bestimmen zu können.

Was die kantonalen Parteiensysteme betrifft, so zeigen sich sowohl hinsichtlich der Positionierung wie auch bezüglich der Polarisierung gewisse Un-

terschiede zwischen den Kantonen. Eher links positionierte Parteiensysteme finden sich in den Kantonen Genf, Freiburg, Neuenburg und Basel-Stadt, eher rechts positionierte in den Kantonen Graubünden, Schwyz, Obwalden und Nidwalden. Besonders gross ist die Polarisierung in den Kantonen Zürich und Genf, besonders gering in den Kantonen Obwalden, Freiburg und Uri. Zwischen den Polarisierungen und den Positionierungen bestehen jedoch keine statistisch signifikanten Zusammenhänge. Insgesamt lässt sich in den letzten Jahren bei den kantonalen Parteiensystemen eine zunehmende Polarisierung feststellen, während sich die durchschnittliche Positionierung hingegen nicht verändert hat.

## 6 Einzelne Parteien und politische Lager

Am wenigsten spektakulär aber häufig sehr aussagekräftig ist der Vergleich der Stärke einzelner Parteien oder politischer Lager in unterschiedlichen politischen Systemen und über die Zeit hinweg. Dies ist im Falle der Kantonalparteien deutlich einfacher als bei international vergleichenden Studien, da die Kantonalparteien in nationalen Parteiorganisationen zusammengefasst sind und damit ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteirichtung bekannt ist.

Für die Beantwortung der Frage nach dem Wandel kantonaler Parteiensysteme ist allerdings auch der Vergleich der Wählerstärke der einzelnen Kantonalparteien nicht ganz unproblematisch, weil sowohl Stabilität wie auch Wandel leicht über- oder unterschätzt werden können. Konkret stellt sich beispielsweise die Frage, ob die in den 1990er Jahren errungenen Wahlsiege der SVP in den Kantonen St. Gallen, Aargau und Solothurn, die mitunter auf einer Teilintegration der Freiheitspartei in die SVP beruhten, wirklich eine fundamentale Veränderung der Parteiensysteme darstellen. Oder es kann daran gezweifelt werden, ob die SVP Ende der 1990er Jahre noch immer mit der SVP zu Beginn der 1970er Jahre verglichen werden kann. Im ersten Fall ist eine Betrachtung nach politischen Lagern, welche es eher erlaubt, nach allfälligen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse zu suchen, angebrachter (vgl. Kapitel 6.3). Im zweiten Fall stellt sich die Frage der politischen Positionierung der Parteien und den von ihnen vertretenen Inhalten. Diese können mit Wahlergebnissen nicht gemessen werden, weshalb man sich auf andere Quellen stützen muss, wie zum Beispiel die Positionierung im politischen Raum (vgl. Kapitel 5), die Wahlprogramme (vgl. Brändle 1999), die Parolen zu Abstimmungsvorlagen oder das Abstimmungsverhalten der Parlamentarierinnen oder Parlamentarier.

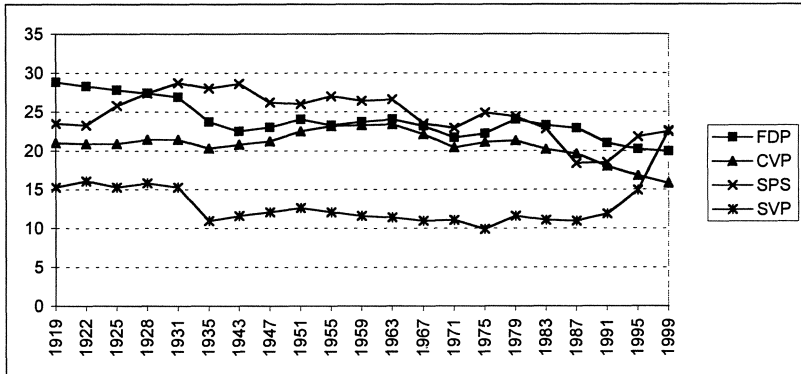
Als Ausgangspunkt dieses Kapitels dient wiederum die nationale Ebene. Hier zeigt sich, dass die Entwicklung der Wählerstimmenanteile der vier grossen Parteien seit der Einführung des Proporzwahlverfahrens lange Zeit zwar leicht rückläufig, aber ziemlich unspektakulär verlaufen ist (vgl. Abbildung 6.1). Erst mit den Nationalratswahlen 1995 und 1999 und den Gewinnen der SVP hat das Schweizer Parteiensystem eine bis anhin unbekannte Dynamik erfahren. Die Frage ist nun, wie weit sich in den 24 kantonalen Parteiensystemen, für die wir verwendbare Angaben haben, dieselben Entwicklungen ausmachen lassen.

Untersucht werden die Wählerstimmenanteile der vier Bundesratsparteien in den Kantonen in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts (2000 bis 2003) und ihre Veränderung über die Zeit hinweg. In einem zweiten Abschnitt werden die Wählerstimmenanteile der vier Bundesratsparteien zusammen betrachtet und der dritte Teil untersucht die Stärke der verschiedenen politischen Lager.

Die Datenreihen gehen in der Regel so weit zurück wie möglich. Damit müssen jedoch Abstriche bei der Datensicherheit gemacht werden. Zudem sind nicht mehr für alle Kantone vollständige Angaben vorhanden. Verlässlich sind

hingegen die Zahlen seit 1971 (vgl. Ladner 2003). Auf diesen Zeitraum beschränken sich in der Regel auch die Argumente und Interpretationen.

Abbildung 6.1: Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien bei Nationalratswahlen, 1919 bis 1999



## 6.1 Die vier Bundesratsparteien

Der erste Abschnitt befasst sich mit den Wählerstimmenanteilen der vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SP und SVP in den einzelnen Kantonen und ihren Veränderungen über die Zeit hinweg. Besonders beachtenswert sind hier einerseits die späte Entwicklung der SVP zu einer Partei, welche in der Mehrheit der Kantone ein gewisses politisches Gewicht erreicht, und andererseits die unterschiedliche Bedeutung gewisser Parteien in den verschiedenen Kantonen.

### 6.1.1 Die SVP bei den kantonalen Wahlen

Die SVP ist diejenige Partei, bei der es in den letzten Jahren zu den stärksten Wählerstimmengewinnen gekommen ist. Dem gilt es allerdings beizufügen, dass die SVP lange Zeit in zahlreichen Kantonen nicht vertreten war (vgl. Ladner/Brändle 2001). Eine Analyse ihrer Erfolgsgeschichte hat demzufolge zu unterscheiden zwischen ihrer Entwicklung in den *traditionellen SVP-Gebieten* und ihrer Entwicklung in *denjenigen Kantonen, in denen sie als neue politische Kraft zu den Wahlen angetreten ist*. Betrachten wir aber zuerst ihre Wählerstimmenanteile bei den kantonalen Legislativwahlen in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts.

Besonders gut vertreten ist die SVP in *der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts* in den Kantonen Schaffhausen, Aargau, Bern und Zürich mit über 30

Prozent sowie in den Kantonen Thurgau, Graubünden, Glarus, St. Gallen, Basel Landschaft, Zug und Schwyz mit über 20 Prozent der Wählerstimmen (vgl. Tabelle 6.1). Schwach vertreten ist die SVP in den Kantonen Uri, Tessin, Jura und Wallis mit weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen. Nicht vertreten ist sie im Kanton Neuenburg.<sup>1</sup> In den anderen Kantonen ist die SVP mittelstark vertreten. Im Verhältnis zur letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts hat sich damit das Bild für die SVP deutlich verbessert. Damals war sie in den Kantonen Uri, Obwalden, Nidwalden, Basel Stadt, Wallis, Genf und Neuenburg noch überhaupt nicht vertreten. Mit Ausnahme der Kantone Graubünden und Glarus konnte die SVP damit in allen Kantonen, in denen sie zu Wahlen angetreten ist, Wählerstimmenanteile dazu gewinnen.

Tabelle 6.1: Wähleranteile der SVP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003

Stark		Mittel		Schwach/ nicht vorhanden	
SH	33.6	LU	19.9	UR	6.3
AG	33.5	SO	15.5	TI	5.8
BE	31.8	OW	13.4	JU	5.2
ZH	30.4	NW	12.4	VS	4.6
TG	29.7	VD	11.9		
GR	27.5	FR	11.8	NE	0.0
GL	26.3	GE	10.4		
SG	22.6	BS	10.1		
BL	21.8				
ZG	21.3				
SZ	20.9				

Anmerkungen: Sehr stark bedeutet 35.0 Prozent der Wählerstimmen und mehr, stark bedeutet 20.0 bis 34.9 Prozent der Wählerstimmen, mittel bedeutet 10.0 bis 19.9 Prozent der Wählerstimmen und schwach bedeutet weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen.

Die Darstellung der Veränderung der Wählerstimmenanteile in den einzelnen Kantonen verdeutlicht die Dynamik, welche der SVP in den letzten Jahren widerfahren ist. Wie aus Abbildung 6.2, welche die Entwicklung für die beiden *historisch bedeutendsten Kantone Zürich und Bern* darstellt, hervorgeht, haben jedoch nicht alle SVP-Kantonalparteien in gleichem Masse von dieser Dynamik profitiert. Die Berner SVP, welche am Anfang ihrer Geschichte einmal mehr als 40 Prozent der Wählerstimmen vereinigen konnte, ist wieder auf das Niveau der Zeit während des Zweiten Weltkriegs abgesunken. Markante Wählerstimmen-

<sup>1</sup> Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sind hier von der Betrachtung ausgeschlossen, da sich in diesen Kantonen die Wählerstimmenanteile der Parteien auf kantonaler Ebene nicht ermitteln lassen. Bei den Nationalratswahlen 1999 erreichte die SVP in Ausserrhoden 37.5 Prozent und in Innerrhoden 25.7 Prozent der Stimmen.



verluste erlitt die Partei im Wahljahr 1986, als im Gefolge der Berner Finanzaffäre zahlreiche Stimmen zu den aufkommenden Grünen flossen. Mit mehr als 30 Prozent ist die Berner SVP jedoch nach wie vor die klar stärkste Partei in ihrem Kanton. Die Zürcher SVP ist hingegen auf einem deutlich tieferen Niveau gestartet und hat sich nach einigen Verlusten lange Zeit bei 15 Prozent gehalten. Mit den 1990er Jahren setzte ihre Erfolgsgeschichte unter der Führung von Nationalrat Christoph Blocher ein, welche sie gemessen an den Wählerstimmenanteilen auf das Niveau der Berner SVP brachte.<sup>2</sup>

In den *traditionellen SVP-Kantonen Schaffhausen, Thurgau und Aargau* zeigen sich ein mit der Entwicklung im Kanton Zürich vergleichbarer u-förmiger Verlauf der Wählerstimmenanteile und ähnlich starke Wählerstimmengewinne (vgl. Abbildung 6.3). In den *Kantonen Graubünden und Glarus*, in denen die SVP zu Beginn der 1970er Jahre aus den Demokraten entstanden ist, findet sich hingegen kein solcher Trend (vgl. Abbildung 6.4). Die Graubündner SVP hat in den letzten Wahlen – allerdings auf hohem Niveau – Stimmen eingebüsst, und bei der Glarner SVP lässt sich kein Trend ausmachen.

In den *Kantonen Freiburg, Basel-Landschaft, Waadt und Tessin*, in denen die SVP schon seit längerer Zeit organisiert ist, aber nie eine besonders starke Stellung inne hatte, erfolgt der Anstieg der Wählerstimmenanteile erst in jüngerer Zeit und stellt ein Novum für die kantonale Parteienlandschaft dar (Abbildung 6.5). Für die restlichen Kantone lässt sich, da hier die SVP noch nicht so lange existiert, keine entsprechende Abbildung zeichnen. Aber auch hier weist die Entwicklung klar nach oben. In den *Kantonen Luzern, Zug, St. Gallen und Schwyz* liegen die Wählerstimmenanteile im Bereich der 20-Prozent-Marke, in den *Kantonen Uri, Obwalden, Nidwalden, Solothurn, Basel-Stadt, Genf, Wallis und Jura* liegen sie zwischen fünf und 15 Prozent.

---

<sup>2</sup> Diese unterschiedliche Entwicklung hat auch einen Einfluss auf die parteiinternen Kräfteverhältnisse. Während anlässlich der Nationalratswahlen 1971 45.9 Prozent der SVP-Stimmen aus dem Kanton Bern kamen und lediglich 20.5 Prozent aus dem Kanton Zürich, hat sich 1999 das parteiinterne Kräfteverhältnis umgekehrt: 25.7 der SVP-Stimmen kamen aus dem Kanton Zürich und 17.7 aus dem Kanton Bern.

Abbildung 6.2: Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Bern und Zürich, 1923 bis 2003

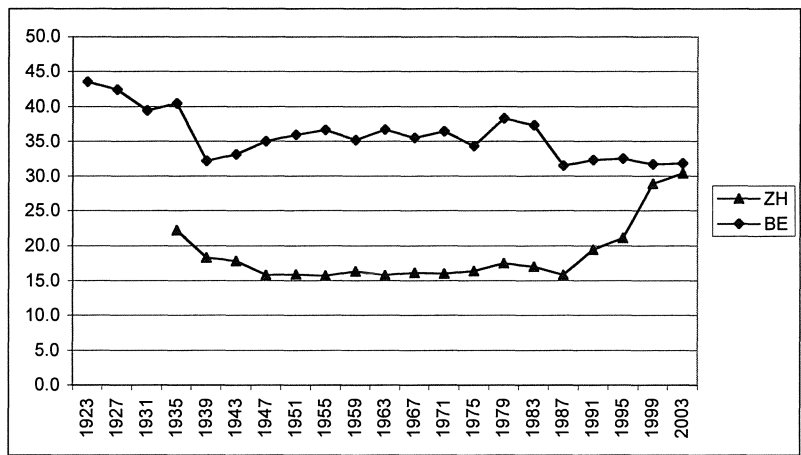


Abbildung 6.3: Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Aargau, Thurgau und Schaffhausen, 1923 bis 2003

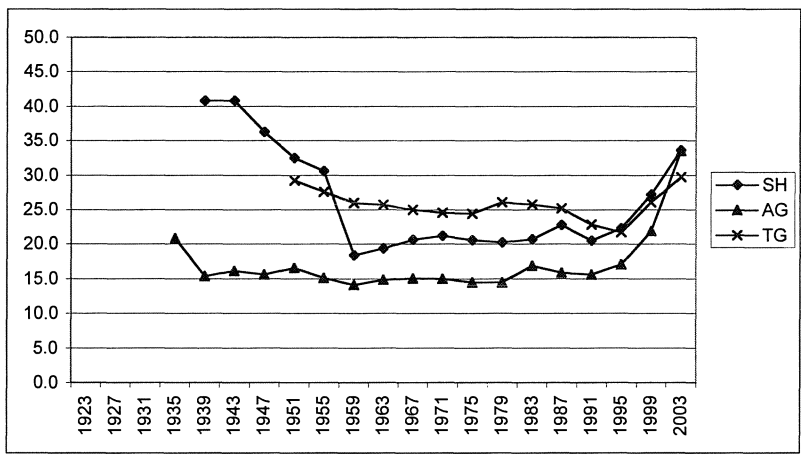


Abbildung 6.4: Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Graubünden und Glarus, 1923 bis 2003

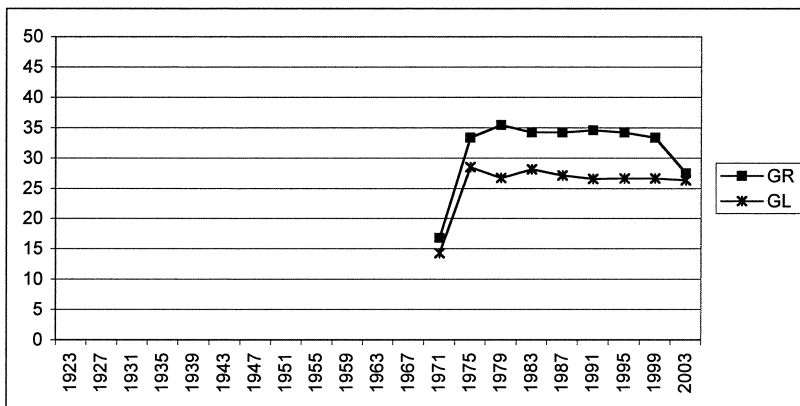
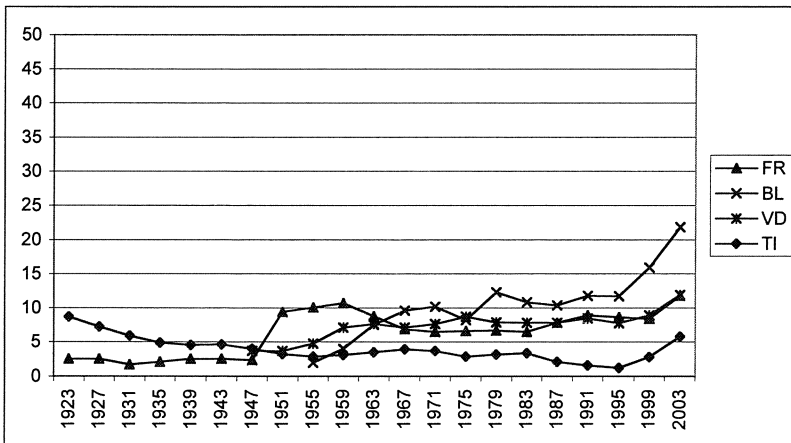


Abbildung 6.5: Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Freiburg, Basel-Landschaft, Waadt und Tessin, 1923 bis 2003



Die Tabelle 6.2 fasst die Ergebnisse der vorangehenden Abbildungen zusammen. Die erste Kolonne zeigt den Wählerstimmenanteil anlässlich der kantonalen Wahlen in der Untersuchungsperiode 1968 bis 1971, daneben sind die *Veränderungen der Wählerstimmenanteile* bei den nächstfolgenden Wahlen abge-

tragen. Die letzte Kolonne zeigt die Veränderungen zwischen den Periode 1968 bis 1971 und der Periode 2000 bis 2003.

Aus der Tabelle 6.2 geht zudem hervor, wie sich die Wählerstimmenanteile der SVP über *alle Kantone zusammen* in den letzten 30 Jahren entwickelt haben. In den 23 Kantonen, in denen sich die SVP in der Wahlperiode 2000 bis 2003 an Wahlen beteiligte, betrugen die absoluten Veränderungen der Wählerstimmenanteile (absolute *Parteivolatilität* auf der Basis sämtlicher Kantonalparteien) etwas mehr als 140 Prozentpunkte. Zusammen konnten die Kantonalparteien ihre Wählerstimmenanteile um rund 130 Prozentpunkte steigern, was einem durchschnittlichen Zuwachs von 5.7 Prozentpunkten entspricht. Dies ist mit Abstand das beste Resultat, das von einer Partei in den letzten 30 Jahren erreicht worden ist. Gegenüber der Vergleichsperiode 1968 bis 1971 hat die SVP in 23 Kantonen rund 250 Prozentpunkte zugelegt, was einem durchschnittlichen *Gewinn pro Wahlteilnahme* von knapp zwei Prozentpunkten gleich kommt.

Tabelle 6.2: Wählerstimmenanteile der SVP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003

Kan- -ton	1968- 1971	1972- 1975	1976- 1979	1980- 1983	1984- 1987	1988- 1991	1992- 1995	1994- 1999	2000- 2003	1971- 2003
ZH	16.0	0.4	1.1	-0.5	-1.2	3.6	1.7	7.8	1.5	14.4
BE	36.4	-2.1	4.0	-1.0	-5.8	0.8	0.2	-0.8	0.1	-4.6
LU	0.2	-0.2					7.6	9.4	2.9	19.7
UR									6.3	6.3
SZ	0.0	1.9	0.4	2.1	-0.2	1.6	1.9	7.6	5.7	20.9
OW									13.4	13.4
NW									12.4	12.4
GL	14.3	14.2	-1.7	1.4	-1.0	-0.5	0.1	0.0	-0.3	12.0
ZG							8.6	4.0	8.7	21.3
FR	6.5	0.1	0.1	-0.2	1.3	1.1	-0.3	-0.3	3.4	5.3
SO							1.7	4.6	9.1	15.5
BS	0.0	0.8	-0.8				1.2	-1.2	10.1	10.1
BL	10.2	-2.0	4.1	-1.5	-0.4	1.3	0.0	4.2	5.9	11.6
SH	21.2	-0.6	-0.3	0.4	2.1	-2.3	1.8	4.9	6.4	12.4
SG	0.0	0.1	-0.1	0.2	0.3	-0.1	-0.4	9.8	12.8	22.6
GR	16.8	16.5	2.1	-1.3	0.0	0.4	-0.4	-0.8	-5.8	10.7
AG	15.0	-0.5	0.0	2.4	-1.0	-0.3	1.4	4.8	11.6	18.5
TG	24.6	-0.1	1.6	-0.3	-0.6	-2.3	-1.1	4.3	3.6	5.1
TI	3.7	-0.8	0.4	0.2	-1.3	-0.5	-0.4	1.6	3.0	2.1
VD	7.6	1.1	-0.8	-0.1	0.0	0.6	-0.7	1.1	3.0	4.3
VS									4.6	4.6
NE										
GE						1.6	0.7	-2.3	10.4	10.4
JU			2.8	-0.4	-0.6	0.1	0.1	0.3	2.9	2.4
Anzahl Wahl- beteiligungen	15	14	14	14	14	15	19	19	23	133
Parteivolatilität	41.4	17.5	11.9	15.8	17.2	30.4	69.9	144.0		348.0
Durchschnittli- che Parteivo- latilität	2.8	1.3	0.8	1.1	1.1	1.6	3.7	6.3		2.6
Stimmenge- winne total	28.7	10.0	1.4	-8.3	5.3	23.7	59.0	131.7		251.5
Durchschnittli- che Stimmen- gewinne	1.9	0.7	0.1	-0.6	0.4	1.2	3.1	5.7		1.9

Anmerkungen: Stand 1968 bis 1971 und die Veränderungen von Wahlperiode zu Wahlperiode bis 2003.

### 6.1.2 Die CVP bei den kantonalen Wahlen

Wie keine andere Partei verfügte die CVP auch heute noch über kantonale Hochburgen, die sie deutlich dominiert und in denen sie sogar teilweise die absolute Mehrheit hält. Mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen erzielte die CVP in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts in den Kantonen Wallis und Obwalden. Ebenfalls ausgesprochen stark ist sie mit mehr als 35 Prozent der Wählerstimmen in den Kantonen Uri, Schwyz, Nidwalden und Luzern. Schwach vertreten ist sie demgegenüber in den Kantonen Basel Stadt, Zürich, Schaffhausen, Waadt, Bern und Neuenburg. Der Blick auf die erwähnten Kantone und ihre Einwohnerzahlen lässt eines der grossen Probleme der CVP erkennen. Nicht nur ist die Partei praktisch ausschliesslich in katholischen Kantonen stark vertreten, sondern die Kantone, in denen sie stark ist, sind verhältnismässig klein. Weniger als 900'000 Personen wohnen in den sechs Kantonen, in denen die CVP am stärksten ist, gegenüber mehr als drei Millionen in den sechs Kantonen, in denen sie am schwächsten ist.

Tabelle 6.3: Wähleranteile der CVP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003

Sehr stark		Stark		Mittel		Schwach	
VS	54.1	FR	33.5	TG	19.3	BS	9.9
OW	50.4	GR	32.1	AG	15.0	ZH	6.4
UR	45.3	SG	31.7	GL	14.0	SH	5.4
SZ	38.7	JU	31.3	GE	11.7	VD	2.2
NW	37.3	ZG	29.0	BL	11.3	BE	1.0
LU	35.9	TI	25.8				
		SO	22.1			NE	0.0

Anmerkungen: Sehr stark bedeutet 35.0 Prozent der Wählerstimmen und mehr, stark bedeutet 20.0 bis 34.9 Prozent der Wählerstimmen, mittel bedeutet 10.0 bis 19.9 Prozent der Wählerstimmen und schwach bedeutet weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen.

Die nachfolgenden Abbildungen zeigen deutlich, dass der Trend für die CVP in den letzten Jahren in praktisch allen Kantonen rückläufig ist. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang der Wählerstimmenanteile in den *Hochburgen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Wallis*, wo die CVP mit Ausnahme des Kantons Wallis seit den 1960er Jahren jeweils mindestens zehn oder noch mehr Prozentpunkte verloren hat (vgl. Abbildung 6.6).

Die Gruppe der Kantone, in denen die CVP auch heute noch *stark vertreten* ist, zerfällt in eine Untergruppe von Kantonen, in denen die Wählerstimmenanteile früher deutlich höher lagen, und in eine solche, in denen sich in den letzten Jahrzehnten nicht allzu viel verändert hat. In den *Kantonen Zug, St. Gallen, Freiburg und Tessin* fiel die CVP unter die 35-Prozent-Marke (vgl. Abbildung

6.7). Zumindest für Zug und St. Gallen zeigt der Trend auch weiterhin klar nach unten. In den *Kantonen Jura, Solothurn und Graubünden* erzielte die CVP auch in früheren Wahlperioden nie mehr als 35 Prozent. In den Kantonen Jura und Graubünden konnte sie sich in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts auf diesem Niveau halten. Im Kanton Solothurn hingegen zeigt der Trend, ähnlich wie in Zug und St. Gallen, nach unten (vgl. Abbildung 6.8).

In den *nicht dominant katholischen Kantonen Glarus, Aargau, Thurgau, Schaffhausen und Basel-Landschaft* erzielte die CVP seit dem Zweiten Weltkrieg zwar nie mehr als 30 Prozent Wählerstimmenanteile. Zumindest in Glarus, Aargau und Thurgau gehörte sie aber mit mehr als 20 Prozent dennoch zu den stärkeren Parteien. In den genannten Kantonen zeichnet sich mit Ausnahme von Thurgau und auf tieferem Niveau Schaffhausen ein klarer Rückgang seit den 1980er Jahren ab (vgl. Abbildung 6.9).

Geringe Verluste an Wählerstimmenanteilen finden sich schliesslich in den *grossen und/oder urbanen Kantonen Genf, Basel-Stadt, Bern, Waadt und Zürich*. In Genf und Basel Stadt, wo die CVP ursprünglich noch leicht stärker war als in den drei anderen Kantonen, setzte der Rückgang schon in den 1970er Jahren ein (vgl. Abbildung 6.10). Im Kanton Zürich ist die CVP 1987 unter die Zehn-Prozent-Marke gefallen, in Bern und Waadt nähert sie sich der Bedeutungslosigkeit.

Abbildung 6.6: Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Wallis, 1903 bis 2003

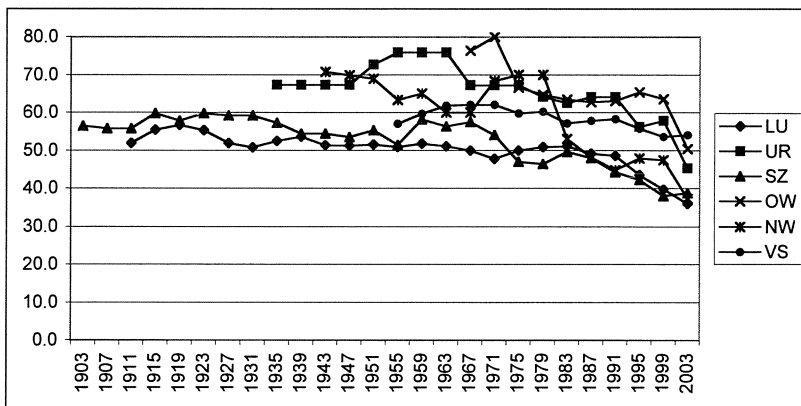


Abbildung 6.7: Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Zug, Freiburg, St. Gallen und Tessin, 1903 bis 2003

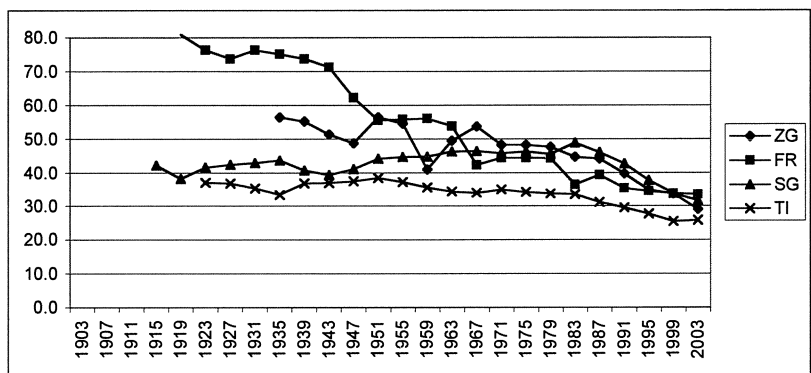


Abbildung 6.8: Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Solothurn, Graubünden und Jura, 1903 bis 2003

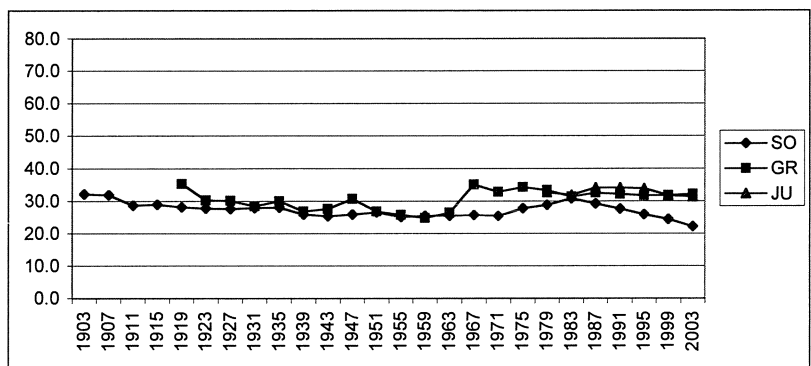




Abbildung 6.9: Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Glarus, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Aargau und Thurgau, 1903 bis 2003

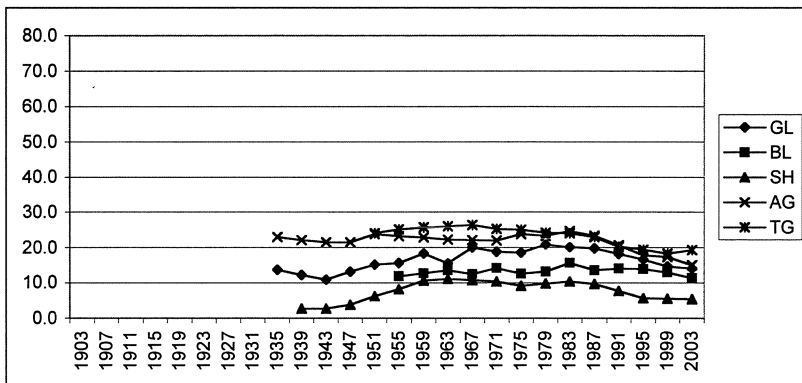
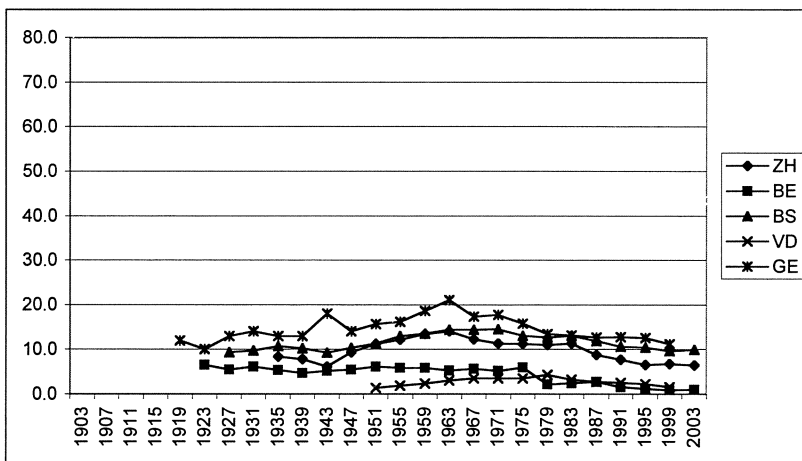


Abbildung 6.10: Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Zürich, Bern, Basel-Stadt, Waadt und Genf, 1903 bis 2003



Diese wenig positive Bilanz der CVP wird auch in den zusammenfassenden Zahlen, welche die Entwicklung seit Ende der 1960er Jahre im Detail dokumentieren, deutlich (vgl. Tabelle 6.4). Die Verschiebungen der Wählerstimmenan-

teile – absolut gemessen – sind bei der CVP mit rund 330 Prozentpunkten zwischen der Wahlperiode 1968 bis 71 und der Periode 2000 bis 2003 etwa im Rahmen der SVP. Leider – aus Sicht der CVP – handelte es sich dabei nicht um Gewinne, sondern mehrheitlich um Verluste (-224 Prozentpunkte). In den 24 untersuchten Kantonen (ohne Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden) hat die CVP in den letzten Jahren im Durchschnitt pro Wahlgang 1.2 Prozentpunkte verloren.

Aufgrund der Entwicklung der Wählerstimmenanteile der CVP bei den kantonalen Legislativwahlen muss der Zustand der Partei als Besorgnis erregend bezeichnet werden. Praktisch ausnahmslos sind die Wählerstimmenanteile rückläufig. Allerdings garantieren die beachtlichen Anteile in ihren Hochburgen, keine andere Partei verfügt in einzelnen Kantonen über eine derart dominante Stellung, dass die Partei nicht vom Verschwinden bedroht ist. Die rückläufigen Anteile in den grossen und wichtigen Kantonen – genau dort wo die CVP seit den 1970er Jahren verstärkt Fuss fassen wollte – bergen aber die Gefahr, dass die Partei in Zukunft nicht mehr als „nationale Kraft“ wahrgenommen wird.

Tabelle 6.4: Wählerstimmenanteile der CVP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003

Kan- -ton	1968- 1971	1972- 1975	1976- 1979	1980- 1983	1984- 1987	1984- 1991	1992- 1995	1994- 1999	2000- 2003	1971- 2003
ZH	11.3	-0.1	-0.2	0.3	-2.5	-1.1	-1.2	0.2	-0.3	-4.9
BE	5.2	0.7	-3.8	0.3	0.3	-1.1	-0.4	-0.3	0.1	-4.2
LU	47.8	2.2	0.9	0.2	-1.9	-0.6	-5.1	-3.7	-3.9	-11.9
UR	67.2	0.0	-3.1	-1.6	1.6	0.0	-7.8	1.6	-12.5	-21.9
SZ	54.1	-7.1	-0.6	3.3	-1.7	-3.8	-1.9	-4.4	0.8	-15.4
OW	80.0	-13.3	-2.0	-1.2	-0.7	0.3	2.3	-1.8	-13.2	-29.6
NW	68.3	1.7	0.0	-17.0	-4.9	-3.3	3.1	-0.4	-10.2	-31.0
GL	18.8	-0.2	2.3	-0.7	-0.4	-1.6	-1.6	-2.0	-0.6	-4.8
ZG	48.2	0.0	-0.7	-2.9	-0.5	-4.4	-4.8	-1.3	-4.6	-19.2
FR	44.4	0.0	-0.1	-7.8	2.9	-4.0	-0.8	-0.8	-0.2	-10.9
SO	25.4	2.3	1.1	1.9	-1.6	-1.5	-1.8	-1.4	-2.3	-3.3
BS	14.5	-1.4	-0.4	0.4	-1.2	-1.3	-0.2	-0.8	0.3	-4.6
BL	14.1	-1.6	0.6	2.4	-2.1	0.6	-0.1	-1.0	-1.7	-2.8
SH	10.3	-1.1	0.6	0.6	-0.7	-2.0	-2.1	-0.1	-0.1	-4.9
SG	45.7	0.5	-0.7	3.3	-2.8	-3.3	-5.0	-3.9	-2.1	-14.0
GR	32.7	1.4	-0.8	-2.1	1.3	-0.4	-0.4	0.0	0.4	-0.7
AG	22.0	1.8	-0.6	1.3	-1.3	-2.6	-2.9	-0.5	-2.3	-7.0
TG	25.2	-0.2	-0.9	-0.1	-1.2	-2.6	-0.9	-1.0	0.9	-5.9
TI	35.0	-0.7	-0.5	-0.3	-2.4	-1.6	-1.8	-2.2	0.3	-9.2
VD	3.6	-0.1	0.8	-1.1	-0.5	-0.2	-0.3	-0.6	0.6	-1.4
VS	62.1	-2.3	0.4	-3.0	0.6	0.5	-2.5	-2.2	0.5	-8.0
NE	1.2	-1.2						0.6	-0.6	-1.2
GE	17.7	-2.0	-2.3	-0.3	-0.5	0.1	-0.1	-1.4	0.5	-6.0
JU			32.6	-0.8	2.2	0.1	-0.3	-2.1	-0.4	-1.3
Anzahl Wahl- beteiligungen		23	22	23	23	23	23	24	24	185
Parteivolatilität		42.0	23.1	52.8	35.5	37.1	47.5	34.3	59.4	331.8
Durchschnittli- che Parteivo- latilität		1.8	1.1	2.3	1.5	1.6	2.1	1.4	2.5	1.8
Stimmege- winne total		-20.8	-9.9	-24.8	-17.9	-34.0	-36.8	-29.5	-50.6	-224.3
Durchschnittli- che Stimmen- gewinne		-0.9	-0.4	-1.1	-0.8	-1.5	-1.6	-1.2	-2.1	-1.2

Anmerkungen: Stand 1968 bis 1971 und die Veränderungen von Wahlperiode zu Wahlperiode bis 2003.

### 6.1.3 Die FDP bei den kantonalen Wahlen

Die Hochburgen der FDP befinden sich in der *ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts* in den Kantonen Solothurn, Tessin, Glarus und Graubünden sowie in den Innerschweizer Kantonen Uri, Nidwalden, Schwyz und Zug, in denen sie mehr als 25 Prozent der Wählerstimmen erreichte (vgl. Tabelle 6.5). Allerdings fällt auf, dass die FDP mit Ausnahme des Kantons Solothurn in keinem Kanton eine vergleichbar starke Stellung innehält wie die CVP in ihren Hochburgen. Überhaupt ist die FDP in keinem Innerschweizer Kanton stärker als die CVP. Die Stärke der FDP liegt demnach darin, dass sie in allen Kantonen mittel bis stark vertreten ist – also ohne weisse Flecken auf der politischen Landkarte, aber auch ohne all zu starke Hochburgen. Auffallend ist weiter, dass die FDP in zentralen Kantonen wie Zürich, Bern, Basel Stadt, Genf, Aargau und Thurgau weniger als 20 Prozent der Wählerstimmen für sich zu gewinnen vermochte. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zu der immer wieder betonten zentralen Stellung der FDP in der schweizerischen Politik.

Tabelle 6.5: Wähleranteile der FDP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003

Sehr stark		Stark		Stark		Mittel	
SO	35.2	UR	32.8	VD	23.9	TG	19.6
		TI	31.8	LU	22.7	AG	19.0
		NW	30.8	NE	21.9	BE	17.5
		GL	30.8	BL	21.3	ZH	16.7
		SZ	26.7	SG	21.1	BS	12.6
		GR	26.3	OW	20.9	GE	11.2
		ZG	26.1	SH	20.9		
				JU	20.8		
				FR	20.7		
				VS	20.3		

Anmerkungen: Sehr stark bedeutet 35.0 Prozent der Wählerstimmen und mehr, stark bedeutet 20.0 bis 34.9 Prozent der Wählerstimmen, mittel bedeutet 10.0 bis 19.9 Prozent der Wählerstimmen und schwach bedeutet weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen.

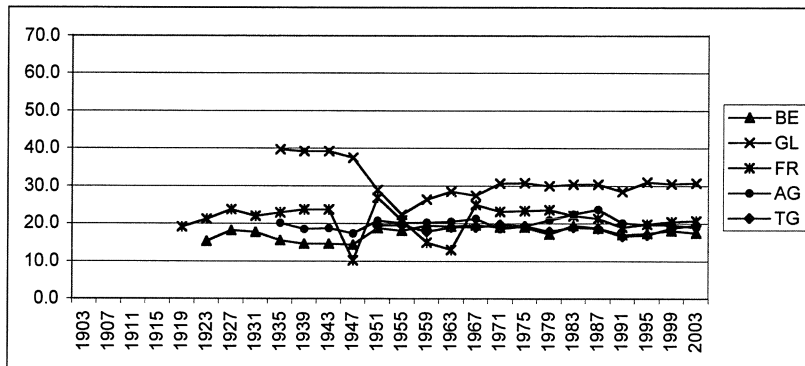
Im Vergleich zur CVP nimmt sich im Fall der FDP hingegen positiv aus, dass sie in einigen Kantonen ihre Wähleranteile in den letzten Jahrzehnten halten konnte, oder dass sich zumindest keine klaren, anhaltenden Abwärtstrends ausmachen lassen, auch wenn sie in der Mehrheit der Kantone Wählerstimmen verloren hat. Betrachtet man die Entwicklung der FDP-Wählerstimmenanteile in den letzten 30 Jahren, so lassen sich die Kantone wie folgt gruppieren:

- Mehr oder weniger stabil geblieben sind die Wählerstimmenanteile in den letzten 30 Jahren in den *Kantonen Bern, Glarus, Freiburg, Aargau und*

*Thurgau* (vgl. Abbildung 6.11). Auffallend dabei ist der Kanton Glarus mit einer Stabilität auf hohem Niveau.

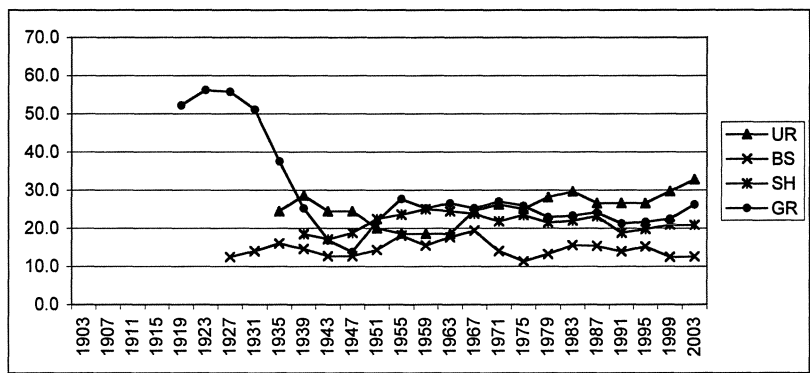
- Wählerstimmengewinne, wenn auch teilweise nur ganz leichte, vermochte die FDP in jüngster Zeit in den *Kantonen Uri, Basel-Stadt, Schaffhausen und Graubünden* zu vermehren (vgl. Abbildung 6.12).
- In den *Kantonen Zürich, Luzern, Solothurn und St. Gallen* verzeichnet die FDP praktisch im gesamten Drittel des letzten Jahrhunderts einen Rückgang der Wählerstimmenanteile (vgl. (Abbildung 6.13). Ein entsprechender Rückgang findet sich auch in den nicht-deutschsprachigen *Kantonen Tessin, Waadt, Genf und Jura* (vgl. Abbildung 6.14).
- In den *Kantonen Schwyz, Obwalden und Nidwalden* wie auch in den *Kantonen Zug, Basel-Landschaft, Wallis und Neuenburg* ist der Rückgang weniger ausgeprägt oder erst jüngeren Datums (vgl. Abbildung 6.15 und Abbildung 6.16).

Abbildung 6.11: Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Bern, Glarus, Freiburg, Aargau und Thurgau, 1903 bis 2003



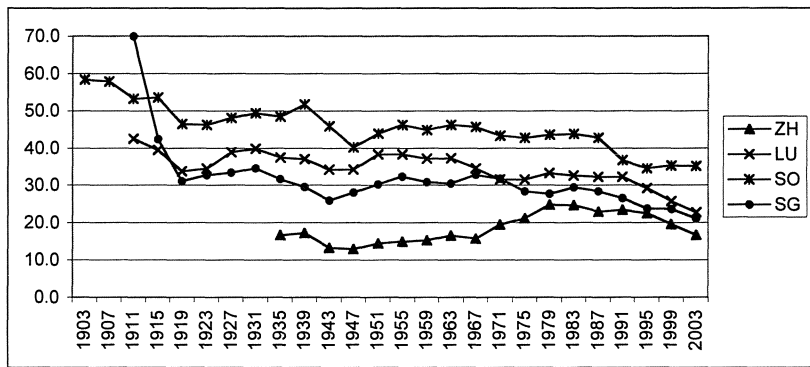
Anmerkungen: Kantone mit stabilen FDP-Wählerstimmenanteilen.

Abbildung 6.12: Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Uri, Basel-Stadt, Schaffhausen und Graubünden, 1903 bis 2003



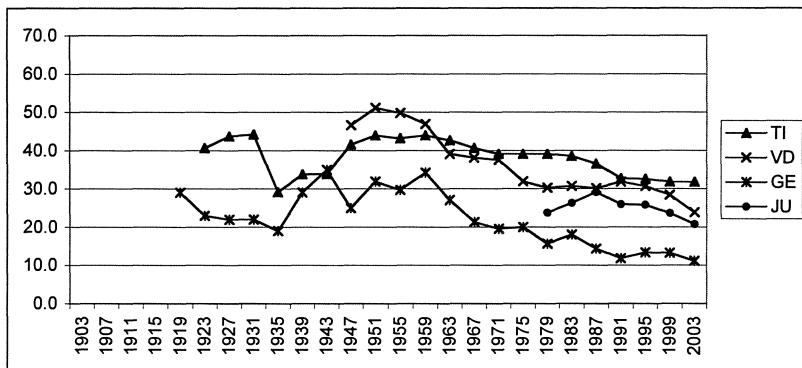
Anmerkungen: Kantone mit Wählerstimmengewinnen der FDP in jüngster Zeit.

Abbildung 6.13: Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Zürich, Luzern, Solothurn und St. Gallen, 1903 bis 2003



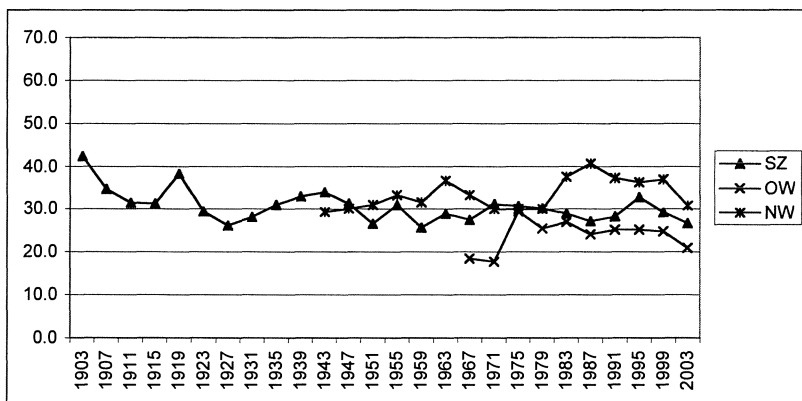
Anmerkungen: Kantone mit anhaltenden Verlusten der FDP bei den Wählerstimmenanteilen.

Abbildung 6.14: Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Tessin, Waadt, Genf und Jura, 1903 bis 2003



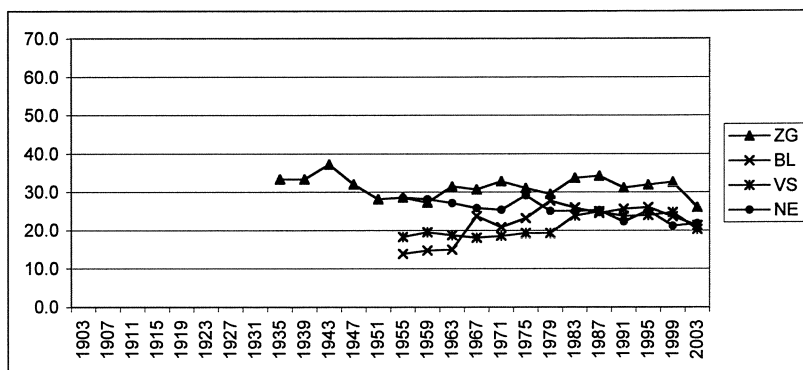
Anmerkungen: Nicht-deutschsprachige Kantone mit anhaltenden Verlusten der FDP bei den Wählerstimmenanteilen.

Abbildung 6.15: Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Schwyz, Obwalden und Nidwalden, 1903 bis 2003



Anmerkungen: Kantone mit Verlusten der FDP bei den Wählerstimmenanteilen in jüngster Zeit.

Abbildung 6.16: Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Zug, Basel-Landschaft, Wallis und Neuenburg, 1903 bis 2003



Anmerkungen: Kantone mit Verlusten der FDP bei den Wählerstimmenanteilen in jüngster Zeit.

Obwohl auch die FDP leicht rückläufige Wählerstimmenanteile hinnehmen musste, fällt ihre zusammenfassende Bewertung deutlich besser aus als jene der CVP. Über alle Kantone gesehen verzeichnet die FDP, wie aus der Tabelle 6.6 hervorgeht, in der Beobachtungsperiode genau die gleiche Parteivolatilität wie die CVP. Im Vergleich zur CVP stehen hier aber Wählerstimmenverlusten auch verschiedentlich Wählerstimmengewinne gegenüber, so dass der durchschnittliche Rückgang lediglich -0.4 Prozentpunkte beträgt. Positiv auf die Bilanz der FDP ausgewirkt hat sich die Wahlperiode 1980 bis 1983, in der sie insgesamt nahezu 30 Prozentpunkte zulegen konnte. Besonders negativ verliefen demgegenüber die Periode 1988 bis 1991 mit einem Verlust von 42.8 Prozentpunkten und die Periode 2000 bis 2003 mit einem Verlust von 35.9 Prozentpunkten.



Tabelle 6.6: Wählerstimmenanteile der FDP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003

Kan -ton	1968- 1971	1972 -1975	1976 -1979	1980 -1983	1984 -1987	1984 -1991	1992 -1995	1994 -1999	2000 -2003	1971 -2003
ZH	19.4	1.8	3.6	-0.1	-1.7	0.4	-0.9	-2.9	-2.9	-2.7
BE	19.0	0.0	-1.9	2.3	-0.6	-1.8	0.3	0.7	-0.5	-1.5
LU	31.6	0.0	1.7	-0.7	-0.3	-0.1	-3.0	-3.5	-3.0	-8.9
UR	26.2	-1.2	3.1	1.6	-3.1	0.0	0.0	3.1	3.1	6.6
SZ	31.2	-0.5	-0.5	-1.3	-1.8	1.1	4.5	-3.6	-2.5	-4.5
OW	17.8	11.6	-3.9	1.4	-2.8	1.0	0.1	-0.4	-3.9	3.1
NW	30.0	0.0	0.0	7.6	3.1	-3.4	-1.0	0.7	-6.2	0.8
GL	30.6	0.1	-0.8	0.4	0.0	-1.9	2.5	-0.5	0.3	0.2
ZG	32.8	-1.8	-1.5	4.2	0.5	-3.1	0.8	0.8	-6.6	-6.7
FR	23.1	0.2	0.2	-1.5	-0.8	-2.3	0.7	0.7	0.2	-2.4
SO	43.3	-0.6	0.8	0.2	-1.0	-5.9	-2.2	0.7	-0.1	-8.1
BS	14.0	-2.7	1.9	2.4	-0.3	-1.4	1.3	-2.8	0.2	-1.4
BL	20.9	2.3	4.5	-1.7	-1.5	1.2	0.5	-2.5	-2.3	0.4
SH	21.8	1.6	-1.9	0.5	1.1	-4.3	1.0	1.1	0.0	-0.9
SG	31.8	-3.4	-0.7	1.7	-1.0	-1.9	-2.8	-0.2	-2.5	-10.7
GR	27.0	-1.2	-2.9	0.4	0.8	-2.9	0.4	0.8	3.8	-0.7
AG	18.6	0.8	1.7	1.4	1.3	-3.5	-0.5	-0.1	-0.6	0.4
TG	19.7	-0.4	-1.5	1.2	-0.3	-2.2	0.4	1.9	0.9	-0.1
TI	39.1	0.0	0.1	-0.6	-2.0	-3.8	-0.1	-0.8	0.0	-7.3
VD	37.6	-5.7	-1.6	0.4	-0.6	1.8	-1.1	-2.3	-4.5	-13.7
VS	18.6	0.7	0.1	4.5	1.2	-1.2	0.2	0.8	-4.5	1.7
NE	25.4	3.7	-4.1	0.0	0.2	-3.0	2.9	-4.0	0.7	-3.5
GE	19.6	0.4	-4.3	2.4	-3.7	-2.5	1.6	-0.1	-2.1	-8.4
JU			23.7	2.6	2.8	-3.2	0.0	-2.3	-2.8	-2.9
Anzahl Wahl- beteiligungen		23	23	24	24	24	24	24	24	190
Parteivolatilität		40.8	43.2	41.1	32.6	53.8	28.8	37.3	54.1	331.8
Durchschnittli- che Parteivo- latilität		1.8	1.9	1.7	1.4	2.2	1.2	1.6	2.3	1.7
Stimmege- winne total		5.7	-7.7	29.4	-10.6	-42.8	5.4	-14.6	-35.9	-71.2
Durchschnittli- che Stimmen- gewinne		0.2	-0.3	1.2	-0.4	-1.8	0.2	-0.6	-1.5	-0.4

Anmerkungen: Stand 1968 bis 1971 und die Veränderungen von Wahlperiode zu Wahlperiode bis 2003.

### 6.1.4 Die SP bei den kantonalen Wahlen

Bei der SP fällt in der letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts ebenfalls auf, dass sie ausser im Kanton Nidwalden in allen hier untersuchten 24 Kantonen vertreten ist. In Nidwalden sind SP-nahe Kreise seit den 1980er Jahren im Demokratischen Nidwalden organisiert. 1998 erreichte das Demokratische Nidwalden zusammen mit der SP 15.1 Prozent der Wählerstimmenanteile, 2002 waren es 16.5 Prozent. Verhältnismässig stark ist die SP *in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts* in den Kantonen Neuenburg, Schaffhausen, Zürich, Bern, Basel Stadt, Basel Landschaft und Solothurn, wo sie in den Legislativwahlen mehr als ein Viertel der Wählerstimmen gewinnen konnte. Zu den Kantonen, in denen die Partei deutlich schwächer ist, gehören Uri, Wallis, Schwyz, Luzern, Graubünden, Zug und Nidwalden. Im Fall von Graubünden ist hierfür das Wahlsystem (bei den Nationalratswahlen 1999 erreichte die SP 26.2 Prozent der Stimmen) verantwortlich. Im Fall von Zug sind SP-nahe Kreise, ganz ähnlich wie in Nidwalden, in einer anderen links-alternativen Gruppierung organisiert, in der Sozialistisch Grünen Alternative.

Tabelle 6.7: Wähleranteile der SP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003

Stark		Mittel		Mittel		Schwach	
NE	31.6	FR	19.6	UR	14.1	ZG	8.3
SH	26.6	GL	18.7	VS	13.5	NW	0.0
ZH	26.5	AG	18.6	SZ	12.3		
BE	26.1	GE	17.8	LU	11.6		
BS	26.0	TI	17.6	GR	10.8		
BL	25.9	SG	16.1				
SO	25.2	TG	15.7				
JU	23.9	OW	15.3				
VD	23.8						

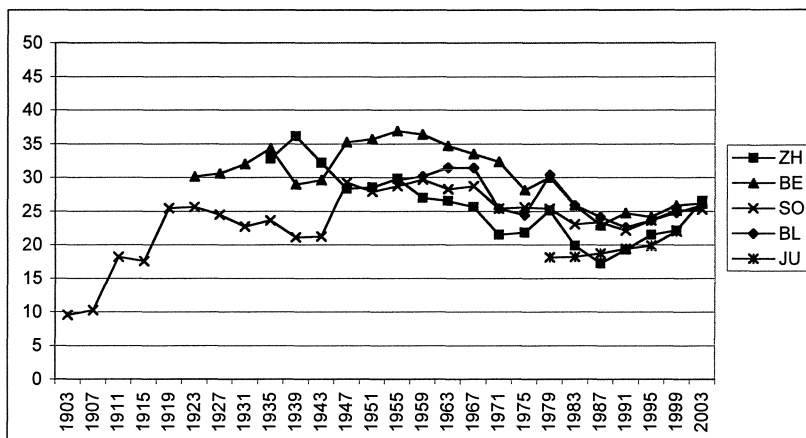
Anmerkungen: Sehr stark bedeutet 35.0 Prozent der Wählerstimmen und mehr, stark bedeutet 20.0 bis 34.9 Prozent der Wählerstimmen, mittel bedeutet 10.0 bis 19.9 Prozent der Wählerstimmen und schwach bedeutet weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen.

Die Veränderungen der Wählerstimmenanteile zeigen auch für die SP über die Zeit hinweg je nach Kanton unterschiedliche Entwicklungsmuster:

- In einer ersten Gruppe von Kantonen, in denen die SP traditionell sehr stark war, beginnen sich die Kantonalparteien der SP von ihren Wählerstimmenverlusten im Zeitraum 1960 bis 1980 zu erholen und verzeichnen seit den 1990er Jahren einen klaren Aufwärtstrend. Es sind dies die *Kantone Zürich, Bern, Solothurn, Basel Landschaft und Jura* (vgl. Abbildung 6.17).

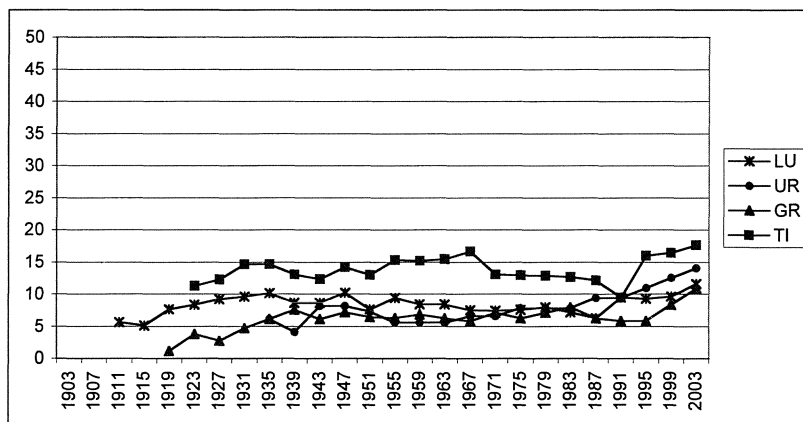
- Ebenfalls in einem Aufwärtstrend seit den 1990er Jahren, allerdings auf tieferem Niveau, befindet sich die SP in den *Kantonen Luzern, Uri, Graubünden und Tessin*. Hier kann die SP nicht auf eine glorreiche Vergangenheit zurückblicken. Daher stellen die aktuellen Wählerstimmenanteile für die Parteien in den jeweiligen Kantonen Rekordwerte dar (vgl. Abbildung 6.18).
- In den *Kantonen Zug, Glarus und Obwalden* fällt der Wählerstimmenanstieg in die erste Wahlperiode des 21. Jahrhunderts (vgl. Abbildung 6.19). Zumindest in Zug und Glarus war die SP in früheren Jahren einmal stärker. In Obwalden ist die Partei erst in jüngster Zeit entstanden.
- In den Ostschweizer *Kantonen St. Gallen und Thurgau* haben sich die Wählerstimmenanteile der SP bei den letzten drei Wahlgängen nicht wesentlich verändert und es findet kein eigentlicher Aufschwung statt (vgl. Abbildung 6.20). Auch hier war die SP in früheren Jahren einmal stärker. Der *Kanton Nidwalden* verkörpert, wie bereits erwähnt, einen Sonderfall. Gelingt es hier der SP im linken Lager die Führerschaft zu übernehmen, so stehen ihr grössere Wählerstimmenanteile in Aussicht.
- In den *Kantonen Schwyz, Schaffhausen, Basel Stadt und Aargau* verzeichnete die SP in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts Verluste. Auffallend in diesen Kantonen ist, dass sich hier die SP in den 1990er Jahren in einem Aufwärtstrend befand. Mit Ausnahme des Kantons Schwyz hat die SP in diesen Kantonen aber in den letzten 50 Jahren in grösserem Masse an Wählerstimmenanteilen eingebüsst (vgl. Abbildung 6.21).
- In den Westschweizer *Kantonen Freiburg, Wallis, Waadt, Neuenburg und Genf* hat die SP vor allem in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts an Wählerstimmenanteilen verloren (vgl. Abbildung 22). Hier zeigt sich kein anhaltender Rückgang. Die Verluste kontrastieren allerdings ein wenig mit dem Bedeutungsgewinn der Westschweizer Parteiexponenten innerhalb der nationalen Partei (Christiane Brunner, Pierre-Yves Maillard).

Abbildung 6.17: Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn, Basel-Landschaft und Jura, 1903 bis 2003



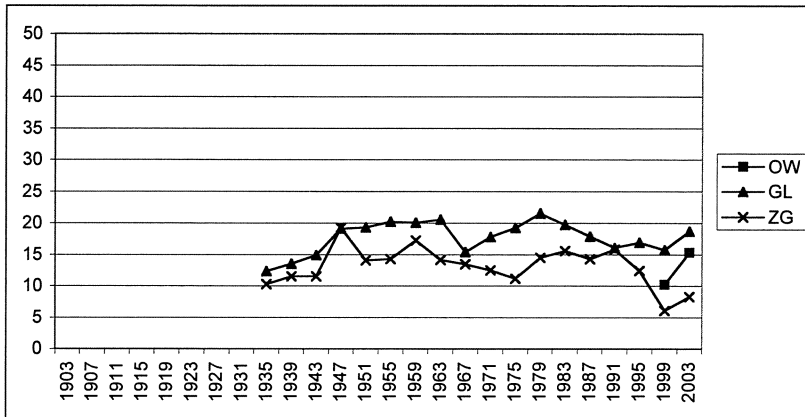
Anmerkungen: Es handelt sich um Kantone mit seit den 1990er Jahren wieder ansteigenden SP-Wählerstimmenanteilen.

Abbildung 6.18: Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Luzern, Uri, Graubünden und Tessin, 1903 bis 2003



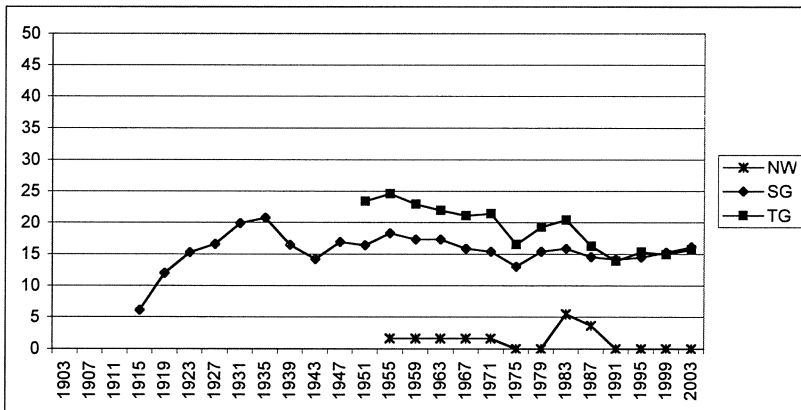
Anmerkungen: Es handelt sich um Kantone mit einem Aufwärtstrend der SP-Wählerstimmenanteile auf einem tieferen Niveau.

Abbildung 6.19: Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Obwalden, Glarus und Zürich, 1903 bis 2003



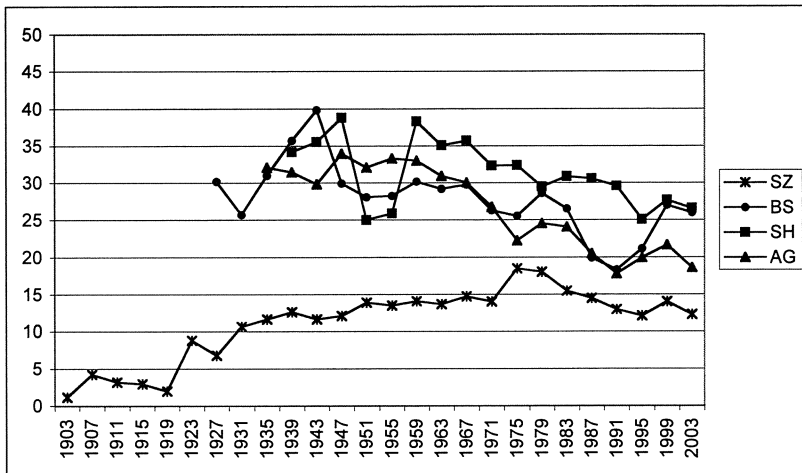
Anmerkungen: Es handelt sich um Kantone mit in jüngster Zeit wieder ansteigenden SP-Wählerstimmenanteilen.

Abbildung 6.20: Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Nidwalden, 1903 bis 2003



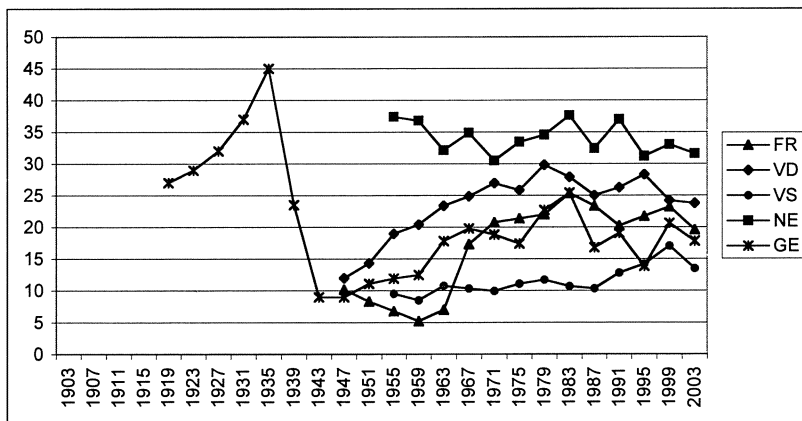
Anmerkungen: Es handelt sich um Kantone mit stagnierenden SP-Wählerstimmenanteilen.

Abbildung 6.21: Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Schwyz, Basel-Stadt, Schaffhausen und Aargau, 1903 bis 2003



Anmerkungen: Es handelt sich um Kantone mit sowohl einem rückläufigem langfristigen Trend, als auch mit neuen kurzfristigen Verlusten der SP-Wählerstimmenanteile.

Abbildung 6.22: Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Freiburg, Valais, Waadt, Neuen und Genf, 1903 bis 2003



Anmerkungen: Es handelt sich um Kantone mit Verlusten der SP bei den Wählerstimmenanteilen in jüngster Zeit.

Der Vergleich der kantonalen Wählerstimmenanteile in den Perioden 1968 bis 1971 und 2000 bis 2003 ergibt für die SP eine positive Bilanz (vgl. Tabelle 6.8). Im Durchschnitt haben die Kantonalparteien pro Wahlbeteiligung allerdings lediglich 0.1 Prozentpunkte gewonnen. Besonders auffallend ist die Periode 1984 bis 1987 mit durchschnittlichen Verlusten von 2.1 Prozentpunkten. In diese Zeit fiel das Aufkommen der Grünen Parteien. In den 1990er Jahren konnte die SP diese Verluste wieder gut machen. Die SP hat im Vergleich zu den anderen Bundesratsparteien eine mittlere Parteivolatilität, d.h. die durchschnittlichen Wählerstimmenverschiebungen sind kleiner als bei der SVP aber grösser als bei FDP und CVP.

Tabelle 6.8: Wählerstimmenanteile der SP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003

Kan- ton	1968- 1971	1972- 1975	1976- 1979	1980- 1983	1984- 1987	1988- 1991	1992- 1995	1996- 1999	2000- 2003	1971- 2003
ZH	21.5	0.3	3.3	-5.2	-2.7	2.1	2.2	0.6	4.4	5.0
BE	32.3	-4.2	1.9	-4.1	-3.0	1.8	-0.6	1.8	0.2	-6.2
LU	7.5	0.1	0.4	-0.8	-0.9	3.2	-0.2	0.4	2.0	4.2
UR	6.6	1.3	0.0	0.0	1.6	0.0	1.6	1.6	1.6	7.5
SZ	14.0	4.5	-0.5	-2.5	-1.0	-1.5	-0.9	1.9	-1.7	-1.7
OW								10.2	5.1	15.3
NW	1.7	-1.7		5.5	-1.8	-3.7			0.0	-1.7
GL	17.8	1.4	2.3	-1.8	-1.9	-1.7	0.8	-1.2	3.0	0.9
ZG	12.5	-1.4	3.4	1.1	-1.4	1.6	-3.4	-6.3	2.2	-4.2
FR	20.8	0.6	0.6	3.3	-2.0	-3.1	1.5	1.5	-3.6	-1.2
SO	25.4	0.2	-0.2	-2.3	0.4	-1.2	1.4	1.5	0.1	-0.2
BS	26.3	-0.8	3.0	-2.1	-6.6	-1.6	2.8	5.8	-1.0	-0.3
BL	25.3	-0.9	6.0	-4.5	-1.8	-1.5	1.0	1.2	1.1	0.6
SH	32.4	0.0	-2.9	1.4	-0.3	-1.0	-4.5	2.6	-1.1	-5.8
SG	15.4	-2.4	2.4	0.5	-1.3	-0.4	0.3	0.8	0.9	0.7
GR	7.1	-0.8	0.8	0.8	-1.7	-0.4	0.0	2.5	2.5	3.8
AG	26.8	-4.5	2.3	-0.5	-3.6	-2.7	2.1	1.8	-3.1	-8.2
TG	21.4	-4.9	2.8	1.1	-4.2	-2.3	1.4	-0.4	0.8	-5.7
TI	13.1	-0.1	-0.1	-0.2	-0.5	-2.6	6.5	0.4	1.2	4.5
VD	26.9	-1.1	4.0	-1.9	-2.9	1.2	2.1	-4.1	-0.4	-3.1
VS	10.0	1.2	0.6	-1.0	-0.4	2.5	1.4	2.8	-3.5	3.5
NE	30.5	3.0	1.1	3.0	-5.2	4.6	-5.8	1.8	-1.4	1.1
GE	18.8	-1.4	5.2	2.7	-8.6	2.3	-5.2	6.8	-2.8	-1.0
JU			18.1	0.1	0.5	0.7	0.5	2.1	1.9	5.8
Anzahl Wahl- beteiligungen.		22	21	23	23	23	22	23	24	181
Parteivolatilität		36.7	43.8	46.5	54.0	43.9	46.2	60.1	45.6	376.8
Durchschnittli- che Parteivola- tilität		1.7	2.1	2.0	2.3	1.9	2.1	2.6	1.9	2.1
Stimmengewin- ne total		-11.6	36.4	-7.2	-49.2	-3.9	4.9	36.1	8.3	13.7
Durchschnittli- che Stimmen- gewinne		-0.5	1.7	-0.3	-2.1	-0.2	0.2	1.6	0.3	0.1

Anmerkungen: Stand 1968 bis 1971 und die Veränderungen von Wahlperiode zu Wahlperiode bis 2003.



### 6.1.5 Überblick: Das Abschneiden der vier grossen Parteien bei kantonalen Wahlen

Nachdem in den vorangehenden Abschnitten die Wählerstimmenanteile der vier grossen Parteien separat betrachtet wurden, soll nun zusammenfassend die Stärke der einzelnen Parteien in den Kantonen miteinander verglichen werden. Aus Tabelle 6.9 geht unter anderem hervor, welche der vier Bundesratsparteien in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts in den einzelnen Kantonen die stärkste Partei gewesen ist. Dieses Privileg am häufigsten für sich in Anspruch nehmen kann nach wie vor die CVP in elf Kantonen. Auf Platz zwei folgt die SVP mit fünf Kantonen. Den dritten Platz teilen sich SP und FDP mit je vier Kantonen.

Tabelle 6.9: Stärke der Bundesratsparteien bei kantonalen Wahlen, 2000 bis 2003

	FDP	CVP	SPS	SVP
VS	20.3	54.1	13.5	4.6
OW	20.9	50.4	15.3	13.4
UR	32.8	45.3	14.1	6.3
SZ	26.7	38.7	12.3	20.9
NW	30.8	37.3	0.0	12.4
LU	22.7	35.9	11.6	19.9
FR	20.7	33.5	19.6	11.8
GR	26.3	32.1	10.8	27.5
SG	21.1	31.7	16.1	22.6
JU	20.8	31.3	23.9	5.2
ZG	26.1	29.0	8.3	21.3
SH	20.9	5.4	26.6	33.6
AG	19.0	15.0	18.6	33.5
BE	17.5	1.0	26.1	31.8
ZH	16.7	6.4	26.5	30.4
TG	19.6	19.3	15.7	29.7
SO	35.2	22.1	25.2	15.5
TI	31.8	25.8	17.6	5.8
GL	30.8	14.0	18.7	26.3
VD	23.9	2.2	23.8	11.9
NE	21.9	0.0	31.6	
BS	12.6	9.9	26.0	10.1
BL	21.3	11.3	25.9	21.8
GE	11.2	11.7	17.8	10.4

Seit der Wahlperiode 1968 bis 1971 haben die vier Bundesratsparteien gemäss den hier untersuchten Daten in den Kantonen zusammen *689 Wahlkämpfe* bestritten (vgl. Tabelle 6.10).<sup>3</sup> Dabei haben sie bei 309 Wahlteilnahmen Stimmenanteile gewonnen und bei 369 verloren. Die SP konnte am häufigsten Gewinne von Wählerstimmenanteilen feiern, am seltensten war dies bei der CVP der Fall. Betrachtet man hingegen den Anteil der gewonnenen Wahlen, so ist dieser mit rund 60 Prozent am grössten bei der SVP. Die SP blieb bei knapp mehr als 50 Prozent der Wahlgänge siegreich, während die FDP bei knapp 45 Prozent erfolgreich war. Bei der CVP schliesslich kam es lediglich bei jedem vierten Wahlgang zu einer Steigerung der Wählerstimmenanteile.

Die *Parteivolatilität* für alle vier Parteien und Wahlen in dieser Zeitperiode zeigt, dass durchschnittlich gemessen die SVP in den letzten 30 Jahren die elektoral instabilste Zeit durchlebt hat. Pro Wahl haben bei ihr Verschiebungen der Wählerstimmenanteile von 2.6 Prozentpunkten stattgefunden. Bei der SP liegt dieser Wert bei 2.1 Prozent und bei CVP und FDP bei 1.8 bzw. 1.7 Prozent.

Wichtiger als der absolute Wert der Verschiebungen der Wählerstimmenanteile sind jedoch die *Gewinne und Verluste*. Hier liegt die SP ganz leicht im Plus. Auf sämtliche Wahlgänge umgerechnet hat sie pro Wahl 0.1 Prozentpunkte dazu gewonnen. Bei der SVP liegt dieser Durchschnittswert bei den von ihr bestrittenen Wahlen mit 1.9 Prozent allerdings deutlich höher, während bei der FDP ein Minus von 0.4 Prozentpunkten und bei der CVP ein solches von 1.2 resultierten. Alle Bundesratsparteien zusammen haben ihre Bedeutung halten können. Bei 689 Wahlteilnahmen gingen lediglich 30.3 Prozentpunkte verloren. Die Stärke des Regierungslagers ist auch Gegenstand des nächsten Abschnittes.

Tabelle 6.10: Das Abschneiden der vier grossen Parteien bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003

	Anzahl Wahl- teilnah- men	Verände- rung Pro- zentpunkte absolut (Parteivo- latilität)	Durch- schnittli- che Partei- volatilität	Gewinn oder Ver- luste (Pro- zentpunk- te)	Durch- schnittli- che Ge- winne/ Verluste (Prozent- punkte)	Anteil ge- wonnene Wahlen
FDP	190	331.8	1.7	-71.2	-0.4	44.2
CVP	185	331.8	1.8	-224.3	-1.2	26.5
SPS	181	376.8	2.1	13.7	0.1	52.5
SVP	133	348.0	2.6	251.5	1.9	60.9
Insgesamt	689	1388.4	2.0	-30.3	0.0	44.8

<sup>3</sup> Nicht berücksichtigt wurden die durch die unterschiedlichen Legislaturperioden bedingten Abweichungen in den Kantonen Graubünden und Freiburg.

## 6.2 Regierungsparteien

In einer ganzen Reihe von Kantonen kontrollieren die vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SP und SVP in der ersten Wahlperiode des 21. Jahrhunderts mehr als 90 Prozent der Wählerstimmen (vgl. Tabelle 6.11). Es sind dies namentlich die Innerschweizer Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, sowie Wallis und Graubünden und neu auch wieder St. Gallen und Solothurn. Weniger als 70 Prozent vereinen diese vier Parteien lediglich in vier Kantonen, nämlich in den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Basel-Stadt. Hauptverantwortlich für die schwache Stellung der Bundesratsparteien in diesen Kantonen ist die Liberale Partei, welche dort zu den Regierungsparteien zählt.

Betrachtet man die Entwicklung der *Wählerstimmenanteile* der vier Bundesratsparteien zusammen über die Zeit hinweg, so zeigt sich für die Mehrheit der Kantone bis zu Beginn der 1990er Jahre ein leicht rückläufiger Trend, wobei es allerdings auch Ausnahmen gibt, wie etwa die Kantone Graubünden und Glarus, wo bis Ende der 1960er Jahre ein Teil der Stimmen an die Demokraten ging. Verantwortlich für diesen Rückgang waren zuerst je nach Kanton der Landesring, die Schweizer Demokraten, die Republikaner und vereinzelte Parteien der extremen Linken. In den späteren 1980er Jahren sorgten dann die Grünen und die Freiheitspartei für eine Schwächung der Regierungsparteien.

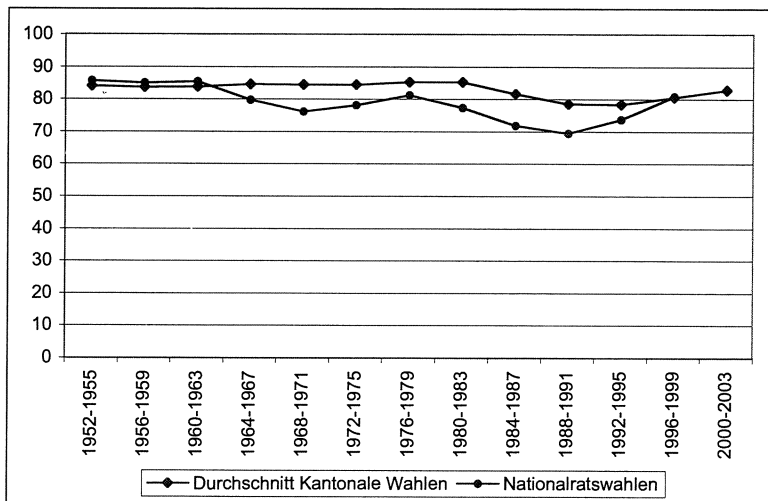
Die Entwicklung des *durchschnittlichen Wählerstimmenanteils* der vier Bundesratsparteien zeigt aber auch, dass der Anteil des Regierungslagers einzig in den Wahlperioden 1988 bis 1991 und 1992 bis 1994 unter die 80 Prozentmarke gefallen ist. Der Vergleich mit der Stärke des Regierungslagers bei Nationalratswahlen ergibt zudem, dass die Entwicklungen mehr oder weniger parallel verlaufen, wobei die Schwankungen bei den kantonalen Durchschnittswerten weniger ausgeprägt sind (vgl. Abbildung 6.23). Dass der kantonale Durchschnittswert Ende 1960er und anfangs 1970er Jahre keinen Einbruch erlitt, ist auf die bereits erwähnte kompensatorische Wirkung der Fusion der Demokraten mit der FDP und der SVP zurückzuführen. Erstaunen mag, dass das Regierungslager bei den kantonalen Wahlen im Durchschnitt stärker zu sein scheint, als bei den Nationalratswahlen. Da in den Kantonen die Zutrittschürden für kleinere Parteien in der Regel tiefer sind, würde man eigentlich das Gegenteil erwarten. Die Ursache dafür liegt aber bei den kleinen, katholischen Kantonen, in denen es lange Zeit neben CVP und FDP keinen Platz für andere Parteien gab. Seit der Jahrtausendwende ist es in einem grösseren Teil der Kantone zu einer Stärkung des Lagers der vier Bundesratsparteien gekommen, wobei hierfür vor allem SVP und SP verantwortlich waren.

Tabelle 6.11: Aggregierte Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien, 1952 bis 2003

Kan- ton	1952 1955	1956 1959	1960 1963	1964 1967	1968 1971	1972 1975	1976 1979	1980 1983	1984 1987	1988 1991	1992 1995	1996 1999	2000 2003
OW				94.7	97.8	96.1	90.2	90.4	86.9	88.3	90.6	98.6	100
SZ	95.9	98.0	99.1	99.7	99.3	98.1	96.9	98.4	93.8	91.2	94.8	96.3	98.6
UR	100	100	100	98.4	100	100	100	100	100	100	93.8	100	98.4
SO	100	100	100	100	94.1	96.0	97.7	97.5	95.2	86.6	85.7	91.2	98.0
GR	59.7	56.8	59.3	65.9	83.6	99.6	98.8	96.7	97.1	93.8	93.3	95.8	96.7
VS	84.9	87.8	91.3	90.6	90.6	90.2	91.3	91.7	93.1	94.9	94.0	95.5	92.5
SG	95.3	92.9	94.0	95.2	92.9	87.7	88.6	94.3	89.5	83.9	75.9	82.4	91.5
LU	98.5	97.4	96.8	92.0	87.0	89.1	92.2	90.8	87.7	90.3	89.6	92.1	90.1
GL	58.1	64.9	64.5	62.8	81.5	97.0	99.0	98.4	95.1	89.4	91.2	87.4	89.8
SH	88.2	92.4	90.0	90.9	85.7	85.6	81.1	84.0	86.2	76.6	72.8	81.3	86.5
AG	91.7	90.2	88.5	88.6	82.3	79.9	83.4	88.1	83.4	74.3	74.5	80.5	86.1
FR	93.4	86.8	82.6	91.5	94.8	95.7	96.5	90.4	91.8	83.5	84.7	85.8	85.6
ZG	97.4	85.4	95.0	97.8	93.5	90.3	91.5	94.0	92.6	86.6	87.8	85.0	84.7
TG	96.9	92.5	92.7	91.4	90.9	85.3	87.3	89.2	83.0	73.6	73.3	78.1	84.3
JU							77.1	78.6	83.6	81.3	81.6	79.6	81.2
TI	98.6	97.8	95.9	95.1	90.8	89.1	89.0	88.0	81.8	73.3	77.5	76.5	81.0
NW	98.3	98.3	98.3	95.0	100	100	100	96.1	92.5	82.1	84.2	84.5	80.5
BL	57.3	61.7	67.6	77.1	70.5	68.4	83.5	78.3	72.5	74.1	75.4	77.3	80.3
ZH	72.6	71.9	72.8	69.7	68.2	70.6	78.4	72.9	64.8	69.8	71.6	77.3	80.0
BE	97.4	96.8	95.9	94.2	92.9	87.3	87.5	85.0	75.9	75.6	75.1	76.5	76.4
VD	75.4	76.8	73.1	73.6	75.6	69.9	72.3	69.6	65.6	69.0	68.9	63.1	61.8
BS	63.9	62.8	61.3	63.5	54.9	50.8	54.5	55.2	47.1	42.8	48.0	49.0	58.6
NE	65.9	64.9	59.2	60.7	57.1	62.6	59.6	62.7	57.7	59.3	56.4	54.9	53.5
GE	57.7	65.3	66.0	58.5	56.1	53.1	51.8	56.6	43.7	45.2	42.1	45.1	51.1
Ø KW	84.0	83.7	83.8	84.6	84.4	84.4	85.3	85.3	81.7	78.6	78.4	80.6	82.8
NR- W	85.6	85	85.4	79.8	76.1	78.1	81.3	77.4	71.9	69.4	73.7	80.8	81.7

Anmerkungen: Ø KW steht für die durchschnittlichen Werte bei den kantonalen Wahlen. NR-W steht für die Werte bei den Nationalratswahlen.

Abbildung 6.23: Durchschnittliche aggregierte Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien bei kantonalen Wahlen und aggregierte Wählerstimmenanteile bei Nationalratswahlen, 1952 bis 2003



### 6.3 Politische Lager

Welches politische Lager hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen? Gewisse Exponenten der SVP beklagen beispielsweise immer wieder, dass die Gesellschaft nach „links“ gerutscht sei. Dies mag hinsichtlich der zentralen gesellschaftlichen Werte wohl zutreffen, und es wäre wohl auch nachzuweisen, dass heute mehr politisch links stehende Personen in wichtigen gesellschaftlichen Positionen (Bildungssektor, Medien, Verwaltung, Freie Berufe) vertreten sind. Die Linke ihrerseits macht demgegenüber einen Rechtsrutsch aus, welcher sich zum Beispiel in neoliberalen Angriffen auf den Sozialstaat und den „Service Public“ ganz allgemein, sowie in einer restriktiveren Asylpolitik äussert. Welche Entwicklungen lassen sich auf Ebene der Wählerstimmenanteile der verschiedenen Lager in den Kantonen finden?

Für die Überprüfung der Frage, welche politischen Kräfte in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben, reicht die Analyse der Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien unter Umständen nicht aus, da in Mehr- und Vielparteiensystemen verschiedene Parteien zusammen ein mehr oder weniger homogenes politisches Lager bilden können. Entsprechend werden abschliessend die Parteien politischen Lagern zugeordnet. Zur Linken gezählt werden neben der SP die GPS, GBS, PdA, POCH, PSA, Liberalsozialisten und Grütlianer.

Zum rechten Lager gehören die SVP zusammen mit der FPS, der EDU, der SD und der Lega. Keinem dieser Lager zugeordnet und damit zur politischen Mitte gezählt werden FDP, CVP, EVP, LdU und LPS.<sup>4</sup>

Seit den 1970er Jahren macht sich insgesamt in den Kantonen ein Anstieg der Wählerstimmenanteile der *Linken* bemerkbar. Gegenüber der Wahlperiode 1968-1971 hat sich beispielsweise die Linke mit Ausnahme der Kantone Schwyz, und Aargau in allen Kantonen steigern können (vgl. Tabelle 6.12). Besonders ausgeprägt war ihr Anstieg in Obwalden, Nidwalden, im Tessin und in Zürich.

Allerdings vermochte auch die *Rechte* ihre Wählerstimmenanteile in den letzten 30 Jahren zu steigern. Die Zahl der Kantone mit grossen Zuwachsraten für die Rechte ist zudem deutlich grösser als im Fall der Linken. Weiter fällt auf, dass die Rechte bis zu Beginn der 1980er Jahre an Wählerstimmenanteilen verloren hat (vgl. Tabelle 6.13). Erst seit Mitte der 1980er Jahre verzeichnet sie positive Zuwachsraten.

Die politischen Kräfteverhältnisse haben sich gemäss diesen Zahlen also sowohl zugunsten der Linken wie auch zugunsten der Rechten verlagert. Demzufolge kann auch aufgrund dieser Analysen von einer Polarisierung der Parteienverhältnisse in den letzten 30 Jahren ausgegangen werden, wie sie bereits im vorangehenden Kapitel festgestellt wurde. Diese Polarisierung kommt auch in der abschliessenden Abbildung 6.24 noch einmal deutlich zum Ausdruck. Während die CVP zusammen mit der FDP an Wählerstimmenanteilen verlieren, konnten sich die Linke und die Rechte verbessern. Die Zuwachsraten auf der Rechten sind dabei leicht grösser als auf der Linken, welche in jüngster Zeit sogar eher stagnierte.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Natürlich ist eine derartige Zuordnung der Parteien zu den einzelnen Lagern immer auch ein wenig arbiträr und lässt sich hinterfragen. Ein Teil der Wählerstimmen kann zudem keine Lager zugeordnet werden, da er der Kategorie „übrige Parteien“ zugeteilt worden ist.

<sup>5</sup> Das nachfolgende Kapitel, welches den ersten Teil dieser Arbeit abschliesst, wird noch einmal auf die Stärke der verschiedenen Parteien in den einzelnen Kantonen zurückkommen, wenn es darum geht, charakteristische Gruppen von kantonalen Parteiensystemen zu bilden.

Tabelle 6.12: Verschiebung Wähleranteile in das „linke“ Lager, 1968 bis 2003

Kan- ton	1968 -	1972 -	1976 -	1980 -	1984 -	1988 -	1992 -	1996 -	2000 -	1968 -
	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	2003
ZH	22.8	1.6	3.2	-1.6	5.1	0.1	0.6	-2.8	5.4	11.6
BE	32.4	-3.7	2.1	-1.8	2.7	3.7	-2.9	0.2	1.4	1.7
LU	7.5	1.5	2.2	2.3	2.1	1.1	-0.4	-0.9	1.9	9.8
UR	6.6	1.3	0.0	0.0	1.6	0.0	6.3	-3.1	3.1	9.1
SZ	14.0	4.5	-0.5	-1.1	3.8	-1.0	-4.0	-1.7	-1.7	-1.7
OW	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.2	5.1	15.3
NW	1.7	-1.7	0.0	7.6	2.6	6.5	-1.6	0.5	3.9	17.8
GL	17.8	1.4	2.3	-1.8	-1.9	5.6	-0.5	-2.8	5.8	8.1
ZG	12.5	-1.4	3.4	1.1	1.8	4.1	-4.1	-8.5	3.6	0.0
FR	20.8	0.6	0.6	3.3	-1.5	4.9	-0.3	-0.3	-4.6	2.8
SO	25.4	1.7	0.4	-2.6	1.8	1.1	1.3	0.6	-3.5	0.7
BS	32.1	3.5	3.9	0.6	1.4	0.3	1.4	7.1	-16.9	1.3
BL	26.1	2.9	7.1	-3.1	3.6	-2.9	-0.9	-0.8	3.4	9.2
SH	33.7	-1.3	0.6	0.9	-0.9	-1.5	-4.3	5.5	1.4	0.4
SG	15.4	-2.4	2.4	0.5	-0.8	0.9	0.9	0.8	0.2	2.5
GR	7.1	-0.8	0.8	0.8	-1.7	2.5	-1.3	1.7	2.5	4.6
AG	26.8	-4.5	2.3	-0.5	1.4	-1.2	0.0	0.9	-2.6	-4.2
TG	21.4	-4.9	2.8	1.1	0.4	2.2	0.5	-1.0	0.5	1.5
TI	21.4	1.1	1.3	-0.6	-0.2	10.3	3.0	0.5	-4.3	11.1
VD	35.0	-0.1	3.7	-3.2	-2.8	1.4	3.1	-0.2	1.7	3.7
VS	10.0	1.2	0.6	-1.0	-0.4	2.8	1.0	2.8	-3.5	3.5
NE	40.4	0.5	1.9	0.1	-1.9	5.0	-5.4	4.1	3.2	7.5
GE	34.7	-1.0	3.5	-1.5	-2.6	6.2	1.3	6.5	-5.2	7.3
JU			21.4	1.1	0.6	2.0	-0.1	-1.0	-0.2	2.4
Anzahl Wahlbe- teiligungen		22	22	23	23	23	23	24	24	184
Lagervolatilität		43.5	45.5	38.2	43.5	67.4	45.2	64.6	85.6	433.5
Durchschnittliche Lagervolatilität		2.0	2.1	1.7	1.9	2.9	2.0	2.7	3.6	2.4
Gewinne total		-0.1	44.4	0.7	14.2	54.2	-6.4	18.5	0.7	126.2
Durchschnittliche Gewinne		0.0	2.0	0.0	0.6	2.4	-0.3	0.8	0.0	0.7

Tabelle 6.13: Verschiebung Wähleranteile in das „rechte“ Lager, 1968 bis 2003

Kan- ton	1968 -	1972 -	1976 -	1980 -	1984 -	1988 -	1992 -	1996 -	2000 -	1968 -
	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	2003
ZH	22.1	1.6	-3.4	0.7	1.4	4.7	1.2	6.1	-0.4	11.9
BE	36.4	2.6	3.0	-0.5	-4.1	1.7	3.3	-0.9	-2.8	2.3
LU	3.0	-0.3	-2.1	-0.6	0.7	-0.1	8.9	9.1	1.3	16.9
UR	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	6.3	6.3
SZ	0.0	1.9	0.4	2.1	-0.2	3.7	-0.2	8.5	4.8	20.9
OW	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0	-0.2	13.4	13.4
NW	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	12.4	12.4
GL	14.3	14.2	-1.7	1.4	-1.0	-0.5	0.5	-0.1	-0.2	12.4
ZG	4.1	0.2	-4.3	0.0	0.0	0.0	8.6	4.0	8.7	17.2
FR	6.5	0.1	0.1	-0.2	1.3	1.1	-0.3	-0.3	3.4	5.3
SO	0.0	0.0	0.2	-0.2	0.5	5.1	2.9	1.8	5.1	15.5
BS	2.3	6.5	-1.9	-3.0	1.9	2.4	1.7	-3.1	8.0	12.4
BL	15.4	-2.7	0.7	-0.6	2.3	5.9	0.3	5.2	0.9	12.0
SH	21.2	1.1	-1.0	-0.6	2.1	9.8	0.0	1.3	-0.3	12.4
SG	0.0	5.7	-2.2	-3.3	0.3	4.0	7.9	4.2	6.4	23.1
GR	16.8	16.5	2.1	-1.3	0.0	0.4	-0.4	-0.8	-5.8	10.7
AG	15.0	3.9	0.2	-1.2	1.1	7.7	2.8	1.4	7.4	23.3
TG	24.6	5.6	-1.1	-2.6	0.1	5.9	1.4	-0.1	-0.8	8.3
TI	3.7	0.1	-0.6	0.2	-0.8	12.0	4.5	1.8	-3.3	13.9
VD	7.6	4.4	-4.1	-0.1	4.3	-3.7	-0.7	1.1	3.7	5.0
VS	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8	4.8
NE	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9	-0.9	0.3	0.3
GE	5.9	3.4	-1.3	-0.3	11.3	-2.9	-13.8	0.2	7.9	4.5
JU	0.0	0.0	2.8	-0.4	-0.6	0.1	0.1	0.3	2.9	5.2
Anzahl Wahlbe- teiligungen		22	22	23	23	23	23	24	24	184
Lagervolatilität		70.7	30.4	19.2	33.9	72.0	60.5	51.5	111.3	449.5
Durchschnittliche Lagervolatilität		3.2	1.4	0.8	1.5	3.1	2.6	2.1	4.6	2.4
Gewinne total		64.7	-17.1	-10.6	20.6	57.6	29.7	38.7	84.0	267.8
Durchschnittliche Gewinne		2.9	-0.8	-0.5	0.9	2.5	1.3	1.6	3.5	1.5



kanter Zusammenhang zwischen der Fragmentierung und der Blockvolatilität im engeren oder weiteren Sinne besteht. Offen bleibt die Beantwortung der Frage, ob Parteiensysteme mit einer grösseren Zahl an Parteien eher links sind oder nicht. Einen signifikanten Zusammenhang in diese Richtung findet man, wenn man die Fragmentierung mit dem Hyperfraktionalisierungsindex bzw. mit dem Molinar-Index misst, nicht aber, wenn man sie mit der effektiven Zahl der Parteien und mit dem Fragmentierungsindex von Rae misst. Da jedoch in den letzten beiden Fällen die Korrelationswerte in dieselbe Richtung weisen und das Fünf-Prozent-Signifikanzniveau nur knapp verfehlt wird, ist die Behauptung, dass Kantone mit vielen Parteien eher ein linksorientiertes Parteiensystem haben, nicht völlig von der Hand zu weisen. Zudem wurde im Kapitel 3 über die Zahl der Parteien festgehalten, dass der Hyperfraktionalisierungsindex (I) für die Analyse des Schweizer Parteiensystems der angemessenere Index ist.

- Die *Volatilität* eines Parteiensystems korreliert, wie bereits festgehalten wurde, mit der Fragmentierung des Parteiensystems sowie mit der Polarisierung. Je weiter die Parteien auf der Links-rechts-Achse auseinander liegen, desto grösser sind die Wählerstimmenverschiebungen. Dies mag erstaunen, da bei einer grösseren Distanz angenommen werden kann, dass die Wählerinnen und Wähler bei der Veränderung ihres Wahlentscheides grössere „ideologische Hürden“ überwinden müssen. Die ebenfalls positive Beziehung zwischen Volatilität und Blockvolatilität deutet jedoch darauf hin, dass die Verschiebungen vor allem innerhalb der politischen Lager stattfinden. Die höhere Volatilität hängt mit der grösseren Zahl der Parteien zusammen, welche es ermöglicht, die Partei zu wechseln ohne sogleich in das andere politische Lager übertreten zu müssen; und solche Parteiensysteme sind polarisierter.
- Die *Positionierung* des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse zeigt abgesehen von den zwei schwachen Beziehungen mit den zwei erwähnten Fragmentierungsindices keine signifikanten Korrelationen mit den anderen Variablen. Es lässt sich auch nicht statistisch belegen, dass die linken Parteiensysteme polarisierter sind. Trotz allem macht es den Anschein, dass die Chancen grösser sind, dass man ein linkes Parteiensystem findet, welches eine grössere Zahl an Parteien, eine grössere Volatilität und eine grössere Polarisierung aufweist. Die Korrelationen weisen in diese Richtung, sind aber nicht signifikant.
- Bei der *Polarisierung* finden sich, mit Ausnahme der Positionierung und der Blockvolatilität im weiteren Sinne, mit allen anderen Merkmalen der Parteiensysteme signifikante Beziehungen. Je grösser die Distanz zwischen den Parteien ist, desto fragmentierter ist ein Parteiensystem und desto grösser sind die Gewinne und Verluste der Parteien bei Wahlen.

## 7 Kantonale Parteiensysteme – zusammenfassende Analysen

Anstelle einer Zusammenfassung werden in diesem letzten Kapitel des ersten Teils die charakteristischen Merkmale der Parteiensysteme unter verschiedenen analytischen Blickwinkeln miteinander verknüpft. In einem ersten Schritt interessiert, wie weit zwischen den verschiedenen Merkmalen ein Zusammenhang besteht. Danach wird der Versuch unternommen, mit den verschiedenen Merkmalen eine sinnvolle Typologie von kantonalen Parteiensystemen zu bilden. Und schliesslich wird nach charakteristischen Veränderungen und Wandlungstendenzen gesucht. Für eine abschliessende Beantwortung der Frage nach dem Wandel der Parteien und Parteiensysteme sei auf das Schlusskapitel der gesamten Arbeit verwiesen.

### 7.1 Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Merkmalen der Parteiensysteme

In wieweit messen die verschiedenen Indikatoren unterschiedliche und voneinander unabhängige Merkmale der kantonalen Parteiensysteme? Aufschluss darüber geben die Korrelationen zwischen den einzelnen Indikatoren und Grössen. Dabei betrachten wir zuerst die *funktionalen Parteiensystemmerkmale* wie Zahl der Parteien, Volatilität, Blockvolatilität, Positionierung und Polarisierung. Im Gegensatz zu den Erkenntnissen von Lane/Ersson (1994: 180) bestätigt sich dabei nicht, dass zwischen den verschiedenen Merkmalen überhaupt keine Beziehungen bestehen (vgl. Tabelle 7.1):<sup>1</sup>

- Was die *Zahl der Parteien* anbelangt, so zeigt sich, wie bereits festgestellt, dass sämtliche Fragmentierungsindices (N, NP, I und F) sehr stark miteinander korrelieren. Weitere Zusammenhänge bestehen zwischen der Fragmentierung und der totalen Volatilität und zwischen der Fragmentierung und der Polarisierung eines Parteiensystems. In Parteiensystemen mit einer grösseren Zahl an Parteien finden von Wahl zu Wahl grössere Wählerstimmenverschiebungen statt und die Distanz zwischen den Parteien auf der Links-rechts-Achse ist grösser. Die Wählerstimmenverschiebungen finden allerdings nicht zwischen linken und rechten Parteien statt, sondern spielen sich innerhalb der politischen Lager ab, was daran zu sehen ist, dass kein signifi-

---

<sup>1</sup> Die Berechnungen basieren auf den Wahlergebnissen der Zeitperiode von 1972 bis 1999 (letztes Drittel des 20. Jahrhunderts) in Form von Durchschnittswerten (Polarisierung, Positionierung). Ebenfalls auf der Basis dieser Werte wurden verschiedene Kennzahlen bzw. Indikatoren (Zahl der Parteien, Volatilität, Blockvolatilität) berechnet, die auf einem Mittelwert über sämtliche Wahlgänge in dieser Zeitperiode beruhen. Durch die Verwendung von Durchschnittswerten werden durch „ausserordentliche“ Wahlen bedingte Verzerrungen ausgeschlossen.

Tabelle 7.1: Korrelationen zwischen den verschiedenen Merkmalen der kantonalen Parteiensysteme, 1972 bis 1999

	Effektive Zahl der Parteien	Effektive Zahl der Parteien, Hyperfraktionalisierungs- index	Effektive Zahl der Parteien, Molinar	Fragmentierung, Rae- Index	Totale aggregierte Volatilität	Blockvolatilität im engen Sinne	Blockvolatilität im weiten Sinne	Positionierung des Parteiensystems auf der Links- rechts-Achse	Polarisierung des Parteiensystems
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien	1.000	0.952*	0.971*	0.898*	0.724*	0.205	0.227	-0.358	0.720*
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Hyperfraktionalisierungsindex	0.952*	1.000	0.979*	0.924*	0.716*	0.253	0.221	-0.414*	0.736*
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Molinar	0.971*	0.979*	1.000	0.916*	0.754*	0.231	0.273	-0.412*	0.713*
Durchschnittliche Fragmentierung, Rae-Index	0.898*	0.924*	0.916*	1.000	0.690*	0.225	0.212	-0.329	0.683*
Durchschnittliche totale aggregierte Volatilität	0.724*	0.716*	0.754*	0.690*	1.000	0.534*	0.598*	-0.314	0.762*
Durchschnittliche Blockvolatilität im engen Sinne	0.205	0.253	0.231	0.225	0.534*	1.000	0.388	-0.328	0.542*
Durchschnittliche Blockvolatilität im weiten Sinne	0.227	0.221	0.273	0.212	0.598*	0.388	1.000	-0.213	0.233
Durchschnittliche Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse	-0.358	-0.414*	-0.412*	-0.329	-0.314	-0.328	-0.213	1.000	-0.342
Durchschnittliche Polarisation des Parteiensystems	0.720*	0.736*	0.713*	0.683*	0.762*	0.542*	0.233	-0.342	1.000
N=	24	24	24	24	24	24	24	24	24

Anmerkungen: Korrelationen, die mindestens das Fünf-Prozent-Signifikanzniveau aufweisen, sind mit einem \* gekennzeichnet.

Trotz der Plausibilität der Korrelationen in Tabelle 7.1 gilt es davor zu warnen, allzu schnell auf kausale Beziehungen zu schliessen. Kommt es zu grösseren Wählerstimmenverschiebungen, weil es in einem Parteiensystem eine grössere Zahl an Parteien hat, oder gibt es eine grössere Zahl an Parteien, weil sich die Wählerinnen und Wähler nicht längerfristig an eine Partei binden wollen? Eine Antwort auf solche Fragen können nur theoretische Überlegungen und kompliziertere statistische Analysen geben. Wir werden im Schlusskapitel dieser Arbeit darauf zurückkommen.

Die Korrelationen der durchschnittlichen Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien, respektive der verschiedenen politischen Lager und der Bundesratsparteien, zeigen einige für die kantonalen Parteiensysteme charakteristische Regularitäten (vgl. Tabelle 7.2):

- Ein hoher Wählerstimmenanteil der *FDP* korreliert positiv mit einem hohen Wählerstimmenanteil des rechten Lagers (*SVP*, *FPS*, *SD*, *EDU* und *Lega dei Ticinesi*).
- Ein hoher *CVP-Wählerstimmenanteil* korreliert stark negativ mit dem Anteil der *SP* und der Linken, und eher schwach mit einem solchen des rechten Lagers und noch etwas schwächer mit einem solchen der *SVP*. Ein hoher *CVP*-Anteil geht auch einher mit einem hohen Anteil der Bundesratsparteien.
- Ist die *SP* stark, so ist die *CVP*, wie bereits erwähnt, schwach. Damit ist in diesen Kantonen auch das linke Lager stark. Die Bundesratsparteien haben demgegenüber einen unterdurchschnittlichen Wählerstimmenanteil.
- Bei der *SVP* schliesslich findet sich nur eine schwache negative Korrelation mit dem Wählerstimmenanteil der *CVP*. Dass in den *SVP*-Kantonen auch das rechte Lager, zu dem die *SVP* gehört, stark ist, erstaunt wenig.

Interessant an den in Tabelle 7.2 aufgeführten Korrelationskoeffizienten ist, dass sich eine starke *CVP* und eine starke *SP* ausschliessen. Interessant ist weiter, dass sich *SVP* und *CVP* nicht ausgesprochen stark ausschliessen. Dies bestätigt, dass hier eine Durchmischung (*SVP* ist heute auch in *CVP*-Kantonen vertreten) stattgefunden hat. Die Bundesratsparteien zusammen haben in denjenigen Kantonen einen hohen Wählerstimmenanteil, in denen *FDP* und *CVP* stark sind. Ist die *SP* oder die Linke stark, so ist der Anteil der Bundesratsparteien gering.

Tabelle 7.1: Korrelationen zwischen den verschiedenen Merkmalen der kantonalen Parteiensysteme, 1972 bis 1999

	Effektive Zahl der Partei- en	Effektive Zahl der Partei- en, Hyper- frakti- onalisie- rungs- index	Effektive Zahl der Partei- en, Molin- ar	Frag- mentie- rung, Rae- Index	Totale aggre- gierte Volati- lität	Block- volatili- tät im enge- ren Sinne	Block- volatili- tät im weite- ren Sinne	Positi- onierung des Partei- ensystems auf der Links- rechts- Achse	Polari- sierung des Partei- ensystems
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien	1.000	0.952*	0.971*	0.898*	0.724*	0.205	0.227	-0.358	0.720*
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Hyperfraktionalisierungsindex	0.952*	1.000	0.979*	0.924*	0.716*	0.253	0.221	-0.414*	0.736*
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Molinar	0.971*	0.979*	1.000	0.916*	0.754*	0.231	0.273	-0.412*	0.713*
Durchschnittliche Fragmentierung, Rae-Index	0.898*	0.924*	0.916*	1.000	0.690*	0.225	0.212	-0.329	0.683*
Durchschnittliche totale aggregierte Volatilität	0.724*	0.716*	0.754*	0.690*	1.000	0.534*	0.598*	-0.314	0.762*
Durchschnittliche Blockvolatilität im engeren Sinne	0.205	0.253	0.231	0.225	0.534*	1.000	0.388	-0.328	0.542*
Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne	0.227	0.221	0.273	0.212	0.598*	0.388	1.000	-0.213	0.233
Durchschnittliche Positionierung des Parteiensystems auf der Linksrechts-Achse	-0.358	-0.414*	-0.412*	-0.329	-0.314	-0.328	-0.213	1.000	-0.342
Durchschnittliche Polarisierung des Parteiensystems	0.720*	0.736*	0.713*	0.683*	0.762*	0.542*	0.233	-0.342	1.000
N=	24	24	24	24	24	24	24	24	24

Anmerkungen: Korrelationen, die mindestens das Fünf-Prozent-Signifikanzniveau aufweisen, sind mit einem \* gekennzeichnet.

Tabelle 7.2: Korrelationen zwischen den Wähleranteilen der verschiedenen Parteien, der politischen Lager und der Bundesratsparteien, 1972 bis 1999

	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der FDP	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der CVP	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SP	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SVP	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der linken Parteien	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der rechten Parteien	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der FDP, 1972-1999	1.000	0.376	-0.339	-0.306	-0.360	-0.446*	0.539*
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der CVP, 1972-1999	0.376	1.000	-0.822*	-0.444*	-0.862*	-0.551*	0.701*
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SP, 1972-1999	-0.339	-0.822*	1.000	0.148	0.874*	0.251	-0.592*
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SVP, 1972-1999	-0.306	-0.444*	0.148	1.000	-0.013	0.963*	0.147
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der linken Parteien, 1972-1999	-0.360	-0.862*	0.874*	-0.013	1.000	0.133	-0.851*
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der rechten Parteien, 1972-1999	-0.446*	-0.551*	0.251	0.963*	0.133	1.000	-0.023
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien, 1972-1999	0.539*	0.701*	-0.592*	0.147	-0.851*	-0.023	1.000
N=	24	24	24	24	24	24	24

Anmerkungen: Korrelationen, die mindestens das Fünf-Prozent-Signifikanzniveau aufweisen, sind mit einem \* gekennzeichnet.

Die Analyse der Beziehungen zwischen den *Wählerstimmenanteilen* der Parteien respektive den politischen Lagern und den charakteristischen *Parteiensystemindikatoren*, zeigt abschliessend, in welchen Formen des Parteienwettbewerbs die verschiedenen Parteien eingebunden sind (vgl. Tabelle 7.3).

In denjenigen Kantonen, in denen die FDP stark ist, sind in der Regel die Zahl der Parteien tief und die politischen Verhältnisse relativ stabil. Keine signifikanten Zusammenhänge bestehen mit der Blockvolatilität und mit der Polarisierung des Parteiensystems. Ganz ähnlich präsentiert sich die Situation der CVP. Hohe CVP-Anteile korrelieren stark negativ mit der Zahl der Parteien und in einem mittleren Masse negativ mit der Volatilität. Anders als bei der FDP gilt für die CVP auch, dass in ihren Hochburgen die Polarisierung des Parteiensys-

tems tief ist. Hat die SP in einem Kanton höhere Wählerstimmenanteile, so ist dort die Zahl der Parteien grösser und das System polarisierter. Bei der SVP kommt demgegenüber nicht signifikant zum Ausdruck, dass in ihren Hochburgen das Parteiensystem eher auf die rechte Seite des politischen Spektrums tendiert.

Deutlichere Korrelationen als die Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien liefern die Stärke des linken Lagers und der Bundesratsparteien. Ist das linke Lager stark, so sind die Zahl der Parteien gross, sowohl die totale Volatilität wie die Blockvolatilität höher, das Parteiensystem tendiert nach links und die Polarisierung ist grösser. Genau das Gegenteil gilt, wenn das Lager der Bundesratsparteien stark ist.

Tabelle 7.3: Korrelationen zwischen den Wähleranteilen der verschiedenen Parteien, der politischen Lager und der Bundesratsparteien sowie den charakteristischen Merkmalen der Parteiensysteme, 1972 bis 1999

	Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien	Durchschnittliche totale aggregierte Volatilität	Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne	Durchschnittliche Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse	Durchschnittliche Polarisierung des Parteiensystems
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der FDP	-0.588*	-0.482*	-0.180	0.301	-0.387
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der CVP	-0.784*	-0.594*	-0.283	0.309	-0.597*
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SP	0.585*	0.382	0.148	-0.471*	0.376
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SVP	0.320	0.063	-0.165	0.337	0.169
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der linken Parteien	0.716*	0.631*	0.431*	-0.600*	0.549*
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der rechten Parteien	0.485*	0.245	-0.138	0.215	0.331
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien	-0.739*	-0.782*	-0.576*	0.540*	-0.610*
N=	24	24	24	24	24

Anmerkungen: Korrelationen, die mindestens das Fünf-Prozent-Signifikanzniveau aufweisen, sind mit einem \* gekennzeichnet.

## 7.2 Eine empirische Typologisierung der kantonalen Parteiensysteme

In der Literatur finden sich zahlreiche Versuche, die Parteiensysteme in den Schweizer Kantonen zu typologisieren. Das Problem der meisten Typologien ist, dass sie nur ausgewählte Merkmale der Parteiensysteme berücksichtigen und dass häufig die Typengrenzen nicht klar definiert sind, so dass die Zuordnung der kantonalen Parteiensysteme zu den einzelnen Typen nicht immer völlig einsichtig ist. In diesem Abschnitt werden zuerst die wichtigsten Typologien vorgestellt und diskutiert. Anschliessend wird versucht, unter Berücksichtigung der in den vorangehenden Kapiteln diskutierten Merkmale der Parteiensysteme empirisch induktiv eine *mehrdimensionale Typologie der kantonalen Parteiensysteme* zu erstellen, welche alle wichtigen Merkmale der Parteiensysteme berücksichtigt und damit für die grösstmögliche Homogenität der einzelnen Typen sorgt. Wenden wir uns aber zuerst den bestehenden Typologien, ihren Typen, Zuordnungskriterien und Ergebnissen zu.

Gruner (1977: 66ff.) basiert seine Typologie vor allem auf der historischen Entwicklung der kantonalen Parteien- und Regierungssysteme im 19. Jahrhundert. Dabei stützt er sich hauptsächlich auf die Regierungszusammensetzungen ab und unterscheidet folgende Stufenfolge: *Hegemonialherrschaft, prädominante Partei und Multipartismus*. Er unterscheidet vier Typen von Parteiensystemen. Beim ersten Typ geht aus einer kurzfristigen Hegemonialherrschaft und einer mehr oder weniger lange dauernden Herrschaft einer prädominanten Partei ein Multipartismus hervor. Als Sonderfall ergeben sich hier Regierungssysteme mit mehr oder weniger häufigen Machtrotationen. Beim zweiten Typus erfolgt nach kurzer Hegemonialherrschaft einer Minderheitspartei eine langfristige hegemoniale Gegenherrschaft. Nach einer lange andauernden Hegemonialherrschaft folgen im dritten Typus eine prädominierende Partei mit teilweiser Abgabe von Macht an Minderheitsparteien bzw. Multipartismus. Und im vierten Typus fehlt eine Hegemonialpartei und es kommt schon sehr früh zu einem Multipartismus.

Blum (1978) stützt sich bei seiner Typologie auf die Zusammensetzung der kantonalen Parlamente ab, wobei er auch das Wahlsystem und allfällige Sperrklauseln berücksichtigt. Er unterscheidet zwischen *Hegemonialsystemen* mit höchstens zwei Parteien, einem gemässigten Multipartismus mit einer prädominanten Partei und drei bis fünf Parteien sowie einem *ausgeprägten Multipartismus* (Ausnahmen sind die Kantone Luzern, St. Gallen und Wallis) mit mehr als fünf Parteien.

Fagagnini (1978: 77), der sich an die Klassifikationsversuche von Duverger (1951) und Girod (1964) anlehnt, unterscheidet zwischen Systemen mit *Mehrheitsparteien*, solchen mit *dominierenden Parteien* und solchen mit ausschliesslich *mittleren und kleineren Parteien*.

Seiler (1991) hebt vor allem die Existenz der CVP in den Vordergrund und unterscheidet zwischen einem „multipartisme accentué“, bei dem ähnlich kom-



plexe Verhältnisse herrschen wie auf Bundesebene, und einem *gemässigten multipluralen Parteiensystem*, in dem entweder die CVP dominiert oder gleich stark wie FDP und SP ist. Eine dritte Gruppe bilden *Sonderfälle*.

Die Typologie von Klöti (1998) basiert auf zwei Kriterien: die *Anzahl der 1995 in den Nationalrat gewählten Parteien* (wobei ergänzend auch die Parteiververtretungen im Ständerat und in den kantonalen Regierungen berücksichtigt werden) und die Art der *dominierenden (bürgerlichen) Parteien*. Dazu werden die wählerstärkste und die zweitstärkste Partei bei den National- und Ständeratswahlen von 1995 beigezogen. Aus den beiden Dimensionen mit den Ausprägungen ein bis drei Parteien, vier bis sieben Parteien und zehn Parteien sowie CVP, SVP-FDP und LPS-FDP resultieren neun mögliche Kombinationen, wo von sieben in Realität vorkommen.

Kriesi (1998: 6) schlägt vor, drei Typen von kantonalen Parteiensystemen zu unterscheiden: Diejenigen in den *katholischen Kantonen*, in denen der klassische religiöse Konflikt zwischen den gläubigen Katholiken und den säkularisierten Teilen der Bevölkerung im Gegensatz zwischen CVP und FDP artikuliert wird. Für die Parteiensysteme in den ehemals protestantischen und heute gemischten Kantonen gilt es darüber hinaus nach der Sprachzugehörigkeit zu unterscheiden. In den *gemischten deutschsprachigen Kantonen* ist der Klassenkonflikt befriedet, während er in den *gemischten französischsprachigen Kantonen* noch bedeutungsvoll ist. Zudem besteht hier auch eine ungebrochene Konkurrenz zwischen den zwei Hauptströmungen des Liberalismus, zwischen den konservativen Liberalen und den progressiveren Freisinnigen.

Die jüngste Typologisierung von Vatter (2002: 198ff.) unterscheidet zwei Hauptdimensionen: Institutionelle und kompetitive Faktoren sowie historisch-soziologische Faktoren. Damit versucht er die Forderung von Sartori (1976) bezüglich des Parteienwettbewerbs und mit Einschränkungen auch diejenige von Duverger (1951) nach der Berücksichtigung institutioneller Faktoren mit dem Konzept von Lipset/Rokkan (1967) und ihren gesellschaftlichen Konfliktlinien zu kombinieren. Insgesamt werden vier Merkmale der Parteiensysteme berücksichtigt: Anteil der Linken auf der einen Dimension und Fraktionalisierung, Polarisierung und Volatilität auf der anderen. Diese beiden Hauptdimensionen sind ebenfalls miteinander verbunden, so dass daraus letztlich lediglich drei Typen von Parteiensystemen resultieren: ein *hegemoniales Zweiparteiensystem*, ein *gemässigtes Drei- bis Vierparteiensystem* und ein *ausgeprägtes Mehrparteiensystem*.

Was die den Typologien zugrunde liegenden *Zuordnungskriterien* anbelangt, so fällt auf, dass bei den früheren Typologien mit der Stärke und der Zahl der Parteien vor allem die *Art des Parteienwettbewerbs* betrachtet wurde (Gruner 1977, Blum 1978, Fagagnini 1978). Dieses Vorgehen wird ergänzt durch Seiler (1991) und Klöti (1998), welche darüber hinaus auch die *Art der Parteien* berücksichtigen. Kriesi (1998) und Vatter (2002) nehmen ebenfalls auf die Art der Parteien Rekurs, sie betrachten aber die den Parteiensystemen zugrunde liegenden *Konfliktstrukturen*, wobei sich Kriesi (1998) mit der Konfession und der

Sprachregion auf Strukturmerkmale der Kantone abstützt, während Vatter (2002) von den historischen Konflikten im Sinne von Lipset/Rokkan (1967) ausgeht und diese mit den Merkmalen der Parteiensystemen und des Parteienwettbewerbs kombiniert.

Die *Mängel und Probleme* der bestehenden Typologien zeigen sich vor allem bei ihrer konkreten Anwendung und der Zuordnung der Parteien zu den verschiedenen Typen von Parteiensystemen (vgl. Tabelle 7.4):

- Bei Gruner (1969 und 1977) gehören beispielsweise so unterschiedliche Parteiensysteme wie diejenigen in Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen und Neuenburg demselben Typus an.
- Bei Blum (1978) lässt sich darüber streiten, wie weit die Parteiensysteme in Uri, Schwyz, Zug und Freiburg wirklich als gemässiger Multipartismus bezeichnet werden können, obschon die CVP noch in den 1970er Jahren in den kantonalen Regierungen die absolute Mehrheit der Sitze hielt. Auch dürften die Ausnahmen Luzern, St. Gallen und Wallis in der Tat nur bedingt zur Kategorie des ausgeprägten Multipartismus gehören, fehlte doch in diesen Kantonen zur damaligen Zeit die SVP fast gänzlich.
- Fagagninis (1978) Typologie hat vor allem den Mangel, dass sie eine sehr heterogene Kategorie mit mittleren und kleinen Parteien aufweist, in der sich Parteiensysteme aus städtischen Kantonen wie Zürich, Basel-Stadt und Genf mit solchen aus Kantonen wie Schaffhausen und Neuenburg vereint sehen.
- Bei Seiler (1991) fehlen einige Kantone und die Typen sind nicht präzise abgegrenzt. Das „luxemburgische Modell“ gibt es auch in den Kantonen Luzern, St. Gallen, Tessin Solothurn, in denen die drei Parteien CVP, FDP und SP traditionell in den kantonalen Regierungen vertreten sind.
- Klötis (1998) Typologie hat den Fehler, dass sie sich auf die Nationalratswahlen abstützt, die nicht in allen Fällen mit den Ergebnissen der kantonalen Wahlen übereinstimmen (vgl. z.B. den hohen Wählerstimmenanteil der FDP im Kanton Uri im Vergleich zum Abschneiden der Partei bei kantonalen Wahlen). In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Solothurn gehörte die SVP zudem noch nicht zu den dominierenden Parteien, und es stellt sich die Frage, wie weit die Parteiensysteme der Kulturkampfkantone Aargau und Solothurn zu denjenigen in Graubünden und Thurgau passen. Allenfalls sind auch die Bezeichnungen auf der Achse „dominierende Parteien“ nicht allzu glücklich gewählt.
- Bei Kriesi (1998) sind, befolgt man seine Vorgaben, so verschiedene Kantone wie Basel-Stadt und Graubünden oder Tessin und Uri im selben Parteiensystemtypus vereint.

- Bei Vatter (2002) schliesslich erfüllen neun von 24 Kantonen nicht die Anforderungen aller vier quantitativen Kriterien (Fraktionalisierung, Volatilität, Polarisierung und Wählerstimmenanteil linker Parteien). Aus unterschiedlichen Gründen passen Kantone wie Zug, Solothurn, Freiburg, Graubünden, Bern, Jura, Waadt, Thurgau und Neuenburg jeweils nicht vollumfänglich zu ihren Typen, ausserdem wird die Zuordnung und Gewichtung der einzelnen Merkmale nicht ersichtlich und erscheint arbiträr. Und schliesslich werden die unterschiedlichen Parteikonstellationen nur begrenzt berücksichtigt. Bei der Stärke der Linken wird beispielsweise nicht unterschieden zwischen der Stärke der SP und der Stärke anderer Linksparteien. Zudem werden auch die Zusammensetzung des bürgerlichen Lagers und die Stärke der SVP nicht berücksichtigt. Interessant aber möglicherweise zu restriktiv ist die Annahme, dass den drei Typen ein sozio-ökonomischer Modernisierungsprozess und damit ein Entwicklungsablauf vom hegemonialen Zweiparteiensystem über das gemässigte Vierparteiensystem zum ausgeprägten Mehrparteiensystem unterstellt werden (Vatter 2002: 203). Es ist durchaus auch möglich, dass sich das Parteienangebot auch wieder reduziert oder grundsätzlich verändert.

Die verschiedenen Versuche die kantonalen Parteiensysteme zu typologisieren zeigen also ein ziemlich uneinheitliches Bild, welches den Verdacht nahe legt, dass die jeweils gebildeten Typen über sämtliche wichtigen Merkmale der Parteiensysteme betrachtet nicht allzu homogen sind. Einzig die Parteiensysteme der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und, dort wo berücksichtigt, auch Appenzell Innerrhoden gehören in praktisch allen Typologien zum gleichen Typus. Die anderen katholischen Kantone (Luzern, Zug, Freiburg, Wallis, Tessin und Jura) sowie die gemischten Kantone Solothurn und St. Gallen finden sich des Öfteren in unterschiedlichen Typen wieder. Auch bei den traditionell protestantischen Kantonen ergeben sich, je nachdem ob die Zahl der Parteien, die Stärke einzelner Parteien oder die Art der vertretenen Parteien berücksichtigt werden, unterschiedliche Gruppen von Kantonen.

Tabelle 7.4: Typologien kantonaler Parteiensysteme

Gruner (1977)	Vom Hegemonialsystem zur prädominierenden Partei und zum Multipartismus: ZH, BE, SO, BL, TG, VD, Sonderfall: TI, GE und BS	Nach kurzer Hegemonialherrschaft einer Minderheitspartei, langfristige hegemoniale Gegenherrschaft: FR (bis 1981), VS, LU und in Ansätzen in ZG (bis 1982).	Lang andauernde Hegemonialherrschaft, danach folgen prädominierende Parteien mit teilweiser Abgabe von Macht an Minderheitsparteien bzw. Multipartismus): AI, OW, NW, SH, SZ, UR, NE (bis 1941), AG (bis 1929).	Keine Hegemonialpartei, früher Übergang zum Multipartismus: SG, GR, GL und AR (im 19. Jahrhundert)
Blum (1978)	Hegemonialsystem: OW, NW, AR, AI	Gemässigter Multipartismus: UR, ZG, SZ, FR, GR, GL	Ausgeprägter Multipartismus: übrige Kantone	
Fagagnini (1978)	Mehrheitsparteien: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS	Dominierende Parteien: BE, FR, SO, VD	Mittlere und kleine Parteien: ZH, GL, BS, BL, SH, GR, AG, AG, TG, TI, NE, GE	
Seiler (1991)	“multipartisme accentué”: BS, BE, ZH, GE, AG, VD, BL und AG	Dominierende CVP und gleichzeitig gemässigt multiplurales Parteiensystem: LU, SG, TI, SO, FR, GR, plus luxemburgische Variante mit VS und ZG	Einzelfälle: SH, NE	
Klötli (1998)	Katholische Kantone, ein bis drei Parteien (dominierende Partei CVP): VS, UR, SZ, OW, NW, ZG, AI, JU	Katholische Kantone vier bis sieben Parteien (dominierende Partei CVP): LU, TI, SG, FR	Andere deutschsprachige Kantone (dominierende Partei SVP/FDP), 1-3 Parteien: SH, GL, AR	Andere deutschsprachige Kantone (dominierende Partei SVP/FDP), vier bis sieben Parteien: AG, SO, BL, GR, TG
	Andere deutschsprachige Kantone (dominierende Partei SVP/FDP), zehn Parteien: ZH, BE	Französische Schweiz und BS (dominierende Partei LPS/FDP), ein bis drei Parteien: NE	Französische Schweiz und BS (dominierende Partei LPS/FDP), vier bis sieben Parteien: VD, GE, BS	
Kriesi (1998)	Katholische Kantone: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, AI, TI, VS, JU	Gemischte deutschsprachige Kantone: ZH, BE, GL, SO, BS, BL, SH, AR, SG, AG, TG, GR	Gemischte französischsprachige Kantone: VD, NE, GE	
Vatter (2002)	Hegemoniales Zweiparteiensystem: OW, NW, SZ, UR, LU, VS, ZG	Gemässigt Drei- bis Vierparteiensystem: SG, TI, GL, SO, FR, GR, BE, JU, VD	Ausgeprägtes Mehrparteiensystem: GE, ZH, BS, BL, SH, AG, TG, NE	

Für die Erarbeitung einer eigenen Typologie der kantonalen Parteiensysteme stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, welche und wie viele Merkmale der Parteiensysteme berücksichtigt werden sollen. Bezieht man sich nur auf ein einziges oder wenige Merkmale eines Parteiensystems, so besteht die Gefahr, dass die einzelnen Typen bezüglich anderer Merkmale nicht sehr homogen sind. Entsprechend empfiehlt es sich, möglichst alle wichtigen Eigenheiten der Parteiensysteme zu berücksichtigen und somit eine grösstmögliche Homogenität anzustreben. Dies umso mehr, als sich die Parteienforschung bis anhin nicht auf eine Liste der zentralen Dimensionen eines Parteiensystems einigen konnte (vgl. Lane/Ersson 1994: 176). Als Basis für eine solche *mehrdimensionale Typologisierung* kantonaler Parteiensysteme dienen die in den vorangehenden Kapiteln zwei bis fünf vorgestellten Merkmale der Parteiensysteme in den Kantonen. Dabei wird unterschieden zwischen den funktionalen Merkmalen der Parteiensysteme und den Wählerstimmenanteilen der Parteien und den verschiedenen politischen Lagern. Tabelle 7.5 fasst die verschiedenen Merkmale zusammen und zeigt, welche Anforderungen an die Daten bestehen und welche Informationen über die Parteien und Parteiensysteme verfügbar sein müssen. Daraus wird auch ersichtlich, dass mit den verschiedenen Merkmalen unterschiedliche Qualitäten der Parteiensysteme erfasst werden.

Verhältnismässig gering sind die Anforderungen bei der Fragmentierung und bei der Volatilität. Hier genügen die Wählerstimmenanteile der Parteien bei mindestens einem und im Fall der Volatilität bei zwei Wahlgängen. Über die einzelnen Parteien sind keine weiteren Informationen notwendig. Da die Fragmentierung über die effektive Zahl der Parteien von Laakso/Taagepera (1979) gemessen wird, wird nicht nur die Zahl der Parteien, sondern auch die Stärke der einzelnen Parteien berücksichtigt. Bei der Blockvolatilität müssen nicht nur die Ergebnisse von mindestens zwei Wahlgängen vorliegen, sondern die verschiedenen Parteien müssen auch den verschiedenen Lagern zugeordnet werden können. Noch etwas grösser sind die Anforderungen bei der Positionierung und der Polarisierung der Parteiensysteme. Hier muss die Position jeder einzelnen Partei auf der untersuchten Politikdimension – hier die Links-rechts-Achse – bekannt sein. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass es, wie im Fall der Kantonalparteien, je nach Parteiensystem zu einer unterschiedlichen Positionierung ein und derselben Partei kommen kann. Was die Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien anbelangt, so wird die Angelegenheit komplizierter. Voraussetzung ist, dass die Parteien den jeweiligen Parteifamilien (sozialdemokratische Parteien, Christdemokraten, Konservative, Liberale usw.) zugeordnet werden können. Dazu kommt, dass die Parteien einer Parteifamilie bezüglich ihrer politischen Orientierung einigermaßen homogen sein müssen. Beim Vergleich subnationaler Parteiensysteme sind diese Anforderungen leichter einzulösen. In der Regel sind die einzelnen Kantonalparteien in einer nationalen Partei zusammengeschlossen und trotz regionaler Unterschiede ideologisch relativ homogen. Bei der Stärke der verschiedenen Lager ergibt sich wiederum das Zuordnungsproblem und beim Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien stellt sich allenfalls die Fra-

ge, ob aus kantonaler Sicht nicht eher die Regierungsparteien berücksichtigt werden sollten. Ansonsten ist jedoch die Zuordnung unproblematisch. Mit anderen Worten heisst dies: Fragmentierung und Volatilität von Parteiensystemen lassen sich am einfachsten bestimmen. Für die Blockvolatilität, die Positionierung und die Polarisierung werden zusätzliche Informationen über die einzelnen Parteien benötigt, und die Stärke der einzelnen Parteien lässt sich nur dann für eine Typologisierung verwenden, wenn die Parteien in den einzelnen Parteiensystemen auch vergleichbar sind.

Tabelle 7.5: Parteiensystemmerkmale und benötigte Informationen

<b>Funktionale Parteiensystemmerkmale</b>	
Fragmentierung	Wählerstimmenanteile der Parteien
Volatilität	Wählerstimmenanteile der Parteien bei mindestens zwei Wahlgängen
Blockvolatilität	Wählerstimmenanteile der Parteien bei mindestens zwei Wahlgängen, Zugehörigkeit der Parteien zum linken und zum rechten Lager
Positionierung des Parteiensystems	Wählerstimmenanteile der Parteien und Position der einzelnen Parteien auf der Links-rechts-Achse
Polarisierung des Parteiensystems	Wählerstimmenanteile der Parteien und Position der einzelnen Parteien auf der Links-rechts-Achse
<b>Wählerstimmenanteile der Parteien und der verschiedenen Lager</b>	
Parteistärke FDP, CVP, SVP und SP	Wählerstimmenanteile der jeweiligen Parteien, wobei die Parteien in den verschiedenen Parteiensystemen jeweils dieselben politischen Ideen vertreten müssen
Stärke des linken und des rechten Lagers	Zugehörigkeit der Parteien zu den verschiedenen Lagern
Stärke der Bundesratsparteien	Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Wahl der Merkmale für eine Typologisierung der Parteiensysteme von entscheidender Bedeutung ist. Nur wenn alle wichtigen Merkmale bekannt sind, kann eine Typologie erstellt werden, welche sinnvolle Gruppen von kantonalen Parteiensystemen bildet und innerhalb der einzelnen Typen eine grösstmögliche Homogenität garantiert. Mit steigender Qualität der Informationen steigt auch die Qualität der Typologie. Zuerst werden für die Typologisierung nur die Fragmentierung und die Volatilität verwendet. Danach werden auch die anderen funktionalen Parteiensystemmerkmale (Blockvolatilität, Positionierung und Polarisierung) berücksichtigt. Der dritte Versuch stützt sich lediglich auf die Wählerstimmenanteile der Parteien und po-

litischen Lager ab und abschliessend werden sämtliche Parteiensystemmerkmale berücksichtigt.

Gebildet werden die Typologien mit Hilfe der Clusteranalyse, welche auf der Basis der berücksichtigten Variablen möglichst homogene Gruppen von Parteiensystemen bestimmt. Dabei kann die Zahl der gewünschten Clusters vorgegeben werden. Welches die optimale Zahl an Typen ist, wird erst im Nachhinein bestimmt. Damit Verzerrungen aufgrund einzelner, aussergewöhnlicher Wahlgänge vermieden werden können, werden auf den einzelnen Dimensionen Durchschnittswerte für den Zeitraum 1972 bis 1999 verwendet. Diese beschreiben den Zustand der kantonalen Parteiensysteme im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.

Mit geringem Aufwand zu erfassen, sind die Informationen, die man für die Bestimmung von *Fragmentierung* und *Volatilität* benötigt. Hier genügen die Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien und es sind keine zusätzlichen Angaben zur Art oder zur politischen Orientierung der Partei notwendig. Beschränkt man sich auf zwei Typen von Parteiensystemen, so unterscheiden sich die Parteiensysteme in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Genf von den übrigen Parteiensystemen durch eine grössere Zahl an Parteien und eine grössere Volatilität (vgl. Tabelle 7.6). Wird die Zahl der Typen erhöht, so beanspruchen zuerst Uri und Wallis (wenig Parteien, stabil) und dann Genf einen eigenen Typen für sich. Erst im Fall von fünf Typen kommt es zur Unterscheidung zwischen den dominant protestantischen (Zürich, Bern, Schaffhausen, Aargau, Thurgau, Waadt, Neuenburg) und den katholischen Kantonen, wobei Glarus und Graubünden eine Ausnahme bilden. Der Nachteil der so gebildeten Typologie ist, dass in mehreren Typen nur ein oder zwei Kantone vertreten sind, und dass so unterschiedliche Kantone wie Graubünden, Glarus, Solothurn und Tessin mit Nidwalden und Obwalden zusammen fallen.

Tabelle 7.6: Clusterbildung auf der Basis von Fragmentierung und Volatilität, 1972 bis 1999

	1	2	3	4	5
2 Cluster	ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, SH, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, JU	BS, BL, GE			
3 Cluster	ZH, BE, LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, SH, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, JU	BS, BL, GE	UR, VS		
4 Cluster	ZH, BE, LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, SH, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, JU	BS, BL	UR, VS	GE	
5 Cluster	ZH, BE, SH, AG, TG, VD, NE	BS, BL	UR, VS	GE	LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, SG, GR, TI, JU

Anmerkungen: Parteien, die bei bestimmten Wahlen nicht angetreten sind, wurden mit einem Wählerstimmenanteil von null Prozent in die Berechnungen einbezogen. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

Berücksichtigt man alle *funktionalen Eigenheiten der Parteiensysteme* und damit auch die politische Positionierung der vertretenen Parteien so gewinnt die Typologisierung an Substanz und die verschiedenen Typen werden stärker besetzt (Tabelle 7.7). Auffallend ist, dass sich hier vor allem die städtischen oder von grossen Agglomerationen geprägten Kantone Genf, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Zürich von den anderen Kantonen unterscheiden, und dass diese Kantone bei der Vorgabe von vier oder fünf Clusters noch zusätzlich auseinander genommen werden. Auffallend ist weiter, dass sich zwei Kerngruppen mit den Kantonen Uri, Obwalden, Freiburg und Wallis sowie Bern, Luzern, Schwyz, Nidwalden, Glarus, Zug, St. Gallen, Thurgau, Waadt und Neuenburg herausbilden, und dass Kantone wie Solothurn, Graubünden, Tessin, Jura, Schaffhausen und Aargau wiederholt in andere Cluster zu liegen kommen. Die zweite Kerngruppe unterscheidet sich von der ersten vor allem durch eine leicht grössere Zahl an Parteien, eine grössere Volatilität und eine stärkere Polarisierung. Mit



Ausnahme der Zentren (Kantone Zürich, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Genf) ergibt eine auf der Basis der funktionalen Parteiensystemmerkmale erstellte Typologie der kantonalen Parteiensysteme keine Typologisierung, die sich mit den bekannten Unterschieden zwischen den einzelnen Kantonen (Konfession, Sprache) deckt. Als sinnvollste Lösung erweist sich eine *Typologie mit drei Typen von Parteiensystemen*. Bei vier oder fünf Typen werden lediglich die städtischen Kantone noch zusätzlich in eigene Typen aufgeteilt.

Tabelle 7.7: Clusterbildung auf der Basis aller funktionaler Parteiensystemvariablen, 1972 bis 1999

	1	2	3	4	5
2 Cluster	BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, SH, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, JU	ZH, BS, BL, GE			
3 Cluster	UR, OW, FR, SO, GR, TI, VS, JU	ZH, BS, BL, GE	BE, LU, SZ, NW, GL, ZG, SH, SG, AG, TG, VD, NE		
4 Cluster	UR, OW, FR, VS	ZH, BS, BL, SH, AG	BE, LU, SZ, NW, GL, ZG, SO, SG, GR, TG, TI, VD, NE, JU	GE	
5 Cluster	UR, OW, FR, SO, GR, TI, VS, JU	ZH	BE, LU, SZ, NW, GL, ZG, SH, SG, AG, TG, VD, NE	GE	BS, BL

Anmerkungen: Parteien die bei bestimmten Wahlen nicht angetreten sind, wurden mit einem Wählerstimmenanteil von null Prozent in die Berechnungen einbezogen. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

Die Mittelwerte der kantonalen Parteiensysteme für die drei Typen verdeutlichen die charakteristischen Unterschiede (vgl. Tabelle 7.8). Auf der einen Seite steht das städtische Modell mit den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Genf. Es unterscheidet sich vom mittleren Cluster (Bern, Luzern, Schwyz usw.) vor allem durch eine deutlich grössere Zahl an Parteien, mehr Volatilität und eine deutlich stärkere Polarisierung, während sich das mittlere Cluster vom Cluster mit den Kantonen Uri, Obwalden, Freiburg, Wallis unter anderem ebenfalls durch eine grössere Zahl an Parteien, mehr Volatilität und eine stärkere Polarisierung auszeichnet. Dies ist insofern nicht erstaunlich, als, wie wir bereits gesehen haben, diese Variablen relativ stark miteinander kor-

relieren und die durch die Systemmerkmale abgebildete Varianz nicht allzu gross ist. Einzig die Positionierung der Parteiensysteme auf der Links-rechts-Achse weicht von dieser Regelmässigkeit ab. Die Parteiensysteme des mittleren Clusters sind etwas stärker rechts positioniert als diejenigen mit durchschnittlich drei Parteien.

Tabelle 7.8: Durchschnittliche Ausprägungen auf den Systemmerkmalen für die drei Clusters gebildet mit den funktionalen Parteiensystemvariablen, 1972 bis 1999

	ZH, BS, BL, GE	BE, LU, SZ, NW, GL, ZG, SH, SG, AG, TG, VD, NE	UR, OW, FR, SO, GR, TI, VS, JU
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien	6.1	3.8	3.0
Durchschnittliche totale aggregierte Volatilität	11.1	7.4	4.9
Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne	2.9	2.3	1.7
Durchschnittliche Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse	5.0	5.6	5.4
Durchschnittliche Polarisierung des Parteiensystems	5.7	3.6	2.2

Den Beobachtern der schweizerischen Parteienlandschaft vertrauter ist eine *Typologisierung auf der Basis der Wählerstimmenanteile* der einzelnen Parteien und der Stärke der politischen Lager. Tabelle 7.9 zeigt, wie die Parteiensysteme zuerst in solche mit einer starken CVP und solche mit einer schwachen CVP und dafür einem stärkeren linken Lager (respektive einer stärkeren SP) sowie einer stärkeren SVP aufgeteilt werden. Bei drei Cluster wird vom zweiten Cluster das Lager mit Basel-Stadt und den Westschweizer Kantonen mit einer starken Liberalen Partei abgespalten. Hier ist auch der Wählerstimmenanteil der gesamten Linken deutlich höher, und derjenige der SVP deutlich tiefer. Werden vier Cluster vorgegeben, so werden nun die CVP-Kantone in zwei Gruppen unterteilt, solche mit einer hegemonialen oder prädominanten CVP (Cluster 3) und solche mit einer starken CVP und einer SP (Cluster 4). Bei fünf Cluster schliesslich bilden die Nordostschweizer Kantone Thurgau, Glarus und Graubünden einen eigenen Typus. Im Nordostschweizer Cluster ist der CVP-Anteil deutlich höher als im Cluster mit den Kantonen Zürich und Bern (Cluster 2) und der SP-Anteil ist geringer. Bei dieser Typologisierung findet sich einzig der Kanton Basel-Landschaft in unterschiedlichen Gruppen von Kantonen wieder. Dank der ausreichend grossen Zahl an Kantonen erscheint auf der Basis der Stärke der Parteien und der politischen Lager eine *Typologie mit fünf Typen* als sinnvolle Lösung.

Tabelle 7.9: Clusterbildung auf der Basis durchschnittlicher Wählerstimmenanteile und der Stärke der verschiedenen Lager, 1972 bis 1999

	1	2	3	4	5
2 Cluster	<i>LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, SO, SG, TI, VS, JU</i>	<i>ZH, BE, GL, BS, BL, SH, GR, AG, TG, VD, NE, GE</i>			
3 Cluster	<i>LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, SO, SG, TI, VS, JU</i>	<i>ZH, BE, GL, SH, GR, AG, TG</i>	<i>BS, BL, VD, NE, GE</i>		
4 Cluster	<i>LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS</i>	<i>ZH, BE, GL, SH, GR, AG, TG</i>	<i>BS, VD, NE, GE</i>	<i>FR, SO, BL, TI, JU</i>	
5 Cluster	<i>LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS</i>	<i>ZH, BE, BL, SH, AG</i>	<i>BS, VD, NE, GE</i>	<i>FR, SO, TI, JU</i>	<i>GL, GR, TG</i>

Anmerkungen: Parteien die bei bestimmten Wahlen nicht angetreten sind, wurden mit einem Wählerstimmenanteil von null Prozent in die Berechnungen einbezogen. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

Tabelle 7.10 verdeutlicht mit den Durchschnittswerten der Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien und der verschiedenen Lager noch einmal die Unterschiede zwischen den fünf Typen. Dabei zeigt sich, dass für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts die Stärke der CVP eine zentrale Bedeutung bei der Unterscheidung der Parteiensysteme hat, danach folgen Stärke der Bundesratsparteien, Stärke der Linken und Stärke der SVP.

Tabelle 7.10: Durchschnittliche Wählerstimmenanteile und Stärke der politischen Lager in fünf Typen von Parteiensystemen, gebildet mit den Parteistärken, 1972 bis 1999

	BS, VD, NE, GE	ZH, BE, BL, SH, AG	GL, GR, TG	LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS	FR, SO, TI, JU
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der FDP	21.1	21.7	23.8	28.9	30.7
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der CVP	6.9	11.0	24.3	52.0	32.5
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SP	26.0	24.6	13.8	10.5	19.8
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SVP	2.4	20.7	28.6	2.7	3.4
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der linken Parteien	39.5	30.0	16.3	13.1	26.3
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der rechten Parteien	6.5	26.6	30.6	2.6	4.0
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien	56.3	78.0	90.6	92.1	86.3

Während sich bei einer Typologisierung der Parteiensysteme auf der Basis der funktionalen Parteiensystemmerkmale die einzelnen Parteiensystemtypen bezüglich den zentralen Dimensionen des Parteienwettbewerbs ähnlicher sind, so sind sich die Typen, welche durch eine Typologisierung auf der Basis der Wählerstimmenanteile gewonnen wurden, hinsichtlich der in ihnen vertretenen Parteien näher. Je nachdem mit welchen Variablen die Typologie erstellt wird, fallen beispielsweise Zürich und Basel-Landschaft mit Basel-Stadt und Genf zusammen oder, gehört Graubünden in die Gruppe der katholischen Kantone, kommen Bern und Luzern in denselben Typus zu liegen, oder auch nicht.

Im Hinblick auf eine möglichst umfassende Typologisierung mit einer grösstmöglichen Homogenität der einzelnen Typen können nun *beide Gruppen von Variablen* mit einander kombiniert werden. Zuvor gilt es jedoch noch einen kleinen Umweg zu machen. Da die Clusterbildung von den Dimensionen der Variablen abhängig ist, können die beiden Gruppen von Variablen nicht direkt

gemeinsam berücksichtigt werden.<sup>2</sup> Dieses Problem kann wie folgt gelöst werden: Zuerst werden mit einer Faktorenanalyse die wichtigsten Dimensionen eruiert und dann wird die Clusteranalyse auf der Basis der Faktorwerte durchgeführt. Die Faktorenanalyse hat den Vorteil, dass sie die verschiedenen Variablen auf zentrale, voneinander unabhängige Dimensionen reduziert. Zudem werden auch die anderen Kriterien, welche an die Variablen zur Durchführung einer Clusteranalyse gestellt werden, besser erfüllt: Sie sind standardisiert und weisen untereinander keine Korrelationen auf.

Die Faktorenanalyse<sup>3</sup> mit den beiden Gruppen von Variablen ergibt drei Faktoren, welche 80 Prozent der in den zwölf Variablen enthaltenen Varianz erklären. Mit Ausnahme der Zahl der Parteien laden alle Variablen nur auf einem Faktor, der Wählerstimmenanteil der FDP lädt auf keinem Faktor. Der erste Faktor lässt sich als links-stabil bezeichnen, da hier der Anteil der Linksparteien die stärkste Ladung aufweist und die Volatilität nicht lädt. Der zweite Faktor fasst die Eigenschaften „volatil“ und „polarisiert“ zusammen und der dritte Faktor die Eigenschaften „rechts“ und „stabil“. Nicht von entscheidender Bedeutung ist die Zahl der Parteien.

---

<sup>2</sup> Bereits bei den Variablen des Parteiensystems haben die Zahl der Parteien, die Volatilität und die Polarisierung unterschiedliche Skalen. Diese Unterschiede wirken sich aber nicht gravierend aus, da sich die Wertebereiche nicht allzu stark voneinander unterscheiden. Legt man der Clusterbildung beide Variablengruppen zugrunde, würden genau dieselben Cluster resultieren wie im Fall der Parteistärken. Eine Möglichkeit dieses Problem zu beheben wäre eine Standardisierung der Variablen (z.B. durch die Verwendung von Z-Werten), allerdings würden damit nicht nur die Unterschiede auf der Dimension, sondern auch die Unterschiede in der Streuung beseitigt.

<sup>3</sup> Als Extraktionskriterium diente die Hauptkomponentenanalyse und für die Bestimmung der Zahl der Faktoren wurde das Kaiser-Kriterium angewendet. Zudem wurde eine Varimax-Rotation durchgeführt, um die Interpretation der Faktoren zu erleichtern.

Tabelle 7.11: Faktorenanalyse: funktionale Parteiensystemmerkmale und Wählerstimmenanteile, 1972 bis 1999

	Links-stabil	Volatil-polarisiert	Rechts-stabil
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien	0.56	0.57	0.43
Durchschnittliche totale aggregierte Volatilität	0.28	0.90	0.14
Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne	0.02	0.77	-0.26
Durchschnittliche Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse	-0.69	-0.21	0.36
Durchschnittliche Polarisierung des Parteiensystems	0.36	0.65	0.27
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der FDP	-0.25	-0.49	-0.39
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der CVP	-0.74	-0.36	-0.47
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SP	0.92	0.09	0.18
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SVP	-0.03	-0.04	0.97
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der linken Parteien	0.87	0.43	0.02
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der rechten Parteien	0.08	0.09	0.98
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien	-0.61	-0.73	0.08
Eigenwerte	6.037	2.473	1.103

Anmerkungen: Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.

Mit den mit der Faktorenanalyse gefunden Faktorwerten wird nun eine Clusteranalyse durchgeführt werden. Die Cluster unterscheiden sich erneut von den vorangehenden Typologisierungen. Als plausibelste Lösung ergibt sich eine *Aufteilung in vier Cluster*. Ein erster Cluster wird gebildet mit den Innerschweizer Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug ergänzt durch die Kantone St. Gallen und Wallis. Ein zweiter Cluster wird durch die nicht katholischen Kantone Zürich, Bern, Glarus, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Graubünden, Aargau und Thurgau gebildet. Daneben gibt es zwei weitere, relativ einheitliche Gruppen von Kantonen: das Modell der Stadtkantone mit Basel-Stadt und Genf sowie ein welsches Modell ohne Genf dafür aber mit Solothurn und Tessin (vgl. Tabelle 7.12).

Tabelle 7.12: Clusterbildung auf der Basis der Faktorwerte (funktionale Parteiensystemmerkmale und Wählerstimmenanteile)

	1	2	3	4	5
2 Cluster	ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BL, SH, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, VS, JU	BS, GE			
3 Cluster	LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, SO, SG, TI, VD, VS, NE, JU	BS, GE	ZH, BE, GL, BL, SH, GR, AG, TG		
4 Cluster	LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS	BS, GE	ZH, BE, GL, BL, SH, GR, AG, TG	FR, SO, TI, VD, NE, JU	
5 Cluster	LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS	BS, GE	ZH, BE, GL, BL, SH, AG, TG	FR, SO, TI, VD, NE, JU	GR

Anmerkungen: Schätzmethode für die Faktorwerte: Regression

Die Eigenheiten und charakteristischen Merkmale dieser vier Typen von Parteiensystemen lassen sich wiederum mit den durchschnittlichen Ausprägungen auf den verschiedenen Dimensionen verdeutlichen (vgl. Tabelle 7.13):

- Das Modell der Stadtkantone kann am besten als *volatiles Vielparteiensystem mit einer starken Linken* charakterisiert werden. Eine grosse Zahl an Parteien, hohe totale Volatilität und hohe Blockvolatilität sowie eine stärkere Polarisierung und eine deutliche Positionierung des Parteiensystems auf der linken Seite des politischen Spektrums zeichnen die beiden Parteiensysteme in den Kantonen Basel-Stadt und Genf aus. Dazu kommen ein geringer Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien und ein starkes linkes Lager, welches nicht ausschliesslich von der SP repräsentiert wird.
- Bei den Parteiensystemen der nicht-katholischen Kantone handelt es sich um *rechts polarisierte Mehrparteiensysteme*. Die Zahl der Parteien ist auch hier hoch, wenngleich etwas tiefer als beim Modell der Stadtkantone, die Volatilität liegt nur leicht über dem Mittelwert und die Blockvolatilität ist unterdurchschnittlich, so dass von einer gewissen Verfestigung der Kräfteverhältnisse ausgegangen werden kann. Diese Parteiensysteme tendieren leicht nach rechts und sind überdurchschnittlich polarisiert. Sie kommen was die Stärke der einzelnen Parteien anbelangt im Durchschnitt den Kräfteverhält-

nissen auf nationaler Ebene sehr nahe. Auffallend ist weiter der grosse Wählerstimmenanteil der SVP und des rechten Lagers

- Das welsche Modell entspricht einem *links zentrierten Mehrparteiensystem*. Die Zahl der Parteien liegt etwas tiefer, und auch hier kann von einer Verfestigung der Kräfteverhältnisse ausgegangen werden, was sich an den tiefen Volatilitätswerten zeigt. Insgesamt liegen diese Parteiensysteme stärker in der Mitte des politischen Spektrums. Eine wichtige Rolle spielt die FDP, aber auch SP und CVP sind stark, während die SVP über das gesamte letzte Drittel des 20. Jahrhunderts in diesen Kantonen kaum eine Rolle gespielt hat.
- Die Innerschweizer Kantone zusammen mit St. Gallen und Wallis schliesslich haben ein *rechts positioniertes Zweieinhalbparteiensystem*. Auch hier sind die Volatilitätswerte tief. Auffallend ist aber vor allem die geringe Polarisierung. Dominiert werden diese Parteiensysteme durch die CVP, gefolgt von der FDP. Der Anteil der SP und auch der Linken ist demgegenüber unterdurchschnittlich.



Tabelle 7.13: Die vier Clusters und die Merkmale der Parteiensysteme, 1972 bis 1999

	ZH, BE, GL, BL, SH, GR, AG, TG (rechts polarisier- tes Mehr- parteien- system)	BS, GE (volatiles Vielpar- teien- system mit einer starken Linken)	LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS (rechts positio- niertes Zweiein- halbpar- teien- system)	FR, SO, TI, VD, NE, JU (links zentrier- ten Mehr- parteien- system)	Mittelwert
Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien	4.9	6.1	2.5	3.7	3.9
Durchschnittliche totale aggregierte Volatilität	7.8	12.8	6.0	6.0	7.2
Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne	2.0	3.7	2.2	2.1	2.2
Durchschnittliche Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse	5.6	4.7	5.7	5.1	5.4
Durchschnittliche Polarisierung des Parteiensystems	4.2	5.4	2.6	2.8	3.4
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der FDP	22.5	14.5	28.9	29.7	25.8
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der CVP	16.0	12.4	52.0	22.1	29.2
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SP	20.6	21.6	10.5	23.3	18.0
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der SVP	23.7	0.8	2.7	3.6	9.8
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der linken Parteien	24.8	39.9	13.1	30.6	23.2
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der rechten Parteien	28.1	8.2	2.6	4.3	12.0
Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien	82.7	48.9	92.1	78.7	82.0

Der Vorteil dieser Typologisierung der kantonalen Parteiensysteme ist, einmal abgesehen davon, dass sie sehr plausible Ergebnisse liefert, dass sie auf den wichtigsten Merkmalen kantonaler Parteiensysteme basiert und damit insgesamt für eine grösstmögliche Homogenität innerhalb der einzelnen Typen sorgt. Einbezogen werden nicht nur die funktionalen Aspekte der Parteiensysteme (Zahl der Parteien, Volatilität usw.), sondern auch die Art und die Stärke der in diesen Parteiensystemen vertretenen Parteien und politischen Lager. Damit berücksich-

tigt sie deutlich mehr Aspekte der Parteiensysteme als die bisherigen Typologien.<sup>4</sup> Da die Zuordnung der kantonalen Parteiensysteme mit Hilfe einer Clusteranalyse durchgeführt wird, entfällt die arbiträre Zuweisung von Einzelfällen, die nicht alle Anforderungen eines bestimmten Parteiensystemtypen erfüllen. Die für die Typologisierung verwendeten Daten decken zudem einen längeren und für die Entwicklung von Gesellschaft und Parteien markanten Zeitraum ab, der 1970 mit Veränderungen bei den grossen Parteien CVP, SVP, FDP und den Auswirkungen der 1968er-Bewegung beginnt und mit dem Aufkommen der SVP und dem Ende des Jahrtausends endet. Mit den rechts positionierten Zweieinhalbparteiensystemen, den rechts polarisierten Mehrparteiensystemen mit starker Rechten, den links zentrierten Mehrparteiensystemen und den polarisierten Vielparteiensystemen mit starker Linken wird das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts durch *vier charakteristische Typen kantonaler Parteiensysteme* geprägt.

Diese Feststellung bringt uns zu einem Problem, welches uns im nächsten Abschnitt beschäftigen wird. Bereits die vorangehenden Kapitel haben gezeigt, dass sich die Parteiensysteme in einzelnen Kantonen auf bestimmten Dimensionen in den letzten 30 Jahren teilweise erheblich verändert haben. Entsprechend besteht natürlich die Gefahr, dass die hier den Analysen zugrunde gelegten Mittelwerte für die Jahre 1972 bis 1999 die heutige Realität nur sehr ungenau wiedergeben. Im nächsten Abschnitt werden allfällige Veränderungen der Gruppenzugehörigkeit über die Zeit hinweg respektive Veränderungen der einzelnen Gruppen von Parteiensystemen untersucht.

### 7.3 Der Wandel in den kantonalen Parteiensystemen

In den letzten Jahren und Jahrzehnten haben die Parteiensysteme in den Kantonen teilweise grössere Veränderungen erfahren. Damit stellt sich die Frage, wie weit die für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts gefundene Typologie überhaupt noch auf die heutigen kantonalen Parteiensysteme zutrifft. Der Wandel der Parteiensysteme kann sich in Bezug auf eine Typologie grundsätzlich auf zwei verschiedene Arten manifestieren. Entweder verändern sich die *Zugehörigkeit einzelner kantonalen Parteiensysteme zu den verschiedenen Typen* oder die *einzelnen Typen von Parteiensystemen verändern sich bezüglich der für sie charakteristischen Merkmale*. Im ersten Fall bleiben die einzelnen Typen der Typologie stabil, und die Parteiensysteme verändern sich, im zweiten Fall bleibt die Zugehörigkeit der kantonalen Parteiensystemen zu den Typen stabil und es wird nach der Veränderung der Typen gefragt. In der gesellschaftlichen und politischen Realität sind beide Formen des Wandels zu erwarten. Letztlich interes-

---

<sup>4</sup> In ihrem Ansatz am besten vergleichbar ist die Typologisierung von Vatter (2002). Nicht berücksichtigt werden dort jedoch die Positionierung der Parteiensysteme auf der Links-rechts-Achse und die Zusammensetzung des bürgerlichen Lagers.

siert zudem die Frage, ob sich die kantonalen Parteiensysteme ähnlicher werden und möglicherweise auf das nationale Parteiensystem hin konvergieren oder ob auch in Zukunft unterschiedliche Typen kantonalen Parteiensysteme bestehen bleiben.

Zunächst wird im Folgenden überprüft, wie sich die Zuordnung der Parteiensysteme zu den verschiedenen Typen über die Zeit hinweg verändert hat, anschliessend wird auf der Basis der für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts gefundenen Typologisierung gefragt, wie sich die einzelnen Typen in den letzten 30 Jahren gewandelt haben und ob es zu einer Konvergenz der kantonalen Parteiensysteme kommt. Und schliesslich wird untersucht, wie gut die einzelnen Parteiensysteme zu ihren Typen passen und in welche Richtung sich die Parteiensysteme entwickeln könnten.

Die zum Vorgehen im letzten Abschnitt analoge *Typologisierung* der kantonalen Parteiensysteme auf der Basis der funktionalen Parteiensystemmerkmale und der Wählerstimmenanteile für die *drei Zeitperioden 1968 bis 1979, 1980 bis 1990 und 1992 bis 1999* zeigt, dass die gefundene Typologie mit den vier Parteiensystemen rechts polarisierte Mehrparteiensysteme, volatile Vielparteiensysteme mit starker Linken, rechts positionierte Zweieinhalbparteiensysteme und links zentrierte Mehrparteiensysteme vor allem für die Zeit seit den 1990er Jahren die kantonale Parteienlandschaft charakterisiert (vgl. Tabelle 7.14). Bis Ende der 1970er Jahre zerfielen die vorwiegend nicht-katholischen Kantone in eine eher städtisch orientierte Gruppe mit den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Genf, Basel-Stadt und Aargau und eine Berner Gruppe mit Bern, Glarus, Graubünden und Thurgau. Bereits damals in einer gemeinsamen Gruppe befanden sich die katholischen Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, St. Gallen und Wallis, und bereits damals schon mehrheitlich komplett war die Gruppe mit den Kantonen Freiburg, Solothurn, Tessin, Waadt und Neuenburg. In den 1980er Jahren ist es in den protestantischen Kantonen zu einem Zusammenschluss mit der Berner Gruppe gekommen, während sich von ihr die Stadtkantone Genf und Basel-Stadt losgelöst haben, um einen eigenen Typen zu bilden. Erneut eine gemeinsame Gruppe (links zentriertes Mehrparteiensystem) bilden die Kantone Freiburg, Solothurn, Tessin, Waadt, Neuenburg und Jura, wobei sich Solothurn, Waadt und Neuenburg auch im mittleren Zeitabschnitt (1980-1991) in einer gemeinsamen Gruppe befanden. Insgesamt, so können diese Ergebnisse zusammenfassend interpretiert werden, sind die Typen relativ stabil geblieben. Die 13 Kantone Zürich, Basel-Landschaft, Aargau, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Zug, St. Gallen, Wallis, Solothurn, Waadt und Neuenburg sind über die letzten 30 Jahre ihren Typen treu geblieben und auch bei den anderen Kantonen verläuft die Entwicklung nicht ohne erkennbares Muster. Auffallend ist der Zusammenschluss der nicht-katholischen Kantone in ein rechts polarisiertes Mehrparteiensystem und die Herausbildung der volatilen Vielparteiensysteme in den Kantonen Genf und Basel-Stadt.

Tabelle 7.14: Wandel der Zugehörigkeit der kantonalen Parteiensysteme zu den vier Typen, 1968 bis 1999

1968-1979	1980-1991	1992-1999	1968-1999
ZH	ZH	ZH	ZH
BS	BE	BE	BE
BL	GL	GL	GL
AG	BL	BL	BL
GE	SH	SH	SH
	GR	GR	GR
BE	AG	AG	AG
GL	TG	TG	TG
GR			
TG			
LU	LU	LU	LU
UR	UR	UR	UR
SZ	SZ	SZ	SZ
OW	OW	OW	OW
NW	ZG	NW	NW
ZG	FR	ZG	ZG
SG	SG	SG	SG
VS	TI	VS	VS
	VS		
	JU		
FR	SO	FR	FR
SO	VD	SO	SO
SH	NE	TI	TI
TI		VD	VD
VD		NE	NE
NE		JU	JU
	BS	BS	BS
	GE	GE	GE
	NW		

Anmerkungen: Typologisierung auf der Basis der funktionalen Parteiensystemmerkmale und den Wählerstimmenanteilen der Bundesratsparteien und der verschiedenen politischen Lager.

Dass mehr oder weniger dieselben Gruppen von Kantonen zusammenbleiben, heisst allerdings noch nicht, dass sich wenig geändert hat. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich die Mitglieder der jeweiligen Kategorien im Gleichschritt, die einzelnen Kategorien jedoch in unterschiedliche Richtung wandeln. Aufschluss darüber, wie sich die einzelnen Typen im letzten Drittel des 20. Jahr-

hunderts verändert haben, gibt der Vergleich der Mittelwerte für die Wahlperiode 1995 bis 1999 mit den *durchschnittlichen Veränderungen seit der Wahlperiode 1972 bis 1975* (vgl. Tabelle 7.15):<sup>5</sup>

- Für die *rechts polarisierten Mehrparteiensysteme* in den Kantonen Zürich, Bern, Glarus, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Graubünden, Aargau und Thurgau zeigt sich eine beachtliche *Stabilität*. Weder die Zahl der Parteien noch die Volatilität hat wesentlich zugenommen und die Blockvolatilität ist eher zurückgegangen. Einzig die Polarisierung ist etwas gestiegen, was sich auch an den Wählerstimmengewinnen von SP und SVP, respektive an den Verlusten von FDP und CVP zeigt. Das Zentrum des Parteiensystems hat sich demgegenüber nicht verschoben.
- In den *rechts positionierten Zweieinhalbparteiensystemen* (Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, St. Gallen, Wallis) hat eine *Ausweitung des Parteienangebots und des Parteienwettbewerbs* stattgefunden, so dass die Bezeichnung Zweieinhalbparteiensystem nicht mehr zutreffend ist und durch *Mehrparteiensysteme* ersetzt werden muss. Die Volatilität und die Polarisierung der Systeme haben zugenommen, während sich die Position kaum verändert hat. Dies deutet darauf hin, dass die Ausdehnung des Parteienangebots sowohl auf der rechten wie auch auf der linken Seite des politischen Spektrums stattgefunden hat, was sich auch an den Gewinnen der SVP und der Linken auf Kosten der CVP zeigt. Die Polarisierung bleibt aber tiefer als in den rechts polarisierten Mehrparteiensystemen.
- Die *links zentrierten Mehrparteiensysteme* (Freiburg, Solothurn, Tessin, Waadt, Neuenburg, Jura) sind hinsichtlich ihrer Polarisierung und Positionierung stabil geblieben. Die Zahl der Parteien hat zugenommen, aber die Volatilität ist nicht allzu stark angestiegen. Auch hier zeigen sich Gewinne der SVP und der Linken, wobei die SVP deutlich weniger stark zulegen konnte.
- Bei den *volatilen Vielparteiensystemen* mit starker Linken (Basel-Stadt, Genf) schliesslich lässt sich feststellen, dass die Volatilität vor allem in den letzten 30 Jahren angestiegen ist, während sich die Zahl der Parteien in dieser Zeit kaum verändert hat. Insgesamt sind die Parteiensysteme in diesen beiden Kantonen etwas nach links gerutscht und die Polarisierung ist zurückgegangen.

<sup>5</sup> Um allzu grosse Verzerrungen zu vermeiden, müssen in den Kantonen Graubünden und Glarus aufgrund des Übertritts der Demokratischen Partei zur SVP zu Beginn der 1970er Jahre die Volatilitätswerte der nächst späteren Wahlen genommen werden, und im Falle des Kantons Jura müssen wir uns auf den zweiten Wahlgang nach seiner Gründung beziehen. Für die Messung der Veränderung wird erste Wahlperiode, für die praktisch vollständige Daten vorliegen, mit der letzten Wahlperiode verglichen.

Tabelle 7.15: Die vier Typen von Parteiensystemen unter dem Aspekt des Wandels, 1972 bis 1999

	<b>Polarisierte Mehrparteiensys- teme (ZH, BE, GL, BL, SH, GR, AG, TG)</b>		<b>Rechts position- ierte Zweiein- halbparteiensys- teme (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS)</b>		<b>Zentrierte Mehrparteiens- systeme (FR, SO, TI, VD, NE, JU)</b>		<b>Volatile Vielpar- teiensysteme (BS, GE)</b>	
	Mittel- wert 1996 bis 1999	Verän- derung gegen- über 1972 bis 1975	Mit- telwert 1996 bis 1999	Verände- rung ge- genüber 1972 bis 1975	Mittel- wert 1996 bis 1999	Verände- rung ge- genüber 1972 bis 1975	Mittel- wert 1996 bis 1999	Verände- rung gegen- über 1972 bis 1975
N	5.1	0.0	3.2	0.8	4.4	0.6	6.9	0.0
VT	7.7	0.9	9.0	4.0	6.4	1.6	14.2	5.7
BV2	1.6	-1.0	2.8	0.9	1.7	0.7	6.9	4.7
PSLR	5.6	0.0	5.7	-0.1	5.1	0.1	4.3	-0.5
POL	4.6	0.8	3.3	1.2	2.9	0.2	5.0	-0.5
FDP	21.7	-1.1	28.4	0.3	26.8	-5.8	12.9	-2.8
CVP	13.5	-4.1	46.0	-10.9	19.6	-4.8	10.4	-4.0
SP	20.2	-1.2	10.6	0.8	24.0	0.6	23.8	2.3
SVP	26.5	3.9	6.8	13.3	4.8	2.1	0.0	-0.8
LI	25.4	3.1	13.9	4.4	33.4	5.9	48.7	14.1
RE	32.6	6.6	8.0	12.4	5.5	2.0	4.6	-4.4
BRP	81.8	-2.4	91.8	-2.1	75.2	-7.5	47.1	-4.9

Anmerkungen: N: effektive Zahl der Parteien, VT: Volatilität, BV2: Blockvolatilität im weiteren Sinne, PSLR: Position des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse, POL: Polarisierung des Parteiensystems, FDP, CVP, SP, SVP: Wählerstimmenanteile der entsprechenden Parteien. LI: Wählerstimmenanteil des linken Lagers, RE: Wählerstimmenanteil des rechten Lagers, BRP: Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien zusammen. Die Kantone Graubünden, Glarus und Jura wurden korrigiert.

Zusammenfassend kann für die vier Typen von Parteiensystemen festgehalten werden, dass ihnen in den letzten 30 Jahren *unterschiedliche Entwicklungen* widerfahren sind. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu der von Vatter (2002: 431) gefunden Erkenntnis, wonach in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts „(...) der Grad und die Ausrichtung des Parteienwettbewerbs sowie die zentralen Merkmale der Parteiensysteme in den Kantonen grundsätzlich alle in dieselbe Richtung“ gehen, was einer gleichförmigen Entwicklung entsprechen würde. In einzelnen kantonalen Parteiensystemen, bei den rechts positionierten Zweieinhalbparteiensystemen und den links zentrierten Mehrparteiensystemen, hat beispielsweise die Zahl der Parteien zugenommen, während sie in anderen stagnierte; oder die Polarisierung ist in den volatilen Vielparteiensystemen in Genf und Basel-Stadt zurückgegangen, während sie in den anderen in unter-

schiedlichem Masse zugenommen hat; und schliesslich hat auch die Volatilität zwar in den meisten, nicht aber in der Gruppe der polarisierten Mehrparteiensysteme zugenommen. Auch die Stärke der einzelnen Parteien und Lager hat sich, wenngleich in der Regel auch nicht in unterschiedliche Richtungen, so doch zumindest in unterschiedlichem Masse verändert.

Hier schliesst sich die Frage an, ob sich die kantonalen Parteiensysteme in den letzten 30 Jahren ähnlicher geworden sind, respektive ob sie auf ein bestimmtes Modell, nämlich dasjenige des nationalen Parteiensystems, *konvergieren*. Auf den ersten Blick erscheint diese Vorstellung nicht unplausibel, wenn man an das Aufkommen der SVP in den katholischen Kantonen denkt, wo die Partei lange Zeit nicht Fuss fassen konnte. Da in den 1970er Jahren beachtliche Unterschiede zwischen den kantonalen Parteiensystemen bestanden, müssten sich demzufolge auch charakteristische Entwicklungsmuster nachweisen lassen, welche auf eine Konvergenz hindeuten.

Zur Überprüfung dieser Frage wurde wiederum dasselbe Vorgehen wie bei der Typologisierung der Parteiensysteme gewählt und zuerst eine Faktoren- und dann eine Clusteranalyse durchgeführt, wobei nicht die Durchschnittswerte, sondern die Veränderungen zwischen den Wahlperioden 1972 bis 1975 und 1996 bis 1999 untersucht wurden. Die Analysen zeigen jedoch keine befriedigenden Lösungen. Insbesondere lassen sich für die im vorangehenden Abschnitt gefundenen Typen von Parteiensystemen keine einheitlichen Entwicklungsmuster erkennen. Entsprechend beschränken wir uns wiederum auf die einzelnen Merkmale der Parteiensysteme.

Für eine vergleichende Analyse des Wandels gilt ganz allgemein, dass sowohl das *Ausgangsniveau* wie auch *Richtung und Intensität* der Veränderung berücksichtigt werden müssen. Es macht beispielsweise einen Unterschied, ob wenig volatile Parteiensysteme volatiler werden, oder ob in volatilen Parteiensystemen die Volatilität noch weiter zunimmt. Im Falle von konvergenten Entwicklungsmustern können entweder die wenig volatilen Systeme stark und die volatilen Systeme nur geringfügig an Volatilität zulegen, oder in den wenig volatilen Systemen nimmt die Volatilität zu und in den volatilen geht sie zurück. In beiden Fällen ist eine negative Korrelation zwischen dem Grad der Volatilität und der Veränderung der Volatilität zu erwarten. Im ersten Fall handelt es sich um ein „aufholen,“ im zweiten Fall um ein „gegenseitiges sich näher kommen.“

In Tabelle 7.16 sind für sämtliche Merkmale der kantonalen Parteiensysteme die Beziehungen zwischen den Ausprägungen in den 1970er Jahren (Durchschnittswerte für die drei Wahlperioden 1968 bis 1971, 1972 bis 1975 und 1976 bis 1979) und den Veränderungen am Ende des 20. Jahrhunderts (Unterschiede zwischen den Werten in den Perioden 1996 bis 1999 und 1972 bis 1975) aufgeführt. Dabei zeigt sich einzig für die Zahl der Parteien (N), die Polarisierung (POL) und die Wählerstimmenanteile der CVP eine signifikante negative Korrelation. Während bei der Zahl der Parteien und bei der Polarisierung zumindest teilweise gilt, dass die Entwicklung der Parteiensysteme mit ausgeprägten Werten leicht rückläufig war und die schwach polarisierten oder wenig ausdifferen-

zierten Systeme eine Zunahme der Werte verzeichneten („gegenseitiges sich näher kommen“), weisen im Falle der Wählerstimmenanteile der CVP die Veränderungen alle in die gleiche Richtung. In den Hochburgen der CVP sind die Wählerstimmenanteile stark und in den anderen Kantonen nur schwach zurückgegangen („aufholen mit negativem Vorzeichen“).

Tabelle 7.16: Zusammenhang zwischen Ausprägung (Durchschnittswerte für die Zeit von 1968 bis 1979) und Veränderungen zwischen 1972 bis 1975 und 1996 bis 1999 auf den verschiedenen Dimensionen

	Pearson Corr.	Sig
Effektive Zahl der Parteien (N)	-0.668**	0.000
Volatilität (VT)	-0.312	0.148
Blockvolatilität im weiteren Sinne (BV2)	-0.134	0.543
Position des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse (PSLR)	-0.380	0.073
Polarisierung des Parteiensystems (POL)	-0.540**	0.008
Wählerstimmenanteil FDP	-0.360	0.084
Wählerstimmenanteil CVP	-0.672**	0.000
Wählerstimmenanteil SP	-0.351	0.093
Wählerstimmenanteil SVP	-0.123	0.568
Wählerstimmenanteil Linkes Lager	0.004	0.987
Wählerstimmenanteil Rechtes Lager	0.054	0.803
Wählerstimmenanteil Bundesratsparteien	-0.174	0.416

Anmerkungen: Die Kantone Graubünden, Glarus und Jura wurden korrigiert.

Weitere Hinweise über den Wandel der kantonalen Parteiensysteme verspricht der Blick auf die *Homogenität* der einzelnen Typen und diejenigen Kantone, die sich besonders stark von den charakteristischen Merkmalen ihres Typus unterscheiden und als *Grenzfälle* bezeichnet werden können. Tabelle 7.17 zeigt die Abweichungen der kantonalen Parteiensysteme vom Durchschnittswert des Parteiensystemtypus, zu dem sie gehören, für die erste Wahlperiode des 21. Jahrhunderts (vgl. Tabelle 7.17):

- Bei den *rechts polarisierten Parteiensystemen* zeigt sich, dass bei den funktionalen Parteiensystemmerkmalen der Kanton Basel-Landschaft aufgrund der geringen Abweichungen von den Mittelwerten diesen Typus am besten



repräsentiert. Am wenigsten gut dazu passt das Parteiensystem im Kanton Zürich wegen seiner starken Polarisierung und der grossen Blockvolatilität. Was die Stärke der einzelnen Parteien und Lager anbelangt, so liegt der Kanton Thurgau am nächsten bei den Durchschnittswerten, während der Kanton Graubünden vor allem aufgrund der überdurchschnittlich vertretenen CVP und der in kantonalen Wahlen schlecht bedienten SP am wenigsten gut zu diesem Parteiensystemtypus passt.

- Bei den *volatilen Vielparteiensystemen* mit einer starken Linken in Genf und Basel-Stadt finden sich, vor allem was die Stärke der Parteien und die politischen Lager anbelangt, grosse Gemeinsamkeiten. Bei den funktionalen Parteiensystemmerkmalen sind die Unterschiede bei der Volatilität und der Blockvolatilität am grössten, wobei sich hier beide Kantone auf einem hohen Niveau befinden.
- Bei den *rechts positionierten Mehrparteiensystemen* (ehemals Zweieinhalbparteiensystemen) bestätigt sich, dass die Zahl der Parteien deutlich zugenommen hat. Im Vergleich zu den rechts polarisierten Mehrparteiensystemen ist die Volatilität etwas höher und die Parteiensysteme sind weniger polarisiert. Bezüglich der Positionierung der Parteiensysteme besteht jedoch kein Unterschied. Bei den funktionalen Parteiensystemmerkmalen liegt der Kanton Zug, welcher jedoch eine deutlich grössere Zahl an Parteien aufweist, am nächsten beim Durchschnittswert. Am wenigsten gut dazu passt der Kanton Obwalden. Grössere Unterschiede zu den rechts polarisierten Parteiensystemen ergeben sich bei den Wählerstimmenanteilen. Die CVP ist in diesem Parteiensystemtypus deutlich stärker und SVP und SP deutlich schwächer. Bei den Wählerstimmenanteilen kommen die Kantone Schwyz und Luzern dem Idealtypus am nächsten, während sich im Wallis und im Kanton Nidwalden die grössten Differenzen finden.
- Die geringsten Abweichungen zu den Durchschnittswerten, und zwar bei beiden Variablengruppen, hat bei den *links zentrierten Mehrparteiensystemen* der Kanton Tessin, die grössten bei den funktionalen Merkmalen Freiburg und bei den Wählerstimmenanteilen Neuenburg. Diese Gruppe von Parteiensystemen zeichnet sich generell durch eine grössere Heterogenität bei den Wählerstimmenanteilen aus, während sie bei den funktionalen Merkmalen der Parteiensysteme deutlich homogener ist.

Das Modell der rechts polarisierten Mehrparteiensysteme dürfte wohl auch in Zukunft seinen Bestand haben. Der Grenzfall Zürich passt aufgrund der Parteistärken sehr gut zu diesem Typus, und es ist eher zu erwarten, dass es hinsichtlich der funktionalen Parteiensystemmerkmale zu einer Konsolidierung innerhalb dieses Typus kommt, als dass der Kanton Zürich zur Städtegruppe mit den Kantonen Genf und Basel-Stadt wechselt, da diese doch deutlich andere politi-

sche Kräfteverhältnisse kennen. Auch der Kanton Graubünden wird diesem Parteiensystemtypus treu bleiben. Ohne die durch das Majorzwahlverfahren bedingt Verzerrungen bei den kantonalen Wahlen, ist Graubünden nahezu ein Musterbeispiel für diesen Typus.

Bei den rechts positionierten Mehrparteiensystemen fällt vor allem auf, dass sie in den letzten Jahren stark in Bewegung geraten sind und die Volatilität teilweise stark zugenommen hat. Die Grenzkantone bei den funktionalen Parteiensystemmerkmalen passen aufgrund der Parteienstärken sehr gut zu diesem Typus. Der grosse Unterschied zu den rechts polarisierten Mehrparteiensystemen besteht vor allem in der nach wie vor dominanten Stellung der CVP. Damit es zu einem Angleichen käme, müsste die CVP noch einmal je nach Kanton zwischen zehn und 40 Prozent der Wählerstimmenanteile verlieren. Von den links zentrierten Parteiensystemen unterscheiden sie sich durch die politische Positionierung und die schwächere SP.

Die Zukunft der links zentrierten Mehrparteiensysteme und der volatilen Vielparteiensysteme wird von der Entwicklung der Linken, der Liberalen, der SVP und der CVP abhängig sein. Gelingt es der Linken, die in einigen dieser Kantone deutlich stärker ist, ihre Position zu halten, so werden diese Kantone auch in Zukunft einen eigenständigen Parteiensystemtypus bilden. Auch eine anhaltend starke Liberale Partei könnte einen eigenständigen Typen garantieren. Ansonsten dürfte es je nach Stärke von SVP und CVP zu einer Angleichung an die rechts positionierten oder die rechts polarisierten Mehrparteiensysteme kommen.

Tabelle 7.17: Durchschnittliche Mittelwerte der vier Typen kantonalen Parteiensysteme und Abweichung der einzelnen kantonalen Parteiensysteme, 2000 bis 2003

	Funktionale Parteiensystemmerkmale						Wählerstimmenanteile								
	N	VT	BVT	Pos	Pol	abs. Abw.	FDP	CVP	SP	SVP	Linke	Rechte	Bundesratsparteien	abs. Abw.	
Rechtspolarisierte Mehrparteiensysteme															
Drs.	4.7	8.6	2.8	5.6	4.5		21.5	13.1	21.1	29.3	27.6	32.4	85.0		
GR	-0.8	-0.3	0.5	0.8	-1.1	3.4	4.8	19.0	-10.3	-1.8	-15.9	-4.9	11.7	68.5	
SH	-0.5	0.4	-1.9	-0.1	0.7	3.6	-0.6	-7.7	5.5	4.3	6.5	1.2	1.5	27.2	
GL	-0.2	-2.3	0.4	0.0	-1.3	4.1	9.3	0.9	-2.4	-3.0	-1.7	-5.7	4.8	27.9	
BE	0.0	-2.4	-0.9	-0.1	-1.1	4.5	-4.0	-12.1	5.0	2.5	6.5	6.3	-8.6	44.9	
AG	0.1	4.0	0.4	0.3	0.2	5.0	-2.5	1.9	-2.5	4.2	-5.0	5.9	1.1	23.2	
ZH	0.2	0.8	3.1	-0.6	3.4	8.2	-4.8	-6.7	5.4	1.1	6.8	1.6	-5.0	31.3	
TG	0.4	-1.2	-2.1	-0.3	-1.6	5.6	-1.9	6.2	-5.4	0.4	-4.7	0.5	-0.7	19.9	
BL	0.6	0.7	0.6	0.1	0.8	2.8	-0.2	-1.8	4.8	-7.5	7.7	-5.0	-4.7	31.7	
Volatile Vielparteiensysteme mit einer starken Linken															
Drs.	7.4	17.2	9.5	4.5	4.1		11.9	10.8	21.9	10.3	37.7	12.6	54.9		
GE	-0.6	-3.4	-3.3	-0.3	0.7	8.2	-0.7	0.9	-4.1	0.2	4.3	-2.2	-3.8	16.1	
BS	0.6	3.4	3.3	0.3	-0.7	8.2	0.7	-0.9	4.1	-0.2	-4.3	2.2	3.8	16.1	
Rechtspositionierte Zweieinhalbparteiensysteme -> Mehrparteiensysteme															
Drs.	3.7	12.6	3.0	5.7	3.9		25.2	40.3	11.4	15.2	15.5	15.3	92.0		
VS	-0.9	-1.2	0.0	0.2	-1.3	3.5	-4.9	13.8	2.1	-10.6	-2.0	-10.5	0.5	44.3	
OW	-0.8	5.9	1.4	0.4	-0.6	9.1	-4.3	10.1	3.9	-1.8	-0.2	-1.9	8.0	30.1	
UR	-0.7	-0.1	0.1	-0.8	-0.4	2.1	7.6	5.0	2.7	-8.9	0.1	-9.0	6.4	39.7	
NW	-0.2	3.7	0.9	-0.1	1.7	6.7	5.6	-3.0	-11.4	-2.8	4.0	-2.9	-11.5	41.2	
SZ	-0.1	-6.1	-0.6	0.7	-0.5	7.9	1.5	-1.6	0.9	5.7	-3.2	5.6	6.6	25.1	
LU	0.5	-4.0	0.7	-0.5	1.6	7.4	-2.5	-4.4	0.2	4.7	1.7	4.6	-1.9	20.1	
SG	0.8	1.7	-2.7	0.1	-0.5	5.8	-4.1	-8.6	4.7	7.4	2.4	7.8	-0.5	35.6	
ZG	1.1	-0.2	0.1	0.3	0.0	1.7	0.9	-11.3	-3.1	6.1	-3.0	6.0	-7.3	37.8	
Linkszentrierte Mehrparteiensysteme															
Drs.	4.7	7.1	2.9	5.1	3.0		25.7	18.9	23.6	10.0	32.1	10.5	76.6		
SO	-0.9	2.9	0.2	0.4	-0.2	4.6	9.5	3.2	1.6	7.1	-6.0	5.0	21.4	53.8	
NE	-0.6	-1.5	0.1	-0.5	1.7	4.5	-3.8	-18.9	8.0	-8.4	15.8	-10.2	-23.1	88.2	
JU	0.0	-1.8	-2.6	0.0	-0.5	4.9	-4.9	12.4	0.3	-3.2	-8.2	-5.3	4.6	38.9	
FR	0.1	-2.3	1.5	-0.6	-1.5	5.9	-5.0	14.6	-4.0	3.4	-8.5	1.3	9.0	45.9	
TI	0.2	0.4	1.5	0.4	-0.3	2.8	6.1	5.5	-6.0	-2.6	0.4	7.1	3.0	30.6	
VD	1.4	2.2	-0.7	0.2	0.6	5.1	-1.8	-16.7	0.2	3.5	6.6	2.1	-14.8	45.8	

Anmerkungen: N: Anzahl der Parteien, VT: Volatilität, BVT: Blockvolatilität, Pos: Positionierung, Pol: Polarisierung, abs. Abw.: absolute Abweichung. Innerhalb der einzelnen Typen wurde nach der Zahl der Parteien (N) sortiert.

Zusammenfassend lässt sich aus der Entwicklung der kantonalen Parteiensysteme für die letzten 30 Jahre folgender Trend herauslesen: Aus den rechts orientierten Zweieinhalbparteiensystemen, welche vor allem für die katholischen Kantone charakteristisch waren, sind Mehrparteiensysteme entstanden, die sich

von den Parteiensystemen in den nicht-katholischen Kantonen in erster Linie durch die nach wie vor grosse Bedeutung der CVP unterscheiden. In den nicht-katholischen Kantonen hat eine gewisse Angleichung der Parteiensysteme stattgefunden. Insgesamt sind sich die Parteiensysteme, was ihre funktionalen Parteiensystemmerkmale betrifft, ähnlicher geworden. Auch wenn bei den Wählerstimmenanteilen die Unterschiede zurückgegangen sind, so kann die mit dem Aufkommen der SVP in den katholischen Kantonen mit einer gewissen Verzögerung stattfindende Vereinheitlichung der kantonalen Parteiensysteme nicht als Beleg für die Etablierung der nationalen Kräfteverhältnisse in den Kantonen gesehen werden. Dem steht vor allem der ebenfalls rückläufige Wählerstimmenanteil der CVP in den protestantischen Kantonen entgegen.

Die nähere Zukunft dürfte von drei Typen kantonaler Parteiensysteme geprägt sein: ein *rechts polarisiertes Parteiensystem mit schwacher CVP*, dem vor allem die konfessionell gemischten Kantone angehören, ein *rechts zentriertes Parteiensystem, mit einer starken CVP* und ein *links zentriertes Parteiensystem mit einer starken Linken*. Die Zahl der Parteien und die Stabilität der Wählerstimmenanteile dürften demgegenüber für die Unterscheidung der Parteiensysteme von zweitrangiger Bedeutung sein. Das nationale Parteiensystem wird auch in Zukunft nicht dem Abbild, sondern vielmehr dem gewichteten Mittel der kantonalen Parteiensysteme entsprechen.

Auch wenn die Entwicklungen der Parteiensysteme vor allem entlang der vier Bundesratsparteien verlaufen und kaum Alternativen sichtbar werden, so ist dies natürlich noch lange kein Beleg für eine nach wie vor grosse strukturierende Bedeutung der vier Lipset/Rokkan-Cleavages. Zum einen findet gleichzeitig eine kontinuierliche Erosion des Einfluss der CVP statt und die Volatilität nimmt generell zu, zum anderen kann auf diesem Niveau der Analyse die Bedeutung der Cleavages gar nicht überprüft werden. Dieselben Parteinaamen heissen noch lange nicht, dass dieselben Ideen und Interessen vertreten werden. Um dies zu klären, müssen wir in die Parteien hinein schauen und uns auf die Ebene der Wählerinnen und Wähler begeben. Mobilisiert die SVP heute tatsächlich entlang desselben Cleavages, dem sie ihre Entstehung verdankt, und wie sieht es im Fall der SP aus? Der zweite Teil dieser Arbeit befasst sich mit den Parteien selbst und im dritten Teil wenden wir uns den Wählerinnen und Wählern zu.

## TEIL II: PARTEIORGANISATIONEN

Der zweite Teil dieses Buches verlässt die Ebene der Parteiensysteme und rückt die Parteien und ihre Organisationen in den Mittelpunkt. Die Annahme liegt auf der Hand, dass sich die Parteien im Zeitalter der Mediendemokratie kaum mehr mit den Honoratioren-Parteien zur Zeit der Herausbildung der Parteiensysteme vergleichen lassen. Organisationsformen und Arbeitsweise der Parteien haben sich geändert. Weniger eindeutig zu beantworten ist allerdings die Frage, ob es sich bei diesen Veränderungsprozessen lediglich um eine Modernisierung der Parteien und eine Anpassung an die geänderten Voraussetzungen handelt oder ob sich die Parteien grundsätzlicher gewandelt haben. Im ersten Fall würde dies beispielsweise bedeuten, dass die Parteien nach wie vor dieselben Konfliktlinien abdecken, dies nun aber in einer zeitgemässeren Art und Weise tun. Im zweiten Fall hätte ein Entwicklungsbruch stattgefunden, so dass sich die Parteien nicht mehr direkt auf ihre historischen Vorgängerorganisationen zurückführen liessen. Das Modell der „catch all party“, welches 1965 von Kirchheimer vorgeschlagen wurde, geht von einer solchen grundlegenden Veränderung aus. Bei diesem Modell lassen sich die Parteien nicht mehr auf die historischen Cleavages zurückführen, während Lipset/Rokkan (1967) die Gegenthese dazu formulierten, in dem sie davon ausgingen, dass die Parteien (in den 1960er Jahren) dieselben (festgefrorenen) Konfliktlinien repräsentieren, die schon bei ihrer Entstehung bestanden haben.

Nach einem Überblick über die verschiedenen theoretischen Konzepte zur Beschreibung und zum Wandel der Parteiorganisationen (Kapitel 8) werden auf der Basis einer gesamtschweizerischen Befragung der Kantonalparteipräsidentinnen und -präsidenten<sup>1</sup> die organisatorischen und inhaltlichen Veränderungen der Parteien im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts untersucht (vgl. Kapitel 9).

---

<sup>1</sup> Zum Forschungsprojekt und zu einer ausführlichen Darstellung der Ergebnisse vergleiche Ladner/Brändle 2001).

## 8 Parteiorganisationen im Wandel – theoretische Grundlagen<sup>2</sup>

### 8.1 Die Analyse von Parteiorganisationen

Die Analyse von Parteien und insbesondere von Parteiorganisationen geht zurück auf Michels, Ostrogorski, Weber und Duverger. In den 1960er und 1970er Jahren hat sich die Parteienforschung verstärkt den Wählerstimmenverschiebungen, dem Funktionieren der staatlichen Institutionen in Abhängigkeit von den bestehenden Parteien und dem Verhältnis zwischen Parteien und den sozialen Schichten zugewandt (vgl. Panebianco 1988: xi) und die eigentliche Analyse der Parteiorganisationen ist in den Hintergrund geraten.<sup>3</sup> Seit den 1980er Jahren sind aber die Parteiorganisationen wieder stärker ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses gerückt. Ein Grund dafür war die Erkenntnis, dass auf der Ebene der Parteiensysteme keine befriedigende Antwort auf die Frage gefunden werden konnte, ob sich die westeuropäischen Parteiensysteme wandeln oder nicht.<sup>4</sup> Wollte man etwas über den Wandel von Parteiensystemen erfahren, so müsse man in die Parteien hinein schauen, heisst eine viel zitierte Aussage des Parteienforschers Peter Mair.

Obwohl nicht gerade zahlreich, so haben sich seit den 1960er Jahren doch einige grössere, *international vergleichende Studien* mit den Parteiorganisationen befasst. Zu erwähnen gilt es das „International Comparative Political Parties Project (ICPP)“ von Kenneth Janda, welches Parteien in mehr als 50 Länder nach einem gemeinsamen Analyseraster zu klassieren versuchte und dessen Daten in Janda (1980) zusammengefasst sind. In gewissem Sinne ebenfalls als Projekt über Parteiorganisationen kann das „Middle-Level Elites Project“ bezeichnet werden, wobei die Untersuchungseinheiten nicht Parteiorganisationen sondern Funktions- und Mandatsträger der Parteien waren.<sup>5</sup> Die Parteiorganisationen standen demgegenüber im Mittelpunkt des ECPR-Projektes von Katz/Mair. Ein internationales Team von Forschern untersuchte rund 80 Parteien in zwölf Ländern, wobei ganz besonders der Aspekt des Wandels im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts berücksichtigt wurde. Eine Zusammenfassung der in diesem Projekt erhobenen Daten findet sich in Katz/Mair (1992).

Gemäss Ware (1996: 94) gilt es bei der Analyse der Parteien hinsichtlich ihrer Organisation *drei verschiedene Ansätze* zu unterscheiden:

---

<sup>2</sup> Zu den Parteiorganisationen im Wandel vgl. Ladner/Brändle (2001).

<sup>3</sup> Der Blick auf die Literatur über Parteien und Parteiensysteme seit 1945 bestätigt, dass sich nur knapp elf Prozent der Arbeiten mit den Parteiorganisationen befassen (Caramani/Hug 1998: 507).

<sup>4</sup> Vgl. die Auseinandersetzungen über die „frozen party systems“-These von Lipset/Rokkan (1967). Für einen kurzen Überblick zur Fragestellung vgl. Ladner (1999).

<sup>5</sup> Vgl. Reif/Cayrol/Niedermayer 1980, Janda 1983: 320 oder für die Schweiz Ayberk et al. (1991).

- *Wählerwettbewerbsmodelle* (Duverger 1954, Epstein 1967) für die vor allem der politische Wettbewerb dafür verantwortlich ist, wie die Parteien ihre Organisation ausgestalten.
- *Institutionelle Modelle* (Panebianco 1988) bei denen den Entstehungsbedingungen der Parteien und den Beziehungen zwischen den verschiedenen Elementen (Ebenen, Gremien usw.) innerhalb einer Partei eine grössere Bedeutung beigemessen wird.
- *Soziologische Modelle* (Katz/Mair 1995) bei denen die Parteiorganisation Ausdruck der Ressourcen ist, die der Partei zur Verfügung stehen.

Man kann sich allerdings darüber streiten, wie glücklich diese Kategorisierung von Ware ist. Bei Duverger haben beispielsweise die institutionellen Vorkehrungen des Wahlverfahrens einen grossen Einfluss auf das Parteiensystem, und Panebiancos Konzept beinhaltet zwar den Begriff „Institutionalisierung“, sein Augenmerk liegt jedoch nicht beim Einfluss der politischen Institutionen auf die politischen Parteien.

Politische Parteien sind Organisationen. In der *Organisationssoziologie* besteht eine grosse Zahl an Konzepten, die sich auf die Analyse von Parteien übertragen lassen. Panebianco stützt sich beispielsweise stark auf organisationssoziologische Ansätze ab (Panebianco 1988: xvi), und auch Janda (1983) übernimmt seine Konzepte und Indikatoren aus der Organisationslehre, wobei er sich an die Arbeiten von Anderson (1968) und Price (1972) anlehnt.<sup>6</sup>

Grundsätzlich gilt es zwei verschiedene Vorgehensweisen zu unterscheiden. Entweder wird lediglich von den organisationssoziologischen Erkenntnissen, welche in anderen Bereichen (privatwirtschaftliche Firmen und Unternehmen) gemacht wurden, profitiert, ohne dass versucht wird, generalisierbare Aussagen über den Bereich von Parteiorganisationen hinaus zu formulieren („Shopping-Modell“) oder die politischen Parteien werden als eine bestimmte Form von Organisationen betrachtet, welche in eine allgemeine Theorie der Organisation integriert werden können.

Bei der Anwendung organisationstheoretischer Ansätze auf die Parteienforschung kann es sich als ertragreich erweisen, die politischen Parteien mit anderen Organisationen zur vergleichen. Politische Parteien sind *intermediäre Organisationen*, wie beispielsweise die Interessenverbände und die sozialen Bewegungen, die sich zwischen Staat und Gesellschaft ansiedeln. Sie basieren auf dem Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft. Wie die Arbeitnehmerorganisationen sind die politischen Parteien auf innerorganisatorische Strukturen angewiesen, die es ihnen erlauben, die mehr oder weniger unterschiedlichen Interessen ihrer freiwilligen Mitglieder zu integrieren, eine kollektive Handlungsfähigkeit nach aussen zu erzeugen sowie die hierfür erforderlichen Ressourcen zu mobili-

<sup>6</sup> Für eine organisationssoziologische Betrachtungsweise vgl. den Text von Schlesinger (1965).

sieren (vgl. Ruf 1994: 40). Dazu benötigen sie ein bestimmtes Mass an Formalisierung und Organisation. Im Vergleich zu anderen intermediären Organisationen, wie beispielsweise Gewerkschaften oder soziale Bewegungen, nehmen Parteien eine Mittelposition ein. Sie sind stärker formalisiert und organisiert als soziale Bewegungen und weniger auf „normative Mitgliederbindungen“ angewiesen. Im Vergleich zu den Gewerkschaften ist jedoch der Formalisierungsgrad tiefer, die Organisationsstruktur weniger ausdifferenziert und auch das Austauschverhältnis zu den Mitgliedern ist weniger gefestigt.

In *morphologischer Hinsicht* (Geser 1983: 197ff.) lassen sich die politischen Parteien, wie andere freiwillige Organisationen, als eine Verknüpfung von zwei Strukturprinzipien darstellen, die in einem symbiotischen Verhältnis zueinander stehen. Die Basis ist segmentär zusammengesetzt und konstituiert sich aufgrund ihrer gemeinsamen Strukturlage, gemeinsamer Interessen und Werthaltungen. Die Parteiführung ist ein mehr oder weniger arbeitsteilig organisierter Apparat, der ansatzweise zentralisierte, bürokratische Elemente aufweist und spezifische, von der segmentären Mitgliedschaft nicht zu erzeugende Leistungen erbringt.

### 8.1.1 Die drei Gesichter der Parteien

Eine Durchsicht der vergleichenden Arbeiten über die politischen Parteien zeigt nicht nur die Breite der Fragestellungen innerhalb der Parteienforschung, sondern legt auch nahe, die Partei nicht als einheitliches Gebilde zu untersuchen (vgl. Daalder/Mair 1983: 21ff.). Eine plausible Differenzierung legen Katz/Mair ihren Untersuchungen zugrunde. Bereits 1990 in einem Aufsatz mit dem Titel „Three Faces of Party Organization: Adaptation and Change“, den sie für den 12. Weltkongress der Soziologie in Madrid vorbereiteten, entwickelten sie die Idee, dass es nicht ausreicht, lediglich zwischen Führerschaft und Anhängerschaft oder zwischen der Partei im Parlament und der Partei ausserhalb des Parlaments zu unterscheiden, wie dies bis anhin getan wurde. Diese Erkenntnis tauchte auch 1993 in einer weiter ausgearbeiteten Form in ihrer Veröffentlichung in der *American Review of Politics* unter dem Titel „The Evolution of Party Organizations in Europe: Three Faces of Party Organization“ (Katz/Mair 1993: 593-617) wieder auf. Katz und Mair unterscheiden zwischen:

- „Party in public office“ (Mandatsträger, Fraktion)
- „Party on the ground“ (Basis: Mitglieder und zum Teil auch Lokalsektionen)
- „Party in central office“ (Parteiparat, Sekretariat und Parteileitung)<sup>7</sup>

Die *Partei der Mandatsträger* („party in public office“) wird dominiert von denjenigen, denen es gelungen ist, eine anhaltende Unterstützung in der Wähler-

<sup>7</sup> Gemäss Ware (1996: 6) war eine nahezu identische Unterscheidung zwischen „party-in-the-electorate“, „party organization“ und „party-in-government“ bereits in den 1960er Jahren ein gängiges analytisches Konzept unter amerikanischen Politikwissenschaftlern.



schaft sicher zu stellen und ein öffentliches Amt zu erlangen. Belohnung und Ziele, die die Mitglieder der „party in public office“ anstreben, können verschiedener Art sein: Materielle Vorteile, Macht und Status zählen ebenso dazu wie die Verfolgung bestimmter politischer Ziele. Mandatsträger sind eher bereit, Kompromisse einzugehen, welche sie ihrem Ziel einen Schritt näher bringen. Sie sind stärker in Kontakt mit den Verantwortlichen aus der Verwaltung, welche in vielen Fragen das nationale Interesse deutlich stärker gewichten als etwa die Positionen von Parteien. Da sie in der Regel die Wiederwahl anstreben, sind Mitglieder der „party in public office“ nicht nur von ihrer Wählerschaft, die es zufrieden zu stellen gilt, abhängig, sondern ebenso von denjenigen, welche über die Ressourcen für eine zukünftige Wahlkampagne bestimmen. Aus den öffentlichen Ämtern resultiert aber auch eine Reihe von Ressourcen, welche parteiintern genutzt werden können. Mandatsträger entscheiden in politischen Fragen, stimmen ab über Gesetze. Zudem verfügen sie über Expertise und Informationen und geben je nach Partei einen Teil der Entschädigung für ihr politisches Amt an die Partei ab.

Die Parlamentarier bilden in der Schweiz mit der Fraktion gewissermassen eine Partei innerhalb der Partei, die über ein eigenes Büro und eigene Ressourcen verfügt. Die „party in public office“ ist für eine Partei hierzulande besonders wichtig: Über die Teilfinanzierung von Mandatsträgern und Fraktionen laufen die einzigen ernst zu nehmenden Bestrebungen einer staatlichen Parteienförderung, und auch der grösste Teil der politischen Expertise der Parteien stammt von den Mandatsträgern. Problematisch ist, dass sich die Mandatsträger tendenziell eher von ihren Parteien entfernen und sich direkt ihrer Wählerschaft oder der Gesamtheit der Bevölkerung verpflichtet fühlen. Regierungsmitglieder und zum Teil auch Parlamentarier sind zudem im Allgemeinen stärker an der praktischen Durchführbarkeit politischer Entscheide interessiert als an Linientreue und Reinheit der Doktrin.

Die *Partei der Basis* („party on the ground“) umfasst die Mitglieder. Parteien sind Organisationen, die auf dem Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft basieren. Mitglieder können eine wichtige Ressource für Parteien sein, sie unterwerfen aber gleichzeitig die Parteileitung gewissen Restriktionen, fordern Mitsprache und legitimierte Entscheidungen. Zur „party on the ground“ gehören auch Aktivisten, Geldgeber und Stammwähler. Im gewissen Sinne können zudem auch die Lokalparteien zur Basis der Parteien gerechnet werden, nicht aber die Kantonalparteien. Im stark föderalistisch organisierten Schweizer Parteiensystem kommt den Kantonalparteien eine zentrale Rolle zu. Sie verstehen sich nicht als Unterorganisationen der nationalen Parteien, welche sich an die Direktiven der „party in central office“ zu halten haben. Während die Parteimitgliedschaft in der Schweiz im internationalen Vergleich im besten Fall als durchschnittlich bezeichnet werden kann (vgl. Ladner 1999), so existiert demgegenüber eine ausgesprochen dichtes Netz an Lokalsektionen (vgl. Ladner 1991, Gesser et al. 1994).

Bei der *Parteiführung* („party in central office“) handelt es sich schliesslich um eine professionell geführte Organisation mit vielen charakteristischen Eigenschaften von Unternehmen. Die „party in central office“ zerfällt in der Regel in einen nationalen Ausschuss (Vorstand) und ein Sekretariat. Der Parteivorstand ist nach unterschiedlichen Kriterien zusammengesetzt, und die Beziehung zwischen Vorstand und Sekretariat kann unterschiedlichster Natur sein. Der „party in central office“ können vier Funktionen zugeschrieben werden (Katz/Mair 1993: 600):

- Sie bildet den Ausgangspunkt für die beiden anderen „Gesichter“ der Parteien und ist so für die Entstehung und Verbreitung der Partei verantwortlich.
- Sie koordiniert nationale Kampagnen.
- Sie kontrolliert die Parlamentarier und Mandatsträger im Dienste der Parteiloyalität.
- Sie stellt partielle Dienstleistungen (Pressedienst, Expertisen, usw.) zur Verfügung und besorgt die finanziellen Ressourcen.

Der Blick auf die personellen und finanziellen Ressourcen der nationalen Parteien zeigt, dass die „party in central office“ in der Schweiz relativ schwach ist (vgl. Ladner/Brändle 2001). Dies steht in einem gewissen Widerspruch zur Arbeit, welche durch die zahlreichen nationalen Abstimmungskampagnen auf den Parteisekretariaten anfällt.

### 8.1.2 Ideale Parteiorganisationen im ausgehenden 20. Jahrhundert

Welches sind die *idealen Parteiorganisationen für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts*? Diese Frage bildet den Ausgangspunkt für den folgenden kurzen Überblick über die wichtigsten Konzepte und Arbeiten über Parteiorganisationen und deren Wandel. Einstieg und Kontrapunkt liefert uns dabei die Arbeit von Duverger (1951). Duverger unterscheidet in seiner Parteitypologie zwischen direkten Parteien und indirekten Parteien, die aus einer Reihe von mehr oder weniger unabhängigen Organisationen bestehen. Weiter unterscheidet er vier Grundelemente, aus denen eine Partei bestehen kann: es sind dies die Elemente „caucus“ (Wählerversammlung), „branch“ (Massenmitgliedschaftspartei), „cell“ (Zelle, analog zur Organisationsform der kommunistischen Parteien) und „militia“ (analog zur Organisationsform der faschistischen Parteien). Entscheidend bei Duvergers Analyse ist, dass in seinen Augen die *Massenmitgliederversammlung* der Wählerversammlung als Organisationsform überlegen ist (vgl. Ware 1996: 96). Auch wenn Duverger nicht der Auffassung ist, dass sich alle Parteien in dieselbe Richtung entwickeln werden, so betrachtet er doch diese ursprünglich von den

sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien eingeführt und auf Mitgliedern basierende Organisationsform als die Organisationsform der Zukunft. Entsprechend geht er von einem Angleichen der Organisationen aus, welches als „contagion from the left“ bezeichnet werden kann.<sup>8</sup>

Demgegenüber schlagen die wichtigsten Parteitypen, die seit den 1960er Jahren in der Literatur diskutiert werden, im Prinzip alle ein *Gegenmodell* zu Duvergers Massenmitgliedschaftspartei vor: Die Wählerorientierung gewinnt zu Lasten der Parteimitgliedschaft an Bedeutung.<sup>9</sup> Bei diesen Modellen handelt es sich namentlich um die „catch-all party“ von Kirchheimer, die „professional electoral party“ von Panebianco und die „cartel party“ von Katz/Mair. Die ersten beiden Modelle schliessen sich, wie wir im Folgenden sehen werden, nicht aus. Es werden lediglich einzelne Aspekte unterschiedlich gewichtet. Am weitesten geht das letzte Modell, welches auch als neue Entwicklungsstufe in der Geschichte der Parteiorganisationen interpretiert werden kann. In diesem einleitenden Abschnitt werfen wir zudem das Augenmerk auf die zwei wichtigsten international vergleichenden Forschungsprojekte und die diesen Projekten zugrunde liegenden Konzepte: Es sind dies das ICPP-Projekt von Janda sowie das Projekt von Katz/Mair. Zusammen bilden diese Arbeiten den theoretischen Bezugsrahmen zur Beurteilung des Wandels der Schweizer Parteien. Lassen sich die Parteien hierzulande noch auf ihre ursprünglichen Organisationen zurückführen, als die sie gegründet wurden und die aus den vier historischen Cleavages von Lipset/Rokkan (1967) entstanden sind?

### 8.1.3 Die „catch-all party“

Für Duverger galt zu Beginn der 1950er Jahre (vgl. Panebianco 1988: 262f.) die Massen-Mitglieder-Partei als der Parteitypus der Zukunft für demokratische Gesellschaften. Die amerikanischen Wählerparteien waren für ihn ein Beispiel organisatorischer Rückständigkeit. Kaum fünfzehn Jahre später führte jedoch Kirchheimer in seinem viel beachteten Aufsatz „Der Wandel westeuropäischer Parteiensysteme“ (1965) mit der „catch-all party“ einen neuen Parteitypus in die Forschung ein. Dieser besteht aus Parteien, deren Basis sich von Klassen- oder Religionsgemeinschaften zu offenen Wählervereinigungen wandeln. In den Augen von Kirchheimer näherten sich damit die westeuropäischen Parteien den amerikanischen Parteien an.

<sup>8</sup> Eine Gegenthese hat Epstein (1967) rund zehn Jahre später vertreten. Er betrachtet den „caucus“ als die Erfolg versprechendere Organisationsform. Auf Epstein wird im Folgenden nicht weiter eingegangen, da seine Argumente in den Arbeiten von Kirchheimer, Panebianco und Katz/Mair aufgenommen werden. Interessant ist weiter, dass sich in den Auseinandersetzungen um die ideale/optimale Organisationsform im Prinzip praktisch immer das US-amerikanische und das westeuropäische Parteienmodell gegenüberstehen.

<sup>9</sup> Von Interesse ist hier die Bemerkung, dass diese neuen Modelle im Prinzip alle dem „Konkurrenzparadigma“ im Sinne von Wiesendahl (1980) zugeordnet werden können, bei dem der Wählerstimmenerwerb das wichtigste Ziel der Parteien darstellt.

Ausgangspunkt für Kirchheimers Überlegungen waren bereits damals der dramatische sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Wandel und die Entwicklung der Massenkommunikationssysteme. Durch die Zunahme des Wohlstandes hat sich der Klassenkonflikt entschärft und die verschiedenen Ideologien verlieren an Bedeutung. Es kommt zu einer Annäherung der Parteiprogramme und damit auch der sozialstrukturellen Komposition der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Der politische Wettbewerb hat zur Folge, dass die Parteien den Stil ihrer erfolgreichen Konkurrenten übernehmen. Die Parteien werden sich immer ähnlicher. Dies führt zur Herausbildung eines einzigen Parteitypus, der Allerweltpartei („catch-all party“) und in der Folge zu einer drastischen Verringerung der Zahl der relevanten Parteien. Letztlich bleiben nur noch zwei Parteien übrig, wie eben im Zweiparteisystem der USA.

Auch wenn der von Kirchheimer vorhergesagte Wandel der Parteiensysteme nicht eingetroffen ist und sich die westeuropäischen Parteiensysteme kaum mit dem US-amerikanischen vergleichen lassen, so hat seine Arbeit die Parteienforschung nachhaltig geprägt. Besonders bedeutungsvoll sind seine Aussagen, die sich auf den *Wandel der Parteienorganisationen* beziehen. Charakteristisch für die „catch-all party“ ist (vgl. Kirchheimer 1965: 32):

- Das radikale Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten.
- Die Stärkung der Politiker an der Spitze der Partei.
- Die Entwertung der Rolle der einzelnen Parteimitglieder.
- Die Abkehr vom Prinzip der „chasse gardée“, dem „Jagen“ einer ausschliesslich auf bestimmten Klassen oder Konfessionen basierenden Wählerschaft, zugunsten von Wahlpropaganda mit dem Ziel, die gesamte Bevölkerung zu erreichen.
- Das Streben nach Verbindungen zu den verschiedenen Interessenverbänden.

Die Entwicklung einzelner Parteien zu Volksparteien, bei denen die Klassen- oder Konfessionsbasis an Bedeutung verliert, unterstützt die Argumentation von Kirchheimer. Als Musterbeispiel einer *Volkspartei*<sup>10</sup> galt damals die CDU in Deutschland. Aber auch der Richtungswechsel der SPD mit dem Bad Godesberger Programm kann als Schritt in Richtung Volkspartei interpretiert werden (vgl. Panebianco 1988: 263). Auch in der Schweiz haben sich die Parteien seit den 1970er Jahren immer wieder bemüht, sich als Volksparteien zu präsentieren. Bei der SVP und der CVP geschah dies bereits durch die neue Namengebung. Aber auch FDP und SP legten Wert darauf, dass sich in ihren Reihen Leute aus allen Segmenten der Bevölkerung finden liessen (vgl. Ladner/Schaller 1994: 77). Ein

<sup>10</sup> Zum Begriff der „Volkspartei“ vgl. Mintzel (1984).

nachhaltiger inhaltlicher Angleichungsprozess (vgl. Brändle 1999) oder eine starke Verringerung der Zahl der Parteien lassen sich demgegenüber jedoch kaum nachweisen.

Aber auch wenn die Vorstellung vom Wandel der westeuropäischen Parteiensysteme zu Parteiensystemen mit zwei sich einander angleichenden Volksparteien nicht zutrifft, lassen sich in den Parteien gewisse Entwicklungen beobachten, die bereits bei Kirchheimer beschrieben sind: Sie betreffen die gestärkte Position der Führung gegenüber der Parteimitgliedschaft, die Bedeutungsverlagerung von Ideologien zu themenspezifischen Positionen („issues“) und eine verstärkte Medienorientierung. Dazu kommt, dass sich diese Elemente auch in neueren Parteikonzepten wie etwa der „professional electoral party“ von Panebianco oder der „cartel party“ von Katz/Mair unschwer wieder erkennen lassen.

#### 8.1.4 „Cross National Measures of Party Organizations“

Kenneth Janda (1983: 319) konstatierte zu Beginn der 1980er Jahre eine gewisse Vernachlässigung der Analyse von Parteiorganisationen in der Parteienforschung. Insbesondere fehlten ihm Konzepte, die sich auch für international vergleichende Untersuchungen eignen. Dem versuchte das *ICPP-Projekt*, dessen Ursprünge auf das Jahr 1967 zurückgehen, Abhilfe zu schaffen. Untersucht wurden in einem Zufallssample von 53 Ländern alle Parteien, die gewissen Minimalanforderungen bezüglich Stärke und Beständigkeit genügten (vgl. Janda 1983: 320).

Der konzeptuelle Rahmen dieses Projekts besteht aus zwölf Konzepten, acht davon befassen sich mit den externen Beziehungen und vier mit den intraorganisationsellen Verhältnissen der Parteien. Zu den *externen Aspekten* gehören: „institutionalization“, „governmental status“, „social attraction“, „social concentration“, „social reflection“, „issue orientation“, „goal orientation“ und „autonomy“.

Die vier Konzepte von Janda für die *internen Verhältnisse*, welche grosse Gemeinsamkeiten mit den Arbeiten von Anderson (1968) und Price (1972) aufweisen, beinhalten die Formalisierung respektive die Komplexität der Organisation, die Zentralisierung der Entscheidungsgewalt bei der nationalen Partei, die Kohärenz, d.h. die Übereinstimmung von Einstellungen und Verhalten der verschiedenen Parteimitglieder, sowie die Beteiligung der Mitglieder im Sinne von Identifikation mit der Partei und Bereitschaft, sich aktiv für die Ziele der Partei einzusetzen (vgl. Janda 1983: 326ff.).<sup>11</sup> Diese vier Aspekte der Parteiorganisati-

<sup>11</sup> Fraglich ist, ob nicht die politische Orientierung einer Partei, die hier bei den parteiexternen Variablen („goal orientation“, „issue orientation“) aufgeführt wird, nicht auch parteiintern eine wichtige Variable darstellen kann, vor allem wenn man etwa an die Form und die Bedeutung der Basisdemokratie bei den Grünen denkt.

onen werden mit zwischen sechs und acht Indikatoren gemessen (vgl. Tabelle 8.1).

Tabelle 8.1: Verschiedene Indikatoren zur Analyse der internen Aspekte der Parteiorganisationen gemäss dem ICPP-Projekt.

---

<b>Degree of Organization (complexity)</b>	<b>Coherence</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Structural Articulation</li> <li>- Intensiveness of Organization</li> <li>- Extensiveness of Organization</li> <li>- Frequency of Local Meetings</li> <li>- Frequency of National Meetings</li> <li>- Maintaining Records</li> <li>- Pervasiveness of Organization</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Legislative Cohesion</li> <li>- Ideological Factionalism</li> <li>- Issue Factionalism</li> <li>- Leadership Factionalism</li> <li>- Strategic or Tactical Factionalism</li> <li>- Party Purges</li> </ul>
<b>Centralization of Power</b>	<b>Involvement</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nationalization of Structure</li> <li>- Selecting the National Leader</li> <li>- Selecting Parliamentary Candidates</li> <li>- Allocating Funds</li> <li>- Formulating Policy</li> <li>- Controlling Communications</li> <li>- Administering Discipline</li> <li>- Leadership Concentration</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Membership Requirements</li> <li>- Membership Participation</li> <li>- Material Incentives</li> <li>- Purposive Incentives</li> <li>- Doctrinism</li> <li>- Personalism</li> </ul>

---

Quelle: Janda 1983: 326ff.

Die Vorteile dieser Konzeptualisierung von Komplexität, Zentralisierung, Kohärenz und Beteiligung liegen gemäss Janda (1983: 328f.) darin, dass die verschiedensten Parteien miteinander verglichen werden können. Weiter wird es möglich, die Einflüsse von Umweltfaktoren auf die politischen Parteien zu überprüfen (vgl. Harmel/Janda 1982) sowie die Auswirkungen von organisatorischen Elementen auf das Abschneiden („performance“) der Parteien zu untersuchen. Als problematisch dürfte sich jedoch die Kodierung der einzelnen Parteien erwiesen haben, da vorwiegend auf Archivmaterial zurückgegriffen werden musste. Die Schweiz war im Sample der untersuchten Länder nicht vertreten.

### 8.1.5 Die „professional electoral party“

Auch Panebianco (1988) präsentiert einen umfassenden Rahmen für die Analyse von Parteiorganisationen, wobei er sich ebenfalls stark auf organisationssoziologische Ansätze abstützt. Entscheidend für die Organisation einer Partei sind beim ihm ihre *Entstehungsumstände* sowie *Umwelteinflüsse*. Parteiorganisationen wandeln sich jedoch über die Zeit hinweg. Sie sind einem *Institutionalisierungsprozess* unterworfen, welcher zwar einen idealtypischen Verlauf hat, jedoch zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Seit den 1960er Jahren ist gemäss Panebianco mit der „professional electoral party“ ein neuer Parteityp in Entstehung begriffen, der viele Gemeinsamkeiten mit der „catch-all party“ von Kirchheimer aufweist. Der Unterschied zu Kirchheimers Vorstellung von der „Allerweltpartei“ besteht vor allem darin, dass der zunehmenden Professionalisierung der Parteiorganisationen ein grösseres Gewicht beigemessen wird.

Zwei Vorurteile haben gemäss Panebianco eine seriöse Analyse der Parteiorganisationen verhindert (Panebianco 1988: 3ff.): zum einen die Vorstellung, dass Parteien das Produkt einer Nachfrage von sozialen Gruppen respektive nichts anderes als die Manifestation von sozialen Unterschieden in der politischen Arena sind, zum anderen die Annahme, dass Parteien a priori politische Ziele zugeschrieben werden können. Beide Vorurteile gehen von Annahmen aus, die es sorgfältig zu hinterfragen gilt. Die Parteien müssen sich, wie jede komplexe Organisation, in *vier organisationellen Spannungsfeldern* zurechtfinden. Konkret sind dies die Spannungsfelder:

- Zwischen einem *rationalen Modell*, welches auf das Erreichen bestimmter Ziele ausgerichtet ist, und einem *natürlichen Systemmodell*, in welchem politische Ziele als unabhängige Variablen konzipiert werden.
- Zwischen *kollektiven Anreizen*, die allen Teilnehmern offen stehen, und *selektiven Anreizen*, die nur bestimmten Teilnehmern zugänglich sind.
- Zwischen einer mehr oder weniger passiven *Anpassung an die Umwelt* und der *Unterwerfung der Umwelt*.
- Zwischen *Handlungsfreiheiten*, die den Parteiführern zustehen, und *organisationellen Zwängen*, die ihr Handeln beschränken.

Jede Partei positioniert sich auf ihre Art und Weise in diesem Spannungsfeld. Es gibt keine „eisernen Gesetze“ für die Parteiorganisationen (Panebianco 1988: 17), die Parteien entwickeln sich in Abhängigkeit von ihrer Organisationsgeschichte und ihrem Umfeld. Es gibt aber – ganz im Sinne von Max Webers

Methodologie – einen *idealtypischen Verlauf der Parteientwicklung*.<sup>12</sup> Panebianco fügt zur Illustration solcher idealtypischer Evolutionsmuster zwei Theorien bei. Es sind dies die oligarchische Organisationsentwicklung von Michels und die Theorie vom Wandel der Partizipationsmotive von Pizzorno (1966), die eine Verlagerung von der Partizipation aus Solidarität zur Partizipation aus Interesse postuliert.

Der Wandlungsprozess der Parteiorganisationen kann als *organisationelle Institutionalisierung* verstanden werden (Panebianco 1988: 18). Die Institutionalisierung bezeichnet den Übergang von der „Phase der Genesis“ einer Partei zur „Phase der Maturität.“ Idealtypisch werden die politischen Ziele durch Selbsterhaltungsziele ersetzt, wobei die ursprüngliche manifeste ideologische Orientierung latent wird. Verlieren kollektive Anreize zugunsten selektiver Anreize an Bedeutung, wird die Handlungsfreiheit der Parteiführung eingeschränkt und der Versuch, die Umwelt zu dominieren macht einer verstärkten Anpassung Platz. Die Entwicklung einzelner Parteien kann allerdings stark von diesem Muster abweichen, weil organisationelle Aspekte aus der Gründungsphase diese überlagern, weil der Institutionalisierungsprozess je nach Ausgangspunkt unterschiedliche Auswirkungen haben kann, weil die politischen Institutionen und andere politische Akteure die Entwicklung der Parteien beeinflussen und weil sich schliesslich auch die Umwelt für einzelne Parteien stark verändern kann (Panebianco 1988: 19f.).

Bedeutungsvoll für die Partei und ihre Organisationsform sind gemäss Panebianco (1988: 49ff.) aber auch die *Entstehungsumstände* („genetic model“). In Ergänzung zur Unterscheidung von Duverger, der vor allem zwischen den aus parlamentarischen Gruppen und Eliten („internally created party“) und solchen aus nicht-politischen Gruppierungen („externally created party“) entstandenen Parteien unterscheidet, sind drei weitere Aspekte von Bedeutung. Die Frage,

- ob es sich bei der nationalen Parteiorganisation um einen Zusammenschluss von ursprünglich unabhängigen politischen Gruppierungen („territorial diffusion“), um eine vom Zentrum initiierte Gründung lokaler und regionaler Parteisektionen („territorial penetration“) oder um eine Kombination von beiden handelt,
- ob die Partei ursprünglich von einem externen Sponsor abhängig (extern legitimiert) war oder nicht (intern legitimiert) oder
- ob in der Entstehungsphase eine charismatische Führungspersönlichkeit vorhanden war.

<sup>12</sup> Das Arbeiten mit Idealtypen hat den Vorteil, dass gewisse Grundkonfigurationen oder Standardprozesse vorgegeben sind, die es ermöglichen, in abweichenden Fällen Unterschiede und Differenzen zu identifizieren, für die dann die Ursachen zu finden sind. Für eine Kritik an der Methode Webers vgl. Smelser (1976: 114-150).



Der Grad der Institutionalisierung, welcher neben den Umweltfaktoren vor allem von den Entstehungsumständen der Partei abhängig ist, bestimmt sich über

- die Autonomie der Parteiorganisation, d.h. das Ausmass der Kontrolle der Partei über die Beziehung zu ihrer Anhängerschaft und zu anderen externen Organisationen (z.B. im Falle der sozialdemokratischen Parteien zu den Gewerkschaften) sowie
- über den Grad der Interdependenzen („systemness“) der einzelnen Elemente innerhalb der Partei.<sup>13</sup>

Das *Entstehungsmodell* („genetic model“) und die *Institutionalisierung* können nun folgendermassen miteinander *verknüpft* werden (vgl. Ware 1996: 99):

- Parteien, welche durch „territorial penetration“ entstanden sind, tendieren dazu, starke Institutionen herauszubilden, weil die an der Gründung beteiligten Eliten die Organisation von Beginn weg kontrollieren können.
- Parteien, die durch „territorial diffusion“ entstanden sind, sind eher schwach institutionalisiert, da zwischen den an der Gründung beteiligten Eliten ein Kampf um die Kontrolle über die Ressourcen der Partei entbrennt.
- Extern legitimierte Parteien (ausser diejenigen, die extra-national legitimiert sind) sind schwach institutionalisiert, da die Sponsoren nicht an einer starken Institutionalisierung interessiert sind, weil diese ihren Einfluss schmälern würde.
- Parteien, die von Organisationen ausserhalb des Landes abhängig sind, entwickeln starke Institutionen, da dies im Interesse der Sponsoren liegt, damit eine Einflussnahme von anderen Organisationen und Gruppierungen verhindert werden kann.
- Intern legitimierte Parteien unterliegen nicht denselben Restriktionen wie extern legitimierte Parteien und entwickeln sich in Richtung einer starken Institutionalisierung.
- Charismatische Führungspersönlichkeiten widersetzen sich einer starken Institutionalisierung, da sonst ihre Macht eingeschränkt würde. Wenn es jedoch zu einer Institutionalisierung kommt, dann ist diese in Übereinstim-

---

<sup>13</sup> Ein komplexeres Konzept der Institutionalisierung findet sich bei Huntington (1968). Es beinhaltet Autonomie, Kohärenz, Komplexität und Flexibilität.

mung mit dem ursprünglichen Muster der zentralen Autorität besonders ausgeprägt.

Panebianco überprüft sein analytisches Konzept an den Parteien in Frankreich, Italien, Deutschland und Grossbritannien. In diesem Zusammenhang steht auch die Kritik an seinem Vorgehen. Ware (1996: 102) hält fest „(...) that the Panebianco approach is ‚over-theorized‘ and that he tailors his case-studies to fit his theoretical model.“ Auf dieser abstrakten Ebene ist eine Beurteilung von Entstehungsumständen und Grad der Institutionalisierung in der Tat alles andere als unproblematisch. Panebianco liefert denn auch kaum Vorschläge für eine Operationalisierung seines Konzepts. Generell kritisiert aber Ware (1996: 104) an Panebianco auch, dass den Entstehungsumständen zuviel Gewicht beigemessen wird und dass die Anpassungen an die Erfordernisse des „Wählermarktes“ zu wenig berücksichtigt werden, was paradox erscheint, da sich Panebianco explizit auf die Wählerorientierung und damit auch auf den Wettbewerb um Wählerstimmen bezieht. Panebianco erwähnt weiter auch Umweltfaktoren, welche einen Einfluss auf die Institutionalisierung der Parteiorganisation haben können, es kommt ihnen aber nicht dieselbe Bedeutung wie den Entstehungsumständen zu.

Für die Schweizer Parteien von Bedeutung ist in erster Linie das Modell der „territorial diffusion“, welches eine Erklärung für die geringe Institutionalisierung und Formalisierung der Parteien liefert. Weiter wäre zu überprüfen, wie weit die charismatische Führerschaft von Christoph Blocher in der SVP tatsächlich zu einer geringeren Institutionalisierung oder zu einer besonders ausgeprägten mit einer zentralen Autorität beigetragen hat.

Gegen Ende seines Buches (Kapitel 14) befasst sich Panebianco mit den Problemen und den *Wandlungstendenzen von Parteien und Demokratie* schlechthin. Ausgehend von Kirchheimers „catch-all party“ legt Panebianco das Schwergewicht auf die Professionalisierung der Parteiorganisation. Dieser Aspekt ist zwar auch bei Kirchheimer implizit vorhanden, er verdient es jedoch, besonders hervorgehoben zu werden. In der Massenpartei, wie sie von Weber, Michels und Duverger beschrieben werden, kommt dem Parteiapparat, der Parteibükratie, eine wichtige Rolle zu (Panebianco 1988: 264). In seinem neuen Parteityp, wird die repräsentative Parteibükratie ersetzt durch Experten mit speziellem Wissen. Idealtypisch stehen sich somit bürokratische Massenparteien und professionelle Wählerparteien gegenüber. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Parteitypen sind in Tabelle 8.2 zusammengefasst.

Der Wandel zur „electoral professional party“ findet schneller statt, wenn die Parteien schwach institutionalisiert sind und wenn das Parteiensystem schwach fragmentiert ist und aus wenigen grossen Parteien besteht (Panebianco 1988: 265). Ursächlich für diesen Wandel sind auch bei Panebianco der Wandel der Gesellschaftsstruktur und der Wandel der politischen Kommunikation. Waren bürokratische Massenparteien stark institutionalisierte Parteien, so findet beim Wandel zu „electoral professional parties“ ein Deinstitutionalisierungspro-

zess statt (Panebianco 1988: 267). Entsprechend sind die Zukunftsaussichten für diesen neuen Parteitypen und damit auch für die Entwicklung des Parteiensystems ungewiss.

**Tabelle 8.2: Unterschiede zwischen bürokratischen Massenparteien und professionellen Wählerparteien**

<b>Mass bureaucratic parties</b>	<b>Electoral-professional parties</b>
central role of the bureaucracy (political-administrative tasks)	central role of the professionals (specialized tasks)
membership party, strong vertical organizational ties, appeal to the „electorate of belonging“	electoral party, weak vertical ties, appeal to the „opinion electorate“
pre-eminence of internal leaders, collegial leadership	pre-eminence of the public representatives, personalized leadership
financing through membership and and collateral activities (party, cooperatives trade unions etc.)	financing through interest groups and public funds
stress on ideology, central role of the believers within the organization	stress on issues and leadership, central role of the careerists and representatives of interest groups within the organization

Quelle: Panebianco (1988: 264)

### **8.1.6 Der Wandel der Parteiorganisationen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts**

Eine Überprüfung von Kirchheimers Entwicklungsmodell zur „catch-all party“ und von Panebiancos Vorstellungen vom Wandel zur „electoral professional party“ haben Richard S. Katz und Peter Mair im Rahmen des ECPR mit ihrem international vergleichenden Forschungsprojekt über den Wandel der Parteiorganisationen unternommen. Im Gegensatz zum ICPP-Projekt von Janda wurden hier Organisationsmerkmale in Form von Zeitreihen erhoben. Motiviert war das Forschungsprojekt nicht zuletzt auch durch die Frage, ob die politischen Parteien im Anbetracht neuer Formen der politischen Einflussnahme (vgl. Lawson/Merkel 1988) generell an Bedeutung verlieren, oder ob nicht vielmehr ein Wandlungs- und Anpassungsprozess vor dem Hintergrund veränderter Voraussetzungen stattfindet. Dadurch zielt das Projekt auch ganz direkt auf eine Diskussion der These von einer allgemeinen Krise der Parteien ab.

Die zentrale Hypothese des Forschungsprojektes lautete ganz im Sinne von Panebianco: Die politischen Parteien entwickeln sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts von ursprünglich Milieu orientierten Massenparteien zu professionalisierten Eliteorganisationen und professionell geleiteten Wählerparteien. Die Parteiführung orientiert sich bei der Suche nach Ressourcen und Unterstützung verstärkt nach aussen (Wählerschaft, Staat, Interessenverbände, Lobbies), Mitglieder und Anhänger verlieren an Bedeutung.<sup>14</sup>

Das in Westeuropa vorherrschende Parteimodell rückt damit stärker in die Nähe des Parteiensystems der Vereinigten Staaten (Katz 1987). In der Sichtweise des europäischen Massenparteimodells repräsentierte jede Partei die Interessen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe. Demokratie bedeutete hier nicht nur, dass die Regierung dem Volk gegenüber durch direkte Wahlen verantwortlich ist, sondern dass auch die Parteiführungen gegenüber ihren durch entwicklungsgeschichtlich hergeleitete Cleavages getrennten gesellschaftlichen Gruppen eine vergleichbare Verantwortung aufweisen. Demgegenüber interpretiert die neue Sichtweise – die im Prinzip bereits auf Schumpeter (1942) zurückgeht – demokratische Politik nicht mehr als Auseinandersetzung zwischen klar definierten Gruppen, sondern als Wettbewerb der Parteiführer um die Unterstützung einer in Bewegung geratenen Wählerschaft. Die Verantwortlichkeit der Regierenden den Regierten gegenüber wird allein durch die Wähler sichergestellt. Das Maximieren von Wählerstimmen wird zur höchsten Tugend, während die Parteimitgliedschaft nur noch eine begrenzte Rolle spielt.

#### 8.1.6.1 Zu überprüfende Entwicklungsmuster

Ob ein solcher Wandel der Parteien auch wirklich stattfindet, lässt sich anhand von fünf postulierten Entwicklungstendenzen überprüfen:

- *Die Parteiführung entfernt sich immer stärker von den Mitgliedern.* Hinweise für eine derartige Entwicklung sind: Die zentrale Parteileitung kontrolliert verstärkt die Nominierung von Kandidaten und verfasst selbständig und unabhängig von der Basis Abstimmungsparolen. Obwohl die Entscheidungskompetenzen der verschiedenen Parteiebenen im Prinzip in den Statuten festgehalten sind, können Anzeichen für eine Kompetenzverlagerung auch informellen Charakter haben. Von Interesse ist die These von der Entdemokratisierung parteiinterner Entscheidungen auch deshalb, weil in der Schweiz zu Beginn der 1970er Jahre in verschiedenen Parteien der Ruf nach einer Demokratisierung der Entscheidungen (Gruner 1977: 308) und dem Einbezug der Mitglieder in die Vernehmlassungsverfahren stark wurde. Zudem repräsentieren die Grünen Parteien ein Organisationsmodell, bei dem

<sup>14</sup> Als Extremformen einer solchen Wählerpartei können beispielsweise Berlusconis „Forza Italia“ oder Jörg Haiders FPÖ betrachtet werden.

der parteiinternen Demokratie eine grosse Bedeutung zukommt. Parteiangestellte wären im neuen Parteityp nicht gegenüber den Mitgliedern, sondern gegenüber der Parteiführung verantwortlich.

- *Anstelle der Mitgliederorientierung kommt es vermehrt zu einer Wählerorientierung.* Parteimitglieder werden für die Parteileitung zum Störfaktor. So verunmöglichen sie beispielsweise mit ihren gruppenspezifischen Forderungen eine Politik, welche es erlauben würde, eine grössere Wählerbasis anzusprechen. Eine Wähler orientierte Parteipolitik basiert hingegen auf allgemein gehaltenen Forderungen, die keine potentiellen Wähler ausschliessen. In diesem Sinne müsste bei den Parteien ein gewisser Verlust an ideologischem Profil und Klarheit in der Vertretung von spezifischen Interessen festzustellen sein. Ein Rückgang der Mitgliederzahlen und die Zunahme von Wechselwählern sind Entwicklungen, welche auf eine generelle Abnahme der Mitgliederbindungen hindeuten.
- *Externe Ressourcen gewinnen an Bedeutung.* Im Zusammenhang mit der Loslösung von der eigenen Mitgliederbasis steht das Erschliessen externer Finanzquellen (Interessenverbände, Lobbies, Staat). Der Anteil der Mitgliederbeiträge am Gesamteinkommen der Parteien nimmt, so lautet die These, ab. Eine staatliche Parteienfinanzierung, welche die Höhe der Beiträge auf die Zahl der Wählerstimmen oder Mandatsträger abstützt, fördert die Loslösung der Parteien von ihrer Mitgliederbasis. Sofern den Parteien aus den neuen externen Finanzquellen keine allzu restriktiven Auflagen erwachsen, erhöht sich die Autonomie der Parteileitung.
- *Verstärkte Professionalisierung der Parteiführung.* Dies bedeutet eine steigende Zahl bezahlter Parteiangestellter, klare Aufgabentrennung innerhalb der Parteileitung und Trennung zwischen administrativen und inhaltlichen Aufgaben. Wissenschaftliche Ergebnisse aus Bereichen der Kommunikationswissenschaften und der Sozialpsychologie kommen zur Anwendung. Wahlkampagnen werden professionell vorbereitet und durchgeführt.
- *Vermehrter Beizug von externen Experten.* Es wird immer mehr auf parteifremde PR- und Werbefachleute zurückgegriffen. Der Zweck heiligt die Mittel. Aufträge werden nicht zwangsläufig an verdiente Parteigänger vergeben, sondern an Spezialisten, ungeachtet ihrer politischen Präferenzen. Oberstes Ziel ist es, Wählerstimmen zu gewinnen.

### 8.1.6.2 Hypothese in Bezug auf die drei Gesichter der Parteien und Ergebnisse

Die in hypothetischer Form formulierte Parteientwicklung und die Herausbildung eines neuen Parteityps müsste in Bezug auf die drei Gesichter der Parteien eine Verlagerung der Bedeutung von der „Partei als regierende Organisation“ und der „Partei als Organisation von Mitgliedern“ zur „Partei als professionell geführtes Unternehmen“, d.h. zur „party in central office“ nach sich ziehen.

Wer vom Katz/Mair-Projekt eine klare empirische Überprüfung der formulierten Hypothese auf der Basis des international vergleichend erhobenen Datenmaterials erwartet hat, wird enttäuscht. Ein allgemeiner Wandel zu einer „professional electoral party“ im Sinne von Panebianco kann weder bestätigt noch widerlegt werden, die Feststellung, dass eine Professionalisierung der Parteien stattgefunden hat, ist kein hinreichender Beleg dafür (vgl. Katz/Mair 1994: 7). Insbesondere gelingt es Katz/Mair nicht, den postulierten Bedeutungswandel der „ideologischen Orientierung“ nachzuweisen und sie kommen, was die Rolle der Mitglieder anbelangt, zu widersprüchlichen Ergebnissen. Katz/Mair (1994) legen zudem auch Wert darauf, die Vorstellungen vom Niedergang der Parteien zu widerlegen und – wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird – einen neuen Parteityp vorzuschlagen.

Der Ende 1992 erschienene Tabellenband behandelt die interne Organisationsstruktur von 79 Parteien in zwölf westlichen Demokratien für den Zeitraum von 1960 bis 1990. Die Daten sind nach fünf Themenbereichen geordnet: Politischer Kontext, Mitgliedschaft, Funktionäre, Parteistrukturen und Finanzen (vgl. Katz/Mair 1992). Der zweite Band enthält eine Einleitung, welche ansatzweise einige wichtige Erkenntnisse vor dem Hintergrund der Ausgangshypothese diskutiert, sowie die Arbeiten über die einzelnen Länder. Ein dritter Band sollte sich vergleichend mit den einzelnen Aspekten der Parteien in den verschiedenen Ländern befassen. Eine Publikation ist aber bis anhin gescheitert, so dass man sich bei der Interpretation der Ergebnisse in vergleichender Perspektive auf die Einleitung von Peter Mair zum zweiten Band mit dem Titel „How parties organize“ (Katz/Mair 1994) abstützen muss. Mair kommt hier zu folgenden Erkenntnissen:

Das Gleichgewicht zwischen den drei Parteigesichtern hat sich verändert. Sie werden voneinander unabhängiger. Die „party in central office“ ist nicht mehr unbedingt das Sprachrohr der „party on the ground“ und nicht mehr den Mitgliedern gegenüber verantwortlich. Alte Mandatsträger oder professionelle Experten und Berater gewinnen in der Parteileitung an Bedeutung. In den Hintergrund geraten Parteibürokraten und Aktivisten. Die „party in central office“ wird autonomer und/oder wird stärker kontrolliert von den Mandatsträgern. Es lässt sich aber weder bei der „party in central office“ noch bei der „party in public office“ ein Niedergang der Parteien feststellen (vgl. Katz/Mair 1994: 5ff.):

- Immer mehr Parteien haben Zugang zu öffentlichen Ämtern und damit Zugang zu Ressourcen.
- Auch insgesamt sind die Ressourcen der Parteien in den letzten Jahren gestiegen.

Schwächer geworden ist lediglich die „party on the ground.“ Die beiden anderen Teile der Parteien haben an Bedeutung gewonnen. Aber auch der Untergang der „party on the ground“ kann nicht vollständig belegt werden. Hinweise, die auf das Gegenteil hindeuten, sind (vgl. Katz/Mair 1994: 4f.):

- In relativen, aber vor allem in absoluten, Zahlen kann nicht in allen Ländern von einer sinkenden Tendenz bezüglich der Mitgliederzahlen ausgegangen werden. Diese Erkenntnis wird aber in einer neueren Arbeit von Mair/van Biezen (2001) relativiert. Sie gehen davon aus, dass Ende der 1990er Jahre auch die absoluten Mitgliederzahlen rückläufig sind.
- In verschiedenen Ländern haben die Parteimitglieder in den letzten Jahren mehr direkte Mitsprachemöglichkeiten erhalten (Wahl der Parteiführer, parteiinterne Plebiszite).

Die Rolle der Parteimitglieder ist paradox (Katz/Mair 1994: 13ff.). Auf der einen Seite gewinnen die anderen Gesichter der Partei an Bedeutung. Andererseits werden Parteimitglieder aber nicht unnötig:

- Mitgliederbeiträge sind auch heute noch für gewisse Parteien ein wichtiger Teil ihrer Gesamteinnahmen.
- Mitglieder sind „warm bodies“, welche wichtige Positionen innerhalb und ausserhalb der Parteien einnehmen können.
- Mitglieder sind für organisationelle und politische Zwecke immer noch von Bedeutung.

Mögliche Erklärungen für diese paradoxe Situation sind:

- Es ist nicht die organisierte Basis, die stärker wird, sondern das autonome, einzelne Mitglied (immer häufiger erfasst in zentralen Mitgliederkarteien). Plebiszitäre Mitbestimmung tritt anstelle von repräsentativen oder basisdemokratischen Modellen.
- Mitglieder können zwar zwischen Kandidaten auswählen, sie können jedoch keine eigenen Kandidaten portieren.

- Es handelt sich um eine Tendenz zur allseitig grösser werdenden Autonomie. Am Ende dieses Prozesses könnte etwa stehen, dass sich die Lokalparteien gar nicht mehr um die Nationalparteien und ihre Anliegen kümmern und sich nur noch mit ihren eigenen Geschäften befassen.

#### 8.1.6.3 Die Krise der Parteien?

Auch wenn ein Bedeutungsverlust der Parteien auf dem Niveau der europäischen Gesellschaften festgestellt werden kann, so zeigt sich auf dem Niveau der europäischen Staaten kein Bedeutungsverlust der Parteien. Aus organisationaler Sicht macht es mehr Sinn, von einer *Anpassung oder Veränderung der Parteien* zu sprechen als vom Untergang der Parteien. Parteien werden immer stärker „stratarchical“, d.h., sie zerfallen in verschiedene voneinander unabhängige Ebenen. Insgesamt führt diese Entwicklung zu einer grösseren Unabhängigkeit der obersten Parteistufen. Parteien werden so privilegiert, aber sie entfernen sich auch von der Basis. Daraus resultiert die Anti-Parteien-Stimmung in westlichen Demokratien. Markant ist ein steigendes Misstrauen der politischen Klasse gegenüber, das schliesslich rechtspopulistischen Ansätzen die Tür öffnet. Die Parteien sind nicht einfach schwächer geworden, sie sind heute sogar stärker (Korruption, Parteispenden zeugen davon), haben sich aber gleichzeitig von den so genannt gewöhnlichen Leuten entfernt. Insgesamt kann also nicht von einem Untergang der Parteien gesprochen werden. Die drei Parteigesichter gewinnen an Handlungsspielraum. Mit der „party in public office“ wenden sich die Parteien heute immer stärker dem Staat zu. Ausgehend von dieser Erkenntnis schlagen Katz/Mair (1995) mit der „cartel party“ einen neuen Parteitypus vor.

#### 8.1.7 Die „cartel party“

Bereits in seiner Einleitung zu „How Parties Organize“ macht Mair folgende Feststellung (1994: 7ff.): Die Beziehung zwischen Parteien und Staat ist in den letzten Jahren deutlich wichtiger geworden als die Beziehung zwischen Parteien und Bürgerinnen und Bürgern. Die Parteien stehen nicht mehr als Vermittler zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat, sondern der Staat steht nun zwischen der Bürgerschaft und den Parteien. Der Staat wird immer wichtiger für das Überleben von Parteien, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Legitimität wie auch hinsichtlich ihrer Ressourcen. Folgende Entwicklungen führen Mair zu diesen Erkenntnissen:

- Es gibt kaum mehr eine eigentliche Parteipresse. Der Weg an die Öffentlichkeit führt teilweise über staatlich kontrollierte Massenmedien.



- Mandatsträger werden immer stärker vom Staat finanziert. Ihre Zahl und ihr Gewicht innerhalb der Parteien nehmen zu.
- Der Anteil der Staatsmittel an den Gesamteinnahmen wird immer grösser.
- Der Staat reguliert und bestimmt durch Gesetze und Verordnungen wie auch durch seinen eigenen Wandel ganz allgemein die Parteien (Vorschriften, die im Zusammenhang mit Parteifinanzierungsgesetzen erlassen werden, das freie Mandat, Kommunalreformen).
- Parteien sind selbst ein Teil des Staates. Nicht der Staat hilft den Parteien, sondern die Parteien helfen sich selbst.

Durch diese für alle Parteien gleich gelagerten Beziehungen zum Staat gleichen sich die Parteien einander an. In ihrem 1995 in „Party Politics“ erschienen Artikel geben Katz/Mair diesem neuen Parteitypen den Namen „cartel party“. Dieser Idealtyp taucht etwa in der Zeit nach 1970 auf, siedelt sich, wie erwähnt, nahe beim Staat an und wird zu einem grossen Teil durch den Staat subventioniert. Dabei sind es die Parteien selbst, welche über diese Subventionen entscheiden. Die einfachen Parteimitglieder haben zwar formale Einflussmöglichkeiten, sie sind jedoch derart atomisiert, dass sie die Parteiführung nicht gefährden können. Auch die lokalen Mandatsträger gefährden die Parteielite nicht, da die interne Parteistruktur „stratarchische“ Züge hat, d.h. die verschiedenen Ebenen voneinander unabhängig sind. Politik wird als Beruf aufgefasst und nicht als Mittel um soziale Reformen herbeizuführen. Entsprechend werden unternehmerische Fähigkeiten und Effizienzkriterien zu Grundvoraussetzungen für den Parteienwettbewerb (vgl. Koole 1996: 508).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war die „cartel party“ in der wissenschaftlichen Diskussion sehr aktuell. In einer neueren Ausgabe von „Party Politics“ hat zwischen Katz/Mair und Ruud Koole eine Auseinandersetzung darüber stattgefunden, ob die „cartel party“ wirklich als neuer Parteityp bezeichnet werden soll, ob dies ein geschickt gewählter Name sei und ob es nicht angebrachter wäre, von der Koexistenz unterschiedlicher Parteitypen auszugehen (vgl. Koole 1996 und die Replik von Katz/Mair 1996). Letztlich lädt das Modell geradezu dazu ein, in den verschiedenen nationalen Parteiensystemen überprüft zu werden (vgl. MacIvor 1996 für die kanadischen Parteien).

Im Hinblick auf die Analyse der Schweizer Parteien erscheint das Konzept der „cartel party“ zwar verheissungsvoll, aber nicht ganz ohne Widersprüchlichkeiten. Legt man das Schwergewicht auf die Kartellisierung der ins politische System integrierten Parteien, das heisst auf die wettbewerbsverhindernden Strategien und kartellistischen Abschottungstendenzen, die dazu führen, dass es neue Parteien schwer haben, sich im Parteiensystem zu etablieren (vgl. Ware 1996: 108), dann wäre das Schweizer Konkordanzsystem mit seinen Zauberkonzepten ein Musterbeispiel für „cartel parties“. Legt man jedoch das Schwerege-

wicht auf die staatliche Parteienfinanzierung, so sind die Parteien in der Schweiz wohl kaum „cartel parties“. Unklar in der Konzeptualisierung von Katz/Mair ist, in welchem Verhältnis die beiden Aspekte zueinander stehen: Müssen beide Bedingungen erfüllt sein oder können sie auch substitutiven Charakter haben?

## 8.2 Parteitypen und Parteimerkmale

In den Arbeiten von Duverger, Kirchheimer, Janda, Panebianco und Katz/Mair kommen zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze zur Analyse von Parteiorganisationen zum Ausdruck. Einerseits wird mit Parteitypen und andererseits mit Merkmalen von Parteien gearbeitet. „Catch-all party“, „professional electoral party“ und „cartel party“ stellen idealtypische Ausprägungen in der Entwicklung von Parteiorganisationen dar. Mit Begriffen wie Formalisierung, Zentralisierung, innerparteiliche Demokratisierung usw. werden demgegenüber wichtige Eigenschaften von Parteiorganisationen angesprochen, die es auf allfällige Wandlungstendenzen zu untersuchen gilt.

Parteitypen haben den Vorteil, dass sie komplexe Informationen auf einen Nenner bringen und veranschaulichen. Problematisch erweist sich demgegenüber, dass sie in Realität kaum in ihrer reinen, idealtypischen Form existieren. Parteien entsprechen immer mehr oder weniger einem bestimmten Typus. Da Parteitypen durch eine Vielzahl von Merkmalen charakterisiert werden, ist es oft unklar, welche Bedingungen in welchem Masse erfüllt sein müssen, damit eine Partei einem bestimmten Typus zugeordnet werden kann. Hinsichtlich einzelner Merkmale lassen sich die Parteien demgegenüber klarer unterscheiden. Die politischen Parteien oder zumindest einzelne davon werden professioneller, demokratischer usw. Will man zu Aussagen kommen, welche über die exakte Analyse von Teilaspekten hinausgehen, so kommt man nicht darum herum, aus der Vielzahl von Informationen empirisch oder theoretisch charakteristische Konfigurationen herauszufiltern.

Parteitypen sind also nichts anderes als charakteristische Kombinationen von Ausprägungen auf einer bestimmten Anzahl von wichtigen Merkmalsdimensionen. Aber auch mit einer systematischen Beschreibung der Merkmale der einzelnen Parteitypen sind nicht alle Probleme gelöst. Es wird zwar anschaulicher, wie die einzelnen Typen aussehen und was sie voneinander unterscheidet, ab wann genau aber eine Partei einem bestimmten Typus zugeordnet werden kann, ist in der Regel nicht klar festgelegt. Ab wie vielen Stellen kann von einer professionalisierten Partei gesprochen werden?

In der Schweiz birgt die SP viele Aspekte einer Massenpartei („mass party“). Sie setzt, was die Mitglieder anbelangt, aber eher auf Qualität und hat entsprechend tiefe Mitgliederzahlen. FDP und CVP zählen demgegenüber eher zu den Kaderparteien, haben aber in gewissen Kantonen sehr grosse Mitgliederzahlen.

Parteitypen sind zwar theoretisch ergiebig, letztlich kommt man aber nicht darum herum, sich bei der Analyse der Parteien auf einzelne Merkmale zu beschränken und diese vor dem Hintergrund idealtypischer Parteimodelle zu diskutieren, ohne dass man eine theoretisch fundierte und klar operationalisierbare Zuordnung der einzelnen Parteien zu bestimmten Typen vornehmen kann.

### 8.3 Politische Parteien und Wandel

Die Analyse von Parteiorganisationen und die Analyse des Wandels von Parteiorganisationen sind eng miteinander verknüpft und lassen sich kaum voneinander trennen. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass in einer diachronen Betrachtung die Idealtypen in der Regel bestimmten historischen Epochen zugeschrieben werden und den Parteien eine Entwicklung unterstellt wird, die die verschiedenen Parteitypen durchläuft.

Unter den verschiedensten Autoren (Duverger 1959, Neumann 1956, Kirchheimer 1966, Epstein 1967) und in einer international vergleichenden Perspektive besteht ein relativ breiter Konsens darüber, dass die Parteien im 20. Jahrhundert unterschiedliche Entwicklungsstadien durchlaufen bzw. durchlaufen haben (Katz/Mair 1990: 5). Auch wenn die verwendeten Bezeichnungen uneinheitlich sind, lassen sich – wie bereits erwähnt – *drei verschiedene Ausprägungsformen* von politischen Parteien unterscheiden:<sup>15</sup>

- Bis etwa 1920 waren die Parteien vorwiegend *Kader- oder Eliteparteien*.
- Mit der Konsolidierung der westlichen Demokratien zwischen 1920 und 1960 entstanden die eigentlichen *Massen- bzw. Mitgliederparteien*.
- Seit 1960 haben die veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen und die Möglichkeiten moderner Massenkommunikation zu *Allerweltparteien* („catch-all parties“) geführt (Katz/Mair 1993: 604), welche sich nicht mehr ausschliesslich einem bestimmten Segment in der Bevölkerung verpflichtet fühlen.

Die Annahme, dass sämtliche Parteien dieselbe Entwicklung durchmachen, ist allerdings zu vereinfachend. Entscheidend für die Organisationsform einer politischen Partei ist nicht ausschliesslich die historische Epoche, in der sie sich befindet, sondern auch die *Zeit ihrer Entstehung*. So besagt eine viel zitierte Hypothese, dass die Parteiorganisationen einige ihrer organisationellen Charakteristiken aus der Gründungsphase beibehalten (vgl. Stinchcombe 1965 und vor allem Panebianco 1988: xiii). Organisatorische Unterschiede zwischen zwei

<sup>15</sup> Als weitere allerdings nicht unumstrittene Entwicklungsform gilt es seit den 1970er Jahren die „cartel party“ von Katz/Mair (1995) zu erwähnen.

Parteien in einem bestimmten Zeitpunkt müssten mit ihren unterschiedlichen Gründungsepochen erklärt werden können. Zudem hat jede Organisation eine *Biographie* und ihr Alter erklärt bis zu einem gewissen Grad ebenfalls organisatorische Charakteristiken. Dazu gesellen sich jedoch noch weitere Faktoren.

Obschon in der Literatur der Wandel der politischen Parteien in sich abfolgenden Entwicklungsstadien der Parteien beschrieben wird, dominiert gemäss Harmel/Janda (1994: 260) die Vorstellung, dass der Wandel von Parteien im Gegensatz zum Wandel von Parteiensystemen *graduell und inkrementalistisch* verläuft. Vereinzelt gibt es in der Literatur allerdings auch Beispiele von *abrupten Veränderungen* der Parteiorganisationen, wie etwa Panebianco (1988: 253-257) am Beispiel des Bad Godesberger Programms der SPD zu zeigen versucht (Harmel/Janda 1994: 261). Ein Grund für das Festhalten an einem graduellen Wandel der Parteiorganisationen ist die Vorstellung, dass sich Parteiorganisationen den veränderten *Umweltbedingungen anpassen* haben. Dabei wird vergessen, dass der Wandel von Parteiorganisationen auch aufgrund von *Entscheidungen der Parteiverantwortlichen* ausgelöst werden kann (Harmel/Janda 1994: 261f.).

Grundlegender als die Art und Weise, wie sich die Parteien wandeln, ist jedoch die Frage, *warum sich die Parteien wandeln*. Harmel/Janda (1994) versuchen eine Theorie des Wandels von Parteien zu formulieren. Sie stützen sich dabei auf bestehende Arbeiten insbesondere auf diejenige von Panebianco (1988) und ergänzen sie. Besonders interessiert sie die Frage, ob Wandel endogen oder exogen induziert ist, da hier Panebianco ihrer Meinung nach keine befriedigende Lösung vorschlägt, wenn er für die meisten Fälle *externe Stimuli* verantwortlich macht, welche dann von *internen Faktoren* unterstützt werden (Panebianco 1988: 242). Die Sichtweise, dass Parteienwandel von der Umwelt induziert wird, hat für Harmel/Janda eine zu stark deterministische oder gar evolutionistische Komponente. Parteien, die sich nicht der veränderten Umwelt anpassen, schneiden auch weniger gut ab. Wollen sie besser abschneiden, sind sie gezwungen, die erforderlichen Veränderungen einzuleiten (vgl. Harmel/Janda 1994: 263). Gelingt es ihnen nicht, ist ihr Überleben nicht mehr gesichert. Als Variante der Vorstellung vom *Überleben der Besten* kann auch die *Anpassungs- oder Ansteckungstheorie* („contagion theory“) betrachtet werden. Sie besagt, dass der wichtigste Umweltfaktor von Parteien die anderen Parteien sind. Will man sich erfolgreich mit anderen Parteien messen, so muss man so aussehen wie sie und sich wie sie verhalten (Harmel/Janda 1994: 264).

Harmel/Janda (1994: 264ff.) gehen in ihrer Theorie des Parteienwandels (wie Panebianco) davon aus, dass interne Faktoren direkt verantwortlich für Wandel sind, während externe Stimuli einen wichtigen Katalysator darstellen können. Allerdings gestehen sie auch ein, dass die Bedeutung und die Rolle der externen Stimuli besser herausgearbeitet werden müssen. Zentrale den Wandel der Parteien erklärende Variablen sind die *Veränderungen der Parteiführung* („leadership change“), die *Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Parteiflügeln* („change in dominant faction(s)“) und die verschie-

denen *externen Stimuli*. Solche externen Stimuli können sein: einschlägige Verfassungsänderungen, Änderung der staatlichen Parteienfinanzierung, Entstehung neuer Parteien und Verschiebung der Wählerstimmen- und Sitzanteile. Sie entstehen aus den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die ausserhalb der Parteien stattfinden und entweder alle Parteien oder ganz spezifisch einzelne Parteien betreffen (Harmel/Janda 1994: 267).

Eine besondere Bedeutung kommt den *Parteizielen* („party goals“) zu. Bei den Parteizielen stützen sie sich auf die Arbeit von Strom (1990) ab, welcher zwischen „votes“, „office“ und „policies“ unterscheidet. Dem fügen sie mit der *parteiinternen Demokratie* ein viertes Ziel bei.<sup>16</sup> Entscheidend in ihrem theoretischen Konstrukt ist die Feststellung, dass nicht alle Parteien auf die gleiche Art und im selben Ausmass auf die verschiedenen Stimuli reagieren und dass die Reaktion stark von den primären Zielen der Partei abhängig ist (Harmel/Janda 1994: 268). Was für gewisse Parteien ein Schock sein kann, ist für andere lediglich eine Veränderung.

Unter Parteienwandel verstehen Harmel/Janda (1994: 275) vor allem diejenigen Aspekte des Wandels, welche im Einflussbereich der Parteien liegen. Es sind dies *Veränderungen der Regel, Strukturen, Politiken, Strategien und Taktiken*. Wandel wird häufig auch mit dem Begriff „Reform“ gleichgesetzt und in der Organisationslehre wird davon ausgegangen, dass die Reformen für die Organisation funktional sind. Als Gegenargumente können angeführt werden, dass Veränderungen oft *parteiintern umstritten* sind, dass *Ausgang und Erfolg unklar* sind und der interne Entscheidungsprozess *keine optimale oder adäquate Lösungen* zu garantieren vermag und dass schliesslich auch die Umsetzung von Reformen oft unvollkommen bleibt. Parteienwandel kann zudem als *Veränderung* (z.B. Statutenänderung), *Trend* (z.B. konstante Mitgliederverluste) oder *Ereignis* (z.B. Wahl eines neuen Parteiführers) stattfinden.

Was den Wandel der Umwelt anbelangt, so unterscheiden Harmel/Janda (1994: 276) im Prinzip zwei Formen: eine langsame, *inkrementalistische Veränderung*, welche sich über die Zeit hinweg als Trend manifestiert, und *spezifische Anlässe oder Schocks* wie beispielsweise die Watergate Affäre oder der Fall der Berliner Mauer.

Ausgehend von den Grundannahmen, dass Parteien als grundsätzlich konservative Organisationen sich nur unter Druck verändern, dass es für eine Veränderung eine dominante Koalition in der Partei braucht, welche auf der Basis von Kosten-Nutzen-Überlegungen entscheidet, dass bei den Parteien eines von den vier erwähnten Zielen dominiert und dass die Erreichung dieses primären Ziels den zentralen Leistungsindikator darstellt, formulieren Harmel/Janda (1994: 279-283) 17 konsistente, empirisch überprüfbare aber nicht erschöpfende Hypothesen. Für eine eigentliche empirische Überprüfung verweisen sie auf die aus dem Katz/Mair-Projekt mit den zusammengestellten Longitudinaldaten ent-

<sup>16</sup> Harmel/Janda (1994: 269) nennen die vier Ziele „vote maximation“, „office maximation“, „policy advocacy“ und „intraparty democracy maximation“.

standenen Möglichkeiten sowie auf ein eigenes Projekt, welches 19 Parteien in Dänemark, Deutschland, Grossbritannien und den USA untersucht.

In einem gewissen Kontrast zur Ausdifferenziertheit des theoretischen Gebäudes steht allerdings auch hier das Fehlen konkreter Hinweise, wie die verschiedenen Konzepte und Hypothesen *operationalisiert* werden können.<sup>17</sup> Vor allem aber was die Grundannahmen betrifft, auf denen die Hypothesen schliesslich basieren, sind die beiden Autoren wenig explizit. Können wirklich nicht verschiedene Parteiziele mehr oder weniger gleichberechtigt nebeneinander existieren? Wäre es nicht möglich, dass innerhalb der Partei Uneinigkeit über das wichtigste Ziel der Partei besteht? Kann es nicht sein, dass je nachdem einmal das eine und ein anderes Mal ein anderes Parteiziel die höchste Priorität hat? So plausibel es auch ist, verschiedene Parteiziele zu unterscheiden, schwierig wird es dann, wenn entschieden werden muss, ob nun beispielsweise die Zürcher SVP Wählerstimmenmaximierung oder Exekutivmacht als primäres Ziel verfolgt.

Ein weiterer Themenkreis befasst sich mit der *Allgemeingültigkeit und der Richtung von Wandlungstendenzen*. Von Interesse ist die Frage, ob ein allfälliger Wandel bei allen Parteien und ob er mehr oder weniger gleichzeitig stattfindet. Hier drängt sich sowohl ein Vergleich zwischen den verschiedenen Parteien (unterscheiden sich die Kantonalparteien der FDP von denjenigen der SP?) wie auch innerhalb der einzelnen Parteien (existieren Unterschiede zwischen den Kantonalparteien der einzelnen Parteien?) auf.

Gehen wir davon aus, dass dieser Wandel durch exogene Faktoren (sozialer Wandel, Mediensystem usw.) induziert ist, so wäre es nahe liegend anzunehmen, dass sich alle Parteien in dieselbe Richtung entwickeln. Allerdings gibt es auch gute Gründe zur Annahme, dass unterschiedliche Entwicklungsmuster auszumachen sind. Zum einen können endogene Faktoren zu unterschiedlichen Entwicklungen führen. Beispiele dafür können etwa unterschiedliche politische Orientierungen sein, die auch auf die Parteiorganisation und die parteiinternen Prozesse abfärben oder der Entstehungszeitpunkt einer Partei. Zum anderen sind die Parteien teilweise in ganz unterschiedlichen Kontexten aktiv (kleine Kantone, unterschiedliche Sprachregionen, Konfession, Urbanität usw.). Und Wandel ist schliesslich immer auch abhängig von der Ausgangssituation. Entsprechend benötigen wir Angaben über den Zustand (Anzahl Mitglieder, Grad der Professionalisierung usw.) im heutigen Zeitpunkt respektive, wo möglich, auch in früheren Zeitpunkten.

Es können *drei Verlaufsmuster des Parteienwandels* unterschieden werden:

- *Konvergenz*: in den Entwicklungen, welche auf eine einzige, möglicherweise ideale Organisationsform hinauslaufen.

<sup>17</sup> Für eine erfolgreiche Anwendung des Konzepts vergleiche Müller (1997).

- *Gleichförmigkeit*: alle Parteien entwickeln sich in die gleiche Richtung, tun dies jedoch auf unterschiedlichen Niveaus.
- *Divergenz*: die Entwicklungen haben keine gemeinsame Richtung und kein gemeinsames Ziel.

Im Hinblick auf die dieser Arbeit zugrunde liegende Fragestellung interessiert hier allerdings weniger, in welche Richtung allfällige inkrementalistische Anpassungsprozesse stattfinden, sondern viel grundsätzlicher die Frage, ob sich die Parteien in einer Form wandeln, so dass sie nicht mehr auf die Organisationen zur Zeit ihrer Gründung zurückgeführt werden können. Damit liesse sich auch die Vorstellung von der anhaltenden strukturierenden Bedeutung der ihrer Entstehung zugrunde liegenden Cleavages nicht mehr aufrechterhalten.

## 8.4 Die Analyse der Schweizer Parteien

Bedeutungsvoll für den Wandel und die Entwicklung der Parteien in der Schweiz ist eine ganze Reihe von mehr oder weniger spezifischen *Umweltfaktoren*.<sup>18</sup> Mit der direkten Demokratie, dem Konkordanzsystem, dem Föderalismus und dem Milizprinzip werden lediglich einige der wichtigsten Elemente kurz angesprochen.

Ohne Zweifel hat die *direkte Demokratie* einen Einfluss auf die politischen Parteien, insbesondere was die Zielorientierung anbelangt. Die Volksrechte verschaffen den Parteien die Möglichkeit, nicht nur um Wählerstimmen und Sitzanteile zu kämpfen, sondern verstärkt auch „policy“-orientiert zu operieren. Der Preis dafür ist allerdings die allgemein geringere Bedeutung, die den Wahlen hierzulande zukommt. Durch den gesteigerten Gebrauch der Volksrechte ist die Arbeitslast der Parteien stark angestiegen und sie sehen sich kaum mehr in der Lage, für das Bestreiten der zahlreichen Abstimmungen die notwendigen materiellen und inhaltlichen Ressourcen zu mobilisieren. Die Frage, ob die direkte Demokratie die Parteien letztlich schwächt, ist jedoch nicht endgültig entschieden. Im Gegensatz zum häufig postulierten negativen Einfluss haben erste Analysen mit Daten aus dem im Folgenden vorgestellten Projekt gezeigt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Volksabstimmungen und dem Ausbau des Parteiapparates besteht (vgl. Ladner/Brändle 1999).

Das *Konkordanzsystem* mit seinen Zauberformeln sorgt für Stabilität und gewährt den Parteien eine hohe Erwartungssicherheit. Allerdings fördert das System ein Kartellisierung und Wettbewerbselemente treten in den Hintergrund.

---

<sup>18</sup> Für eine ausführliche Diskussion der Eigenheiten der Schweiz und des schweizerischen politischen Systems mit Blick auf die politischen Parteien vgl. Kriesi (1986), Neidhart (1986) und Ladner (1999).

Davon profitieren vor allem die grossen Parteien, während den Kleinen der Zugang zu Exekutivmandaten verwehrt bleibt.

Der *Föderalismus* und die *ausgeprägte Gemeindeautonomie* führen zu einer vertikalen Segmentierung und einer horizontalen Fragmentierung des Parteiensystems. Die Schweizer Parteien bestehen aus verhältnismässig autonomen Kantonalparteien, die ihrerseits aus zahlreichen verhältnismässig autonomen Lokalparteien bestehen. Daraus resultieren auf der einen Seite grosse Koordinations- und Integrationsanforderungen. Andererseits sind die Parteien dadurch besser in der Lage, ganz spezifisch auf die Bedürfnisse der einzelnen Gebietskörperschaften einzugehen.

Das *Milizsystem*, welches auch auf der nationalen Ebene verbreitet ist, führt nicht nur dazu, dass das Professionalisierungsniveau in der Politik ausgesprochen tief ist, sondern es hat auch zur Folge, dass dort, wo politische Rollen durch professionalisierte ersetzt werden, ein starkes Gefälle zu den Milizpolitikern entsteht. Vorteilhaft weist sich demgegenüber aus, dass die Gefahr der „Oligarchisierung“ und „Bürokratisierung“ im Parteiapparat weniger ausgeprägt ist.



## 9 Die Schweizer Kantonalparteien im Wandel

### 9.1 Fragestellung und Daten

Die Schweizer Kantonalparteien bilden ein ausgezeichnetes Untersuchungsfeld für die Analyse des Wandels von Parteiorganisationen. Im Gegensatz zu international vergleichenden Untersuchungen (Katz/Mair 1992, 1994) hat die vergleichende Untersuchung von subnationalen Parteiorganisationen den Vorteil, dass das Umfeld der Parteien kontrollierbarer ist und dennoch eine grössere Zahl von Untersuchungseinheiten betrachtet werden kann, so dass die Ergebnisse nicht mehr auf Einzelbeobachtungen beruhen und die gefundenen Muster aussagekräftiger werden. Die weit reichende Selbständigkeit der Kantonalparteien und ihre grosse Bedeutung innerhalb der nationalen Partei garantieren zudem, dass parteiinterne Unterschiede nicht von vornherein ausgeschlossen werden müssen.

Aufgrund der verschiedenartigen Strukturen der Kantone und der durch den Föderalismus bedingten unterschiedlichen Voraussetzungen ist zu erwarten, dass sich im Laufe der Zeit je nach Kanton unterschiedliche Organisationsformen herausgebildet haben, sei dies, weil das Umfeld den Parteien eine entsprechende Organisation nahe legte, sei dies, weil die Parteien durch das „Kopieren“ des politischen Gegners Wettbewerbsnachteile verhindern wollten (Harmel/Janda 1994:264). Im Hinblick auf die Analyse des Wandels von Parteiorganisationen kann erwartet werden, dass je nach Kanton unterschiedliche Parteitypen dominieren und sich die Parteien in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden. Entsprechend muss es auch zu unterschiedlichen Parteiensystemen kommen.

Die den folgenden Ausführungen zugrunde liegenden Daten stammen aus einem grösseren Nationalfondsprojekt über den *Wandel der Parteiorganisationen in den Schweizer Kantonen*, welches vom Autor zusammen mit Michael Brändle durchgeführt worden ist (vgl. Ladner/Brändle 2001). In Anlehnung an die Untersuchung von Katz/Mair (1992, 1994) lag dabei das Schwergewicht bei den Aspekten der Formalisierung, Mitgliederentwicklung, Professionalisierung, Zentralisierung und ideologische Veränderung der Parteien. Für die Ergebnisse im Einzelnen sei auf die entsprechenden Ausführungen in Ladner/Brändle (2001) verwiesen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Der Untersuchungszeitraum umfasste das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts. Berücksichtigt wurden alle Parteien, die auf nationaler Ebene in Erscheinung treten, namentlich die Kantonalparteien von FDP, CVP, SVP, SP, GPS, LPS, EVP, LdU, FPS, SD, EDU, PdA. Eine erste Befragung (August 1996) richtete sich an die kantonalen Parteisekretariate. Dabei ging es in erster Linie darum, die Informationslage bei den Parteien in Erfahrung zu bringen und einige "harte" Zahlen (Gründungsjahr, Anzahl Mitglieder, Anzahl Lokalsektionen, Anzahl bezahlte Stellen usw.) zu erheben. Insgesamt wurden 178 Fragebogen verschickt. Ausgefüllt zurück geschickt wurden 124 (69.7 Prozent). Die in dieser ersten Befragung erhobenen Angaben, dienen der Kontrolle und Vervollständigung der in der Hauptbefragung gewonnenen Erkenntnisse. Für die Hauptbefragung (September 1997) belief sich die Grundgesamtheit auf 200 Parteien. 157 Fragebogen wurden

Bei der Analyse des Wandels von Parteien und Parteiensystemen stellt sich auf der Ebene der Parteien die Frage, ob sich die Kantonalparteien, wie dies die im vorangehenden Kapitel vorgestellten Parteitypen der „catch-all party“, der „professional electoral party“ und auch der „cartel party“ nahe legen, in einer Art und Weise gewandelt haben, die es nicht mehr erlaubt, von einer kontinuierlichen Anpassung der historischen Parteien an veränderte Voraussetzungen zu sprechen, sondern einen *Bruch in der Entwicklung der Parteien* darstellen, so dass von neuen Parteitypen gesprochen werden kann. Folgende Entwicklungen würden für einen solchen grundlegenden Wandel sprechen:<sup>2</sup>

- Die Bedeutung der Mitglieder für die Parteien geht zurück. Anstelle der Mitgliederorientierung tritt eine Wählerorientierung (vgl. Kirchheimer 1965, Panebianco 1988).
- Die Bedeutung von Ideologie und Parteiprogramm für die konkrete Parteiarbeit nimmt ab. Die Parteien gleichen sich inhaltlich einander an (vgl. Kirchheimer 1965).
- Externe Geldquellen werden für die Parteien wichtiger, sei dies in Form von parteiexternen Spenden, welche klientelistische Abhängigkeiten ohne ideologischen Hintergrund schaffen, sei dies in Form einer staatlichen Parteienfinanzierung (vgl. Katz/Mair 1995).

Auf der Ebene der Parteiensysteme kann dann geprüft werden, ob es entsprechend dem Charakter der in ihnen organisierten Parteien Unterschiede gibt, so dass sich auf der einen Seite Parteiensysteme finden lassen, die sich gemäss den Vorhersagen von Kirchheimer (1965) bezüglich der *Amerikanisierung westeuropäischer Parteiensysteme* entwickeln und denen auf der anderen Seite Parteiensysteme gegenüber stehen, welche die Konfliktlinien-Theorie (Cleavages) von Lipset/Rokkan (1967) bestätigen.

---

(dank intensiver Nachfrage) zurückgeschickt, was einem Rücklauf von 78.5 Prozent entspricht. Besonders gut geantwortet haben die Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien. Hier liegt der Rücklauf bei 103 befragten Parteien bei 94.2 (!) Prozent. Nicht geantwortet haben die FDP im Kanton Jura, die CVP in Zug, Glarus und im Oberwallis, die SVP im Kanton Freiburg und die SP im Kanton Neuenburg. Nicht vertreten, da damals noch nicht existent, sind die SP in Obwalden und die Kantonalparteien der SVP in Uri, Wallis, Obwalden und Nidwalden.

<sup>2</sup> Ausgeklammert wird hier die Professionalisierung, welche beispielsweise bei Kirchheimer (1965) und bei Panebianco (1988) ebenfalls angesprochen wird. Professionalisierung kann auch als eine Anpassung an die gesteigerten Herausforderungen gesehen werden und muss nicht zwingend einen fundamentalen Wandel der Parteien bedeuten.

## 9.2 Die sich wandelnde Bedeutung der Mitglieder

Das sozio-strukturell argumentierende Modell von Lipset/Rokkan (1967) geht davon aus, dass sich die politischen Parteien entlang der sozialen Konfliktlinien herausgebildet haben. Parteien organisieren Bevölkerungssegmente unterschiedlicher Herkunft, Interessen und politischer Orientierungen. Dieser Vorstellung liegt eine transmissionsparadigmatische Auffassung von Parteien (vgl. Wiesendahl 1980) zugrunde. Politische Parteien bringen die Interessen ihrer Basis in den politischen Entscheidungsprozess ein. Dabei kommt dem Mitgliederprinzip ein wichtiger Stellenwert zu. Bei der „catch-all party“ von Kirchheimer (1965) oder der „electoral professional party“ von Panebianco (1988) wird die Mitgliederorientierung demgegenüber durch eine Wählerorientierung abgelöst. Idealtypisch und in Einklang mit dem Konkordanzparadigma von Wiesendahl bieten hier die Parteien ein Programm an, von dem sie sich die grössten Wählerstimmengewinne erhoffen. Es bestehen keine Bindungen zu einem klar definierbaren Bevölkerungssegment. Entsprechend lassen sich solche Parteien – auch wenn sie möglicherweise heute noch dieselben Namen tragen – nicht mehr auf ihre ursprünglichen Organisationen zurückführen, und es hat ein fundamentaler Wandel der Parteien und der Parteiensysteme stattgefunden, der sich nicht mehr mit der „frozen party systems“-These vereinbaren lässt.

In der Kantonalparteienuntersuchung wurde auf aufwändige Art und Weise versucht, die Zahl der Mitglieder und allfällige Veränderungen des Mitgliederbestandes über die Zeit hinweg zu erheben.<sup>3</sup> Gemäss unseren Berechnungen muss davon ausgegangen werden, dass der *Anteil der Parteimitglieder an den Stimmberechtigten* in den letzten 30 Jahren auf rund sechs Prozent gesunken ist, während er früher in der Grössenordnung von zehn Prozent gelegen haben dürfte.<sup>4</sup> Wahrscheinlich hat auch in absoluten Zahlen der Mitgliederbestand der Parteien abgenommen, wie dies in den letzten Jahren in praktisch allen älteren europäischen Demokratien der Fall war (vgl. Mair/van Biezen 2001).<sup>5</sup>

In gewissen Kantonen sind die Parteien stärker in der Bevölkerung verankert als in anderen. Tabelle 9.1 gibt den Mitgliederanteil an den Stimmberechtigten in den einzelnen Kantonen wieder. Auffallend ist, dass sich unter den Kantonen mit einem geringen Anteil Parteimitglieder an den Stimmberechtigten sowohl die städtischen Kantone Basel-Stadt und Genf, wie auch eher ländliche Kantone wie Waadt, Neuenburg und Appenzell Innerrhoden befinden. Dies lässt darauf

<sup>3</sup> Als problematisch erwies sich dabei, dass einige wichtige Kantonalparteien, vor allem von FDP und CVP, bis heute das Mitgliederprinzip nicht umgesetzt haben, so dass sie hier keine verlässlichen und brauchbaren Angaben machen konnten. Die Angaben der Parteizentralen sind denn auch vielfach zu hoch.

<sup>4</sup> Für die relativ komplexe Bestimmung der Mitgliederzahlen der Kantonalparteien und genauere Angaben zur Grösse der Parteien vgl. Ladner/Brändle (2001) Kapitel 4 und 5.

<sup>5</sup> Diese Annahme wird unterstützt durch die Angaben der SP, welche als einzige Partei eine verlässliche Zusammenstellung der Mitgliederzahlen über die Zeit hinweg zu liefern vermag: Zwar hat die SP in den 1980er und 1990er Jahren an politischer Bedeutung gewonnen, die Mitgliederzahlen liegen jedoch deutlich tiefer als in den 1960er Jahren (vgl. Ladner/Brändle 2001: 109).

schliessen, dass es mindestens zwei unterschiedliche Erklärungsansätze für eine geringe über die Mitgliedschaft vermittelte Verankerung der Parteien in der Bevölkerung geben muss. Tiefe Mitgliederanteile finden sich sowohl in kaum parteipolitisch politisierten ländlichen Regionen wie auch in städtischen Gebieten, in denen die Politik zwar klar parteipolitisch organisiert ist, aber die direkte Partizipation der Bevölkerung an den Auseinandersetzungen tiefer liegt.

Tabelle 9.1: Anteil Parteimitglieder an den Stimmberechtigten in den Kantonen, 1998

Kanton	Anzahl erfasste Parteien	Total Mitglieder	Stimm-berechtigte	Anteil Mitglieder an den Stimmberechtigten (in Prozent)
LU	6	21'221	228'951	9.3
GR	7	10'838	126'016	8.6
BE	14	53'143	675'225	7.9
VS	10	14'148	180'052	7.9
UR	3	1'997	25'452	7.8
GL	6	1'923	24'662	7.8
SO	8	12'702	163'872	7.8
NW	4	1'995	26'125	7.6
JU	5	3'553	47'749	7.4
SG	9	20'176	281'810	7.2
TI	6	13'287	189'766	7.0
ZG	5	4'367	62'371	7.0
SH	8	3'327	48'485	6.9
ZH	12	47'537	775'327	6.1
TG	9	7'924	139'250	5.7
SZ	7	4'666	82'065	5.7
BL	11	9'678	173'978	5.6
AR	5	1'968	35'506	5.5
FR	11	8'494	154'527	5.5
OW	3	1'150	21'763	5.3
AG	10	17'503	346'388	5.1
VD	9	15'886	363'529	4.4
GE	8	9'041	207'176	4.4
BS	11	5'183	125'506	4.1
NE	8	3'809	104'599	3.6
AI	2	314	9'934	3.2
Total	201	296'860	4'620'084	6.4

Wie sich die Anteile der Mitglieder an den Stimmberechtigten in den einzelnen Kantonen über die Zeit hinweg verändert haben, kann leider nicht zuverlässig

eruiert werden. Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass beispielsweise im Kanton Bern die über die Mitgliedschaft laufende Verankerung der Parteien in der Bevölkerung eher zurückgegangen ist. Die Berner SVP hat in einem Ausmass an Mitgliedern verloren (rund 10'000), das die anderen Parteien nicht zu kompensieren vermochten. In Kantonen, in denen die SVP erst in den letzten Jahren entstanden ist (z.B. St. Gallen, Luzern), konnten möglicherweise die SVP-Gewinne die Verluste der anderen Parteien einigermaßen kompensieren.

Der Anteil der Mitglieder an den Stimmberechtigten sagt zwar etwas aus über die Breite der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung, welche Bedeutung die Mitglieder für die Parteien und die konkrete Parteiarbeit haben – und diese Frage steht hier im Vordergrund –, kann daraus jedoch nicht erschlossen werden. Die Befragung der Kantonalparteipräsidentinnen und Kantonalparteipräsidenten schafft hier Klarheit. Tabelle 9.2 fasst für die Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien eine Reihe von Variablen zusammen, die sich mehr oder weniger direkt auf die *Bedeutung der Mitglieder* und allfällige Veränderungen beziehen:

- In etwas mehr als der Hälfte der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien, die eine Mitgliederversammlung kennen,<sup>6</sup> haben die Mitglieder nach Aussagen der Parteiverantwortlichen einen starken Einfluss auf die Sachpolitik. In etwas weniger als der Hälfte der Parteien wird auch der Einfluss der Mitgliederversammlung auf die Nomination von Kandidaten als stark bezeichnet. Der Einfluss einzelner Mitglieder ist demgegenüber deutlich geringer.
- Rund zwei Drittel der Antwortenden gewichten operative Freiheiten der Parteiführung als wichtiger als die Mitsprache und Mitwirkung der Basis.
- Vier von fünf Kantonalparteien machen geltend, dass es wichtig ist, dass die Kantonalpartei den Willen der Parteibasis der nationalen Partei vermittelt.

Zusammenfassend kann aus diesen Angaben geschlossen werden, dass die Mitglieder für die konkrete Parteiarbeit zwar nicht als dominierend betrachtet werden, dass sie aber nicht völlig ohne Einfluss und Bedeutung sind.

---

<sup>6</sup> Nur etwas mehr als die Hälfte der untersuchten Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien haben eine Mitgliederversammlung, die anderen halten stattdessen eine Delegiertenversammlung ab.

Tabelle 9.2: Bedeutung und Bedeutungswandel der Mitglieder in den Bundesratsparteien, 1998

	<b>starker Einfluss</b>	<b>mässiger Einfluss</b>	<b>praktisch kein Einfluss</b>
<b>Einfluss</b>			
Sachpolitik: Mitgliederversammlung	52.8	41.5	5.7
Sachpolitik: einzelne Mitglieder	15.6	58.9	25.6
Nominationen: Mitgliederversammlung	46.3	37.0	16.7
Nominationen: einzelne Mitglieder	12.3	44.4	43.2
	<b>eher zuge- nommen</b>	<b>konstant geblieben</b>	<b>eher abge- nommen</b>
<b>Zu-/Abnahme Einfluss</b>			
Sachpolitik: Mitgliederversammlung	13.0	83.3	3.7
Sachpolitik: einzelne Mitglieder	11.5	66.7	21.8
Nominationen: Mitgliederversammlung	3.4	93.1	3.4
Nominationen: einzelne Mitglieder	5.1	75.6	19.2
	<b>Mitsprache Basis</b>	<b>operative Freiheiten Führung</b>	
Priorität Basis-Führung	34.8	65.2	
	<b>Mitsprache Basis wichti- ger</b>	<b>operative Freiheiten Führung wichtiger</b>	<b>weiss nicht</b>
Verschiebung Prioritäten	25.3	29.9	44.8
	<b>eher zuge- nommen</b>	<b>konstant geblieben</b>	<b>eher abge- nommen</b>
Entwicklung Mitgliederzahlen total	40.5	35.7	23.8
	<b>wichtig</b>	<b>weniger wich- tig</b>	
Willen der Basis vermitteln	82.5	17.5	
	<b>nein</b>	<b>ja</b>	
Ausbau parteiinterne Demokratie	82.1	17.9	
parteiinterne Plebiszite	73.7	26.3	
verstärkte Anstrengungen zur Mitglie- derrekrutierung	56.8	43.2	

Anmerkungen: Sämtliche Angaben in Prozent. Die Zahl der antwortenden Bundesratsparteien (N) schwankt bei den entsprechenden Fragen zwischen 53 und 97.

Untersucht man, welche *Veränderungen* in den letzten Jahren stattgefunden haben, so wird dieses Bild gestützt. Sicher falsch wäre die Vorstellung, dass die Stellung der Mitglieder weiter ausgebaut wurde. Sie haben nicht deutlich mehr Einfluss erhalten, und der Ausbau der parteiinternen Demokratie und die Ein-

führung von parteiinternen Plebisziten wurden nur von einem kleinen Teil der Parteien vollzogen. Allerdings wurden von mehr als 40 Prozent der Kantonalparteien verstärkte Anstrengungen zur Rekrutierung von neuen Mitgliedern unternommen, was sowohl als Reaktion auf rückläufige Mitgliederzahlen wie auch als verstärkte Hinwendung zur Basis interpretiert werden kann.

Zur Beantwortung der eingangs skizzierten Fragestellung hinsichtlich des Wandels von Parteien und Parteiensystemen können nun erste Indices gebildet werden, welche die verschiedenen Erkenntnisse zusammenfassen und sowohl das Verhältnis der einzelnen Parteien zu den Mitgliedern wie auch die Bedeutung der Mitglieder in den einzelnen kantonalen Parteiensystemen sowie allfällige Veränderungen in den letzten Jahren messen. Diese Indices werden wie folgt gebildet:<sup>7</sup>

- *Bedeutung der Mitglieder:* Mitglieder sind wichtig, wenn der Einfluss der Mitgliederversammlung und einzelner Mitglieder auf die Sachpolitik und auf die Nomination von Kandidaten gross ist, wenn die Mitsprache der Basis Priorität hat und wenn das vermitteln des Willens der Basis als wichtig erachtet wird.
- *Zunahme der Bedeutung der Mitglieder:* Mitglieder haben an Bedeutung gewonnen, wenn der Einfluss der Mitgliederversammlung und einzelner Mitglieder auf die Sachpolitik und auf die Nomination von Kandidaten zugenommen hat, wenn eine Prioritätsverschiebung zugunsten der Mitglieder stattgefunden hat, wenn die Zahl der Mitglieder zugenommen hat, wenn die parteiinterne Demokratie ausgebaut, Plebiszite eingeführt und verstärkte Anstrengungen zur Mitgliederrekrutierung unternommen wurden.
- *Abnahme der Bedeutung der Mitglieder:* Mitglieder haben an Bedeutung verloren, wenn der Einfluss der Mitgliederversammlung und einzelner Mitglieder auf die Sachpolitik und auf die Nomination von Kandidaten abgenommen hat, wenn eine Prioritätsverschiebung zugunsten der Parteiführung stattgefunden hat, wenn die Zahl der Mitglieder abgenommen hat, wenn die parteiinterne Demokratie nicht ausgebaut, Plebiszite nicht eingeführt und keine verstärkten Anstrengungen zur Mitgliederrekrutierung unternommen wurden.

Die einzelnen Werte für die vier Bundesratsparteien zeigen, dass die so gebildeten Indices zu mehr oder weniger plausiblen Ergebnissen führen, und zwar sowohl was die Bedeutung der Mitglieder wie auch was die Veränderung ihrer Bedeutung in den letzten Jahren anbelangt (vgl. Tabelle 9.3). Die grösste Bedeutung haben die Mitglieder bei der SP, gefolgt von SVP, FDP und CVP. Dass

---

<sup>7</sup> Zur Bildung der Indices wurden die Antworten der einzelnen Parteien ohne Gewichtung zusammengezählt. Kann eine Frage mit „ja“ beantwortet werden, erhöht sich der Indexwert um 1.

die Mitglieder in den letzten Jahren vor allem bei der SVP an Bedeutung gewonnen haben, erstaunt Beobachter der Schweizer Parteienlandschaft ebenso wenig wie die geringe Bedeutungszunahme bei der SP.

Tabelle 9.3: Bedeutung und Wandel der Bedeutung der Mitglieder nach Partei (Durchschnittswerte)

	<b>Bedeutung Mitglieder (a)</b>	<b>Zunahme der Bedeutung (b)</b>	<b>Abnahme der Bedeutung (c)</b>	<b>N</b>
FDP	1.9	1.2	3.6	25
CVP	1.7	1.6	3.1	27
SVP	2.0	2.6	2.5	20
SP	2.2	1.5	3.0	25
<b>Insgesamt</b>	<b>1.9</b>	<b>1.7</b>	<b>3.1</b>	<b>97</b>

Anmerkungen: a) 1 = geringe Bedeutung, 6 = grosse Bedeutung. b) 1 = geringe Zunahme der Bedeutung, 9 = grosse Zunahme der Bedeutung. c) 1 = geringe Abnahme der Bedeutung, 9 = grosse Abnahme der Bedeutung

Die Auswertungen für die kantonalen Parteiensysteme zeigen teilweise beachtliche Unterschiede (vgl. Tabelle 9.4). Eine geringe Mitgliederorientierung haben die Parteien in den Kantonen Bern, Luzern, Neuenburg, Obwalden, Schwyz und Zug. Besonders stark zurückgegangen ist die Bedeutung der Mitglieder in den Kantonen Graubünden, Schaffhausen, Solothurn und Zug, und überdurchschnittlich zugenommen hat sie in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Jura, Nidwalden, Obwalden und Wallis. Die grossen Werte der Standardabweichungen deuten jedoch darauf hin, dass die Antworten der Kantonalparteien innerhalb der Kantone, sehr unterschiedlich ausgefallen sind.



Tabelle 9.4: Bedeutung und Wandel der Bedeutung der Mitglieder nach Kanton

	Bedeutung Mitglieder für die Parteien		Zunahme der Bedeutung der Mitglieder für die Parteien		Abnahme der Bedeutung der Mitglieder für die Parteien	
	Mittelwert	Standardabweichung	Mittelwert	Standardabweichung	Mittelwert	Standardabweichung
GE	3.8	1.9	2.0	2.7	2.5	2.1
NW	3.3	0.6	2.7	1.5	1.3	1.2
UR	3.3	1.2	1.3	1.5	3.3	0.6
AI	3.0	2.8	3.5	3.5	1.5	2.1
VS	3.0	0.0	3.5	2.1	2.5	2.1
SO	2.5	1.3	1.5	1.9	4.0	2.0
AG	2.3	1.0	2.3	2.1	2.8	2.5
AR	2.0	1.4	2.8	2.1	3.0	0.8
JU	2.0	1.4	3.0	2.8	2.0	1.4
SG	2.0	0.8	1.3	1.3	3.5	1.3
VD	2.0	0.0	1.5	1.3	2.5	1.3
ZG	2.0	1.0	1.7	1.2	4.0	0.0
ZH	2.0	1.4	1.3	1.0	3.5	1.9
BL	1.8	1.0	1.8	1.3	3.3	1.9
SH	1.8	1.5	0.8	1.0	4.3	1.5
TI	1.8	1.0	1.8	1.0	3.3	1.9
GL	1.7	1.5	0.7	0.6	3.3	1.5
BS	1.5	0.6	2.3	2.5	3.3	1.0
FR	1.5	0.7	2.0	0.0	2.0	0.0
GR	1.5	1.0	0.5	0.6	4.0	1.4
NE	1.5	0.7	1.5	2.1	2.0	2.8
OW	1.3	1.5	2.7	2.1	2.3	2.1
SZ	1.3	1.0	1.3	0.5	3.5	1.0
LU	1.0	0.8	1.3	1.0	3.3	1.3
TG	0.8	0.5	0.8	0.5	2.8	1.0
BE	0.5	1.0	1.8	1.3	3.0	0.0
Insgesamt	1.9	1.2	1.7	1.5	3.1	1.5
	Pearson Corr.	Sig.	Pearson Corr.	Sig.	Pearson Corr.	Sig.
Bedeutung Mitglieder			0.411	0.037	-0.279	0.167
Anteil Mitglieder im Kanton	-0.109	0.589	-0.312	0.121	0.422	0.032

Anmerkungen: Enthalten sind nur Antworten der Bundesratsparteien; N<sub>total</sub> = 97.

Aus Tabelle 9.4 geht weiter hervor, dass der Umstand, dass den Mitgliedern grosse Bedeutung beigemessen wird, positiv mit einer Zunahme der Bedeutung korreliert. Wobei, und hier liegt das Problem einer retrospektiven Erfragung des Wandels bei gleichzeitiger Erhebung der Ausprägung, nicht klar festzustellen ist, ob die Bedeutung lediglich deshalb als hoch bewertet wird, weil sie in den letzten Jahren angestiegen ist. Idealerweise müsste die Einschätzung der Bedeutung zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten verglichen werden können.

Die Abnahme der Bedeutung der Mitglieder korreliert ebenfalls mit der erfassten Bedeutung der Mitglieder. Der Koeffizient deutet zwar ebenfalls in die richtige Richtung, er ist aber nicht signifikant. Der Anteil der Mitglieder an den Stimmberechtigten korreliert hingegen nicht mit der Bedeutung der Mitglieder für die Parteien, was darauf hindeutet, dass hier unterschiedliche Aspekte der Parteien erfasst werden. Eine positive signifikante Korrelation findet sich zwischen dem Anteil der Mitglieder an den Stimmberechtigten in einem Kanton und der Abnahme der Bedeutung der Mitglieder für die Partei. In den Kantonen, in denen die Parteien stark in der Bevölkerung verankert waren, ist die Bedeutung der Mitglieder für die Parteien in den letzten Jahren eher zurückgegangen.

Die Ergebnisse bezüglich des Wandels der Mitgliederorientierung der Parteien lassen sich kaum eindeutig interpretieren. Zumindest kann festgehalten werden, dass die von gewissen Theoretikern postulierte Abnahme der Mitgliederorientierung kaum in der Masse stattgefunden hat, wie sie für den Nachweis der von ihnen vorgeschlagenen Parteitypen notwendig gewesen wäre. Auch wenn der Anteil der Parteimitglieder in der Bevölkerung zurückgeht und die Parteimitglieder nicht mehr dieselbe Bedeutung haben wie früher, so deuten beispielsweise die verstärkten Anstrengungen einiger Parteien bei der Mitgliederrekrutierung darauf hin, dass Mitglieder für die Parteien nach wie vor notwendig und erwünscht sind. Bereits Katz/Mair (1994: 13ff.) haben auf die paradoxe Rolle der Mitglieder in den modernen Parteien hingewiesen: Mehr operativen Freiheiten bei der Parteiführung auf der einen Seite steht auf der anderen Seite die Erweiterung der plebiszitären Mitsprachemöglichkeiten der Mitglieder gegenüber.

Auch auf der Ebene der kantonalen Parteiensysteme lässt sich auf der Basis dieser einzigen Variablen nicht schlüssig nachweisen, ob sich einzelne kantonale Parteiensysteme in den letzten Jahren gemäss den Vorstellungen von Kirchheimer entwickelt haben. Darüber wird erst der letzte Abschnitt dieses Kapitels, in dem die einzelnen Variablen der Parteienentwicklung zusammengefasst werden, Auskunft geben.

### 9.3 Bedeutung der Ideologie und ideologische Homogenität

Die Existenz eines *Parteiprogramms*, vor allem wenn ihm von der Partei auch eine gewisse handlungsleitende Bedeutung beigemessen wird, kann ein Hinweis dafür sein, dass eine ideologische Grundorientierung für die Partei wichtig ist,

und dass sie nicht primär versucht, durch geschickte Themen-Politik („issues“) Stimmenmaximierung zu betreiben, wie dies die Modelle der „electoral professional party“ und der „catch-all party“ nahe legen. Die Befragung der Kantonalparteien hat ergeben, dass knapp 70 Prozent der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien ein eigenes Parteiprogramm haben und dass etwas mehr als ein Drittel der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien dieses Parteiprogramm als sehr wichtig erachten. Besonders häufig ist dies bei der SP der Fall (jede zweite Kantonalpartei) gefolgt von der SVP, der FDP und der CVP (vgl. Ladner/Brändle 2001: 266). Rund die Hälfte der Kantonalparteien bezeichnet das Parteiprogramm als eher wichtig.

Von Interesse im Hinblick auf einen allfälligen Wandel ist nun, ob bei den Kantonalparteien die *programmatische Arbeit* in den letzten Jahren *an Bedeutung gewonnen* hat, oder ob sie heute verstärkt auf die *Tagespolitik reagieren*. Tatsächlich scheint die Tagespolitik wichtiger geworden zu sein. Knapp zwei Drittel der Kantonalparteien geben an, dass in den letzten zehn Jahren eine Verschiebung des Schwergewichts in Richtung einer auf die Tagespolitik reagierenden Parteiarbeit stattgefunden hat (vgl. Ladner/Brändle 2001: 267). In besonderem Masse trifft dies auf die SVP zu, gefolgt von CVP, SP und FDP. Auch hier ist es allerdings schwierig, auf der Ebene der Kantone und damit für die kantonalen Parteiensysteme klare Entwicklungslinien herauszulesen. In den Kantonen Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Freiburg, Glarus, Graubünden, Luzern, St. Gallen, Solothurn, Uri und Zug gibt eine Mehrheit (zwei von drei, drei von vier) Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien an, dass die Orientierung an der Tagespolitik wichtiger geworden ist.

Gemäss den Vorstellungen von Kirchheimer (1965) müssten sich die Parteien bei ihrer Transformation zu „catch-all parties“ inhaltlich einander angleichen. Dahinter steckt nicht zuletzt auch die Vorstellung, dass sich diese Parteien getreu der ökonomischen Theorie der Politik am Medianwähler orientieren, welcher sich auf der Links-rechts-Skala etwa in der Mitte befindet. Der Blick auf die Positionierung der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien auf der Links-rechts-Achse zeigt hingegen, dass die Mehrheit der kantonalen Parteiensysteme relativ klar positionierte Parteien hat, die sich eher an den Extremen der Skala und weniger in der Mitte befinden (vgl. Tabelle 9.5). Weniger polarisierte Parteiensysteme, d.h. solche mit einer geringen Differenz zwischen den Extrempositionen respektive einer tiefen Standardabweichung, finden sich in den Kantonen Bern, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Waadt, Wallis und Neuenburg, stark polarisierte in den Kantonen Zürich, Luzern und Graubünden.

Kann man den Aussagen der Parteiverantwortlichen Glauben schenken, so heisst dies für die einzelnen Parteien: Bei der SP müssen Kantonalparteien in Zürich, Luzern, Uri, Appenzell Ausserrhoden, Graubünden, Genf (mit Werten von zwei und tiefer) als deutlich links, und diejenigen in Bern, Glarus, Zug (mit Werten von 3.5 und höher) als deutlich rechts positioniert betrachtet werden. Bei der SVP stehen parteiintern die Kantonalparteien Zürich, Luzern, Schwyz, Zug,

Solothurn, Basel-Landschaft, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Tessin, Jura (mit Werten von acht) eher auf der rechten und diejenigen in Glarus, Appenzell Ausserrhoden, Graubünden, Thurgau, Waadt, Genf (mit Werten von sechs und tiefer) eher auf der linken Seite. Bei der CVP fallen auf der rechten Seite die Kantonalparteien in Wallis, Obwalden und Nidwalden auf, während auf der linken Seite diejenigen in Luzern und Appenzell Ausserrhoden zu finden sind. Und bei der FDP bestätigt sich zumindest teilweise der Gegensatz zwischen der Deutsch- und der Westschweiz wieder. Links stehen die Kantonalparteien in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg, Tessin, Freiburg, Bern, Solothurn, Uri, Nidwalden, Appenzell Ausserrhoden und rechts diejenigen in Graubünden, Schwyz, Glarus und Schaffhausen.

Nicht berücksichtigt bei diesen Analysen sind allerdings die übrigen Parteien der kantonalen Parteiensysteme, welche wie zum Beispiel die PdA oder die EDU, zur Polarisierung eines Parteiensystems beitragen, sowie die unterschiedlichen Stärken der Parteien.<sup>8</sup> Für ein Parteiensystem nicht unbedeutend ist, ob die Parteien an den beiden Extremen stark oder schwach sind. Präzisere Angaben liefern die im ersten Teil dieser Arbeit angestellten Berechnungen zur Polarisierung kantonaler Parteiensysteme.

---

<sup>8</sup> So führen beispielsweise im Kanton Genf die Parteien links von der SP zu einer deutlich stärkeren Polarisierung als hier ausgewiesen wird.

Tabelle 9.5: Positionierung der Kantonalparteien der Bundesratsparteien auf der Links-rechts-Achse, 1998

Kanton	FDP	CVP	SVP	SP	Mittelwert	Standardabweichung	Links	Rechts	Differenz
ZH	7.0	6.0	8.0	1.5	5.6	2.5	1.5	8.0	6.5
GR	8.5	5.7	6.0	2.0	5.6	2.3	2.0	8.5	6.5
LU	8.0	4.0	8.0	2.0	5.5	2.6	2.0	8.0	6.0
SZ	8.5	5.5	8.0	3.0	6.3	2.2	3.0	8.5	5.5
ZG	7.0	5.7	9.0	3.5	6.3	2.0	3.5	9.0	5.5
SG	7.0	6.0	8.0	2.5	5.9	2.1	2.5	8.0	5.5
AG	8.0	6.0	7.0	2.5	5.9	2.1	2.5	8.0	5.5
UR	6.0	5.0	-	1.0	4.0	2.2	1.0	6.0	5.0
SO	6.0	6.0	8.0	3.0	5.8	1.8	3.0	8.0	5.0
BL	7.0	6.0	8.0	3.0	6.0	1.9	3.0	8.0	5.0
SH	8.0	5.0	7.2	3.0	5.8	2.0	3.0	8.0	5.0
TI	6.0	6.0	8.0	3.0	5.8	1.8	3.0	8.0	5.0
JU	6.8	5.7	8.0	3.0	5.9	1.8	3.0	8.0	5.0
FR	6.0	5.7	7.2	2.5	5.4	1.7	2.5	7.2	4.7
GL	8.0	5.7	5.5	3.5	5.7	1.6	3.5	8.0	4.5
TG	7.5	6.0	5.5	3.0	5.5	1.6	3.0	7.5	4.5
VS	6.5	7.0	-	2.5	5.3	2.0	2.5	7.0	4.5
OW	7.0	6.5	-	2.7	5.4	1.9	2.7	7.0	4.3
NW	6.0	7.0	-	3.0	5.3	1.7	3.0	7.0	4.0
BS	7.0	6.0	7.0	3.0	5.8	1.6	3.0	7.0	4.0
AR	4.0	4.5	6.0	2.0	4.1	1.4	2.0	6.0	4.0
GE	5.5	6.0	5.0	2.0	4.6	1.6	2.0	6.0	4.0
BE	5.5	5.0	7.5	4.0	5.5	1.3	4.0	7.5	3.5
NE	6.0	5.5	-	2.7	4.7	1.5	2.7	6.0	3.3
VD	6.0	5.7	6.0	3.0	5.2	1.3	3.0	6.0	3.0
AI	6.8	5.5	8.0		6.8	1.0	5.5	8.0	2.5
CH	6.8	5.7	7.2	2.7	5.5	1.8	2.8	7.5	4.7

Quelle: Kantonalparteienbefragung von Ladner/Brändle (2001)

Anmerkungen: Die kursiv gedruckten Werte stehen für Fälle, bei denen fehlende Angaben durch Mittelwerte ersetzt worden sind (Appenzell Innerrhoden bei der FDP, Jura, Waadt, Graubünden, Glarus, Zug und Freiburg bei der CVP, Freiburg und Schaffhausen bei der SVP sowie Neuenburg und Obwalden bei der SP). Nicht oder erst seit jüngster Zeit existierende Kantonalparteien sind mit einem „-“ gekennzeichnet.

Wiederum stellt sich die Frage, in welche Richtung sich die Parteien und somit auch die Parteiensysteme entwickelt haben. Von einer Entwicklung in Richtung Wähler orientierte Parteien nach konkurrenzparadigmatischer Vorstellung kann dann gesprochen werden, wenn die Parteien einander ähnlicher werden. Bezo-

gen auf die vier Bundesratsparteien würde dies heissen, dass sich die SP nach rechts und die bürgerlichen Parteien CVP, SVP und FDP nach links, respektive Richtung Mitte, verschieben müssten. In einer etwas abgeschwächteren Form könnte auch erwartet werden, dass sich zumindest die bürgerlichen Parteien einander angleichen, während sich die SP nicht unbedingt verändert.

Aus der Tabelle 9.6 geht deutlich hervor, dass für die grosse Mehrheit der kantonalen Parteiensysteme *kein Trend zur Mitte* stattgefunden hat. Fast 60 Prozent der SP-Kantonalparteien haben sich in den letzten Jahren eher nach links und keine nach rechts entwickelt, und bei den SVP-Kantonalparteien hat in 30 Prozent der Fälle eine Verschiebung nach rechts, in keinem Fall aber eine Verschiebung nach links stattgefunden.

Tabelle 9.6: Entwicklung der Kantonalparteien auf der Links-rechts-Skala in den letzten zehn Jahren (Prozentanteile), 1998

	Nach links verschoben	Nicht verändert	Nach rechts verschoben	N
FDP	16.0	60.0	24.0	25
CVP	24.0	60.0	16.0	25
SVP	0.0	68.4	31.6	19
SP	58.3	41.7	0.0	24
Alle	25.8	57.0	17.2	93

Anmerkungen: „N“ steht für die Anzahl der Antworten.

Möglicherweise gibt es aber dennoch einzelne kantonale Parteiensysteme, in denen sich die Parteien stärker einander genähert haben als in anderen. Von einer Annäherung kann dann gesprochen werden, wenn mindestens eine der drei bürgerlichen Parteien nach links und die anderen nicht nach rechts und gleichzeitig die SP nicht nach links, respektiv wenn sich die SP nach rechts und die bürgerlichen Parteien nicht nach rechts, verschoben haben.

Aufgeschlüsselt nach Kantonen zeigt sich, dass ein Zusammenrücken der Parteien in der Mitte im besten Fall in einigen wenigen Kantonen stattgefunden haben kann. In Appenzell Ausserrhoden und Bern ist die CVP eher etwas nach links gerutscht und die anderen Parteien haben sich nicht verändert. In Obwalden, wo erst kürzlich eine SP-Kantonalpartei gegründet worden ist, haben sich FDP und CVP etwas nach links verschoben. In der Regel verhindern die Kantonalparteien der SVP oder/und der SP, dass die ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien abnehmen und tragen zu einer zusätzlichen Polarisierung bei. Natürlich sind diese Aussagen der Kantonalparteipräsidentinnen und -präsidenten mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren und für einige Kantone fehlen auch die entsprechenden Angaben. An der Grundaussage dürfte sich jedoch wenig ändern: Eine Entpolarisierung der kantonalen Parteiensysteme hat

in den letzten Jahren nicht stattgefunden. Diese Erkenntnis deckt sich auch mit den Ergebnissen aus dem ersten Teil dieser Arbeit.

Tabelle 9.7: Veränderung der Position der Kantonalparteien in den letzten Jahren auf der Links-rechts-Achse nach Aussagen ihrer Präsidenten, 1998

	FDP	CVP	SVP	SP	Entpolari- sierung
AG	unverändert	unverändert	unverändert	nach links	nein
AI	?	unverändert	unverändert	?	?
AR	unverändert	nach links	unverändert	unverändert	ja
BE	unverändert	nach links	unverändert	unverändert	ja
BL	unverändert	unverändert	nach rechts	unverändert	nein
BS	nach rechts	unverändert	unverändert	unverändert	nein
SG	nach rechts	unverändert	unverändert	nach links	nein
SH	unverändert	unverändert	unverändert	nach links	nein
SO	unverändert	nach links	unverändert	?	?
SZ	unverändert	unverändert	nach rechts	nach links	nein
TG	unverändert	nach rechts	unverändert	unverändert	nein
TI	nach rechts	nach rechts	?	nach links	
UR	unverändert	nach links	-	nach links	nein
VD	nach links	unverändert	nach rechts	nach links	nein
VS	unverändert	?	?	nach links	?
ZG	nach rechts	?	unverändert	nach links	?
ZH	unverändert	unverändert	nach rechts	nach links	nein
FR	unverändert	unverändert	?	unverändert	?
GE	unverändert	unverändert	unverändert	nach links	nein
GL	nach links	?	unverändert	unverändert	?
GR	nach rechts	nach rechts	nach rechts	nach links	nein
JU	?	?	nach rechts	nach links	?
LU	nach rechts	nach links	unverändert	nach links	nein
NE	nach links	?	-	?	?
NW	unverändert	unverändert	-	unverändert	nein
OW	nach links	nach links	-	-	ja

Die oft beklagte ideologische Angleichung der Parteien kommt in den hier verwendeten Daten also nicht zum Ausdruck. Dies kann natürlich an der sehr rudimentären Messung ideologischer Unterschiede über die Links-rechts-Skala liegen. Die in derselben Studie durchgeführten Analysen der Einstellungen der Parteien und ihren Mitgliedern zu politischen Themen (vgl. Ladner/Brändle 2001, Kapitel 8) legen allerdings den Schluss nahe, dass sich die (vier Bundesrats-)Parteien nach wie vor deutlich voneinander unterscheiden und keine solche Angleichung stattgefunden hat. Offensichtlich lässt sich der mehrdimensionale politische Raum nicht einfach auf zwei Lager reduzieren und es gibt noch genügend Platz für verschiedene Parteien.

## 9.4 Eigenfinanzierung der Parteien

Vor allem im Hinblick auf das Modell der „cartel party“ aber auch im Modell einer zugunsten der Wähler von den Mitgliedern entfremdeten Partei ist die Finanzierung ein bedeutender Faktor. Je geringer der Anteil der Mitglieder- oder Basisfinanzierung, desto grösser ist der Handlungsspielraum der Parteiführung. Parteien, die durch von der Partei unabhängige Spenden und/oder durch den Staat finanziert werden, sind ihren Mitgliedern gegenüber weniger verpflichtet.

Die Schweiz ist heute praktisch das einzige Land in Westeuropa, welches auf nationaler Ebene keine staatliche Parteienfinanzierung kennt (vgl. Brändle 2002: 13). Während seit den 1970er Jahren praktisch alle vergleichbaren Länder dazu übergegangen sind, die politischen Parteien mehr oder weniger stark finanziell zu fördern, kennt die Schweiz lediglich bescheidene Beiträge an die Fraktionen. Nur in den Kantonen und Gemeinden finden sich einige wenige Fälle einer staatlichen Parteienförderung.

Gemäss Aussagen der Verantwortlichen der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien beträgt der durchschnittliche Anteil der Finanzierung aus Eigenmitteln rund 85 Prozent. Ein solcher Anteil darf als relativ hoch bewertet werden. Er setzt sich zusammen aus obligatorischen und freiwilligen Mitgliederbeiträgen, Abgaben der Kantonalparteien sowie aus Abgaben von Mandatsträgern, Subventionen der Bundesratsparteien und Einnahmen aus Veranstaltungen/Werbeaktionen (vgl. Tabelle 9.8). Besonders hoch ist dieser Anteil bei der SP (rund 94 Prozent), gefolgt von SVP (rund 89 Prozent), CVP (83 Prozent) und FDP (75 Prozent).

Zumindest was die im ordentlichen Budget der Kantonalparteien ausgewiesenen Betriebsmittel anbelangt, ist die Abhängigkeit von Dritten relativ gering, respektive die Basis leistet einen beachtlichen Beitrag an die Finanzierung der Kantonalparteien.<sup>9</sup> Nicht bestätigt findet sich in diesen Zahlen die Vorstellung, dass sich die bürgerlichen (Kantonal-)Parteien primär über Spenden und die SP über Mitgliederbeiträge finanzieren. Allerdings wird die Gesamtheit der Beträge, die in Wahl- und Abstimmungskampagnen fliessen und nicht im ordentlichen Budget erscheinen, nicht ausgewiesen, so dass der Vorwurf der „ungleichen Spiesse“ mit diesen Angaben nicht vollumfänglich entkräftet werden kann.

---

<sup>9</sup> Gleiches gilt nicht für die nationalen Parteien. Hier sind nicht nur die Mittel, welche „von unten“ in die Parteien fliessen, deutlich geringer, sondern es gibt auch grössere Unterschiede zwischen der SP und den bürgerlichen Parteien (vgl. Ladner/Brändle 2001: 184ff.): Die Anteile betragen: FDP ein Prozent, CVP und SVP 13 Prozent und SP 52 Prozent.



Tabelle 9.8: Einnahmequellen der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien (durchschnittliche Prozentanteile), 1998

	FDP	CVP	SVP	SP	Insgesamt
<i>Mitgliederbeiträge/Lokalparteien</i>	53.5	43.1	59.7	59.6	53.8
direkte oblig. Mitgliederbeiträge	8.3	11.6	23.3	32.5	18.3
direkte freiwillige Mitglieder-spenden	16.2	10.4	15.4	11.7	13.5
Abgaben der Ortsparteien	29	21.2	21.0	15.4	22.0
<i>Weitere interne Quelle</i>	21.7	40.1	28.9	34.3	30.9
Abgaben von MandatsträgerInnen	17.7	31.8	25.6	33	26.7
Einnahmen Veranstaltungen/Werbeaktionen	2.8	3.7	3.1	0.5	2.5
Subventionen Bundespartei	1.2	4.6	0.3	0.8	1.7
<i>Interne Quellen total</i>	75.2	83.2	88.6	93.9	84.7
<i>Externe Quellen</i>	24.9	17.1	11	6.3	15.4
Spenden von Nichtmitgliedern	9.1	8.1	8.5	2.8	7.2
anderes	15.7	9.0	2.5	3.5	8.2
N	25	22	20	20	88

Anmerkungen: „N“ steht für die Anzahl der Antworten.

Im Durchschnitt besonders gross sind die Anteile der Fremdfinanzierung (Spenden und anderes) in den Kantonen Uri, Luzern, Zug und Wallis. Ausgesprochen tief sind sie in den Kantonen Jura, Freiburg, Appenzell Innerrhoden und Aargau. Auch hier sind jedoch die Angaben der Parteiverantwortlichen mit Vorsicht zu geniessen. Zudem weisen die teilweise sehr hohen Standardabweichungen darauf hin, dass zwischen den Kantonalparteien eines Kantons grosse Unterschiede bestehen können. Sicher kann aber festgehalten werden, dass die Kantonalparteien nach wie vor einen grossen Teil ihres ordentlichen Budgets aus *parteiinternen Quellen* bestreiten und dass in den letzten Jahren diesbezüglich *keine Veränderung* stattgefunden haben kann. Auch finden sich keine kantonalen Parteiensysteme, in denen die Einnahmen der Parteien zu einem überwiegenden Teil aus externen, staatlich oder privaten, Quellen stammen.

## 9.5 Traditionelle und neue Parteien und Parteiensysteme

Dieses Kapitel sollte Aufschluss darüber geben, ob sich die Schweizer Kantonalparteien in den letzten Jahren in Richtung *neuer Parteimodelle* („catch all parties“, „professional electoral parties“, „cartel parties“) entwickelt haben und

ob sich in den Kantonen *eine neue Form von Parteiensystemen* herausgebildet hat, die sich nicht mehr auf die entwicklungsgeschichtlich hergeleiteten Parteien, basierend auf den von Lippert/Rokkan (1967) beschriebenen Konfliktlinien, zurückführen lassen. Das Augenmerk lag dabei beim Verhältnis der Parteien zu den Mitgliedern, bei der Bedeutung der ideologischen Orientierung und allfälligen Veränderungen sowie bei der Finanzierung der Partei. Eine stark nachlassende Bedeutung von Mitgliedern und von ideologischen Unterschieden sowie eine zunehmende Fremdfinanzierung hätten als Beleg für einen geschichtlichen Bruch in der Entwicklung der Parteien interpretiert werden können.

Die Daten aus der 1998 durchgeführten Befragung der Kantonalparteien zeigen, dass die von Kirchheimer (1965), Panebianco (1988) und Katz/Mair (1995) postulierten Entwicklungen *im besten Falle ansatzweise stattgefunden haben*. Die Schweizer Kantonalparteien haben sich nicht grundsätzlich gewandelt. Zumindest aus dieser Perspektive kann die Vorstellung der stabilen und auf den traditionellen Konfliktlinien beruhenden Parteiensysteme nicht widerlegt werden. Allerdings ist nicht ganz auszuschliessen, dass solche Entwicklungen erst ansatzweise und noch kaum sichtbar im Gange sind. Aus diesem Grund soll abschliessend noch einmal versucht werden, mit Hilfe eines Indexes, der angibt, wie stark die Kantonalparteien einzelne Elemente dieser neuen Parteimodelle umgesetzt haben, nach Ansätzen einer entsprechenden Veränderung zu suchen. Aus den Werten für die einzelnen Parteien können in einem weiteren Schritt auch entsprechende Werte für die kantonalen Parteiensysteme bestimmt werden. Die beiden Indices werden wie folgt berechnet:

- „*New parties*“-Index: Bedeutung der Mitglieder rückgängig + operative Freiheiten der Parteiführung sind wichtiger geworden + Veränderung auf der Links-rechts-Skala in Richtung Mitte + auf die Tagespolitik reagierende Parteiarbeit ist wichtiger geworden + Anteil Fremdfinanzierung hoch.
- „*New party systems*“-Index: Durchschnittliche Summe der „*New parties*“-Werte in einem kantonalen Parteiensystem.

Bei der Berechnung des „*new parties*“-Indexes erhalten die Parteien für jede erfüllte Bedingung einen Punkt.

Tabelle 9.9 zeigt bezüglich der einzelnen *Parteiorganisationen*, dass die Kantonalparteien der FDP am ehesten dem Parteitypus einer neuen Partei entsprechen, während diejenigen der SVP am stärksten von einem solchen Typus abweichen. Unter den Durchschnittswert kommen auch die Kantonalparteien der SP zu liegen, während die CVP-Kantonalparteien einen leicht überdurchschnittlichen Wert aufweisen. Dieses Ergebnis ist in zweierlei Hinsicht nicht uninteressant. Zum einen sind es vor allem die SVP und die SP, welche in den letzten Jahren erfolgreich waren, was sich auch in der negativen Korrelation zwischen dem „*new party*“-Index und den Wählerstimmengewinnen bei den letzten Kantonsratswahlen (pearson corr. -0.351, sig. 0.001, N=86) zeigt. Zum anderen ha-

ben sich weder CVP noch FDP in den letzten Jahren durch grosse parteiinterne Reorganisationsmassnahmen ausgezeichnet.

Das gerade die traditionell organisierten Parteien FDP und CVP den neuen Parteien-Modellen am nächsten kommen, hängt damit zusammen, dass die Modelle von Kirchheimer, Panebianco und Katz/Mair Elemente der Kader- und Eliteparteien beinhalten, die den Mitgliederparteien vorangingen. Tatsächlich haben verschiedene Kantonalparteien von FDP und CVP den Wandel zu Mitgliederparteien noch gar nicht vollzogen (vgl. Ladner/Brändle 2001: 83ff.).

Tabelle 9.9: „New parties“-Index

	„New parties“- Index	Standardabweichung	N
FDP	2.3	1.4	25
CVP	2.0	1.2	27
SVP	1.3	1.1	20
SP	1.7	1.3	25
Bundesratsparteien	1.9	1.3	97

Anmerkungen: „N“ steht für die Anzahl der Fälle. Ein Wert von null bedeutet, dass keine der Anforderungen an eine „new party“ erfüllt wird. Ein Wert von fünf bedeutet, dass alle der Anforderungen an eine „new party“ erfüllt werden.

Mit dieser Erkenntnis werden allerdings die Operationalisierung und möglicherweise auch die Operationalisierbarkeit dieser neuen Parteimodelle in Frage gestellt. Da sich der Parteienwandel in der Realität nicht als Wechsel von einem idealtypischen Parteienmodell in ein anderes idealtypisches Parteienmodell vollzieht, lassen sich im besten Fall graduelle Annäherungen feststellen. Zudem sind in der Regel keine Schwellenwerte oder Typengrenzen festgelegt, so dass beispielsweise nicht bestimmt werden kann, ab welchem Anteil an staatlicher Parteienfinanzierung von einer „cartel party“ im Sinne von Katz/Mair gesprochen werden kann. Und schliesslich ist das Verhältnis der verschiedenen Variablen zueinander nicht geklärt. Kann beispielsweise ein etwas geringerer Grad an Fremdfinanzierung durch eine etwas höhere kartellistische Einbindung kompensiert werden?

Auf der Ebene der *Parteiensysteme* respektive der „new parties“-Kantone zeigt sich, dass in den Kantonen Graubünden, Luzern, Obwalden und Zug die Parteiensysteme eher mit „new parties“ bestellt sind, während solche in den Parteiensystemen der Kantone Freiburg, Jura, Schwyz, Tessin und Waadt eher seltener sind. Die Grösse des Kantons, die Urbanität, die Beschäftigungsstruktur und die Konfession korrelieren jedoch nicht mit der Ausprägung der „new party systems“-Variable. Einzig bei der Sprachregion zeigt sich, dass solche Parteiensysteme in der Westschweiz eher etwas seltener sind. Damit bestätigt sich die

plausible Annahme, dass für die Organisation einer Partei nicht nur ihre ideologische Orientierung sondern auch die Organisationsform der direkten politischen Gegner von Bedeutung ist. Nicht bestätigt wird hingegen die Annahme, dass mit den beschriebenen Entwicklungen im Bereich der Mitglieder, der Ideologie und der Parteienfinanzierung Merkmale von neuen und modernen Parteiensystemen erfasst werden.

In den eingangs erwähnten Diskussionen zwischen Lipset/Rokkan (1967) und Kirchheimer (1965), Panebianco (1988) und Katz/Mair (1995) über die nachhaltige Bedeutung der traditionellen Konfliktlinien für die Parteien und Parteiensysteme kann aufgrund der Analyse der Parteiorganisationen wie folgt entschieden werden: Die empirische Evidenz für einen Paradigmenwechsel in den Organisationen der Parteien, der sie weg von der Interessenvertretung eines bestimmten Bevölkerungssegmentes führt, ist eher schwach. Einzelne der postulierten Entwicklungen lassen sich auch für die Schweizer Kantonalparteien finden, von einem neuen Organisationsmodell zu sprechen, welches sich im Sinne einer fortlaufenden Entwicklung auch auf der Ebene der Parteiensysteme durchsetzt, wäre aber übertrieben.

Damit ist noch nicht gesagt, dass die Parteien ihren Ursprüngen im Sinne von Lipset/Rokkan auch wirklich treu geblieben sind, und dass überhaupt kein Wandel stattgefunden hat. Wir wissen noch zu wenig über die Leute, die die einzelnen Parteien wählen, wie auch über ihre Gründe, die zu ihrem Entscheid für eine Partei führen.

## **TEIL III: DIE EBENE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER**

Im dritten Teil dieses Buches wird der Wandel von Parteien und Parteiensystemen auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger, der Wählerinnen und Wähler untersucht. In den meisten Konzeptualisierungen bilden sie die Basis der Parteien. Wandelt sich die Basis, so wandeln sich auch die Parteien und damit das Parteiensystem. Im Mittelpunkt dieses Teils steht das in den Politikwissenschaften und in der Soziologie stark verbreitete, aber unterschiedlich verwendete Konzept der Cleavages. In einem ersten, theoretischen Kapitel (Kapitel 10) wird das Konzept vorgestellt und auf seine Brauchbarkeit für die Analyse des Wandels von Parteien und Parteiensystemen überprüft. Im Mittelpunkt steht dabei die verhältnismässig anspruchsvolle Konzeptualisierung von Bartolini/Mair (1990). Zudem wird vorgeschlagen, Cleavages differenziert und nur bedingt als wandelbar aufzufassen. Im darauf folgenden Kapitel 11 wird das Cleavage-Konzept auf die kantonalen Parteiensysteme angewandt. Zuerst wird dabei die Entwicklung der strukturellen Basis und der Organisation der verschiedenen Cleavages in den einzelnen Kantonen untersucht. Die Analyse der Entwicklung des Cleavage-Bewusstseins muss über einen kleinen Umweg erfolgen. Ausgehend von der Annahme, dass sich Cleavages in den Abstimmungen über Initiativen und Referenden manifestieren, werden in Kapitel 12 zuerst auf nationaler Ebene die Cleavage relevanten Abstimmungen bestimmt. Kapitel 13 zeigt schliesslich, wie sich das Cleavage-Bewusstsein in den Kantonen über die Zeit hinweg entwickelt hat. Dieser Teil schliesst mit Kapitel 14 und der Frage, wie weit sich die Cleavage-Struktur in den einzelnen Kantonen gewandelt hat, und was das für Auswirkungen auf die kantonalen Parteien und Parteiensysteme gehabt hat. Beantwortet wird auch die Frage, wie sinnvoll und empirisch brauchbar das Cleavage-Konzept von Bartolini/Mair ist und ob aus der Perspektive der Cleavages von einem Wandel der Parteiensysteme gesprochen werden muss oder ob die Parteiensysteme tatsächlich auf den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahre eingefroren sind.

## 10 Cleavages: Theoretische Grundlagen

Das Kernstück des Ansatzes von Lipset/Rokkan (1967) ist der Begriff der *Cleavages*. Ihm kommt im Hinblick auf die Frage nach der Stabilität von Parteien und Parteiensystemen eine entscheidende Bedeutung zu. In den im ersten Teil dieser Arbeit diskutierten und in der Parteienforschung stark verbreiteten Masszahlen (effektive Zahl der Parteien, Volatilität, Polarisierung) werden Konfliktlinien im besten Fall indirekt miteinbezogen. Das Konzept der Cleavage rückt demgegenüber Konfliktlinien direkt in den Mittelpunkt. Mit dem Einbezug der Konfliktlinien erhöht sich allerdings auch die Komplexität der Analyse. Bereits die Berücksichtigung ideologischer und inhaltlicher Kriterien ist – vor allem in vergleichender Perspektive – alles andere als einfach, gilt es doch, die Parteien im ideologischen Raum zu verorten oder einem bestimmten politischen Lager zuzuordnen. Das Cleavage-Konzept ist diesbezüglich noch anspruchsvoller, untersucht es doch zusätzlich die gesellschaftliche Verankerung der Parteien und berücksichtigt damit die Tiefenstruktur der Differenzen, die durch die Parteien eines Parteiensystems abgebildet werden.

Die durch die verschiedenen Parteien abgebildete Cleavage-Struktur ist ein wichtiges *charakteristisches Merkmal eines Parteiensystems*. Sowohl auf der Ebene des Parteiensystems wie auch auf der Ebene der einzelnen Parteien sind je nach Beschaffenheit der dominierenden Konfliktlinien – so die Annahme – markante Unterschiede zu erwarten. Fraktionalisierung, Polarisierung und Volatilität von Parteiensystemen, aber auch die ideologische Orientierung und die organisatorische Verfestigung der einzelnen Parteien, sind in Abhängigkeit von den im Parteiensystem abgebildeten Cleavages zu verstehen.

Der Cleavage-Ansatz ist also umfassender und komplexer als die im ersten Teil dieser Arbeit behandelten Konzepte zur Beschreibung und Analyse von Parteiensystemen. Er bleibt nicht auf die Ebene der Parteien und Parteiensysteme beschränkt, sondern greift in die *Bevölkerungsstruktur* hinein. Damit ist er in seinem Erklärungsanspruch heuristisch ertragreicher. Er eröffnet die Möglichkeit, historische Aspekte zu berücksichtigen und basiert auf der Vorstellung, dass politische Ideen nicht nur immer auch Träger voraussetzen, sondern dass diese Träger auch gewisse spezifische Interessen haben, welche durch ihre spezielle Lage in der Gesellschaft determiniert sind, und dass die Interessenwahrnehmung auf der Mobilisierung der Betroffenen und einem bestimmten Mass an Organisation beruht. Im Hinblick auf die Analyse des Wandels von Parteiensystemen ermöglicht der Cleavage-Ansatz, ein ganz besonderes Augenmerk auf die sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen.

Im Rahmen der hier vorliegenden Untersuchung stellt sich die Frage, ob die Parteiensysteme in den einzelnen Kantonen heute andere Konfliktstrukturen abbilden als sie dies bei ihrer Entstehung zu Beginn des 20. Jahrhunderts getan haben. Auf nationaler Ebene hat sich in der Schweiz – zumindest aus der Perspektive der herkömmlichen Verwendung des Cleavage-Ansatzes – seit der Ein-

führung des Proporzwahlverfahrens 1919 wenig verändert. Das nationale Parteiensystem wird dominiert durch die vier grossen Parteien FDP, CVP, SP und SVP, die sich, so die gängige Vorstellung (vgl. Fagagnini 1988: 123f.), entwicklungsgeschichtlich auf die vier Grundkonflikte von Lipset/Rokkan (1967) zurückführen lassen. Wie aber sieht es in den einzelnen Kantonen aus? Lassen sich innerhalb der Kantone dieselben Cleavage-Strukturen und dieselben Parteien finden? Anhand der kantonalen Parteiensysteme kann hier nicht nur die Stichhaltigkeit der These der stabilen Parteiensysteme überprüft werden (vgl. Abschnitt 2.6.2), sondern es kann auch die Brauchbarkeit des Cleavage-Konzeptes schlechthin getestet werden. Zeigt sich in den Kantonen eine ähnliche Stabilität wie auf nationaler Ebene oder haben sich die Cleavage-Strukturen im Laufe der Zeit gewandelt? Lassen sich die kantonalen Parteiensysteme und allfällige Veränderungen überhaupt mit den vier Cleavages von Lipset/Rokkan (1967) beschreiben?

Bevor das Cleavage-Konzept in den folgenden Kapiteln einer empirischen Anwendung und Überprüfung auf der Ebene der kantonalen Parteiensysteme unterzogen werden wird, soll in diesem Kapitel auf seine Herkunft, seine Anwendungsbereiche, seine Postulate und seine Implikationen eingegangen werden. Ebenso kommen verschiedene Definitionen und Typologien von Cleavages zur Sprache. Und schliesslich wird es auf seine Brauchbarkeit für die Analyse des Wandels von Parteiensystemen überprüft.

Die politikwissenschaftliche Literatur, die sich mit dem Cleavage-Konzept befasst, ist sehr reichhaltig. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit gilt es zu erwähnen:

- Klassiker wie beispielsweise Lipset/Rokkan (1967: 1-64) oder „The Analysis of Political Cleavages“ von Rae/Taylor (1970).
- Arbeiten, die die Abbildung von Cleavages in das Regierungssystem thematisieren (Taylor/Laver 1973, Dodd 1976).
- Werke über politische Parteien, die auch auf den Aspekt der Cleavages eingehen (von Beyme 1984: 36-38, Ware 1996: 184-190).
- Die Arbeiten von Lijphart (1977, 1981, 1984) oder Sartori (1976: 324-356), bei denen Cleavages und ideologische Dimensionen einander gleichgesetzt werden.
- Versuche neue Cleavages einzuführen wie beispielsweise Inglehart (1977, 1984), Hug/Sciarini (2002).
- Arbeiten wie diejenigen von Dalton et al. (1984) oder Franklin et al. (1992), die sich mit der Frage des Bedeutungsverlusts von Cleavages auseinandersetzen.

- Neuere Werke wie Bartolini/Mair (1990, Kapitel 9), Kriesi (1995, 1998) und Gallagher et al. (1995, Kapitel 9), die das Konzept würdigen und weiterentwickeln, oder wie Lane/Ersson (1994, Kapitel 2), die es pragmatisch anwenden.

## **10.1 Fragestellungen, Anwendungsbereiche und die Abgrenzung von anderen Konzepten**

Das Cleavage-Konzept hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt und verfeinert. Dabei haben sich nicht nur die Fragestellungen verlagert, sondern es haben sich auch unterschiedliche Anwendungsbereiche herausdifferenziert. Zudem gilt es seine Abgrenzung gegenüber anderen Ansätzen und Begriffen zu thematisieren.

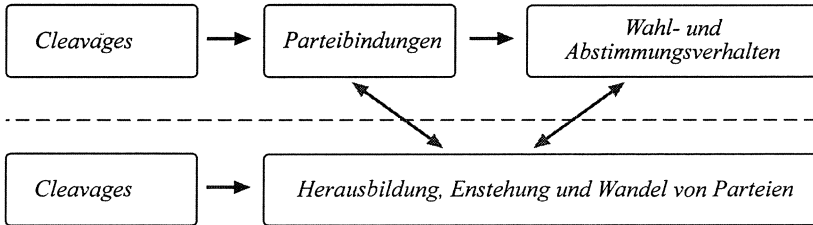
### **10.1.1 Cleavages – ein Konzept der Wahlforschung und ein Konzept der Parteienforschung**

Cleavages kommen sowohl in der *Wahl- und Abstimmungsforschung* wie auch in der *Parteienforschung* zur Anwendung. Während in der Parteienforschung Cleavages auf einer Makro-Ebene in erster Linie Herausbildung und Existenz von Parteien determinieren, sind in der Wahl- und Abstimmungsforschung Cleavages auf der Mikro-Ebene mehr oder weniger stark für den Wahl- oder Stimmentscheid verantwortlich. Im ersten Fall steht die Grundstruktur des Parteiensystems und deren Wandlungsfähigkeit im Zentrum des Interesses, im zweiten Fall stellt sich die Frage, wie weit Cleavages verhaltensrelevant sind. Abbildung 10.1 zeigt die unterschiedlichen Analyseebenen und deren Verknüpfungen. Sowohl Parteibindungen und Wahlentscheidungen wie auch die Existenz der Parteiorganisationen lassen sich über bestehende Cleavages erklären. Das Vorhandensein und der Wandel von Parteiorganisationen stehen aber in einem engen Verhältnis zum Wahl- und Abstimmungsverhalten und zum Konzept der Parteibindungen. Über diese Verknüpfung zwischen den beiden Ebenen kommt es auch zu einem Austausch zwischen den beiden Forschungsdisziplinen.



Abbildung 10.1: Analytische Verwendung des Konzepts der Cleavages in der Wahl- und Parteienforschung

*Mikro-Ebene (Erforschung des Wahlentscheids)*



*Makro-Ebene (Analyse von Parteiensystemen)*

Bezeichnenderweise wird in der verstärkt anwendungsorientierten Wahl- und Abstimmungsforschung das Cleavage-Konzept eher breiter und offener ausgelegt und es werden neue Cleavages (Materialismus-Postmaterialismus, Regierungstrauen, internationale Integration vs. Abschottung usw.) eingeführt. In der Parteienforschung dominiert hingegen die auf Lipset/Rokkan (1967) zurückgehende engere Auffassung von Cleavages. In der Wahlforschung wird etwa die Frage nach der Bedeutung des „class voting“, des Einflusses der Religion oder der Sprachzugehörigkeit auf Wahl- und Abstimmungsentscheide untersucht. In der Parteienforschung interessiert hingegen die Frage nach der Bedeutung der Konfliktlinien für die Zusammensetzung der Parteibasis. Sind Arbeiter primär in der SP, Bauern in der SVP, Katholiken in der CVP und Unternehmer in der FDP organisiert, lautet – vereinfacht ausgedrückt – die Fragestellung.

Der Parteienforschung zuzurechnen sind die Auseinandersetzungen mit dem Cleavage-Konzept von Lipset/Rokkan (1967), Sartori (1976: 336f.), von Beyme (1984: 36ff.) und Bartolini/Mair (1990), während Dalton et al. (1984) und Franklin et al. (1992) in den Bereich der Wahlforschung fallen. In der Schweiz gehören die Arbeiten von Kriesi et al. (1996), der sich mit dem Cleavage „Sprache“ auseinandersetzt, der im Abstimmungsverhalten zum Ausdruck kommt, und von Hug/Sciarini (2002), die nach neuen Cleavages suchen, zum Bereich der Wahlforschung. Weitere Arbeiten aus diesem Bereich befassen sich mit der Frage nach dem Wandel der Parteibindungen, der „realignment-dealignment“-Diskussion und dem Einfluss der Cleavages auf den Wahlentscheid (Kerr 1987: 147-159, Longchamp 1987: 60ff., Longchamp 1994: 18-25, Trechsel 1995, Kriesi 1998, Linder 1998).

In der Parteienforschung demgegenüber gilt es die Ausführungen von Fagagnini (1988) und Kriesi (1995: 134-141) zu erwähnen, die das Schweizer Parteiensystem vor dem Hintergrund von Cleavages diskutieren oder auch die Arbeit von Steiner (1969: 33), der eine Typologisierung der kantonalen Parteiensysteme auf der Basis der vier Cleavages von Lipset/Rokkan (1967) fordert.

Bei den Arbeiten, die sich auf das Cleavage-Konzept beziehen, ist allerdings die Trennlinie zwischen Parteienforschung und Wahlforschung nicht immer klar zu ziehen. Dies hängt damit zusammen, dass sich die international vergleichende Parteienforschung mangels ausreichender Daten stark auf Wahldaten abstützen muss. Die Existenz eines Cleavages wird vorwiegend über den Wahlerfolg der (teilweise vermeintlich) diesen Cleavage repräsentierenden Parteien gemessen. Dabei wird vernachlässigt, dass die Existenz eines Cleavages gesellschaftlichen oder strukturellen Ursprungs sein muss. Der Wahlerfolg einer Partei ist ein Indikator für ein gewisses Cleavage-Bewusstsein verknüpft mit einer erfolgreichen Parteiarbeit während des Wahlkampfes. Wahlergebnisse zeigen nur im besten Fall die Abbildung eines Cleavages im politischen Interessenvermittlungssystem. Im schlechtesten Fall besteht zwischen einer Partei und einem Cleavage überhaupt keine Beziehung mehr. Wird der Ausdruck eines Cleavages zur Grundlage für die Existenz eines Cleavages, so kommt es zu einem Zirkelschluss.

### 10.1.2 Gewandeltes Erkenntnisinteresse

Die ersten Arbeiten, die sich im Rahmen der Parteienforschung intensiv mit dem Cleavage-Konzept befassen und auf die sich die Politikwissenschaften noch heute beziehen, sind in den 1960er und 1970 Jahren entstanden (vgl. Lipset/Rokkan 1967, Eckstein 1966, Sjöblom 1968, Blondel 1969, Rae/Taylor 1970, Pesonen 1973, Flanagan 1973). Zwei zentrale Fragestellungen standen dabei im Vordergrund:

- Was ist ein Cleavage? Wie können Cleavages definiert und thematisch eingegrenzt werden?
- Welches sind die wichtigsten Cleavages? Wie lassen sich Cleavages typologisieren?

Bis heute sind keine allgemein anerkannten Antworten auf dies Fragen gefunden worden. Das Konzept der Cleavages in den Politikwissenschaften ist nach wie vor vage und zweideutig (Bartolini/Mair 1990: 213). In der Literatur über Cleavages lässt sich kaum Übereinstimmung finden, was notwendige oder hinreichende Bedingungen für einen Cleavage sind, respektive wie eine sinnvolle Typologie von Cleavages aussehen könnte (Lane/Ersson 1994: 56). In jüngster Zeit

haben sich allerdings die Fragestellungen verlagert und der Umgang mit Cleavages ist pragmatischer geworden. So wird untersucht,

- wie weit beispielsweise Cleavages für die Parteien noch von Bedeutung sind oder
- ob neue Cleavages (z. B. Postmaterialismus) bestehende Cleavages abgelöst oder überlagert haben.

Behandelt werden diese Fragen sowohl in der Wahlforschung wie auch in der Parteienforschung. In der Wahlforschung betreffen sie vor allem die Auseinandersetzungen im Rahmen der „realignment-dealignment“-Diskussion. In der Parteienforschung sind in den Arbeiten von Kirchheimer (1965) und Katz/Mair (1995) mit der Volkspartei und der „cartel party“, wie auch mit Begriffen wie „Wählerpartei“ oder „Einthemenparteien“, Parteitypen beschrieben, die nicht mehr auf Cleavages basieren. Während die Herausbildung ökologischer Parteien (vgl. Müller-Rommel 1989) oder die Entwicklung der Parteiensysteme in den ehemaligen Staaten des Ostblocks (Berglund/Dellenbrant 1994) eher dadurch erklärt werden, dass die Parteien auf tiefer liegende strukturelle und kulturelle Unterschiede in der Gesellschaft zurückzuführen sind.

### 10.1.3 Abgrenzung gegenüber anderen Begriffen und Ansätzen

Die wohl grössten *Abgrenzungsprobleme* gibt es zwischen dem Cleavage-Konzept und dem Begriff der *Ideologie*. Beispielhaft dafür sind Lijphart (1981 in Mair 1990) oder Sartori (1976: 324-356), welche ideologische Dimensionen mit Cleavages gleichsetzen oder zumindest Cleavages als ideologische Dimensionen bezeichnen. Zu einem Cleavage gehören, wie wir im Folgenden noch genauer sehen werden, mehr als ideologische Differenzen. Es braucht auch eine strukturelle Basis sowie ein *Minimum an Organisation*. Diese beiden Elemente sind im Begriff der Ideologie nicht explizit enthalten, wenngleich Ideologien in der Regel auch Träger voraussetzen. Ideologien sind aber Bestandteil von Cleavages. Besonders schwierig wird die Abgrenzung dann, wenn ein Cleavage nicht über sozio-strukturelle Merkmale, sondern über Werte (wie z.B. Postmaterialismus) definiert wird und damit sozio-kultureller Natur ist. Aber auch hier besteht, zumindest in einer anspruchsvolleren Verwendung des Konzeptes, und nur eine solche macht letztlich auch einen Sinn, ein Cleavage erst dann, wenn sich die Träger dieser Werte den Unterschieden bewusst sind und in kollektiver Form im politischen Prozess in Erscheinung treten. Cleavages sollten auch nicht mit *sozialen Unterschieden* gleichgesetzt werden. Soziale Unterschiede können bestehen, ohne dass sie in besonderem Masse wahrgenommen werden und ohne dass sie in den politischen Auseinandersetzungen von Bedeutung sind. Cleavages

müssen also, soll der Begriff eine eigenständige Bedeutung erhalten, mehr darstellen als Ideologie, Werte oder soziale Unterschiede.

Das Konzept der Cleavages hat grosse *Gemeinsamkeiten mit dem Begriff der Klasse* im Sinne von Marx (vgl. Zuckermann 1975: 232). Die Klasse als solche existiert erst, wenn ein entsprechendes Klassenbewusstsein vorhanden ist und wenn sich Organisationen herausbilden, die die Leute mit einer gemeinsamen Klassenlage zusammenbringen und am politischen Prozess teilnehmen lassen. Man könnte sagen, dass es sich beim Cleavage-Konzept sowohl um eine Ausdehnung wie auch um eine Abschwächung des Prinzips der Klasse bei Marx handelt. Es ist nicht mehr nur der revolutionäre politische Klassenkonflikt, der die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmt, sondern es gibt noch weitere Konflikte, die mehr oder weniger stark sind, aber nicht mehr zwangsläufig fundamental sein müssen. Bewusstsein und Organisation gehören, wie wir bei der Definition von Bartolini/Mair (1990) noch genauer sehen werden, ebenso zu einem Cleavage, wie sie zur Klasse, als relevant werdender politischer Akteur, gehören. Es ist gerade deshalb kaum erstaunlich, dass der Klassen-Cleavage eine besondere Beachtung in der Cleavage-Literatur genießt.

Interessant ist weiter, dass sich in der Literatur auch Hinweise dafür finden lassen, dass der Cleavage-Ansatz gewisse *Parallelen zu ökonomischen Ansätzen* aufweist. Taagepera/Grofman (1985: 353) stellen beispielsweise für die Erklärung der Zahl der Parteien, die von Duverger (1951b) und Sartori (1968) inspirierten und sich auf das Wahlsystem abstützende Ansätzen, den an Art und Intensität von Cleavages orientierten Arbeiten von (Downs 1957) und Lipset/Rokkan (1967) gegenüber. Auch Daalder (1983: 19) weist darauf hin, dass paradoxerweise die Cleavage-Ansätze in gewissen Fragen mit dem Paradigma der ökonomischen Ansätze zusammenfallen. Und auch Ware (1996: 190) geht auf die Gemeinsamkeiten zwischen soziologischen und ökonomischen Ansätzen ein. Diese Gemeinsamkeiten rühren zum einen daher, dass sowohl der Ansatz von Lipset/Rokkan (1967) wie auch derjenige von Downs (1957) eine Alternative zu den institutionalistischen Ansätzen bildet, welche Parteien und Parteiensysteme als Produkt der politischen Institutionen auffassen. Zum anderen bestehen die Parallelen darin, dass in beiden Fällen Parteien und Parteiensystem diejenigen Werte und Ideologien abbilden, die in der Gesellschaft am stärksten verbreitet sind (vgl. Ware 1996: 190). Während bei Lipset/Rokkan die Parteien das Produkt einer historischen Entwicklung sind, passen sich im ökonomischen Ansatz der Politik die politischen Parteien der Logik des Wählermarktes an. Bei vollständiger Information und rationalem Verhalten von Wählern und Parteien spiegelt in den Augen der Anhänger der ökonomischen Schule das Parteiensystem in perfekter Weise die gesellschaftlichen Cleavages wieder.

## 10.2 Definitionen von Cleavages

Grundsätzlich kann zwischen *einer engen oder einer breiten Auffassung von Cleavages* unterschieden werden. Im engeren, anspruchsvolleren Sinne sind Cleavages in der „Tiefenstruktur“ der Gesellschaft verankert und lassen sich entwicklungsgeschichtlich herleiten. Im weiteren Sinne beschreiben Cleavages gesellschaftliche Trennungs- oder Konfliktlinien, welche im politischen Leben (Wahlen, Abstimmungen) zum Ausdruck kommen. Das empirische Interesse im ersten Falle liegt darin, die theoretisch hergeleiteten Cleavages auf ihre Relevanz zu überprüfen, im zweiten Fall geht es darum, die dem politischen Handeln zugrundeliegenden Cleavages ausfindig zu machen.

Besonders offene und vage Definitionen von Cleavages sind jene von *Flanagan* (1973: 64), der Cleavages als „potential lines of division within any given society“ auffasst, und *Rae/Taylor* (1970: 1): „Cleavages are the criteria which divide the members of a community or subcommunity into groups (...)“. Bereits etwas ausführlicher aber dennoch sehr offen und wenig determinierend sind die folgenden Definitionsversuche:

- *Pappi* (1991: 301): „Konfliktlinien (engl. cleavages) trennen bei jeder politischen Streitfrage Befürworter und Gegner einer Entscheidung. In der Wahlsoziologie haben insbesondere soziale Konfliktlinien (social cleavages) Beachtung gefunden. Sie trennen soziale Gruppierungen (Klassen, Konfessionsgruppen, ethnische Minderheiten etc.) deren ideelle oder materielle Interessen durch verschiedene Parteien vertreten werden.“
- *Lane/Ersson* (1994: 53), die Cleavages als eine beliebige Form der Spaltung innerhalb der Gesellschaft definieren: „A cleavage is a division on the basis of some criteria of individuals, groups or organizations among whom conflict may arise.“ Wobei die beiden Autoren hier sofort präzisieren, dass Cleavages nicht mit Konflikten gleichzusetzen sind, da sie nicht zwangsläufig zu Auseinandersetzungen führen müssen.
- *Neto/Cox* (1997: 152): „By social cleavages we mean enduring social differences that might become politicized, or might not: differences of ethnicity, religion, language, or occupation, for example.“

Bereits bei dieser eher zufälligen Auswahl von Definitionen zeigt sich, dass bei einigen Autoren (*Flanagan*, *Neto/Cox*) die Spaltungslinien oder Unterschiede in der Gesellschaft, bei anderen (*Ray/Taylor*, *Pappi*, *Lane/Ersson*) das Bestehen von sozialen Gruppen im Vordergrund stehen. *Lane/Ersson* und *Pappi* fassen weiter die Existenz von Organisationen oder Parteien ins Auge und für *Pappi*, *Lane/Ersson* und *Neto/Cox* kommen politische Auseinandersetzungen und Konfliktivität dazu, wobei *Flanagan*, *Lane/Ersson* und *Neto/Cox* vorsehen, dass

Cleavages durchaus auch latent vorhanden sein können. Vor allem der letzte Punkt wirft weitere Fragen auf, die weiter unten diskutiert werden.

Ausdruck der terminologischen und theoretischen Differenzen im Umgang mit dem Konzept sind weiter die *unterschiedlichen Attribute*, welche in Zusammenhang mit dem Begriff „Cleavage“ verwendet werden: So sprechen die einen von „political cleavages“ (z.B. Zuckermann 1975: 231, Zuckermann 1982), während andere den Begriff „social cleavage“ verwenden (Neto/Cox 1997: 152). Dies ist nicht zufällig, wie Bartolini/Mair (1990: 215) bemerken, und hat damit zu tun, dass die einen von der Gesellschaftsstruktur her argumentieren und die anderen vom Einfluss des politischen Systems ausgehen:

„The essential problem with the concept of cleavages lies in its intermediary location between the two main approaches of political sociology: that of social stratification and its impacts on institutions and political behaviour, on the one hand, and that of political institutions and their impact on social structure and change, on the other. At the level of individual empirical research the two approaches are often mixed; at theoretical and analytical levels, however, their synthesis is clearly difficult, and for this reason the concept of cleavage is often either reduced ‚down‘ to that of ‚social cleavage‘ or raised up to that of ‚political cleavage‘ (Bartolini/Mair 1990: 215).

Die Differenzen darüber, was Cleavages in Wirklichkeit genau sind, sind so alt wie das Konzept selbst. Zuckerman (1975: 237) ging schon Mitte der 1970er Jahre ausführlich auf die *theoretischen und konzeptuellen Unterschiede* ein, welche den verschiedenen Definitionen und Anwendungen von Cleavages zugrunde liegen. Es sind dies kurz zusammengefasst:

- Die Uneinigkeit über die Beziehung zwischen „political cleavage“ und „social division.“ Sollte eine Beziehung zwischen „political cleavage“ und „social division“ bestehen, die Uneinigkeit darüber, ob Cleavages sich auf die objektive sozio-ökonomische Position oder auf die subjektive Identifikation beziehen sollen.
- Die Uneinigkeit über die Bedeutung der politischen Organisation respektive die Frage, ob ein Cleavage auch ohne politische Organisation existieren kann. Ist eine „social division“ eine notwendige und hinreichende Bedingung für einen politischen Cleavage? Ist eine „social division“ eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für einen politischen Cleavage? Ist eine „social division“ weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für einen politischen Cleavage?
- Unterschiedliche Auffassungen von politischen Konflikten. Soll man sich auf fundamentale oder gar revolutionäre Cleavages beschränken oder können sich auch relativ einfache Konflikte in der Form von Cleavages manifestieren?

Mehr Klarheit verschafft die zurzeit in den Politikwissenschaften stark rezipierte *Definition von Cleavages von Bartolini/Mair* (1990: 212-249). Weitere Autoren und Arbeiten, die sich mehr oder weniger direkt auf diese Definition abstützen, sind: Knutsen/Scarborough (1995: 494), Gallagher et al. (1995: 210), Kriesi et al. (1996) und Kriesi (1998: 167). Die Konzeptualisierung von Bartolini/Mair ist allerdings bedeutend komplexer und anspruchsvoller als die meisten bisherigen Vorschläge. Der Verdienst der beiden Autoren besteht vor allem darin, die verschiedenen Forderungen der anderen Autoren in ihre Definition zu integrieren. Bartolini/Mair (1990: 215) schlagen vor, dem Cleavage-Konzept *drei Ebenen von Elementen* zu unterlegen: ein empirisches Element, welches in strukturellen Begriffen definiert werden kann, ein normatives Element, welches Werte und Gefühle einer eigenen Identität enthält und das Selbstbewusstsein der „sozialen Gruppe“ reflektiert, sowie ein organisatorisches/verhaltensorientiertes Element, welches Interaktionen, Institutionen und Organisationen wie z.B. politische Parteien als Bestandteil eines Cleavages herausbildet. Cleavages bestehen also aus einer strukturellen Basis, einem Cleavage-Bewusstsein und einer organisationalen Ausprägung.

Dass Cleavages eine *strukturelle Verankerung* haben müssen, wird kaum bestritten. Die Frage ist vielmehr, welcher Natur eine solche Verankerung sein muss oder sein kann. Die durch einen Cleavage bestimmte soziale Gruppe soll gewisse Gemeinsamkeiten aufweisen. Charakteristische Merkmale für solche Gemeinsamkeiten sind z.B. Beschäftigung, Status, Religion und Ethnie (vgl. Gallagher et al. 1995: 210). Bereits hier gilt es aber, sich vor einem einseitigen Strukturdeterminismus in Acht zu nehmen. Die die sozialen Gruppen trennenden Merkmale können sowohl sozio-ökonomischer (z.B. Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht oder Berufsgruppe), sozio-kultureller (ideologische Orientierung) oder demographischer (Ethnie, Alter, Geschlecht usw.) Natur sein. Eine Reduktion des Konzepts Cleavages auf eine rein sozio-ökonomische Komponente greift ebenso zu kurz wie eine ausschliessliche Definition über Werte und Einstellungen. Werden Cleavages wie beispielsweise die „Klasse“ lediglich sozio-ökonomisch oder demographisch hergeleitet, wird vernachlässigt, dass auch ideologische oder kulturelle Faktoren am Anfang eines Gruppenbewusstseins stehen können (Bartolini/Mair 1990: 214). Cleavages haben eine strukturelle und eine kulturelle Komponente.

Der zweite Fragenkomplex dreht sich um die *Bewusstwerdung eines Cleavages*. Eine soziale Gruppe muss sich ihrer Unterschiedlichkeit bewusst sein und eine kollektive Identität herausbilden. Dazu gehören „a set of values and beliefs which provide a sense of identity and role to the empirical element, and which reflect the self-consciousness of the social group(s) involved“ (Bartolini/Mair 1990: 213).<sup>1</sup> Auch Kriesi (1998: 167), der sich explizit auf Bartolini/Mair bezieht, erwähnt die Bedeutung einer kollektiven Identität („(...) the groups in-

<sup>1</sup> Ganz im Sinne von Bartolini/Mair ist auch Gallagher et al. (1995: 210). Dies ist allerdings nicht erstaunlich, da Peter Mair auch für diesen Text verantwortlich ist.

volved must be conscious of their collective identity – as workers, employers, catholics or protestants – and willing to act on that basis“). In seiner schrittweisen Diskussion der drei Elemente von Cleavages wird dann allerdings vor allem von Werten („left-libertarian vs. right authoritarian“) gesprochen und weniger von Cleavage-Bewusstsein. Noch deutlicher wird der Unterschied bei Knutson/Scarborough (1995: 494), für die das zweite Element, neben dem strukturellen („social division“) und dem organisationellen Aspekt, ganz eindeutig Werte beinhaltet: „Secondly, a cleavage engages some set of values common to the members of the group, group members know a „common life“ in so far, as they share the same value orientation“. Zusammengefasst handelt es sich beim Cleavage-Bewusstsein um eine auf einem gemeinsamen Code basierende Analyse der eigenen gesellschaftlichen Lage, dem Formulieren von anzustrebenden Zielen und dem Bestimmen von den im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele als sinnvoll erachteten Aktivitäten. So gesehen bestehen auch grosse Parallelen zwischen dem Cleavage-Bewusstsein und dem Begriff der „Ideologie.“ Die Bewusstwerdung der Andersartigkeit geschieht jedoch nie völlig losgelöst von bestimmten Grundannahmen und Vorstellungen, welche entsprechende Interessen und Forderungen implizieren, was im weiteren Sinne dem Begriff der Ideologie sehr nahe kommt. Beim Cleavage-Bewusstsein gilt es weiter zu berücksichtigen, dass eine enge Beziehung zwischen der Art der strukturellen Basis und der Bewusstwerdung der Unterschiedlichkeit besteht. Klasse oder Religion sind weniger ausgeprägt ein distinktives Merkmal, welches die Individuen unterscheidet und eine bestimmte Andersartigkeit erfahren lässt, als gewisse ethnische oder sprachliche Unterschiede.

Soziale Unterschiede werden nur dann zu einem Cleavage, wenn sie drittens auch in einer gewissen Form eine *organisatorische Ausprägung* finden. Damit kommt es zu einer Verfestigung und Einengung der sozialen Beziehung (Bartolini/Mair 1990: 216). „Klasse“ ist nicht gleich „Klassen-Cleavage“ und konfessionelle Unterschiede führen noch nicht zwangsläufig zu einem religiösen Cleavage. Erst wenn sich die Arbeiter organisieren, erst wenn sich die Katholiken oder Protestanten zusammentun, dann kann von einem Cleavage gesprochen werden. Die wichtigsten Organisationen dieser Art sind die Parteien, es können aber auch Gewerkschaften, soziale Vereine und Vereinigungen oder Bewegungen sein. Auch diese Feststellung ist an sich nicht neu. So bemerkt beispielsweise bereits Lijphart (1977: 4), dass das Konzept der „segmental cleavages“, wie es von Harry Eckstein (1966) verwendet wird, impliziert, dass politische Parteien, Interessenverbände, Medien, freiwillige Organisationen dazu tendieren, sich entlang der Cleavages zu organisieren.

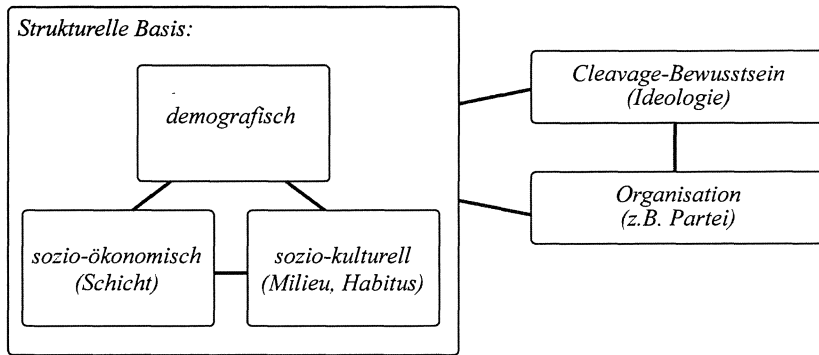
In der neueren politikwissenschaftlichen Literatur scheint sich zumindest in den theoretischen Ausführungen eine *komplexere Konzeptualisierung des Cleavage-Begriffs* durchzusetzen. Dass sowohl sozio-strukturelle wie auch ideologische Elemente zu einem Cleavage gehören, ist nicht bestritten. Die Frage ist vielmehr, ob diese beiden Elemente zusammen als strukturelle Basis, oder getrennt als strukturelle und kulturelle Ebene, wie zum Beispiel bei Knut-



sen/Scarbrough (1995), konzeptualisiert werden. Ein weiterer theoretisch unbefriedigend gelöster Punkt betrifft die beiden anderen Elemente von Bartolini/Mair: das Cleavage-Bewusstsein und die Organisation. Lane/Ersson (1994: 56) machen beispielsweise die für sie wichtige Unterscheidung zwischen einem latenten und manifesten Cleavage. Sind die Existenz eines Cleavage-Bewusstseins und einer Organisation definitorisch Grundvoraussetzungen für einen Cleavage, so ist es nur schwer vorstellbar, dass Cleavages latent oder sogar verborgen sein können. Auch die Vorstellung von „dormant cleavages“, die teilweise in der Literatur verbreitet ist, bringt hier keine befriedigende Lösung. Folgt man Bartolini/Mair, so kann ein Cleavage lediglich stärker oder schwächer sein, oder er ist allenfalls mehr oder weniger allgegenwärtig (vgl. hierzu den Begriff „closure of a social relationship“ von Bartolini/Mair (1990: 216, 224)), latent kann er aber nicht sein, da kein Bewusstwerdungsprozess stattgefunden hat und auch die organisatorische Basis fehlt.

Abbildung 10.2 stellt die drei Elemente eines Cleavages im Sinne von Bartolini/Mair (1990) noch einmal dar. Ein Cleavage, so wie er hier verstanden wird, besteht aus einer strukturellen Basis, welche sozio-struktureller, sozio-kultureller oder demographischer Natur sein kann, dem Cleavage-Bewusstsein (Ideologie) und einer Organisation (Partei). Impliziert ist in diesem Modell weiter, dass die *einzelnen Elemente* (Struktur, Bewusstsein, Organisation) jeweils für sich allein keine hinreichende Bedingung für die Existenz eines Cleavages darstellen und *sich gegenseitig bedingen*. Weniger offensichtlich ist hingegen, in welcher Reihenfolge die einzelnen Elemente eines Cleavages in Erscheinung treten. Besteht in jedem Falle zuerst eine strukturelle Basis, die sich dann über Bewusstwerdung und Organisation zu einem Cleavage entwickelt oder kann die strukturelle Basis eines Cleavages durch „politisches Unternehmertum“ geschaffen werden? Sartori (1968) weist ganz speziell auf die Gefahr eines soziologischen Reduktionismus hin. Es ist ihm eine Anliegen darauf hinzuweisen, dass Parteien nicht nur durch die Gesellschaft bedingt werden, sondern dass Parteiensysteme auch einen bedingenden Einfluss auf die Gesellschaft haben (1969: 939).

Abbildung 10.2: Die drei Grundelemente eines Cleavage nach Bartolini/Mair (1990)



Weiter stellt sich die Frage, ab wann die *Voraussetzungen für die Existenz eines Cleavage* erfüllt sind. Die einzelnen Elemente können mehr oder weniger stark ausgeprägt sein, und es ist für die konkrete Anwendung des Konzeptes offen gelassen, von welchem Punkt an von einer strukturellen Basis, einem Bewusstsein und einem ausreichenden Organisationsgrad gesprochen werden kann. Und letztlich gilt es, die Gewichtung der einzelnen Elemente zu diskutieren. Haben alle drei Elemente dieselbe Bedeutung? Wo ist ein Cleavage stärker, bei einer schwachen strukturellen Basis und einer starken Organisation oder im umgekehrten Fall?

Je nach dem wie stark die drei Elemente eines Cleavages ausgebildet sind, entstehen idealtypisch gesehen unterschiedliche *Konflikt-Konfigurationen* (vgl. Tabelle 10.1). Besteht eine strukturelle Basis, sind ein Cleavage-Bewusstsein und eine entsprechende Organisation vorhanden, so wird definitionsgemäss von einem Cleavage gesprochen. Die entsprechende Organisationsform sind in der Regel strukturell verankerte Parteien mit einer klaren ideologischen Orientierung. Verliert die strukturelle Basis an Bedeutung, so nähern wir uns dem Modell der Volkspartei, welche ausgehend von bestimmten ideologischen Vorstellungen Personen aus allen sozialen Schichten in ihren Reihen zählt. Fehlt sowohl die strukturelle Verankerung wie auch eine klare ideologische Ausrichtung, so entspricht dies dem Idealfall einer „catch-all party“ oder einer reinen Wählerpartei. Fehlt die Organisation, so gibt es auch keine politischen Akteure und es handelt sich um latent strukturelle oder ideologische Konflikte oder, wenn beide Anforderungen erfüllt sind, um einen latenten Cleavage. Eine Konfliktkonfiguration, bei der eine strukturelle Basis und eine dazugehörige Organisation vorhanden ist, bei der aber ein entsprechendes Bewusstsein fehlt, ent-

spricht am ehesten einer berufsständischen Interessenorganisation, zumindest wenn Bewusstsein im Sinne von Ideologie und nicht im Sinne von sich der gemeinsamen Interessen bewusst sein, verstanden wird.

Tabelle 10.1: Ausprägung auf den drei Cleavage-Dimensionen und Konflikt-Konfiguration

	Strukturelle Basis	Cleavage-Bewusstsein	Organisation
Cleavage (strukturell verankerte Parteien mit entsprechender ideologischen Orientierungen)	+	+	+
Volkspartei-Modell	-	+	+
Catch-all Party	-	-	+
Latenter "Cleavage"	+	+	-
Latenter struktureller Konflikt	+	-	-
Latenter ideologischer Konflikt	-	+	-
Interessenorganisation	+	-	+
Kein Konflikt	-	-	-

Wichtig für die Umsetzung des Cleavage-Konzepts ist auch der *Zeitraum der Betrachtung*. Handelt es sich um eine aktuelle Bestandesaufnahme oder interessiert die Stärke der Cleavages bei der Herausbildung der Parteien. Vor dem Hintergrund von Wandel und Stabilität ist zudem besonders wichtig, dass sich alle drei Elemente unterschiedlich entwickeln können. Klassenbewusstsein und Organisationsgrad der Arbeiterbewegung haben sich über die Zeit hinweg gewandelt, und auch die strukturelle Basis dieses Cleavages ist alles andere als stabil geblieben. Oder: Differenzen zwischen den Geschlechtern haben zwar schon immer bestanden, aber erst in jüngerer Zeit begannen sich im Gefolge der 1968er-Bewegung ein entsprechendes Bewusstsein (Feminismus) und entsprechende Organisationen (z.B. OFRA) herauszubilden. Ob es überhaupt sinnvoll ist, von einem Cleavage „Geschlecht“ zu sprechen, bleibe hier dahingestellt.

Das Cleavage-Konzept in seiner hier skizzierten Komplexität ist noch kaum einem *empirischen Brauchbarkeitstest* unterworfen worden. Die Anwendung von Lane/Ersson (1994) in vergleichender Perspektive, konzentriert sich vor allem auf die Dimensionen „cleavage structure“ und „cleavage awareness“ und vernachlässigt teilweise ideologische und organisationelle Elemente. Auch bei Kriesi (1998) bleibt die Anwendung einer komplexen Konzeptualisierung von

Cleavages bruchstückhaft. Nicht alles was theoretisch plausibel erscheint, lässt sich empirisch auch sinnvoll operationalisieren. Empirische Studien müssen schliesslich zeigen, ob die anspruchsvollen konzeptuellen Anforderungen an einen Cleavage aufrechterhalten werden können.

### 10.3 Typologien und Typen von Cleavages

Vor allem in früheren Werken finden sich immer wieder Versuche, *Typologien von Cleavages* zu bilden, d.h. Cleavages, die auf vergleichbaren Elementen beruhen, zusammenzufassen:

- Rae/Taylor (1970: 1ff.) unterscheiden beispielsweise zwischen *askriptiven Cleavages* wie etwa Rasse oder Kastenzugehörigkeit, *Einstellungs- oder Meinungs-Cleavages* basierend auf unterschiedlichen Ideologien oder Präferenzen sowie *Cleavages basierend auf Verhalten* wie z.B. Wählen oder Mitgliedschaft in Parteien.<sup>2</sup>
- Flanagan (1973: 64) unterscheidet „*segmental cleavages* (racial, linguistic, or religious differences), *cultural cleavages* (young-old, urban-rural, traditional-modern, authoritarian-libertarian) and *economic-functional cleavages* (class, status, role differences).“
- Ganz ähnlich differenzieren auch Lipset/Rokkan (1967) zwischen den beiden *strukturellen Cleavages* (Arbeit-Kapital, Stadt-Land) und den beiden *politisch-kulturellen Cleavages* (Zentrum-Peripherie, Kirche-Staat).

Ein Hauptproblem dieser Typologien von Cleavages besteht darin, dass die Zuordnung nicht unumstritten ist. So gehört etwa Religion für Lipset/Rokkan zu den politisch-kulturellen Cleavages, während Flanagan Religion nicht zu den kulturellen sondern zu den „segmental cleavages“ zählt. Ebenfalls ungeklärt ist, wie weit diese Typen von Cleavages theoretisch und empirisch relevant sind. Inwiefern unterscheiden sich strukturelle Cleavages von politisch-kulturellen? Sind sie resistenter über die Zeit hinweg? Ist die Zugehörigkeit bereits bei Geburt vorgegeben oder ist sie ein Produkt des Sozialisationsprozesses?

Das erstellen einer Typologie von Cleavages ist für die Parteienforschung von geringerer Bedeutung. In den wichtigsten einschlägigen Werken der Literatur beschränkt man sich auf eine Aufzählung der für die Parteiensysteme zentralen Cleavages. Wobei hier die Frage vorangeht, welches zentrale und welches bedeutungsärmere Cleavages sind.

---

<sup>2</sup> Mit dieser Unterscheidung nehmen Rae/Taylor (1970) im Prinzip die drei Cleavage-Elemente von Bartolini/Mair (1990) vorweg. Sie unterscheiden damit allerdings drei Typen von Cleavages und nicht drei Bedingungen für einen Cleavage.

Bereits in den 1960er Jahren hat *Daalder* die seiner Ansicht nach *wichtigsten Trennlinien in Europa* aufgelistet. Dabei handelt es sich bei ihm um eine Mischung zwischen einer Typologie und einer Aufzählung. Als wichtigste Cleavages erscheinen (Daalder 1966: 67f., zitiert nach Lane/Ersson 1994: 55):

- a. Klasse oder sektorielle Interessen (Parteien, welche die unterschiedlichen Beschäftigungssektoren von Handel und Industrie vertreten).
- b. Religion (Modernisten, Fundamentalisten, Katholiken, Protestanten, Klerikale und Anti-Klerikale usw.).
- c. Geographische Konflikte (Stadt vs. Land, Zentrum vs. Peripherie).
- d. Nationalität oder Nationalismus (ethnische Parteien und nationalistische Bewegungen) und Regime (Status quo-Parteien, Reformparteien, revolutionäre und konterrevolutionäre Parteien).

Auch in diesem Beispiel lässt sich über Zuordnung und Bezeichnungen streiten. Handelt es sich beim Stadt-Land- und beim Zentrum-Peripherie-Konflikt wirklich um geographische Cleavages und nicht viel eher um einen sektoriellen Cleavage sowie um einen kulturell-politischen Cleavage, der sich um die Frage der Nationalität dreht?

Es ist nicht Ziel dieses Kapitels, die zentralen Cleavages herauszuarbeiten und eine neue, bessere Typologie aufzustellen. Es geht hier vor allem darum, die Brauchbarkeit des Cleavage-Konzepts für die Analyse des Wandels von Parteiensystemen zu diskutieren. Welches sind überhaupt die den Parteiensystemen zugrunde liegenden zentralen Cleavages? Werfen wir zuerst einen Blick auf eine Auswahl der wichtigsten Arbeiten der Parteienforschung, welche mit dem Cleavage-Konzept operieren. Auf der einen Seite sind das die komplexe und entwicklungsgeschichtliche Herleitung der vier grundlegenden Cleavages von Lipset/Rokkan (1967) sowie die weniger ausführlich dargestellte, aber sich ebenfalls auf die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen im Laufe der Geschichte beziehende Aufzählung der zehn Grundkonflikte von von Beyme (1984: 36ff.), auf der anderen Seite befinden sich die pragmatischen, auf eine Beschreibung politischer Strukturen und Prozesse ausgerichteten Typologien von Lijphart (1981) mit seinen sieben ideologischen Dimensionen und die vier Cleavages von Lane/Ersson (1994).

### 10.3.1 Die vier grundlegenden Cleavages von Lipset/Rokkan

Die in der Parteienliteratur wohl am meisten zitierte Arbeit über Cleavages ist diejenige von *Lipset/Rokkan* (1967), die bereits in Kapitel 2 vorgestellt worden ist. Ursächlich dafür ist zum einen die Tatsache, dass sich Lipset/Rokkan nicht

darauf beschränken, die Cleavages zu benennen, sondern dass sie die Cleavages auch entwicklungsgeschichtlich aus den beiden Prozessen der gesellschaftlichen Modernisierung und der Herausbildung der Nationalstaaten herleiten. Es sind in ihrer Darstellung die zwei grossen Revolutionen, die nationale und die industrielle, welche die westlichen Gesellschaften seit dem 16. Jahrhundert verändert haben. Jede dieser Revolutionen hat zwei fundamentale Cleavages nach sich gezogen: die nationale Revolution den *Cleavage zwischen Zentrum und Peripherie* und den *Cleavage zwischen dem Nationalstaat und der Kirche*, und die industrielle Revolution den *Cleavage zwischen den Landbesitzern* (Aristokratie, Bauern) *und der Bourgeoisie* sowie den *Cleavage zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat*. Die vier Cleavages, die Auslöser und die zentralen Streitpunkte sind in Tabelle 10.2 zusammengefasst.

Tabelle 10.2: Herausbildung und Gegenstand der Auseinandersetzung der vier Cleavages von Lipset/Rokkan

Cleavage	Entscheidender Moment	Gegenstand der Auseinandersetzung
Zentrum-Peripherie	Reformation / Gegenreformation (16./17. Jahrhundert)	Nationale vs. supranationale Religion / Nationalsprache vs. Latein
Staat-Kirche	Demokratische Revolution (1789 und später)	Laizistische vs. kirchliche Kontrolle des öffentlichen Bildungswesens
Landbesitzer-Industrie	Industrielle Revolution (19. Jahrhundert)	Preisbindung für agrarische Produkte / Kontrolle vs. freies Unternehmertum
Unternehmer-Arbeiter	Russische Revolution (1917 und später)	Nationale Integration vs. internationale revolutionäre Bewegung

Der andere Grund für die grosse Beachtung der Arbeit von Lipset/Rokkan liegt darin, dass sie die folgenschwere Aussage enthält, dass die Parteiensysteme der westeuropäischen Ländern, von wenigen (aber wichtigen) Ausnahmen abgesehen, nach wie vor auf den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahre beruhen („frozen party systems“-These). Die Publikation des Werkes fiel zudem in eine Zeit, wo in vielen Parteiensystemen neue Parteien in Erscheinung traten und sich neue soziale Bewegungen in verstärktem Ausmass bemerkbar machten, so dass darüber eine eigentliche Kontroverse entstand, die noch heute nicht abgeschlossen ist.

Unterstützung erhielt das Lipset/Rokkan-Modell in jüngerer Zeit vor allem durch Bartolini/Mair (1990), die nicht nur den über die angeblich zunehmende Volatilität seit den 1960er Jahren geführte Angriff auf die „frozen-party systems“-These parierten, sondern auch die Persistenz des Klassen-Cleavage nachzuweisen versuchten und letztlich mit ihrer Cleavage-Definition eine anspruchsvolle Grundlage für die Anwendung des Konzeptes schafften (vgl. Abschnitt 10.2).

Bei den vier Grund-Cleavages von Lipset/Rokkan handelt es sich um ein theoretisch anspruchsvolles Konzept, da es

- a. besagt, welches die zentralen Cleavages sind,
- b. zu erklären versucht, weshalb die Cleavages entstanden sind
- c. davon ausgeht, dass diese Cleavages praktisch allen westeuropäischen Parteiensystemen zugrunde liegen und
- d. eine Persistenz der vier Grund-Cleavages postuliert.

### 10.3.2 Die zehn Konflikte bei von Beyme

Von Beyme (1984: 36) nimmt die Idee der Cleavages auf und erstellt im Sinne einer Erweiterung von Lipset/Rokkan eine für die meisten westlichen Demokratien brauchbare Typologie von Konflikten, welche die Entstehung der Parteiensysteme erklären soll und zugleich als Typologie der ideologischen Familien von Parteien verwendet werden kann (vgl. Beyme 2000: 70):<sup>3</sup>

1. Liberalismus gegen das alte Regime
2. Konservative
  - Frankreich: Liberale, Doctrinaire vs. Ultra-Royalisten (1814 bis 1830)
  - Spanien: Liberale vs. „conservadores“ (1808 bis 1812)
  - Deutschland: Liberale vs. Anhänger des monarchischen Prinzips (1815 bis 1848)
  - Schweiz: Freisinn vs. Katholisch-Konservative (1830 bis 1874)<sup>4</sup>
3. Arbeiterparteien gegen das bürgerliche System (seit ca. 1848)
  - Schweiz: Grütliverein (1938), Schweizerischer Arbeiterbund (1873), Sozialdemokratische Partei (1888)
  - Deutschland: Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (1863), Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869)
4. Agrarparteien gegen das industrielle System
  - Skandinavien, Osteuropa

<sup>3</sup> Im dritten Teil dieser Arbeit wird diskutiert, wie weit Konflikte und Cleavages gleichgesetzt werden können. Zumindest in den neueren Auffassungen von Cleavages, wie sie beispielsweise Bartolini/Mair (1990) formulieren, sind die Anforderungen an einen Cleavage deutlich höher.

<sup>4</sup> Für die Schweizer Beispiele vgl. Armingeon (2002) sowie eigene Ergänzungen.

- Schweiz: BGB und später SVP (1936, in einzelnen Kantonen aber schon früher)
5. Regionale Parteien gegen das zentralistische System  
Grossbritannien: Iren  
Deutschland: Bayernpartei, Welfenpartei, Elsässer, Polen  
Schweiz: Lega dei Ticinesi
  6. Christliche Parteien gegen das laizistische System  
Belgien (seit 1864)  
Deutschland: Zentrum (seit 1871)  
Italien: „Popolari“ (seit 1919)  
Schweiz: Konservative Volkspartei (1912, in einzelnen Kantonen aber schon früher)
  7. Kommunistische Parteien gegen den „Sozialdemokratismus“ (seit 1916/17)  
Kommunistische Partei der Schweiz (1921)  
Antirevisionistische Parteien gegen den „realen Sozialismus“
  8. Faschistische Parteien gegen demokratische Systeme  
Italien (seit 1919): Neofaschisten  
Deutschland: Nationalsozialisten (1923 bis 1945), Neofaschisten  
Schweiz: Nationale Front (1930)
  9. Rechtspopulismus gegen das bürokratisch-wohlfahrtsstaatliche System  
Frankreich (Poujadismus)  
Dänemark (Fortschrittspartei)  
Deutschland (Republikaner)  
Österreich (FPÖ)  
Italien (Lega Nord)  
Schweiz: Lega dei Ticinesi/FPS
  10. Ökologische Bewegung gegen die Wachstumsgesellschaft  
Schweiz, Deutschland, Frankreich, Österreich usw.: Grüne Parteien

Dieses von den Entwicklungstheorien mit ihrer Klassifikation der grossen Konflikte gewonnene Schema liesse ein Zehnparteiensystem für alle Länder vermuten, wenn sich überall, wo dieses Konflikte auftraten, entsprechende Parteien entwickelt und gehalten hätten. Tatsächlich gibt es in keinem Land ein Parteiensystem, das alle Typen umfasst. Finnland kommt vielleicht einem Zehnparteiensystem am nächsten. Auch die Schweiz ist nicht allzu weit davon entfernt.

Das Zehnparteienschema erklärt, aufgrund welcher sozialen Konflikte bestimmte Parteien entstanden sind. Schwieriger ist es jedoch zu erklären, warum trotz der Existenz der Konflikte keine entsprechende Partei entsteht. Eine bekannte Frage dieser Art ist, warum es in den USA keine sozialistische Partei von Relevanz gibt. Oder weshalb gibt es im Elsass, wo viele Indikatoren für die Existenz einer ethnischen Sonderheit sprechen, keine regionale Partei? Auch das Wahlsystem kann hier keine ausreichenden Erklärungen liefern. Proporzsysteme fördern zwar kleinere Parteien, in Grossbritannien entstanden aber die ethnischen Parteien trotz Mehrheitswahlen. Auch der Föderalismus ist keine hinrei-



chende Bedingung. Die Beteiligung an Regionalwahlen kann die Entstehung kleinerer Parteien erleichtern (BRD, Indien, Kanada), aber es gibt auch föderalistische Staaten wie die USA, Australien und Österreich die nicht zwangsläufig eine Parteienproliferation haben.

### 10.3.3 Die sieben ideologischen Dimensionen von Lijphart

Bedeutungsvoll für die vergleichende Analyse von Parteiensystemen aufgrund von inhaltlichen Kriterien sind auch die Arbeiten von *Lijphart* (1981, in Mair 1990), der jedoch nicht von Cleavages, sondern von ideologischen Dimensionen spricht. Er unterscheidet *sieben Dimensionen*: eine sozio-ökonomische Dimension, eine religiöse Dimension, eine kulturell-ethnische Dimension, eine Stadt-Land-Dimension, eine Regierungsvertrauens-/unterstützungs-Dimension, eine Aussenpolitik-Dimension und eine Postmaterialismus-Dimension. Auf die Unterscheidung zwischen Cleavages und Ideologien wurde bereits eingegangen. Bei Lijphart scheint die Bezeichnung „ideologische Dimension“ weiter gefasst zu sein, impliziert sie doch nicht ausschliesslich Wertorientierungen, sondern, wie zum Beispiel bei der sozio-ökonomischen Dimension und der Stadt-Land-Dimension, auch die strukturellen Grundlagen der Konflikte.

Die *sozio-ökonomische Dimension* basiert gemäss Lijphart auf den vier Links-rechts-Positionen von Harmel/Janda (1976: 33-35). Es sind dies: staatlicher vs. privater Besitz der Produktionsmittel, starke vs. schwache Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, pro oder contra Umverteilung des Reichtums und die Einstellung zu einer Expansion des Wohlfahrtsstaates. Diese Dimension wird von Lijphart als die wichtigste erachtet, weil sie in allen Ländern vorkommt. Obwohl Lijphart zur Beschreibung dieser Dimension vor allem ideologische Einstellungen verwendet, beinhaltet dieser Konflikt, wie es der Name andeutet, eine sozio-ökonomische Basis. An dieser Herleitung der Links-rechts-Dimension lässt sich jedoch sehr gut zeigen, dass die ideologischen Inhalte, mit denen diese Dimension aufgefüllt wird, einem Wandel unterworfen sind. Was die Umverteilung und das Wachstum des Wohlfahrtsstaates anbelangt, haben die sozialdemokratischen Parteien ihre Forderungen in jüngster Zeit abgeschwächt, im Hinblick auf eine staatliche Wirtschaftsplanung und eine Verstaatlichung der Produktionsmittel teilweise sogar vollständig revidiert (vgl. beispielsweise Tony Blairs „New Labour“ in Grossbritannien oder Schröders „Neue Mitte“ in Deutschland).<sup>5</sup>

Die *religiöse Dimension* ist ebenfalls einem gewissen Wandel unterworfen. In den meisten konfessionell gemischten Ländern trennen die religiösen Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten keine Parteien mehr. Die CDU in Deutschland ist eine Partei von Katholiken und Protestanten und in den Nieder-

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel Jahn/Henn (2000), welcher die Annäherung von „New Labour“ in Grossbritannien an die „social democratic-labour parties“ bei Themen wie Sozialismus, Wohlfahrtsstaat, Neoliberalismus und Ökologismus nachweist.

landen hat sich die katholische Partei mit den beiden grössten protestantischen Parteien 1980 zur Christen-Democratisch Appèl (CDA) zusammengeschlossen (vgl. Koole 1998: 367). In der Regel handelt es sich hier heute viel mehr um eine Dimension, welche religiöse Parteien von laizistischen Parteien unterscheidet. Die Schweiz ist diesbezüglich ein Sonderfall, organisiert die CVP doch praktisch ausschliesslich Katholiken und ist so aufgrund ihrer Basis eine konfessionelle Partei geblieben. Die Protestanten sind eher in der EVP oder in der EDU organisiert: Beide Parteien sind allerdings zu klein um diesen potentiellen Cleavage in angebrachter Weise abzubilden.

Auch der *kulturell-ethnischen Dimension* lassen sich keine klaren ideologischen Inhalte zuweisen. Die Werte leiten sich aus der Position ab, welche die ethnisch-kulturellen Gruppen innerhalb des Staates haben. Es stellt sich die Frage, wie weit hier die Unterscheidung zwischen Zentrum-Peripherie etwas zur Klärung beiträgt. In der Schweiz bestehen offensichtlich ethnisch-kulturelle Unterschiede, die sich allerdings im Parteiensystem kaum widerspiegeln.

Bei der *urbanen-ruralen Dimension* wird die Problematik der Bezeichnung „ideologische Dimension“ besonders offensichtlich. Ohne Zweifel hat auch dieser Konflikt eine strukturelle Seite, definiert(e) sich doch die Verschiedenheit in starkem Masse über die Beschäftigung im Primärsektor und die Träger der Ideologie waren zumindest ursprünglich die agrarischen Parteien. Lijphart stellt selbst die Frage, ob es sich hier wirklich um ideologische oder programmatische Unterschiede handelt, kommt aber zum Schluss, dass das ideologische Element ebenso wichtig ist (Lijphart 1990: 262): „(...) it should be remembered that they entail not only divergent industrial versus agrarian objective interests but also the subjective contrast between urban and rural style of living.“ Heute manifestieren sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land wohl eher auf der Achse „fortschrittlich-konservativ.“ Bemerkenswert ist hier weiter, dass ein wichtiges konstitutives Element für den Konflikt – ganz ähnlich wie beim Cleavage „Arbeit-Kapital“ – durch den Rückgang des Beschäftigungssektors an Bedeutung eingebüsst hat. Auffallend ist, dass in den nordischen Ländern (Schweden, Norwegen, Finnland) die ursprünglich agrarischen Parteien zwischen 1957 und 1965 ihren Namen in Zentrumsparteien umgewandelt haben und, wie auch in Dänemark, in den Städten an Bedeutung gewonnen haben. Dieser Wandel hat mit einer gewissen Verspätung auch die SVP durchgemacht. Sie trennte sich 1971 von ihrer ursprünglichen Bezeichnung „Bauern-, Bürger- und Gewerbetarbei“ und begann in den 1990er Jahren in den Städten (z.B. in Zürich und Basel) Wählerstimmen zu gewinnen.

Die *Regimesupport-Dimension* bringt Lijphart (1981, in Mair 1990: 262) mit den Gaulisten in der Vierten Republik in Frankreich und mit den kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und Finnland sowie den monarchistischen und neofaschistischen Gruppierungen in Italien und Spanien in Verbindung. Es handelt sich primär um Gruppierungen, die sich gegen die demokratischen Regierungen stellen. Allerdings stellt sich aufgrund der Heterogenität der Gruppierungen die Frage, inwieweit dies eine

sinnvolle Dimension ist, wobei der Aspekt des Vertrauens in die Regierung oder die Regierungskritik durchaus einen strukturbildenden Einfluss auf die Parteiensysteme haben kann, wie etwa am Beispiel der Fortschrittsparteien in Dänemark („Fremskidspartiet“) oder in Schweden („Ny Demokrati“) sowie am erfolgreichen Zürcher Flügel der SVP oder an der Lega im Kanton Tessin gezeigt werden kann.

Ganz ähnlich wird auch mit der *aussenpolitischen Dimension* auf Konflikte wie die eurokommunistische Abspaltung vom Kommunismus oder die Haltung zu einem geeinten Europa hingewiesen, die zwar Parteiensysteme bestücken und Parteien spalten können, die allerdings eher einer ex post Bestandsaufnahme gleichen.

Mit der *Postmaterialismus-Dimension* erwähnt Lijphart schliesslich einen Konflikt, der in der Literatur kontrovers diskutiert wird. Umstritten ist, wie weit der auf Ingleharts „silent revolution“ (Inglehart 1977) zurück gehende Begriff, wirklich eine neue Konfliktlinie beschreibt, welche zu einer zusätzlichen Differenzierung der Parteiensysteme führt. Betrachte man die ökologischen Parteien als Parteien, die den Postmaterialismus abdecken, so mag man dem zustimmen. Postmaterialistische Einstellungen finden sich allerdings auch in anderen Parteien und es stellt sich die Frage, ob die Forderung nach einem nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen nicht auch sehr materielle Motive beinhalten kann. In der Schweiz, wie übrigens auch in anderen Ländern, bestehen offensichtlich viele Gemeinsamkeiten zwischen den Grünen und den Sozialdemokraten.

### 10.3.4 Der gegenwartsbezogene Ansatz von Lane/Ersson

Im Vergleich zu den vorangehenden Autoren suchen Lane/Ersson (1994) den Zugang zu den Cleavages auch über die Empirie. Im zweiten Kapitel ihres Buches „Politics and Society in Western Europe“ identifizieren und beschreiben sie vier Cleavages: je einen religiösen, ethnischen, auf der Klasse basierenden und regionalen Cleavage. Mit diesen vier Cleavages hoffen sie, die wichtigsten politischen Phänomene besser erklären zu können, wobei sie betonen, dass erst die Empirie zeigen wird, ob ihre Auswahl richtig war (Lane/Ersson 1994: 56f.). Ihre Untersuchung, welche ausschliesslich auf der Analyse von Sekundärdaten basiert, erstreckt sich über 16 europäische Länder.

Bei der Darstellung der Indikatoren unterscheiden sie zwischen einem *strukturellen Aspekt* und einem *Bewusstseinsaspekt*. Der Bewusstseinsaspekt beinhaltet, ohne dass sie explizit darauf hinweisen, sowohl Elemente, die – in der Terminologie von Bartolini/Mair (1990) – in den Bereich des Cleavage-Bewusstseins fallen, wie auch solche, die dem Bereich der Organisation angehören. Die einzelnen Cleavages werden wie folgt gemessen:

Tabelle 10.3: Indikatoren der Cleavages nach Lane/Ersson

Cleavage	„cleavage structure“	„cleavage awareness“
Religion	Religions-, Konfessionszugehörigkeit	Kirchenbesuche
Ethnie	Heterogenität hinsichtlich Sprache	Regionale Identifikation (Nation vs. Region)
Klasse	Einkommensverteilung (Gini-Index, Anteil des obersten Quintils)	Alford Index of Class voting, gewerkschaftlicher Organisationsgrad
Region	(kein konkreter Vorschlag)	(kein konkreter Vorschlag)

Die Erfassung von *Religions- und Konfessionszugehörigkeit* bereitet keine grossen Schwierigkeiten. Anders sieht es allerdings mit dem Indikator Kirchenbesuche und seiner Interpretation aus. Bei Protestanten kann ein monatlicher Besuch der Kirche bereits als relativ häufiger Kirchenbesuch bezeichnet werden, während dies bei den Katholiken wohl kaum der Fall wäre. Religiöse Fragmentierung und religiöses Bewusstsein scheinen zudem nicht zu korrelieren (Lane/Ersson 1994: 73). Was jedoch korreliert, ist der Anteil an Katholiken und die Häufigkeit von Kirchenbesuchen.

*Ethnische Cleavages* wurden lange Zeit unterschätzt und die Modernisierungstheorien der 1960er Jahre gingen davon aus, dass entsprechende Konflikte mit der zunehmenden Mobilität an Bedeutung verlieren würden. Zahlreiche Konflikte in den 1970er und 1980er Jahren (Baskenland, Nordirland, Belgien) sowie die aktuellen Probleme im ehemaligen Jugoslawien zeigen jedoch, dass ethnische Cleavages keineswegs überwunden sind. Während auf struktureller Ebene ethnische Unterschiede leicht zu erfassen sind, ist das Bewusstsein eines ethnischen bzw. sprachregionalen Cleavages schwieriger zu erheben. Dies hängt mitunter damit zusammen, dass ein solches vor allem bei den Minderheiten ausgeprägt sein kann, welche bei vielen Erhebungen nur am Rande zur Sprache kommen.

Der *Klassen-Cleavage* ist ohne Zweifel der in der Literatur am ausführlichsten behandelte Cleavage. Ohne auf die Diskussionen über die sich wandelnde Bedeutung der Klassenzugehörigkeit sowie die analytische Brauchbarkeit des Begriffs „Klasse“ einzugehen, zeigt sich hier, dass die strukturelle und bewussteinemässige Ebene miteinander in Beziehung stehen, allerdings nicht unbedingt so, wie es zu erwarten gewesen wäre. Je ausgeglichener die Einkommensverteilung desto höher ist das Klassenbewusstsein und der gewerkschaftliche Organisationsgrad (Lane/Ersson 1994: 95). Oder mit anderen Worten: Die beiden Autoren kommen zum Schluss, dass Klassenbewusstsein in einer diachronen Betrachtung nicht Ausdruck einer besonders ungerechten Einkommensverteilung sein kann. Möglich ist allerdings auch, dass Klassenbewusstsein

und gewerkschaftliche Organisation dazu geführt haben, dass sich die Einkommensverteilung ausgeglichener gestaltet.

*Regionale Cleavages* beinhalten den Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie, den Unterschied zwischen Stadt und Hinterland oder regionale Identitäten mit starken Sympathien für lokale Autonomie (Lane/Ersson 1994: 98ff.). Für regionale Cleavages fällt es aber den beiden Autoren besonders schwer, für einen internationalen Vergleich brauchbare Indikatoren zusammenzutragen. Sie weisen darauf hin, dass, wie beispielsweise in Belgien oder in der Schweiz, regionale/territoriale Cleavages mit ethnischen oder religiösen Cleavages zusammenfallen und diese verstärken können. Auch im Falle der Klasse ist ein solches Zusammenfallen nicht ganz unwahrscheinlich. Das Zentrum-Peripherie-Modell als Grundlage für regionale Cleavages könnte regionale Unterentwicklung, Dominanz eines oder mehrerer Zentren, regionsspezifische Parteibindungen beinhalten. Entsprechende Indikatoren sind allerdings nicht einfach zu erheben. Aufgrund dieser Probleme verzichten Lane/Ersson darauf, diesen Cleavage in die abschliessende Analyse einzubeziehen.

Lane/Ersson, denen es mit Hilfe des Cleavage-Konzepts vor allem darum geht, Unterschiede zwischen den europäischen Ländern herauszuarbeiten, erstellen abschliessend zwei Indices: einen engeren, welcher die Cleavages Religion und Sprache beinhaltet und einen weiteren, welcher auch noch die Klasse berücksichtigt. Die Korrelation zwischen den beiden Indices ist mit 0.76 nicht perfekt, was darauf schliessen lässt, dass je nach dem welche Cleavages berücksichtigt werden, ein anderes Bild entstehen mag. Gesamthaft gesehen zeigt sich, dass die Schweiz das heterogenste Land ist, und zwar zusammen mit Belgien und den Niederlanden, wenn nur Religion und Sprache berücksichtigt werden respektive zusammen mit Portugal, Griechenland und Frankreich, wenn zusätzlich noch Klasse und Region miteinbezogen werden. Die skandinavischen Länder können demgegenüber als homogen bezeichnet werden.

Da Lane/Ersson (1994) viel stärker als die anderen Autoren von der konkreten empirischen Umsetzung des Cleavage-Konzepts ausgehen, stellt sich auch hier die Frage nach der konkreten Messung der verschiedenen Cleavages respektive einzelner Aspekte der Cleavages. Die Daten zur Bestimmung von Cleavages können auf aggregiertem Niveau oder auf Ebene der Individuen erhoben werden. Daten, die auf aggregierter Ebene zugänglich sind, decken vor allem die strukturelle Ebene eines Cleavages ab. Konfessions- und Sprachzugehörigkeit und Einkommensverteilung lassen sich auf aggregiertem Niveau problemlos erheben. Je stärker man sich jedoch in den Bereich des Bewusstseins bewegt, desto eher braucht es Individualdaten und es drängen sich Befragungen auf.

Sozio-ökonomische Cleavages lassen sich demzufolge auch mit ökologischen Analysen berücksichtigen, wobei hier allerdings das Problem des ökologischen Fehlschlusses berücksichtigt werden muss. Sozio-kulturelle Cleavages mögen ebenfalls noch auf diese Art und Weise analysiert werden. Schwieriger wird es jedoch mit Cleavages, die auf Werteinstellungen beruhen. Postmateria-

lismus beispielsweise lässt sich kaum über „ökologische Analysen“, d.h. über Analysen von Aggregatsdaten erfassen. Hierzu eignen sich Befragungen deutlich besser (vgl. Lane/Ersson 1994: 170f.).

### 10.3.5 Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Typologisierungen

Bei einer Gegenüberstellung der differenzierteren Modelle von Lijphart und Beyme mit den einfacheren Konzepten von Lipset/Rokkan oder von Lane/Ersson stellt sich die Frage, ob sich die differenzierteren nicht auf die einfachen reduzieren lassen, oder ob die einfacheren nicht einen Teil der Realität ausblenden, respektive sich nur auf die wichtigsten Cleavages beziehen. In Tabelle 10.4 sind die vier Typologisierungen noch einmal dargestellt. Die Gegenüberstellung verdeutlicht nicht nur die Unterschiede, sondern zeigt noch einmal die inhaltlichen Schwierigkeiten des Konzepts auf.

Die grössten Gemeinsamkeiten ergeben sich beim *Arbeit-Kapital-Cleavage* von Lipset/Rokkan. Er erscheint als sozio-ökonomische Dimension bei Lijphart, als Konflikt zwischen Arbeiterparteien und dem bürgerlichen System bei von Beyme und als Cleavage basierend auf Klassenzugehörigkeit bei Lane/Ersson.

Differenzen zeigen sich demgegenüber beim Cleavage *Stadt-Land*, der bei Lipset/Rokkan ganz eindeutig ein Cleavage zwischen den agrarischen Interessen und den Interessen des industriellen Systems darstellt. Auch von Beyme und Lijphart beziehen sich explizit auf diese Auseinandersetzung. Bei Lane/Ersson demgegenüber fehlt dieser Cleavage. Was sie unter regionalem Cleavage verstehen, bezieht sich auf die Zentrum-Peripherie-Dimension im Sinne von Lipset/Rokkan.

Komplizierter wird es beim Cleavage *Kirche-Staat*. Bei Lipset/Rokkan beinhaltet dieser Cleavage die Auseinandersetzungen über die *Vorherrschaft des Staates gegenüber der Kirche*. So wird er auch bei von Beyme als Konflikt zwischen den christlichen Parteien und dem laizistischen System charakterisiert. Lijphart bezieht sich demgegenüber auf die Auseinandersetzungen zwischen *Protestanten und Katholiken*, und Lane/Ersson (1994: 64ff.) sind diesbezüglich nicht ganz eindeutig. Bei der Diskussion der Struktur des religiösen Cleavages beziehen sie sich auf die Religions- und Konfessionsanteile in den verschiedenen Ländern und ergänzen diese auf der Ebene des Cleavage-Bewusstseins durch die Kirchenbesuche, welche vor allem den Aspekt der Religiosität zum Ausdruck bringen. Beschränkt man sich auf die Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit und geht davon aus, dass ein Cleavage immer eine strukturelle Grundlage haben muss, so heisst das, dass in rein katholischen Ländern kein religiöser Cleavage bestehen kann. Wird das Kriterium der strukturellen Grundlage etwas gelockert, so besteht dieser Cleavage in den katholischen Ländern auf der Bewusstseinsebene zwischen den streng gläubigen und den eher weltlich orientierten Katholiken. Diese letzte Unterscheidung entspricht dann wiederum

der Vorstellung von Lipset/Rokkan, die Religions- oder Konfessionszugehörigkeit wird jedoch zweitrangig und kann kein bestimmendes Element dieses Cleavages mehr sein.

Tabelle 10.4: Cleavages: Unterschiedliche Ansätze im Überblick

<b>Lipset/Rokkan (Grund-Cleavages)</b>	<b>Lijphart (ideologische Dimensionen)</b>	<b>von Beyme (Konflikte)</b>	<b>Lane/Ersson (Cleavages)</b>
Kirche – Staat	religiös	christliche Parteien vs. laizistisches System	religiöse
Arbeit – Kapital	sozio-ökonomisch	Arbeiterparteien vs. bürgerliches System	Klassenzugehörigkeit
Zentrum – Peripherie	kulturell-ethnisch	regionale Parteien vs. zentralistisches System	regionale
			ethnische
Stadt – Land	urban-rural	Agrarparteien vs. industrielles System	
	Postmaterialismus	Ökologie vs. Wachstumsgesellschaft	
	Regierungsvertrauen		
	Aussenpolitik		
		Liberalismus	
		Konservatismus	
		kommunistische Parteien vs. sozialdemokratische Parteien	
		faschistische Parteien vs. demokratisches System	
		bürgerliche Protestparteien vs. bürokratischer Wohlfahrtsstaat	

Es stellt sich hier also die Frage, ob nicht doch in Ergänzung zu Lipset/Rokkan unterschieden werden sollte zwischen einem *Staat-Kirche-Cleavage* und einem *Religions-/Konfessions-Cleavage*. Zumindest in historischer Perspektive handelt

es sich um zwei unterschiedliche Auseinandersetzungen, die nicht einzig und allein deshalb zusammengefasst werden sollten, weil sich z.B. in den Niederlanden die christlichen Parteien beider Konfessionen 1980 zum CDA zusammengeschlossen haben (Koole 1998: 367) oder weil wie in der Schweiz die Protestanten nicht als starke konfessionelle Partei in Erscheinung treten. Der Gegensatz FDP-CVP gewichtet(e) je nach Kanton stärker das Zentrum-Peripherie-, das Staat-Kirche- oder das Konfessions-Element. In den rein katholischen Kantonen stand die Auseinandersetzung Staat-Kirche im Vordergrund, während in den gemischten Kantonen respektive in den Kulturkampfkantonen die Konfession für die Einbindung der Anhängerschaft von grösserer Bedeutung war.<sup>6</sup>

Am schwierigsten zu fassen ist der *Zentrum-Peripherie-Cleavage*. Dieser Cleavage beinhaltet nach Lipset/Rokkan den Konflikt zwischen den Kräften im Zentrum des politischen Systems, welche versuchten, innerhalb der Landesgrenzen Gesetze, Markt und Kultur zu vereinheitlichen, während die Peripherie bestrebt war Autonomie und Unabhängigkeit zu bewahren. Zur Peripherie können jedoch – so etwa Gallagher et al. (1995: 211) – sowohl ethnische, religiöse, sprachliche und regionale Minderheiten gehören. Mit anderen Worten: Der Zentrum-Peripherie-Cleavage ist nicht nur ein Föderalismus-Zentralismus-Problem, sondern wird in der Regel durch zusätzliche Konflikte überlagert. Bei Lane/Ersson beinhalten drei von vier Cleavages (religiöse, ethnische oder regionale Konflikt) Elemente des Zentrum-Peripherie-Cleavages. Bei von Beyme entspricht der Konflikt regionale Parteien vs. zentralistisches System dem Zentrum-Peripherie-Cleavage, während bei Lijphart die ethnisch-kulturelle Dimension oder die Dimension „Regierungsvertrauen“ als Zentrum-Peripherie-Cleavage aufgefasst werden können.

Mit dem Aspekt des *Regierungsvertrauens* und vor allem mit der *Zugehörigkeit zum Zentrum* einer sich wandelnden und zunehmend globalisierten Gesellschaft sind Elemente angesprochen, die heute zusehends die politischen Auseinandersetzungen strukturieren (vgl. in der Schweiz etwa die Europa-Frage). Dies könnte als eine Neuauflage des Zentrum-Peripherie-Cleavages interpretiert werden. Der Cleavage müsste jedoch im Sinne von Lipset/Rokkan definiert und hergeleitet, und nicht als Sammelbegriff für ethnische, religiöse und regionale Differenzen aufgefasst werden. Und auch dann bliebe die Frage offen, ob die Analogie nicht überstrapaziert wird und es nicht besser wäre, hier von einem neuen Cleavage zu sprechen.

Ein Grund für die Schwierigkeiten Cleavages genau zu typologisieren, liegt darin, dass sie *zusammenfallen und sich teilweise überlagern*. So haben zahlreiche Cleavages immer auch ein territoriales oder regionales Element oder ethnische Cleavages trennen auch unterschiedliche Konfessionen oder Religionen.

<sup>6</sup> Gemäss der Analysen der Nationalratswahlen 1995 (Selects-Studie) beläuft sich der Anteil der Protestanten unter den Wählerinnen und Wählern der FDP in den katholischen Kantonen Luzern, Wallis und Tessin auf 29, acht und elf Prozent, im protestantischen Kantonen Bern und in der Waadt auf 78 und 74 Prozent und in Zürich, Genf und Aargau auf 59 und zweimal 51 Prozent (eigene Berechnungen).



In welchem Verhältnis die Cleavages zueinander stehen, kann auch Auswirkungen auf die Intensität haben, mit der sie in Erscheinung treten. Generell kann davon ausgegangen werden, dass durch das Zusammenfallen verschiedener Cleavages ein verstärkender Effekt eintritt. Erhalten religiöse oder auf Klasse beruhende Cleavages eine territoriale Komponente, so dürften die daraus resultierenden Auseinandersetzungen ungleich härter ausfallen. Ein Beispiel dafür liefern etwa die Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien. Überschneiden sich demgegenüber die Konfliktlinien („cross-cutting cleavages“), so wirkt sich dies auf Konflikte mindernd aus. Als Beispiel hierfür wird immer wieder die Schweiz erwähnt, wo mit der sprachlichen Segregation keine religiöse oder schichtspezifische Segregation einhergeht.<sup>7</sup>

Eine weitere Herausforderung ergibt sich durch den der Betrachtung zugrunde liegenden *Zeithorizont*. Es ist ein Unterschied, ob man versucht, die wichtigsten Cleavages herauszuarbeiten, die vor mehr als einem Jahrhundert zur Herausbildung der Parteiensysteme geführt haben, oder ob man nach den Cleavages sucht, die den Parteiensystemen heute zugrunde liegen. Cleavages wie Kommunismus-Sozialismus dürften aus heutiger Sicht wohl eher für eine historische Analyse von Bedeutung sein. Auch die Auseinandersetzungen zwischen dem agrarischen und dem industriellen System, haben vieles von ihrer Bedeutung verloren.

Dass das Lipset/Rokkan-Modell ergänzt werden kann und muss, wird heute kaum bestritten und widerspricht auch nicht den überlieferten Vorstellungen von Rokkan selbst (vgl. Seiler 1998: 5). *Erweiterungsmöglichkeiten* finden sich z.B. in den Bereichen „Regierungsvertrauen / Zwei-Drittel-Gesellschaft“, „Postmaterialismus / Ökologie“ und „transnationale Integration“. Die eingefleischten Lipset/Rokkan-Anhänger sind jedoch eher der Ansicht, dass es sich dabei lediglich um eine Verfeinerung eines nach wie vor sehr soliden Gerüsts handelt und nicht um eine Neubestimmung der zentralen Konfliktstrukturen. Etwas überspitzt formuliert lautet die Fragestellung: Können sich die Parteiensysteme grundlegend von ihrer Vergangenheit, das heisst von den für ihre Entstehung ursächlichen Cleavages, lösen oder erleben wir dort, wo offensichtlich ein Wandel stattfindet und neue Parteien entstehen, Phasen einer Ausdifferenzierung, auf die dann auch wieder Phasen der Rückbildung auf die Grundstrukturen folgen können? Der Schlüssel für die Beantwortung dieser Frage liegt letztlich in der Wandlungsfähigkeit der Cleavages selbst, der wir uns im übernächsten Abschnitt zuwenden werden. Der nächste Abschnitt ist dem Verhältnis zwischen Parteien und Cleavages gewidmet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bei allen Gemeinsamkeiten doch auch erhebliche Divergenzen zwischen den verschiedenen Anwendungen des Cleavage-Konzepts bestehen. Markant ist vor allem der Unterschied zwischen den entwicklungsgeschichtlich hergeleiteten und auf sozialen und po-

<sup>7</sup> Die Literatur hier ist sehr umfangreich: vgl. Zuckermann (1975: 240): „Rae and Taylor summarize the arguments of Simmel, Ross and Coser, concerning the conflict reducing effect of cross-cutting cleavages.“

litischen Konflikten beruhenden Konzeptualisierungen von Lipset/Rokkan und von von Beyme und dem eher typologisierenden respektive beschreibenden und auf die Gegenwart bezogenen Konzept von Lane/Ersson. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass die Ansprüche der verschiedenen Autoren unterschiedlicher Natur sind. Lipset/Rokkan geben nicht vor, sämtliche für die Westeuropäischen Parteiensysteme relevanten Cleavages zu benennen, sondern beschränken sich lediglich auf die Haupt-Cleavages. Sie selbst sehen vor, dass auch andere, neue Cleavages entstehen können. Ihr Modell liefert zudem eine Erklärung dafür, wie und warum die Cleavages entstanden sind. Dies vermögen die pragmatischen, primär auf einer Aufzählung möglicher Konfliktlinien beruhenden Zusammenstellungen der Cleavages nicht zu leisten.

## 10.4 Cleavages und Parteien

Cleavages können auf verschiedenen Ebenen wahrgenommen werden. Gemäss Lane/Ersson (1994: 53) manifestieren sich Cleavages in der Gesellschaft, im Parteiensystem und in der Regierung (wobei hier sowohl Legislative wie auch Exekutive betrachtet werden können). Eine zentrale Rolle bei der Analyse von Cleavages kommt aber den politischen Parteien zu. Die Beziehung zwischen Parteien und Cleavages ist dabei jedoch alles andere als eindeutig.

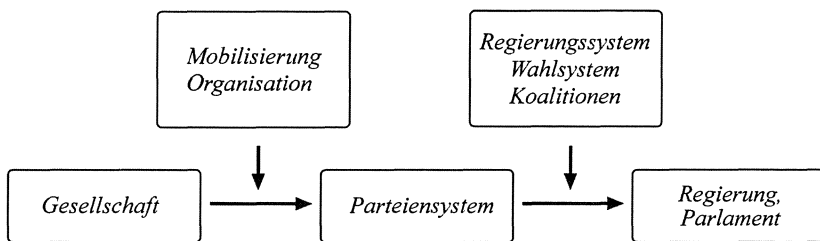
Politische Parteien sind sowohl Ausdruck wie auch konstitutives Element eines Cleavages. Aus dem Vorhandensein einer bestimmten Partei wird in der Regel auf die Existenz eines entsprechenden Cleavage geschlossen. Gleichzeitig stellt eine Partei eine mögliche und stark verbreitete Organisationsform eines Cleavage dar, die, folgt man Bartolini/Mair (1990), Grundvoraussetzung für die Existenz eines Cleavages ist. Die gebräuchlichste Konzeptualisierung in der Parteienforschung, vor allem dort wo es um die Analyse von Parteiensystemen geht, fasst Parteien als Produkte von politischen Cleavages auf. Das heisst mit anderen Worten: Cleavages können über die politischen Parteien wahrgenommen und gemessen werden. Dies erstaunt nicht weiter, wird doch so der empirische Zugang zu den Cleavages verhältnismässig einfach. Parteien treten regelmässig zu Wahlen an, und aus ihrem Abschneiden kann auf ihre Bedeutung und damit auf die Bedeutung des entsprechenden Cleavage geschlossen werden. In der Wahlforschung sowie in Untersuchungen über Parteiorganisationen demgegenüber wird auch die Rolle der Partei innerhalb eines Cleavages thematisiert. Einen alternativen analytischen Zugang zu Cleavages ermöglicht in der Schweiz zudem die direkte Demokratie. Aus dem Abstimmungsverhalten kann direkt auf die Spannungs- und Konfliktlinien innerhalb der Bevölkerung geschlossen werden.

Je nach dem ob Cleavages auf der Ebene der Gesellschaft, des Parteiensystems oder des Regierungssystems untersucht werden, kommen unter Umständen andere Cleavages zum Vorschein. Nur in einer idealen repräsentativen Demokratie bildet das Parteiensystem alle gesellschaftlichen Cleavages ab und alle

Parteien finden entsprechend ihrer Bedeutung Einsitz in die Regierung. Dem stehen, wie die nachfolgende Abbildung 10.3 verdeutlicht, verschiedene *Hindernisse* entgegen. Nicht alle gesellschaftlichen Cleavages lassen sich in Form von Parteien mobilisieren und organisieren. Und nicht alle Cleavages werden in der Regierung abgebildet, da zahlreiche Regierungssysteme dies für die Exekutive nicht zulassen (Konkurrenzmodell), Wahlsysteme den Zugang schwächerer Parteien verhindern können (Majorzwahlen, Mindestklauseln) und durch Koalitionen die Manifestation eines Cleavages abgeschwächt werden kann.

Nahe liegend ist, dass sich die Zahl der Cleavages auf dem Weg von der Gesellschaft in die Regierung verkleinert. Nicht alle gesellschaftlichen Cleavages schlagen sich im Parteiensystem nieder und nur eine kleine Zahl der Differenzen strukturieren schliesslich das Regierungssystem. Zumindest für den ersten Teil dieser Kette liesse sich jedoch auch eine Gegenthese aufstellen. In einem Parteiensystem können mehr Parteien vorhanden sein, als effektiv aufgrund der Zahl der Cleavages zu erwarten wäre.

Abbildung 10.3: Cleavages und ihre Abbildung auf verschiedenen Ebenen



Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichen Cleavages und dem Parteiensystem bzw. der Zahl der im Parteiensystem vertretenen Parteien sind folgende drei Möglichkeiten denkbar:

- Es bestehen weniger Parteien als aufgrund der Zahl der Cleavages zu erwarten wäre. Gründe dafür, dass einzelne Cleavages durch das Parteiensystem nicht abgebildet werden, können sein: Einzelne Cleavages sind zu unbedeutend, so dass keine Parteien entstanden sind, entsprechende Parteien haben es nicht geschafft, sich entlang der Cleavages zu organisieren, und Cleavages werden durch Parteien, die ihre Existenz einem anderen Cleavage verdanken, aufgenommen. Ein Extrembeispiel für einen solchen Fall bildet die perfekte Volkspartei, welche alle Cleavages integriert.

- Es sind mehr Parteien als Cleavages vorhanden. Nicht jede Partei muss einem Cleavage entspringen sein. Am deutlichsten zeigt sich dies im Fall von Parteiabspaltungen, die in erster Linie auf persönlichen Motiven oder spitzfindigen ideologischen Differenzen beruhen. Beispiele hierfür finden sich vor allem bei den Parteien der äusseren Linken und der äusseren Rechten. In der Schweiz sind dies beispielsweise im ersten Fall die POCH, die SAP und die PdA und im zweiten Fall die SD, die Republikaner und die OeFP (vgl. Ladner 1999).
- Alle Cleavages werden durch das Parteiensystem abgebildet.

Der Versuch, die Zahl der Parteien in einem Parteiensystem durch Art und Stärke ideologischer Cleavages zu erklären, geht zurück auf Downs (1957b), Lipset/Rokkan (1967) und Lijphart (1984). Er stellt eine Alternative zu den auf Duverger (1951b, 1954) und Sartori (1968) beruhenden Ansätzen dar, welche die Zahl der Parteien in erster Linie über das Wahlsystem und die Wahlkreisgrösse bestimmen wollen (Taagepera/Grofman (1985: 341).

Gibt es eine Funktion, aufgrund derer mit der Zahl der Cleavages die Zahl der Parteien vorhergesagt werden kann? Maximal – das heisst, wenn jeder neue Cleavage sämtliche bestehenden sozialen Gruppen erneut aufspaltet – wird die Zahl der Parteien mit einer Permutation berechnet. Die einfache Formel für binäre Cleavages lautet: Anzahl Parteien =  $2^I$ , wobei I der Anzahl Cleavages respektive den ideologischen Dimensionen entspricht. Aus vier Cleavages könnten demzufolge 16 Parteien entstehen. Noch etwas komplizierter wird es, wenn, wie beispielsweise bei der Sprache in der Schweiz, ein Cleavage mehr als zwei Ausprägungen haben kann. Der Maximalvariante steht als Minimalvariante entgegen, dass jeder Cleavage das Parteiensystem lediglich um eine neue Partei erweitert.

Die Realität zeigt, dass die Minimalvariante plausibler ist. Taagepera/Grofman (1985) stellen in ihrer empirischen Analyse der Parteiensysteme in verschiedenen Ländern fest, dass es einen Zusammenhang zwischen der effektiven Zahl der Parteien und den Cleavages in einer Gesellschaft gibt, der sich wie folgt verhält: Anzahl Cleavages plus eins gleich effektive Zahl der Parteien. Oder mit anderen Worten: Es gibt immer eine Partei mehr als es Cleavages gibt. Diese Erkenntnis basiert allerdings auf einem Mittelwert. Das heisst, es mag Fälle geben, wo die Zahl der Parteien geringer ist als die Zahl der Cleavages und andere, wo sie grösser ist als plus eins.

Der erste Fall tritt vor allem dann ein, wenn Cleavages zusammenfallen oder wenn mehrere Cleavages durch eine Partei absorbiert werden:

- Die beiden Cleavages Religion und ethnische Zugehörigkeit in Zypern führen lediglich zu einer Spaltung zwischen orthodoxen Griechen und muslimischen Türken und die Zahl der Parteien entspricht genau der Zahl der Cleavages. Ein weiteres Beispiel: Gallagher et al. (1995: 214) erwähnen diesbe-

züglich Österreich, wo sich der Klassenkonflikt entlang denselben Trennungslinien wie der Kirche-Staat-Konflikt herausbildete, so dass die Katholiken gleichzeitig die Besitzenden und die Anti-Klerikalen zugleich auch die Arbeiter waren.

- Der Stadt-Land-Cleavage hat in der Schweiz in den protestantischen Kantonen zur Herausbildung einer neuen Partei (BGB, heute SVP) geführt, während in den katholischen Kantonen dieser Cleavage von der CVP aufgenommen wurde. Parteien, welche eine grosse integrative Kraft haben, können das Entstehen von neuen Parteien verhindern. Die CVP ist, abgesehen von der konfessionellen Einseitigkeit, von ihrer sozialen Zusammensetzung her eine eigentliche Volkspartei (vgl. Ladner/Schaller 1994: 105) und absorbiert(e) nicht nur den Cleavage Stadt-Land, sondern auch teilweise den Cleavage Kapital-Arbeiterschaft.

Für eine volle Ausschöpfung der Cleavages führen Taagepera/Grofman (1985: 349) ein hypothetisches Beispiel aus der Schweiz an: Aus Religion und Sprache wären je eine Partei für die deutsch- und die französischsprachigen Katholiken sowie für die deutsch- und die französischsprachigen Protestanten denkbar. Eine realistischeres Beispiel ist der Fall Belgien, wo der Sprach-Cleavage Ende der 1960er und in den 1970er Jahren nicht nur zu einer neuen Partei, sondern zu einer Spaltung der sozialistischen, christdemokratischen und liberalen Parteien in eine französischsprachige und eine flämische Parteisektion geführt hat (z.B. Seiler 1998: 69f.).

Hindernisse, die sich einer allzu ausgedehnten Abbildung von Cleavages in eigene Parteien in den Weg stellen können, sind – wie bereits erwähnt – das Wahl- und Regierungssystem sowie die den Parteien zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, sich zu organisieren. Für diese letzte Einschränkung ist vor allem auch an die subnationalen Ebenen zu denken, wo es aufgrund der Kleinheit für eine allzu grosse Zahl an Parteien keinen Platz hat.

Zusammenfassend gilt es festzuhalten, dass eine deterministische Vorstellung, wonach aufgrund der Zahl der Cleavages die Zahl der Parteien bestimmt werden kann, in dieser einfachen Form nicht aufrecht erhalten werden kann. Länder mit denselben Cleavages haben nicht zwangsläufig dieselben Parteiensysteme. Es gilt zusätzlich eine Reihe anderer Faktoren zu berücksichtigen. Bei der einfachen Formel von Taagepera/Grofman (1985), die lautet  $\text{Cleavage} + 1 = \text{Anzahl Parteien}$ , handelt es sich um einen künstlichen Mittelwert und nicht um eine verbindliche Gesetzmässigkeit. Die Zahl der Parteien liegt jedoch deutlich näher bei der Zahl der Cleavages als bei denjenigen, die aufgrund der Cleavages rein rechnerisch möglich wäre. Zudem ist Vorsicht geboten, wenn Cleavages lediglich über die Existenz von Parteien operationalisiert werden. Die Existenz einer Partei erfüllt lediglich eine Bedingung für die Existenz eines Cleavages. Auch sagt der Name der Partei noch wenig über die ihre strukturelle Basis und die von ihr verfolgten Ziele aus.

## 10.5 Cleavages und Wandel

Zusätzliche Komplexität erfährt das Cleavage-Konzept durch die Verknüpfung mit der Zeitachse und der Frage nach dem Wandel von Parteiensystemen. Folgende Annahmen sind nicht unplausibel: Cleavages können an Bedeutung verlieren, Cleavages können verschwinden und neue Cleavages können entstehen. Können sich Cleavages aber auch über die Zeit hinweg verändern? Was für Auswirkungen haben sich wandelnde Cleavages auf die analytische Brauchbarkeit des Konzeptes?

### 10.5.1 Die Persistenz der historischen Cleavages?

Eine Extremposition was die Entwicklung der Bedeutung der Cleavages über die Zeit hinweg anbelangt, markieren Lipset/Rokkan (1967) mit ihrer „frozen party systems“-These. Die These besagt, wie schon mehrfach ausgeführt, dass die westeuropäischen Parteiensysteme, abgesehen von wenigen Ausnahmen, auf den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahren festgefroren sind. Heute, oder zumindest bei der Niederschrift ihres Buches in den 1960er Jahren, lagen den Parteiensystemen dieselben Konfliktlinien zugrunde wie zu Beginn des Jahrhunderts.

Gallagher et al. (1995: 215ff.) nennen vier Gründe, die für den Fortbestand bestehender Cleavages sprechen:

- Weil sie Leute betreffen, die sich voneinander unterscheiden und unterschiedliche Interessen haben.
- Weil seit der Einführung der Proporzahlen die gesamte Wählerschaft mobilisiert ist. Die Bildung eines neuen Cleavage würde bedeuten, dass die Leute aus einem bestehenden Cleavage herausgelöst werden müssten.
- Weil das Wahlsystem eine Zementierung bestehender Cleavages begünstigt. Das Wahlsystem ist dabei nicht eine Determinante, sondern Ausdruck der Kräfteverhältnisse in einem Parteiensystem.
- Weil sich Parteien nicht nur auf die Politik im engeren Sinne beschränken, sondern versuchen auch sonst soziale Bindungen herzustellen (z.B. Freizeitaktivitäten, soziale Clubs).

Nicht unwesentlich für die Schlussfolgerungen hinsichtlich der Persistenz von Cleavages sind die Betrachtungsebene und die Operationalisierung. In der Parteiensystemforschung dominiert diesbezüglich die Analyse von Wählerstimmenanteilen. Damit bewegt sie sich auf einer Makro-Ebene, und individuelles Verhalten kann nicht direkt erfasst werden. Sind heute noch mehrheitlich diesel-

ben Parteien in den Regierungen vertreten wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, so sind aus dieser Perspektive nach wie vor dieselben Cleavages bedeutungsvoll. Die Schweiz wäre diesbezüglich ein Modellbeispiel für ein eingefrorenes Parteiensystem. Seit 1919 dominieren mit FDP, CVP, SVP und SP dieselben vier Parteien. Ausgeblendet wird dabei allerdings die Möglichkeit, dass die Parteien heute andere Segmente der Bevölkerung abbilden und dass sich die Parteien in ihrer Orientierung wandeln können. Mobilisieren und organisieren die Parteien noch immer entlang denselben sozio-strukturellen Cleavages und sind sie ihren ursprünglichen Forderungen wirklich treu geblieben?

Auch Bartolini/Mair (1990), von denen das Lipset/Rokkan-Modell in den letzten Jahren die stärkste Unterstützung erhalten hat, argumentieren auf dieser Makro-Ebene, wenn sie fest stellen, dass die Volatilität in dem Zeitraum, in dem die Anhänger der Parteien-Wandel-These grosse Veränderungen auszumachen glauben, verhältnismässig gering war und dass es sich vor allem um Verschiebungen innerhalb der politischen Blöcke (innerhalb der Linken) handelte. Paradoxerweise liefern Bartolini/Mair mit ihrer differenzierten Konzeptualisierung von Cleavages aber auch die beste Grundlage für die Widerlegung der Stabilitäts-These, wie wir im Folgenden noch sehen werden.

### 10.5.2 Die nachlassende Bedeutung von Cleavages?

Die Auseinandersetzungen in der Wahlforschung über Bedeutung, Wandel und Konstanz der den Parteiensystemen zugrunde liegenden Strukturen orientieren sich verstärkt an Cleavages, gemessen auf dem Niveau der Individuen, wo auch ein besserer Zugang zum individuellen Verhalten gewährleistet wird.

Dalton et al. (1984) und Flanagan/Dalton (1984) schlagen in ihrer Diskussion des veränderten Wahlverhaltens *zwei Modelle* vor, welche sowohl die Ursachen des Wandels wie auch ihre möglichen Folgen zu beschreiben versuchen. Das erste Modell geht davon aus, dass ein Prozess des „realignment“ stattfindet, in dessen Verlauf neue Cleavages die traditionellen Cleavages ablösen. Das zweite Modell geht unabhängig von sich neu herausbildenden Themen und Konflikten („issues“) davon aus, dass sich ein Prozess des „dealignment“ abspielt, bei dem die politischen Parteien generell an Bedeutung verlieren und sich die Bürgerinnen und Bürger verstärkt Interessengruppen und sozialen Bewegungen zuwenden würden (vgl. Gallagher et al. 1995: 227).

Wir befinden uns hier also in einer *doppelten Auseinandersetzung*. Auf der einen Seite stehen sich die beiden Modelle gegenüber, welche unterschiedliche Aussagen über die Zukunft der Parteien machen. Und diesen beiden Modellen stehen die Anhänger des Lipset/Rokkan-Modells mit der Vorstellung von der nach wie vor zentralen Bedeutung der traditionellen Cleavages entgegen. Die Auseinandersetzungen sind bis heute nicht entschieden. Bleiben wir aber vorerst bei den Argumenten, bevor wir im nächsten Kapitel die Daten zu Worte kommen lassen.

Beginnen wir zuerst mit dem „dealignment“, d.h. mit der Vorstellung, dass Cleavages für die Parteiensysteme immer weniger wichtig werden. Die Indizien, die für eine nachlassende Bedeutung von Cleavages sprechen, sind mit Einschränkungen dieselben, wie diejenigen, die für den Wandel der Parteiensysteme sprechen. Hergeleitet werden die Indizien aufgrund von *Veränderungen auf drei Ebenen* (vgl. Gallagher et al. (1995: 221):

- Auf der Ebene der Sozialstruktur.
- Auf der Ebene des individuellen Verhaltens.
- Auf der Ebene der politischen Parteien.

Der tief greifende *Wandel der Sozialstruktur* braucht nicht ausführlich beschrieben zu werden. Zentral sind hier stichwortartig die Bedeutungsverlagerung hin zum Dienstleistungssektor und damit verbunden die Marginalisierung des Bauernstandes und der Rückgang der traditionellen Arbeiterschaft. Im Hinblick auf das individuelle Verhalten stellt sich die Frage, ob wir nach wie vor von einem klassen- oder religionsspezifischen Wahlverhalten ausgehen können. Und auf der Ebene der Parteien gilt es zu untersuchen, ob sich die Parteien als Vertreterinnen von Ideologien und bestimmter sozialer Gruppen verstehen oder ob bei ihnen nicht vielmehr themenbezogene Wählerstimmenmaximierung in den Vordergrund getreten ist.

Franklin et al. (1992) kommen zum Schluss, dass es in fast allen westeuropäischen Ländern zu einer grundlegenden Abschwächung der Beziehung zwischen sozialer Struktur bestehend aus Klasse und Religion sowie dem Wahlverhalten gekommen ist (zitiert nach Gallagher et al. 1995: 225). Auch Klöti/Linder (1998: 311) sind der Ansicht, dass zumindest aus theoretischer Sicht die These des „dealignment“ überzeugender begründet werden konnte, da gesellschaftliche Modernisierung und Individualisierung, die Freisetzung des Individuums aus sozialen Bindungen und Zwängen und das „Ende der Ideologien“ für einen Verlust der Parteibindungen sprechen, während die Argumente für das „realignment“, das Aufkommen postmaterieller Werthaltungen und neuer Parteien oder die Reideologisierung alter Parteien, zumeist umstritten sind.

Gemäss Klöti/Linder (1998: 311) zeigen neueste Arbeiten allerdings ein differenzierteres Bild. Klöti/Linder stützen sich auf Biorgio/Mannheimer (1995: 206ff.), nach denen vor allem die südlichen Länder wie etwa Frankreich und Spanien von „dealignment“ geprägt sind, während sich grosse Parteien mit deutlicher ideologischer Orientierung diesem Trend zu entziehen vermochten. Bedeutung und Ausmass des „Party Dealignment“ seien allerdings, so Klöti/Linder (1998: 312) mit Verweis auf Schmitt/Holmberg (1995), im Lichte grosser Makro-Theorien häufig überschätzt worden. Würden sich die Ergebnisse der Kohorten-Analysen von Miller/Shanks (1996), so Klöti/Linder weiter, auch in Europa bestätigen, so wäre schliesslich das „dealignment“, zusammen mit



weiteren Phänomenen, nicht wie meistens angenommen das Ergebnis eines gesellschaftlichen Trends, welches die gesamte Wählerschaft erfasst, sondern dasjenige von unterschiedlichen Altersgruppen. Für die Schweiz zeigen die Wahlstudien ebenfalls einen längerfristigen Trend der sinkenden Parteibindungen. Damit sei jedoch noch nicht belegt, dass es zu einem allgemeinen „party dealignment“ kommt (Klöti/Linder 1998: 312).

Auch Gallagher et al. (1995: 230ff.) widersprechen den ihrer Ansicht nach gewichtigsten Argumenten des „dealignment“-Modells, nämlich der Abnahme der Parteibindungen, der Entstehung neuer Parteien und damit der Zunahme der Fragmentierung sowie der zunehmenden Volatilität:

- Es lässt sich zwar in zahlreichen Ländern eine *Abnahme der Parteibindungen* feststellen. Die für die Beweisführung beigezogenen Umfragedaten sind jedoch, vor allem für den internationalen Vergleich, mit methodologischen Problemen behaftet. Zudem verläuft in Europa die Parteiidentifikation über die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe und schliesslich besteht auch die Möglichkeit, sich mit mehreren Parteien zu identifizieren, so dass es letztlich fraglich ist, ob das Konzept der Parteibindungen in den europäischen Mehrparteiensystemen überhaupt ein angemessener Indikator für „dealignment“ ist.
- Die *Zahl der Parteien* hat zwar zugenommen, der Erfolg der neuen Parteien ist jedoch einzeln und insgesamt relativ bescheiden. Die traditionellen Parteien halten zusammen noch immer die grosse Mehrheit der Stimmen und die Mehrheit der Wählenden gibt ihre Stimme Parteien, die bereits vor ihrer Geburt existierten.
- Die *Volatilität* hat vor allem in den 1970er Jahren zugenommen und ging in den 1980er Jahren wieder leicht zurück, so dass von keinem einheitlichen Trend gesprochen werden kann. Es hat zudem auch schon früher Phasen gegeben, in denen die Volatilität besonders hoch war. Und letztlich kommen hier auch die Erkenntnisse von Bartolini/Mair (1990) zum Zuge, dass der Grossteil der Volatilität auf Wählerstimmenverschiebungen zwischen „befreundeten Parteien“ und nicht zwischen „verfeindeten Parteien“ zurückzuführen ist.

Gerade in jüngerer Zeit wurde für die USA wieder geltend gemacht, dass Cleavages in der Rangfolge Rasse, Religion, Klasse und Geschlecht für das Wahlverhalten nach wie vor wichtig sind, auch wenn es zu beachtlichen Verschiebungen gekommen ist (Manza/Brooks 1999: 5). Und für den Fall des Klassen-Cleavage argumentiert Evans (2000: 413) ganz allgemein für Demokratien in industriellen Ländern, dass „Klassen-Wahlen“ und auf dem Klassengegensatz basierend Politik nach wie vor von Bedeutung sind. Neue methodische Konzepte, eine weniger rigide Auffassung von „links“ und „rechts“ und eine bessere

Berücksichtigung unterschiedlicher Strategien linker Parteien sind jedoch notwendig, um zu einer entsprechenden Erkenntnis zu kommen.

### 10.5.3 Die Entstehung neuer Cleavages?

Die Anhänger des „realignment“-Modells gehen davon aus, dass Cleavages für das Wahlverhalten nicht nur nach wie vor von zentraler Bedeutung sind, sondern dass auch *neue Cleavages* entstanden sind. Die breiteste Unterstützung im Rahmen des Realignment-Modells findet der *Postmaterialismus-Cleavage*, welcher manchmal auch etwas vager mit „new politics“ umschrieben wird. Die soziale Basis dieses Cleavages (Gallagher et al. 1995: 227) bilden die neuen Mittelklassen und speziell die jüngeren und besser gebildeten Wählerinnen und Wähler. Die distinktiven Werte beinhalten Umweltschutz, Feminismus und den Ausbau demokratischer und sozialer Rechte (vgl. Inglehart 1977, 1990c).<sup>8</sup> Die organisatorische Ausprägung dieses Cleavage findet sich nach einer ersten, vor allem auf soziale Bewegungen ausgerichteten Phase, nun verstärkt in den Grünen Parteien, was einer Aufwertung der Parteipolitik gleichkommt (vgl. Inglehart 1984). Zu diskutieren wäre hier die Frage, inwieweit die Grünen die einzige Parteiorganisation des postmateriellen Cleavages darstellen und ob nicht vielmehr auch die SP mit ihrem Erbe aus der 1968er-Bewegung starke postmaterielle Werte verkörpert. Einen Schritt in diese Richtung macht etwa Kriesi (1998), bei dem der „Neue-Werte-Cleavage“ auf struktureller Ebene zumindest ansatzweise auf der Herausbildung der „sociocultural professionals“ zurückzuführen ist.<sup>9</sup>

Gallagher et al. (1995: 227f.) halten dem entgegen, dass die Grünen gesamthaft gesehen den grossen Durchbruch noch nicht geschafft haben und noch ziemlich weit von Wähleranteilen über zehn Prozent entfernt sind. Das zweite Gegenargument bezieht sich auf die politische Orientierung der Grünen. Legten sie ursprünglich grossen Wert darauf, sich nicht auf der klassischen Links-rechts-Dimension verorten zu lassen, sind sie heute nichts anderes als eine linke Partei. Zudem zeigt sich, dass die Linke – ganz ähnlich wie sie auf die Herausforderungen der kommunistischen Parteien zu Beginn des 20. Jahrhunderts und auf diejenigen der „Neuen Linken“ in den späten 1960er und in den 1970er Jahren reagierte – in den 1980er und 1990er Jahren die postmaterialistische und ökologische Herausforderung aufnahm, sich wandelte und anpasste.

Aufgrund ihrer Argumente kommen Gallagher et al. (1995: 236) zum Schluss, dass allen Anzeichen von Wandel zum Trotz nicht übersehen werden darf, dass vieles beim alten geblieben ist: „(...) we can see that contemporary

<sup>8</sup> Damit verknüpft ist auch eine Verlagerung der strukturellen Grundlage von Cleavages auf die Werte-Ebene, die Inglehart (1984) mit dem Wandel von der „class based polarizations“ zur „value based polarization“ beschreibt.

<sup>9</sup> Als weiteren Cleavage schlägt Kriesi (1998) den Cleavage zwischen Modernisierungsverlierern und Modernisierungsgewinnern vor.

Western European politics is characterized at least as much by continuity as it is by change. To be sure, the image of transformation is seductive; but the shock of the new can blind us to the persistence of the old“. Der Wandel der Sozialstruktur habe sich nicht im erwarteten Ausmass in einem gewandelten Parteiensystem niedergeschlagen. Dies möge als Hinweis dafür gelten, dass die Sozialstruktur nicht das einzige Element ist, welches die Parteiensysteme stabilisiert und einfriert. Wäre dem so, hätten aus der sich wandelnden Sozialstruktur viel stärker gewandelte Parteiensysteme resultieren müssen. Neben der Sozialstruktur gibt es andere wichtige Elemente wie beispielsweise das Wahlsystem und die Parteien selbst (Gallagher et al. 1995: 237). Auch wenn die Bindungen zu den einzelnen Parteien abgenommen haben, so besteht nach wie vor eine Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Lager: „Ties to individual parties may have weakened, but ties to the broader identities of the left and the right appear to have been maintained“ (Gallagher et al. 1995: 236).

Allerdings sind heute sowohl die sozio-strukturellen wie auch die inhaltlichen Grundlagen der Cleavages nur noch schwer mit denjenigen vor hundert Jahren zu vergleichen. Am offensichtlichsten tritt dies zurzeit beim Cleavage Arbeit-Kapital zutage. Zahlreiche sozialdemokratische Parteien (z.B. „New Labour“ in England, die SPD unter Schröder oder in der Schweiz die SP mit Leuenberger, Ledergerber und Sommaruga)<sup>10</sup> haben in jüngster Zeit eine Neuorientierung vorgenommen, die sich vom klassischen Antagonismus „Arbeit vs. Kapital“ abhebt und vor allem dem Staat eine weniger allgegenwärtige Rolle zugesteht. Für die Anhängerschaft der Linken stehen heute Werte im Vordergrund, die auf das Gedankengut der 1968er- und der Ökologie-Bewegung zurückgehen und die mit den traditionellen sozialdemokratischen Forderungen wenig gemein haben, wenngleich gewisse Forderungen, wie etwa diejenigen nach sozialer Sicherheit und grösstmöglicher Gleichheit, weiter bestehen. Auch was die soziale Basis anbelangt, so organisieren zahlreiche sozialdemokratischen Parteien heute immer weniger die Arbeiter und viel mehr die fortschrittlichen Teile des „neuen Mittelstandes“, die vorwiegend in sozialen und in kulturellen Berufen tätig sind (vgl. die Kategorie „sociocultural professionals“ bei Kriesi 1998: 169). Zur entscheidenden Frage bei der Analyse des Wandels von Parteiensystemen mit Hilfe des Cleavage-Konzepts wird somit die Frage der Wandelbarkeit der Cleavages selbst. Wie weit kann sich ein Cleavage weiterentwickeln, ohne dass daraus ein neuer Cleavage entsteht?

#### 10.5.4 Dürfen sich Cleavages wandeln können?

Dass Cleavages an Bedeutung gewinnen oder verlieren können, ist kaum bestritten. Das Cleavage-Bewusstsein mag sich abschwächen, die Organisation mag mehr oder weniger effizient und effektiv werden und die sozio-

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Gurtenmanifest von Henri Huber, Tobias Kästli, Wolf Linder und Simonetta Sommaruga ([www.gurtenmanifest.ch](http://www.gurtenmanifest.ch), abgerufen am 26.5.2001) oder das Papier von Rudolf Strahm (2001): SP Schweiz. Situationsanalyse und Perspektiven einer Zukunftsstrategie.

ökonomischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen mögen stärker oder weniger stark die Gesellschaft prägen. Über diese graduellen Veränderungen hinaus kann sich aber auch die sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Basis eines Cleavages wandeln. Das entsprechende Bevölkerungssegment kann sich in seiner Zusammensetzung verändern und die zentralen politischen Inhalte und Forderungen können durch neue abgelöst werden. Die entscheidende Frage ist, *wie weit und in welchem Ausmass Cleavages wandlungsfähig sein können*, ohne dass damit das Konzept Schaden nimmt.

Lipset/Rokkan (1967) haben in ihrem Standardwerk diejenigen Cleavages beschrieben, die für die Herausbildung der Parteien in Westeuropa verantwortlich waren. Dieser Teil ihrer Arbeit ist unbestritten. Kontroverser ist jedoch die Aussage, dass die Parteiensysteme seit ihrer Herausbildung nach wie vor auf denselben Cleavage-Strukturen basieren, und dass die Parteiensysteme eine aussergewöhnliche Stabilität aufweisen (vgl. z.B. die ablehnende Haltung von Ersson/Lane 1998: 36). Als *problematisch und irreführend* erweist sich bei der Beweisführung der *Zugang über die Parteien*. Es lässt sich zwar für viele Länder – und die Schweiz ist hierfür ein Paradebeispiel – auch heute noch feststellen, dass mehr oder weniger dieselben Parteien wie zu Beginn des Jahrhunderts die Politik dominieren, bzw. dass die „alten“ Parteien gegenüber den „neuen“ Parteien nach wie vor ein grosses Übergewicht haben. Es gibt jedoch auch gewichtige Indizien dafür, dass sich Basis und ideologische Orientierung zahlreicher Parteien in einem nicht unwesentlichen Ausmass gewandelt haben und dass dieselben Parteien heute nicht mehr dieselben Cleavages repräsentieren.

Besonders gut zeigt sich diese Entwicklung bei den ehemaligen *Bauernparteien*. In der Schweiz repräsentiert die SVP nicht mehr primär den Gegensatz agrarisches versus industrielles System. Mit Erfolg hat die SVP versucht, Wählerstimmen in den Städten (vorab in den Arbeiterquartieren), in den katholischen Gebieten (den Stammlanden der CVP) und mit ihren neoliberalen Forderungen in den Kreisen der FDP zu gewinnen und ist damit in andere Cleavages vorgestossen. Ganz ähnlich repräsentieren die *sozialdemokratischen Parteien* heute nicht mehr in demselben Ausmass den Cleavage zwischen Arbeit und Kapital. Die Arbeiter wurden in einer beachtlichen Masse durch die fortschrittlichen Teile des Mittelstandes ersetzt und die ursprünglichen Forderungen der Sozialdemokratie haben sich gewandelt.

Soll mit dem Cleavage-Konzept der Wandel von Parteiensystemen erfasst werden können, so genügt es nicht, sich bei der Analyse auf die Existenz von Parteien zu beschränken. Parteien können zwar Ausdruck eines Cleavages sein, sie sind aber nur eines von drei Elementen, die zu einem Cleavage gehören, und vor allem sind sie wandlungsfähig und können sich den veränderten Voraussetzungen anpassen. Wird die Existenz eines Cleavages nur über die Existenz und den elektoralen Erfolg einer Partei gemessen, so kann die Veränderung auf der Ebene der Parteien nicht erfasst werden. Dieselbe Partei kann heute einen anderen Cleavage abbilden, als sie dies früher tat.

Bezieht man sich auf die *strukturelle Basis der Cleavages*, so wird der Wandel deutlicher sichtbar. Lane/Ersson (1991: 71 zitiert nach Knutsen/Scarborough 1995: 493) bemerken, dass sich die Cleavages im Laufe der Zeit verändert haben. In verschiedenen Studien – so führen die beiden Autoren aus – haben sich die Cleavages von Lipset/Rokkan den geänderten Gegebenheiten angepasst. Der Klassen-Cleavage wurde zum Gegensatz zwischen Mittelstand und Arbeiterklasse, der Staat-Kirche-Konflikt zur Frage der Religiosität, der Stadt-Land-Cleavage zum sektoriellen Cleavage und der Zentrum-Peripherie-Cleavage zum subnationalen Widerstand, basierend auf ethno-linguistischen Unterschieden.

Die von Lane/Ersson (1991) beschriebene Transformation der Cleavages führt zur entscheidenden Frage: Wie weit lassen sich diese gewandelten Cleavages noch mit den ursprünglichen Cleavages vergleichen? Konzipiert man Cleavages allzu stark als veränderbar und wandlungsfähig, so kann mit ihrer Hilfe ein allfälliger Wandel von Parteiensystemen nicht mehr erfasst werden. Veränderungen können nur mit Instrumenten gemessen werden, die über die Zeit hinweg stabil bleiben. Der Cleavage zwischen Arbeit und Kapital wurde durch einen Cleavage zwischen den an Umverteilung orientierten Teilen des Mittelstandes und den bürgerlichen Parteien ersetzt. Und auch der Cleavage zwischen agrarischen und industriellen Interessen hat vieles von seiner Bedeutung eingebüsst. Die aus diesem Cleavage entstandenen Parteien basieren heute auf einem Cleavage, der konservative, innengerichtete Interessen progressiven Aussenorientierungen gegenüber stellt.

Das Cleavage-Konzept eignet sich nur dann zur Analyse des Wandels von Parteiensystemen, wenn es nicht lediglich durch das Vorhandensein von Parteien operationalisiert und in seiner Komplexität *rigide* angewendet wird. Dieselben Cleavages können durch andere Parteien abgebildet werden und dieselben Parteien können andere Cleavages repräsentieren. Der heuristische Gehalt des Konzepts ist dann gross, wenn Cleavages sowohl in sozio-struktureller wie auch in sozio-kultureller Hinsicht stabil und mit dem historischen Kontext und den Entstehungsursachen verknüpft bleiben. Cleavages als solche dürfen sich dementsprechend nicht beliebig wandeln können. Es empfiehlt sich, von neuen Cleavages zu sprechen. Damit setzt man sich allerdings dem Vorwurf eines strukturellen oder soziologischen Reduktionismus (vgl. Sartori 1969: 92, Przeworski 1985, Maor 1997: 30ff., Kriesi 1998, von Beyme 2000: 64) aus. Wir werden am Ende dieses Teils jedoch sehen, dass die grössere Gefahr für das Konzept darin besteht, aufgrund einer fehlenden analytischen Klarheit und einer mangelnden strukturellen, ideologischen und organisationellen Verankerung der Beliebigkeit zu verfallen.

## 10.6 Abschliessende Kritik und Würdigung des Konzepts

Das Cleavage-Konzept hat einen grossen Einfluss auf die Parteienforschung gehabt und es werden auch heute noch grosse Erwartungen mit dem Konzept verknüpft. Für Kriesi (1997: 4) beinhaltet das Konzept, wenn es in seiner komplexen Form angewandt wird, ein „Gegengift“ *gegen einen psychologischen oder soziologischen Reduktionismus*, welcher Politik lediglich als Auswuchs sozialer, kultureller oder psychologischer Prozesse auffasst. Dem ist insofern beizupflichten, als dass erst Struktur, Ideologie und Organisation zusammen einen Cleavage ausmachen.

Der Arbeit von Lipset/Rokkan (1967) ist zugute zu halten, dass sie einen grossen Beitrag zu einem *besseren Verständnis der Entstehung der westeuropäischen Parteiensysteme* geleistet hat. Lipset/Rokkan haben für sich nie den Anspruch gehabt, die vier einzigen relevanten Cleavages zu benennen und waren offen für eine Erweiterung des Konzeptes. Auch die „frozen party systems“-These hat wohl erst in der nachfolgenden Literatur ihre apodiktische Gestalt angenommen.

Das Konzept der Cleavages macht allerdings nur dann einen Sinn, *wenn es ganz klar von sozialen Spaltungslinien und ideologischen Differenzen unterschieden und in seiner komplexen Form angewendet wird*. Hierzu haben Bartolini/Mair (1990), zumindest in theoretischer Hinsicht, einen soliden Beitrag geleistet. Damit von einem Cleavage gesprochen werden kann, braucht es eine *strukturelle Basis*, ein *Cleavage-Bewusstsein* und eine *Cleavage-Organisation*. Was allerdings, zumindest innerhalb der Parteienforschung, noch aussteht, ist eine befriedigende empirische Umsetzung dieses Konzeptes in seiner gesamten Komplexität und in vergleichender Perspektive. Die Operationalisierung und die konkrete Anwendung entscheiden letztlich über die Brauchbarkeit des Konzeptes in seiner umfassenden Breite.

Einen wichtigen Beitrag zur Analyse des Wandels von Parteiensystemen leistet das Cleavage-Konzept nur dann, wenn *Cleavages nicht mit Parteien gleichgesetzt werden*. Aufgrund der Persistenz der Parteien darf nicht auf die Persistenz von Cleavages geschlossen werden, denn so kann Wandel nicht erfasst werden. Lipset/Rokkan haben mit ihrer entwicklungsgeschichtlichen Herleitung und Verankerung der Parteien den richtigen Weg aufgezeigt. Ebenso kann der Wandel von Parteiensystemen nicht erfasst werden, wenn ein Cleavage, was seine strukturelle Basis anbelangt, nicht *klar und rigide konzeptualisiert* wird.

In den nächsten drei Kapiteln soll nun versucht werden, das Cleavage-Konzept in seiner komplexeren Form mit den aus diesem Kapitel hergeleiteten Einschränkungen auf die kantonalen Parteiensysteme anzuwenden. Abgeschlossen wird der dritte Teil mit einer zusammenfassenden Würdigung der Ergebnisse und abschliessenden Gedanken zur Brauchbarkeit des Konzeptes.

## 11 Die zentralen Cleavages der kantonalen Parteiensysteme: Basis und Organisation

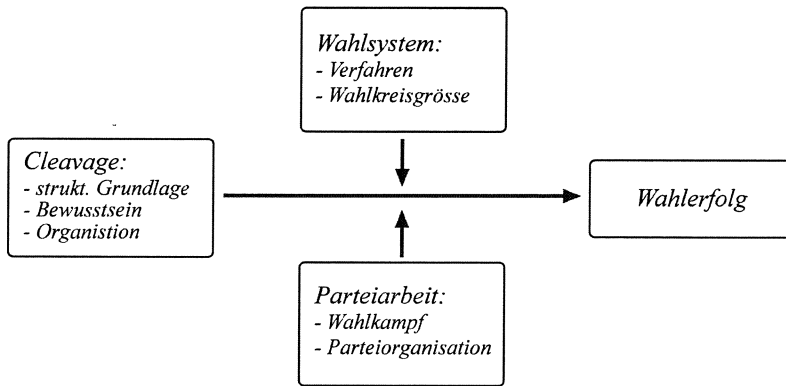
In den nun folgenden Kapiteln geht es darum, mit Hilfe des Cleavage-Konzepts die kantonalen Parteiensysteme und ihre Entwicklung über die Zeit hinweg zu analysieren. Im vorangehenden Kapitel wurde argumentiert, dass das Cleavage-Konzept für die Analyse des Wandels von Parteiensystemen nur dann einen Sinn macht, wenn Cleavages selbst eindeutig definiert, geschichtlich verankert und nur bedingt wandelbar sind. Es wurde weiter dafür plädiert, das Konzept klar von anderen Begriffen abzugrenzen und sich auf die in der neueren politikwissenschaftlichen Literatur verbreitete Arbeit von Bartolini/Mair (1990) abstützen, die eine strukturelle Grundlage, ein Cleavage-Bewusstsein und eine organisatorische Verfestigung als Bedingung für die Existenz eines Cleavage voraussetzt. Der strukturellen Basis und dem Cleavage-Bewusstsein, d.h. der bevölkerungsmässigen Zusammensetzung und der ideologischen Orientierung, kommen dabei besondere Bedeutung zu. Die Cleavage-Organisation (Existenz von entsprechenden Parteien), das dritte Element, hat, wie noch weiter ausgeführt werden wird, einen etwas anderen Stellenwert. Organisation ohne Basis und Bewusstsein entspricht dem Typus wählerorientierte Allerpartei („catch-all party“), bei dem nicht mehr von Cleavages gesprochen werden kann, während man bei der Existenz von Basis und/oder Bewusstsein ohne Organisation noch eher geneigt ist, von Konfliktlinien auszugehen, welche die Politik strukturieren. Während die Basis strukturell determiniert ist, eröffnet die Organisation demgegenüber den Akteuren einen gewissen Handlungsspielraum.

Weiter wurde davor gewarnt, Cleavages über die Wahlerfolge der die Cleavages repräsentierenden Parteien zu operationalisieren, da sonst ihre Bestimmung tautologisch wird (vgl. Bartolini/Mair 1990: 212).<sup>1</sup> Es darf ferner nicht vergessen werden, dass der Wahlerfolg nicht nur durch das Ausmass und die Intensität eines Cleavages, sondern auch durch eine Reihe von zusätzlichen Faktoren beeinflusst wird. Zu berücksichtigen gilt es einerseits das Wahlsystem und andererseits die Qualität der politischen Arbeit einer Partei (vgl. Abbildung 11.1). Zudem sagt der Erfolg einer Partei auch noch nichts über die politischen Inhalte und die Verankerung in der Bevölkerung aus.

---

<sup>1</sup> Bartolini/Mair (1990: 213) wagen im 9. Kapitel ihres Buches den Versuch, Cleavages nicht wie sonst in der Literatur üblich über Wahlresultate zu messen, sondern andere Indikatoren beizuziehen. Ein etwas differenzierteres Vorgehen findet sich auch bei Lane/Ersson (1994).

Abbildung 11.1: Zusammenhang zwischen Cleavage und Wahlerfolg



Dieses Kapitel beschränkt sich bei der empirischen Umsetzung auf die *strukturelle Basis* und die *Organisation eines Cleavages*. Das Cleavage-Bewusstsein, welches schwieriger zu operationalisieren ist, ist Gegenstand des nächsten und des übernächsten Kapitels. Ziel der nun folgenden Ausführungen und Analysen ist es, für die kantonalen Parteiensysteme die wichtigsten Cleavages zu benennen und Auskunft darüber zu geben, ob sich die Cleavage-Struktur des Kantons verändert hat. Weiter stellt sich die Frage, wie weit lediglich das Vorhandensein eines Cleavages erfasst, oder ob auch die Stärke seiner Ausprägung ermittelt werden kann. Gemäss Bartolini/Mair (1990: 212) handelt es sich dann um einen starken Cleavage, wenn für den Wahlentscheid rationale Überlegungen hinsichtlich Parteiprogramm, Politikinhalte und Kandidaten keine Rolle spielen.

Zudem wird untersucht, wie die Entwicklung der einzelnen Cleavage-Elemente mit den Wahlerfolgen der Parteien, die diese Cleavages vertreten, zusammenhängt. Damit erhalten wir nicht nur einen Hinweis darauf, ob über Wahlerfolge auf die Bedeutung von Cleavages geschlossen werden kann, sondern es sollte auch erkennbar werden, wie wichtig die verschiedenen Elemente eines Cleavages für die Strukturierung der Parteiensysteme sind.

Ausgehend von Lipset/Rokkan (1967) wird im Schweizer Parteiensystem der Zentrum-Peripherie- und der Staat-Kirche-Konflikt über die Stärke der CVP abgebildet. Der Stadt-Land-Konflikt spiegelt(e) sich – zumindest in den nicht katholischen Gebieten – in der Existenz der SVP, und der Konflikt Arbeit-Kapital misst sich an der Stärke der SP. Die FDP als ehemals grösste Partei und treibende Kraft für die Gründung des Bundesstaates bildet in allen vier Cleavages das Gegenstück. Sie vereinigt die Interessen des Zentrums gegen die Peri-



pherie, diejenigen des Staates gegen die Kirche, diejenigen der Stadt gegen das Land und diejenigen des Kapitals gegen die Arbeiter.

Das hier vorgeschlagene Vorgehen ist allerdings auch gewissen methodischen Beschränkungen unterworfen. Da sich die Analyse über einen relativ langen Zeitraum und über die Gesamtheit der kantonalen Parteiensysteme erstreckt, muss mit Aggregatsdaten auf der Ebene der Kantone gearbeitet werden. Wie weit wir uns dabei der Gefahr des ökologischen Fehlschlusses aussetzen, wird an gegebener Stelle zu prüfen sein. Zudem sind wir auf bereits vorhandene Daten angewiesen und im einen oder anderen Fall handelt es sich bei der vorgeschlagenen Operationalisierung lediglich um eine möglichst gute Annäherung.

### 11.1 Verlaufsformen des Wandels

Ein wichtiges Element für die Analyse des Wandels von Parteiensystemen auf der Basis des Cleavage-Konzepts ist die *Berücksichtigung des Faktors Zeit*. Damit Veränderungen erfasst werden können, müssen die Messkriterien konstant gehalten werden. Die Cleavage-Struktur eines Kantons kann sich ändern, wenn sich

- a. die Sozialstruktur ändert,
- b. die Wertvorstellungen ändern,
- c. Form und Ausmass der für die Cleavages relevanten Organisation ändern.

Entweder sind es die Kräfte, die für die Entstehung der Parteien verantwortlich waren, die sich ändern, oder es sind die Parteien selbst. In beiden Fällen kann jedoch von einem Wandel der Parteiensysteme gesprochen werden.

Entscheidend für das Erfassen von Veränderungen ist, dass versucht wird, die Messlatten konstant zu halten (vgl. Abschnitt 13.5.4). Dass sich beispielsweise die Parteien seit 150 Jahren relativ konstant auf der Links-rechts-Achse positionieren lassen, ist im Prinzip nur dann ein Hinweis für die Stabilität des ideologischen Raums, wenn „links“ und „rechts“ nach wie vor dieselbe Bedeutung haben. Verändert sich ihre Bedeutung, so kann mit dem Links-rechts-Schema der Wandel von Parteien nicht mehr erfasst werden.

Was den gleichzeitigen Wandel von Parteiensysteme und Cleavage-Struktur anbelangt, bestehen grundsätzlich vier Möglichkeiten (vgl. Tabelle 11.1):

1. Cleavages bleiben bestehen, Parteien bleiben dieselben („frozen party systems“).
2. Cleavages bleiben dieselben, sie werden jedoch durch andere Parteien abgebildet („frozen cleavages and party change“).

3. Cleavages wandeln sich, Parteien bleiben bestehen und nehmen diese Cleavages auf („changing cleavages and responsive parties“).
4. Cleavages wandeln sich und neue Parteien entstehen („party system change“).

Tabelle 11.1: Stabilität oder Wandel von Cleavage-Struktur und Parteiensystem: vier Möglichkeiten

		Parteiensystem	
		Stabilität	Wandel
Cleavage-Struktur	Stabilität	„frozen party systems“ (1)	„party change“ (2)
	Wandel	„responsive parties“ (3)	„party system change“ (4)

Die klassischen Auseinandersetzungen über den Wandel von Parteiensystemen, vor allem wenn sie auf der Basis von Wählerstimmenanteilen geführt werden, finden zwischen den Konstellationen 1 und 4 statt:

- Im ersten Fall wandelt sich das Parteiensystem nicht. Dieser Fall entspricht der Vorstellung der „frozen party systems“, wie er von den Anhängern von Lipset/Rokkan propagiert wird. Das hier implizierte Parteienmodell entspricht den strukturell verankerten Parteien, welche bestimmte, in den von ihnen vertretenen Bevölkerungssegmenten verbreitete Ideologien vertreten.
- Im vierten Fall wandelt sich das Parteiensystem mit den Veränderungen der Cleavage-Struktur. Es entstehen neue Parteien respektive die bestehenden Parteien lassen sich nicht mehr mit den früheren Parteien vergleichen und bilden nicht mehr dieselben Cleavages ab. In diesem Fall wird der Wandel der Parteiensysteme offensichtlich. Auch hier bleiben die Parteien strukturell verankert und vertreten bestimmte Ideologien, allerdings sind es nicht mehr dieselben wie in den 1920er Jahren. Es hat ein Prozess des „realignments“ an andere Parteien stattgefunden.

In den beiden anderen Fällen ist das Erfassen oder Erkennen von Wandel deutlich schwieriger. Hier greift auch eine Operationalisierung der Cleavages über die Existenz bestimmter Parteien zu kurz, da verkannt wird, dass die Parteien nicht mehr dieselben Cleavages repräsentieren.

- Im zweiten Fall kann aus Sicht der Gesellschaft nicht von einem Wandel gesprochen werden. Allerdings ändern sich hier die Parteien. Entweder wi-

derspiegeln die Parteien die Cleavage-Struktur nur noch ungenügend, oder die Parteien tauschen ihre Rollen, was die Repräsentation der Cleavages angeht.

- Im dritten Fall wandelt sich demgegenüber die Gesellschaft. Die Parteien behalten zwar ihren Namen und das Parteiensystem hinterlässt den Eindruck von Stabilität. Sie passen sich jedoch den veränderten Voraussetzungen an.

Die Frage, ob sich nun Parteiensysteme wandeln, lässt sich zuerst einmal auf die Frage reduzieren, ob sich die Gesellschaft respektive deren Cleavage-Struktur wandeln oder nicht. Bleiben die Konflikt-Strukturen dieselben, so gibt es entweder keine Veränderungen im Parteiensystem („frozen party systems“) oder die Parteien entfernen sich mehr oder weniger sichtbar von den Konfliktstrukturen. Volksparteien bzw. „catch-all parties“ im Sinne von Kirchheimer sind ein Beispiel für Parteien, welche sich von ihrer strukturellen Herkunft losgelöst haben.

Ändert sich die Konflikt-Struktur, so passen sich die Parteien entweder unter ihrem ursprünglichen Namen diesen Änderungen an, oder sie verpassen es. Im ersten Fall ändert sich damit auch das Parteiensystem, obschon dies auf den ersten Blick nicht ersichtlich ist. Im zweiten Fall bleibt zwar das Parteiensystem bestehen, es findet aber eine Entfremdung der Parteien von ihrer Basis statt.

Diese analytische Differenzierung des Wandels von Parteiensystemen macht ersichtlich, weshalb die Diskussion über den Wandel von Parteiensystemen selbst „festgefroren“ ist. Wird bereits aufgrund der Weiterexistenz bestehender Parteienamen auf die Stabilität von Parteiensystemen geschlossen, so wird die Wandlungsfähigkeit der Parteien ausser Acht gelassen. Entsprechend gilt für die Analyse des Wandels von Parteien und Parteiensystemen, dass sowohl die Entwicklung der Cleavage-Struktur wie auch die der Parteien untersucht werden müssen.

Im Sinne des Cleavage-Konzepts kann also nur dann von Stabilität gesprochen werden, wenn sich die Cleavages und die Parteien über die Zeit hinweg nicht grundsätzlich wandeln. Für den Fall dass sich Cleavages und Parteien parallel weiterentwickeln, ist man zwar auch geneigt, von stabilen Konfliktkonstellationen zu sprechen, läuft aber Gefahr, den Wandel zu verkennen. Möglich ist auch, dass sich in gewissen Kantonen die Cleavages mit Verspätung herausbilden respektive im Parteiensystem niederschlagen. Eine Komplettierung des Parteiensystems kann nicht zwangsläufig als eine Widerlegung der Lipset/Rokkan-These betrachtet werden. Verändern sich demgegenüber die Parteien oder die Cleavages ohne dass sich die Parteien parallel dazu weiterentwickeln, so lässt sich demgegenüber die Stabilitätsthese nicht mehr aufrechterhalten.

Für Wandel und Konstanz der einzelnen Parteien selbst sei auf den zweiten Teil dieser Arbeit verwiesen. Im Folgenden liegt die Aufmerksamkeit bei Entwicklung der Cleavage-Strukturen.

## 11.2 Operationalisierung und empirische Umsetzung

Die Brauchbarkeit des Cleavage-Konzeptes steht und fällt mit seiner empirischen Umsetzung. Damit kommt auch der Frage der Operationalisierung eine grosse Bedeutung zu. Grundsätzlich gilt es, wie aus dem vorangehenden Kapitel hervorgeht, zwischen zwei Auslegungen zu unterscheiden:

- Einer *anspruchsvollen Auffassung* des Cleavage-Konzeptes, die sich stark an den Arbeiten von Lipset/Rokkan orientiert und bei der die Cleavages nicht nur entwicklungsgeschichtlich hergeleitet werden können, sondern auch in der „Tiefenstruktur“ der Gesellschaft verankert sind und langfristigen Bestand haben.
- Einer eher *pragmatischen Auslegung* des Konzeptes, bei der Cleavages die gesellschaftlichen Konfliktlinien abbilden, die die aktuellen politischen Auseinandersetzungen strukturieren.

Im Hinblick auf die Analyse des Wandels der Parteiensysteme ist es unerlässlich, Cleavages in ihrem historischen Entwicklungszusammenhang zu bestimmen und von den Parteien zu trennen. Es drängt sich also eine anspruchsvollere Auffassung des Cleavage-Konzepts auf. Nur so kann letztlich auch die Frage nach dem Wandel der Parteiensysteme beantwortet werden.

Bis anhin liegen keine empirischen Studien vor, welche in einer vergleichenden Perspektive und mit Blick auf die Gesamtheit der Cleavages das differenzierte Cleavage-Konzept von Bartolini/Mair (1990) verwendet haben. Auch der hier vorgeschlagene Versuch orientiert sich stärker am empirisch möglichen und weniger am theoretisch wünschbaren. Tabelle 11.2 fasst zusammen, wie die verschiedenen Elemente des Cleavage-Konzepts *operationalisiert und gemessen* werden.

Zur Ermittlung der strukturellen Basis der Cleavages auf aggregiertem Niveau bieten sich vor allem Zensusdaten wie Religionszugehörigkeit, Beschäftigungsstruktur und sprachliche Unterschiede an. Wenig Mühe bereitet – zumindest auf den ersten Blick – auch das Element „Organisation“. Das Vorhandensein entsprechender politischer Parteien und ihre Mobilisierungsfähigkeit (Mitgliederzahlen, Aktivisten), aber auch die Stärke von Gewerkschaften, kirchlichen oder sprachregionalen Organisationen könnten hier beigezogen werden. Für ambitioniertere Längsschnittanalysen ist es allerdings auch hier schwierig, die notwendigen Zahlenreihen aufzufinden. Auf Ebene von Individualdaten wäre eine diachrone Analyse für die Schweiz gar nicht durchzuführen. Empirisch weniger gut fassbar ist die Ebene des Bewusstseins. In bestimmten Perioden verstärkter Konflikte (z.B. Kulturkampf, Generalstreik) ist davon auszugehen, dass ein verstärktes Bewusstsein vorhanden ist. Über eine längere Zeit hinweg müssten Zeitdokumente systematisch analysiert werden oder man stützt sich –

und hier findet man in der Schweiz einzigartig vorteilhafte Verhältnisse – auf die Analyse der Abstimmungsergebnisse bei Referenden und Initiativen.<sup>2</sup>

Tabelle 11.2: Operationalisierung der vier Haupt-Cleavages und Messung des Wandels

<b>Cleavage und Operationalisierung</b>	<b>Wandel: Messpunkte</b>
<b>Strukturelle Basis</b>	
Zentrum-Peripherie 1: Anteil Katholiken	1850, 1990
Staat-Kirche: Anteil Katholiken	1850, 1990
Arbeit-Kapital: Anteil Beschäftigte im Sekundärsektor	1888, 1930, 1990
Stadt-Land: Anteil Beschäftigte im Agrarsektor	1888, 1930, 1990
Zentrum-Peripherie 2: Anteil Deutsch- und Französischsprachige	1888, 1930, 1990
<b>Organisation</b>	
Zentrum-Peripherie: CVP	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
Staat-Kirche: CVP	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
Arbeit-Kapital: SP	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
Stadt-Land: SVP	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
<b>Cleavage-Bewusstsein</b>	
Zentrum-Peripherie 1: Abstimmungsverhalten korreliert mit Anteil Katholiken	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
Staat-Kirche: Abstimmungsverhalten korreliert mit Anteil Katholiken	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
Arbeit-Kapital: Abstimmungsverhalten korreliert mit Anteil Arbeitern	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
Stadt-Land: Abstimmungsverhalten korreliert mit Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970
Zentrum-Peripherie 2: Abstimmungsverhalten korreliert mit Anteil Französischsprachiger	vor 1900, 1900-1935, 1935-1970, nach 1970

<sup>2</sup> Das hier gewählte Vorgehen der Operationalisierung und Überprüfung hat nur bedingt Ähnlichkeiten zu Kriesi (1998: 167ff.), da dieser zum einen auch Individualdaten verwendet und zum anderen „value change“ mit Cleavage-Bewusstsein gleichsetzt und auf die organisationelle Komponente nicht eingeht.

Der Versuch, die verschiedenen Elemente der Cleavages zu operationalisieren, macht deutlich, dass es in der Schweiz bei dieser Form der Analyse nicht möglich ist, zwischen dem Staat-Kirche- und dem Zentrum-Peripherie-Cleavage zu unterscheiden, da sich in beiden Fällen mit den Liberalen und den Konservativen auch mehr oder weniger dieselben Kontrahenten gegenüberstehen.<sup>3</sup> Nicht vollständig erfasst werden kann auch ein allfälliger Cleavage zwischen den Sprachregionen (Zentrum-Peripherie 2), da sich hierfür keine unterschiedlichen Organisationen finden lassen. Diese Schwachstellen sind jedoch für den weiteren Verlauf der Argumentation ohne Folgen.

Zwei weitere Schwierigkeiten bei der Operationalisierung gilt es zu erwähnen. Zum einen gibt es, zumindest bei der strukturellen Basis und beim Cleavage-Bewusstsein, keine offensichtlichen Schwellenwerte, so dass es arbiträr bleibt, bei welchem Punkt vom Erreichen der Anforderungen an das Vorhandensein eines Cleavage gesprochen werden kann. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass die kantonalen Parteiensysteme durch die Cleavage-Struktur in den entsprechenden Kantonen determiniert sind. Dies ist im Falle der Schweiz nicht ganz abwegig, bilden doch die Kantonalparteien das Herzstück der Parteien (vgl. Ladner 1999: 238). Allerdings sollte die Möglichkeit nicht völlig ausser Acht gelassen werden, dass auf nationaler Ebene virulente Cleavages ihre Spuren in kantonalen Parteiensystemen hinterlassen, die diese Cleavages sonst nicht kennen würden.

### 11.3 Die strukturelle Basis der vier Grund-Cleavages

Wenden wir uns zuerst der strukturellen Basis der Cleavages zu. Nochmals gilt es zu betonen, dass die strukturelle Basis sowohl sozio-struktureller wie auch sozio-kultureller Natur sein kann.<sup>4</sup> Bestimmte sozio-strukturelle Merkmale sind allerdings stärker mit kulturellen verknüpft als andere. Offen ist auch die Frage, wie unabhängig sozio-strukturelle und sozio-kulturelle Elemente voneinander sein können. Gibt es Cleavages, deren Basis ausschliesslich sozio-strukturellen oder ausschliesslich sozio-kulturellen Charakter hat?

Kaum Schwierigkeiten bei der Bestimmung der strukturellen Komponente entstehen bei den beiden dominant sozio-strukturellen Cleavages „Arbeit-Kapital“ und „Stadt-Land“, bei denen auf die Anteile Beschäftigter im Agrar- und im Industriesektor zurückgegriffen werden kann. Diese Daten sind sowohl auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene in aggregierter Form vorhanden und zugänglich. Schwieriger wird es bei den sozio-kulturellen Cleavages „Zent-

<sup>3</sup> Vatter (2002: 156f.) weist zu Recht darauf hin, dass es sich beim Zentrum-Peripherie-Konflikt, welcher letztlich in den „Sonderbundskrieg“ mündete, um einen interkantonalen Konflikt handelte, während der Kulturkampf, als Ausdruck des Konflikts zwischen Staat und Kirche stärker auch ein intrakantonaler Konflikt war.

<sup>4</sup> Begriffliche Divergenzen ergeben sich hier zur Soziologie, wo Struktur häufig als Gegenbegriff zu Kultur und nicht als Überbegriff von sozio-strukturell und sozio-kulturell aufgefasst wird.

rum-Peripherie“ und „Staat-Kirche.“ Welche charakteristischen strukturellen Merkmale vereinen die Anhänger eines Bundesstaates respektive die Gegner des Primats der Kirche in Gesellschaft und Politik? Mit gebührender Vorsicht und in Kenntnis der historischen Entwicklung kann in der Schweiz für beide Cleavages auf die Katholikenanteile zurückgegriffen werden. Im 19. Jahrhundert waren es vor allem die Katholiken, die sich einem Zentralstaat und dem Beschneiden des Einflussbereichs der Kirche widersetzen. Diese Ausgangslage impliziert jedoch, dass die Basis für diese Cleavages auf sozio-struktureller Ebene nur in den gemischten Kantonen gegeben ist. Nicht gelöst ist auch das Problem der Westschweizer Kantone, bei denen föderalistische Forderungen nicht mit hohen Katholikenanteilen einhergehen. Der Zentrum-Peripherie-Cleavage müsste eigentlich aus einer Kombination von Anteil Katholiken und Zugehörigkeit zum nicht-dominanten Sprachraum operationalisiert werden. Im Folgenden wird jedoch der Zentrum-Peripherie-Cleavage zusammen mit dem Staat-Kirche-Cleavage diskutiert. Dies ist, da es letztlich primär darum geht, die strukturierende Kraft der klassischen Cleavages ganz allgemein zu überprüfen, nicht weiter problematisch.

### 11.3.1 Die Konfession

Die *Konfessionszugehörigkeit* in der Schweiz hat sich in den letzten 150 Jahren stark gewandelt. Die Katholiken haben im Verhältnis zu den Protestanten an Bedeutung gewonnen (vgl. Abbildung 11.3). Betrug das Verhältnis Katholiken-Protestanten 1850 noch 40.7 zu 59.3 Prozent, belief es sich 1990 auf 53.6 zu 40.7 Prozent. Mit anderen Worten: Der Anteil der Katholiken ist um 12.9 Prozentpunkte angestiegen und liegt heute deutlich über dem Anteil der Protestanten. Verantwortlich für diese Verschiebung ist nicht zuletzt die Einwanderung zahlreicher Personen aus dem dominant katholischen, südeuropäischen Raum. Würde man sich lediglich auf die Stimmberechtigten beziehen, so wäre diese Entwicklung deutlich weniger ausgeprägt.<sup>5</sup>

Mitte des 19. Jahrhunderts gab es in der Schweiz eine Gruppe von Kantonen, in denen praktisch ausschliesslich Katholiken wohnten (Tessin, Uri, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Appenzell Innerrhoden, Wallis, Zug, Luzern, Solothurn und Freiburg). Dieser Gruppe stand eine Reihe von dominant protestantischen Kantonen gegenüber (Thurgau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Glarus, Bern, Neuenburg, Schaffhausen, Waadt, Zürich und Appenzell Ausserrhoden), und dazwischen lag eine kleine Gruppe von gemischten Kantonen (St. Gallen, Genf, Aargau und Graubünden). In den letzten 150 Jahren hat sich in einzelnen

<sup>5</sup> Alternativ zu den Anteilen der katholischen Wohnbevölkerung könnten auch die Anteile der katholischen Schweizerinnen und Schweizer betrachtet werden. Die Grössenverhältnisse verändern sich jedoch nicht entscheidend. Ein Extremfall dürfte der Kanton Zürich sein. Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung belief sich im Jahr 1990 auf 34.9 Prozent, während der Anteil der katholischen Schweizerinnen und Schweizer lediglich 29.7 Prozent betrug.

Kantonen das Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen stark verändert. Dabei kann jedoch nur bedingt von einer Konvergenz gesprochen werden. Die Entwicklung läuft Richtung Bedeutungsgewinn der Katholiken. Die ursprünglich ausschliesslich katholischen Kantone bleiben nach wie vor praktisch ausschliesslich katholisch. Einzig im Kanton Solothurn ist der Anteil der Katholiken von über 80 Prozent auf etwa 60 Prozent gesunken. In sämtlichen anderen Kantonen hingegen, in denen der Katholikenanteil nicht dominant war, hat sich ihr Anteil in den letzten 150 Jahren erhöht. Kanton mit dem geringsten Katholikenanteil ist heute der Kanton Bern.

Verknüpfen wir nun die Entwicklung der Anteile der mit dem *Wahlerfolg der CVP*, so müsste, wäre das sozio-kulturelle Element „Konfessionszugehörigkeit“ des *Staat-Kirche-* und des *Zentrum-Peripherie-Cleavages* nach wie vor bedeutungsvoll, in den Kantonen mit steigenden Katholikenanteilen auch ein Bedeutungsgewinn der CVP auszumachen sein. In den dominant katholischen Kantonen, welche auch dominant katholisch geblieben sind, wären stabile oder leicht rückläufige CVP-Wähleranteile zu erwarten, während in den gemischten Kantonen ein leichter Anstieg hätte stattfinden müssen.<sup>6</sup>

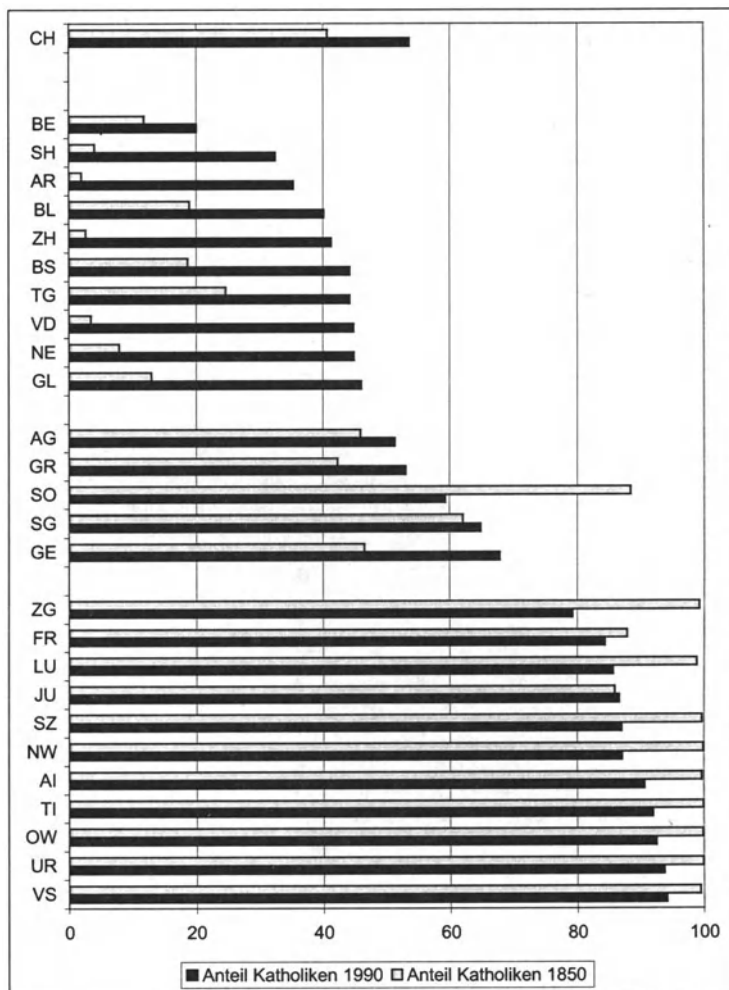
Aus Abbildung 11.3 geht hervor, dass die durchschnittlichen Wählerstimmenanteile der CVP bei den kantonalen Parlamentswahlen in allen drei Kantonsgruppen seit den 1980er Jahren zurückgehen, wobei der Rückgang in den dominant katholischen Kantonen bereits etwas früher einsetzte (Beginn 1960er Jahre). In der Nachkriegszeit lässt sich in den dominant protestantischen und in den gemischten Kantonen ein leichter Anstieg der durchschnittlichen Wählerstimmenanteile erkennen. Für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg sind die Durchschnittswerte weniger zuverlässig, da dort nicht für alle Kantone Wahldaten vorliegen.

Für die CVP zeigen diese Zahlen also, dass die Wählerstimmenverluste sowohl in den Stammlanden, in den gemischten Kantonen und in den Diasporakantonen voranschreiten. Die abnehmenden Katholikenanteile in den Stammlanden gehen einher mit Wählerstimmenverlusten, die zunehmenden Katholikenanteile in den anderen Kantonen führen jedoch nicht zu Wählerstimmengewinnen.

<sup>6</sup> Zu den hier und im Folgenden verwendeten Wahldaten vgl. die entsprechenden Passagen im ersten Teil dieser Arbeit. Erst seit 1964 sind mit Ausnahme von Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden Angaben über alle Kantone vorhanden. In der Wahlperiode 1948 bis 1951 fehlen neben Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden die Kantone Obwalden, Basel-Landschaft, Wallis und Neuenburg und für die Zeit unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg sind nur noch für 15 Kantone Angaben vorhanden. In einigen Kantonen musste zudem anstelle der Wählerstimmenanteile die Sitzanteile verwendet werden.



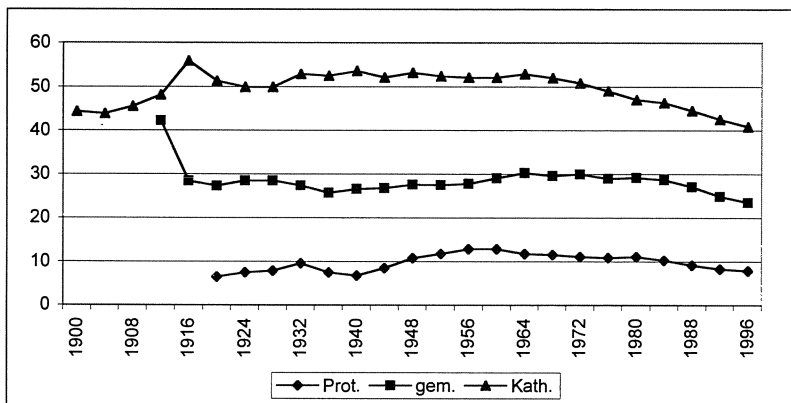
Abbildung 11.2: Katholikenanteile an der Wohnbevölkerung in den Kantonen 1850 und 1990



Quelle: Ritzmann-Blickenstorfer 1996.

Anmerkung: Der Anteil der Katholiken ist als Verhältnis Katholiken zu Protestanten ohne Berücksichtigung der Konfessionslosen und den Anhängern anderer Religionen abgebildet. Dies ändert an den Grössenverhältnissen kaum etwas. Im Kanton Zürich lag beispielsweise der Anteil der Katholiken prozentual an der Gesamtbevölkerung gemessen 1900 um 0.2 und 1990 um 6.5 Prozent tiefer.

Abbildung 11.3: Durchschnittliche Wählerstimmenanteile der CVP in katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen



Anmerkungen: Protestantisch sind die Kantone Thurgau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Glarus, Bern, Neuenburg, Schaffhausen, Waadt, Zürich und Appenzell Ausserrhoden. Konfessionell gemischt sind die Kantone Graubünden, Aargau, Gené und St. Gallen. Katholisch sind die Kantone Tessin, Uri, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Appenzell Innerrhoden, Wallis, Zug, Luzern, Solothurn, Jura und Freiburg.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Cleavages für die Strukturierung der Parteiensysteme kann festgehalten werden, dass die sozio-kulturelle Basis des Staat-Kirche- und des Zentrum-Peripherie-Konflikts, welche in ihrer ursprünglichen Form stark mit der Bedeutung des Katholizismus verknüpft waren, an Wichtigkeit verliert. Die strukturellen Voraussetzungen für die CVP als Partei der Katholiken haben sich praktisch in allen Kantonen verbessert und dennoch gehen die Wählerstimmenanteile der CVP zurück.

Ganz allgemein stellt sich hier natürlich auch die Frage, wie sinnvoll die Verknüpfung von Katholikenanteilen und Wahlentscheid heute noch ist. In den Zahlen zur Veränderung der Katholikenanteile nicht berücksichtigt sind beispielsweise zwei weitere Entwicklungen, welche für das Parteiensystem ebenfalls von Bedeutung sind. Einerseits hat im Laufe der Säkularisierung auch der Anteil der Konfessionslosen zugenommen und andererseits ist wohl heute die Unterscheidung zwischen praktizierenden und nicht praktizierenden Religionsanhängern (z.B. gemessen an der Häufigkeit der Kirchenbesuche) wichtiger als in früheren Jahrzehnten. Hinsichtlich der Entwicklung der Kirchenbesuche pro Kanton und über die Zeit hinweg dürfte es kaum möglich sein, verlässliche Angaben zu finden.

### 11.3.2 Beschäftigte im Sekundärsektor

In Bezug auf den *Klassen-Cleavage* drängt sich als strukturelle Variable der Industrialisierungsgrad bzw. der *Anteil der Beschäftigten im Sekundärsektor* auf.<sup>7</sup> Die Entwicklungen hier sind jedoch weniger eindeutig als im Fall der Religion.

Gesamtchweizerisch zeigt sich in Einklang mit dem grundlegenden Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft eine Abnahme der Beschäftigten im Industriesektor. Während in der Zeit von 1888 bis 1930 der Anteil der Beschäftigten im Industriesektor noch leicht angestiegen war, so lag er 1990 im Vergleich zu 1930 rund 13 Prozent tiefer.

Allerdings sind nicht alle Kantone in gleichem Masse von dieser Entwicklung betroffen. In den Kantonen Schaffhausen, Luzern, Obwalden, Freiburg, Graubünden, Uri und Wallis hat beispielsweise der Anteil der Beschäftigten in der Industrie in der Zeit von 1888 bis 1990 zugenommen, so dass davon ausgegangen werden muss, dass sich in diesen Kantonen die strukturellen Voraussetzungen für das Aufbrechen des Konflikts Arbeit-Kapital verbessert haben. Folgende Gruppen von Kantonen lassen sich unterscheiden:

- Kantone wie Nidwalden, Tessin, Waadt und Luzern, die 1930 einen *tiefen Anteil an Beschäftigten im Industriesektor* hatten, welcher seither noch *abgenommen* hat (nicht-industrialisierte Kantone 1). Hier ist auf tiefem Niveau ein Rückgang der Wählerstimmenanteile der SP zu erwarten.
- Kantone mit *tiefen Anteilen an Beschäftigten im Industriesektor*, in denen der Anteil der Beschäftigten in der Zeit von 1930 bis 1990 *zugenommen* hat (nicht-industrialisierte Kantone 2). Es sind dies die Kantone Obwalden, Freiburg, Graubünden, Uri und Wallis. In diesen Kantonen müsste, behält das sozio-strukturelle Element des Klassen-Cleavages seine strukturierende Bedeutung, der Wählerstimmenanteil der SP eher gestiegen sein.
- Die *städtisch geprägten Kantone* Basel-Stadt, Zürich und Genf, welche seit den 1930er Jahren einen *starken Rückgang* der Beschäftigten im Industriesektor erlebt haben (Tertiärzentren). Hier müsste der Anteil der SP-Stimmen stark zurückgegangen sein.
- Kantone, welche in den 1930er Jahren verhältnismässig *stark industrialisiert* waren (mehr als 40 Prozent der Beschäftigten im Industriesektor) und in denen der Anteil der Beschäftigten im Industriesektor mehrheitlich stark *zurückgegangen* ist (Industrialisierte Kantone). Es sind dies die Kantone Appenzell Ausserrhodens, Glarus, Appenzell Innerrhodens, Basel-Landschaft,

<sup>7</sup> Aus heutiger Sicht ist, wie beispielsweise Evans (2000) treffend nahe legt, diese Form der Strukturmessung des Klassen-Cleavage mehr als problematisch. Da es in dieser Arbeit jedoch darum geht, die Bedeutung der herkömmlichen Cleavage-Strukturen für die heutigen Parteiensysteme zu überprüfen, muss auf der Strukturdimension die klassische Arbeiterschaft zu liegen kommen.

Neuenburg, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Zug, Aargau, Schwyz, Schaffhausen, Bern, Jura. Hier ist ein Rückgang der Wählerstimmenanteile der SP zu erwarten.

Betrachten wir die *durchschnittlichen Wählerstimmenanteile der SP in den verschiedenen Gruppen von Kantonen*, so zeigen sich einige interessante Entwicklungen (vgl. Abbildung 11.4). Aufgrund der Datenlage beschränkt sich die Interpretation wiederum auf die Nachkriegszeit.

In den Kantonen mit einem steigenden Anteil an Beschäftigten im Industriesektor (nicht-industrialisierte Kantone 2) nimmt der Wählerstimmenanteil der SP zu, und in den industrialisierten Kantonen mit abnehmenden Beschäftigungsanteilen im Industriesektor (industrialisierte Kantone) geht der Wählerstimmenanteil der SP eher zurück. Diese beiden Gruppen von Kantonen bestätigen also die Bedeutung der sozio-strukturellen Basis des Klassen-Cleavages für die Strukturierung des Parteiensystems. Nicht in dieses Bild passen die beiden anderen Gruppen von Kantonen. In Kantonen mit tiefen und abnehmenden Beschäftigungsanteilen im Industriesektor steigt der Wählerstimmenanteil der SP leicht an und in den städtischen Kantonen mit stark abnehmenden Wählerstimmenanteilen finden wir zumindest keine deutlich rückläufige Tendenz. In jüngster Zeit hat hier der Wählerstimmenanteil sogar stark zugenommen.

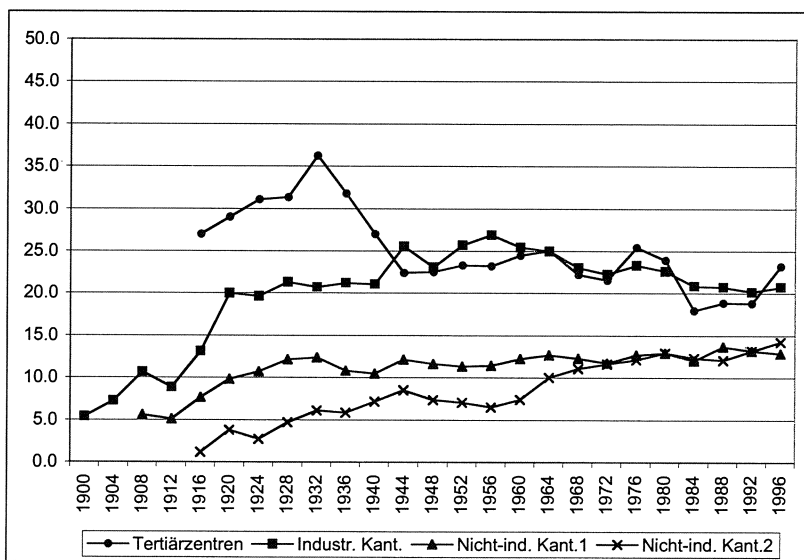
Die hier vorgetragene Analyse hat mindestens in zweifacher Hinsicht Schwachstellen. Mit der immer wieder festgestellten Entwicklung der SP zur Mittelstandspartei wird die Operationalisierung der strukturellen Basis über den Anteil der Beschäftigten im Industriesektor problematisch. Damit stellt sich aber auch die Frage, wie weit sich nicht die Gestalt des Cleavage gewandelt hat und die SP heute, zumindest in struktureller Hinsicht, einen anderen Cleavage abdeckt. Zweitens hat die Linke die Tendenz, sich von Zeit zu Zeit ideologisch stärker auszudifferenzieren. Anstelle der Wählerstimmenanteile der SP müssten eigentlich die Wählerstimmenanteile des gesamten Linken Lagers untersucht werden. Dabei wäre zu erwarten, dass die Trends klarer und die Schwankungen geringer ausfallen würden.

Tabelle 11.3: Beschäftigte im Sekundärsektor, 1888 bis 1990

	1888	1930	1990	1888-1930	1930-1990	1888-1990
AR	67.4	56.4	36.1	-11.0	-20.3	-31.3
GL	67.2	63.7	47.7	-3.5	-16.0	-19.5
AI	57.7	49.9	35.2	-7.8	-14.7	-22.5
BL	56.2	54.0	34.1	-2.3	-19.9	-22.1
NE	54.4	55.2	37.7	0.8	-17.5	-16.7
SG	54.3	49.1	38.2	-5.2	-10.9	-16.1
ZH	51.3	48.0	26.3	-3.3	-21.7	-25.0
BS	49.1	42.9	25.6	-6.2	-17.3	-23.5
SO	48.0	60.4	40.9	12.4	-19.5	-7.1
TG	46.5	48.3	40.2	1.8	-8.1	-6.3
ZG	45.6	48.2	29.9	2.6	-18.3	-15.7
AG	43.0	56.5	37.1	13.5	-19.4	-5.9
SZ	39.1	40.6	38.4	1.5	-2.2	-0.7
GE	37.8	39.8	16.5	2.0	-23.3	-21.3
NW	37.7	35.0	34.1	-2.6	-0.9	-3.6
BE	37.1	42.0	29.2	5.0	-12.8	-7.9
SH	36.4	50.5	39.2	14.1	-11.3	2.8
TI	31.1	37.1	24.8	6.0	-12.3	-6.3
VD	29.3	34.3	25.0	5.0	-9.3	-4.3
LU	27.2	35.0	33.5	7.7	-1.5	6.3
OW	27.0	32.3	34.7	5.2	2.4	7.7
FR	25.2	28.7	32.6	3.5	3.9	7.4
GR	22.0	24.8	26.1	2.8	1.3	4.1
UR	17.7	29.7	39.3	12.0	9.6	21.6
VS	12.3	24.4	31.0	12.1	6.6	18.7
JU			40.3			
CH	40.6	43.7	30.5	3.1	-13.2	-10.1

Quelle: Ritzmann-Blickenstorfer 1996.

Abbildung 11.4: Wählerstimmenanteile der SP und Industrialisierungsgrad, 1900 bis 1996



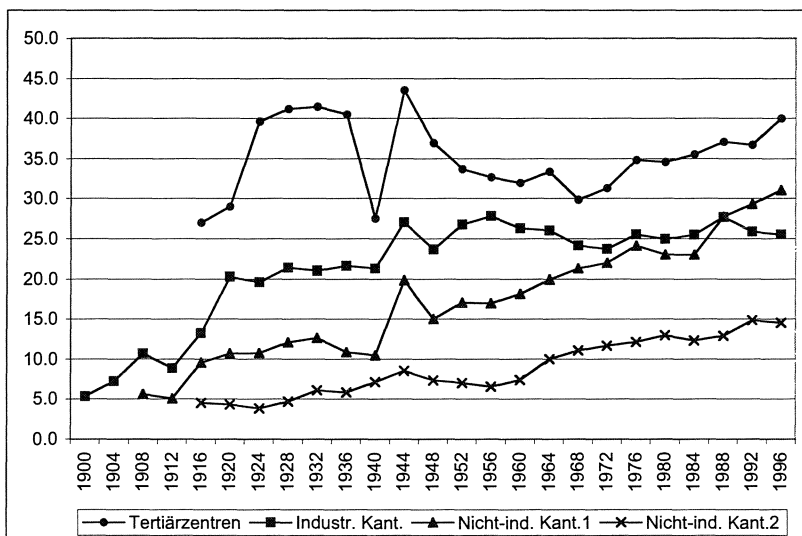
Anmerkungen: Tertiärzentren sind die Kantone Zürich, Basel-Stadt und Genf. Industrialisiert sind die Kantone Appenzell Ausserrhodens, Glarus, Appenzell Innerrhodens, Basel-Landschaft, Neuenburg, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Zug, Aargau, Schwyz, Schaffhausen, Bern und Jura. Nicht-industrialisiert (Typ 1) sind die Kantone Nidwalden, Tessin, Waadt und Luzern. Nicht-industrialisiert (Typ 2) sind die Kantone Obwalden, Freiburg, Graubünden, Uri und Wallis.

Tatsächlich zeigt sich, wenn anstelle der Wählerstimmenanteile der SP die durchschnittlichen *Wählerstimmenanteile des linken Lagers* betrachtet werden, dass die Werte mit Ausnahme der industrialisierten Kantone in allen Kantonsgruppen deutlich ansteigen. Besonders ausgeprägt ist die Zunahme in den Tertiärzentren und in den nicht-industrialisierten Kantonen, die schon immer einen tiefen Anteil an Beschäftigten im Industriesektor hatten (vgl. Abbildung 11.5). Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich der Wahlerfolg der Linken unabhängig von der Stärke ihrer ursprünglichen Basis entwickelt hat oder dass sie eine neue Basis gefunden haben muss.

In dieser Analyse kommt die Janusgesichtigkeit der SP deutlich zum Ausdruck. In bestimmten Kantonen und Regionen ist die traditionelle Verknüpfung mit dem Industriesektor auch heute noch von Bedeutung, während in anderen

Kantone die SP in erster Linie eine Mittelstandspartei ist, die sich unabhängig von den Veränderungen im Industriesektor entwickelt.

Abbildung 11.5: Durchschnittliche Wählerstimmenanteile des linken Lagers und Industrialisierungsrad, 1900 bis 1996



Anmerkungen: Tertiärzentren sind die Kantone Zürich, Basel-Stadt und Genf. Industrialisiert sind die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Appenzell Innerrhoden, Basel-Landschaft, Neuenburg, St. Gallen, Thurgau, Zug, Aargau, Schwyz, Schaffhausen, Solothurn, Bern und Jura. Nicht-industrialisiert (Typ 1) sind die Kantone Nidwalden, Tessin, Waadt und Luzern. Nicht-industrialisiert (Typ 2) sind die Kantone Obwalden, Freiburg, Graubünden, Uri und Wallis.

### 11.3.3 Beschäftigte im Primärsektor

Der Anteil der Beschäftigten im Primärsektor, welcher als strukturelle Basis für den Stadt-Land-Cleavage genommen werden kann, ist in den letzten 100 Jahren stark zurückgegangen. Waren 1888 noch deutlich mehr als ein Drittel der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, so waren es 1990 noch etwa vier Prozent (vgl. Tabelle 11.4). Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Beschäftigten in Primärsektor hatten 1990 die Kantone Graubünden, Freiburg, Uri, Obwalden, Luzern, Bern, Nidwalden, Schwyz, Thurgau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus und Jura. Im Jahre 1930 gehörten zu dieser Gruppe auch noch die Kantone Wallis, Tessin, Waadt, Aargau und Schaffhausen, in denen

jedoch der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft deutlich stärker zurückgegangen.

Bevor wir den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft mit den *Wählerstimmenanteilen der SVP* in Verbindung setzen, gilt es dem nächsten Abschnitt etwas vorzugreifen und eine weitere Unterscheidung einzuführen. Bis in die 1980er Jahre hinein bestand, was die Organisation der Bauern anbelangt, eine klare Trennung zwischen protestantischen und katholischen Regionen. Die SVP blieb in ihrer Verbreitung auf die protestantischen und gemischten Gebiete beschränkt, während die CVP die bäuerlichen Kreise in den katholischen Gebieten organisierte. Deshalb drängt sich für die Analyse der Wählerstimmenanteile auf, nicht nur zwischen Kantonen mit hohen und tiefen Beschäftigungsanteilen in der Landwirtschaft zu unterscheiden, sondern jeweils zusätzlich auch noch die protestantischen und gemischten Kantone den katholischen Kantonen gegenüber zu stellen. Zur Bestimmung der unterschiedlichen Gruppen von Kantonen konzentrieren wir uns auf die Beschäftigungsanteile im Jahre 1930. Folgende Gruppen können unterschieden werden:

- Protestantische und gemischte Kantone mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft (mehr als 20 Prozent) im Jahre 1930: Graubünden, Waadt, Bern, Aargau, Schaffhausen und Thurgau. Hier ist ein Rückgang der Wählerstimmenanteile der SVP zu erwarten.
- Katholische Kantone mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft: Wallis, Freiburg, Uri, Obwalden, Tessin, Luzern, Nidwalden, Schwyz, Zug, Appenzell Innerrhoden, Jura. Hier hat sich die Ausgangslage nicht verändert. Daher sind auch keine Veränderungen der Wählerstimmenanteile der SVP zu erwarten
- Protestantische und gemischte Kantone mit einem tiefen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft: Basel-Landschaft, Solothurn, Zürich, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Neuenburg, Genf und Basel-Stadt. Hier ist auf einem tieferen Niveau ein Rückgang der Wählerstimmenanteile der SVP zu erwarten. Katholische Kantone mit einem tiefen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft lassen sich nicht finden.



Tabelle 11.4: Beschäftigte im Primärsektor, 1888 bis 1990

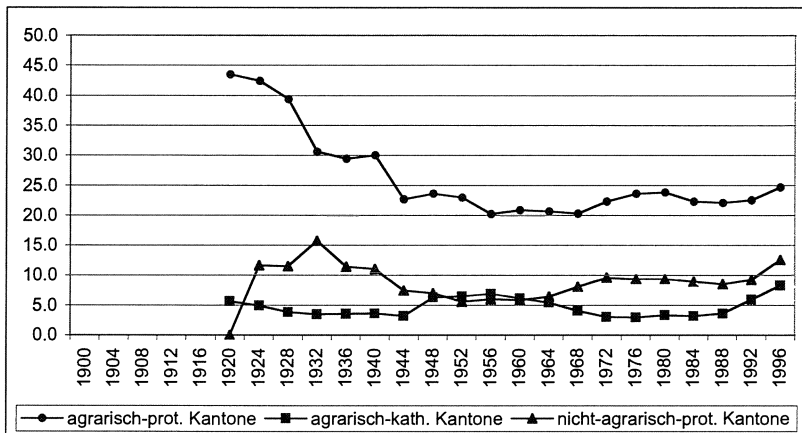
	1888	1930	1990	1888-1930	1930-1990	1888-1990
VS	76.4	51.7	3.4	-24.6	-48.3	-73.0
GR	57.0	35.4	5.9	-21.7	-29.5	-51.1
FR	57.0	44.6	7.1	-12.4	-37.5	-49.9
UR	56.1	34.2	8.4	-21.9	-25.8	-47.7
OW	55.2	37.6	9.9	-17.6	-27.7	-45.3
TI	52.3	31.1	1.7	-21.2	-29.4	-50.6
LU	48.9	30.0	8.5	-19.0	-21.5	-40.4
VD	43.7	23.3	4.4	-20.3	-18.9	-39.3
BE	42.7	25.0	5.9	-17.6	-19.1	-36.8
AG	42.2	21.8	3.4	-20.3	-18.4	-38.8
SH	41.5	22.0	4.1	-19.5	-17.9	-37.4
NW	40.2	31.6	7.2	-8.6	-24.4	-33.0
SZ	39.9	30.0	6.6	-10.0	-23.4	-33.3
TG	37.6	27.5	7.3	-10.1	-20.2	-30.3
SO	33.4	15.2	3.0	-18.2	-12.2	-30.4
ZG	32.9	20.8	3.6	-12.1	-17.2	-29.3
AI	31.1	32.0	17.2	1.0	-14.8	-13.9
BL	29.4	15.8	2.3	-13.6	-13.5	-27.1
ZH	26.1	11.0	2.1	-15.2	-8.9	-24.0
SG	26.1	19.4	4.7	-6.7	-14.7	-21.4
AR	17.9	17.1	7.0	-0.8	-10.1	-10.9
GL	17.2	13.1	5.4	-4.1	-7.7	-11.8
NE	16.7	11.1	3.2	-5.6	-7.9	-13.5
GE	14.0	5.8	0.9	-8.2	-4.9	-13.1
JU			6.8			
BS	3.8	1.2	0.4	-2.6	-0.8	-3.4
CH	37.4	21.3	4.1	-16.2	-17.2	-33.3

Quelle: Ritzmann-Blickenstorfer 1996

Für die Interpretation der Entwicklung beschränken wir uns wiederum auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Abbildung 11.6 macht deutlich, dass etwa seit Beginn der 1990er Jahre die Wählerstimmenanteile der SVP ansteigen, und dies, obwohl der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft stark zurückgegangen ist. Leider sind die Angaben für die Zwischenkriegszeit und die Zeit des Zweiten Weltkriegs weniger verlässlich, aber es lässt sich vermuten, dass in dieser Zeit mit dem Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft ein Rück-

gang der Wählerstimmenanteile der SVP einsetzte. Der erneute Anstieg in jüngster Zeit steht allerdings im Widerspruch mit der Vorstellung, dass die strukturelle Basis des Stadt-Land-Konflikts für die Strukturierung des Parteiensystems und damit die Existenz der SVP ausschlaggebend ist. Die Wählerstimmengewinne der SVP in den agrarisch-katholischen und in den nicht-agrarisch-protestantischen Kantonen bestätigt, dass es der SVP gelungen ist, neue Bevölkerungssegmente anzusprechen.

Abbildung 11.6: Durchschnittliche Wählerstimmenanteile der SVP und Beschäftigte im Primärsektor, 1900 bis 1996



Anmerkungen: agrarisch-protestantische Kantone sind Graubünden, Waadt, Bern, Aargau, Schaffhausen und Thurgau. Agrarisch-katholische Kantone sind Wallis, Freiburg, Uri, Obwalden, Tessin, Luzern, Nidwalden, Schwyz, Zug, Appenzell Innerrhoden und Jura. Nicht-agrarisch-protestantische Kantone sind Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn, Zürich, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Neuenburg und Genf.

### 11.3.4 Sprachgruppen

Der Sprach-Cleavage ist in der Schweiz in doppelter Hinsicht ein Spezialfall. Zum einen schlägt er sich nicht, oder nur ganz beschränkt, im Parteiensystem nieder, und zum anderen bestehen auch innerhalb der einzelnen Sprachgruppen grosse Unterschiede. Der Sprach-Cleavage beinhaltet Elemente des Zentrum-Peripherie Konflikts, lässt sich aber nicht auf diesen reduzieren und wird hier lediglich zur Illustration beigelegt.

Die Schweizer Kantone sind, mit wenigen Ausnahmen, sprachlich homogen (vgl. Tabelle 11.5):

- In der grossen Mehrheit der Kantone lag der Anteil der deutschsprachigen Personen im Jahre 1888 über 90 Prozent. Durch die verstärkte Zuwanderung nicht-deutschsprachiger Personen ist dieser Anteil zwar leicht zurückgegangen, er liegt aber noch immer bei rund 80 Prozent. Bei den nicht-deutschsprachigen Personen findet sich eine Vielzahl von Sprachen, so dass nicht von einem klaren Sprach-Cleavage gesprochen werden kann.
- Eindeutig französischsprachig sind die Kantone Genf, Waadt, Neuenburg und Jura. Im Tessin spricht die grosse Mehrheit weder Deutsch noch Französisch, sondern Italienisch.
- Klar zweisprachig sind die Kantone Wallis und Freiburg und zwar im Verhältnis zwei zu eins zugunsten der französischsprachigen Personen.
- Im Kanton Graubünden ist der Anteil der deutschsprachigen Personen ebenfalls deutlich geringer, hier ist die nicht-deutschsprachigen Gruppe allerdings wenig homogen und zerfällt in Italienisch und Rätoromanisch Sprechende. Letztere sprechen dann wiederum in verschiedene Dialekte.

Interessant ist der als zweisprachig geltende Kanton Bern, der 1888 mit rund 84 Prozent einen verhältnismässig tiefen deutschsprachigen Anteil aufwies. 1990 lag dieser Anteil im Kanton Bern immer noch bei rund 84 Prozent, während er beispielsweise im Kanton Zürich, wo er 1888 deutlich höher lag, durch die Zuwanderung verschiedener Sprachgruppen auf ein tieferes Niveau zu liegen kam als im Kanton Bern. Im Kanton Bern haben sich die Verminderung des französischsprachigen Anteils (durch die Gründung des Kantons Jura) und die Zuwanderung von Personen, die weder Deutsch noch Französisch sprechen, ausgeglichen. Aufgrund des geringen französischsprachigen Anteils ist es fraglich, wie weit innerhalb des Kantons von einem Sprach-Cleavage ausgegangen werden kann. Auf der anderen Seite ist es offensichtlich, dass die Sprachzugehörigkeit auch heute noch zu Differenzen innerhalb des Kantons führt. Da es keine gesamtschweizerisch aktiven, sprachregionalen Parteien gibt,<sup>8</sup> entfällt hier die Überprüfung des Zusammenhangs zwischen deutschsprachigem Anteil an der Wohnbevölkerung und Wählerstimmenanteilen.

---

<sup>8</sup> Natürlich gibt es bezüglich der kantonalen Parteiensysteme auch heute noch einige sprachregionale Besonderheiten wie zum Beispiel die Liberale Partei in der Westschweiz und in Basel, die PdA in Genf und Lausanne und die Lega im Tessin. Nur organisieren sich diese Parteien nicht auf der Basis des Sprach-Cleavages. Entsprechend kann, wie dies Lijphart (1980) tut, der Sprach-Cleavage in der Schweiz auch nicht über die unterschiedlichen Parteiensysteme begründet werden.

Tabelle 11.5: Deutsch- und französischsprachige Anteile der Wohnbevölkerung, 1888 bis 1990

	D1888	D1930	D1990	F1888	F1930	F1990
AI	99.7	99.7	91.7	0.1	0.0	0.2
AG	99.6	97.8	85.7	0.2	0.8	0.9
TG	99.4	97.3	86.2	0.2	0.4	0.4
BL	99.3	96.4	86.1	0.5	1.7	1.7
SH	99.3	96.3	86.7	0.4	0.8	0.6
AR	99.3	98.8	88.6	0.1	0.2	0.3
LU	99.2	97.0	88.6	0.3	0.8	0.6
SZ	98.9	97.2	89.4	0.3	0.4	0.4
GL	98.9	93.8	83.6	0.2	0.3	0.3
SG	98.9	97.5	87.2	0.2	0.3	0.5
ZG	98.8	95.6	85.0	0.5	0.9	1.1
UR	98.7	96.9	93.2	0.1	0.3	0.2
ZH	98.4	94.8	82.5	0.6	1.5	1.5
SO	98.3	95.3	87.1	1.4	2.0	1.1
OW	97.7	97.0	92.8	0.2	0.3	0.4
NW	96.6	98.2	93.1	0.1	0.4	0.5
BS	96.4	94.1	78.6	2.8	3.4	2.7
BE	83.8	83.5	83.8	15.9	15.4	7.8
GR	46.1	53.7	65.3	0.2	0.5	0.5
VS	31.8	32.5	29.4	67.3	64.9	59.7
FR	31.4	32.1	29.7	68.3	66.7	61.0
NE	20.9	12.3	5.2	77.4	84.9	80.2
GE	11.7	14.1	5.5	84.5	76.9	70.4
VD	9.6	11.4	6.0	88.2	83.3	77.1
TI	1.5	7.3	9.8	0.2	0.8	1.9
JU	0.0	0.0	4.8	0.0	0.0	87.8
CH	71.4	71.9	63.6	21.8	20.4	19.2

Quelle: Ritzmann-Blickenstorfer 1996.

## 11.4 Die Parteiorganisationen der vier Grund-Cleavages

Ein Cleavage bedingt auch ein Mindestmass an *Organisation*. In der Parteienforschung ist die klassische Organisationsform eines Cleavages die *Partei*. Organisation beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Existenz von Parteiorganisationen. Parteien decken lediglich den politischen Bereich eines Cleavages ab. In den Bereichen Gesellschaft und Wirtschaft finden sich ebenfalls Organisationen, welche Cleavages repräsentieren können. Sämtliche Bundesratsparteien, aber

auch zahlreiche andere Parteien, können oder konnten auf Gruppierungen, Vereine, Vereinigungen und Interessengruppen zählen, welche die politischen Unterschiede repräsentier(t)en. Das Lager der SP im Arbeit-Kapital-Cleavage wird/wurde beispielsweise im gesellschaftlichen Bereich durch kulturelle und sportliche Vereine (z.B. SATUS) und im wirtschaftlichen Bereich durch die Gewerkschaften gefestigt. Bei der CVP findet sich eine ganze Palette von kirchlich-religiösen Vereinigungen (z.B. Pfadfinder, CVJM usw.) und christlich-katholische Gewerkschaften (ehemals CNG, heute Travail.Suisse). In den Kulturkampfantonen war zudem ein grosser Teil des sozialen Lebens, insbesondere auch des Vereinsleben, über den konfessionellen Cleavage segmentiert. Das Lager der SVP wird verstärkt durch den Bauernverband und die landwirtschaftlichen Vereinigungen und Verwertungsgenossenschaften, sowie kulturelle Vereine, welche das ländliche Brauchtum pflegen. Die FDP schliesslich findet Unterstützung in den Wirtschaftsverbänden und organisiert(e) sich in staatsbürgerlichen Zirkeln und im Zunftwesen.

Die Existenz einer Parteiorganisation ist – ausser es handelt sich um den Idealtypus einer „catch-all party“ – ein plausibles und auf den ersten Blick leicht zu erfassendes Indiz dafür, dass auch ein entsprechender Cleavage vorhanden ist. Allerdings zeigt sich, dass für eine Analyse auf der Ebene der Kantonalparteien, diese scheinbar einfache Operationalisierung aus verschiedenen Gründen auch gewisse Probleme mit sich bringt:

- Was die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit der verschiedenen Parteien anbelangt bestehen grosse Unterschiede, so dass die Existenz einer Parteiorganisation noch wenig über die Aktivitäten und die Bedeutung der Partei aussagt.<sup>9</sup>
- Durch den mehrstufigen Staatsaufbau ist es zudem möglich, dass eine nationale oder regionale Partei, respektive eine Partei aus einem benachbarten Kanton Kandidaten bei der Wahlteilnahme unterstützt, so dass eine Partei Wählerstimmen gewinnen kann, ohne dass eine eigentliche Kantonalpartei besteht. Ebenso denkbar ist, dass lokale Parteiorganisationen zusammen arbeiten und sich gemeinsam an Wahlen beteiligen, bevor sie eine Kantonalpartei gründen.
- In verschiedenen Fällen ist das Gründungsdatum der Kantonalparteien nicht genau bestimmbar, da die Parteien in mehreren Schritten gegründet oder aus

---

<sup>9</sup> Da es sich bei den Schweizer Parteien rechtlich um Vereine handelt, sind der Gründung von neuen Parteien im Prinzip keine grossen Hürden in den Weg gestellt. Es braucht lediglich einige Interessierte, die sich auf ein bestimmtes Programm einigen können. Handelt es sich um die Gründung einer Sektion einer bestehenden nationalen Partei, kann zumindest das Einverständnis der nationalen Parteiorganisation vorausgesetzt werden (vgl. z.B. Art. 13/2 der CVP-Statuten vom 21. Oktober 2000).

bestehenden Organisationen hervorgegangen sind.<sup>10</sup> Stossen Parteien in neue Gebiete vor, so werden sie teilweise in mehreren Anläufen gegründet, so dass auch mehrere Gründungsdaten vorliegen.<sup>11</sup>

- Schliesslich stellt sich die Frage, wie sinnvoll und zeitgemäss die Existenz einer Parteiorganisation ist. Möglicherweise werden sich Parteien in Zukunft immer weniger als territorial gebundene Mitgliederparteien organisieren und wir nähern uns wieder einem Parteimodell, wie es früher mit der Parteipresse, über die Anhänger, Sympathisanten und Aktivisten einer bestimmten ideologischen Ausrichtung verbunden waren, üblich war.

Die Existenz einer kantonalen Parteiorganisation ist in der Regel eng mit der *Teilnahme an Wahlen* und entsprechenden *Wahlerfolgen* verknüpft. Dort wo es sie gibt, beteiligen sich die Kantonalparteien an den Kantonsratswahlen (kantonale Legislativwahlen). Die Beteiligungen an kantonalen Exekutivwahlen und Nationalratswahlen sind demgegenüber grösseren Einschränkungen unterworfen. Bei den Regierungsratswahlen (kantonale Exekutive) sind die Wahlausichten für kleinere Parteien aufgrund des in der Regel zu Anwendung kommenden Majorzwahlverfahrens und der geringeren Zahl an Sitzen deutlich schlechter, so dass hier eine Beteiligung nicht selten dazu dient, den Bekanntheitsgrad zu steigern und allenfalls die Kampagne für die Parlamentswahlen zu unterstützen. Dasselbe gilt auch für die Mehrheit der Parteien in kleineren Kantonen im Falle der Nationalratswahlen.

Trägt man allen diesen Einwänden Rechnung, so kann angenommen werden, dass der analytische Informationszugewinn der Frage nach der Existenz einer Parteiorganisation für die Bestimmung der Cleavages relativ klein ist. Die Existenz einer Organisation sagt wenig über die Stärke eines Cleavages aus. Und dort wo Parteien über mehrere Wahlgänge hinweg ein Mindestmass an Wählerstimmenanteilen gewinnen, bestehen in der Regel auch entsprechende Parteiorganisationen. Diese Annahme soll jedoch im Folgenden empirisch überprüft werden. Zuerst wird versucht, die Herausbildung der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien darzustellen, und dann wird die Existenz einer Kantonalpartei mit dem Wahlerfolg dieser Partei in Verbindung gebracht. Im abschliessenden Abschnitt wird dann die Organisation eines Cleavages mit der strukturellen Basis verknüpft.

Eine wichtige Rolle für die Gründung der Kantonalparteien spielten die *Verfassungskämpfe Mitte des 19. Jahrhunderts*, in deren Mittelpunkt auch die Organisation der Parlamente und die Ausgestaltung der direktdemokratischen Rechte standen. Eine zweite wichtige Phase für die Parteiensysteme war die

<sup>10</sup> Gruner (1977) zeigt sehr eindrücklich, wie die kantonalen Parteien aus „Gesinnungsverbänden“ und „parlamentarischen Kampftruppen“ entstanden sind, welche als Vorgängerorganisationen der Parteien die verschiedenen Cleavages zu organisieren begannen.

<sup>11</sup> In den Kantonen St. Gallen, Basel-Stadt und Luzern taucht beispielsweise die SVP in den kantonalen Wahlstatistiken bereits vor ihrem offiziellen Gründungsdatum auf.

*Einführung der Proporzahlen* auf kantonomer und nationaler Ebene (vgl. Gruner 1977, Vatter 2001), die sich um die Jahrhundertwende bis in die 1920er Jahre erstreckte (Lutz/Strohmman 1998: 83).

Die politischen Parteien begannen sich in der Schweiz gegen Mitte des 19. Jahrhunderts herauszubilden. Sie entstanden jedoch nicht aus Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees wie in anderen Ländern, sondern direkt als *Organisationen des wahl- und stimmberechtigten Volkes* (Gruner 1977: 25ff.). Die Ansichten darüber, was zu den frühen Parteigründungen geführt hat, gehen allerdings auseinander. Gruner bezeichnet die Parteien als Kinder der Volksrechte und verweist auf die konstitutive oder gar ursächliche Wirkung des allgemeinen Wahlrechts und der ausgedehnten Volksrechte (Referendum). Abstimmungskämpfe in verschiedenen Kantonen hätten eigentliche Massenbewegungen ausgelöst, aus denen sich die Parteien herausbildeten. In diesem Sinne würde es sich bei der Herausbildung um eine *durch die Volksrechte in Gang gesetzte Basismobilisierung* handeln, die direkt in Volks- oder Massenparteien mündete, wie sie anderswo erst viel später entstanden sind. Belegt mit Fallstudien hält dem Jost (1986: 324) entgegen, dass die Parteien aus bereits existierenden, *nicht-politischen Gesellschaften* und den *zahlreichen Zirkeln von Notabeln* hervorgegangen seien. Der eigentliche Auslöser kommt hier „von oben.“ Die Massenbewegungen wären lediglich momentane Eruptionen, provoziert und gesteuert durch eine politische Elite, welche sich bereits Ende des 18. Jahrhunderts formiert hatte und mit den verschiedenen Gesellschaften und Zirkeln ein eigentliches Kommunikationssystem herauszubilden vermochte (Jost 1986: 324). Tatsache ist, dass die Schweizer Parteien bereits relativ früh breitere Kreise der Bevölkerung erfassten. Linder (1999: 79) ergänzt Gruner insofern, als dass er auf die grosse Bedeutung der Kantone hinweist.

Auf *nationaler Ebene* wurde die SP 1888, die FDP 1894, die CVP 1912 und die SVP 1936 gegründet. In den Kantonen bestanden jedoch teilweise schon viel früher entsprechende Parteien. Die Angaben über die Gründungsjahre der Kantonalparteien in den verschiedenen Standardwerken (Altermatt 1972, Gruner 1977, Tschäni 1990) und Publikationen der Parteien selbst (Steinmann 1955, Dietschi 1979, Junker 1968, Junker/Maurer 1968, Lang et al. 1988) sind allerdings nicht ganz ohne Widersprüchlichkeiten. Auch zwei in den Jahren 1997 und 1998 durchgeführte Befragungen bei den kantonalen Parteisekretären und den kantonalen Parteipräsidenten (vgl. Ladner/Brändle 2001) vermögen hier nur bedingt Klarheit zu schaffen.

Eine erste Welle der *Parteigründungen in den Kantonen* fiel gemäss Gruner (1977: 49ff.) bereits in die Zeit zwischen 1830 und 1880. Diese Phase war gekennzeichnet durch das Wechselspiel zwischen freisinniger Dynamik und konservativer Defensive. In diese Zeit fallen auch die Ausweitung der Parlamentssuprematie (vgl. Vatter 2001) und die Einführung direktdemokratischer Rechte (Gruner 1977: 15f.). Die zweite Phase *zwischen 1880 und 1920* steht im Zeichen der Festigung der bisweilen beweglichen Fronten. In diese Zeit fällt nicht nur die Gründung der nationalen Parteien von SP, FDP und CVP, sondern auch die

Einführung der Proporzahlen in der Mehrzahl der Kantone. Auch der Grossteil der Kantonalparteien von SP, CVP und FDP wird in dieser Zeit gegründet. Die dritte Phase dauert gemäss Gruner *von 1920 bis in die 1960er Jahre*. Er bezeichnet diese Phase als den Übergang zur verbandsgelenkten Konsensus-Demokratie (Gruner 1977: 55), die ihren Höhepunkt in der Festigung der Zauberformel 1959 findet. In diese Zeit fällt die Herausbildung der SVP. Die letzte Phase *beginnt mit den 1970er Jahren*. SVP und CVP erhalten ihren neuen und heute noch gültigen Namen, und der SVP gelingt es, das Netz ihrer Kantonalparteien auf die ganze Schweiz auszudehnen.

Tabelle 11.6 gibt einen ungefähren Überblick über die Herausbildung der Parteien in den Kantonen. Die Einteilung in Zeitperioden unterscheidet sich – aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den anderen hier verwendeten Datenreihen – von der Periodisierung Gruners. Hier interessiert, ob die Parteien im 19. Jahrhundert, oder im ersten, zweiten oder dritten Drittel des 20. Jahrhunderts gegründet wurden. Gegenüber der Einteilung von Gruner hat dies zudem den Vorteil, dass die Zeit zwischen 1880 und 1920, in der sehr viele Parteigründungen stattgefunden haben, differenzierter abgebildet wird.

Die FDP hat sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts in den Kantonen zu organisieren begonnen. Die genauen Gründungsdaten der heutigen FDP-Kantonalparteien waren allerdings nicht alle mit letzter Sicherheit zu eruieren. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass sich die FDP zu dieser Zeit, wie dies für Kader- und Eliteparteien üblich ist, eher in lockerer Form organisierte. Zum anderen dürfte auch die grosse Heterogenität mit der Aufsplitterung in Liberale, Radikale und Demokraten die Herausbildung von Kantonalparteien als Sektionen einer sich auf nationaler Ebene zusammenschliessenden, übergeordneten Partei erschwert haben.

Auch bei der CVP waren die Gründungsdaten relativ schwierig zu erheben. Ähnlich wie die FDP trägt auch die CVP Elemente einer Elitepartei, dazu gesellen sich aber ganz deutliche Merkmale einer Milieupartei. Vor allem der Kulturkampf dürfte dazu beigetragen haben, dass die CVP in diesen Kantonen ihre Reihen zu schliessen und damit auch die Parteiorganisation zu festigen versuchte. Ähnlich sind auch in den Diaspora-Kantonen klarere Organisationsstrukturen zu erwarten, während sich in den Hochburgen in den Stammlanden, die vom Kulturkampf weit gehend verschont blieben, mangels Konkurrenz keine klar umgrenzte Parteiorganisation herausbilden musste.

Bei der SP finden sich vor allem bei den Sektionen, die massgeblich zur Entstehung der Partei beigetragen haben, unterschiedliche Angaben zu ihrem Gründungsdatum. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass auch die SP auf nationaler Ebene erst im dritten Anlauf erfolgreich gegründet werden konnte und dass die SP-Kantonalparteien häufig aus Umwandlungen von bereits bestehenden Grütlivereinen entstanden sind. Erste Sozialdemokratische Parteien tauchten bereits im Jahr 1850 in den Kantonen Genf, Bern und Zürich auf (Gruner 1977: 127). Von der Programmatik her könnte man sie aber ebenso gut als linksradikal bezeichnen. Die Hauptgründungszeit der Kantonalparteien der SP



liegt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in einigen Kantonen kam es jedoch schon in den 1890er Jahren zu Parteigründungen. Von wenigen Ausnahmen (Ob- und Nidwalden) abgesehen, waren in den letzten 80 Jahren in praktisch allen Kantonen die organisatorischen Voraussetzungen für den Cleavage Arbeit-Kapital durch die Existenz einer SP-Kantonalpartei erfüllt.

Die *SVP* ist entstehungsgeschichtlich die jüngste der vier Bundesratsparteien. Die Gründung der nationalen Partei, damals noch als BGB, erfolgte erst 1936. In den Kantonen Zürich und Bern sind jedoch bereits 1917 und 1918 entsprechende Kantonalparteien entstanden. Auch in anderen Kantonen (z.B. Schwyz, Solothurn, Basel-Stadt) gab es Sektionen der BGB, welche aber wieder verschwanden. Unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Verfestigung des Cleavages Stadt-Land ist es jedoch bemerkenswert, dass ein Grossteil der *SVP*-Kantonalparteien erst in den 1990er Jahren entstanden ist.

Tabelle 11.6: Gründungsjahre der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien

Partei	Zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts oder früher	1900 bis 1934	1935 bis 1969	Letztes Drittel des 20. Jahrhunderts (seit 1970)
FDP <sup>1)</sup>	CH (1894) ZH (1899) BE (1889) <sup>2)</sup> BS (1894) SG (1890) <sup>2)</sup> GR (1868) AG (1896) TG (1890) TI (1894) <sup>2)</sup> FR (1894) <sup>2)</sup> SO (1830) LU (1831) SZ (1833)* ZG (1837) VD (1845) <sup>2)</sup> VS (1849) NE (1848) GE (1841)	UR (1912) NW (1902) OW (1911) GL (1920) BL (1919) SH (1904) AR (1919)		Ober-VS (1979) JU (1975)
CVP <sup>1)</sup>	ZH (1896)* LU (1871)* UR (1899) JU (1877) <sup>4)</sup> ZG (1885) FR (1857) SO (1869) <sup>6)</sup> SG (1834)* GR (1903) TG (1905) AG (1892)* TI (1855) <sup>2)</sup> GE (1892) NW (1896) <sup>8)</sup>	CH (1912) OW (1919) SZ (1970) <sup>3)</sup> GL (1903) BS (1905) BL (1913)* SH (1904)	VD (1945)* BE (1956) VS (1960) <sup>3) 7)</sup>	BE-Jura (1978) AR (1974) AI (1988) NE (1996) VS-romand (1998) <sup>3)</sup>

Anmerkung: \* = Festschrift vorhanden.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 11.6: Fortsetzung

Partei	Zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts oder früher	1900 bis 1935	1935 bis 1970	Letztes Drittel des 20. Jahrhunderts (seit 1970)
SP <sup>1)</sup>	CH (1888) GE (1871) BS (1890) <sup>3)</sup> LU (1895) NE (1896) VD (1890)* SO (1890)*	ZH (1902) BE (1905) UR (1907) SZ (1919) <sup>2)</sup> GL (1917)* ZG (1913)* FR (1908) BL (1912) SH (1904) AR (1902) SG (1905)* GR (1906)* AG (1902) TG (1906) TI (1900) VS (1919)*	NW (1942)	OW (1998) JU (1975) <sup>4)</sup> BE-Jura (1975) Ober-VS (1982)
SVP		ZH (1917) BE (1918)* SH (1918)* AG (1920)* GR (1919) <sup>1)</sup> TI (1920) <sup>2)</sup> VD (1921) BL (1925) GL (1928) <sup>1)</sup>	CH (1936) FR (1952) <sup>4)</sup>	SZ (1972) AR (1975) JU (1979) TG (1982) <sup>3)</sup> GE (1987) ZG (1991) SO (1991) BS (1991) LU (1992) SG (1992) AI (1996) UR (1998) VS (1999) NW (1999) OW (1999) NE (2001) <sup>3)</sup>

Anmerkungen und Quellen:

Allgemein:

\* = Festschrift vorhanden.

Gruner 1977, Vatter 2001, Tschäni 1990, Ladner/Brändle 2001 (Befragung der Kantonalparteien), Webseiten der verschiedenen Kantonalparteien, Angaben der nationalen Parteisekretariate.

FDP:

1. Aufgeführt sind die offiziellen Angaben aus dem Parteisekretariat, welche von der früheren Vizepräsidentin der Kantonalpartei Thurgau, Frau Marianne Krämer Flury, als Geschenk für Nationalrat Franz Steinegger (Parteipräsident) anlässlich der 100 Jahr Feier der FDP Thurgau zusammengestellt wurden. Aus diesen Jahreszahlen ergeben sich auch die Jubiläumsfeiern der Parteien.
2. In den Kantonen St. Gallen (1857), Bern (1860), Freiburg (1847), Tessin (1830) und Waadt (1830) finden sich auch Hinweise für frühere Parteigründungen. Dabei dürfte es sich um Vorgängerorganisationen der FDP gehandelt haben. Der Kanton Appenzell Innerrhodens fehlt.

Quellen und Festschriften: Dietschi (1979), Steinmann (1955), FdP Solothurn (1981) Solothurner Freisinn heute. Solothurn: Vogt-Schild AG. FdP Solothurn (1981), 150 Jahre Solothurner Freisinn. Solothurn: Vogt-Schild AG. FDP St. Gallen (1982), Vom Liberalen Verein zur modernen FDP. Die Geschichte des St. Galler Freisinns 1857-1882. LVP Schwyz (1983), 150 Jahre Liberale Volksbewegung im Kanton Schwyz, 1833-1983, Einsiedeln: Druckerei Marcel Kürzi AG.

CVP:

1. Gemäss Vatter (2001) und Altermatt (1972: 333) fanden in den paritätischen Kantonen um die Jahrhundertwende die Konsolidierung und Neugründung der katholisch-konservativen Volksparteien statt, so in den Kantonen St. Gallen (1892), Solothurn (1902), Graubünden (1904), Thurgau (1905) und Aargau (1906). Die Vorgängerorganisationen der Luzerner CVP wurden 1831 unter dem Namen „Leuenpartei“ und 1842 unter dem Namen Ruswiler Verein gegründet, die formelle Gründung der Konservativen Partei des Kantons Luzern fand 1871 statt (vgl. CVP Luzern (1990: 92). Gemäss Tschachtli (1987) wurde die CVP Solothurn 1902 gegründet. Tschachtli, Eduard (1987). Die Solothurner Parteien auf einen Blick. amra-Verlag.
2. Gemäss Auskunft des kantonalen Parteisekretariats von 6.5.2002. (Quelle Alberto Lepori)
3. Am 6. Mai 1998 hat sich der PDC des Unterwallis von der Kantonalpartei getrennt und eine eigene Partei gegründet.
4. Die CVP des Kantons Jura existierte schon lange bevor der Kanton Jura gegründet wurde. Dies hängt damit zusammen, dass die Partei innerhalb des Kantons Bern eine relativ geschlossene Einheit bildete. Auskunft von Parteisekretär Philippe Receveur, 6.5.2002.
5. Die offiziellen Angaben der Kantonalparteien beziehen sich auf die Umbenennung der Partei zu Beginn der 1970er Jahre. Es ist jedoch davon auszugehen, dass schon zu Beginn des Jahrhunderts Vorgängerorganisationen der entstanden sind.
6. Möglicherweise ist die CVP aber auch erst 1902 entstanden. Altermatt ist jedoch der Ansicht, dass bereits in den 1880er Jahren eine entsprechende Organisation gegründet wurde.
7. Vorgängerorganisationen der CVP Wallis dürften bereits deutlich früher entstanden sein.
8. Gemäss Auskunft von Karin Schleifer vom Staatsarchiv Nidwalden, wurde im Vorfeld der Landgemeinde erstmals von einer Delegiertenversammlung der Konservativen Volkspartei gesprochen. Von einer eigentlichen Parteigründung ist aber im Nidwaldner Volksblatt von Hans von Matt in diesem Zeitraum nichts zu lesen.

Quellen und Festschriften: Altermatt (1972), CVP Basel-Land (1989), 75 Jahre Politik der Katholiken im Kanton Basel-Landschaft. Nicod, Louis et Roger Mugny (o. J.) Le PDC Vaudois. Son histoire et son avenir. CVP Luzern (1990). 150 Jahre Politik für Luzern. Der Weg einer Partei. CVP St. Gallen (1984), 150 Jahre Christlichdemokratische Volkspartei des Kan-

tons St. Gallen, 1834-1984. CVP Aargau (1992), Hundert Jahre CVP Aargau, 1882-1892. CVP Zürich (1996). 100 Jahre CVP Kanton Zürich 1896-1996.

#### SP:

1. Im Kanton Appenzell Innerrhoden existiert keine SP-Sektion.
2. Das genaue Gründungsdatum der SP Schwyz ist gemäss Auskunft von Kantonsrat Otto Kümmin kaum zu eruieren. Auch die SP Schwyz ist aus Grütlivereinen hervorgegangen, die eigentliche Gründung einer sozialdemokratischen Partei fand zwischen 1918 und 1919 statt.
3. 1890 werden erstmals SP Grossräte erwähnt. Es gab allerdings schon verschiedene Vorgängerorganisationen (Grütliverein, Arbeiterunion).
4. Angabe beruht auf der Auskunft des Parteipräsidenten und konnten nicht verifiziert werden.

Quellen und Festschriften: SP: Lang et al (1988), SP St. Gallen (1980), 75 Jahre Sozialdemokratische Partei des Kantons St. Gallen. Bindi, Martin (1981), Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in Graubünden. Chur: AG Bündner Tagblatt. SP Valais (1994), 1919-1994, 75e anniversaire du Parti socialiste valaisien. PS Vaudois (1982), Histoire du Parti socialiste vaudois, 1890-1950, Lausanne. SP Glarus (1995), 75 Jahre und so weiter. 1920-1995: Ausweis einer politischen Arbeit. Schwanden. SP Zug (1988), Die Sozialdemokratische Partei im Kanton Zug von ihren Anfängen bis 1988. Zug. Lätt, Jean Maurice (1990). 120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn. Zürich: Chronos.

#### SVP:

1. Bei der SVP Graubünden und Glarus handelt es sich um die Kantonalparteien der ehemaligen Demokratischen Partei, welche sich 1971 mit der SVP vereinigten. Nach Angaben des nationalen Parteisekretariats der SVP wurde die Vorläuferorganisation der Demokratischen Partei im Kanton Graubünden bereits 1919, diejenige im Kanton Glarus 1928, gegründet. 1941 traten die Glarner und Bündner Demokraten aus der FDP-Fraktion aus und gründeten die Demokratische Partei der Schweiz.
2. Auskunft der Kantonalpartei, nach Gruner 1977: 152 ist die SVP Tessin 1921 gegründet worden.
3. Die Gründung im Kanton Neuenburg wurde 2001 erwartet.
4. Auskunft der Kantonalpartei, nach Gruner 1977: 152 ist die SVP Freiburg schon 1945 gegründet worden.
5. Im Kanton Thurgau haben politische und konfessionelle Gründe die förmliche Gründung der Partei lange Zeit verhindert. Die Bauernschaft sollte nicht in Parteien aufgespalten werden (vgl. Gruner 1977: 153). Entsprechend stellt der Landwirtschaftliche Verband bis 1984 eine geschlossene Bauernliste auf, welche jedoch in den Statistiken der SVP zugeordnet wurde (vgl. z. B Bundesamt für Statistik 1999: 74).

Quellen und Festschriften: Junker, Beat und Rudolf Maurer (1968) Kampf und Verantwortung. Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1918-1968. Bern: Kommissionsverlag Verbandsdruckerei AG. SVP Kanton Bern (1993), 75 Jahre SVP Kanton Bern. Junker (1968). SVP Aargau (1995), 75 Jahre SVP Aargau. SVP Schaffhausen (1993), Von der Standespartei zur Volkspartei. 75 Jahre SVP Kanton Schaffhausen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass FDP und CVP ihre Hauptgründungsphase in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten, während ein grösserer Teil der SP-Kantonalparteien erst im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entstanden ist. Die SVP vermochte erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts die Zahl ihrer Kantonalparteien massiv auszubauen. Aus Sicht der Cleavage-Theorie waren somit mit Ausnahme des durch die SVP repräsentierten Stadt-Land-Cleavages die organisationellen Voraussetzungen für die Existenz der Cleavages in praktisch allen Kantonen nach den 1920er Jahren erfüllt.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der *Existenz einer Parteiorganisation und dem Erfolg bei Wahlen*? Für die Zeit der Parteigründungen in der Schweiz bestehen leider keine umfangreichen Wahldaten, so dass die Existenz einer Organisation nicht direkt mit dem Wahlerfolg verknüpft werden kann. Zwei Beispiele zeigen jedoch, dass Existenz einer Kantonalpartei und Wahlerfolg zwar zusammengehören, dass die Existenz jedoch nur bedingt zu Wahlerfolgen führt und vor Misserfolgen nicht verschont.

Am Beispiel der SVP kann für die 1990er Jahre und die Kantone, in denen zu dieser Zeit SVP-Kantonalparteien gegründet wurden, gezeigt werden, wie das Abschneiden bei kantonalen und nationalen Wahlen zeitlich mit der Parteigründung zu liegen kommt. Von besonderem Interesse sind dabei die Kantone Luzern, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden, wo mit Ausnahme von Ausserrhoden alle Kantonalparteien zu Beginn der 1990er Jahre gegründet wurden, sowie die Kantone Uri, Obwalden, Nidwalden, Neuenburg, Wallis und Genf, wo erst Ende der 1990er Jahre eine Kantonalpartei entstanden ist (vgl. Tabelle 11.7):

- In den Kantonen Luzern, Zug, Solothurn, St. Gallen, Basel-Stadt und Appenzell Ausserrhoden beginnen sich nach der Gründung der Kantonalpartei die Wahlerfolge der SVP einzustellen. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass in einzelnen dieser Kantone die SVP bereits früher erfolglos versucht hatte, Fuss zu fassen und dass diese Erfolge mit der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und dem Kurswechsel der SVP in einem engen Zusammenhang stehen.
- In den Kantonen Uri, Obwalden und Nidwalden hat sich die Gründung einer Kantonalpartei bis anhin (noch?) nicht in gleichem Masse in Wahlerfolgen niedergeschlagen. Das mag damit zusammenhängen, dass seit der Gründung noch nicht genug Zeit verstrichen ist, um genügend Anhänger zu mobilisieren (Kantonale Wahlen: Uri: im Jahr 2000). Es hat aber sicher auch mit den politischen Systemen und der Grösse dieser Kantone zu tun. In kleinen Kantonen mit einer geringen Zahl an Sitzen im Nationalrat (Uri, Obwalden und Nidwalden sind Majorzkantone mit nur einem Sitz) haben die kleinen Parteien kaum Aussichten auf einen Sitzgewinn.

- In den Kantonen Wallis, Genf und Neuenburg konnten zwar erste Erfolge erzielt werden. Hier wird jedoch erst die Zukunft zeigen, ob es der SVP gelingt, in der Westschweiz Fuss zu fassen.

Das Beispiel der SVP zeigt, dass in der Regel eine Kantonalpartei gegründet wird, um sich an nationalen oder kantonalen Wahlen zu beteiligen. Allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich mit der Parteigründung unmittelbar auch der Wahlerfolg einstellt. Während grössere Wählerstimmenanteile ohne die Existenz einer Kantonalpartei eher unwahrscheinlich sind, kann es vorkommen, dass kaum Wählerstimmen erzielt werden, obwohl eine entsprechende Kantonalpartei existiert.

Kleinere Wählerstimmengewinne der SVP bei Wahlgängen, die vor dem offiziellen Gründungsdatum der Kantonalpartei liegen, so etwa bei den Nationalratswahlen 1991 in den Kantonen Genf und Basel-Stadt, oder bei kantonalen Wahlen in den Kantonen Luzern, Solothurn und St. Gallen zeugen davon, dass die Gründung einer Kantonalpartei nicht immer auf Anhieb klappt. Besonders erfolgreich war für die SVP die Welle der Parteigründungen zu Beginn der 1990er Jahre. Die zu dieser Zeit gegründeten Kantonalparteien haben alle innerhalb weniger als zehn Jahren die Zehn-Prozent-Hürde bei kantonalen Parlamentswahlen überschritten. Den früher gegründeten Kantonalparteien in Schwyz, Jura und Genf ist dies nicht so schnell oder noch nicht gelungen. Wie erfolgreich die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren gegründeten Kantonalparteien (Appenzell Innerrhoden, Uri, Nidwalden, Obwalden, Wallis) sein werden, ist offen.

Am Beispiel der SVP lässt sich auch nachvollziehen, dass die Gründung von neuen Kantonalparteien nicht unabhängig von der Entwicklung auf nationaler Ebene vonstatten geht. Die Erfolge der SVP Zürcher Prägung in der nationalen Politik haben massgeblich zur Gründung von Kantonalsektionen in neuen Kantonen und deren erfolgreichem Abschneiden beigetragen.

Tabelle 11.7: Gründungsjahre der SVP-Kantonalparteien und Wahlerfolge bei kantonalen und nationalen Wahlen

	Grün- dung	KR 92	KR 93	KR 94	KR 95	NR 95	KR 96	KR 97	KR 98	KR 99	NR 99	KR 00	KR 01	KR 02	KR 03
SZ	1972	7.6				21.5	15.6				35.9	20.9			
AR	1975					22.0					37.5				
JU	1978			2.0		0.0			2.3		7.2			5.2	
TG	1982	21.7				27.0	26.1				33.2	29.7			
GE	1987					0.0		0.0			7.5		10.4		
ZG	1991			8.5		15.2			12.6		21.4			21.3	
SO	1991		1.7			6.7		6.4			18.6		15.5		
BS	1991	1.1				0.0	0.0				13.6	10.1			
LU	1992				7.6	14.1				17.0	22.8				19.9
SG	1992	0.0				8.4	9.8				27.6	22.6			
AI	1996										25.7				
UR	1998										0.0	6.3			
OW	1999										0.0			13.4	
NW	1999										0.0			12.4	
VS	1999										9.0		4.6		

Eine weitere Möglichkeit, den Erfolg einer Kantonalpartei zu messen, ergibt sich über ihre Vertretung in den kantonalen Regierungen. Im schweizerischen Konkordanzsystem ist die Einbindung aller wichtigen Kräfte in den politischen Entscheidungsprozess ein fester Bestandteil der politischen Kultur. Auf Ebene der Legislative wird diese Integration über Proporzwahlverfahren fest garantiert. Auf der Ebene der Exekutive basiert die Einbindung in der Regel auf der Basis von stillen, freiwilligen Abmachungen (vgl. Felder 1993: 64ff., Gruner 1977: 34ff.). Ausnahmen sind die Kantone Tessin und Zug, in denen auch die Exekutive nach dem Proporzwahlverfahren gewählt wird (vgl. Lutz/Strohmam 1998: 28).

Tabelle 11.8 verdeutlicht am Beispiel der SP, dass zwischen der Existenz einer Kantonalpartei und dem Eintritt in die Regierung kein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Zwar geht dem Eintritt in der Regel die Gründung einer Kantonalpartei voraus, wie lange es allerdings dauert, ist unterschiedlich. Gruner (1977: 37) nennt drei Kriterien, die erfüllt werden müssen, damit eine Partei zur Regierungspartei aufsteigt: Sie muss über eine minimale Wählerstärke von zehn Prozent verfügen, sie muss die Spielregeln des herrschenden politischen Systems anerkennen und die Regierungsparteien müssen bereit sein, die Anliegen dieser neuen Partei als legitim anzuerkennen.



Tabelle 11.8: Gründungen von SP-Kantonalparteien und erste Eintritte eines SP-Vertreters in die kantonalen Regierungen

Kanton	Erster Eintritt SP in Regierung	Gründung SP-Kantonalpartei	Dauer Gründung bis Eintritt (Jahre)
OW	nicht vertreten	1998	-
NW	nicht vertreten	1942	-
VS	1997	1919	78
LU	1959	1895	64
FR	1971	1908	63
UR	1968	1907	61
GR	1962	1906	56
VD	1946	1890	56
TG	1941	1906	35
BE	1938	1905	33
SH	1935	1904	31
AG	1932	1902	29
NE	1925	1896	29
SO	1917	1890	27
GE	1897	1871	26
SZ	1944	1919	25
GL	1942	1917	25
SG	1930	1905	25
TI	1922	1900	22
BL	1925	1912	13
BS	1902	1890	12
AR	1913	1902	11
ZG	1918	1913	5
JU	1978	1975	3
ZH	1887	1902	-15
Schweiz	1943	1888	55

Anmerkungen: Sortiert nach der Dauer zwischen Gründung und Regierungseintritt. Im Kanton Appenzell Innerrhoden existiert keine SP-Sektion.

## 11.5 Struktur und Organisation – Fazit

Abschliessend sollen die beiden Cleavage-Elemente „strukturelle Basis“ und „Organisation“ miteinander in Verbindung gebracht werden und ein erstes Fazit über die Brauchbarkeit des Cleavage-Konzepts gezogen werden. Folgende Frage in Bezug auf die Beziehung zwischen struktureller Basis und Organisation eines Cleavages ist von zentraler Bedeutung: Wie weit kann davon ausgegangen werden, dass wenn die strukturelle Basis vorhanden ist, auch die entsprechende Cleavage-Organisation (Partei) vorzufinden ist, oder gibt es auch Kantone, in denen trotz grossem Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft keine Bauernpartei, trotz vielen Arbeitern keine SP oder trotz wenigen Katholiken eine

CVP-Kantonalpartei entstanden ist? Für den Zusammenhang zwischen den beiden Cleavage-Elementen und der Wählerstärke der Partei sei vor allem auf Kapitel 14 verwiesen, wo dieser unter zusätzlicher Berücksichtigung des Cleavage-Bewusstseins überprüft wird.

Im Fall der CVP zeigt sich kein einfacher Zusammenhang zwischen struktureller Basis und Organisation. Dies hängt unter anderem auch damit zusammen, dass sich die im Sonderbundkrieg von 1847 unterlegenen Katholiken über Jahrzehnte hinaus in ihrer Entwicklung gehemmt sahen. Nur in den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden blieben sie nach der Niederlage in der Regierung, während in Luzern, Freiburg, Wallis und Zug radikale bzw. freisinnige Regimes vorübergehend die Herrschaft übernahmen (vgl. Altermatt 1972, Vatter 2002: 136). Bezeichnenderweise wurden die ersten CVP-Kantonalparteien nicht in ihren unumstrittenen Hochburgen gegründet. Früh entstanden ist die CVP, respektive ihre Vorgängerorganisationen, in Kantonen, in denen die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat besonders heftig waren. Es sind dies namentlich die Kulturkampfkantone St. Gallen, Solothurn, Freiburg, Luzern und Tessin. In den dominant katholischen Kantonen, wie zum Beispiel in Obwalden, Nidwalden, Schwyz, Uri, und Wallis hat sich die CVP etwa zur selben Zeit organisiert wie in den protestantischen Kantonen (Zürich, Thurgau, Glarus, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Schaffhausen). In den protestantischen Kantonen Zürich und Thurgau entstand die CVP sogar früher als in den katholischen Hochburgen.

Auch für die SVP führte ein hoher Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft nicht unmittelbar zur Gründung einer Partei. Eine unüberwindbare Hürde stellte die Konfession dar. In den katholischen Kantonen konnte die SVP erst viel später und nicht über den traditionellen Stadt-Land-Konflikt Fuss fassen. Dies hängt damit zusammen, dass es den katholischen Parteien über die Religion gelungen ist, die Bauern zu integrieren, während dies die liberalen Parteien in den protestantischen Gebieten nicht geschafft haben. Die ersten Sektionen der SVP wurden in den damals am stärksten landwirtschaftlich geprägten protestantischen Kantonen Bern (1918) und Waadt (1921) sowie im eher industrialisierten Kanton Zürich (1917) gegründet.

Schliesslich zeigt sich auch bei der SP und damit beim Cleavage Arbeitskapital kein eindeutiger Zusammenhang zwischen einem grossen Anteil an Beschäftigten in Sekundärsektor und einer frühen Gründung einer Kantonalpartei. So gehörten beispielsweise die Kantone Luzern, Waadt und Genf, in denen schon vor der Jahrhundertwende sozialdemokratische Kantonalparteien gegründet wurden, nicht zu den Kantonen mit besonders hohen Anteilen an Beschäftigten im Industriesektor.

Offensichtlich gilt nicht, dass grosse Anteile an Katholiken, Beschäftigten in der Landwirtschaft oder in der Industrie die Entstehung von Parteiorganisationen in besonderem Masse fördern. Für die Organisation eines Konfliktes braucht es vielmehr eine kritische Mindestmasse und eine klare Gegnerschaft. Der Kanton Zürich gehörte z.B. Ende des 19. Jahrhunderts nicht zu den besonders

landwirtschaftlich geprägten Kantonen, gewisse Gebiete waren jedoch dominant landwirtschaftlich und mit dem wirtschaftsorientierten Zürcher Freisinn war die Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Interessen nicht gewährleistet.

In Einzelfällen erweisen sich Kantone auch als zu grobe Einheit für die Analyse des Zusammenhangs zwischen struktureller Basis und Parteiorganisation. So verteilen sich beispielsweise die Katholiken nicht gleichmässig über den Kanton Zürich, was zu deutlich höheren Anteilen in bestimmten Regionen (Limmattal, Zimmerberg) führt und zur Erklärung der frühen Herausbildung einer katholischen Partei beizutragen vermag (vgl. Moser 2001: 3ff.).

Die Partei ist auch nicht die einzige mögliche Form der Cleavage-Organisation. In der Regel waren die durch die Parteien repräsentierten Interessen schon in der einen oder anderen Form vor der Parteigründung organisiert (in besonderem Masse war dies bei den Grütlivereinen, der Vorgängerorganisationen der SP der Fall), so dass das Gründungsjahr nicht unbedingt heissen muss, dass erst ab dann eine entsprechende Cleavage-Organisation bestand. Die Umwandlung dieser Organisationen in Parteien hat in einzelnen Kantonen früher, in anderen später stattgefunden, und die Gründe dafür können von der Intensität des Konflikts unabhängig sein.

Dass es zu Ausnahmen kommt, kann auch mit der *Grösse der Kantone* und den *politischen Systemen* zusammenhängen. Die Kantone Ob-, Nidwalden, Uri und Appenzell Innerrhoden hatten am Ende des 19. Jahrhunderts weniger als 20'000 Einwohner, was den Bedarf an politischen Parteien tief hält. Elemente des politischen Systems wie die Landsgemeinden, welche in den Kantonen Uri, Schwyz, Ob-, Nidwalden, Zug, Glarus, Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden bestanden (vgl. Möckli 1994: 58), das Wahlverfahren (z.B. das Proporzwahlverfahren für die Regierung in den Kantonen Tessin und Zug (vgl. Lutz/Strohmann 1998: 28) oder Majorzwahlen für das Parlament in Graubünden und Appenzell Innerrhoden (vgl. Lutz/Strohmann 1998: 80), oder die Existenz eines Quorums in Freiburg, Basel-Stadt, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf (vgl. Lutz/Strohmann 1998: 87) können einen Einfluss auf die Entstehung der Parteien und die Entwicklung der Parteienlandschaft haben.

Dass Struktur und Organisation nicht vollständig miteinander zusammenfallen, belegt, dass die Unterscheidung dieser beiden Cleavage-Elemente durchaus sinnvoll ist. Der analytische Gewinn des Elements Organisation dürfte allerdings zur Zeit der Herausbildung der kantonalen Parteiensysteme deutlich grösser gewesen sein. In der grossen Mehrheit der Kantone haben sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als der Wechsel zum Proporzwahlverfahren stattfand, auch die entsprechenden Parteien zur Organisation der Cleavages herausgebildet, so dass, von einer grossen Ausnahme abgesehen, die organisationellen Voraussetzungen für die Cleavages während den letzten 80 Jahren fast überall erfüllt waren. Die Ausnahme betrifft den Stadt-Land-Cleavage, welcher in den katholischen Kantonen von der CVP aufgenommen wurde und sich lediglich in einer Minderheit der Kantone über die SVP manifestierte. Die Parteigründungen der SVP in den 1990er Jahren haben wenig mit dem Stadt-Land-Cleavage zu tun. Ursächlich

dafür ist vielmehr die Ablehnung des bürokratisch-wohlfahrtsstaatlichen Systems, gepaart mit einem national orientierten Wertkonservatismus (vgl. von Beyme 2000: 71).

Der Vorteil des Elements Organisation für die Analyse der Cleavages ist vor allem auch, dass es ein „behavioralistisches“ Moment beinhaltet. Die Existenz eines Cleavages und seine Entwicklung lassen sich nicht einfach nur aus der Gesellschaftsstruktur herleiten. Es ist die Partei selbst, ihre Verantwortlichen und Aktivisten, welche für den politischen Erfolg mitverantwortlich sind. Insofern ist das Cleavage-Element Organisation auch ein Heilmittel gegen einen einseitigen Strukturdeterminismus.

Was die strukturelle Basis der Cleavages anbelangt, so gibt es tatsächlich grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Hier lässt sich der Wandel deutlich besser verfolgen und auch die Entwicklung der mit diesen Strukturelementen verbundenen Parteien genauer untersuchen. Ganz offensichtlich trifft es nicht zu, dass steigende Katholikenanteile die CVP stärken, und dass die Abnahme der Beschäftigten in der Landwirtschaft und in der Industrie zu einem Bedeutungsverlust von SVP und SP geführt haben. Hier hat ein Prozess stattgefunden, der auf einen grundlegenden Wandel der Parteiensysteme hindeutet.

## 12 Das Cleavage-Bewusstsein: Interkantonale Cleavages

Bevor wir uns bei unserer Analyse des Wandels der kantonalen Parteien und Parteiensysteme auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger dem Cleavage-Bewusstsein und damit dem dritten Element des Cleavage-Konzepts von Bartolini/Mair (1990) zuwenden können, gilt es, einen kleinen Umweg zu machen. Das Cleavage-Bewusstsein kann, wie bereits erwähnt, über das Abstimmungsverhalten operationalisiert werden. Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten in den Kantonen gibt Aufschluss darüber, welche Cleavages die Stimmbürgerschaft spalten. Verknüpfen wir das Abstimmungsverhalten mit den für die verschiedenen Cleavages wichtigen strukturellen Merkmalen in den Kantonen, so ergeben sich daraus die Cleavage-relevanten Abstimmungen. Im nächsten Kapitel wird dann auf der Basis dieser Abstimmungen die Entwicklung der Cleavages in den einzelnen Kantonen untersucht.

### 12.1 Die Operationalisierung des Cleavage-Bewusstseins

Gemäss der Definition von Bartolini/Mair handelt es sich beim Cleavage-Bewusstsein um ein „set of values and beliefs (...) which reflect the self-consciousness of the social group(s) involved“ (Bartolini/Mair 1990: 215). Gemeint sind damit Werteinstellungen, die sich in einem Gruppenbewusstsein äussern und somit zu „mit anderen geteilten Werten und Ideologien“ werden und einen bestimmten Grad an Andersartigkeit implizieren.

Für die Operationalisierung des Cleavage-Bewusstseins auf aggregierter Ebene sind die Möglichkeiten beschränkter als bei der sozio-strukturellen Basis. Das Cleavage-Bewusstsein zeigt sich beispielsweise bei grösseren Konflikten und Auseinandersetzungen (Kulturkampf, Streiks etc.). Hier wird offensichtlich, dass die dazugehörenden Werthaltungen manifest sind. Solche Daten sind zwar zugänglich, bedingen jedoch eine aufwändige Analyse von Zeitdokumenten, wobei anzunehmen ist, dass die Berichterstattung nur die wichtigsten Konflikte erfasst und kaum flächendeckend verlässliche Daten für komparative Untersuchungen liefert. Eine umfassende, diachrone Analyse ist so praktisch unmöglich.

Eine viel versprechende Möglichkeit zur Analyse des Cleavage-Bewusstseins ergibt sich in der Schweiz aus den *Abstimmungsergebnissen bei Initiativen und Referenden*. Auf nationaler Ebene bieten sich hierfür die nationalen Urnengänge an, auf kantonaler Ebene sind es sowohl nationale wie kantonale Abstimmungen, die herangezogen werden können. Da die Ergebnisse der kantonalen Abstimmungen bis anhin nicht zugänglich sind, stützen wir uns hier auf die nationalen Volksabstimmungen ab.

Das Abstimmungsverhalten wird im Folgenden als Indikator für das Cleavage-Bewusstsein respektive für die damit verbundene Ideologie verwendet. Umstrittene Abstimmungsergebnisse bei *nationalen Urnengängen* zeugen im ent-

sprechenden thematischen Bereich von der Virulenz eines Cleavages im gesamtschweizerischen Raum. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob die Vorlagen auch in den einzelnen Kantonen umstritten sind, oder ob der knappe Ausgang daher rührt, dass sich zwei in sich homogene Lager von Kantonen gegenüber stehen. Einstimmige Ergebnisse auf nationaler Ebene oder in einem Kanton zeugen von der Absenz eines entsprechenden Cleavages. Zentral für die Analyse der kantonalen Parteiensysteme sind die innerkantonalen Differenzen. Zuerst gilt es aber, die für die *einzelnen Cleavages relevanten Abstimmungen* zu bestimmen.

Da das Cleavage-Bewusstsein im theoretischen Modell von Bartolini/Mair (1990) mit der strukturellen Basis verknüpft ist, muss das *Abstimmungsverhalten bei Cleavage-relevanten Vorlagen mit den dazu gehörenden strukturellen Variablen korrelieren*. Das heisst konkret: Vorlagen, deren Ergebnisse mit den Katholikenanteilen in den Kantonen korrelieren, zeugen von der Existenz eines entsprechenden Bewusstseins bezüglich der Vorlagen des Staat-Kirche-Cleavages und des Zentrum-Peripherie-Cleavages. Vorlagen, die mit dem Anteil Beschäftigter im Industriesektor korrelieren, weisen auf den Arbeit-Kapital-Cleavage hin; solche die mit dem Anteil Beschäftigter im Agrarsektor korrelieren, auf den Stadt-Land-Cleavage. Orientierungspunkt ist, da es sich beim Modell von Lipset/Rokkan um eine entwicklungsgeschichtliche Herleitung handelt, die Zeit der Herausbildung der Parteiensysteme Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wären die Parteiensysteme wirklich eingefroren, so müssten die Cleavages ihre damalige Gestalt beibehalten haben und damit auch über eine vergleichbare strukturelle Basis verfügen.

Hinsichtlich der strukturellen Grundlagen der Cleavages gilt es zu unterscheiden zwischen den Sprach- und Konfessions-Cleavages, welche es mit Einschränkungen erlauben, die Kantone in verschiedene distinktive Gruppen aufzuteilen, und dem Agrar- und dem Klassen-Cleavage. Bei letzteren ist eine Zuordnung weniger eindeutig, charakterisieren diese Merkmale die Kantone doch weniger deutlich und sind in einer historischen Perspektive stärkeren Veränderungen unterworfen, wie sich mit dem Rückgang des Bauernstandes und der Tertialisierung unschwer belegen lässt.

In der gesamtschweizerischen Perspektive bieten sich für die diachrone Analyse der Bedeutung der interkantonalen Cleavages folgende *vier Kennzahlen* an:

- Der Mittelwert der durchschnittlichen Ja-Stimmenanteile der verschiedenen Gruppen von Kantonen gibt Auskunft darüber, ob zwischen diesen durch die strukturellen Elemente der Cleavages bestimmten Gruppen von Kantonen auch auf der Ebene des Bewusstseins (Abstimmungsverhalten) Unterschiede bestehen. Dieser Wert ist ein Indikator für die *Existenz eines Cleavages*.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Hier schliesst sich die Frage an, ob Initiativen, obligatorische und fakultative Referenden aufgrund ihrer unterschiedlichen staatspolitischen Funktion getrennt betrachtet werden müssen. Es wird sich jedoch zeigen, dass eine Unterteilung nicht unbedingt notwendig ist.

- Die durchschnittliche absolute Differenz zwischen dem Durchschnitt der Ja-Stimmenanteile der verschiedenen Kantone hebt die Unterschiede zwischen den Kantonen unabhängig von der Stärke der Zustimmung hervor. Diese Werte bestimmen die *Tiefe eines Cleavages*.
- Durchschnittswerte für eine Gruppe von Kantonen sagen noch nichts darüber aus, wie geschlossen die einzelnen Kantone dieser Gruppe einer Vorlage zustimmen. Der Durchschnitt der Standardabweichungen gibt Aufschluss darüber, wie homogen die einzelnen Kantone einer Gruppe abstimmen und sagt etwas über die *Geschlossenheit eines Cleavages* aus.
- Der Durchschnitt der absoluten Stärke der Zusammenhänge (Korrelationen) zwischen dem Cleavage-Merkmal auf struktureller Ebene und den Ja-Stimmenanteilen zeigt die *Intensität eines Cleavages*. Er eignet sich vor allem für den Agrar- und den Klassen-Cleavage, bei denen die Variable für die strukturelle Basis intervallskaliert ist. Entsprechende Werte lassen sich aber auch für den sprachregionalen und den konfessionellen Cleavage (gemessen als dichotome Variablen) bestimmen.

Zusätzlich werden diejenigen Vorlagen aufgeführt, die mit den einzelnen strukturellen Elementen der strukturellen Basis der entsprechenden Cleavages besonders stark korrelieren. Diese Listen geben Auskunft darüber, ob die Inhalte der Vorlagen auch mit dem entsprechenden Cleavage übereinstimmen.

## 12.2 Interkantonale Cleavages

Kaum bestritten ist die Tatsache, dass die Schweiz ein ausgesprochen heterogenes Land ist. Diese Heterogenität wird auch auf der Basis des Cleavage-Konzepts bestätigt. Im Ländervergleich der 16 von Lane/Ersson untersuchten Länder gehört die Schweiz, wenn wir religiöse, ethnische und auf der Klassenzugehörigkeit basierende Cleavages zusammenfassen, zu den Ländern mit der grössten sozialen Heterogenität (Lane/Ersson 1994: 99). Allerdings besteht Uneinigkeit darüber, welches die zentralen Cleavages sind. Nach Lijphart (1981, in Mair 1990: 255) liegen dem Parteiensystem der Schweiz lediglich eine sozio-ökonomische und eine religiöse Dimension zugrunde. Während bei Lane/Ersson (1994:99) vor allem religiöse und ethnische Cleavages von Bedeutung sind und dem Klassen-Cleavage ein geringeres Gewicht zukommt.

Ursächlich für diese unterschiedliche Gewichtung ist die Operationalisierung der Cleavages. Wählt man den Weg über die Parteien, so kann man tatsächlich zum Schluss kommen, dass der sprachregionale Cleavage nicht bedeutungsvoll ist, da es in der Schweiz keine sprachregionalen Parteien gibt. Wählt man den Weg über die Bevölkerungsstruktur, so lässt sich daraus, zumindest für die strukturelle Basis, auf einen Cleavage schliessen. Die Anteile der französisch-

und italienischsprachigen Bürgerinnen und Bürger, wie sie Lane/Ersson (1994) verwenden, sind aber noch lange nicht Ausdruck eines Cleavages. Folgt man der Cleavage-Definition von Bartolini/Mair (1990), so braucht es, wie wir im vorangehenden Kapitel ausgeführt haben, auch eine entsprechende Organisation und ein entsprechendes Bewusstsein. Letzteres kann über das Abstimmungsverhalten gemessen werden.

Für eine grössere Bedeutung von Religion und Klasse für die Schweiz sprechen auch Ergebnisse der Selects-Studie über die Nationalratswahlen 1995. Klöti/Linder kommen zu folgendem Schluss:

„Von den europäisch bedeutsamen vier gesellschaftlichen Spaltungen erscheint der Stadt-Land-Gegensatz als nicht bedeutsam und der Zentrum-Peripherie-Gegensatz nicht aussagekräftig (letzteres wegen der unterschiedlichen Parteien in der Deutschschweiz und der übrigen Schweiz). Die dritte, die konfessionelle Spaltung, liess sich als Voraussage für das Wahlverhalten erneut nachweisen. Die CVP ist eine katholische Partei (aber nicht die Partei der Katholiken) geblieben, und für ihren bürgerlichen Gegenpart der SVP ist die katholische Konfession ein statistisch signifikanter Faktor für deren Nicht-Wahl. Die vierte, die Links-Rechts-Spaltung, ist bedeutsam für den Wahlentscheid, und sie zeigt sich nicht nur durch entsprechende Parteinähe, sondern könnte durch entsprechende Issue-Orientierungen mit gebildet werden. Die überkommene konfessionelle wie die Links-Rechts-Spaltung spiegeln sich also im Wahlentscheid. Dieser erscheint von ideologischen Werthaltungen bestimmt, kaum aber von den gebräuchlichen sozial-strukturellen Merkmalen der Bildung, des Einkommens oder des Geschlechts (Klöti/Linder 1998: 313).“

Auch hier muss allerdings angezweifelt werden, ob die Untersuchungsanlage wirklich geeignet war, die Existenz des Sprach-Cleavages nachzuweisen, da für die Wählenden kaum je Kandidaten und Parteien unterschiedlicher Sprache zur Wahl standen.

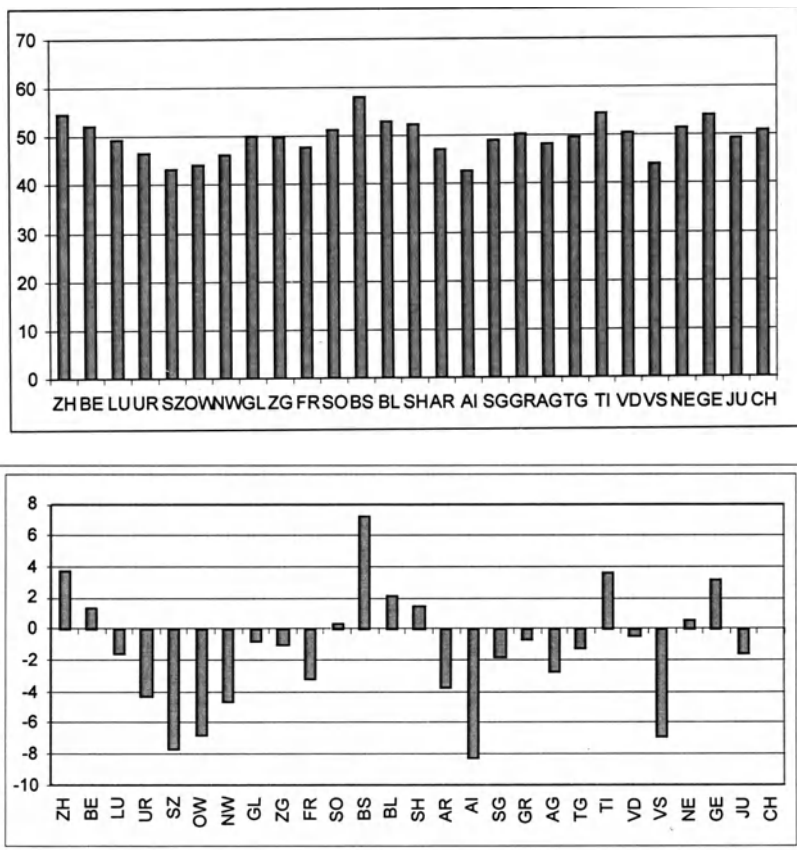
Ganz offensichtlich bestehen zwischen den Kantonen beachtliche Unterschiede was das Abstimmungsverhalten anbelangt. Der Blick auf die *kantonalen Abstimmungsergebnisse der nationalen Volksabstimmungen zwischen 1872 und 2000* zeigt, dass einzelne Kantone den Vorlagen gegenüber deutlich positiver eingestellt waren als andere (vgl. Abbildung 12.1).<sup>2</sup> Besonders viele Ja-Stimmen finden sich in den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Tessin und Genf, besonders tiefe Ja-Stimmenanteile und eine entsprechend grosse negative Differenz zum gesamtschweizerischen Mittelwert finden sich in den Kantonen Schwyz, Appenzell Innerrhoden und Wallis.

---

<sup>2</sup> In diesen Zeitraum fallen 466 Vorlagen. Bei den zehn Vorlagen vor 1872 sind keine kantonalen Ergebnisse erhältlich.



Abbildung 12.1: Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile der Kantone und Abweichung vom gesamtschweizerischen Mittelwert, 1872 bis 2000

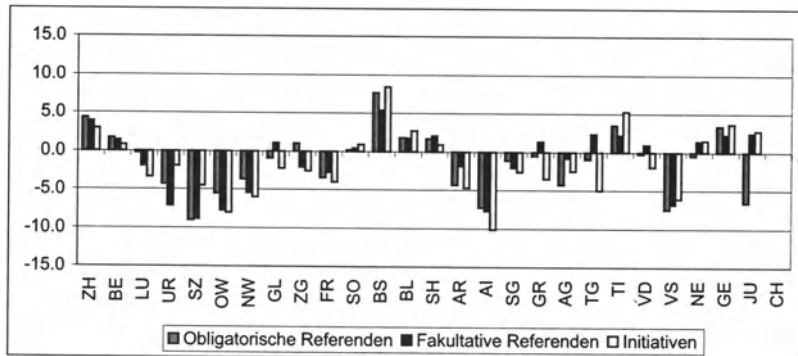


Hier schliesst sich die Frage an, wie weit es zulässig ist, sämtliche Vorlagen zusammen zu betrachten und nicht zwischen Initiativen sowie fakultativen und obligatorischen Referenden zu unterscheiden. Abbildung 12.2 zeigt, dass das Verhältnis zum gesamtschweizerischen Wert, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unabhängig von der Art der Vorlage ist. Diejenigen Kantone, die bei obligatorischen Referenden eher Ja stimmen, tun dies auch bei fakultativen Referenden und Initiativen. Dieses Ergebnis ist auf den ersten Blick erstaunlich, bedeuten Ja-Stimmen bei einer Initiative und einem Referendum in der Regel eher eine kritische Haltung gegenüber der politischen Elite, während Ja-Stimmen bei

einem obligatorischen Referendum Zustimmung für die Entscheidungsträger in Bern zum Ausdruck bringen. Möglicherweise überwiegt aber bei allen drei Vorlagen die Dimension „Status quo vs. Veränderung“, so dass sie im Prinzip auf eine Dimension zu liegen kommen. Zudem fällt auf, dass bei den hohen Ja-Stimmenanteilen die grossen und urbanen Kantone übervertreten sind.

Markante Unterschiede finden sich nur im Kanton Jura, wo den obligatorischen Referenden klar unterdurchschnittlich zugestimmt wird, während die fakultativen Referenden und die Initiativen überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile erzielen. Das gleiche Muster wenn auch weniger ausgeprägt zeigt sich ebenfalls im Kanton Neuenburg. Die Kantone Waadt, Thurgau, Graubünden und Glarus weisen überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile bei fakultativen Referenden und unterdurchschnittliche bei obligatorischen Referenden und Initiativen auf. Während der Kanton Zug obligatorische Referenden überdurchschnittlich und fakultative Referenden und Initiativen unterdurchschnittlich unterstützt. Die Erklärungen für diese Unterschiede sind in der Art der Vorlage und vor allem in der Stellung der Kantone im Bundesstaat und der Vertretung und Integration ihrer Interessen in der nationalen Politik zu suchen.

Abbildung 12.2: Abweichung vom gesamtschweizerischen Resultat nach Kantonen und Art der Vorlage, 1872 bis 2000



Die unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse in den Kantonen – so die nahe liegende Annahme – lassen sich auf die *Cleavage-Struktur der Kantone zurückführen*. Diese soll im Folgenden auf der Basis der nationalen Urnengänge zwischen 1872 und 2000 untersucht werden. Dabei interessieren vorerst nur Stärke und Entwicklung der Cleavage-Struktur zwischen den Kantonen. Im nächsten Kapitel wird dann auf die Cleavages innerhalb der einzelnen Kantone eingegangen.

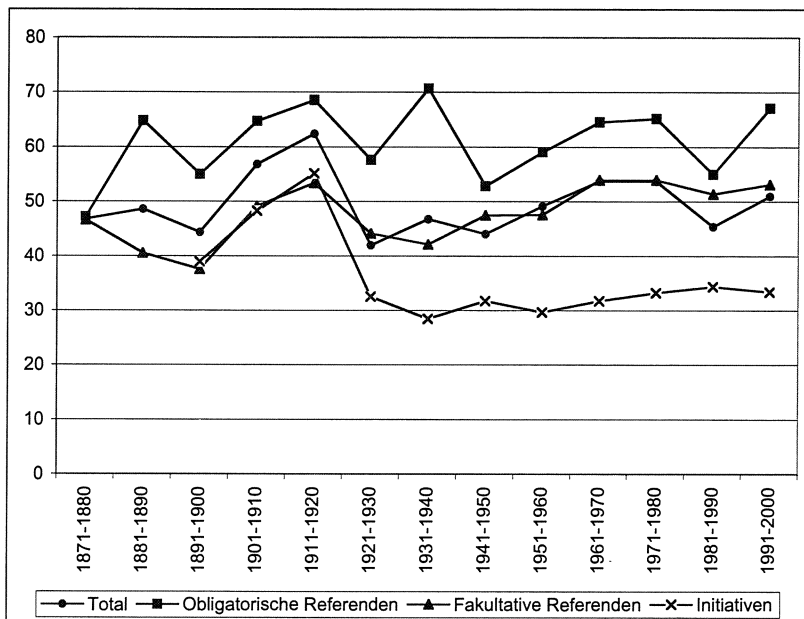
Bevor wir uns aber den einzelnen Cleavages zuwenden, werfen wir noch einen Blick auf die Entwicklung des Abstimmungsverhaltens über die Gesamtheit aller Abstimmungen gesehen. Abbildung 12.3 weist die durchschnittlichen kantonalen Ja-Stimmenanteile im Durchschnitt von Zehn-Jahres-Perioden aus. Separat ausgewiesen sind die Gesamtheit der Vorlagen, die obligatorischen und fakultativen Referenden und die Initiativen. Die grösste Zustimmung erfahren die obligatorischen Referenden mit durchschnittlich etwas mehr als 60 Prozent, gefolgt von den fakultativen Referenden, die sich um die 50-Prozent-Marke herum bewegen, und den Initiativen, welche etwas über der 30-Prozent-Marke liegen.<sup>3</sup> Auffallend und von diesem allgemeinen Trend abweichend ist die Zeit zwischen 1900 und 1920, in der die Initiativen ausgesprochen gute Ergebnisse erzielten. Drei der bisher zwölf angenommenen Volksinitiativen fielen in diesen Zeitabschnitt: die Volksinitiative für die Proporzwahl des Nationalrates, welche am 13. Oktober 1918 mit 66.8 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde, die Volksinitiative für ein Absinthverbot, die am 5. Juli 1908 63.5 Prozent Ja-Stimmen erzielte, und die Volksinitiative für ein Verbot der Errichtung von Spielbanken, die es am 21. März 1920 auf einen Ja-Stimmenanteil von 55.3 Prozent brachte.<sup>4</sup> Weder für Initiativen noch für Referenden lässt sich über die letzten 130 Jahre, zumindest was die Ja-Stimmenanteile betrifft, ein klarer Trend herauslesen: Erfolgreiche und weniger erfolgreiche Perioden wechseln sich ab.

---

<sup>3</sup> Die Volksinitiative wurde erst zu Beginn der 1890er Jahre eingeführt. Der entsprechende Bundesbeschluss betreffend die Revision der Bundesverfassung wurde am 6. Juli 1891 mit 60.3 Prozent Ja-Stimmen und 18 gegen vier Stände angenommen.

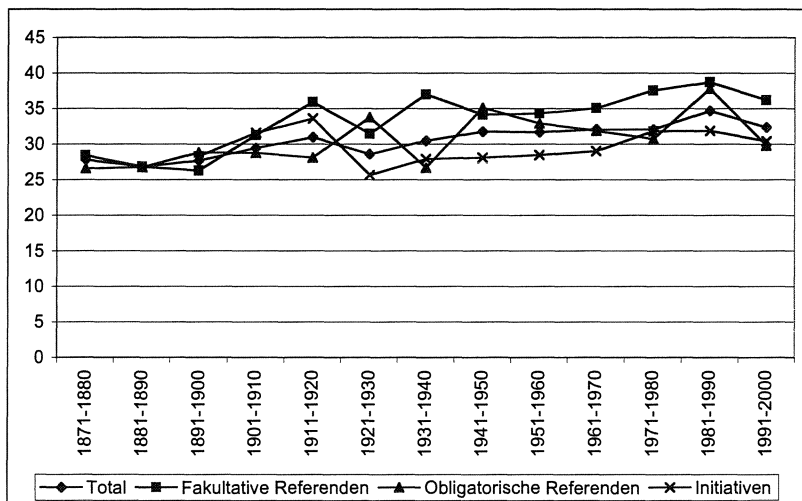
<sup>4</sup> Kurz vor oder nach dieser Zeit wurden drei weitere Volksinitiativen angenommen: die Volksinitiative für ein Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung (20. August 1893, 60.1 Prozent Ja-Stimmen), die Volksinitiative für die Unterstellung von unbefristeten oder für eine Dauer von mehr als 15 Jahren abgeschlossenen Staatsverträgen unter das Referendum (30. Januar 1921, 71.4 Prozent) und die Volksinitiative „Kursaalspiele“ (2. Dezember 1928, 51.9 Prozent).

Abbildung 12.3: Zustimmung: Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile der Kantone, zehnjährige Durchschnittswerte, 1871 bis 2000



Je knapper die Abstimmungen in den einzelnen Kantonen ausfallen, desto konfliktträchtiger ist die Politik. Abbildung 12.4 zeigt, dass die Abstimmungsergebnisse über alle Kantone und Abstimmungen betrachtet *im Trend umstrittener geworden sind* (häufiger knappe Ergebnisse als klare Ergebnisse). Dies trifft in besonderem Masse auf die obligatorischen Referenden, aber auch auf die fakultativen Referenden und auf die Initiativen zu. Vorausgesetzt die Auseinandersetzungen basieren wirklich auf den Cleavages, so nimmt damit auch die Bedeutung der Cleavages zu. Lediglich die 1990er Jahre waren weniger konfliktträchtiger als die 1980er Jahre. Hier schliesst sich aber sogleich die Frage an, ob es wirklich die klassischen Lipset/Rokkan-Cleavages gewesen sind, welche für die Entwicklung der Konfliktivität verantwortlich zeichnen.

Abbildung 12.4: Konfliktivität: Abweichung von völlig unbestrittenen Vorlagen in den Kantonen, zehnjährige Durchschnittswerte, 1872 bis 2000



Anmerkungen: 0 = völlig unbestritten, Abstimmungsergebnis 100 Prozent zu null Prozent; 50 = völlig umstritten, Abstimmungsergebnis 50 Prozent zu 50 Prozent.

### 12.2.1 Der konfessionelle Cleavage

Die Verteilung der Religionszugehörigkeit in Westeuropa hat sich in den letzten Jahrhunderten kaum wesentlich verändert. Die nordischen Länder sind homogen protestantisch, die südlichen Länder homogen katholisch. Dazwischen liegen die Niederlande, die Schweiz, Westdeutschland, Grossbritannien und Nordirland, in denen beide Konfessionen verbreitet sind (vgl. Lane/Ersson 1994: 66). Auf dem Niveau der Einwohner hat allerdings die Migration zu beachtlichen Verschiebungen auf subnationaler Ebene geführt. In der Schweiz kommt dies bei den beachtlichen Unterschieden zwischen den Katholikenanteilen bei den Stimmberechtigten und den Katholikenanteilen bei den Einwohnern in einzelnen Kantonen zum Ausdruck.

Im Folgenden werden die Abstimmungsergebnisse in katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen verglichen.<sup>5</sup> Die Zuordnung der Kantone zu diesen drei Gruppen lässt sich mit einer Ausnahme über den hier in Betracht fallenden Zeitraum konstant halten. Einzig der Kanton Solothurn wechselt zu Beginn des 20. Jahrhundert von der Gruppe der katholischen in die Gruppe der gemischten Kantone.

Sind der Zentrum-Peripherie-Cleavage und der Staat-Kirche-Cleavage von Bedeutung, so ist je nach Anteil Katholiken in einem Kanton ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten zu erwarten. Die Operationalisierung der strukturellen Basis dieser beiden Konflikte über den Katholikenanteil ist allerdings mit gewissen Vorbehalten belastet: Staat-Kirche-Konflikt und Zentrum-Peripherie-Konflikt sind in ihrer Ausbreitung nicht deckungsgleich, der Zentrum-Peripherie-Konflikt beschränkt sich nicht ausschliesslich auf die katholischen Kantone.<sup>6</sup> Es kann heute davon ausgegangen werden, dass weniger die Konfessionszugehörigkeit sondern vielmehr die Frage, ob jemand den Glauben auch praktiziert, von Bedeutung ist. Und schliesslich haben wir keine genauen Angaben über die Religionszugehörigkeit derjenigen, die wirklich an den Abstimmungen teilgenommen haben. Dennoch ist es, im Sinne von Lipset/Rokkan (1967) und Bartolini/Mair (1990) angezeigt, die Ebene des Bewusstseins mit einer strukturellen Basis zu verknüpfen, die sich auch entwicklungsgeschichtlich herleiten lässt. Die Katholikenanteile bieten hierzu die bestmögliche Lösung.

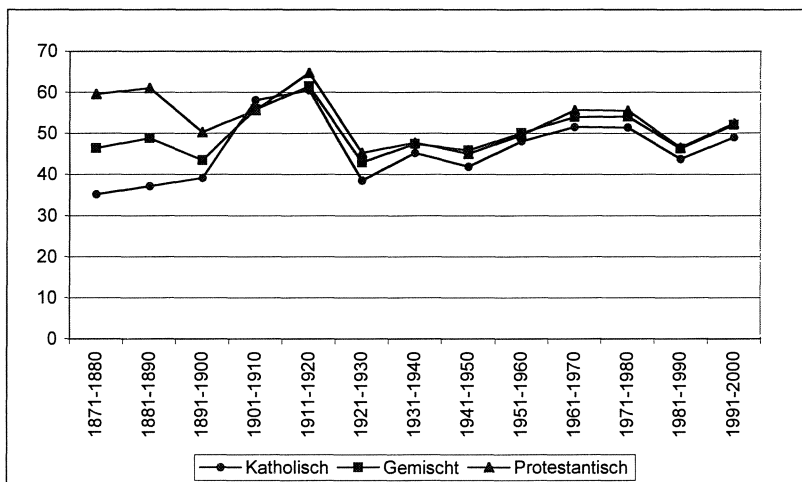
Über alle Abstimmungen betrachtet, zeigen sich vor allem im 19. Jahrhundert grössere Unterschiede im Abstimmungsverhalten katholischer, gemischter und protestantischer Kantone (vgl. Abbildung 12.5). In dieser Zeit liegen die *durchschnittlichen Ja-Stimmenanteile* der katholischen Kantone deutlich tiefer und erreichen weniger als 40 Prozent. In diese Zeit fiel auch – wie wir später

<sup>5</sup> Als katholisch (Katholikenanteilen von über 80 Prozent) werden die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Freiburg, Solothurn, Appenzell Innerrhoden, Tessin, Wallis und Jura eingestuft. Die Kantone St. Gallen, Graubünden, Aargau und Genf, die Mitte des 19. Jahrhunderts Katholikenanteile zwischen 40 und 80 Prozent hatten, werden als gemischte Kantone bezeichnet. Zürich, Bern, Glarus, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Thurgau, Waadt und Neuenburg mit weniger als 40 Prozent Katholiken im Jahr 1850 bilden die Gruppe der protestantischen Kantone.

<sup>6</sup> Der Zentrum-Peripherie-Konflikt manifestiert sich in der Schweiz in besonderem Masse im Sonderbundkrieg. Am 11. Dezember 1845 schlossen sich die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Zug, Freiburg und Wallis zur so genannten „Schutzvereinigung“ zusammen. Sie bildeten den Kern und Anfang des späteren Sonderbundes (Dürrenmatt 1957: 622). Auch der zweite Konflikt, derjenige zwischen Staat und Kirche, lässt sich in der Schweiz klar nachweisen, wobei hier, was die beteiligten Kräfte anbelangt, über grosse Strecken dieselben Kreise wie beim Zentrum-Peripherie-Konflikt, repräsentiert durch die Vorgängerorganisationen der heutigen FDP und CVP, involviert waren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entbrannte der Staat-Kirche-Konflikt vor allem entlang den Auseinandersetzungen im Zuge der Säkularisierung und über die Kontrolle des Bildungswesens. Ausgangspunkt war der Kampf des Papst Pius IX gegen den „Modernismus“, welcher er 1864 mit einer Enzyklika und der Herausgabe des Syllabus, einem Verzeichnis aller Irrtümer des modernen Denkens, eröffnete (Dürrenmatt 1957: 693). Mit besonderer Heftigkeit ausgetragen wurde dieser Konflikt in den so genannten Kulturkampfkantonen (Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau und Tessin) aber auch in Basel-Stadt, Zürich, Bern und Genf sowie in Freiburg und Graubünden (vgl. Vatter 2002: 160).

noch genauer sehen werden – der Widerstand der katholischen Stände gegen den Auf- und Ausbau des Nationalstaates. Die protestantischen Kantone lagen bei 60 Prozent und die gemischten Kantone dazwischen.<sup>7</sup>

Abbildung 12.5: Zustimmung: Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile in katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen, 1872 bis 2000



Anmerkungen: Katholische Kantone (mehr als 80 Prozent Katholiken): Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Freiburg, Solothurn, Appenzell Innerrhoden, Tessin, Wallis und Jura. Gemischte Kantone (1850: 40 bis 80 Prozent Katholiken): St. Gallen, Graubünden, Aargau, Genf und Solothurn (seit 1930). Protestantische Kantone (1850: weniger als 40 Prozent Katholiken): Zürich, Bern, Glarus, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Thurgau, Waadt und Neuenburg.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts und während des Ersten Weltkriegs weisen auch die katholischen Kantone deutlich grössere Ja-Stimmenanteile auf und kommen vorübergehend über die 50 Prozentmarke zu liegen. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahre bis zu Beginn der 1950er Jahre fallen die katholischen Kantone wieder unter die 50 Prozent-Marke. Dieses Mal sind aber auch die beiden anderen Gruppen von Kantonen im Durchschnitt unter dieser Marke.

<sup>7</sup> Unberücksichtigt bleibt hier, ob es sich um eine Initiative, ein fakultatives oder obligatorisches Referendum handelt, und ob die Ablehnung einer Vorlage Unterstützung oder Desavouierung der „offiziellen Regierungspolitik“ bedeutet. Im Hinblick auf die Analyse von Cleavages ist zumindest in einem ersten Schritt eine solche Präzisierung nicht zwingend notwendig. Von Interesse ist, ob Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen von Kantonen bestehen.

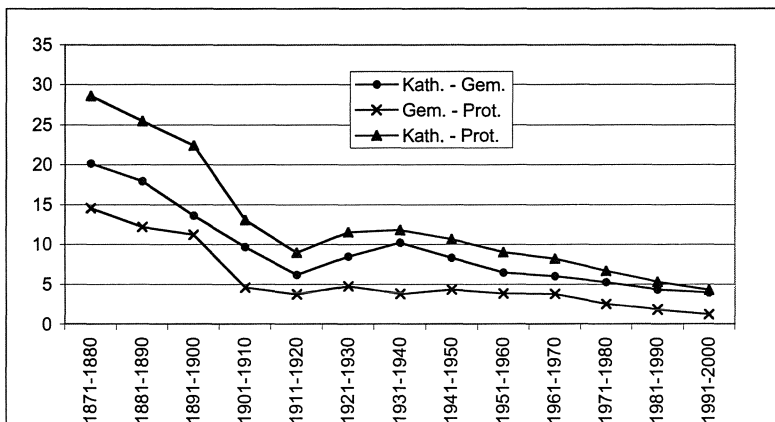
Diese Konstellation wiederholt sich noch einmal in den 1980er Jahren. Auffallend ist schliesslich, dass die Differenzen – zumindest wie sie in diesen Durchschnittswerten zum Ausdruck kommen – im 20. Jahrhundert deutlich geringer sind als während des 19. Jahrhunderts.

Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile in einzelnen Gruppen von Kantonen gemittelt über eine Dauer von zehn Jahren sind ein möglicher, aber ein nicht allzu verlässlicher Indikator für die Entwicklung der Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen von Kantonen. Es besteht die Gefahr, dass sich die Unterschiede gegenseitig aufheben. Zuverlässiger ist diesbezüglich die absolute Differenz zwischen den Mittelwerten der verschiedenen Gruppen von Kantonen (*Cleavage-Tiefe*), wiederum gemittelt über Zehnjahresperioden. Im zeitlichen Ablauf betrachtet wird die in Abbildung 12.5 gemachte Beobachtung jedoch bestätigt. Die Unterschiede zwischen den katholischen und den gemischten, sowie zwischen den gemischten und den protestantischen Kantonen werden kleiner (vgl. Abbildung 12.6). Beachtliche Differenzen waren vor allem Ende des 19. Jahrhunderts vorhanden. Sie bestanden sowohl zwischen den katholischen und den gemischten, wie auch zwischen den gemischten und den protestantischen Kantonen. Die Durchschnittswerte sind im Laufe der letzten 150 Jahre von über 20 auf unter fünf Prozent abgesunken. Das heisst allerdings nicht, dass es nicht auch immer wieder zu Abstimmungen mit grösseren Unterschieden gekommen ist, nur sind solche Vorlagen eben deutlich seltener. Solche Sonderfälle sind etwa die Aufhebung des Jesuitenartikels 1973 mit einer Differenz von 43 Prozent, die Volksinitiative für die Einführung der Fristenlösung 1977 mit 31 Prozent, die Volksinitiative Recht auf Leben 1985 mit 30 Prozent und die Volksinitiative für eine Koordination des Schuljahresbeginns 1985 mit 27 Prozent. Diese Spitzenwerte werden aber durch eine grosse Zahl von Vorlagen mit sehr geringen Differenzen ausgeglichen.

Nichts geändert hat sich an der *Rangfolge der Differenzen*. Am grössten sind die Unterschiede zwischen katholischen und protestantischen Kantonen, gefolgt von den Unterschieden zwischen katholischen und gemischten Kantonen und zwischen gemischten und protestantischen Kantonen. Das heisst mit anderen Worten: Das Wahlverhalten der gemischten Kantone ist jenem der protestantischen Kantone ähnlicher als demjenigen der katholischen Kantone. Insgesamt kann festgehalten werden, dass, über sämtliche Politikbereiche gesehen, die Unterschied zwischen den Kantonen unterschiedlicher konfessioneller Orientierung heute nicht mehr dieselbe Bedeutung haben wie Ende des letzten Jahrhunderts und der *konfessionelle Cleavage an Tiefe verloren hat*.



Abbildung 12.6: Cleavage-Tiefe: Durchschnittliche absolute Unterschiede zwischen Konfessionsgruppen von Kantonen, 1872 bis 2000

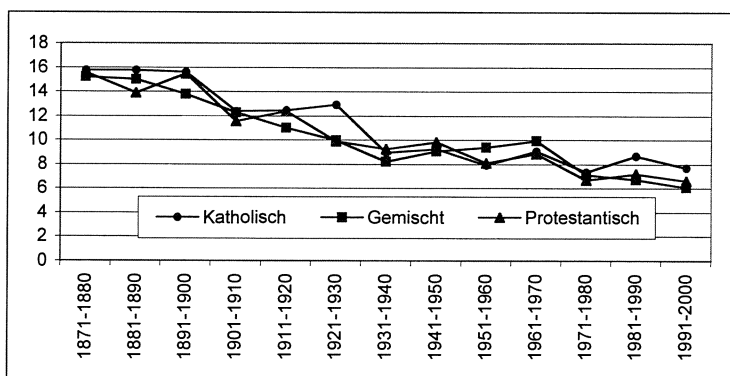


Bis anhin sind wir stillschweigend davon ausgegangen, dass sich die Kantone der einzelnen Konfessionsgruppen gleich verhalten. Dies muss nicht sein. Es stellt sich also die Frage, wie ähnlich sich die katholischen Kantone in ihrer Zustimmung oder Ablehnung der einzelnen Vorlagen sind (*Geschlossenheit eines Cleavages*) und wie sich dies über die Zeit hinweg verändert hat. Abbildung 12.7 stellt die durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert (Standardabweichung) in den drei Gruppen von Kantonen dar. Sowohl für die katholischen Kantone wie auch für die beiden anderen Gruppen von Kantonen zeigt sich, dass insgesamt die Homogenität zugenommen hat. Nicht nur die Unterschiede zwischen katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen, sondern auch die Unterschiede innerhalb dieser Gruppen von Kantonen sind geringer geworden. Die Cleavage-Geschlossenheit in den verschiedenen Lagern nimmt also zu, während Unterschiede zwischen den Lagern abnehmen.

Auch hier stechen einige *Vorlagen* hervor, die vom *allgemeinen Trend abweichen*. Grosse Unterschiede in den Abstimmungsergebnissen (Standardabweichung grösser oder gleich 15.0 Prozent) unter den katholischen Kantonen gab es beispielsweise beim Gurtenobligatorium 1980 (Standardabweichung 16.8 Prozent), bei der Koordination des Schuljahresbeginns 1985 (Standardabweichung 15.2 Prozent), bei der Volksinitiative zur Herabsetzung des AHV-Alters 1988 (Standardabweichung 17.0 Prozent), bei der Volksinitiative zur Herabsetzung der Arbeitszeit 1988 (Standardabweichung 15.0 Prozent), beim EWR-Beitritt 1992 (Standardabweichung 16.3 Prozent), bei der Alpeninitiative 1994 (Standardabweichung 15.4 Prozent), beim Krankenversicherungsgesetz 1994 (Standardabweichung 16.9 Prozent) und bei der Mutterschaftsversicherung 1999

(Standardabweichung 18.4 Prozent). Bei den protestantischen Kantonen sind intern ebenfalls das Gurtenobligatorium (Standardabweichung 16.5 Prozent), die Koordination des Schuljahresbeginns (Standardabweichung 19.5 Prozent), der EWR-Beitritt (Standardabweichung 16.0 Prozent) und zusätzlich die neue Bundesverfassung 1999 (Standardabweichung 15.5) umstritten. Bei den gemischten Kantonen fallen ebenfalls dieselben Vorlagen auf: Gurtenobligatorium (Standardabweichung 16.9 Prozent), Koordination Schuljahresbeginn (Standardabweichung 20.1 Prozent), EWR-Beitritt (Standardabweichung 16.3 Prozent) und Mutterschaftsversicherung (Standardabweichung 19.0 Prozent). Ganz offensichtlich handelt es sich hier um Vorlagen, bei denen die Konfession bedeutungslos ist. Diese Vorlagen korrelieren denn auch kaum oder überhaupt nicht mit dem Anteil der Katholiken in den Kantonen.

Abbildung 12.7: Geschlossenheit: Durchschnittliche Standardabweichung in katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen, 1872 bis 2000



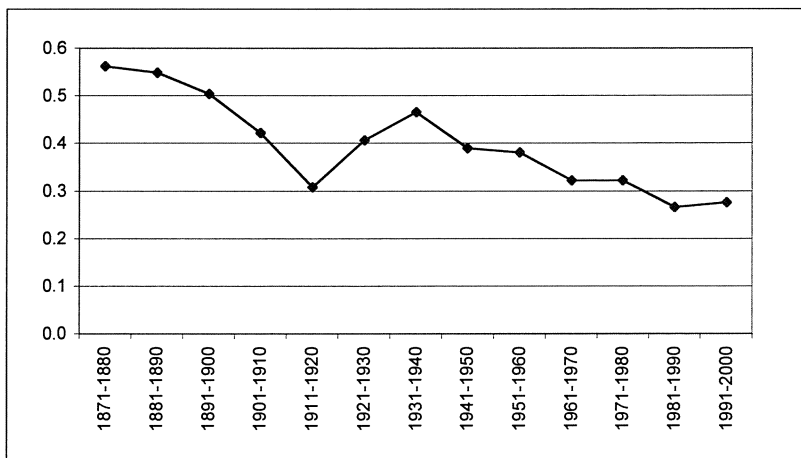
Anmerkungen: Je kleiner die durchschnittliche Standardabweichung ausfällt, desto homogener sind die Kantonsgruppen.

Die Korrelation zwischen den Katholikenanteilen in den Kantonen und den Ja-Stimmenanteilen gibt Aufschluss darüber, wie stark das Abstimmungsergebnis durch die Konfession geprägt ist. Geht ein hoher Katholikenanteil einher mit einem ausgesprochen hohen Ja-Stimmenanteil (positive Korrelation) oder einem besonders tiefen Ja-Stimmenanteil (negative Korrelation), so wird im Folgenden davon ausgegangen, dass die Konfession und damit die Cleavages Staat-Kirche respektive Zentrum-Peripherie für den Abstimmungsentscheid ausschlaggebend

waren.<sup>8</sup> Der absolute Wert der Korrelationskoeffizienten wird somit zum Mass der *Intensität des Cleavages*. Hier ist nicht nur das Ausmass der Unterschiede, sondern auch die Geschlossenheit der einzelnen Lager von Bedeutung. Für die Analyse des Wandels werden wiederum die Durchschnittswerte der einzelnen Zehnjahresperioden betrachtet.

Abbildung 12.8 zeigt, dass die durchschnittlichen Korrelationen seit den 1930er Jahren kontinuierlich zurückgegangen sind. Dieser Rückgang hat schon früher eingesetzt, er wurde jedoch in den 1920er und 1930er Jahren unterbrochen. Insgesamt wird deutlich, dass die Katholikenanteile Ende des 19. Jahrhunderts deutlich besser geeignet waren, die Abstimmungsergebnisse zu erklären als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert. Daraus lässt sich schliessen, dass auf der Ebene des Cleavage-Bewusstseins ein *Bedeutungsverlust des klassischen Staat-Kirche- und des Zentrum-Peripherie-Cleavages stattgefunden haben*.

Abbildung 12.8: Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Anteil Katholiken in den Kantonen, 1872 bis 2000



Der Blick auf die Abstimmungen mit besonders starken Korrelationen mit der Konfession (pearson corr. von 0.74 und grösser) zeigt, dass rund die Hälfte dieser Abstimmungen im 19. Jahrhundert stattgefunden hat (vgl. Tabelle 12.1).

<sup>8</sup> Eine solche Analyse auf aggregiertem Niveau birgt natürlich die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses, da nie schlüssig nachgewiesen werden kann, wie die Katholiken in den einzelnen Kantonen wirklich gestimmt haben. Der nachfolgende Blick auf die Vorlagen, welche mit den Katholikenanteilen besonders stark korrelieren, wird jedoch die Plausibilität der Ergebnisse untermauern.

Auffallend ist weiter, dass es sich bei der grossen Mehrheit der Vorlagen um die wirtschaftliche, rechtliche und politische Organisation des Nationalstaates (politische Stimmberechtigung der Schweizerbürger 1875, politische Rechte für Niedergelassene und Aufenthaltler 1877, Patenttaxen der Handelsreisenden 1884, Schuldbetreibung und Konkurs 1889, Organisation des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements) handelte, welche häufig von den katholischen Kantonen (bei Ja-Stimmenanteilen von lediglich rund 20 Prozent) vehement abgelehnt wurden.<sup>9</sup> Erst Mitte der 1890er Jahre kommt es zu Abstimmungen, welche zwar ebenfalls stark mit dem Katholikenanteilen in den Kantonen korrelieren, die jedoch innerhalb der katholischen Kantone deutlich stärker umstritten sind (Ja-Stimmenanteile zwischen 40 und 60 Prozent). Hierbei handelt es sich vor allem um Fragen, die nicht nur das Verhältnis Kanton-Bundesstaat, sondern auch die politischen Verhältnisse innerhalb der Kantone tangieren, wie beispielsweise im Jahre 1900 die beiden Volksinitiativen für die Volkswahl des Bundesrates und die Erhöhung der Mitgliederzahlen sowie für die Proporzwahl des Nationalrates.<sup>10</sup> Fragen, die direkt konfessionelle Unterschiede betreffen, treten in dieser Zeit nicht in Erscheinung. Ebenfalls in diese Zeit fällt die „föderalistische“ Initiative zur Abgabe eines Teils der Zolleinnahmen an die Kantone, die von einer Mehrheit in den katholischen Kantonen unterstützt wurde.

Aufgrund der Inhalte der Abstimmungen mit einer hohen Korrelation mit dem Katholikenanteil liegt die Annahme auf der Hand, dass der Zentrum-Peripherie-Konflikt im Zusammenhang mit der Konfession stärker zum Ausdruck kommt als der Staat-Kirche-Konflikt. Dieser findet sich im 19. Jahrhundert allenfalls im Bundesgesetz betreffend Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes und der Ehe. Die klassische Staat-Kirche-Vorlage, und zugleich die Vorlage die am stärksten mit dem Katholikenanteil korreliert, ist die Aufhebung des Jesuiten- und Klosterartikels in der Bundesverfassung, die jedoch erst 1973 zur Abstimmung kam. Ethisch-religiöse Fragen, welche ebenfalls mit dem Katholikenanteil korrelieren (Fristenlösung, 1977, -0.648, Gentechnologie 1992, -0.527), häufen sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

<sup>9</sup> Den katholischen Kantonen ist es in dieser Zeit gelungen, zahlreiche Bundesbeschlüsse und Bundesgesetze an der Urne zum Scheitern zu bringen. Höhepunkt bildete 1882 die Niederlage des „Schulvogts“, als es darum ging, den Vollzug des Art. 27 BV zu regeln. Hier kann von einer „obstruktionsmässigen Anwendung des Referendums“ gesprochen werden, welche die eidgenössische Gesetzgebung zu blockieren drohte (Gruner 1977: 35, 108). In der Folge hat dies zur Integration der Katholisch-Konservativen in die Regierungsverantwortung geführt. 1891 nahm mit Joseph Zemp der erste Vertreter der Konservativen im Bundesrat Einsitz. Diese Zeit wird auch heute immer wieder verwiesen, wenn über die Abkehr vom Konkordanzmodell für die Landesregierung diskutiert wird.

<sup>10</sup> Nicht uninteressant ist, dass bei der ersten Volksinitiative für die Einführung der Proporzwahl des Nationalrates (1900) praktisch nur die katholischen Kantone auf der Seite der Befürworter standen. Auch die beiden anderen Initiativen (1910 und 1918) korrelieren positiv mit dem Katholikenanteil, aber weniger stark. Die Gründe dafür liegen in der Benachteiligung der Katholiken durch die Einteilung der Wahlkreise.

Tabelle 12.1: Vorlagen, die mit dem Katholikenanteil in den Kantonen stark korrelieren

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	Katholiken-Anteil
236	O	20. Mai 1973	Bundesbeschluss über die Aufhebung des Jesuiten- und des Klosterartikels der Bundesverfassung (Art. 51 und 52)	54.9	0.932
43	I	4. November 1894	Volksinitiative 'zur Abgabe eines Teils der Zolleinnahmen an die Kantone'	29.3	0.908
12	O	19. April 1874	Totalrevision der Bundesverfassung	63.2	-0.902
19	F	21. Oktober 1877	Bundesgesetz betreffend die politischen Rechte der Niedergelassenen und Aufenthaltler und den Verlust der politischen Rechte der Schweizerbürger	38.2	-0.897
122	I	8. September 1935	Volksinitiative 'für eine Totalrevision der Bundesverfassung'	27.7	0.873
14	F	23. Mai 1875	Bundesgesetz über die politische Stimmberechtigung der Schweizerbürger	49.4	-0.865
13	F	23. Mai 1875	Bundesgesetz betreffend Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes und die Ehe	51.0	-0.850
114	O	15. März 1931	Bundesbeschluss über die Revision der Art. 76, 96, Abs. 1, und 105, Abs. 2, der Bundesverfassung (Amtsdauer des Nationalrats, des Bundesrats und des Bundeskanzlers)	53.7	0.840
28	F	11. Mai 1884	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Bundesstrafrechtes vom 4. Februar 1853	44.0	-0.840
27	F	11. Mai 1884	Bundesbeschluss betreffend die Patenttaxen der Handelsreisenden	47.9	-0.837
330	I	9. Juni 1985	Volksinitiative 'Recht auf Leben'	31.0	0.825
127	F	3. Juli 1938	Schweizerisches Strafgesetzbuch	53.5	-0.817
58	I	4. November 1900	Volksinitiative 'für die Volkswahl des Bundesrates und die Vermehrung der Mitgliederzahl'	35.0	0.815
33	F	17. November 1889	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs	52.9	-0.808
26	F	11. Mai 1884	Bundesgesetz betreffend die Organisation des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements	41.1	-0.805
110	I	12. Mai 1929	Volksinitiative 'für ein Branntweinverbot'	32.7	-0.790
29	F	11. Mai 1884	Bundesbeschluss betreffend Gewährung eines Beitrags von 10'000 Franken an die Kanzleikosten der schweizerischen Gesandtschaft in Washington	38.5	-0.787
55	O	13. November 1898	Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Artikels 64bis in die Bundesverfassung	72.4	-0.768
18	F	21. Oktober 1877	Bundesgesetz betreffend den Militärflichtersatz	48.4	-0.758
57	I	4. November 1900	Volksinitiative 'für die Proporzwahl des Nationalrates'	40.9	0.758
54	O	13. November 1898	Bundesbeschluss betreffend Revision des Artikels 64 der Bundesverfassung	72.2	-0.753

Anmerkung: Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Tabelle 12.1: Fortsetzung

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	Katholiken-Anteil
151	O	4. Juni 1950	Bundesbeschluss über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes	35.5	0.752
121	I	2. Juni 1935	Volksinitiative 'zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise'	42.8	-0.751
288	O	24. September 1978	Bundesbeschluss über die Gründung des Kantons Jura (Art. 1 und 80 BV)	82.3	0.749
135	I	25. Januar 1942	Volksinitiative 'für die Wahl des Bundesrates durch das Volk und die Erhöhung der Mitgliederzahl'	32.4	-0.744

Anmerkungen: O = obligatorisches Referendum, F = fakultatives Referendum, I = Initiative, G = Gegenvorschlag.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auf der Ebene des Bewusstseins die über die Konfessionszugehörigkeit operationalisierten Cleavages Staat-Kirche und Zentrum-Peripherie an Bedeutung eingebüsst haben. *Die Höhe des Anteils der Katholiken in einem Kanton bestimmt weniger als früher das Abstimmungsverhalten.* Eine mögliche Erklärung dafür ist auf der strukturellen Ebene zu suchen. Der Katholikenanteil ist in den protestantischen Kantonen im Laufe der Zeit angestiegen, so dass heute – mit Ausnahme des Kantons Bern – eigentlich nur noch gemischte und dominant katholische Kantone existieren. Dennoch ist davon auszugehen, dass nicht nur die konfessionelle Durchmischung, sondern auch Veränderungen auf der Werteebene für diesen Rückgang verantwortlich sind. Nicht die protestantischen Kantone sind den katholischen Kantonen ähnlicher geworden, sondern die Fragen, in denen sich die katholischen Kantone von den übrigen Schweizer Kantonen unterscheiden, haben an Bedeutung eingebüsst. Ansatzweise zeigen sich neue Unterschiede, welche jedoch stärker auf der ethisch-religiösen Ebene anzusiedeln sind.

### 12.2.2 Sprachregionale Unterschiede

Ethnische Unterschiede sind vor allem seit den 1970er Jahren wieder verstärkt als wichtige gesellschaftliche Konfliktlinien erkannt worden. Während in den 1960er Jahren noch davon ausgegangen wurde, dass mit zunehmender Modernisierung und Mobilität ethnische Unterschiede an Bedeutung verlieren würden, machten in den 1970er Jahren die ethnisch motivierten Auseinandersetzungen in Nordirland, im Baskenland und in den flämischen Provinzen darauf aufmerksam, dass diese Konflikte noch lange nicht der Vergangenheit angehören. Das wohl markanteste Beispiel für einen ethnischen Konflikt in der Schweiz ist der Jura-Konflikt, welcher ebenfalls in die 1970er Jahre fällt. Die Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien und in den ehemaligen Ostblock-Staaten zeugen in

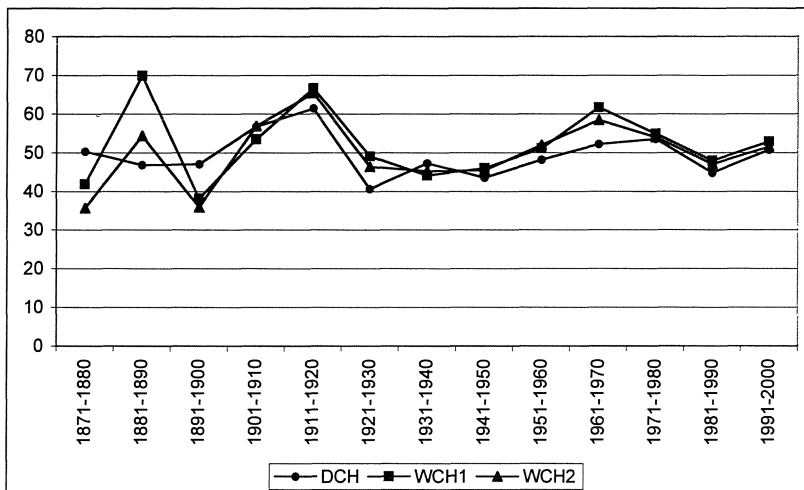
jüngster Zeit davon, dass ethnisch motivierte Cleavages zu ungleich härteren Auseinandersetzungen führen als religiöse und klassenorientierte Konflikte und nach wie vor virulent sind. Die Schweiz gehört zusammen mit Belgien und Spanien zu den Ländern mit der stärksten ethnischen Fragmentierung. Ebenfalls relativ stark fragmentiert sind Grossbritannien, Frankreich sowie die Niederlande, Finnland, Griechenland und Australien, welche grössere ethnische Minderheiten aufweisen (Lane/Ersson 1994: 75).

Ein Cleavage basierend auf unterschiedlichen Sprachen ist allgegenwärtiger als Klassen- oder Konfessionsunterschiede. Zumindest dürften die Hürden, die es bis zur Bewusstwerdung der Unterschiede zu überwinden gilt, tiefer liegen. In der Schweiz ist gerade in den letzten Jahren insbesondere nach der Ablehnung des EWR-Beitritts 1992 eine relativ breite Diskussion über die Problematik des „Röschtigrabens“ zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz entfacht. Es stellt sich die Frage, wie weit die Unterschiede zwischen den Sprachregionen in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen haben.

Sprachregionale Unterschiede in politischen Fragen lassen sich über einen *Vergleich der Abstimmungsergebnisse* in den französischsprachigen Kantonen (Waadt, Neuenburg, Genf und Jura) und den deutschsprachigen Kantonen relativ einfach messen. Kleinere Probleme ergeben sich bei der Zuordnung der gemischtsprachigen Kantone Wallis, Freiburg und Bern, sowie beim Kanton Tessin. Der Kanton Bern gehört, zumindest seit der Gründung des Kantons Jura (1979), trotz seiner Zweisprachigkeit eindeutig zu den Deutschschweizer Kantonen. Im Folgenden werden nebst der Gruppe der deutschsprachigen Kantone jeweils zwei Gruppen von Westschweizer Kantonen unterschieden: Eine Gruppe bestehend aus den rein französischsprachigen Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Jura (WCH1) sowie eine erweiterte Gruppe zu der auch die Kantone Freiburg, Wallis und der italienischsprachige Kanton Tessin gezählt werden (WCH2).

Die Entwicklung der *Mittelwerte der Ja-Stimmenanteile in den zu drei Sprachgruppen zusammengefassten Kantonen* wird in Abbildung 12.9 in Zehnjahresperioden aufgezeigt. Dabei wird deutlich, dass die Unterschiede wiederum im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts grösser waren als im 20. Jahrhundert. Besonders markante Unterschiede fallen in den 1880er Jahren ins Auge. Damals fand eine grössere Zahl von Abstimmungen statt, in denen sich die Kantone Waadt, Neuenburg und Genf deutlich von den Deutschschweizer Kantonen, insbesondere der Innerschweiz, unterschieden. Spitzenwerte erzielten dabei der Bundesbeschluss betreffend Patenttaxen der Handelsreisenden (1884) und das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (1889). Leicht grössere Unterschiede finden sich auch in den 1920er und 1960er Jahren. Von einer Zunahme der Differenzen in den 1990er Jahr ist jedoch in dieser Form der Darstellung nichts zu sehen.

Abbildung 12.9: Zustimmung: Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile in deutsch- und französischsprachigen Kantonen, 1872 bis 2000

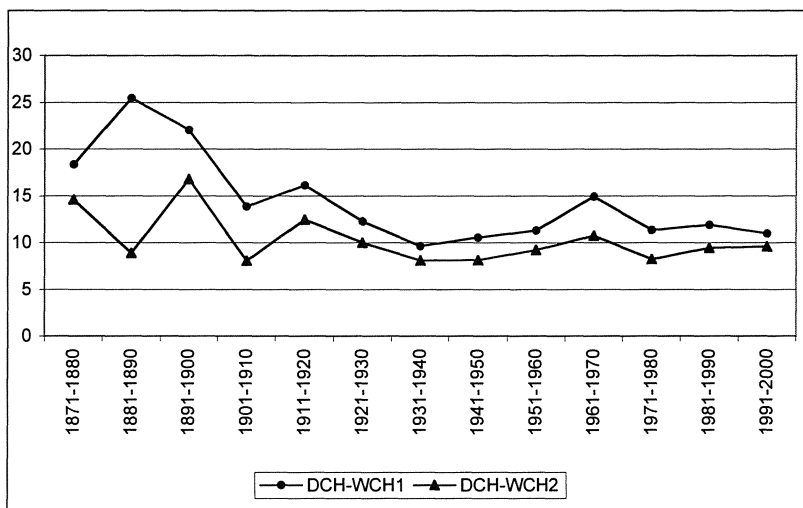


Anmerkungen: DCH = Deutschschweizer Kantone, WCH1 = Westschweizer Kantone (rein französischsprachige Kantone Waadt, Neuengburg, Genf und Jura), WCH2 = Westschweizer Kantone, erweiterte Gruppe (Waadt, Neuenburg, Genf und Jura sowie Freiburg, Wallis und Tessin).

Betrachten wir über alle nationalen Abstimmungen in der Zeit von 1872 bis Ende 2000 die *Differenz der durchschnittlichen Ja-Stimmenanteile* zwischen den Deutschschweizer Kantonen und den Westschweizer Kantonen, so zeigt sich, dass die Durchschnittswerte in den letzten 20 Jahren deutlich tiefer liegen als Ende des 19. Jahrhunderts, in der Zeit des ersten Weltkriegs und in den 1960er Jahren (vgl. Abbildung 12.10). Es zeigt sich weiter, dass wenn wir auch die Kantone Tessin, Freiburg und Wallis zur Gruppe der Welschen Kantone zählen, die Unterschiede zur Deutschschweiz geringer werden, was darauf hindeutet, dass diese Kantone in vielen Fragen eine Mittelstellung einnehmen. Der Rückgang ist jedoch weniger deutlich als beim konfessionellen Cleavage, und seit den 1920er Jahren lässt sich keine klare Abnahme mehr herauslesen. Die Werte liegen insgesamt auch höher als beim konfessionellen Cleavage, was darauf schliessen lässt, dass der Graben zwischen Deutsch- und Westschweiz tiefer ist als zwischen Protestanten und Katholiken.



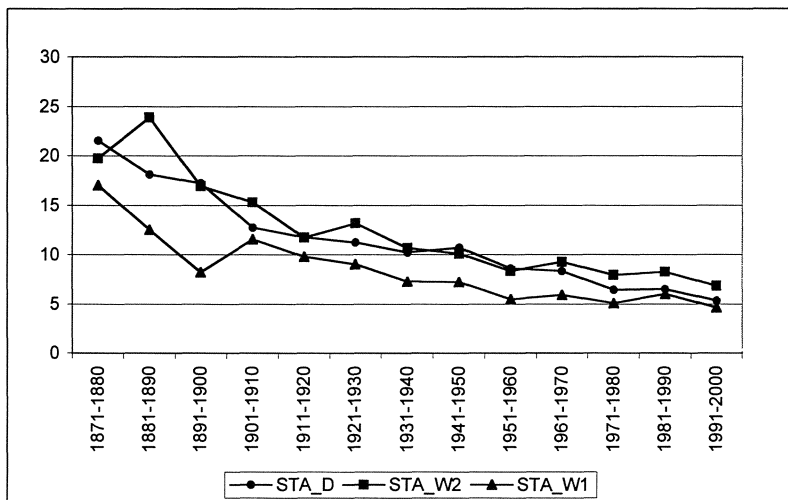
Abbildung 12.10: Cleavage-Tiefe: Differenz zwischen den durchschnittlichen Ja-Stimmenanteilen in deutsch- und französischsprachigen Kantonen, 1872 bis 2000



Anmerkungen: DCH = Deutschschweizer Kantone, WCH1 = Westschweizer Kantone (rein französischsprachige Kantone Waadt, Neuengburg, Genf und Jura), WCH2 = Westschweizer Kantone, erweiterte Gruppe (Waadt, Neuenburg, Genf und Jura sowie Freiburg, Wallis und Tessin).

Der Blick auf die *Cleavage-Geschlossenheit* zeigt, dass die Unterschiede zwischen den rein französischsprachigen Kantonen kleiner sind als die Unterschiede zwischen den deutschsprachigen Kantonen oder innerhalb der Gruppe der französisch- und gemischtsprachigen Kantone (vgl. Abbildung 12.11). Alle drei Gruppen von Sprachregionen sind aber in ihrem Abstimmungsverhalten homogener geworden. Die durchschnittliche Standardabweichung ist im Laufe der Zeit kontinuierlich kleiner geworden. Da aber gleichzeitig die durchschnittlichen Differenzen zwischen den Sprachregionen gleich geblieben sind, hat möglicherweise eine Intensivierung des sprachregionalen Cleavages statt gefunden.

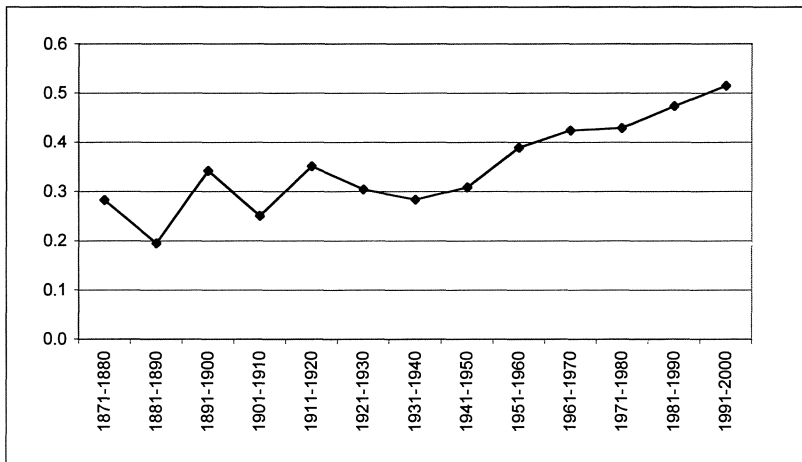
Abbildung 12.11: Geschlossenheit: Durchschnittliche Standardabweichung in den Sprachregionen, 1872 bis 2000



Tatsächlich bestätigt sich, wenn wir die durchschnittlichen (absoluten) Korrelationen zwischen der Sprachregion und dem Abstimmungsverhalten berücksichtigen, dass die *Intensität des sprachregionalen Cleavages* zugenommen hat. Abbildung 12.12 zeigt, dass es seit Beginn der 1950er Jahre immer häufiger zu Abstimmungen kommt, die mit der Sprachregion korrelieren respektive in denen sich das Abstimmungsverhalten in der Deutschschweiz von demjenigen in den französischsprachigen Kantonen und im Tessin deutlich unterscheidet. Auffallend ist auch, dass sich dieser Cleavage in den 1980er und 1990er Jahren noch intensiviert hat. Zusammen mit den anderen Beobachtungen heisst dies, dass zwar die absoluten Differenzen zwischen den Kantonen abgenommen haben, dass sich aber die Abstimmungsergebnisse in den letzten Jahren deutlicher nach Sprachregionen unterscheiden und es weniger Kantone gibt, die von den anderen Kantonen in ihrer Sprachgruppe abweichen.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Diese Ergebnisse decken sich mit den differenzierteren Analysen von Michael Hermann und Heiri Leuthold, die die Abstimmungsergebnisse zwischen 1981 und 2000 auf Ebene der Gemeinden untersuchen (vgl. NZZ Nr. 170, vom 25. Juli 2001).

Abbildung 12.12: Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Sprachregion, 1872 bis 2000



Anmerkungen: 1 = Deutschschweizer Kantone, 2 = Westschweizer Kantone (Waadt, Neuenburg, Genf, Jura, Freiburg, Wallis und Tessin).

Der Blick auf die *Abstimmungen*, welche mit der Zugehörigkeit zur nicht-deutschsprachigen Schweiz besonders *stark korrelieren* (vgl. Tabelle 12.2), bestätigt, dass ein grosser Teil dieser Abstimmungen in den letzten zehn Jahren stattgefunden hat. In jüngster Zeit unterscheidet sich das Abstimmungsverhalten der deutschsprachigen Kantone also deutlicher als früher vom Abstimmungsverhalten in den anderen Kantonen. Inhaltlich bestehen die Differenzen vor allem bei sozialpolitischen Vorlagen, wie bei den beiden Initiativen für die Einführung des flexiblen Rentenalters für Mann und Frau und gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen (2000), beim Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung (1999), beim Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, beim Bundesgesetz über die Krankenversicherung (1994), bei der Volksinitiative für eine soziale Krankenversicherung (1974) und bei der Volksinitiative für eine gesunde Krankenversicherung (1994). Weiter bestehen Differenzen bei verkehrspolitischen Vorlagen (gegen Gurten- und Schutzhelmbliogatorium 1980, gegen Tempo 100/130 1989, gegen die Erhöhung des Treibstoffzolls 1993). Dazu gesellen sich auch arbeitsrechtliche (Bundespersonalgesetz 2000), asylpolitische (Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich) und vor allem auch aussenpolitische Vorlagen (Beitritt der Schweiz zum Völkerbund 1920, Beitritt zum EWR 1992, nicht aber

beim UNO-Beitritt am 16. März 1986). Bei der Vorlage, welche die höchste Korrelation mit der Sprachzugehörigkeit aufweist, handelt sich um einen spezielle Frage, die die nachbarschaftlichen Beziehungen zu Frankreich betrafen und die 1923 abgelehnt wurde. Auffallend aber nicht unerwartet ist schliesslich, dass in der grossen Mehrheit der Vorlagen, die mit der Sprachregion stark korrelieren, die nicht-deutschsprachigen Kantone auf der Seite der Verlierer standen.

Tabelle 12.2: Vorlagen, die mit der Sprachregion stark korrelieren

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	Sprache
95	F	18. Februar 1923	Bundesbeschluss über die Ratifikation des am 7. August 1921 in Paris unterzeichneten Abkommens zwischen der Schweiz und Frankreich zur Regelung der Handelsbeziehungen und des freundschaftlichen Grenzverkehrs zwischen den ehemaligen Freizonen Hochsavoyens sowie der Landschaft Gex und den angrenzenden schweizerischen Kantonen	18.5	0.961
301	F	30. November 1980	Bundesgesetz über den Strassenverkehr, Änderung vom 21. März 1980 (Gurten- und Schutzhelmobligatorium)	51.6	-0.916
473	F	26. November 2000	Bundespersonalgesetz	67.0	-0.914
470	I	26. November 2000	Volksinitiative 'für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann'	46.0	0.913
458	F	13. Juni 1999	Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung	39.0	0.906
469	I	26. November 2000	Volksinitiative 'für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen'	39.0	0.903
358	I	26. November 1989	Volksinitiative 'pro Tempo 130/100'	38.0	0.901
389	F	7. März 1993	Bundesgesetz über die Erhöhung des Treibstoffzolles vom 9. Oktober 1992	54.5	-0.882
424	F	25. Juni 1995	Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, Änderung vom 7. Oktober 1994	46.4	0.880
83	O	16. Mai 1920	Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund	56.3	0.862
444	I	27. September 1998	Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»	41.5	0.848
216	F	19. Mai 1968	Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung	48.2	0.847
112	G	8. Februar 1931	Bundesbeschluss über das Volksbegehren um Revision des Artikels 12 der Bundesverfassung (Ordensverbot)	70.2	-0.843
198	F	3. Dezember 1961	Bundesbeschluss über die schweizerische Uhrenindustrie (Uhrenstatut)	66.7	0.842
455	F	13. Juni 1999	Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich	70.8	-0.840
437	F	28. September 1997	Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung	49.2	-0.834
439	O	7. Juni 1998	Bundesbeschluss über Massnahmen zum Haushaltsausgleich	70.7	-0.832
302	O	30. November 1980	Bundesbeschluss über die Aufhebung des Kantonsanteiles am Reinertrag der Stempelabgaben	67.3	-0.820

Anmerkung: Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Tabelle 12.2: Fortsetzung

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	Sprache
454	F	13. Juni 1999	Asylgesetz	70.6	-0.820
471	I	26. November 2000	Volksinitiative 'Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)'	38.0	0.817
303	O	30. November 1980	Bundesbeschluss über die Neuverteilung der Reineinnahmen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung aus der fiskalischen Belastung der gebrannten Wasser	71.0	-0.806
417	F	4. Dezember 1994	Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	72.9	-0.802
440	I	7. Juni 1998	Volksinitiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation (Gen-Schutz-Initiative)»	33.3	-0.801
304	O	30. November 1980	Bundesbeschluss über die Revision der Brotgetreideordnung des Landes	63.5	-0.799
368	F	23. September 1990	Bundesgesetz über den Strassenverkehr, Änderung vom 6. Oktober 1989	52.8	0.794
362	I	1. April 1990	Volksinitiative 'für eine freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil'	34.0	-0.793
289	F	3. Dezember 1978	Milchwirtschaftsbeschluss 1977	68.5	-0.792
415	F	4. Dezember 1994	Bundesgesetz über die Krankenversicherung	51.8	0.789
320	I	20. Mai 1984	Volksinitiative 'gegen den Ausverkauf der Heimat'	48.9	-0.789
372	F	2. Juni 1991	Militärstrafgesetz, Änderung vom 5. Oktober 1990	55.7	-0.785
245	I	8. Dezember 1974	Volksinitiative 'Soziale Krankenversicherung'	26.7	0.781
388	O	6. Dezember 1992	Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	49.7	0.780
37	O	18. Oktober 1891	Bundesbeschluss betreffend Revision von Art. 39 der Bundesverfassung	59.3	-0.779
448	F	29. November 1998	Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel	63.4	-0.771
360	I	1. April 1990	Volksinitiative 'für eine autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon'	32.7	-0.770
162	O	6. Juli 1952	Bundesbeschluss über die Deckung der Rüstungsausgaben	42.0	-0.769
422	F	25. Juni 1995	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, Änderung vom 7. Oktober 1994	60.7	-0.764
218	O	14. September 1969	Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch die Artikel 22ter und 22quater (Verfassungsrechtliche Ordnung des Bodenrechts)	55.9	0.764
416	I	4. Dezember 1994	Volksinitiative 'für eine gesunde Krankenversicherung'	23.4	0.763
38	F	18. Oktober 1891	Bundesgesetz betreffend den schweizerischen Zolltarif	58.1	-0.756
298	F	20. Mai 1979	Bundesbeschluss zum Atomgesetz	68.9	-0.755
447	I	29. November 1998	Volksinitiative «für eine vernünftige Drogenpolitik»	26.0	-0.748

Anmerkungen: O = obligatorisches Referendum, F = fakultatives Referendum, I = Initiative, G = Gegenvorschlag. Die Variable Sprachregion wurde wie folgt codiert: 0 = rein deutschsprachige Kantone, 1 = Freiburg, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura. Da es sich somit um eine dichotome Variable handelt, werden auch hier Pearson-Korrelationskoeffizienten ausgewiesen.

### 12.2.3 Der Klassen-Cleavage

Der Wählerstimmenanteil der Linken in der Schweiz ist im internationalen Vergleich tief (vgl. Bartolini 1997: 46). Entsprechend gehört die Schweiz auch nicht zu den Ländern, die – wie zum Beispiel Grossbritannien (vgl. Beyme 2000: 97) – vom Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, respektive zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum, dominiert wurden.

Lane/Ersson (1994: 92f.) operationalisieren den Klassen-Cleavage über den Organisationsgrad der Arbeiterschaft und das Ausmass des Klassenwählens.<sup>12</sup> Die Daten, die sie hinsichtlich der Einkommensverteilung präsentieren, sind je nach verwendetem Indikator unterschiedlich und lassen sich schwer interpretieren. Was den Organisationsgrad der Arbeiterschaft und das Ausmass des „Klassenwählens“ anbelangt, sind die Werte für die Schweiz hingegen tief, was auf eine geringere Ausprägung des Klassen-Cleavages schliessen lässt.

Verantwortlich für die geringere Bedeutung des Klassenkonflikts in jüngerer Zeit mag das auf Integration bedachte politische System der Schweiz sein. Herausragendes Beispiel dafür ist das „Friedensabkommen“ der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie von 1937 und die Wirtschaftsartikel von 1947, die eine verfassungsmässige Regelung der Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft verkörpern und Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinander verknüpften (vgl. Linder 1999: 51f.).<sup>13</sup> Der Streik der Arbeiter am Simplon 1901, der Genfer Generalstreik 1902 und der Generalstreik von 1918, sowie die Tatsache, dass die SP Ende der 1920er und in den 1930er Jahren, als sich im Zuge der Wirtschaftskrise die soziale Frage zuspitzte, in den meisten grösseren Städten Mehrheiten erzielte,<sup>14</sup> deuten darauf hin, dass dieser Cleavage auch für die Schweizer Geschichte nicht unbedeutend gewesen sein muss. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital manifestierte sich schon im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, vorwiegend in den industrialisierten und urbanen Kantonen. Schon früh verläuft in diesen Kantonen der Hauptgegensatz zwischen den von den ursprünglich vom Linksfreisinn abgespaltenen linken Gruppierungen und den bürgerlichen Parteien (Liberale, Radikale, Katholisch-Konservative) und nicht mehr entlang kulturhistorischer Differenzen zwischen Freisinnigen und Katholisch-Konservativen (vgl. Vatter 1998: 40).

Im Gegensatz zu der Konfession und der Sprachzugehörigkeit lassen sich bei der Berufsstruktur weniger eindeutig Gruppen von Kantonen bilden, was

<sup>12</sup> Für eine umfassende und vergleichende Analyse des Klassen-Cleavages vgl. Bartolini (1997) und Bartolini/Mair (1990).

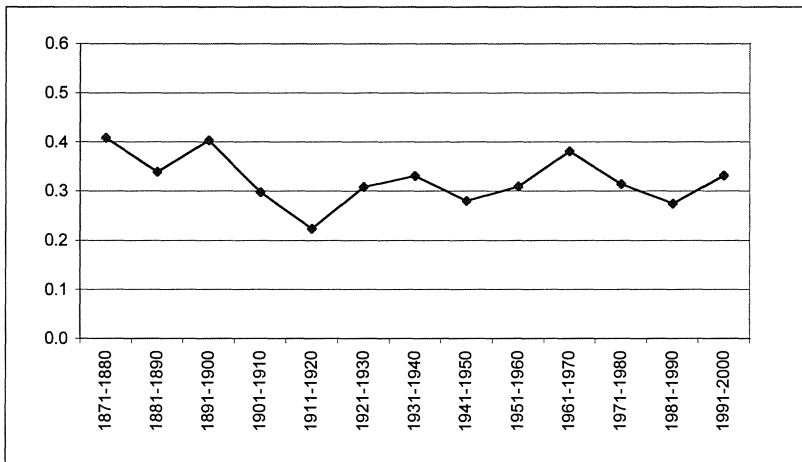
<sup>13</sup> Linder (1999: 51, Fn. 23) weist darauf hin, dass es bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts Gesamtarbeitsverträge zwischen einzelnen Arbeitgebern und Gewerkschaften gab. Auch Bartolini (1997: 202) merkt an, dass entsprechende Konfliktregelungsmechanismen mit kollektiven Verhandlungen schon um die Jahrhundertwende und im Vergleich zu anderen Ländern deutlich früher bestanden.

<sup>14</sup> Diese Städte gingen als „rotes Basel“, „rotes Zürich“, „rotes Genf“ und „rotes Lausanne“ in die Geschichte ein (vgl. den Artikel von Werner Seitz, „Das Vertrauen in die linken Problemlöser“, in der Weltwoche, 46, 16. November 2000).

nicht zuletzt auch damit zusammenhängt, dass zwar einzelne Gebiete innerhalb der Kantone stärker industrialisiert waren, diese aber insgesamt den Kanton nicht entsprechend zu prägen vermochten.<sup>15</sup> Entsprechend entfallen die Analysen über die Tiefe und die Geschlossenheit des Cleavages.

Die durchschnittlichen Korrelationen mit den Beschäftigten im Industriesektor zeigen keinen eindeutigen Trend (vgl. Abbildung 12.13).<sup>16</sup> Auffallend ist, dass die Durchschnittswerte nie die Stärke der Werte bei der Konfessionszugehörigkeit und der Sprachregion erreichen und im Mittel deutlich unter 0.400 zu liegen kommen.<sup>17</sup> Während in den 1970er und 1980er Jahren die Konfliktintensität eher etwas zurückgegangen ist, hat sie in den 1990er Jahren auf diesem wie erwähnt tiefem Niveau wieder etwas zugenommen.

Abbildung 12.13: Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Industrialisierungsgrad, 1872 bis 2000



Betrachtet man diejenigen *Abstimmungen*, welche mit dem Anteil Beschäftigter im Sekundärsektor *am stärksten korrelieren*, so lässt sich vermuten, dass es sich

<sup>15</sup> Stark industrialisiert waren beispielsweise der Jurabogen, Gebiete in den Kantonen Schaffhausen und Aargau und weite Teile der Ostschweiz (vgl. Schuler et al. 1986: 166).

<sup>16</sup> Da sich die Anteil der Beschäftigten im Industriesektor in den Kantonen über die Zeit hinweg relativ stark verändert haben (vgl. Abschnitt 10.3.1.2.), wurde für die Berechnung der Korrelationen zwischen 1872 und 1910, die Arbeiteranteile von 1888, zwischen 1911 und 1960 diejenigen von 1930 und zwischen 1961 und 2000 diejenigen von 1990 genommen.

<sup>17</sup> Grund für die tiefe Korrelation mag auch die mangelhafte Operationalisierung der strukturellen Basis des Klassen-Cleavages sein. Dies ist jedoch für die Argumentation im Folgenden bedeutungslos. Wandelt sich die strukturelle Basis in einer entscheidenden Masse, so verändert sich auch der Cleavage.

hierbei weniger stark um einen interkantonalen, sondern wohl eher um einen intra-kantonalen Cleavage handelt (vgl. Tabelle 12.3). Die Korrelationen sind – wie erwähnt – deutlich tiefer als bei den anderen drei Cleavages (keine Koeffizienten über 0.770). Auffallend ist, dass von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Korrelationen negativ sind. Das heisst mit anderen Worten: Ein hoher Anteil Beschäftigter im Industriesektor geht einher mit einem geringen Anteil an Ja-Stimmen, oder ein tiefer Anteil an Ja-Stimmen mit einem hohen Anteil Beschäftigter im Industriesektor. Dies deutet im Falle von Referenden darauf hin, dass es sich um die Abwehr von Vorlagen zugunsten anderer Gruppen handelte, und im Falle von Initiativen, dass es nicht zu einer Unterstützung der Anliegen durch Kantone mit grossen Beschäftigtenanteilen im Industriesektor kam. Ganz offensichtlich fehlen auch sozialpolitische Vorlagen und solche, die ganz allgemein im Interesse der Arbeiterschaft stehen, so dass davon ausgegangen werden kann, dass ein grösserer Anteil an Arbeitern in einem Kanton nur bedingt mit einem entsprechend grösseren Anteil an Leuten, welche klassenspezifische Forderungen unterstützen, einher geht.

Tabelle 12.3: Abstimmungen mit hohen Korrelationen zwischen Beschäftigungsanteilen im Industriesektor und Ja-Stimmenanteilen

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	w2.dyn
465b	G	24. September 2000	Gegenvorschlag zur Volksinitiative über eine Förderabgabe für erneuerbare Energien	47.0	-0.768
235	O	4. März 1973	Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung betreffend die Förderung der wissenschaftlichen Forschung	64.5	-0.762
151	O	4. Juni 1950	Bundesbeschluss über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes	35.5	-0.728
76	I	2. Juni 1918	Volksinitiative 'für die Einführung der direkten Bundessteuer'	45.9	0.711
62	I	25. Oktober 1903	Volksinitiative 'für die Wahl des Nationalrates aufgrund der Schweizer Wohnbevölkerung'	24.4	-0.711
435	I	8. Juni 1997	Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»	22.5	-0.707
286	F	28. Mai 1978	Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Forschung	43.3	-0.698
158	F	2. März 1952	Bundesbeschluss betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht für die Eröffnung und Erweiterung von Gasthöfen	46.1	-0.693
446	O	29. November 1998	Bundesbeschluss über einen befristet geltenden, neuen Getreideartikel	79.4	-0.693
232	G	3. Dezember 1972	Volksinitiative 'zur Einführung einer Volkspension'	15.6	-0.679
178	O	30. September 1956	Bundesbeschluss über die Revision der Brotgetreideordnung des Landes	38.7	-0.673

Anmerkung: Fortsetzung auf der nächsten Seite.



Tabelle 12.3: Fortsetzung

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	w2.dyn
170	F	20. Juni 1954	Bundesbeschluss über den Fähigkeitsausweis im Schuhmacher-, Coiffeur-, Sattler- und Wagnergewerbe	33.1	-0.672
53	F	20.02.1898	Bundesgesetz betreffend die Erwerbung und den Betrieb von Eisenbahnen für Rechnung des Bundes und die Organisation der Verwaltung der schweizerischen Bundesbahnen	67.9	0.663
453	O	18. April 1999	Bundesbeschluss über eine neue Bundesverfassung	59.2	-0.660
28	F	11.05.1884	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Bundesstrafrechtes vom 4. Februar 1853	44.0	0.659
224	O	7. Februar 1971	Bundesbeschluss über die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten	65.7	-0.657
114	O	15. März 1931	Bundesbeschluss über die Revision der Art. 76, 96, Abs. 1, und 105, Abs. 2, der Bundesverfassung (Amtsdauer des Nationalrats, des Bundesrats und des Bundeskanzlers)	53.7	-0.653
384	F	27. September 1992	Bundesgesetz über die Bezüge der Mitglieder der eidgenössischen Räte und über die Beiträge an die Fraktionen (Entschädigungsgesetz), Änderung vom 4. Oktober 1991	27.6	-0.652
159	F	30. März 1952	Bundesgesetz über die Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des Bauernstandes (Landwirtschaftsgesetz)	54.0	-0.648
409	F	20. Februar 1994	Luftfahrtgesetz (LFG), Änderung vom 18. Juni 1993	61.1	-0.647
228	O	5. März 1972	Bundesbeschluss betreffend die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 34septies über die Allgemeinverbindlicherklärung von Mietverträgen und Massnahmen zum Schutze der Mieter	85.4	-0.645
283	F	28. Mai 1978	Zeitgesetz	47.9	-0.642

Anmerkungen: O = obligatorisches Referendum, F = fakultatives Referendum, I = Initiative, G = Gegenvorschlag.

### 12.2.4 Der Stadt-Land-Cleavage

Warum haben sich agrarische Parteien in erster Linie in den skandinavischen Ländern und in den protestantischen Kantonen der Schweiz herausgebildet? Kriesi (1994: 226f.) fasst die Argumentation von Rokkan (1967) wie folgt zusammen: Entscheidend für die Entstehung der Bauernparteien waren die Lebens- und Produktionsbedingungen zurzeit als das allgemeine Wahlrecht erweitert und die Proporzwahlen eingeführt wurden. Die Städte und industriellen Zentren waren zu dieser Zeit verhältnismässig schwach, die Agrarbevölkerung setzte sich aus eigenständigen, unabhängigen Bauern zusammen, es bestanden grosse kulturelle Barrieren zwischen Stadt und Land und Widerstände gegen die Integration der landwirtschaftlichen Produktion in die kapitalistische Wirtschaft.

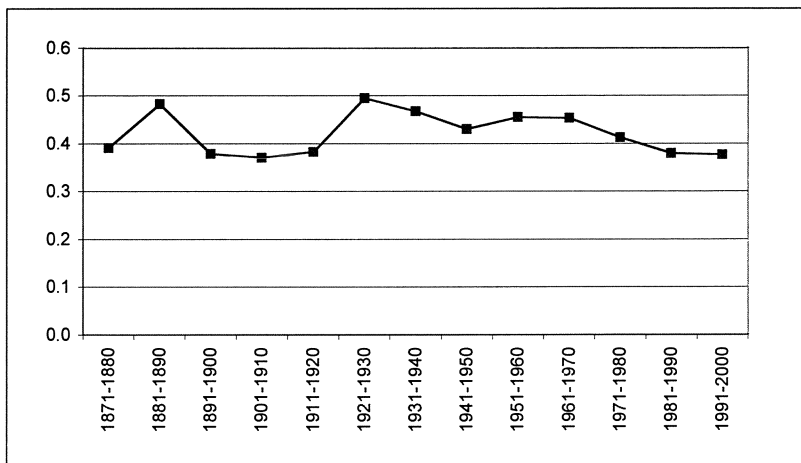
Wichtig war aber vor allem auch, dass der Einfluss der katholischen Kirche in diesen Gebieten relativ gering war.

Der Stadt-Land-Cleavage artikulierte sich in der Schweiz zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den reformierten Mittellandkantonen, als sich die Landbevölkerung und Teile des mittelständischen Gewerbes mit ihren Interessen gegenüber dem städtischen und wirtschaftsorientierten Bürgertum nicht mehr angemessen vertreten sahen. Daraus entstand die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), die Vorgängerin der heutigen SVP, die in einzelnen Kantonen so zum Beispiel in Zürich, Bern, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Waadt, Basel-Landschaft und Thurgau deutlich früher als die nationale Partei gegründet wurden (vgl. Abschnitt 14.4). In der grossen Mehrheit der katholischen Kantone konnte sich die SVP damals nicht ausbreiten. Dort wurde der Konflikt von der CVP aufgenommen respektive vermochte sich nicht in gleichem Masse zu formieren. Die Analyse des Abstimmungsverhaltens vermag aufzuzeigen, wie bedeutend der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft für das Abstimmungsverhalten damals gewesen war, und wie wichtig er noch heute ist.

Die *durchschnittlichen Korrelationen* mit dem Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft liegen etwas höher als im Fall des Kapital-Arbeit-Cleavages, erreichen aber ebenfalls nicht die Spitzenwerte der beiden anderen Cleavages (Staat-Kirche und Zentrum-Peripherie; vgl. Abbildung 12.14).<sup>18</sup> Mit Ausnahme der Periode 1881 bis 1890 liegen die Korrelationen bis ca. 1920 tiefer als in den darauf folgenden Jahren. Der Anstieg in den 1920er Jahren könnte erklären, weshalb sich in dieser Zeit die SVP zu formieren begann, er könnte aber auch das Produkt einer mobilisierenden und sich artikulierenden SVP sein. Da bereits vor dieser Zeit grössere Zusammenhänge zwischen Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft und Ja-Stimmenanteilen bestanden, deutet dies darauf hin, dass ein entsprechender Cleavage bereits vor der Phase der Herausbildung der SVP existierte und damit soziologisch-strukturell hergeleitet werden kann. Bei Vorlagen, die besonders stark mit dem Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft korrelieren, finden sich auch katholische Kantone, die allesamt einen grösseren Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft aufweisen, welche mit den protestantischen, ländlich orientierten Kantonen stimmen. Seit den 1960er Jahren geht die Konfliktintensität des Stadt-Land-Cleavages zurück. Das Aufkommen der SVP in den jüngsten Jahren steht in keinem Zusammenhang mit dem traditionellen Stadt-Land-Cleavage basierend auf dem strukturellen Element „Bauernstand.“

<sup>18</sup> Auch hier muss auf die Darstellung von Tiefe und Geschlossenheit des Cleavages verzichtet werden.

Abbildung 12.14: Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Beschäftigungsanteilen im ersten Sektor, 1872 bis 2000



*Vorlagen*, die mit dem Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft besonders *stark korrelieren* haben zu tun mit der Zollordnung (Abänderung des Bundesgesetzes betreffend den schweizerischen Zolltarif 1929, Wahrung der Volksrechte in Zollfragen 1923), welche generell für die Landwirtschaft von grosser Bedeutung ist sowie mit Fragen, welche einzelne Produktionsbereiche (Brotgetreideordnung 1956, Zuckerwirtschaft 1970, Branntweinverbot 1929) betreffen (vgl. Tabelle 12.4). Besonders ablehnend im Verhältnis zu den anderen äusserten sich die Kantone mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft auch in Fragen, welche vor allem im Interessen der Arbeiterschaft lagen (Volksinitiative für die Einführung der 40 Stunden-Woche 1976, Volksinitiative für die Einführung einer AHV 1925, Bundesgesetz über die AHV 1931, Volksinitiative gegen die Bodenspekulation 1967, Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung 1976), aber auch bei der Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (1998). Und auch bei der NA-Volksinitiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag (1993) wiesen die ländlichen Kantone weniger grosse Ja-Stimmenanteile aus als die übrigen Kantone, wenngleich auch sie der Vorlage klar zustimmten. Auffallend ist schliesslich, dass der grösste Teil der Vorlagen, die mit dem Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft besonders stark korrelieren, in die Zeit zwischen 1950 und 1980 fallen und dass eine ähnlich Häufung in den 1920er Jahren stattgefunden hat.

**Tabelle 12.4:** Abstimmungen mit hohen Korrelationen zwischen dem Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft und Ja-Stimmenanteil in den Kantonen

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	ws1.dyn
108	F	3. März 1929	Bundesgesetz betreffend Abänderung von Art. 14 des Bundesgesetzes vom 10. Oktober 1902 betreffend den schweizerischen Zolltarif	66.4	0.897
96	I	15. April 1923	Volksinitiative 'zur Wahrung der Volksrechte in der Zollfrage'	26.8	-0.891
396	I	26. September 1993	Volksinitiative 'für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag' (1. August-Initiative)	83.8	-0.846
178	O	30. September 1956	Bundesbeschluss über die Revision der Brotgetreideordnung des Landes	38.7	0.838
184	I	26. Januar 1958	Volksinitiative 'gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht'	25.9	-0.826
264	I	5. Dezember 1976	Volksinitiative 'für die Einführung der 40-Stunden-Woche'	22.0	-0.811
219	F	1. Februar 1970	Bundesbeschluss über die inländische Zuckerwirtschaft	54.2	0.809
299	I	2. März 1980	Volksinitiative 'betreffend die vollständige Trennung von Kirche und Staat'	21.1	-0.807
261	I	26. September 1976	Volksinitiative 'für eine Haftpflichtversicherung durch den Bund für Motorfahrzeuge und Fahrräder'	24.3	-0.796
110	I	12. Mai 1929	Volksinitiative 'für ein Branntweinverbot'	32.7	-0.785
87	O	22. Mai 1921	Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 37bis und eines Art. 37ter in die Bundesverfassung (Automobil und Fahrradverkehr, Luftschiffahrt)	59.8	-0.779
99	I	24. Mai 1925	Volksinitiative 'für eine Invaliditäts-, Alters- und Hinterlassenenversicherung' (AHV)	42.0	-0.777
225	O	6. Juni 1971	Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 24septies betreffend den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen	92.7	-0.775
129	I	22. Januar 1939	Volksinitiative 'zur Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Bürger' (Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit)	28.9	-0.769
197	I	22. Oktober 1961	Volksinitiative 'zur Einführung der Gesetzesinitiative im Bunde'	29.4	-0.766
169	O	6. Dezember 1953	Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 24quater betreffend den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung	81.3	-0.765

Anmerkung: Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Tabelle 12.4: Fortsetzung

Nr.	Typ	Datum	Text	CH	ws1.dyn
259	O	13. Juni 1976	Bundesbeschluss über eine Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung	68.3	-0.764
221	O	27. September 1970	Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 27quinquies betreffend die Förderung von Turnen und Sport	74.6	-0.760
442	F	27. September 1998	Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe	57.2	-0.759
115	F	6. Dezember 1931	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	39.7	-0.757
214	I	2. Juli 1967	Volksinitiative 'gegen die Bodenspekulation'	32.7	-0.756
93	I	3. Dezember 1922	Volksinitiative 'für die Einmalige Vermögensabgabe'	13.0	-0.749
277	O	4. Dezember 1977	Bundesbeschluss über die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes	37.6	-0.740
59	O	23. November 1902	Bundesbeschluss betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule durch den Bund	76.3	-0.737
283	F	28. Mai 1978	Zeitgesetz	47.9	-0.733

Anmerkungen: O = obligatorisches Referendum, F = fakultatives Referendum, I = Initiative, G = Gegenvorschlag.

### 12.3 Zusammenfassung der Analyse auf nationaler Ebene

Im Hinblick auf die Bestimmung der Cleavage-Struktur auf der Ebene des Cleavage-Bewusstseins in den einzelnen Kantonen wurden in diesem Kapitel die interkantonalen Cleavages untersucht. Als empirische Basis dienten die Abstimmungsergebnisse in den Kantonen bei sämtlichen eidgenössischen Vorlagen in der Zeit zwischen 1872 und 2000. Das Abstimmungsverhalten gibt Auskunft darüber, in welchen Fragen Unterschiede zwischen den Kantonen bestehen. Zudem lässt sich, und dies wird für die weiteren Analysen im nun folgenden Kapitel von Bedeutung sein, bestimmen, welche Vorlagen für die einzelnen Cleavages von Bedeutung sind.

Insgesamt zeigt sich, dass die Vorlagen in den Kantonen im Laufe der Zeit eher umstrittener geworden sind und es seltener zu ganz klaren Resultaten kommt. Dieser Trend lässt sich sowohl bei fakultativen und obligatorischen Referenden wie auch bei Initiativen feststellen. In den 1990er Jahren hat eine Trendumkehr stattgefunden und die Intensität ist wieder etwas zurückgegangen.

Was die Zustimmung der verschiedenen Kantone zu den einzelnen Vorlagen anbelangt, bestehen erhebliche und vor allem auch systematische Differenzen zwischen den Kantonen. Eine überdurchschnittliche Zustimmung finden die verschiedenen Vorlagen in den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Tessin und Genf, überdurchschnittlich viele Nein-Stimmen erhalten sie in den Kantonen Schwyz, Appenzell Innerrhoden und Wallis.

Von den vier Grund-Cleavages von Lipset/Rokkan (1967) wurden der Stadt-Land- und der Arbeit-Kapital-Cleavage separat, sowie der Staat-Kirche- und der Zentrum-Peripherie-Cleavage zusammen als konfessioneller Cleavage untersucht. Zusätzlich wurde auch der sprachregionale Cleavage berücksichtigt. Im Falle der Konfession und der Sprache handelt es sich primär um einen interkantonalen Cleavage, bei den Konflikten zwischen Arbeit und Kapital und zwischen Stadt und Land um intrakantonale Cleavages. Im ersten Fall lassen sich unterschiedliche Gruppen von Kantonen bestimmen, die sich gegenüberstehen, bei den beiden anderen Cleavages ist eine solche Einteilung weniger offensichtlich, so dass hier vor allem die Ausprägung auf der strukturellen Dimension berücksichtigt werden muss.

Zur Analyse der interkantonalen Cleavages wurden folgende Kennzahlen verwendet: Die durchschnittliche absolute Differenz zwischen dem Durchschnitt der Ja-Stimmenanteile gibt Auskunft über die Tiefe eines Cleavage, der Durchschnitt der Standardabweichungen über die Geschlossenheit oder Homogenität eines Cleavages und die Korrelation mit dem strukturellen Element und den Ja-Stimmenanteilen über die Intensität eines Cleavages. Tabelle 12.5 fasst die Ausprägungen und Unterschiede zusammen. Insgesamt zeigt sich für die konfessionellen und sprachregionalen Unterschiede, dass die Differenzen zwischen den Kantonen Ende des 20. Jahrhunderts geringer sind als Ende des 19. Jahrhunderts, dass die verschiedenen Gruppen von Kantonen in sich jedoch homogener geworden sind. Was die Intensität der Cleavages anbelangt, so hat der konfessionelle Cleavage an Intensität eingebüsst, während der sprachregionale intensiver geworden ist.<sup>19</sup> Bei den anderen beiden Cleavages zeigt sich auf tieferem Niveau keine klare Entwicklung, was in Anbetracht der rückläufigen Bedeutung der strukturellen Basis dieser beiden Cleavages nicht unbedeutend ist.

---

<sup>19</sup> Diese Erkenntnisse decken sich ziemlich gut mit Analysen von Individual-Daten (vgl. Trechsel 1994) oder mit komplexeren Untersuchungen der Abstimmungsergebnisse auf kommunaler Ebene (vgl. Hermann/Leuthold in der Neuen Zürcher Zeitung, Nr. 170 vom 25. Juli 2001, Seite 11).

Tabelle 12.5: Ausprägung und Entwicklung der Cleavages in einer interkantonalen Perspektive

<b>Cleavage</b>	<b>Tiefe</b>	<b>Geschlossenheit</b>	<b>Intensität</b>
Konfession (Staat-Kirche, Zentrum-Peripherie)	Stark abnehmend, ausgehend von einem hohen Niveau stark abnehmend	Zunehmend auf einem mittleren Niveau	Abnehmend, ausgehend von einem hohen Niveau
Sprachregion	Etwas abnehmend, ausgehend von einem etwas tieferen Niveau	Zunehmend, ausgehend von einer grossen Heterogenität Richtung starke Geschlossenheit	Starke Zunahme seit den 1950er Jahren
Arbeit-Kapital	-	-	Keine klare Entwicklung auf tiefem Niveau
Stadt-Land	-	-	Keine klare Entwicklung auf mittlerem Niveau

Betrachtet man die Abstimmungsvorlagen, welche mit der strukturellen Basis der verschiedenen Cleavages in besonderem Masse korrelieren, fällt insgesamt auf, dass es sich vor allem um defensive Positionen (Korrelationen mit negativen Vorzeichen bei obligatorischen und fakultativen Referenden und teilweise auch bei Initiativen) handelt. Daraus lässt sich schliessen, dass es bei diesen Vorlagen weniger um die Realisierung Cleavage-spezifischer Interessen als vielmehr um die Abwehr von Vorlagen, welche die eigenen Interessen schmälern oder welche anderen Gruppen entgegen kommen, ging. Besonders markant ist die grosse Bedeutung des Zentrum-Peripherie-Konfliktes Ende des 19. Jahrhunderts, welcher den Staat-Kirche-Konflikt zu überdecken scheint, sowie das Fehlen einer starken Unterstützung arbeiterspezifischer Forderungen in Kantonen mit einem hohen Anteil an Beschäftigten im Industriesektor. Der Arbeit-Kapital-Cleavage (zumindest gemessen an sozialpolitischen Anliegen) kommt über den sprachregionalen Cleavage (Deutschschweiz-Westschweiz) wesentlich deutlicher zum Ausdruck.

Im folgenden Kapitel wird auf der Basis der Cleavage-relevanten Vorlagen (d.h. denjenigen Vorlagen, die besonders stark mit der strukturellen Basis der entsprechenden Cleavages korrelieren) die Intensität der einzelnen Cleavages in den Kantonen über die Zeit hinweg und damit deren Cleavage-Struktur unter der Berücksichtigung des Aspekts des Wandels untersucht.

## 13 Das Cleavage-Bewusstsein: Intrakantonale Cleavages

Die Gestalt eines Parteiensystems wird durch die Cleavages bestimmt, welche die Gesellschaft dominieren. Kantonale Parteiensysteme widerspiegeln jedoch – so die implizite Annahme – nicht die nationalen Cleavages sondern die Cleavage-Struktur in den einzelnen Kantonen. Diese Annahme lässt sich für die Schweiz insofern rechtfertigen, als der Föderalismus die Bedeutung der kantonalen Ebene für die Parteien in besonderem Masse fördert. Zudem finden in der Schweiz keine eigentlichen nationalen Wahlen statt<sup>1</sup> und die Parteien sind organisatorisch in den Kantonen stärker verankert als auf nationaler Ebene (vgl. Fagagnini 1978, Neidhart 1986: 41, Seiler 1987: 119, Ladner 1999: 238, Ladner/Brändle 2001).

Im Folgenden wird auf der Basis der im vorangehenden Kapitel bestimmten Cleavage-relevanten Abstimmungen der *Wandel des Cleavage-Bewusstseins in den Kantonen* untersucht.<sup>2</sup> Anstoss dazu gibt folgende forschungsleitende Hypothese: Wenn Cleavages für die Herausbildung der Parteien und die Konstituierung der Parteiensysteme verantwortlich sind, dann haben Veränderungen in der Cleavage-Struktur auch Veränderungen im Parteiensystem zur Folge. Fallen die Entwicklung eines Cleavages und die Wahlerfolge der aus diesem Cleavage hervor gegangenen Parteien auseinander, so ist dies ein Indiz dafür, dass sich Parteien und Parteiensysteme wandeln, womit die „frozen party systems“-These von Lipset/Rokkan (1967) widerlegt wäre.

### 13.1 Operationalisierung des Cleavage-Bewusstseins in den Kantonen

Wenn die Bevölkerung nicht durch Cleavages in unterschiedliche Lager gespalten wird, dann ist ein politisches System homogen. Je weniger Cleavages vorhanden sind, desto geringer ist die Zahl der Parteien. Sind die Cleavages nur schwach ausgeprägt, sei dies weil sie nur einen kleinen Teil der Bevölkerung umfassen, oder sei es, weil die verschiedenen Lager nicht allzu stark auseinander liegen, so sind die Voraussetzungen für eine Verfestigung des Cleavages auf der Basis von Parteien schlecht. Verlieren Cleavages an Bedeutung, so schwindet die Existenzgrundlage der aus den Cleavages hervorgegangenen Parteien. Entstehen neue Cleavages, so müssten auch neue Parteien entstehen.

Die Cleavage-relevanten Abstimmungen, die im vorangehenden Kapitel aufgrund des unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens in den Kantonen be-

---

<sup>1</sup> Die Landesregierung (Bundesrat) wird von der vereinigten Bundesversammlung gewählt und die Wahlkreise für die beiden Kammern (National- und Ständerat) bilden die Kantone.

<sup>2</sup> Im Unterschied zu Kapitel 11 stehen hier nicht die strukturellen und organisationellen Elemente eines Cleavage im Vordergrund, sondern das Cleavage-Bewusstsein.



stimmt wurden, ermöglichen es auf der *Ebene des Bewusstseins*, die Cleavage-Struktur in den Kantonen zu bestimmen und ihre Entwicklung zu verfolgen. Folgende Annahmen liegen diesem Vorgehen zugrunde:

- Wenn sich die Stimmbevölkerung eines Kantons in einer Sachfrage einig ist, dann sind die Voraussetzungen für die Existenz eines Cleavages nicht gegeben.
- Stehen sich zwei gleich grosse Lager gegenüber, so ist die Intensität eines Cleavages am stärksten.
- Ein Kanton hat eine besonders differenzierte Cleavage-Struktur, wenn sich bei allen Abstimmungen relativ starke Lager gegenüber stehen. In diesen Kantonen ist auch ein ausgesprochen differenziertes Parteiensystem zu erwarten.
- Je stärker die Stimmbevölkerung bei Vorlagen, die vor allem für einen bestimmten Cleavage relevant sind, gespalten ist, desto gesicherter ist die Existenz der aus diesem Cleavage hervorgegangenen Partei und umgekehrt.

Cleavage-relevante Vorlagen sind solche, bei denen auf nationaler Ebene eine starke Korrelation mit den strukturellen Voraussetzungen des Cleavages (Konfession, Beschäftigte im Agrar- und Industriesektor, Sprachzugehörigkeit) und den Ja-Stimmenanteilen gefunden wurde.

Mit der Verknüpfung von strukturellen Merkmalen und Cleavage-Bewusstsein für die Bestimmung der Cleavage-relevanten Abstimmungen besteht allerdings die Gefahr, einem soziologischen oder strukturellen Determinismus zu verfallen. Wir werden im nächsten Kapitel noch einmal auf dieses Problem zurückkommen. Es wird argumentiert werden, dass das Cleavage-Konzept nur dann einen Sinn macht, wenn eine sozio-ökonomische, kulturelle oder demographische Basis besteht und wenn diese Basis nicht als grenzenlos wandelbar konzeptualisiert wird. Entsprechend ist eine strukturelle Verankerung nicht zu umgehen. Das Cleavage-Element Organisation und die Intensität des Bewusstseins liefern zudem die Möglichkeit, sich einem absoluten Strukturdeterminismus zu entziehen.

Die totale Cleavage-Intensität eines Kantons kann wie folgt berechnet werden:

$$C_{totk} = \frac{\sum_{i=1}^n \text{abs}(\text{abs}(\text{Ja}\% \text{VA}_i - 50) - 50)}{n}$$

Wobei  $\text{Ja}\% \text{VA}_i$  dem Ja-Stimmenanteil bei der Vorlage  $i$  und  $n$  der Gesamtzahl der Vorlagen entsprechen.

Für die Stärke des konfessionellen Cleavages gilt dann entsprechend:

$$C_{\text{konfk}} = \frac{\sum_{i=1}^n \text{abs}(\text{abs}(\text{Ja\%VA}_{\text{konf}_i} - 50) - 50)}{n}$$

Wobei  $\text{Ja\%VA}_{\text{konf}_i}$  dem Ja-Stimmenanteil bei der für den konfessionellen Cleavage relevanten Vorlage  $i$  und  $n$  der Gesamtzahl der Cleavage-relevanten Vorlagen entsprechen. Cleavage-relevante Vorlagen sind alle Vorlagen, bei denen zwischen den kantonalen Abstimmungsergebnissen und den Katholikenanteilen in den Kantonen eine Korrelation mit dem absoluten Wert von 0.500 gefunden wurde.

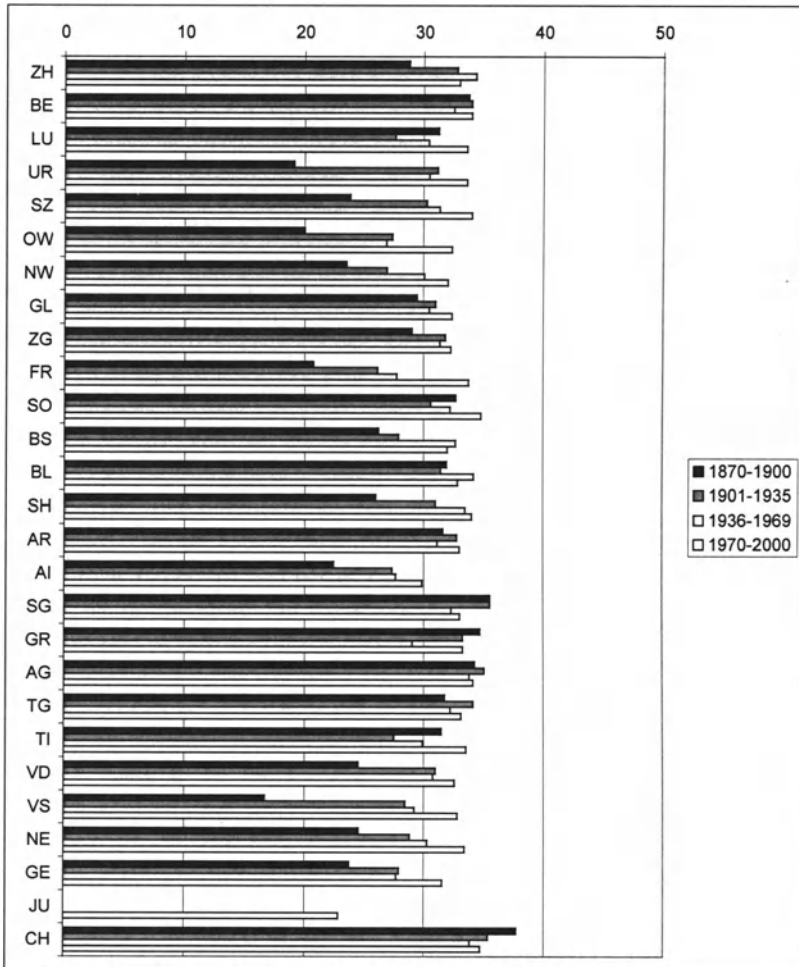
Entsprechend kann auch die Cleavage-Intensität des Agrar-Cleavages ( $C_{\text{agr}}$ ), des Arbeit-Kapital-Cleavages ( $C_{\text{klak}}$ ) und des sprachregionalen Cleavages ( $C_{\text{sprk}}$ ) berechnet werden. Hier werden zur Bestimmung der jeweiligen Cleavage-relevanten Abstimmungen die Korrelationen mit den Anteilen an Beschäftigten im Primär- und Sekundär-Sektor sowie mit der Zugehörigkeit zu einer Sprachregion berücksichtigt.

## 13.2 Wandel der totalen Cleavage-Intensität in den Kantonen

Betrachten wir die Gesamtheit der Vorlagen, so zeigt sich, dass im Durchschnitt der Kantone (CH) die *potentielle Cleavage-Intensität* leicht zurückgegangen ist (vgl. Abbildung 13.1). Die durchschnittlichen Ja-Stimmenanteile lagen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts näher bei 50 Prozent als im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, was darauf hinweist, dass damals die Abstimmungsvorlagen umstrittener waren. Aufgrund dieser Zahlen wird die Vorstellung in Zweifel gezogen, wonach der soziale Wandel die Abstimmungsvorlagen immer kontroverser werden lässt. Die Cleavage-Intensität scheint in den letzten Jahren nicht zugenommen zu haben.<sup>3</sup> Bei solchen Mittelwerten ist jedoch Vorsicht geboten, da sich Unterschiede gegenseitig aufheben können.

<sup>3</sup> Nicht berücksichtigt bei dieser Art der Analyse wird allerdings die Bedeutung der einzelnen Vorlagen. Die Annahme, dass das Ausmass der Konflikte insgesamt eher zurückgegangen ist, trifft nur unter der Voraussetzung zu, dass sich die Bedeutung der Vorlagen nicht verändert hat.

Abbildung 13.1: Ausmass und Veränderung der kantonalen Cleavage-Intensität, 1870 bis 2000



Anmerkungen: 0 = völlig unbestritten, Abstimmungsergebnis 100 Prozent zu null Prozent, 50 = völlig umstritten, Abstimmungsergebnis 50 Prozent zu 50 Prozent.

Auf der Ebene der einzelnen Kantone kommt der Wandel deutlicher zum Ausdruck. Zwei Muster lassen sich unterscheiden:

- In einer ersten Gruppe von Kantonen (Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Freiburg, Basel-Stadt, Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf) hat ausgehend von einer tiefen Cleavage-Intensität ein Wandel zu konfliktträchtigerem Abstimmungsverhalten stattgefunden.
- In der zweiten Gruppe von Kantonen (alle anderen Kantone) hat sich die Cleavage-Intensität nicht wesentlich verändert.

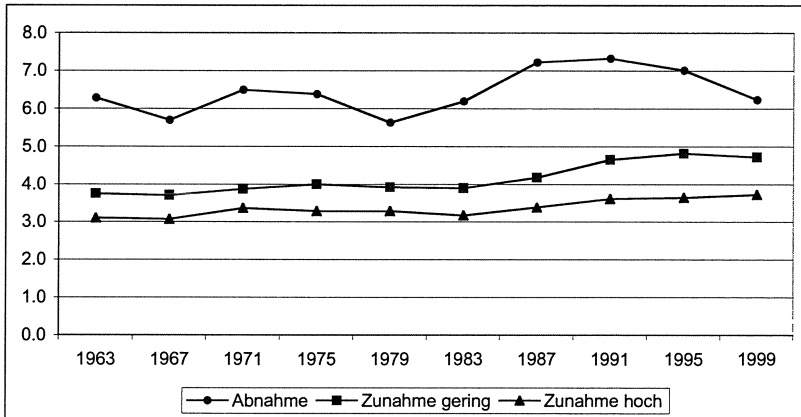
Besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der *Zahl und der Intensität von Cleavages* und der *Existenz von politischen Parteien*, so kann davon ausgegangen werden, dass mit der Zunahme der totalen Cleavage-Intensität auch die Zahl der Parteien zunimmt. Mit den hier vorliegenden Daten kann nun diese Annahme überprüft werden. Allerdings liegen für die Zeit vor 1970 keine befriedigenden Daten zur Zahl der Parteien in den einzelnen Kantonen vor, so dass wir uns auf das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts beschränken müssen. Konkret heisst dies, dass wir die Veränderung der Cleavage-Intensität zwischen dem zweiten und dem dritten Drittel des 20. Jahrhunderts vergleichen und schauen, wie sich die Zahl der Parteien verändert hat. Hinsichtlich der Veränderung der totalen Cleavage-Intensität zwischen dem zweiten und dem dritten Drittel des 20. Jahrhunderts lassen sich drei Gruppen von Kantonen unterscheiden:

- Kantone mit einer rückläufigen Cleavage-Intensität (Zürich, Basel-Stadt und Basel-Landschaft).
- Kantone mit einer leichten Zunahme (null bis zwei Prozent): Bern, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, St. Gallen, Aargau, Thurgau und Waadt.
- Kantone mit einer mittleren bis starken Zunahme (mehr als zwei Prozent): Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Freiburg, Appenzell Innerrhoden, Graubünden, Tessin, Wallis, Neuenburg und Genf.

Auffallend ist, dass dort wo die Cleavage-Intensität zurückgegangen ist, die Zahl der Parteien am höchsten ist, und dass dort, wo die Cleavage-Intensität stark zugenommen hat, die Zahl der Parteien am tiefsten liegt (vgl. Abbildung 13.2). Die Durchschnittswerte zeigen zudem, dass die Zahl der Parteien in den Kantonen, in denen die Cleavage-Intensität in der Zeit von 1970 bis 2000 höher lag als zwischen 1936 und 1969, die Zahl der Parteien angestiegen ist. Dies spricht dafür, dass die Zunahme der Konflikte zu einem ausdifferenzierten Parteiensystem führt. Allerdings ist die Zahl der Parteien zuerst auch dort angestiegen, wo die Cleavage-Intensität rückläufig war. Seit den 1990er Jahre ist in diesen Kantonen die Zahl der Parteien jedoch fast wieder auf das Ausgangsniveau zurückgegangen. Ganz offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen der Cleavage-

Intensität gemessen auf der Ebene des Bewusstseins und der Zahl der Parteien, auch wenn dieser alles andere als perfekt ist.

Abbildung 13.2: Veränderung der Cleavage-Intensität und Veränderung der effektiven Zahl der Parteien, 1963 bis 2000



### 13.3 Wandel des Staat-Kirche- und des Zentrum-Peripherie-Cleavages

Der Zentrum-Peripherie-Cleavage sowie der Staat-Kirche-Cleavage sind für die Schweiz – wie bereits erwähnt – kaum auseinander zu halten. Der erste Cleavage umfasst den Konflikt zwischen den Verfechtern eines mehr oder weniger zentralistischen Nationalstaates und den Föderalisten, der zweite Cleavage dreht sich um die Auseinandersetzungen zwischen den religiösen und den säkularisierten/laizistischen Teilen der Bevölkerung, wobei diese Auseinandersetzungen in den gemischten Kantonen durch den konfessionellen Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten überlagert wurden. Dass diese beiden Cleavages vor allem auch im Hinblick auf die Analyse der Parteiensysteme schwer zu trennen sind, zeigt sich daran, dass beide für die Herausbildung der Parteien-Diade FDP-CVP verantwortlich sind. Die in den protestantischen Kantonen teilweise die Rolle der CVP übernehmende EVP ist in ihrer Bedeutung marginal geblieben.

Zwei wichtige historische Ereignisse zeugen davon, dass der Staat-Kirche- und der Zentrum-Peripherie-Cleavage nicht nur latent vorhanden waren, sondern sich auch im Bewusstsein der Bevölkerung niederschlugen. Es sind dies der *Sonderbundskrieg* (1847), bei dem es in erster Linie um die Frage der Gründung eines mehr oder weniger zentralistischen Bundesstaates ging und die in der Revisionsbewegung („Ein Recht – ein Heer“, vgl. Dürrenmatt 1957: 698) ihre

Fortsetzung fand, sowie der *Kulturkampf* im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in dessen Mittelpunkt die Auseinandersetzung um die Vorherrschaft zwischen Staat und Kirche (Schule, Verstaatlichung des Zivilstandswesens, Verbot der Neugründung von Klöstern usw.) stand.

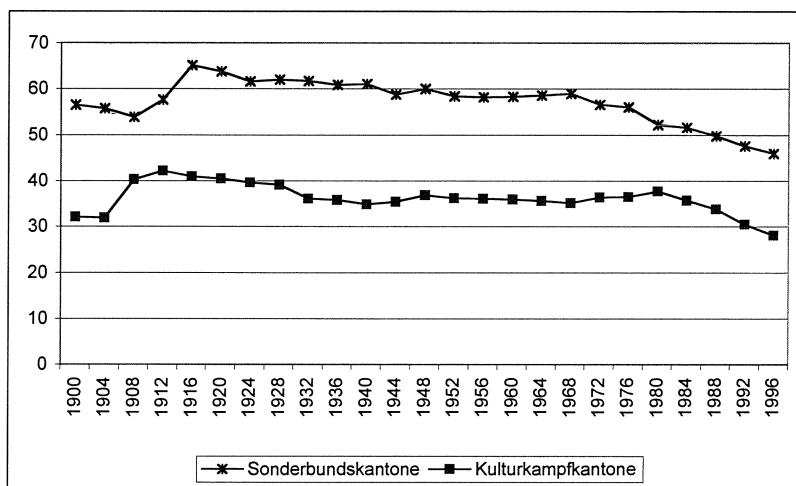
- Im Sonderbundskrieg (1847) sahen sich die katholischen und antizentralistischen Kantone Uri, Nid- und Obwalden, Schwyz, Wallis, Zug, Luzern und Freiburg mit Demokraten, Radikalen und Liberalen konfrontiert. Der Krieg endete mit einer Niederlage des Sonderbundes und einem vorübergehenden Verlust der Vormachtstellung der Katholisch-Konservativen in ihren Hochburgen.
- Der Kulturkampf war demgegenüber weniger ein interkantonaler sondern vielmehr ein intrakantonaler Konflikt. Vom Kulturkampf verschont blieben vor allem katholisch-konservative oder einheitlich reformierte Gebiet (vgl. Stadler 1996: 547ff.).<sup>4</sup> Besonders heftig war der Kulturkampf in den Kantonen Bern (Berner Jura), Luzern, Solothurn, Aargau, St. Gallen, Tessin und Genf, wo die Unterschiede zwischen Katholisch-Konservativen und Liberalen/Radikalen teilweise zu einer Trennung des gesellschaftlichen Lebens führten. Nicht nur standen sich mit den Vorgängerorganisationen von FDP und CVP in einer Reihe dieser Kantone die beiden Lager in der Politik gegenüber, sondern es gab auch getrennte Gesangs-, Turn- und Schützenvereine.

Beide Ereignisse waren für die Herausbildung der kantonalen Parteiensysteme bedeutungsvoll. Während sich in den Sonderbundskantonen eine über lange Zeit dominante CVP herauszubilden vermochte, blieb in den Kulturkampf-Kantonen der Parteienwettbewerb CVP-FDP dominierend. Aus Abbildung 13.3 geht hervor, dass in den Sonderbundskantonen die CVP immer deutlich stärker gewesen ist als in den Kulturkampfkantonen und bis in die 1980er Jahre hinein im Durchschnitt über die absolute Mehrheit verfügte.<sup>5</sup> Ebenfalls zeigt sich, dass der Rückgang der Wählerstimmenanteile in Sonderbundskantonen früher (bereits in den 1970er Jahren) einsetzte als in den Kulturkampfkantonen (1980er Jahren).

<sup>4</sup> Die Bezeichnung „Kulturkampfkanon“ wird je nach Quelle unterschiedlich verwendet. Nach Dürrenmatt (1957: 692ff.) waren vom Kulturkampf vor allem die Kantone Bern, Luzern, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Aargau und Thurgau betroffen. Stadler (1996: 381ff.) erwähnt in seinem Standardwerk über den Kulturkampf vor allem den Berner Jura und Genf sowie die „Nebenkriegsschauplätze“ St. Gallen, Tessin, Aargau, Basel, Solothurn und Thurgau. Obwohl von den Auseinandersetzungen nicht völlig verschont, behandelt Stadler die Kantone Neuenburg, Schaffhausen, Waadt, Glarus, Graubünden, Appenzell Innerrhoden, Wallis, Schwyz, Freiburg, Zug als konfliktfreie Zonen (Stadler 1996: 547ff.).

<sup>5</sup> Der Kanton Luzern gehört sowohl zu den Kulturkampfkantonen wie auch zu den Sonderbundskantonen. Die Mittelwerte zu Beginn des Jahrhunderts sind allerdings weniger aussagekräftig, da nur von wenigen Kantonen Wahldaten vorliegen.

Abbildung 13.3: Durchschnittliche Wählerstimmenanteile der CVP in den Sonderbunds- und den Kulturkampfkantonen, 1900 bis 1996



Anmerkungen: „Sonderbundskantone“ waren die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Wallis, Freiburg und Luzern. „Kulturkampfkantone“ waren Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau, Tessin.

Das *Cleavage-Bewusstsein des konfessionellen Cleavages* manifestiert sich, so ist zu erwarten, im Abstimmungsverhalten in den Kantonen. Da sich die Schweizer Kantone relativ einfach nach der dominanten Konfession unterscheiden lassen, können aufgrund der Abstimmungsergebnisse in den Kantonen auch relativ einfach die Cleavage-relevanten Abstimmungen bestimmt werden. Besteht eine hohe Korrelation zwischen den Ja-Stimmenanteilen und den Anteilen an Katholiken in einem Kanton, kann angenommen werden, dass für das unterschiedliche Abstimmungsverhalten die auf diesen Cleavage zurückzuführenden unterschiedlichen Einstellungen verantwortlich waren. Eine hohe Cleavage-Intensität ist in den gemischten Kantonen und in den Kulturkampfkantonen zu erwarten, während die Cleavage-Intensität in den dominant katholischen Kantonen tief sein dürfte.

Ende des 19. Jahrhunderts weist die Cleavage-Intensität in den einzelnen Kantonen bei Vorlagen, welche auf nationaler Ebene für den konfessionellen Cleavage-relevant gewesen sind (d.h. bei denen die Ja-Stimmenanteile stark mit den Katholikenanteilen in den Kantonen korrelierten), folgendes Muster auf (vgl. Tabelle 13.1):

- In den Kulturkampfkantonen Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau, Thurgau und Tessin – wie auch in den Kantonen Bern, Zug, Basel-Landschaft, nicht aber in Genf und Basel-Stadt – war die Intensität des konfessionellen Cleavages ausgesprochen gross ( $> 30$ ).
- Die Sonderbundskantone Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Freiburg und Wallis (Ausnahmen sind Luzern und Zug) weisen eine geringere Intensität des konfessionellen Cleavages auf ( $< 25$ , teilweise  $< 20$ ).
- Die protestantischen Kantone (Zürich, Glarus, Basel-Stadt, Schaffhausen, Waadt und Neuenburg, Ausnahmen sind Bern und Basel-Landschaft) verfügen über eine mittlere Cleavage-Intensität (25 - 30).
- Die konfessionell gemischten Kantone Graubünden, Aargau, St. Gallen weisen eine besonders hohe Cleavage-Intensität ( $> 35$ ) auf (Ausnahme Genf).



Tabelle 13.1: Cleavage-Intensitäten bei Abstimmungen, welche für den religiösen Cleavage relevant sind, 1870 bis 2000

	1. Periode: 1870-1900	2. Periode: 1901-1935	3. Periode: 1936-1969	4. Periode: 1970-2000	Periode 4 – Periode 1	Periode 4 – Periode 3
UR	14.1	31.1	26.8	30.4	16.3	3.6
OW	18.3	26.1	20.8	27.9	9.6	7.1
VS	16.8	26.7	24.9	27.7	11.0	2.9
FR	20.6	23.9	22.9	30.9	10.3	8.0
NW	23.7	24.7	25.8	28.6	4.9	2.8
SZ	23.9	28.6	26.1	32.0	8.1	5.9
ZG	31.2	30.4	28.8	29.2	-2.1	0.3
AR	32.2	32.8	28.5	32.4	0.2	3.9
LU	33.7	28.0	27.6	31.1	-2.6	3.5
SO	37.5	35.0	30.6	33.2	-4.3	2.6
TI	36.8	31.4	29.2	32.1	-4.7	2.8
JU				15.0	15.0	15.0
GE	25.5	34.1	29.4	29.8	4.2	0.3
SG	37.2	37.7	29.5	31.7	-5.5	2.3
GR	37.7	35.2	26.2	31.3	-6.4	5.1
AG	38.4	38.9	31.3	33.2	-5.2	1.9
AI	19.8	26.2	21.6	28.6	8.8	7.0
NE	24.9	32.8	29.6	30.5	5.6	0.9
SH	27.1	33.6	32.8	31.4	4.3	-1.4
BS	27.8	34.0	34.1	28.7	0.9	-5.4
VD	29.6	33.9	30.1	30.1	0.5	-0.1
GL	29.9	32.3	29.0	32.5	2.6	3.5
ZH	30.2	35.7	34.1	30.7	0.4	-3.4
TG	34.0	34.0	29.6	31.4	-2.5	1.9
BL	34.1	32.3	34.3	29.7	-4.4	-4.7
BE	36.5	36.4	32.6	32.5	-4.0	-0.1
CH	41.0	37.4	32.7	33.2	-7.8	0.5

Wie hat sich die Intensität des konfessionellen Cleavages über die Zeit hinweg entwickelt? Gesamtschweizerisch haben wir im vorangehenden Kapitel eine Abnahme der Bedeutung des religiösen Cleavages festgestellt. Trifft dies auch für die Kantone zu?

Besonders auffallend sind die Veränderungen in den Kantonen Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Freiburg, Appenzell Innerrhoden und Wallis, in denen es

im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu ganz klaren Abstimmungsergebnissen gekommen ist, und in denen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts die Stimmbevölkerung in entsprechenden Fragen stärker gespalten ist und damit auch die Intensität des konfessionellen Cleavages zugenommen hat. Sehr schön zeigt sich auch, wie in den Kulturkampfkantonen (Tessin, Solothurn, Luzern, St. Gallen, Aargau), welche Ende des 19. Jahrhunderts über eine hohe Cleavage-Intensität verfügten, die Intensität zurückgeht. Auch in den konfessionell gemischten Kantonen ist die Entwicklung rückläufig, während sich in den protestantischen Kantonen keine klare Entwicklung herauslesen lässt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Intensität des Staat-Kirche Konflikts dort wo sie gross war – also in der Regel in den Kulturkampfkantonen, in den gemischten und in einem Teil der protestantischen Kantone – zurückgeht oder in Einzelfällen stagniert, während sie dort wo sie tief war – also in den dominant katholischen Gebieten – zunimmt. Für die kantonalen Parteiensysteme in Bezug auf den religiösen Cleavage heisst dies, dass sich die Kantone ähnlicher werden. In gewissen katholischen Kantonen werden die für diesen Konflikt wichtigen Fragen kontroverser, in den anderen verlieren sie an Bedeutung. In Bezug auf die CVP heisst dies: Dort wo die Intensität zurückgeht, wird die Existenzberechtigung der CVP untergraben, dort wo die Intensität zunimmt, erwächst der CVP, sofern es sich um eine Hochburg handelt, Konkurrenz.

Zur Überprüfung des Zusammenhangs zwischen der Veränderung der Cleavage-Intensität und der Wahlerfolge der CVP werden ausgehend von der Entwicklung der Cleavage-Intensität folgende Gruppen von Kantonen gebildet:

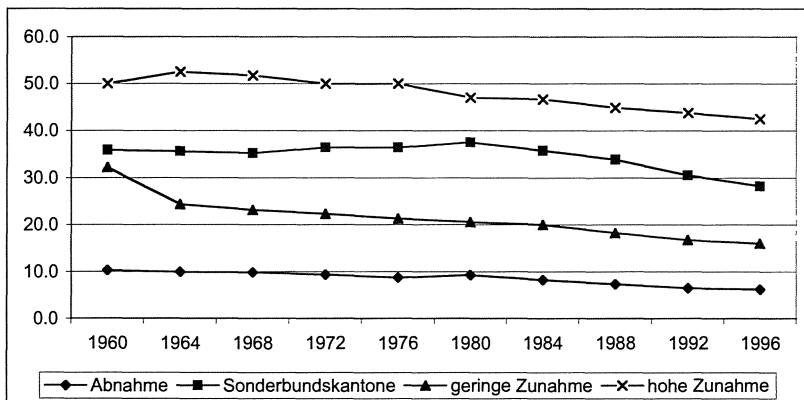
- Kantone, in denen die Intensität des religiösen Cleavages zurückgegangen ist (Zürich, Bern, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Waadt).
- Kantone, in denen die Intensität des religiösen Cleavages leicht (null bis zwei Prozent) zugenommen hat (Zug, Thurgau, Neuenburg, Genf).
- Kantone, in denen die Intensität des religiösen Cleavages mittel bis stark (mehr als zwei Prozent) zugenommen hat (Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Glarus, Freiburg, Appenzell Ausserrhoden, Innerrhoden, Graubünden, Wallis).
- Sonderbundskantone, bei denen die Intensität zwar zugenommen hat, die aber bereits früher eine hohe Intensität hatte (Aargau, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Tessin).

Abbildung 13.4 verdeutlicht, dass der *durchschnittliche Wählerstimmenanteil* der CVP in sämtlichen Gruppen von Kantonen zurückgegangen ist. Auffallend sind wiederum die Sonderbundskantone, in denen sich die CVP bis Ende der 1970er Jahre auf hohem Niveau konstant halten konnte und in denen der Rückgang der Wählerstimmenanteile der CVP seither am ausgeprägtesten war. Etwa

zum gleichen Zeitpunkt setzte auch der Rückgang in den anderen Kantonen ein, in denen die Cleavage-Intensität ebenfalls abgenommen hat. Allerdings spielt sich der Rückgang in diesen mehrheitlich protestantischen Kantonen auf deutlich tieferem Niveau ab. In den mehrheitlich katholischen Kantonen, in denen die Cleavage-Intensität am stärksten angestiegen ist, ging der (ausgesprochen hohe) Wählerstimmenanteil der CVP schon einige Zeit früher zurück, wie auch in der eher heterogenen Gruppe der Kantone mit einer leichten Zunahme der Intensität.

Es zeigt sich also, dass ausgehend vom Cleavage-Bewusstsein im Falle des konfessionellen Cleavages eine stärkere Spaltung in diesen Fragen in den dominant katholischen Kantonen nicht mit einer Stärkung der CVP einhergeht. Dies hängt zum einen mit der dominanten Stellung der CVP in diesen Kantonen zusammen, die sich darin ausdrückt, dass die Partei zum Teil deutlich mehr als die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Zum anderen ist in diesen Kantonen die CVP nicht aus einem intrakantonalen Konflikt hervorgegangen. Die CVP war die Monopolpartei, die sich über den nationalen Konflikt mit der zentralistisch und anti-klerikal orientierten FDP definierte. Dies kompliziert die weiteren Analysen insofern, als dass eine Intensivierung eines Konflikts nicht zwangsläufig mit einer Stärkung der Wählerstimmenanteile der aus diesem Konflikt hervorgegangenen Partei einhergehen muss. Die Abnahme der Konflikt-Intensität führt demgegenüber, wie erwartet, zu einem Rückgang der Wählerstimmenanteile der CVP.

Abbildung 13.4: Veränderung der Intensität des religiösen Cleavage und Wandel der durchschnittlichen Wählerstimmenanteile der CVP, 1960 bis 1996



### 13.4 Wandel des Klassen-Cleavages

Aufschluss über das Cleavage-Bewusstsein im Fall des Klassengegensatzes geben die Abstimmungsergebnisse bei Vorlagen, welche die Interessen der Arbeiterschaft tangieren, d.h. die mit dem Anteil an Beschäftigten im Industriesektor stark korrelieren. Dabei interessiert zuerst, ob in den letzten 100 Jahren immer dieselben Kantone den Arbeiterinteressen besonders positiv gegenüberstanden oder ob hier ein Wandel stattgefunden hat. Vor dem Hintergrund der gewandelten Bedeutung des Beschäftigtenanteils im Industriesektor in einzelnen Kantonen ist zu erwarten, dass heute nicht mehr dieselben Kantone wie früher besonders „arbeiterfreundlich“ sind. Gehen wir davon aus, dass dieser Cleavage nach wie vor relevant ist, so müssten heute andere Kantone besonders hohe Ja-Stimmenanteile bei Vorlagen aus der Arbeiterschaft aufweisen. Oder mit anderen Worten: Stimmenanteile und Anteil Beschäftigter im Sekundärsektor müssten zu jedem Zeitpunkt miteinander korrelieren. Drei Einschränkungen gilt es allerdings anzufügen:

- Die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses ist hier grösser als beim religiösen Cleavage, da der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung deutlich kleiner ist. Es ist zwar plausibel aber eben statistisch nicht belegbar, dass es jeweils die vielen Arbeiter sind, welche besonders arbeiterfreundlich stimmen.
- Die Abstimmungsvorlagen sind alles andere als homogen und widerspiegeln die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Arbeiterschaft. Vor allem in neuerer Zeit hat die Linke innerhalb der Arbeiterbewegung Forderungen (z.B. 40-Stunden-Woche) vorgebracht, welche von den Arbeitern nicht vollumfänglich unterstützt wurden. Zudem kann es bei „Arbeitervorlagen“ auch vorkommen, dass die Forderungen von einem Teil der Linken nicht unterstützt werden, weil sie zu wenig radikal sind.
- Ganz ähnlich wie beim Katholikenanteil hat auch beim Arbeiteranteil die Einwanderung die Relationen zwischen den Kantonen verändert. Ein grosser Teil der Beschäftigten im Sekundärsektor, vor allem in der Westschweiz, sind heute Ausländer, welche von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen sind.

Bezüglich der *Cleavage-Intensität des Klassen-Cleavages* (gemessen an der Kontroversität der Vorlagen, die mit dem Anteil der Beschäftigten im Sekundärsektor korrelieren) zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen den Kantonen in der vierten Beobachtungsperiode (1970 bis 2000) deutlich geringer sind als im letzten Drittel des vorangehenden Jahrhunderts (vgl. Tabelle 13.2). Das heisst, dass sich in Kantonen, in denen sich in „Klassenfragen“ häufig zwei relativ starke Lager gegenüberstanden, die Situation eher entschärft oder zumindest nicht weiter polarisiert hat, während in Kantonen, in denen die Verhältnisse relativ

klar waren, die Konflikte in diesen Fragen eher zugenommen haben. Der Blick auf die Kantone, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine geringe Cleavage-Intensität aufweisen (Uri, Obwalden, Freiburg, Wallis) zeigt zudem, dass es sich hier um Kantone handelt, die zu dieser Zeit einen sehr tiefen Anteil an Beschäftigten im Industriesektor hatten. Kantone mit einem grossen Anteil an Beschäftigten im Industriesektor zu dieser Zeit (Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Appenzell Innerrhoden, Basel-Landschaft, Neuenburg, St. Gallen, Zürich) weisen mehrheitlich eine höhere Cleavage-Intensität aus, so dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass in „Arbeiter-Kantonen“ bei diesen Fragen die Auseinandersetzungen ausgeblieben sind, weil sich die grosse Mehrheit auf die Seite der Arbeiterschaft gestellt hätte.

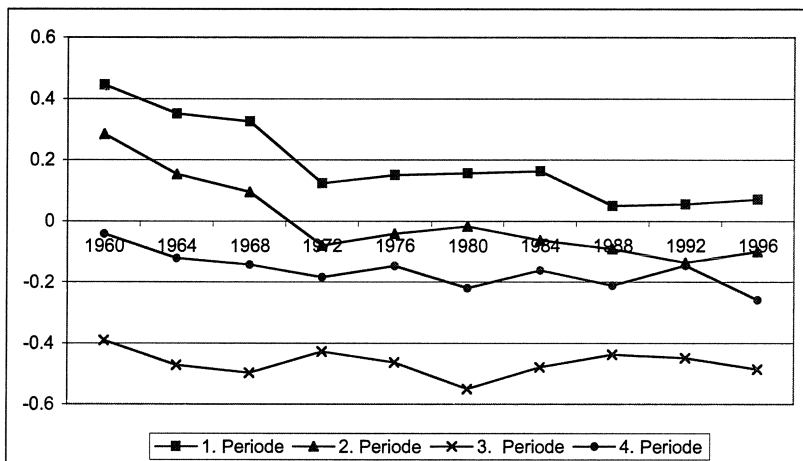
Da sich für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts kein klares Muster herauslesen lässt, welches eine Gruppierung der Kantone erlauben würde, soll im Folgenden der Zusammenhang zwischen Cleavage-Intensität und Wählerstimmenanteilen der Linken untersucht werden. Die Hypothese lautet, dass dort wo die Cleavage-Intensität im Konflikt Arbeit-Kapital gross ist, tendenziell auch der Wähleranteil der Klassenparteien höher liegt. Geringe Intensität heisst hier im Gegensatz zu den dominant katholischen Kantonen nicht, dass die SP den Kanton politisch dominiert, sondern dass sie dort schlecht vertreten ist.

Auch hier gilt es anzufügen, dass die kantonalen Wahldaten vor den 1960er Jahren sehr lückenhaft sind. Die Ergebnisse sind jedoch aufschlussreich. Aus Abbildung 13.5 geht hervor, dass die Cleavage-Intensität des Klassen-Cleavages, wie sie für die vierte Periode (1970 bis 2000) ermittelt wurde, nicht positiv mit dem Wählerstimmenanteil der SP korreliert. Im besten Fall ist die Beziehung negativ. Die einzigen nennenswerten positiven Korrelationen zwischen den Wählerstimmenanteilen der SP und der Cleavage-Intensität finden sich für die erste Periode (1870 bis 1900). Mit anderen Worten heisst dies, dass die SP heute nicht dort stark ist, wo der Cleavage Arbeit-Kapital die Gesellschaft am ehesten in zwei starke Lager spaltet. Der Erfolg der SP lässt sich also aufgrund der hier vorliegenden Daten nicht mit der Intensität des Arbeit-Kapital-Cleavages erklären.

Tabelle 13.2: Wandel der Intensität beim Arbeit-Kapital-Cleavage, 1870 bis 2000

	1. Periode: 1870-1900	2. Periode: 1901-1935	3. Periode: 1936-1969	4. Periode: 1970-2000	Periode 4 – Periode 1	Periode 4 – Periode 3
VS	11.7	30.3	32.7	32.7	21.0	0.0
UR	14.7	36.5	36.7	32.1	17.3	-4.6
OW	14.7	32.2	33.2	32.2	17.5	-1.1
FR	18.4	24.2	31.0	31.4	12.9	0.4
AI	20.9	28.7	34.1	29.0	8.1	-5.0
NW	21.1	31.3	36.8	32.1	11.1	-4.7
NE	23.9	35.4	31.9	30.0	6.1	-1.9
GE	25.2	34.5	31.6	24.9	-0.3	-6.7
SZ	25.4	34.1	38.5	32.1	6.6	-6.5
BS	26.8	33.3	29.3	29.8	3.0	0.5
GL	27.6	30.3	32.8	31.3	3.7	-1.5
ZH	27.8	36.8	32.2	32.7	4.9	0.5
SH	30.1	33.2	32.5	33.2	3.1	0.6
VD	30.7	31.5	31.8	29.1	-1.6	-2.7
AR	31.1	33.9	32.1	33.1	2.1	1.0
TI	31.5	30.1	31.9	30.2	-1.2	-1.6
TG	31.6	36.7	34.5	32.5	0.9	-2.0
ZG	32.1	35.5	34.7	32.4	0.4	-2.2
LU	34.4	34.3	36.3	33.6	-0.8	-2.6
BL	35.9	30.1	32.4	31.3	-4.6	-1.1
BE	36.4	37.3	33.1	32.6	-3.8	-0.5
SG	36.4	38.5	35.8	33.2	-3.2	-2.6
SO	38.1	35.0	33.4	33.1	-5.0	-0.2
AG	38.2	36.0	35.4	34.0	-4.2	-1.4
GR	38.4	34.3	31.9	33.0	-5.4	1.1
JU				21.8	21.8	21.8
CH	41.7	38.0	35.6	33.5	-8.3	-2.1

Abbildung 13.5: Korrelationen zwischen der Cleavage-Intensität des Klassen-Cleavages und den Wählerstimmenanteilen der SP, 1960 bis 1996



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Korrelationen der für die jeweiligen Perioden ermittelten Cleavage-Intensität mit den Wählerstimmenanteilen der SP in den einzelnen Legislaturperioden. 1. Periode = Werte der Cleavage-Intensität für die Zeit zwischen 1870 und 1900 korreliert mit den Wählerstimmenanteilen nach 1960. 2. Periode: 1901 bis 1935; 3. Periode: 1936 bis 1969; 4. Periode: 1970 bis 2000.

### 13.5 Wandel des Stadt-Land-Cleavages

Das Aufkommen des Stadt-Land-Cleavages hat in der Schweiz nicht in allen Kantonen zur Gründung einer neuen Partei geführt. In den katholischen Gebieten vermochte die integrierende Kraft der Konfession eine Abspaltung zu verhindern. Entscheidend dürfte zudem gewesen sein, dass die Differenzen zwischen Stadt und Land in diesen Gebieten weniger ausgeprägt waren, liegen die Zentren in der Schweiz doch mehrheitlich in protestantischen Gebieten. Entsprechend drängt es sich auf, die *Entwicklung des Cleavage-Bewusstseins* in Fragen, die agrarische und urbane Interessen spalten, auch getrennt nach den dominierenden Konfessionen zu betrachten. Die primäre Unterscheidung verläuft jedoch zwischen ländlichen Kantonen und solchen mit einem urbanen Zentrum. Insgesamt lassen sich, wenn wir die beiden Dimensionen einander gegenüberstellen, sechs Gruppen von Kantonen unterscheiden (vgl. Tabelle 13.3).

Tabelle 13.3: Städtische und ländliche Kantone aufgeschlüsselt nach Konfession

Konfessionen	Urbane Kantone	Rurale Kantone
Katholisch	LU, ZG, TI	UR, SZ, OW, NW, FR, VS, AI, JU
Gemischt	SG, GE	AG, GR, SO
Protestantisch	ZH, BS, BE, VD, NE	GL, BL, SH, AR, TG

Mit Ausnahme von Basel-Stadt und Genf gibt es in der Schweiz keine dominant städtischen Kantone. Zur Gruppe der urbanen Kantone können alle Kantone gezählt werden, in denen eine grössere Stadt die Herausbildung eines Cleavages zwischen Stadt und Land ermöglicht. Dementsprechend werden auch Kantone wie Bern und Waadt, die über weite Strecken landwirtschaftlich geprägt sind, aufgrund der Städte Bern und Lausanne den urbanen Kantonen zugeordnet. Aber auch der Kanton Zürich verfügt über eine ausreichend grosse Zahl an ländlichen Gemeinden, so dass sich hier ein entsprechender Cleavage herausbilden konnte. Folgende Unterschiede lassen sich erkennen (vgl. Tabelle 13.4):

- Bei den katholischen Kantonen unterscheiden sich die urbaneren Zug, Luzern und Tessin relativ klar von den rural geprägten Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Freiburg und Wallis. Während erstere eine relativ konstant hohe Cleavage-Intensität aufweisen, war bei letzteren die Konfliktivität bei Vorlagen, die stark mit dem Anteil der Beschäftigten im Primärsektor korrelieren, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts tief, und sie ist im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts auch nicht auf ein gleich hohes Niveau angestiegen.
- Betrachten wir nur die urbanen Kantone, so scheint die Religion von geringerer Bedeutung zu sein. Der Verlauf der Konfliktivität ist sich sehr ähnlich in den konfessionell unterschiedlichen Kantonen Bern, St. Gallen sowie Luzern und Tessin, die über eine verhältnismässig hohen Konfliktivität im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verfügten. Dasselbe gilt auch für die Kantone Zürich, Basel-Stadt, Waadt, Neuenburg, Genf und Zug, bei denen die Konfliktintensität anfänglich tiefer lag. Dass sich in Kantonen wie Luzern und St. Gallen nicht schon früher eine SVP herausgebildet hat, lässt sich mit dem Fehlen von Konflikten in agrarischen Fragen also nicht erklären.
- Unter den ruralen Kantonen verlaufen die Unterschiede zwischen den katholischen und den gemischt konfessionellen bzw. protestantischen Kantonen. Bei letzteren war die Konfliktintensität schon Ende des 19. Jahrhunderts deutlich höher, was erklärt, warum sich in einigen dieser Kantone



(Aargau, Schaffhausen, Basel-Landschaft, Thurgau) die BGB (heutige SVP) herauszubilden begann.

- Betrachten wir die protestantischen Kantone, so lag Ende des 19. Jahrhunderts die Cleavage-Intensität in den ruralen Gebieten höher als in den Städten.

Grundsätzlich wäre zu erwarten, dass die Cleavage-Intensität des Stadt-Land-Konflikts sowohl in rein agrarischen Kantonen wie auch in völlig urbanen Kantonen tief ist und hoch in solchen Kantonen, in denen ein urbanes Zentrum ländlich-agrarischen Gemeinden gegenübersteht. Diese Annahme lässt sich nicht vollumfänglich bestätigen. Es zeigt sich, dass sowohl rurale Kantone wie auch urbane Kantone eine hohe Cleavage-Intensität im Stadt-Land-Konflikt aufweisen. Besonders sticht aber hervor, dass ländliche, katholische Kantone bei Fragen, welche mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft korrelieren, früher deutlich homogener gestimmt haben.

Tabelle 13.4: Entwicklung der Cleavage-Intensität des Stadt-Land-Cleavages, 1870 bis 2000

	1. Periode: 1870-1900	2. Periode: 1901-1935	3. Periode: 1936-1969	4. Periode: 1970-2000	Periode 4 – Periode 1	Periode 4 – Periode 3
LU	30.8	27.2	30.0	32.1	1.3	2.2
ZG	27.2	31.7	30.0	31.6	4.4	1.6
TI	34.7	29.8	33.3	34.0	-0.7	0.7
SG	35.1	36.8	31.1	32.1	-3.0	1.0
GE	25.6	28.5	31.6	31.0	5.4	-0.6
ZH	26.8	34.2	34.5	33.5	6.6	-1.0
BE	32.0	35.5	34.1	33.2	1.2	-1.0
BS	23.1	29.1	33.9	32.5	9.5	-1.3
VD	27.5	29.5	32.4	32.1	4.6	-0.3
NE	21.6	33.6	31.5	33.7	12.1	2.2
UR	14.4	33.5	29.4	31.0	16.6	1.6
SZ	20.3	30.8	29.2	30.3	10.0	1.1
OW	18.2	26.0	24.3	27.9	9.7	3.5
NW	22.4	27.2	28.6	29.5	7.1	0.9
FR	19.7	22.6	27.4	32.7	13.0	5.3
AI	16.1	26.1	23.9	25.2	9.1	1.3
VS	17.6	27.9	28.3	31.3	13.8	3.1
JU				19.5	19.5	19.5
SO	33.1	32.2	32.9	33.6	0.5	0.8
GR	34.9	33.1	28.1	32.1	-2.9	3.9
AG	37.5	37.2	33.7	33.1	-4.4	-0.6
GL	29.9	31.2	30.2	30.8	0.9	0.6
BL	32.4	32.5	35.3	32.8	0.5	-2.5
SH	23.1	32.2	33.9	33.2	10.1	-0.8
AR	32.4	32.8	30.0	31.1	-1.3	1.1
TG	30.4	33.8	31.0	31.1	0.7	0.2
CH	37.0	35.9	34.5	34.1	-2.9	-0.4

### 13.6 Wandel des sprachregionalen Cleavages

Auf nationaler Ebene wird in der Schweiz in der Regel davon ausgegangen, dass, von Ausnahmen wie der Lega abgesehen, sprachregionale Unterschiede für das Parteiensystem nicht strukturbildend waren und sind. Das Zusammenbringen und Zusammenhalten der verschiedenen Kantonen und Sprachregionen kann als grosse Integrationsleistung der nationalen Parteiorganisationen betrachtet werden. Nur in einigen gemischtsprachigen Kantonen haben sich entlang der Sprachgrenzen verschiedene Parteien gleicher ideologischer Herkunft herausgebildet. So gibt es in den deutsch- und französischsprachigen Kantonen Wallis, Freiburg und Bern in der SP und der CVP jeweils eine deutsch- und eine französischsprachige Sektion (vgl. Ladner/Brändle 2001: 46f.).

Der sprachregionale Cleavage ist im Prinzip ein interkantonaler Cleavage (französischsprachige Kantone gegen deutschsprachige Kantone).<sup>6</sup> Entsprechend macht die Frage nach der Entwicklung der Bedeutung dieses Cleavages innerhalb der einzelnen Kantone auf den ersten Blick wenig Sinn. Vorlagen, die stark mit der Zugehörigkeit zu einer Sprachregion korrelieren, sind in den einzelnen Kantonen wenig umstritten.

Tabelle 13.5 zeigt jedoch, dass die Konfliktintensität in den einzelnen Kantonen und über die verschiedenen Zeitperioden durchaus im Bereich der anderen Cleavages liegt, was darauf schliessen lässt, dass dieser Cleavage, respektive was sich darunter subsumieren lässt, die Schweizer Kantone nicht stärker aber auch nicht weniger stark spaltet als die anderen. Zudem zeigen die Abstimmungskampagnen, dass die Westschweizer Kantone je nach Art der Vorlage wechselnde Verbündete in den Deutschschweizer Kantonen finden: die Linken in sozialpolitischen Fragen, die kleinen Kantone der Innerschweiz bei föderalistischen Anliegen, die Konservativen in der Drogenpolitik und die Wirtschaft bei Umweltanliegen.

Auffallend ist, dass sich die französischsprachigen Kantone in Fragen, die im interkantonalen Vergleich mit der Sprachregion korrelieren, Ende des 19. Jahrhunderts deutlich einiger waren als die deutschsprachigen Kantone. Auffallend ist weiter, dass das Ausmass der Auseinandersetzungen bei solchen Vorlagen Ende des 20. Jahrhunderts in deutsch- und französischsprachigen Kantonen gleich gross zu sein scheint.

---

<sup>6</sup> Allerdings bestehen innerhalb der Kantone vereinzelt auch regionale Parteihochburgen, die sich auf ethnisch-kulturelle Unterschiede zurückführen lassen. So z.B. in Graubünden und im Berner Jura.

Tabelle 13.5: Entwicklung der Cleavage-Intensität des Sprachkonflikts, 1870 bis 2000

	1. Periode: 1870-1900	2. Periode: 1901-1935	3. Periode: 1936-1969	4. Periode: 1970-2000	Periode 4 – Periode 1	Periode 4 – Periode 3
ZH	30.1	30.4	36.4	33.9	3.8	-2.5
BE	36.4	32.2	33.1	35.1	-1.3	2.0
LU	31.1	27.9	33.5	33.9	2.8	0.4
UR	30.7	29.1	31.3	33.8	3.1	2.5
SZ	33.9	27.8	33.5	33.5	-0.4	0.1
OW	23.3	29.9	29.5	32.3	9.1	2.9
NW	29.0	26.5	32.4	32.6	3.6	0.2
GL	31.2	30.1	31.6	32.4	1.2	0.8
ZG	32.5	33.4	34.9	33.2	0.7	-1.7
SO	29.7	31.1	33.9	36.2	6.5	2.4
BS	27.2	25.5	36.1	33.9	6.8	-2.1
BL	30.1	30.2	36.5	34.4	4.3	-2.1
SH	26.9	27.9	35.2	34.8	7.9	-0.4
AR	32.6	31.5	34.0	32.7	0.1	-1.3
AI	29.9	30.7	31.3	29.6	-0.3	-1.7
SG	38.2	32.7	35.8	33.3	-4.9	-2.5
GR	32.8	30.8	29.6	33.6	0.8	4.0
AG	27.4	31.2	35.4	34.5	7.1	-0.9
TG	30.1	34.6	35.0	33.1	3.0	-1.9
FR	17.6	27.8	29.8	35.1	17.5	5.3
VS	14.3	27.7	29.2	33.6	19.3	4.5
VD	16.4	29.7	30.5	33.3	16.9	2.8
NE	23.8	27.5	30.1	34.2	10.5	4.1
GE	16.6	27.6	28.2	32.8	16.2	4.6
JU				25.0		25.0
TI	26.1	25.7	27.2	34.7	8.7	7.5
CH	41.4	34.3	36.1	35.8	-5.6	-0.3

### 13.7 Fazit

In diesem Kapitel wurde für die einzelnen Kantone die Intensität des Konfessions- (stellvertretend für den Staat-Kirche- und den Zentrum-Peripherie-Cleavage), des Stadt-Land-, des Arbeit-Kapital- und des sprachregionalen Cleavages auf der Ebene des *Cleavage-Bewusstseins* untersucht. Als empirische Ba-

sis dienten dabei sämtliche eidgenössischen Abstimmungsvorlagen in der Zeit zwischen 1872 und 2000. Dabei wurde von folgender Annahme ausgegangen: Je umstrittener die Abstimmungsergebnisse bei den Cleavage-relevanten Vorlagen in den Kantonen sind, desto günstiger sind die Voraussetzungen, dass dieser Cleavage in den kantonalen Parteiensystemen durch die entsprechende Partei abgebildet wird. Davon ausgehend erfolgt die Annahme, dass die entsprechenden Parteien dort stärker sind, wo ein ausgeprägtes Cleavage-Bewusstsein vorzufinden ist. Cleavage-relevante Vorlagen sind solche, bei denen im interkantonalen Vergleich eine starke Korrelation mit dem strukturellen Merkmal des entsprechenden Cleavages besteht.

Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Kantone scheinen sich was die *totale Cleavage-Intensität* anbelangt einander anzugleichen. Während Ende des 19. Jahrhunderts in einigen Kantonen die Abstimmungen häufig zu klaren Resultaten führten, sind die Abstimmungen in diesen Kantonen in jüngster Zeit umstrittener. In Kantonen, in denen es schon früher zu vielen umstrittenen Vorlagen gekommen ist, hat sich die Situation nicht wesentlich verändert. Besonders markant ist die Zunahme der Intensität in den Kantonen Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Freiburg, Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden, Wallis und auch in den französischsprachigen Kantonen Waadt, Neuenburg und Genf.
- Für den *konfessionellen Cleavage* gilt, dass Kantone, die sich in den entsprechenden Fragen in der Zeit der Herausbildung des Parteiensystems einig waren, heute umstrittene Abstimmungsergebnisse kennen, während in den Kantonen, in denen die Vorlagen früher umstritten waren, die Konfliktivität stagniert oder zurückgeht. Die Cleavage-Intensität hat vor allem in den dominant katholischen Kantonen (Uri, Schwyz, Obwalden, Freiburg, Appenzell Innerrhoden und Wallis) zugenommen.
- Auch beim *Arbeit-Kapital-Cleavage* haben sich die Kantone einander angeglichen. Ende des 20. Jahrhunderts finden sich kaum mehr Kantone, in denen es bei „Arbeiterfragen“ häufig zu ganz klaren Abstimmungsergebnissen kommt. In konfessionell gemischten und/oder vom Kulturkampf besonders betroffenen Kantonen mit einer hohen Konfliktivität Ende des 19. Jahrhunderts (Graubünden, Solothurn, St. Gallen, Aargau, Basel-Landschaft, Bern, Luzern) hat eine Entspannung stattgefunden. In den Kantonen Uri, Ob- und Nidwalden, Freiburg und Wallis ist die Cleavage-Intensität ausgehend von einem tiefen Niveau stark angestiegen.
- Beim *Stadt-Land-Cleavage* wiederholt sich dieses Muster. In den katholischen Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Appenzell Innerrhoden und Wallis sind die Fragen, welche mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft korrelieren, bedeutend umstrittener geworden. Von wenigen

Ausnahmen, welche über eine besonders hohe Konfliktivität Ende des 19. Jahrhunderts verfügten, abgesehen, ist die Intensität jedoch nicht zurückgegangen. Dies mag vor dem Hintergrund des Rückgangs der Beschäftigten in der Landwirtschaft erstaunen. Offensichtlich sind diese Fragen auch in Kantonen, in denen die Landwirtschaft einen sehr geringen Stellenwert einnimmt, nach wie vor umstritten. Vor allem in ländlichen, katholischen Gebieten hat die Konfliktivität zugenommen.

- Auch beim *sprachregionalen Cleavage* hat eine Angleichung der Kantone stattgefunden. In den französischsprachigen Kantonen sind die Cleavage-relevanten Abstimmungen in jüngster Zeit umstrittener als Ende des 19. Jahrhunderts, während in den deutschsprachigen Kantonen keine markante Veränderung stattgefunden hat.

Für die kantonalen Parteiensysteme heisst dies, dass über alle Kantone gesehen die Voraussetzungen für eine weitere Differenzierung entlang der traditionellen Cleavage-Linien nicht gegeben sind. Der konfessionelle Cleavage gewinnt lediglich in den dominant katholischen Kantonen an Bedeutung, während er in den gemischten und protestantischen Kantonen an Mobilisierungskraft verliert. Auch der Arbeit-Kapital- und der Stadt-Land-Cleavage sind dem Anschein nach heute vor allem in den kleineren katholischen Kantonen intensiver als früher. Da die Auseinandersetzungen in Kantonen, in denen die strukturelle Basis für die Existenz eines Cleavages nicht mehr gegeben ist, nicht zwangsläufig an Intensität einbüßen, kann angenommen werden, dass die Beziehung zwischen Struktur und Bewusstsein zurückgegangen ist. Dabei gilt die Einschränkung, dass hier die Struktur der einzelnen Cleavages im Sinne der klassischen Operationalisierung von Lipset/Rokkan verstanden wird. Dass die strukturelle Basis von Cleavages generell an Bedeutung verliert, kann – auch wenn dies möglicherweise zutrifft – mit dieser Analyse nicht gezeigt werden.

Die Folgen der Veränderungen der Cleavage-Intensität für die Parteien unterscheiden sich je nach Bedeutung der Partei. Wenn eine Partei stark und dominant ist, so kann die Erhöhung der Cleavage-Intensität zu mehr Konkurrenz und damit auch zu einer Schwächung der Partei führen (vgl. das Beispiel der CVP in den dominant katholischen Kantonen). Ist eine Partei schwach oder nicht vorhanden, so bietet die Herausbildung eines entsprechenden Cleavage-Bewusstseins neue Entwicklungsmöglichkeiten (so z.B. für die SP in den dominant katholischen Kantonen).

Für die Parteien heisst dies konkret: Die CVP dürfte es in Zukunft doppelt schwierig haben. In ihren Hochburgen sind ihre Positionen umstrittener und in den anderen Gebieten verliert der Konflikt weiter an Bedeutung. Die SP findet auf der klassischen Dimension des Arbeit-Kapital-Cleavages keine Wachstumsmöglichkeiten. Dass sie sich trotzdem behaupten kann, hängt mit der Besetzung neuer Fragen zusammen. Für die SVP, als Repräsentantin des Stadt-Land-Cleavages, ergeben sich Wachstumsmöglichkeiten in Kantonen mit einer

Zunahme der Intensität. Kann sie ihre Stärke in den anderen Kantonen ausbauen, so geschieht dies über neue, hier nicht erfasste Themen.

Die Überprüfung des Zusammenhangs zwischen den drei Cleavage-Merkmalen Struktur, Organisation und Bewusstsein und der Wählerstärke der Parteien erfolgt im nächsten Kapitel. Dort wird auch die Frage beantwortet, wie weit die Cleavages für die Parteiensysteme überhaupt noch von Bedeutung sind.

## **14 Wandel der Cleavage-Struktur und Wandel der kantonalen Parteiensysteme und Parteien**

Dieser dritte Teil der Arbeit ist dem Versuch gewidmet, die Stabilitätsthese von Lipset/Rokkan (1967) über das Konzept der sozialen Cleavages zu prüfen. Als empirische Basis dienen wiederum die kantonalen Parteiensysteme, wobei in diesem Fall der Zugang nicht über die Wählerstimmenanteile, wie im ersten Teil dieser Arbeit, oder über die Parteiorganisationen, wie im zweiten Teil, erfolgt, sondern über die Veränderungen auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler.

In diesem den dritten Teil abschliessenden Kapitel werden nun die verschiedenen Elemente der Cleavage-Strukturen, bestehend aus Basis, Organisation und Bewusstsein, und ihre Veränderungen in den Kantonen zusammengefasst und, soweit möglich, dem Wahlerfolg der Parteien gegenübergestellt. Der Erfolg der Parteien steht – wenn sich die Lipset/Rokkan-These aufrechterhalten lassen soll – in einem engen Zusammenhang mit der Bedeutung der entsprechenden Cleavages. Von eingefrorenen Parteiensystemen kann dann gesprochen werden, wenn dieselben Parteien, dieselben Cleavages repräsentieren und wenn sich ein allfälliger Wandel der Bedeutung einzelner Cleavages auch in einer entsprechenden Bedeutungsverlagerung der betroffenen Parteien manifestiert.

Zusätzlich zur Überprüfung der Stabilitäts-These soll auch die Brauchbarkeit des Cleavage-Konzeptes in seiner komplexen und entwicklungsgeschichtlich verankerten Form, wie sie von Bartolini/Mair (1990) vorgeschlagen wurde, getestet werden. Gemäss den beiden Autoren verfügen Cleavages über eine strukturelle Basis, eine Organisation und ein entsprechendes Bewusstsein. Das Kapitel beginnt mit einigen Gedanken zu den Veränderungen auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler.

### **14.1 Die Analyse des Wandels auf der Ebene der Wählenden**

Bei der Analyse des Wandels von Parteien und Parteiensystemen ist die Wählerebene in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund gerückt.<sup>1</sup> Ausgehend von den Wählerinnen und Wählern ist aber bereits schon in den 1970er und 1980er Jahren – mehr oder weniger explizit – massive Kritik an der Stabilitätsthese geübt worden. Wertewandel und Postmaterialismus im Sinne von Inglehart (1977) oder die ganze „dealignment-realignment“-Diskussion (Flanagan/Dalton 1984) widersprechen der Vorstellung von der immer währenden zentralen Bedeutung der historischen Cleavages für das Verhalten der Wähle-

---

<sup>1</sup> Vgl. das Buch von Mair et al. (1999) mit dem Titel „Parteien auf komplexen Wählermärkten: Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa“. Auch das neue Buch von von Beyme (2000: 43ff.) widmet dem Wandel auf der Wählerebene ein eigenes Kapitel.



rinnen und Wähler und die Konstituierung und Perpetuierung der Parteiensysteme.

Auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler lassen sich verschiedene Entwicklungen feststellen,<sup>2</sup> welche sich – von Ausnahmen – abgesehen, in den meisten westeuropäischen Gesellschaften bemerkbar machen.<sup>3</sup> Es sind dies:

- Der Rückgang der Wahlbeteiligung.
- Die Abnahme der Parteiidentifikation und der Rückgang der Parteibindungen.
- Die wachsende Fluktuation der Wählerstimmen (individuelle Volatilität).
- Die zunehmende Bedeutung des Issue-Votings.

Diese verschiedenen Konzepte eignen sich nicht immer für die Überprüfung der Stabilitätsthese. Der Rückgang der Partizipation, wie auch eine weniger intensive Beziehung der Wählerinnen und Wähler zu den Parteien widerlegen nicht grundsätzlich die Bedeutung der traditionellen Cleavages für die Zusammensetzung der Parteiensysteme, sondern geben vor allem den Stellenwert der (Partei-) Politik in der heutigen Gesellschaft wieder. Direkter ist der Zugang bei der individuellen Volatilität und beim Issue-Voting. Wählt heute die Mehrheit der Leute nicht mehr diejenige Partei, die sie aufgrund ihrer Positionierung in einem Cleavage eigentlich müsste, und orientiert sich von Fall zu Fall an Sachfragen, bei denen sie Positionen einnimmt, die ideologisch wenig konsistent sind, dann ist die Bedeutung der historischen Cleavages für die Parteiensysteme tatsächlich gering.

Entsprechende Beobachtungen können jedoch nur auf der Basis von Individualdaten gemacht werden, wie sie in der Wahlforschung häufig erhoben werden. Der Nachteil von Individualdaten ist demgegenüber, dass sie sich für grosse vergleichende und auf einen längeren Zeitraum ausgerichtete Untersuchungen nicht eignen. Für die Zeit der Herausbildung der Parteiensysteme liegen keine Befragungen der Wähler vor, und auch heute gibt es noch keine Daten, welche alle Schweizer Kantone befriedigend abdecken.

In der Theorie ist das Parteiensystem ein Abbild der Cleavage-Struktur in der Bevölkerung. Diese Abbildung kann mehr oder weniger präzise sein. Das Messen eines allfälligen Wandels sollte aber, sofern dies möglich ist, auf der Ebene der Cleavage-Struktur in der Bevölkerung und nicht auf der Ebene des Parteiensystems erfolgen. An dieser Forderung orientiert sich das Vorgehen im Folgenden.

<sup>2</sup> Zu den verschiedenen Konzepten vgl. von Beyme (2000: 43).

<sup>3</sup> Zu den internationalen Entwicklungen vgl. das „Beliefs in Government“-Projekt, insbesondere Band 1 von Klingemann/Fuchs (1995). Für die Schweiz vgl. Nabholz (1998) und Ladner (2000).

## 14.2 Die Bedeutung der Cleavages und der Parteien – empirische Ergebnisse

Die Überprüfung der theoretischen Aussagen des Cleavage-Konzepts und der Brauchbarkeit des Konzepts ganz allgemein, erfolgt aus drei Perspektiven: historisch, zum aktuellen Zeitpunkt und dynamisch in Bezug auf die Entwicklung in den letzten Jahren. Lässt sich erstens die Entstehung der kantonalen Parteien mit der Bedeutung der damals bestehenden Cleavages erklären? Erklärt zweitens die Intensität der traditionellen Cleavages, wie sie sich heute in den einzelnen Kantonen manifestiert, die Bedeutung der entsprechenden Parteien in diesen Kantonen, und führt drittens eine Veränderung der Cleavage-Struktur in einem Kanton auch zu entsprechenden Veränderungen im Parteiensystem? Zuerst betrachten wir jedoch noch einmal den Zusammenhang zwischen der Komplexität der Cleavage-Struktur und der Zahl der Parteien in den Kantonen, wobei nun die Cleavages sowohl über ihre Basis wie auch über das dazu gehörende Bewusstsein berücksichtigt werden.

### 14.2.1 Cleavages und Zahl der Parteien in den Kantonen

Sind die Parteien aus Cleavages entstanden, so muss in denjenigen Kantonen, in denen eine grössere Zahl an Cleavages nachzuweisen ist, auch eine grössere Zahl an Parteien vorzufinden sein. Wie bereits in Abschnitt 10.4 ausgeführt, geht die empirische Forschung davon aus, dass die Zahl der Parteien die Zahl der Cleavages um eins übersteigt (vgl. Taagepera/Grofman 1985). Die empirische Bestimmung der Zahl der Cleavages ist allerdings mit grösseren Schwierigkeiten verbunden.

Da keine festen, objektiven Schwellenwerte existieren, ist es in vielen Fällen nicht ganz einfach zu bestimmen, ob ein Cleavage besteht oder nicht. Zudem dürften nicht alle Cleavages gleich bedeutsam sein, respektive je nach Kanton eine unterschiedliche Bedeutung haben. So ist man beispielsweise eher geneigt, im Kanton Fribourg von einem Sprachen-Cleavage auszugehen als im Kanton Bern, wo der Anteil der französischsprachigen Einwohner regional stark beschränkt ist. Wie gross aber beispielsweise der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft sein muss, damit die strukturelle Basis für den Stadt-Land-Cleavage gegeben ist, kann nicht abschliessend bestimmt werden.

Auf der Basis der in den vorangehenden Kapiteln verfolgten Auslegung des Cleavage-Konzeptes kann davon ausgegangen werden, dass dort, wo die strukturelle Fragmentierung der Bevölkerung gross ist und wo sich die Bevölkerung bei vielen Abstimmungsfragen uneinig ist, die Zahl der Parteien besonders gross sein muss. Die Frage ist allerdings, in welchem Verhältnis die strukturelle Fragmentierung und die ideologische Heterogenität (Intensität des Cleavage-Bewusstseins) zueinander stehen. Ist die ideologische Heterogenität letztlich

nicht doch eine Folge der strukturellen Fragmentierung oder leistet sie einen unabhängigen Beitrag zur Erklärung der Zahl der Parteien?

Eine *fragmentierte Bevölkerungsstruktur* hat ein Kanton dann, wenn er konfessionell und bezüglich der Beschäftigungsstruktur heterogen ist. Einen zusätzlichen Beitrag zur Fragmentierung liefert die Sprache. Konfession und Beschäftigungsstruktur können allerdings nicht in der gleichen Art und Weise behandelt werden:

- Konfessionell besonders homogen sind die katholischen Kantone mit Katholikenanteilen von über 80 Prozent. Bereits etwas heterogener sind die protestantischen Kantone, welche heute mit Ausnahme des Kantons Bern über Katholikenanteile (im Verhältnis zu den Protestanten) von nahezu 40 Prozent aufweisen. Am heterogensten sind die gemischten Kantone.
- Bei den Beschäftigten im Agrar- und Industriesektor gilt hingegen, dass mit einem steigenden Beschäftigtenanteil auch die Fragmentierung zunimmt, da es heute keine Kantone mehr gibt, in denen der Anteil der Beschäftigten im Agrarsektor über 20 Prozent und derjenige der Beschäftigten im Industriesektor über 50 Prozent liegt.<sup>4</sup>

Das heisst mit anderen Worten: Bezüglich der Beschäftigungsstruktur gilt, je grösser der Anteil der Beschäftigten (in Landwirtschaft und Industrie), desto eher ist die strukturelle Basis für die Existenz eines Cleavages gegeben. Für die Konfession gilt hingegen, je ausgeglichener die Anteile der beiden Konfessionen, desto eher ist die strukturelle Basis für den entsprechenden Cleavage gegeben.

Tabelle 14.1 stellt die Ausprägungen der Kantone auf den vier Variablen Konfession, Beschäftigte im Agrarsektor, Beschäftigte im Industriesektor und Sprache dar (1 bis 4) und weist den Kantonen einen einfachen Fragmentierungsindex (5) zu, welcher die Werte der einzelnen Variablen zusammenzählt. Dabei zeigt sich, dass der so gebildete Fragmentierungsindex weder mit der Zahl der Parteien (8) noch mit der ideologischen Heterogenität (7) gemessen als Cleavage-Intensität auf der Ebene des Bewusstseins (bestimmt über das Abstimmungsverhalten) in einem Zusammenhang steht.

<sup>4</sup> Spitzenpositionen nehmen die Kantone Appenzell Innerrhodens, mit einem Beschäftigtenanteil im Agrarsektor von 17.2 Prozent (1990) und Glarus mit einem Beschäftigtenanteil im industriellen Sektor von 47.7 Prozent (1990) ein.

Signifikante Korrelationen bestehen einzig zwischen der Konfession sowie den Beschäftigten im Agrarsektor und der Zahl der Parteien. Im ersten Fall bestätigt sich, dass in konfessionell gemischten Kantonen die Zahl der Parteien grösser ist. Im zweiten Fall zeigt sich, dass mit einem steigenden Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft die Zahl der Parteien zurückgeht.<sup>5</sup>

Was die *ideologische Heterogenität* der Kantone (Cleavage-Intensität) anbelangt, so lassen sich bezüglich der strukturellen Heterogenität überhaupt keine signifikanten Zusammenhänge finden. Dies könnte bedeuten, dass diese Variable einen unabhängigen Beitrag zur Erklärung der Zahl der Parteien liefert. Allerdings besteht auch keine Beziehung zwischen der ideologischen Heterogenität und der Zahl der Parteien, so dass gefolgert werden kann, dass, zumindest in dieser allgemeinen, gesamtheitlichen Betrachtung, weder mit der strukturellen Fragmentierung noch mit der ideologischen Heterogenität die Zahl der Parteien schlüssig nachgewiesen werden kann. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass in dominant katholischen und in agrarischen Kantonen die Zahl der Parteien geringer ist.

Auch die Veränderung der Zahl der Parteien zwischen dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts und dem mittleren Drittel lässt sich weder mit einer entsprechenden Veränderung der Cleavage-Intensität auf der Ebene des Bewusstseins, noch mit einer Zunahme der strukturellen Heterogenität erklären.

---

<sup>5</sup> Zu den gleichen Ergebnissen kommt man, wenn anstelle der hier für die Indexbildung verwendeten Werte zwischen eins und drei die entsprechenden Prozentanteile verwendet werden. Signifikante Korrelationen finden sich nur zwischen dem Anteil Katholiken und der Zahl der Parteien (-0.645) und zwischen dem Anteil an Beschäftigten im Agrarsektor und der Zahl der Parteien (-0.644). Zwischen den Strukturvariablen und der ideologischen Heterogenität bestehen keine Beziehungen.

Tabelle 14.1: Sozio-ökonomische Fragmentierung, ideologische Heterogenität (gemessen als Cleavage-Intensität) und effektive Zahl der Parteien im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts

Kanton	Konfession (1)	Beschäftigte Agrarsektor (2)	Beschäftigte im Industriesektor (3)	Sprache (4)	Fragmentierung (5) = ( $\sum$ 1 bis 4)	Kantonsgrösse (6)	Ideologische Heterogenität (7)	Effektive Zahl der Parteien (8)
ZH	2	1	2	0	5	1'179'044	33.0	6.3
BE	2	2	2	1	7	958'192	34.0	4.5
LU	1	3	2	0	6	326'268	33.6	3.0
UR	1	3	2	0	6	34'208	33.6	2.1
SZ	1	3	3	0	7	111'964	34.0	3.1
OW	1	3	2	0	6	29'025	32.4	2.1
NW	1	3	2	0	6	33'044	32.0	2.4
GL	2	2	3	0	7	38'508	32.4	4.3
ZG	1	2	2	0	5	85'546	32.3	3.3
FR	1	3	2	1	7	213'571	33.8	4.2
SO	3	2	3	0	8	231'746	34.8	3.4
BS	2	1	2	0	5	199'411	31.9	7.9
BL	2	1	2	0	5	233'488	32.8	5.6
SH	2	2	3	0	7	72'160	34.0	5.1
AR	2	3	3	0	8	52'229	33.0	
AI	1	3	3	0	7	13'870	29.8	
SG	3	2	3	0	8	427'501	33.0	3.6
GR	3	2	2	1	8	173'890	33.2	3.6
AG	3	2	3	0	8	507'508	34.1	5.8
TG	2	3	3	0	8	209'362	33.1	5.5
TI	1	1	1	0	3	282'181	33.5	3.8
VD	2	2	2	0	6	601'816	32.6	4.2
VS	1	2	2	1	6	249'817	32.8	2.5
NE	2	2	3	0	7	163'985	33.4	3.8
GE	3	1	1	0	5	379'190	31.5	6.4
JU	1	3	3	0	7	66'163	32.0	4.3
<hr/>								
Korr mit (7)*	0.230	-0.008	0.128	0.213	0.258	0.236	1.000	-0.194
<hr/>								
Korr mit (8)*	0.487	-0.629	-0.031	-0.163	-0.132	0.393	-0.194	1.000

Anmerkungen: Konfessionen: katholisch = 1; protestantisch = 2; gemischt = 3. Beschäftigungsanteile im Agrarsektor: Bis 2.9 Prozent = 1; 3.0 bis 5.9 Prozent = 2; ab 6.0 Prozent = 3. Beschäftigungsanteile im Industriesektor: bis 24.9 Prozent = 1; 25 bis 34.9 Prozent = 2; ab 35.0 Prozent = 3. Fragmentierung: Summe der Variablen (1) bis (4). \* Korrelationen < 0.400 sind nicht signifikant. Signifikante Korrelationen sind fett hervorgehoben.

### 14.2.2 Cleavages und die Herausbildung der Parteien

Die Arbeit von Lipset/Rokkan (1967) befasst sich vor allem mit der Entstehung der westeuropäischen Parteiensysteme. Die Parteien haben sich entlang der vier grossen Cleavages, die bei der Schaffung der Nationalstaaten und im Gefolge der industriellen Revolution entstanden sind, herausgebildet. Auf der Basis der in den vorangehenden Kapiteln herausgearbeiteten Daten kann nun überprüft werden, ob sich die Parteien zuerst in den Kantonen zu formieren begannen, in denen die strukturelle Basis und das Cleavage-Bewusstsein besonders ausgeprägt waren. Im Fall der Konfession, die in der Schweiz sowohl den Staat-Kirche- wie auch den Zentrum-Peripherie-Konflikt repräsentiert, stellt sich also die Frage, wie weit konfessionelle Heterogenität und hohe Cleavage-Intensität auf der Ebene des Bewusstseins die Entstehung von CVP-Kantonalparteien<sup>6</sup> gefördert haben. Entsprechende Fragen lassen sich auch für die Gründung der SP- und SVP-Kantonalparteien formulieren.

Der genauere Blick auf die *Kantone*, in denen sich die CVP zuerst zu organisieren begann, zeigt, dass sich diese theoretischen Vorstellungen in einigen Fällen durchaus bewahrheiten (vgl. Tabelle 14.2).

- In den konfessionell gemischten Kantonen St. Gallen und Aargau, die Ende des 19. Jahrhunderts eine hohe Intensität des religiösen Cleavages auf der Ebene des Bewusstseins kannten, kam es früher zur Gründung einer CVP-Kantonalpartei als im Kanton Genf, der zu dieser Zeit eine geringere Cleavage-Intensität aufwies.
- In den katholischen Kantonen entstand die CVP schon sehr früh in den Kantonen Zug, Luzern und Solothurn, die ebenfalls eine hohe Cleavage-Intensität aufwiesen.
- Auch unter den protestantischen Kantonen entstand die CVP besonders früh im Kanton Zürich, der zu dieser Zeit eine höhere Cleavage-Intensität kannte als die anderen protestantischen Kantone.

Allerdings finden sich auch Abweichungen und Ausnahmen. In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Graubünden sind beispielsweise die Kantonalparteien der CVP später und in Freiburg früher als aufgrund der theoretischen Vorstellungen erwartet, entstanden.

---

<sup>6</sup> Wiederum wird für eine bessere Übersichtlichkeit einheitlich der aktuelle Name der CVP verwendet, obwohl damals die Vorgängerorganisationen der CVP mit Katholische Volkspartei oder Katholisch-Konservative bezeichnet wurden.

Tabelle 14.2: Katholikenanteil, Cleavage-Intensität und Herausbildung der CVP-Kantonalparteien

Konfession Mitte 19. Jahrhunderts	Cleavage-Intensität (> 30)	Gründung Kanto- nalpartei	In Übereinstim- mung mit den hypothetischen Vorstellungen
Katholische Kanto- ne	Hoch: ZG, AR, LU, SO, TI	ZG (1885), AR (1974), LU (1871), SO (1830), TI (1855)	ZG, LU, SO, TI, nicht aber AR
Katholische Kanto- ne	Tief: UR, OW (1896), VS, FR, NW, SZ (1900)	UR (1899), OW (1919), VS (1960), FR (1857), NW (), SZ ()	OW, VS, NW, SZ, nicht aber UR und FR
Gemischte Kantone	Hoch: SG, GR, AG	SG (1834), GR (1903), AG (1892)	SG, ev. AG, nicht aber GR
Gemischte Kantone	Tief: GE	GE (1892)	nicht GE
Protestantische Kanton	Hoch: ZH, TG, BL, BE	ZH (1896), TG (1905), BL (1913), BE (1956)	ZH, nicht aber TG, BL und BE
Protestantische Kanton	Tief: AI, NE, SH, BS, VD, GL	AI, NE (1997), SH (1904), BS (1995), VD (1945), GL (1903)	alle (AI, NE, SH, BS, VD, GL)

Was die Herausbildung der *SP-Kantonalparteien* betrifft, so zeigt sich, dass mit Ausnahme des Kantons Genf in denjenigen Kantonen, in denen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Anteil der Arbeiter und die Intensität des Cleavage-Bewusstseins eher tief lagen, die SP-Sektionen auch später entstanden sind (vgl. Tabelle 14.3). In den anderen drei Gruppen von Kantonen sind SP-Sektionen insgesamt eher etwas früher entstanden, wobei auch hier von den Erwartungen abweichende Ausnahmen vorkommen. So hat sich beispielsweise in den Kantonen Basel-Landschaft und Zug, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sowohl einen hohen Anteil an Beschäftigten im Industriesektor wie auch eine grosse Intensität auf der Ebene des Cleavage-Bewusstseins kannten, die SP relativ spät herausgebildet, oder in Neuenburg und Basel-Stadt ist die SP trotz tiefem Cleavage-Bewusstsein lediglich mit einem hohen Anteil an Arbeitenden im Industriesektor verhältnismässig früh entstanden.

Tabelle 14.3: Anteil Beschäftigte im Industriesektor, Cleavage-Intensität und Herausbildung der SP-Kantonalparteien

<b>Anteil Beschäftigte im Industriesektor</b>	<b>Cleavage-Intensität (&gt; 30)</b>	<b>Gründung Kantonalpartei</b>	<b>In Übereinstimmung mit den hypothetischen Vorstellungen</b>
Hoch	Hoch: AR, BL, SG, SO, TG, ZG, AG	AR (1902), BL (1912), SG (1905), SO (1890), TG (1906), ZG (1913), AG (1902)	SO, AG, AR, ev. auch SG und TG. Abweichend: BL, ZG
Hoch	Tief: GL, AI, NE, ZH, BS,	GL (1917), AI keine SP), NE (1896), ZH (1902), BS (1890)	ZH. Abweichend GL, da eher zu spät, und NE und BS
Tief	Hoch: BE, SH, TI, VD, LU, GR	BE (1905), SH (1904), TI (1900), VD (1890), LU (1895), GR (1906)	TI, VD, LU aufgrund des hohen Bewusstseins, BE, SH und GR aufgrund des tiefen Anteils an Beschäftigten
Tief	Tief: SZ, GE, NW, OW, FR, UR, VS	SZ (1919), GE (1871), NW (1942), OW (1998), FR (1908), UR (1907), VS (1919)	SZ, OW, NW, VS. Ausnahme: GE, ev. auch FR und UR

Anmerkungen: Beschäftigte im Sekundärsektor 1888: > 40 Prozent = hoch, < 40 Prozent = tief. Cleavage-Intensität Bewusstsein > 30 Prozent = hoch, < 30 Prozent = tief.

Hinsichtlich der Entstehung der *SVP-Kantonalparteien* fallen vor allem diejenigen Kantone auf, die von den theoretischen Vorstellungen abweichen (vgl. Tabelle 14.4). In den beiden katholischen Kantonen Luzern und Solothurn sind die SVP-Kantonalparteien trotz grossem Anteil an Beschäftigten im Agrarsektor und trotz einer hohen Intensität des Cleavage-Bewusstseins sehr spät entstanden, während in den Kantonen Zürich und Glarus die SVP-Kantonalparteien früh entstanden sind, obwohl diese Kantone damals weder einen grossen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft noch einen intensiven Konflikt zwischen Stadt und Land kannten. Auffallend ist weiter, dass in zahlreichen katholischen Kantonen mit einem hohen Anteil an den Beschäftigten in der Landwirtschaft das entsprechende Cleavage-Bewusstsein ausgesprochen tief war und dass dort keine SVP-Kantonalparteien entstanden sind. Dies mag zum einen mit dem Volksparteiencharakter und der entsprechenden Integrationsfähigkeit der CVP



erklärt werden, zum anderen fehlen in diesen Kantonen anscheinend auch die grossen Städte, die es für die Herausbildung dieses Konflikts brauchte.

Tabelle 14.4: Anteil Beschäftigte im Primärsektor, Cleavage-Intensität und Herausbildung der SVP-Kantonalparteien

<b>Anteil Beschäftigte im Primärsektor</b>	<b>Cleavage-Intensität</b>	<b>Gründung Kantonalpartei</b>	<b>In Übereinstimmung mit den hypothetischen Vorstellungen</b>
Hoch	Hoch: GR, TI, LU, BE, AG, TG, SO	GR (1919), TI (1920), LU (1992), BE (1918), AG (1920), TG (1982), SO (1991)	GR, TI, BE, AG. Abweichend: LU, SO und TG.
Hoch	Tief: VS, FR, UR, OW, VD, SH, NW, SZ, ZG, AI	VS (1999), FR (1952), UR (1998), OW (1999), VD (1921), SH (1918), NW (1999), SZ (1972), ZG (1991), AI (1996)	SH, VD. Abweichend: VS, FR, UR, OW, NW, SZ, ZG, AI, da spät trotz hohem Anteil an Beschäftigten im Agrarsektor
Tief	Hoch: BL, SG, AR	BL (1925), SG (1992), AR (1975)	BL. Abweichend: AR, SG, da zu spät trotz hohem Bewusstsein
Tief	Tief: ZH, GL, NE, GE, BS	ZH (1917), GL (1928), NE, GE, BS	NE, GE, Abweichend: ZH, GL

Anmerkungen: Beschäftigte im Primärsektor 1888: > 30 Prozent = hoch, < 30 Prozent = tief. Cleavage-Intensität Bewusstsein: > 30 Prozent = hoch, < 30 Prozent = tief.

Die Korrelationskoeffizienten in Tabelle 14.5 bestätigen, dass die Erklärungsmuster für die Herausbildung der Kantonalparteien alles andere als eindeutig sind. Für das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts besteht weder zwischen dem Anteil an Katholiken oder der Intensität des entsprechenden Cleavage-Bewusstseins und der Existenz einer CVP-Kantonalpartei, noch zwischen dem Anteil der Beschäftigten im Industriesektor oder der Intensität des Cleavage-Bewusstseins in Klassenfragen und der Existenz einer SP-Kantonalpartei, eine signifikante Korrelation. Einzig im Fall der Intensität des Stadt-Land-Konflikts auf der Ebene des Bewusstseins und der Herausbildung von SVP-Kantonalparteien lässt sich eine positive Beziehung finden.

Tabelle 14.5: Strukturelle Basis, Cleavage-Bewusstsein und Existenz einer entsprechenden Kantonalpartei im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts

	<b>Existenz CVP-Kantonalpartei</b>	<b>Signifikanz</b>
Anteil Katholiken	0.362	0.076
Intensität Cleavage-Bewusstsein „Konfession“	0.291	0.158
	<b>Existenz SP-Kantonalpartei</b>	<b>Signifikanz</b>
Anteil Beschäftigte im Industriesektor	0.006	0.978
Intensität Cleavage-Bewusstsein „Arbeit-Kapital“	0.127	0.545
	<b>Existenz SVP-Kantonalpartei</b>	<b>Signifikanz</b>
Anteil Beschäftigte im Agarsektor	0.112	0.593
Intensität Cleavage-Bewusstsein „Stadt-Land“	0.467	0.019
	N=25	N=25

Auch zwischen der *strukturellen Basis* und der *Intensität des Cleavages auf der Ebene des Bewusstseins* lässt sich Ende des 19. Jahrhunderts kein Zusammenhang nachweisen. Die Korrelationen zwischen den entsprechenden Elementen der einzelnen Cleavages sind nicht signifikant. Ursächlich dafür sind im Falle des konfessionellen Cleavages beispielsweise die katholischen Kantone, welche in eine Gruppe mit einer grossen Cleavage-Intensität (Kulturkampfkantone) und eine solche mit einer tiefen Intensität (dominant katholische Kantone) gespalten sind. Im Fall der beiden anderen Cleavages erstaunt dies eher, oder legt zumindest den Verdacht nahe, dass die strukturelle Basis nicht zwingend zu einem entsprechenden Cleavage-Bewusstsein führen muss. Dies wäre aus Sicht der Konzeptualisierung von Bartolini/Mair (1990) durchaus auch wünschenswert, da so beide Elemente einen unabhängigen Beitrag zur Erklärung leisten könnten. Zumindest in der Tendenz bestätigt sich demgegenüber, dass eine schwache strukturelle Basis und ein tiefes entsprechendes Bewusstsein zu einer eher späten Herausbildung einer entsprechenden Partei führen, aber auch hier sind die Ausnahmen zahlreich und bedeutend.

Verschiedene Gründe können dafür ausschlaggebend sein, dass sich die theoretischen Vorstellungen basierend auf dem Cleavage-Modell nicht vollum-

fänglich bewahrheiten, ohne dass dafür das Cleavage-Modell grundsätzlich in Frage gestellt werden muss. Einige solcher Gründe sind:

- Geringe parteipolitische Organisation, weil der Kanton zu klein ist, oder Parteipolitik nicht zur politischen Kultur passt.
- Alternative Organisationsformen zu den Parteien in Form von erfolgreichen staatsbürgerlichen Vereinigungen oder Zeitungen, welche die Herausbildung einer eigentlichen Parteiorganisation unnötig machen.
- Elemente des politischen Systems wie zum Beispiel die Landsgemeinde, die weniger auf Parteien angewiesen sind als die repräsentative Demokratie.
- Möglicherweise gibt es auch schwer erfassbare Einflussfaktoren wie zum Beispiel die Existenz einzelner ambitionierter Akteure, welche auch dort zur Gründung einer Partei führen, wo es das Cleavage-Modell nicht unbedingt vorsieht.
- Der Einfluss des nationalen Parteiensystems, welcher die Entstehung einer Kantonalpartei exogen induziert.

Entsprechend kann hier abschliessend gefolgert werden, dass die Cleavage-Theorie allein die Herausbildung der Parteien (auf dem subnationalen Niveau in der Schweiz) nur sehr ungenau zu erklären vermag und dass sie im besten Fall mit institutionellen, kontextuellen und historischen Variablen ergänzt werden muss.

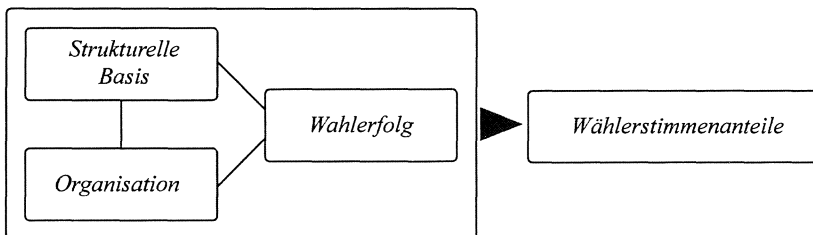
#### 14.2.3 Cleavages und Erfolg der Parteien heute

Auch wenn sich dies auf subnationaler Ebene in der Schweiz nicht in gewünschtem Masse empirisch unterstützen lässt, so bleibt die Beschreibung der Herausbildung der Parteiensysteme von Lipset/Rokkan (1967) eindrücklich und plausibel. Ihr Werk zielt mit der Formulierung der Stabilitätsthese, die davon ausgeht, dass die Parteiensysteme (in den 1960er Jahren) auf den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahren festgefroren sind, weit über die Entstehungszeit der Parteien hinaus. Nach wie vor stellt sich die Frage, wie stark sich die Bedeutung der so entstandenen Parteien noch mit der Existenz und der Intensität der entsprechenden Cleavages erklären lässt. Soll das Modell von Lipset/Rokkan mit den eingefrorenen Parteiensystemen nach wie vor seine Gültigkeit behalten, so müsste – wie bereits mehrfach ausgeführt – auch heute noch ein Zusammenhang zwischen Cleavage-Intensität und Wahlerfolg der entsprechenden Parteien bestehen, während beispielsweise das Modell der „catch-all party“ von Kirchheimer (1965) oder das Modell der „professional electoral party“ von Panebian-

co (1988) keinen Zusammenhang zwischen Cleavages und Wahlerfolg der Parteien mehr vorsehen. In einer diachronen Betrachtung heisst dies, dass dort, wo die Cleavage-Intensität zugenommen hat, auch die Bedeutung der entsprechenden Partei gestiegen sein muss und umgekehrt. Besteht kein Zusammenhang mit dem Wandel der Cleavage-Intensität und den Wählerstimmenanteilen der entsprechenden Partei, so ist die Bedeutung der Cleavages für die Strukturierung des Parteiensystems in Frage gestellt.

Kompliziert wird die Analyse durch die Konzeptualisierung der Cleavages über die Basis, das Bewusstsein und die Organisation, wie sie von Bartolini/Mair (1990) vorgeschlagen wird. Unklar ist, wie bereits im ersten Kapitel dieses Teils (Kapitel 10) ausgeführt wurde, in welchem Zusammenhang die einzelnen Elemente eines Cleavages zueinander stehen müssen. Führt die strukturelle Basis zu einer entsprechenden Cleavage-Organisation und der Herausbildung des Cleavage-Bewusstseins oder kann über die kausalen Beziehungen keine allgemeingültige Aussage gemacht werden, und wie kann aus den drei Cleavage-Elementen die Cleavage-Intensität insgesamt ermittelt werden. Abbildung 14.1 stellt den Zusammenhang zwischen der Cleavage-Intensität und dem Wahlerfolg der entsprechenden Partei systematisch dar.

Abbildung 14.1: Analyse-Modell Cleavage-Intensität und Wahlerfolg



Die Regressionsanalysen zeigen, dass die *Erklärungskraft der einzelnen Cleavage-Elemente* zur Bestimmung der *Wählerstimmenanteile* der entsprechenden Parteien sehr bescheiden ausfällt (vgl. Tabelle 14.6). Im Fall der Cleavage-Organisation entfällt sie praktisch vollständig, nicht zuletzt auch deshalb, weil sämtliche grossen Parteien heute in allen Kantonen organisiert sind. Die Intensität des Cleavage-Bewusstseins liefert ebenfalls keinen Beitrag zur Erklärung der Wahlerfolge. Und für die strukturelle Basis lässt sich einzig und wenig erstaunlich bei der CVP ein positiver Einfluss des Katholikenanteils auf den Wahlerfolg finden.

Zwischen der *strukturellen Basis* und dem *Cleavage-Bewusstsein* lassen sich ebenfalls keine Zusammenhänge in die postulierte Richtung finden. Zwischen dem Katholikenanteil und der Intensität des konfessionellen Cleavage auf der Ebene des Bewusstseins, sowie zwischen dem Anteil der Beschäftigten im Sekundärsektor und der Intensität des Bewusstseins im Kapital-Arbeit-Cleavage bestehen keine signifikanten Korrelationen (vgl. Tabelle 14.7). Einzig beim Cleavage Stadt-Land findet sich eine, allerdings in die entgegengesetzte Richtung verlaufende, Beziehung. Je grösser der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft, desto geringer ist die Intensität des Cleavage-Bewusstseins. Das heisst mit anderen Worten: Je grösser der Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft, desto weniger umstritten sind Abstimmungen, die gesamtschweizerisch mit dem Anteil Beschäftigter im Agrarsektor korrelieren. Dies deutet darauf hin, dass der Agrar-Cleavage interkantonal und nicht intrakantonal bedeutsam ist.

Tabelle 14.6: Erklärung der Wählerstimmenanteile von CVP, SP und SVP durch die entsprechenden Cleavage-Elemente

	Standardisierte Koeffizienten	Signifikanz
<b>Wählerstimmenanteile der CVP</b>		
Anteil Katholiken	0.879	0.000
Cleavage-Bewusstsein Konfession	0.115	0.301
Existenz CVP-Kantonalpartei	0.161	0.136
R <sup>2</sup>	0.761	
<b>Wählerstimmenanteile der SP</b>		
Anteil Beschäftigte im Industriesektor	0.082	0.711
Cleavage-Bewusstsein Konflikt Arbeit-Kapital	-0.221	0.325
Existenz SP-Kantonalpartei	(konstant)	
R <sup>2</sup>	-0.044	
<b>Wählerstimmenanteile SVP</b>		
Anteil Beschäftigte im Agrarsektor	0.262	0.299
Cleavage-Bewusstsein Konflikt Stadt-Land	0.287	0.258
Existenz SVP-Kantonalpartei	(konstant)	
R <sup>2</sup>	-0.006	

Anmerkungen: Anteil Katholiken, Anteil Beschäftigte im Agrar- und Industriesektor: 1990. Cleavage Bewusstsein: Durchschnittswerte 1970 bis 2000. Existenz Kantonalpartei: 1970 bis 2000. Abhängige Variable: Durchschnittliche Wählerstimmenanteile 1970 bis 1999.

Tabelle 14.7: Zusammenhänge zwischen struktureller Basis und Intensität des Cleavage-Bewusstseins

Korrelation	Pearson Korr	Signifikanz
Anteil Katholiken und Cleavage-Bewusstsein konfessioneller Cleavage	-0.369	0.064
Anteil Beschäftigte im Industriesektor und Cleavage-Bewusstsein im Konflikt Arbeit-Kapital	0.226	0.267
Anteil Beschäftigte im Agrarsektor und Cleavage-Bewusstsein im Konflikt Stadt-Land	-0.563	0.001

Auch die *diachrone Perspektive* zeigt kaum Regelmässigkeiten, welche die Bedeutung des Cleavage-Modells für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts bestätigen (vgl. Tabelle 14.8). Die Veränderung des Katholikenanteils, die Entstehung von Parteiorganisationen und die Veränderung der Cleavage-Intensität auf der Ebene des Bewusstseins können die Veränderungen der Wählerstimmenanteile der CVP in den einzelnen Kantonen nicht erklären. Auch bei den Veränderungen der Wählerstimmenanteile der SVP leisten die Veränderung des Anteils der Beschäftigten in der Landwirtschaft, die Neugründung von SVP-Kantonalparteien und der Wandel der Cleavage-Intensität auf der Ebene des Bewusstseins keinen Beitrag zur Erklärung. Einzig im Falle der SP zeigt sich, dass die Veränderung des Beschäftigtenanteils im Industriesektor Auswirkungen auf die Wählerstimmenverschiebungen der SP haben. Der genaue Blick auf die Daten zeigt, dass in der Mehrheit der Kantone, in denen der Anteil der Beschäftigten im Industriesektor 1990 im Vergleich zu 1930 zurückgegangen ist, der durchschnittliche Wählerstimmenanteil der SP auch zurückgegangen ist. Diese Bedeutungsabnahme würde zwar die „frozen party systems“-These von Lipset/Rokkan (1967) zumindest in ihrer statischen Version widerlegen, nicht aber die generelle Bedeutung der Cleavages für die Strukturierung des Parteiensystems in Frage stellen. Nimmt man jedoch als unabhängige (zu erklärende) Variable die Wählerstimmenanteile der Linken insgesamt, wie dies im Prinzip von Bartolini/Mair (1990) angeregt wird, so verschwindet auch diese Beziehung.

Tabelle 14.8: Erklärung der Veränderung der Wählerstimmenanteile von CVP, SP und SVP durch die Veränderung der entsprechenden drei Cleavage-Elemente

	Standardisierte Koeffizienten	Signifikanz
<b>Veränderung Wählerstimmenanteile der CVP</b>		
Veränderung Anteil Katholiken	0.273	n.s.
Veränderung Cleavage-Bewusstsein Konfession	-0.352	n.s.
Veränderung Existenz CVP-Kantonalpartei	0.039	n.s.
R <sup>2</sup>	0.204	
<b>Veränderung Wählerstimmenanteile der SP</b>		
Veränderung Anteil Beschäftigter im Industriesektor	0.523	0.015
Veränderung Cleavage-Bewusstsein Konflikt Arbeit-Kapital	-0.300	n.s.
Veränderung Existenz SP-Kantonalpartei	-0.168	n.s.
R <sup>2</sup>	0.247	
<b>Veränderung Wählerstimmenanteile SVP</b>		
Veränderung Anteil Beschäftigter im Agrarsektor	-0.115	n.s.
Veränderung Cleavage-Bewusstsein Konflikt Stadt-Land	0.140	n.s.
Veränderung Existenz SVP-Kantonalpartei	0.003	n.s.
R <sup>2</sup>	-0.171	

Anmerkungen: Veränderung des Anteils Katholiken und des Anteils der Beschäftigten im Agrar- und Industriesektor 1990 zu 1930. Cleavage-Bewusstsein: Veränderung der Durchschnittswerte 1970 bis 2000 zu 1936 bis 1969. Veränderung Existenz Kantonalpartei: 1970 bis 2000 zu 1936 bis 1969. Abhängige Variable: Veränderung der durchschnittlichen Wählerstimmenanteile 1970 bis 1999 zu 1936 bis 1969.

Insgesamt muss – folgt man den in dieser Arbeit vorgeschlagenen Analysen und Operationalisierungen – dem Cleavage-Modell für die Bestimmung der Bedeutung der Parteien und der Veränderungen der Kräfteverhältnisse *ein sehr geringer Erklärungswert* attestiert werden. Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien und Wählerstimmenverschiebungen zwischen den Parteien lassen sich mit Cleavage-Strukturen in den Kantonen nicht erklären. Dies widerlegt, zumindest für die hier untersuchten Parteiensysteme, nicht nur die Bedeutung der Cleava-

ge-Theorie für die Strukturierung der Parteiensysteme, sondern auch die Stabilitätsthese.

### 14.3 Das Konzept der Cleavages – abschliessende Bemerkungen

Der Ertrag des Cleavage-Modells für die Analyse der kantonalen Parteiensysteme ist bescheiden. Mit Einschränkungen brauchbar ist es bei der Herausbildung der kantonalen Parteiensysteme und bei der Entstehung der einzelnen Parteien. Bezüglich der politischen Kräfteverhältnisse in denen Kantonen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts und dem Bedeutungswandel der einzelnen Parteien ist die Erklärungskraft deutlich geringer bis vernachlässigbar. Aus den vorangehenden Analysen lassen sich folgende methodischen und inhaltlichen Schlussfolgerungen ziehen.

Obwohl theoretisch sehr plausibel, hat sich die komplexe Definition eines Cleavages, wie sie von Bartolini/Mair (1990) mit den drei Elementen Struktur, Organisation und Bewusstsein vorgeschlagen wurde, als schwierig zu operationalisieren und wenig ertragreich erwiesen. Vor allem das Element Organisation, operationalisiert über die Existenz einer Parteiorganisation, brachte kaum einen zusätzlichen Informationsgewinn, da heute fast überall entsprechende Parteiorganisationen bestehen. Möglich wäre, dass mit einer qualitativen Quantifizierung der Organisation bessere Resultate erzielt werden könnten. Auch bei den beiden anderen Cleavage-Elementen Struktur und Bewusstsein stellt sich die Frage, wie weit hier eine adäquatere Operationalisierung notwendig wäre. Sie erlauben allerdings einige folgenschwere inhaltliche Erkenntnisse, die vereinfachend so zusammengefasst werden können: Weder mit der strukturellen Basis noch mit der Intensität des Cleavage-Bewusstseins lassen sich heute die Bedeutung der entsprechenden Parteien und allfällige Veränderungen in den Kantonen befriedigend erklären.

Da sich die Bedeutung der einzelnen Parteien in verschiedenen Kantonen ziemlich stark gewandelt hat und unter der Voraussetzung, dass die getroffenen Grundannahmen richtig und die Operationalisierungen angemessen sind, heisst dies:

- Das Cleavage-Konzept wird der Realität der politischen Parteien und Parteiensysteme heute nicht mehr gerecht.
- Die Stabilitätsthese lässt sich heute nicht mehr aufrechterhalten.

Damit diese Schlussfolgerungen ihre Gültigkeit behalten, muss auf zwei implizierte Grundannahmen hingewiesen werden. Es sind dies die starr ausgelegte Bestimmung der einzelnen Cleavages und die hervorgehobene Bedeutung der strukturellen Basis. Hier könnte der Vorwurf erhoben werden, dass erstens Lipset/Rokkan falsch ausgelegt wurden, da sie ja explizit festgehalten haben,



dass sich Cleavages auch wandeln können, und dass man zweitens einem soziologischen oder strukturellen Reduktionismus verfallen ist.

Zum ersten Vorwurf ist zu sagen, dass mit sich wandelnden Cleavages Wandel nicht erfasst und die Stabilitätsthese überhaupt nicht widerlegt werden kann. Wandel kann nur dann gemessen werden, wenn die Messgrößen stabil gehalten werden. Zum zweiten potentiellen Vorwurf gilt es auf ein weiteres Problem der Cleavage-Definition von Bartolini/Mair (1990) aufmerksam zu machen. Die Beziehungen zwischen den drei Cleavage-Elementen Struktur, Bewusstsein und Organisation ist nicht geregelt und es sind keine Schwellenwerte bestimmt. Zumindest bei den vier historischen Cleavages von Lipset/Rokkan kam dem strukturellen Element im Fall der Katholiken, Arbeiter und Bauern eine zentrale Bedeutung zu. Dass es dazu noch ein entsprechendes Bewusstsein und eine Organisation braucht, ist plausibel und mag auch unterschiedliche Cleavage-Karrieren erklären, aber es handelte sich bei den hier überprüften Cleavages nicht um dominante Werte-Cleavages oder um dominant organisationsorientierte Cleavages. Zudem erweist sich die Erklärungskraft des Cleavage-Bewusstseins generell als sehr bescheiden.

## 15 Fazit: Das Ende der „frozen party systems“-These

In diesem Schlusskapitel werden die in den drei vorangehenden Teilen diskutierten Variablen zusammengeführt und es wird versucht die Frage nach dem Wandel von Parteien und Parteiensystemen abschliessend zu beantworten. Eine Verknüpfung der drei Ebenen Parteiensysteme, Parteien und Wählerschaft drängt sich, folgt man den Auseinandersetzungen in der Literatur, aus zwei Perspektiven auf. Im ersten Fall bilden die Parteien die abhängige Variable, im zweiten Fall sind es die Parteiensysteme. Den theoretischen Hintergrund liefert im ersten Fall Kirchheimer (1965), welcher eine Entfremdung der Parteileitung von ihren Mitgliedern und eine verstärkte Mitteorientierung und Entideologisierung der Parteien postulierte. Im zweiten Fall ist es die strukturierende Bedeutung der Cleavages von Lipset/Rokkan (1967), welche einer letzten Überprüfung unterzogen wird. Lässt sich mit der Bedeutung der Cleavages in den Kantonen die Stärke der entsprechenden Parteien wirklich nicht erklären? Die zu überprüfenden Modelle gestalten sich wie folgt:

- *Parteien als abhängige Variable:* Untersucht wird auf der Ebene der Parteien die ideologische Positionierung (Mitteorientierung) der Parteien, die parteiinterne Homogenität und die Bedeutung der am Parteiprogramm orientierten Parteiarbeit. Die Variablen der Parteiensysteme und der Wählerschaft in den Kantonen (Cleavages) dienen als erklärende Variable. Lässt sich zum Beispiel der Bedeutungsgewinn der Parteileitung oder eine verstärkte Orientierung an der Tagespolitik aus einer grösseren Instabilität der Parteiensysteme und einem Bedeutungsverlust der Cleavages erklären?
- *Parteiensysteme als abhängige Variable:* Die zu überprüfende Variable auf der Ebene der Parteiensysteme ist die Volatilität. Als erklärende Variablen werden charakteristische Eigenheiten des Kantons, der Bevölkerungsstruktur, der politischen Systeme, der Parteien und Parteiensysteme. Von besonderem Interesse ist dabei letztlich, wie weit eine höhere Cleavage-Intensität durch ihre strukturierende Kraft zu stabilen politischen Verhältnissen führt, was als Indiz für die anhaltende Bedeutung der Cleavages interpretiert werden könnte. Eine hohe Volatilität müsste demgegenüber durch eine geringere Bedeutung der Cleavages und eine verstärkte Wählerorientierung der Parteien erklärt werden können.

Der letzte Teil dieses Kapitels fasst die Erkenntnisse über Wandel und Stabilität von Parteien und Parteiensystemen zusammen und beantwortet die Frage, ob nun Stabilität oder Wandel die Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme charakterisiert und entsprechend erklärungsbedürftig ist. Als hilfreich für die Beschreibung des Wandels erweist sich dabei die Arbeit von Niedermayer

(1997: 106), welcher vier Formen der Veränderungen von Parteiensystemen unterscheidet:

- Temporale Fluktuationen (kurzfristige Veränderungen von Systemeigenschaften ohne längerfristige Trends).
- Partieller Wandel (Veränderung einer bzw. sehr weniger Eigenschaften).
- Genereller Wandel (gleichzeitige Veränderung vieler Eigenschaften).
- Transformation (Radikale Veränderung der Eigenschaften bzw. Entstehung eines vollkommen neuen Parteiensystems).

Genereller Wandel und Transformation führen zu einer grundlegenden Veränderung von Parteien und Parteiensystemen. Stabilität ist dann gewährleistet, wenn es lediglich zu temporalen Fluktuationen kommt. Partieller Wandel reicht zwar im Prinzip nicht aus, um von substanziellen Veränderungen ausgehen zu können. Verlaufen allerdings die partiellen Veränderungen anhaltend in die gleiche Richtung, dann können auch sie eine tief greifende Veränderung des Parteiensystems zur Folge haben. Ein solcher Inkrementalismus, der den meisten Veränderungsprozessen eigen ist, macht das Erkennen von Wandel besonders schwierig.

### **15.1 Parteien im Wandel: Entfernen sich die Parteien von ihrer Basis und gleichen sie sich einander an?**

Gemäss den Vorstellungen von Kirchheimer (1965) entfernen sich die Parteien immer stärker von ihren Milieus, deren Interessen sie ursprünglich einmal vertraten, und versuchen, möglichst viele Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Diese „catch-all“-Strategie führt dazu, dass sich die Parteien inhaltlich angleichen. Die Cleavages, welche für die Entstehung ursächlich waren, verlieren für die Parteiensysteme ihre strukturierende Bedeutung. Folgende drei Entwicklungen müssten sich auf der Ebene der Kantonalparteien feststellen lassen:

- Es kommt zu einem zentripetalen Parteienwettbewerb. Die Parteien rücken auf der Links-rechts-Skala in die Mitte.
- Die Parteien werden heterogener, da sie einen breiteren Kreis der Bevölkerung ansprechen wollen.
- Die Parteileitung löst sich aus den Verpflichtungen der Mitgliederbasis und versucht, sich eine möglichst grosse Handlungsfreiheit auszubedingen, damit sie auf dem Markt der Wählenden besser agieren kann.

Leider stehen auf dem Niveau der Parteien, im Gegensatz zum Wahl- und Abstimmungsverhalten, keine Zeitreihendaten, welche allfällige Veränderungen zuverlässig dokumentieren könnten, zur Verfügung. Dennoch besteht die Möglichkeit, Wandlungstendenzen zu erkennen. Zum einen wurden die Parteiverantwortlichen in der Kantonalparteienuntersuchung von 1998 (Ladner/Brändle 2001) gefragt, in welche Richtung sich ihre Partei in den letzten Jahren entwickelt hat, zum anderen kann angenommen werden, dass sich die kantonalen Parteien und Parteiensysteme in einer zeitversetzten Entwicklungsphase befinden und dass sich diese Strategien, verkörpern sie ein zukunftssträchtiges Parteienmodell, vor allem bei den erfolgreichen Parteien finden lassen müssten. Konkret heisst dies, dass sich Parteien in den urbanisierten, „modernen“ Kantonen und vor allem Parteien der erfolgreichen SVP und SP in die postulierte Richtung entwickeln müssten. Lässt sich bei den besonders erfolgreichen Kantonalparteien eine stärkere Mitteorientierung, eine grössere ideologische Heterogenität und mehr operationelle Freiheiten der Parteiführung ausmachen, so könnte man darauf schliessen, dass die Vorhersagen von Kirchheimer bezüglich Entideologisierung und Professionalisierung der Parteien und nicht Annahmen von Lipset/Rokkan über die festgefrorenen Cleavage-Strukturen zutreffen.

### 15.1.1 Rutschen die Parteien auf der Links-rechts-Achse in die Mitte?

Würde es zu einer verstärkten *Mitteorientierung* kommen, so müsste dies konkret heissen, dass sich die Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums nach rechts und diejenigen auf der rechten Seite nach links bewegen. Dies scheint allerdings nicht der Fall zu sein. Gemäss eigenen Aussagen bewegen sich – wie wir bereits in Kapitel 9 gesehen haben – die Mehrheit der SP-Kantonalparteien nach links und die Mehrheit der SVP-Kantonalparteien nach rechts. Insgesamt geben nur zehn von 93 Kantonalparteien an, sich in den letzten zehn Jahren auf der Links-rechts-Achse in die Mitte bewegt zu haben. Konkret sind dies vier FDP und sechs CVP-Kantonalparteien, die nach links gerutscht sind. Kombiniert man jedoch die Veränderung der politischen Orientierung mit der Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Skala, so kann bei rund 47 Prozent der Kantonalparteien eine Mitteorientierung ausgemacht werden.<sup>1</sup> Besonders ausgeprägt ist die Mitteorientierung bei der CVP mit 85 Prozent der Kantonalparteien, gefolgt von FDP mit 52 Prozent, SVP mit 32 Prozent und SP mit 13 Prozent.

Aus Tabelle 15.1 geht hervor, dass die Mitteorientierung einer Kantonalpartei dem Wahlerfolg nicht unbedingt förderlich ist. Zwar haben die in der Mitte positionierten Kantonalparteien der FDP einen etwas höheren durchschnittlichen Wählerstimmenanteil, dafür haben sie im Durchschnitt auch etwas mehr Wäh-

<sup>1</sup> Von einer Mitteorientierung wird dann gesprochen, wenn sich auf der Links-rechts-Achse die bürgerlichen Parteien nach links und die SP nach rechts verschoben haben oder wenn sich die bürgerlichen unter dem Skalenwert sieben und die SP über dem Skalenwert drei positionieren.

lerstimmen verloren. Bei der CVP haben die nicht in der Mitte positionierten Kantonalparteien noch immer einen deutlich höheren Wählerstimmenanteil, auch wenn sie etwas grössere Verluste erlitten haben. Bei der SVP geht eine Rechtspositionierung mit deutlichen Wählerstimmengewinnen einher, und bei der SP deutet die gemässigte Position eher auf Verluste hin.

Tabelle 15.1: Mitteorientierung und Wahlerfolg der Kantonalparteien, 1972 bis 1999

Mitteorientierung	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil in den Wahlperioden 19 bis 25	Durchschnittliche Veränderung des Wählerstimmenanteils zwischen den Wahlperioden 19 und 25	N
FDP			
nein	24.0	-0.9	12
ja	27.3	-2.0	12
CVP			
nein	36.8	-8.3	4
ja	29.2	-5.7	20
SVP			
nein	10.7	7.7	12
ja	19.1	0.0	5
SP			
nein	17.3	1.0	20
ja	19.0	-3.5	3

Anmerkungen: Wahlperiode 19 = 1972 bis 1975, Wahlperiode 25 = 1996 bis 1999.

Die Suche nach charakteristischen Merkmalen von Kantonen oder Parteiensystemen, in denen die Parteien in besonderem Masse zur Mitte tendieren, gestaltet sich schwierig. Insbesondere lässt sich nicht zeigen, dass Parteien in Parteiensystemen mit wenig Parteien oder stark polarisierten Parteiensystemen mehrheitlich eine stärkere Mitteorientierung haben. Auch zwischen der Volatilität des Parteiensystems und der Mitteorientierung der Parteien gibt es keine signifikante Beziehung. Und bei der Veränderung der Volatilität findet sich sogar eine Beziehung, welche der postulierten Beziehung widerspricht. Parteien mit einer Mitteorientierung finden sich häufiger in Parteiensystemen mit einer tiefen Volatilität.

Für die im ersten Teil dieser Arbeit erstellten *vier Typen von Parteiensystemen* lässt sich zeigen, dass sich in den zentrierten Mehrparteiensystemen in den Kantonen Freiburg, Solothurn, Tessin, Waadt, Neuenburg und Jura am häufigsten Kantonalparteien finden lassen, die eine Mitteorientierung aufweisen (vgl.

Tabelle 15.2). Allerdings gibt es auch zahlreiche Mitteparteien in den anderen Parteiensystemen, insbesondere auch in den polarisierten Mehrparteiensystemen.

Tabelle 15.2: Mitteorientierung der Kantonalparteien in den vier Typen von Parteiensystemen

Mitteorientierung	Nein	Ja	N
Rechtspositionierte Zweieinhalbparteiensysteme: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS	60.0	40.0	30
Volatile Vielparteiensysteme: BS, GE	50.0	50.0	8
Polarisierte Mehrparteiensysteme: ZH, BE, GL, BL, SH, GR, AG, TG	57.6	42.4	33
Zentrierte Mehrparteiensysteme: FR, SO, TI, VD, NE, JU	41.2	58.8	17
Insgesamt	54.5	45.5	88

### 15.1.2 Nimmt die parteiinterne Heterogenität zu?

Eine weitere Implikation des Kirchheimerschen-Modells ist, dass bei gleich bleibenden politischen Präferenzen der Wählerinnen und Wähler die *parteiinterne Heterogenität* zunimmt. Das Lipset/Rokkan-Modell muss demgegenüber konsequenterweise von ideologisch relativ homogenen Parteien ausgehen. Mit den hier für die Kantonalparteien zur Verfügung stehenden Daten kann zwar die Veränderung der parteiinternen Homogenität empirisch nicht überprüft werden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, zwischen homogenen und heterogenen Parteien zu unterscheiden und wiederum nach möglichen Erklärungsfaktoren für diese Unterschiede zu suchen.

Wie homogen sind also die Kantonalparteien bezüglich ihrer politischen Orientierung? Häufig wird davon ausgegangen, dass Parteien an den Extremen des politischen Spektrums ideologisch homogener sind als Mitteparteien. Zudem kann angenommen werden, dass in Parteiensystemen mit einer grösseren Zahl an Parteien die ideologische Homogenität der Parteien grösser ist als in einem Zweiparteiensystem. Die Daten aus der Kantonalparteienbefragung erlauben es, diese Fragen zu überprüfen und zwischen ideologisch homogeneren und ideologisch heterogeneren Parteien respektive Parteiensystemen mit homogeneren und

heterogeneren Parteien zu unterscheiden.<sup>2</sup> Eine hohe parteiinterne Heterogenität deutet darauf hin, dass die ideologische Orientierung nicht im Vordergrund steht und die Parteien den wählerorientierten neuen Parteimodellen entsprechen. Sind die Parteien eines Parteiensystems besonders heterogen, so dürfte das Parteiensystem den Vorstellungen Kirchheimers nahe kommen.<sup>3</sup>

Die für die *Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien* bestimmte parteiinterne Heterogenität zeigt, dass vor allem die Kantonalparteien von FDP und CVP in einer grösseren Zahl von Fragen parteiinterne Unterschiede kennen, während SVP und SP diesbezüglich homogener sind (vgl. Tabelle 15.3). Dass die SVP-Kantonalparteien noch geschlossener sind als die SP-Kantonalparteien mag erstaunen, der Unterschied ist allerdings nicht allzu gross, und die grössere Standardabweichung bei der SVP deutet darauf hin, dass es zumindest in einem Teil der SVP-Kantonalparteien häufiger zu parteiinternen Unterschieden kommt. Die SP-Kantonalparteien sind sich demgegenüber ähnlicher. Erstaunlich ist, dass die FDP in dieser Darstellung noch heterogener ist als die CVP.

Tabelle 15.3: Parteiinterne Heterogenität, nach Partei

	Mittelwert	Standardabweichung	N
FDP	5.5	3.3	23
CVP	5.0	3.0	22
SP	3.0	1.8	21
SVP	2.9	2.4	15
Insgesamt	4.2	2.9	81

Anmerkung: Der Wertebereich des Indexes reicht von null bis 17.

Betrachten wir die *Wahlerfolge* der entsprechenden Kantonalparteien, so macht es nicht den Eindruck, dass ein möglicher neuer Parteitypus mit einer grösseren parteiinternen Heterogenität besonders erfolgreich ist. Wie aus Tabelle 15.4 hervorgeht, sind mit Ausnahme der SVP-Kantonalparteien die Parteien mit einer hohen parteiinternen Heterogenität eher weniger erfolgreich. Bei der SVP sind die homogenen Parteien demgegenüber ganz besonders erfolgreich gewesen und

<sup>2</sup> Den Verantwortlichen der Kantonalparteien wurde eine Liste mit 17 zentralen politischen Items vorgelegt, und sie wurden gefragt, wie gross ihrer Meinung nach der Prozentanteil ihrer Mitglieder wäre, der diesen Items zustimmen würde. Liegt der Prozentanteil zwischen 35 und 65 Prozent, so kann davon ausgegangen werden, dass diese Frage innerhalb der Partei nicht ganz unumstritten ist. Je grösser die Zahl der umstrittenen Items, desto heterogener ist die Kantonalpartei.

<sup>3</sup> Die Korrelation zwischen der Mitte-Orientierung und der parteiinternen Heterogenität ist zwar signifikant aber verhältnismässig (pearson corr. 0.266, sig. 0.018, N = 79) schwach, so dass von zwei unterschiedlichen Parteimerkmalen ausgegangen werden kann.

haben im Durchschnitt ihren Wählerstimmenanteil um mehr als sechs Prozent steigern können. Dass diese Parteien trotz ihrer Erfolge über einen tiefen Wählerstimmenanteil verfügen, lässt darauf schliessen, dass es sich hier vor allem um neue, in den Hochburgen der CVP gegründete Kantonalparteien nach dem Vorbild der Zürcher SVP handelt.

Tabelle 15.4: Parteiinterne Heterogenität und Wahlerfolg, 1972 bis 1999

Heterogenität	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil in den Wahlperioden 19 bis 25	Durchschnittliche Veränderung des Wählerstimmenanteils zwischen den Wahlperioden 19 und 25	N
FDP			
tief	26.4	-3.5	7
hoch	25.3	-0.8	15
CVP			
tief	34.4	-8.8	7
hoch	28.7	-4.8	13
SVP			
tief	9.1	6.6	9
hoch	23.8	-0.2	4
SP			
tief	19.9	0.4	11
hoch	15.2	-0.3	10

Anmerkungen: Wahlperiode 19 = 1972 bis 1975, Wahlperiode 25 = 1996 bis 1999.

Betrachten wir die verschiedenen Variablen der Parteiensysteme, sowohl die technischen Variablen wie auch diejenigen, welche die Stärke der politischen Parteien und Lager berücksichtigen, so ergeben sich keine signifikanten Beziehungen. Insbesondere scheinen eine grosse Zahl an Parteien, eine hohe Volatilität und eine grössere Polarisierung sowie die Veränderungen dieser Merkmale in den letzten 30 Jahren in keinem Zusammenhang mit der parteiinternen Homogenität zu stehen.

Demgegenüber lässt sich zeigen, dass auf Ebene der im ersten Teil dieser Arbeit bestimmten Parteiensysteme ein Unterschied zwischen den Zweieinhalb-parteiensystemen, wie sie im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in der Inner-schweiz und in den Kantonen Wallis und St. Gallen bestanden, und den übrigen Parteiensystemen besteht. In ersteren sind die Parteien deutlich heterogener (vgl. Tabelle 15.5). Parteiinterne Heterogenität scheint ein Charakteristikum eher traditioneller Parteiensysteme zu sein.



Tabelle 15.5: Parteiensysteme und parteiinterne Heterogenität

Parteiensystem	Mittelwert	Standardabweichung	N
Rechtspositionierte Zweieinhalbparteiensysteme: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS	4.7	3.1	24
Volatile Vielparteiensysteme: BS, GE	4.3	1.5	7
Polarisierte Mehrparteiensysteme: ZH, BE, GL, BL, SH, GR, AG, TG	4.3	3.4	29
Zentrierte Mehrparteiensysteme: FR, SO, TI, VD, NE, JU	4.1	2.4	16
Insgesamt	4.4	2.9	76

Anmerkungen: Zur Herleitung der Parteiensysteme vgl. Kapitel 6.

### 15.1.3 Verliert die Ideologie an Bedeutung?

Ein letztes mögliches Charakteristikum von sich von ihrer ursprünglichen Basis entfernenden Parteien, welches hier untersucht wird, ist die Abkehr von einer programmatisch orientierten hin zu einer *auf die Tagespolitik reagierenden Parteiarbeit*. Die Mehrheit der Kantonalparteien machen geltend, dass sich in den letzten zehn Jahren das Schwergewicht eher zugunsten einer pragmatischen, reaktiven Parteiarbeit verlagert hat (Tabelle 15.6). In besonderem Ausmass scheint eine solche Entwicklung bei der SVP stattgefunden zu haben. Noch fast zur Hälfte an ihrem Parteiprogramm orientiert sind demgegenüber die Kantonalparteien der FDP.

Tabelle 15.6: Verlagerung von einer programmatisch orientierten zu einer auf die Tagespolitik reagierenden Parteiarbeit (in Prozent)

Die Tagespolitik reagieren ist wichtiger geworden ...			N
	Nein	Ja	
FDP	47.8	52.2	23
CVP	36.0	64.0	25
SVP	29.4	70.6	17
SP	38.1	61.9	21
Total	38.4	61.6	86

Anmerkung: N = Anzahl antwortender Kantonalparteien.

Ob sich nun eine Kantonalpartei stärker oder weniger stark an der Tagespolitik orientiert, scheint auf die *Wählerstimmenverschiebungen* im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts keinen nennenswerten Auswirkungen zu haben. Die Gewinne oder Verluste unterscheiden sich nicht wesentlich danach, woran die Kantonalparteien ihre Politik orientieren (vgl. Tabelle 15.7).

Tabelle 15.7: Bedeutungszunahme der Tagespolitik und Wahlerfolg, 1972 bis 2000

<b>Bedeutungszunahme Tagespolitik</b>	<b>Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil in den Wahlperioden 19 bis 25</b>	<b>Durchschnittliche Veränderung des Wählerstimmenanteils zwischen den Wahlperioden 19 und 25</b>	<b>N</b>
<b>FDP</b>			
nein	26.2	-1.3	11
ja	25.7	-1.7	11
<b>CVP</b>			
nein	29.1	-7.5	8
ja	33.3	-5.9	15
<b>SVP</b>			
nein	18.9	4.7	5
ja	10.7	4.2	10
<b>SP</b>			
nein	17.9	-0.5	7
ja	18.1	0.1	13

Anmerkungen: Wahlperiode 19 = 1972 bis 1975, Wahlperiode 25 = 1996 bis 1999.

Auch hier zeigen sich wiederum keine Zusammenhänge mit charakteristischen Merkmalen der Kantone und der Parteiensysteme. Und auch die Unterscheidung nach den vier Typen von *kantonalen Parteiensystemen* zeigt, dass Parteien mit einer stärkeren Orientierung an der Tagespolitik praktisch in allen Parteiensystemen gleich häufig oder gleich selten vorkommen (vgl. Tabelle 15.8).

Tabelle 15.8: Parteiensysteme und Verlagerung auf die Tagespolitik (in Prozent)

Parteiensysteme	Nein	Ja	N
Rechtspositionierte Zweieinhalbparteiensysteme: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, SG, VS	35.7	64.3	28
Volatile Vielparteiensysteme: BS, GE	33.3	66.7	6
Polarisierte Mehrparteiensysteme: ZH, BE, GL, BL, SH, GR, AG, TG	41.9	58.1	31
Zentrierte Mehrparteiensysteme: FR, SO, TI, VD, NE, JU	40.0	60.0	15
Insgesamt	38.8	61.3	80

#### 15.1.4 Zusammenfassung – Wandel der Parteiorganisationen?

Ist ein allfälliger Trend zur politischen Mitte eine individuelle Entwicklung einzelner Parteien oder eine Dynamik, die sich in einzelnen Kantonen oder einzelnen Typen von Parteiensystemen ausmachen lässt? Diese Frage müsste mit Hilfe einer Mehrebenen-Analyse überprüft werden. Leider ist dies aufgrund der Datenstruktur nicht möglich. Die vorangehend präsentierten Ergebnisse sowie weitere, hier nicht im Detail dargestellte, Analysen legen jedoch den Schluss nahe, dass vor allem die Art der Partei (FDP, CVP) ausschlaggebend ist, ob eine Partei eine verstärkte Mitteorientierung aufweist. Es sind nicht einzelne Kantonalparteien, die unabhängig von ihrer politischen Herkunft und den Verhältnissen in ihrem Kanton oder Parteiensystem einen Mittekurs gewählt haben, um sich als neue Form von Partei im Sinne von Kirchheimer zu positionieren. Auch weitere charakteristische Merkmale der Kirchheimerschen „catch-all party“, wie die Zunahme der Professionalisierung, eine stärkere Orientierung an der Tagespolitik oder ein Bedeutungsverlust des Parteiprogramms, stehen nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Mitteorientierung einer Partei.

Die Versuche unter den kantonalen Parteiensystemen und Parteien charakteristische Entwicklungsmuster festzustellen, die es erlauben würden, von grundlegend anderen und neuen Formen von Parteien zu sprechen, sind also erfolglos geblieben. Zwar bewegen sich einige Kantonalparteien auf der Links-rechts-Achse zur Mitte, sind ideologisch heterogen und orientieren sich immer stärker an der Tagespolitik, es wird aber nicht klar ersichtlich, ob es sich dabei wirklich um neue, zukunftsfrächtige Entwicklungsmuster handelt, die Ansätze eines neuen Parteitypen erkennen liessen. Unterstützt wird diese Vermutung durch das Fehlen eines erkennbaren Verbreitungsmusters für die entsprechenden Parteimerkmale. Die Eigenheiten finden sich nicht markant häufiger in urbanen Kan-

tonen mit einer Vielzahl von Parteien als in katholischen Kantonen mit weniger Parteien und einer geringen Volatilität.

Auf keinen Fall lässt sich zeigen, dass Parteiorganisationen, welche diese Eigenheiten des Kirchheimerschen Parteitypen der „catch-all party“ aufweisen, in den letzten Jahren wesentlich erfolgreicher gewesen sind, so dass auch nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich über den Parteienwettbewerb ein neues Parteienmodell durchsetzen wird. Am Ende des 20. Jahrhundert waren es vielmehr die zu den Extremen der politischen Skala neigenden und relativ homogen auftretenden Parteien SVP und SP, welche Wahlerfolge verbuchen konnten.

Es ist möglicherweise das auf den Prinzipien des „power sharings“ beruhende Mehrparteiensystem in der Schweiz, welches nicht nur für eine breitere ideologische Streuung der Kantonalparteien verantwortlich ist, sondern auch dafür sorgt, dass profilierte Parteien begünstigt werden. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich – zumindest auf der Ebene der Parteienorganisationen – keine Entwicklungen feststellen lassen, welche Anlass geben, die Vorstellung von den „frozen party systems“ in Zweifel zu ziehen.

## 15.2 Determinanten stabiler Parteiensysteme: Garantieren Cleavages eine geringe Volatilität?

Die verschiedenen Variablen auf der Ebene der Wählerschaft, der Parteien und Parteiensysteme erlauben es, unterschiedliche Modelle zur Erklärung politischer Stabilität zu überprüfen und damit noch einmal die Frage nach dem Wandel der Parteiensysteme zu erörtern. Gelingt es nachzuweisen, dass die elektorale Stabilität dort gross ist, wo die Cleavages noch besonders virulent sind, dann könnten man der Argumentation von Bartolini/Mair (1990) folgend, dies als Unterstützung der These von Lipset/Rokkan (1967) interpretieren. Im Gegensatz zu den in Kapitel 4 präsentierten Analysen werden nun auch die Beziehungen zwischen den einzelnen erklärenden Variablen kontrolliert. Zudem werden weitere mögliche erklärende Variablen berücksichtigt. Im Unterschied zum Vorgehen von Bartolini/Mair (1990: 253ff.) wird hier nicht mit einzelnen Wahlgängen, sondern mit Durchschnittswerten für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts gearbeitet. Weiter wird auch darauf verzichtet, in Analogie zu Bartolini/Mair, ein komplizierteres kausales Modell aufzustellen und zu überprüfen, da es hier nicht darum geht, elektorale Stabilität möglichst gut zu erklären, sondern die Bedeutung der Cleavages-Variablen mit der Bedeutung anderer Gruppen von Variablen zu vergleichen.

Insgesamt können *sieben Gruppen von Variablen* unterschieden werden. Nachfolgend sind diese Gruppen mit den verschiedenen Variablen und den zu erwartenden Beziehungen mit der Volatilität aufgeführt:

1. *Kontextvariablen:* Grösse des Kantons, Urbanität des Kantons, Anzahl Gemeinden und durchschnittliche Gemeindegrösse. Diese Variablen haben primär den Charakter von Kontrollvariablen. Einen positiven Einfluss auf die Volatilität ist von der Urbanität und der durchschnittlichen Gemeindegrösse zu erwarten. Im ersten Fall wären hierfür vor allem die gelockerten Partei-bindungen und im zweiten Fall die grössere Anzahl politischer Parteien in den Gemeinden verantwortlich. Die Grösse des Kantons hat dann einen positiven Einfluss, wenn damit auch eine grössere Heterogenität und gleichzeitig ein kompetitiveres Parteiensystem einhergeht, während von der Zahl der Gemeinden, die in der Regel dann gross ist, wenn die Gemeinden klein sind, ein negativer Effekt zu erwarten ist.
2. *Cleavage-Variablen der strukturelle Ebene:* Anteil Katholiken, Beschäftigte im Primär- und Sekundärsektor und Sprachzugehörigkeit, konfessionelle, sozio-strukturelle und sprachliche Heterogenität. Je grösser der Anteil der Katholiken, respektive der Beschäftigten in den jeweiligen Sektoren, desto stärker die Bindungen und desto geringer die Volatilität. Zwischen den Sprachregionen dürften demgegenüber keine Unterschiede bestehen. Konfessionelle, sozio-strukturelle und sprachliche Heterogenität innerhalb eines Kantons kann dann mit einer geringeren Volatilität einhergehen, wenn die Cleavages ihre strukturierende Bedeutung beibehalten. Eine hohe Volatilität würde auf eine geringere Bedeutung der strukturellen Cleavage-Elemente hindeuten.
3. *Cleavage-Variablen der Bewusstseinssebene:* Cleavage Intensität gemessen auf der Basis des Abstimmungsverhaltens anhand des Konfessions-, Stadt-Land-, Arbeit-Kapital- und Sprachen-Cleavages. Je intensiver das Cleavage-Bewusstsein in den einzelnen Konflikten ist, desto geringer sollte die Volatilität sein, da die Parteien ihre Wählerschaft entlang dieser Cleavages einbinden. Dort, wo jedoch die Cleavage-Intensität in allen Bereichen hoch ist, könnte auch die Volatilität hoch sein.
4. *Variablen des Parteiensystems:* Effektive Zahl der Parteien, Blockvolatilität im weiteren Sinne, Positionierung des Parteiensystems und Polarisierung des Parteiensystems. Die effektive Zahl der Parteien müsste, wie hinreichend belegt wurde, einen positiven Effekt auf die Volatilität haben. Dies gilt auch für die Blockvolatilität, die Bestandteil der Volatilität ist, während zwischen der Polarisierung des Parteiensystems und der Volatilität eine negative Korrelation zu erwarten ist. Mit der Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse ist keine Beziehung zu erwarten.
5. *Stärke der Parteien und Lager:* Wählerstimmenanteile von FDP, CVP, SVP und SP, des linken und rechten Lagers sowie der Bundesratsparteien. Ein hoher Wählerstimmenanteil einer Partei würde darauf hindeuten, dass kein allzu starker Wettbewerb zwischen den Parteien herrscht und dass die Volatilität

eher tief ist. Dasselbe gilt für eine starkes linkes oder ein starkes rechtes Lager. Ist hingegen der Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien tief, so wäre eine hohe Volatilität zu erwarten.

6. *Variablen zum Partizipationsverhalten*: Beteiligung an kantonalen Wahlen, Anteil Panaschierstimmen und Anteil Parteimitglieder an den Stimmberechtigten. Eine hohe Beteiligung an Wahlen könnte einerseits Ausdruck dafür sein, dass ein intensiver politischer Wettbewerb stattfindet, der in einer hohen Volatilität resultiert. Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit, dass es den Parteien besonders gut und geschlossen gelingt, ihre Anhänger zu mobilisieren oder dass die Beteiligung lediglich aus Tradition hoch ist, was auf eine tiefe Volatilität schliessen liesse. Ein hoher Anteil an Panaschierstimmen deutet auf weniger feste Parteibindungen hin und müsste mit einer hohen Volatilität einhergehen, während bei einem hohen Anteil an Parteimitgliedern unter den Stimmberechtigten das Gegenteil zu erwarten wäre.
7. *Variablen des politischen Systems*: Grösse des kantonalen Parlaments, Einführungsjahr Proporzahlen, Proportionalität des Wahlverfahrens (vgl. Lutz/Strohmam 1998: 80), empirische Wahlerfolgsschwelle für einen Kantonsratssitz, Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen, Anzahl Wahlkreise und durchschnittliche Wahlkreisgrösse. Für diese Variablen gilt generell, dass über die grösseren Erfolgchancen der kleineren Parteien (z.B. Proporz, tiefe Wahlerfolgsschwelle), die differenzierteren Möglichkeiten den Wählerwillen zum Ausdruck zu bringen (Panaschieren) und die Steigerung des Parteienwettbewerbs eine Erhöhung der Volatilität zu erwarten ist. Eine grössere Zahl an Wahlkreisen lässt auf eine tiefe Wahlerfolgsschwelle schliessen und damit auch auf eine tiefe Volatilität. Und schliesslich könnte erwartet werden, dass dort, wo das Proporzwahlverfahren schon lange eingeführt wurde, die Volatilität grösser wäre, so dass zwischen dem Einführungsjahr und der Volatilität eine negative Beziehung bestehen müsste.

Tabelle 15.9 stellt die bivariaten Beziehungen (zwischen den einzelnen Variablen und der Volatilität) sowie die Regressionsmodelle für die einzelnen Variablengruppen den erwarteten Zusammenhängen gegenüber. Die Pearson-Korrelationskoeffizienten sowie die standardisierten Regressionskoeffizienten geben Aufschluss darüber, ob und in welche Richtung eine signifikante Beziehung besteht. Mit den korrigierten R-Quadraten kann der Erklärungsgehalt der verschiedenen Modelle bestimmt und verglichen werden. Dieser Wert ist auch für die weitere Argumentation von Bedeutung, da er darlegt, wie weit mit den verschiedenen Variablengruppen die Volatilität erklärt werden kann. Führt eine stärkere Ausprägung der Cleavage-Elemente zu einer tieferen Volatilität, dann kann davon ausgegangen werden, dass die Cleavages nach wie vor eine Bedeutung für die Strukturierung der kantonalen Parteiensysteme haben. Sind demge-

genüber andere Variablengruppen bedeutend wichtiger, so wird die Erklärungskraft der Cleavage-Theorie in Zweifel gezogen.

Tabelle 15.9: Determinanten der elektoralen Volatilität: Bivariate Korrelation und multiple Regressionen

	Postuliert Beziehung	Pearson Corr	Sig.	Stand. Koeffizienten Beta	Signifikanz
<b>Kontextvariablen</b>					
Kantonsgrösse (log.)	pos.	0.390	0.060	0.663	0.030
Urbanität des Kantons	pos.	0.543	0.006	0.230	0.295
Anzahl Gemeinden im Kanton	neg.	-0.135	0.528	-0.602	0.025
Durchschnittliche Gemeindegrösse im Kanton	pos.	0.434	0.034	0.158	0.393
Korrigiertes R-Quadrat				0.435	
<b>Cleavage-Variablen „Strukturelle Ebene“</b>					
Anteil Katholiken 1990	neg.	-0.490	0.015	-0.347	0.082
Deutschsprachige Kantone	-	-0.045	0.835	0.102	0.587
Beschäftigte im Primärsektor 1990	neg.	-0.573	0.003	-0.305	0.162
Beschäftigte im Sekundärsektor 1990	neg.	-0.455	0.026	-0.348	0.086
Korrigiertes R-Quadrat				0.393	
Konfessionelle Heterogenität, Rae	neg.	0.538	0.007	0.387	0.040
Sozio-ökonomische Heterogenität, Rae	neg.	-0.454	0.026	-0.386	0.029
Sprachliche Heterogenität	neg.	-0.388	0.061	-0.241	0.181
Korrigiertes R-Quadrat				0.398	
<b>Cleavage-Variablen: „Ebene Bewusstsein“</b>					
Intensität des konfess. Cleavage 1970-2000	neg.	0.136	0.526	0.367	0.443
Intensität des Klassencleavage 1970-2000	neg.	-0.258	0.224	-0.722	0.023
Intensität des agrarischen Cleavage 1970-2000	neg.	0.218	0.306	0.735	0.269
Intensität des Sprach-Cleavage 1970-2000	neg.	0.112	0.604	-0.394	0.565
Korrigiertes R-Quadrat				0.216	
Totale Cleavage Intensität 1970-2000	pos.	-0.304	0.149	-0.304	0.149
Korrigiertes R-Quadrat				0.051	
<b>Variablen des Parteiensystems</b>					
Effektive Zahl der Parteien, 1972-1999	pos.	0.724	0.000	0.323	0.037
Blockvolatilität im weiteren Sinne, 1972-1999	pos.	0.598	0.002	0.431	0.000
Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse, 1972-1999		-0.314	0.135	0.046	0.675
Polarisierung des Parteiensystems, 1972-1999	neg.	0.762	0.000	0.444	0.006
Korrigiertes R-Quadrat				0.778	

Tabelle 15.9: Fortsetzung

	Postulierte Beziehung	Pearson Corr	Sig.	Stand. Koef- fizienten Beta	Signifikanz
<b>Stärke der Parteien und Lager</b>					
Wählerstimmenanteil der FDP, 1972-1999	neg.	-0.482	0.017	-0.533	0.010
Wählerstimmenanteil der CVP, 1972-1999	neg.	-0.594	0.002	-0.769	0.020
Wählerstimmenanteil der SP, 1972-1999	neg.	0.382	0.065	-0.410	0.138
Wählerstimmenanteil der SVP, 1972-1999	neg.	-0.159	0.517	-0.598	0.007
Korrigiertes R-Quadrat				0.550	
Wählerstimmenanteil der linken Parteien	neg.	0.631	0.001	-0.261	0.342
Wählerstimmenanteil der rechten Parteien	neg.	0.108	0.641	0.215	0.162
Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien	neg.	-0.782	0.000	-1.005	0.002
Korrigiertes R-Quadrat				0.576	
<b>Variablen zum Partizipationsverhalten</b>					
Wahlbeteiligung an Kantonalen Parlamentswahlen 1984-1999	pos.	-0.497	0.019	-0.402	0.158
Mitgliederanteil Parteien an Stimmberechtigten	neg.	-0.509	0.011	-0.338	0.214
Prozentualer Anteil Panaschierstimmen NR-Wahlen 1999	pos.	0.024	0.920	-0.217	0.382
Korrigiertes R-Quadrat				0.209	
<b>Variablen des politischen Systems</b>					
Grösse des kantonalen Parlaments	pos.	0.190	0.373	0.351	0.559
Einführungsjahr Proporzahlen	neg.	-0.404	0.056	-0.106	0.713
Proportionalitätsgrad des Wahlsystems bei Parlamentswahlen	pos.	-0.065	0.763	0.240	0.359
Empirische Wahlerfolgsschwelle (Vatter 2001)	neg.	-0.302	0.151	0.030	0.966
Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen	pos.	0.142	0.517	-0.107	0.727
Anzahl Wahlkreise	?	-0.232	0.275	-0.113	0.881
Durchschnittliche Wahlkreisgrösse	pos.	0.457	0.025	0.450	0.160
Korrigiertes R-Quadrat				0.001	

Für die *Kontext-Variablen* bestätigen sich die Erwartungen. Die bivariaten Korrelationen zeigen, dass Urbanität und durchschnittlich grössere Gemeinden positiv mit der Volatilität verbunden sind. Im Regressionsmodell verschwinden allerdings diese Zusammenhänge wieder, dafür hat die Grösse des Kantons den



erwarteten positiven und die Anzahl der Gemeinden den postulierten negativen Effekt. Allerdings ist die Erklärungskraft des Modells eher gering.

Bei den *strukturellen Cleavage-Variablen* finden sich die postulierten negativen Beziehungen beim Anteil der Katholiken sowie den Beschäftigten im Primär- und Sekundärsektor. Im Regressionsmodell sind dann allerdings diese Beziehungen nicht mehr signifikant. Dafür lassen sich bei der konfessionellen Heterogenität eine positive und bei der sozio-ökonomischen Heterogenität ein negativer Wirkung auf die Volatilität finden. In den gemischt konfessionellen Kantonen ist dementsprechend keine Verfestigung der politischen Lager festzustellen. Es sind die Kantone, in denen kein solcher Konflikt existieren kann, weil sich keine verschiedenen Konfessionen gegenüber stehen, in denen die politischen Verhältnisse stabiler sind. Eine schwache Unterstützung erfährt die Cleavage-Theorie mit der sozio-ökonomischen Heterogenität, wobei auch hier der Einfluss eher schwach ist. Insgesamt ist auch der Erklärungsgehalt dieses Modells eher gering.

Bei den Variablen, die das *Cleavage-Bewusstsein* messen, finden sich keine signifikanten bivariaten Beziehungen, und im Regressionsmodell findet sich einzig beim Klassencleavage eine signifikante negative Beziehung, wobei auch hier die Erklärungskraft des Modells sehr gering ist.

Deutlich mehr erklären die Variablen, die die *verschiedenen Eigenheiten des Parteiensystems* messen. Die erwarteten positiven Beziehungen zwischen der effektiven Zahl der Parteien sowie der Blockvolatilität und der Volatilität bestätigen sich. Erstaunlicher ist demgegenüber der positive Einfluss der Polarisierung auf die Volatilität. Es ist also nicht so, dass es in Parteiensystemen, in denen die Parteien weiter voneinander entfernt sind, weniger zu Verschiebungen der Wählerstimmenanteile kommt. Dies mag damit zusammenhängen, dass sich die polarisierteren Parteiensysteme eher in urbanen Kantonen befinden, in denen die Parteibindungen weniger ausgeprägt sind.

Bei der *Stärke der verschiedenen Parteien* zeigen sich die erwarteten negativen Beziehungen im Falle von FDP und CVP. Bei der SVP wird die Beziehung nur im Regressionsmodell negativ, während sich für die SP kein Zusammenhang ausmachen lässt. Es bestätigt sich insgesamt aber, dass dort, wo vor allem die bürgerlichen Parteien stark sind, die Volatilität eher gering ist. Ist das linke Lager stark, oder verfügen die Bundesratsparteien zusammen über einen tieferen Anteil an Wählerstimmen, so ist die Volatilität demgegenüber höher.

Bei den *Variablen zum Partizipationsverhalten* zeigt sich zwar bei den bivariaten Analysen für den Mitgliederanteil an den Stimmberechtigten die erwartete negative Beziehung mit der Volatilität. Eine hohe Wahlbeteiligung geht demgegenüber mit einer tiefen Volatilität einher, was darauf schliessen lässt, dass die Wahlbeteiligung eher aus Traditionen und nicht aufgrund eines intensiven Parteienwettkampfs hoch ist. Für die Panaschierstimmen findet sich hingegen keine signifikante Beziehung. Prüfte man den Einfluss aller drei Variablen in einem Regressionsmodell, so sind allerdings die Beziehungen nicht mehr signifikant.

Auch bei den Variablen des politischen Systems lassen sich kaum nennenswerte Beziehungen finden. Die der Gesamtheit der Variablen leistet überhaupt keinen Beitrag zu Erklärung der Volatilität. Einzig mit der Wahlkreisgrösse findet sich eine signifikante Korrelation mit dem erwarteten Vorzeichen.

Vergleichen wir abschliessend die Erklärungskraft der einzelnen Modelle, so zeigt sich, dass mit den Cleavage-Variablen die Volatilität kaum erklärt werden kann. Sowohl die Strukturmessung wie auch die Messung auf der Ebene des Bewusstseins erklären die Volatilität deutlich schlechter als die Variablen des Parteiensystems oder auch die Stärke der verschiedenen politischen Parteien. *Offensichtlich ist es die Zusammensetzung der Parteiensysteme und weniger die ihnen in der Theorie zugrunde gelegten Strukturen, welche für die Stabilität verantwortlich ist.* Von einer strukturellen oder bewusstseinsmässigen Verfestigung der Konfliktstrukturen, die mit einer tiefen Volatilität einhergeht, ist kaum etwas zu sehen.

Allerdings kann auch diese Analyse nicht als ultimativer Beweis gegen die Cleavage-Theorie angeführt werden. Die Volatilität ist, wie bereits im entsprechenden Kapitel im ersten Teil dieser Arbeit dargelegt wurde, nur bedingt ein Mass, mit dem Wandel und Stabilität von Parteiensystemen nachgewiesen werden kann. Auch mit kleinen Verschiebungen der Wählerstimmenanteile und einer entsprechend geringen Volatilität kann es, wenn die Veränderungen immer in die gleiche Richtung verlaufen, zu einer beachtlichen Veränderung des Parteiensystems kommen. Die Ergebnisse sind im besten Fall ein weiteres Indiz in einer Reihe von Erkenntnissen, die darauf hindeuten, dass sich die traditionellen Cleavages, wie sie von Lipset/Rokkan (1967) formuliert wurden, in den Parteien und Parteiensystemen immer weniger finden lassen.

### 15.3 Der Abschied von der „frozen party systems“-These

Ganz zum Schluss dieser Arbeit gilt es noch einmal auf die Debatte über den Wandel der Parteiensysteme und damit auch über den Wandel der Parteien zurückzukommen. Sind die Parteiensysteme nach wie vor auf den historischen Cleavage-Strukturen festgefroren? Oder bestimmt nun Wandel das Bild der Parteienlandschaft?

Die Analysen auf den drei Untersuchungsebenen Parteiensysteme, Parteiorganisationen und Wählerschaft haben folgendes Bild ergeben:

- Die effektive Zahl der Parteien hat in den letzten 100 Jahren zugenommen, was auf eine Ausweitung des Angebots und die Entstehung neuer Konflikte und Cleavages hindeuten könnte. Seit Beginn der 1990er Jahre ist jedoch in den Kantonen mit einer besonders grossen Zahl von Parteien, wie übrigens auch auf nationaler Ebene, die Fragmentierung wieder rückläufig. Es ist nicht völlig auszuschliessen, dass sich das Parteienangebot wieder stärker auf die vier grossen Parteien beschränkt, in diese Richtung deutet auch der

wachsende Wählerstimmenanteil des Regierungslagers, was als Beweis für die Vorstellung von den eingefrorenen Cleavages angeführt werden könnte. Entscheidend dürfte hier sein, was in Zukunft mit der CVP passiert. Auch die Entwicklung der Volatilität deutet nicht eindeutig darauf hin, dass die Parteiensysteme in einem Masse in Bewegung geraten sind, dass nicht mehr von strukturierenden Kräften mit nachhaltiger Wirkung ausgegangen werden kann. Nach wie vor gilt die Feststellung, dass es auch schon in früheren Jahren zu Phasen mit hoher Volatilität gekommen ist, ohne dass die Parteiensysteme in ihren Grundstrukturen völlig verändert worden wären. Und auch hinsichtlich der Positionierung und Polarisierung lässt sich keine Tendenz zu einem zentripetalen Parteienwettbewerb ausmachen, welcher beispielsweise den Vorhersagen Kirchheimers (1965) mit dem Trend zur „Amerikanisierung“ westeuropäischer Parteiensysteme gerecht würde. Der einzige klare Trend, der sich zumindest für die jüngste Zeit herauslesen lässt, ist das Aufkommen der SVP und die Erstarkung des linken Lagers zusammen mit dem schwindenden Einfluss der CVP und FDP. Aufgrund der Merkmale der Parteiensysteme lässt sich dementsprechend mit den Begriffen von Niedermayer (1997: 106) nicht von einer Transformation oder einem generellen Wandel der Kantonalen Parteiensysteme sprechen. Vielmehr handelt es sich um *temporale Fluktuationen oder partielle Veränderungen*. Die empirische Evidenz spricht hier insgesamt kaum gegen die Vorstellungen von Lipset/Rokkan (1967) und ihre These von den eingefrorenen Parteiensystemen. Vorausgesetzt bleibt jedoch, dass die Operationalisierung korrekt ist, und dass mit den erwähnten Merkmalen der Parteiensysteme diese These überhaupt überprüft werden kann.

- Die Analyse der Parteiorganisationen hat ergeben, dass ein gewisser Wandel von statten geht. Bei den Parteien rücken in den 1990er Jahren sowohl die parteiinterne Basisdemokratie wie auch die programmatische Orientierung etwas in den Hintergrund (vgl. Ladner/Brändle 2001). Die Mitgliederzahlen sind rückläufig und der Einfluss der Mitglieder hat nicht weiter zugenommen, sondern es wurden vielmehr die operativen Freiheiten der Parteileitung gestärkt. Auch wenn Personen, Issues und professionelle politische Public Relations-Arbeit immer wichtiger werden, *kann kaum von professionellen Wählerparteien im Sinne von Kirchheimer (1965) oder Panebianco (1988) gesprochen werden*. Den Mitgliedern kommt nach wie vor eine gewisse – möglicherweise paradoxe (vgl. Katz/Mair 1994: 13ff.) – Bedeutung zu, und ideologische Unterschiede bestehen auch heute noch. Auch eine Entwicklung hin zur Mitte ist bei den Schweizer Kantonalparteien nicht auszumachen. Von einer Transformation der Schweizer Parteien oder von einem generellen Wandel, welcher klar in Richtung eines neuen Parteitypus (z.B. Richtung „cartel party“) laufen würde, ist wenig zu sehen. Dort wo sich solche Charakteristiken „neuer Parteien“ ausmachen lassen, wie zum Beispiel bei der Wählerorientierung auf Kosten der Mitglieder und den wenig forma-

lisierten, parteiinternen Entscheidungsprozessen zugunsten operativer Freiheiten der Parteileitung, handelt es sich eher um ein Strukturelement aus früheren Phasen der Parteienentwicklung (Elite- und Honoratiorenparteien). Insgesamt deuten die untersuchten Merkmale auf der Ebene der Parteien auf partielle Veränderungen hin, welche als Anpassungsstrategien an ein sich wandelndes Umfeld gedeutet werden können und reichen nicht aus, die Vorstellungen der „frozen party systems“ zu widerlegen. Hierzu hätte die Entwicklung wie sie Kirchheimer (1965) und Panebianco (1988) für die Parteiorganisationen vorhergesehen haben, deutlich stärker zum Ausdruck kommen müssen. Allerdings stellt sich auch hier die Frage, ob auf der Ebene der Parteiorganisationen alle wichtigen Variablen berücksichtigt werden konnten.

- Die Ergebnisse bezüglich der Bedeutung der Cleavages auf der Ebene der Wählerschaft, hier operationalisiert über das Konzept der Cleavages von Bartolini/Mair (1990) und das Abstimmungsverhalten in den Kantonen, zeigen, dass der konfessionelle Cleavage hinsichtlich Tiefe des Grabens, der Geschlossenheit der einzelnen Lager und der Intensität stark zurückgegangen ist. An Bedeutung gewonnen hat der sprachregionale Cleavage. Zwar sind die Gräben zwischen den Kantonen nicht tiefer geworden, die Lager sind jedoch homogener und die Intensität hat seit den 1950er Jahren stark zugenommen. Für den Stadt-Land-Cleavage und für den Cleavage Arbeit-Kapital lassen sich demgegenüber, allerdings auf tieferem Niveau, keine klaren Entwicklungen ausmachen. Betrachtet man aus heutiger Sicht den Zusammenhang zwischen der Bedeutung der Cleavages in den einzelnen Kantonen und den Wahlerfolgen der entsprechenden Parteien, so lassen sich weder die Stärke der SP noch diejenige der SVP in den einzelnen Kantonen mit den Ausprägungen auf den drei Elementen der ihnen zugrunde liegenden Cleavages erklären. Einzig beim konfessionellen Cleavage bestimmt – nicht erstaunlich – der Katholikenanteil die Stärke der CVP. Dieses Ergebnis *widerlegt zumindest teilweise die Vorstellung von der strukturierenden Wirkung der Lipset/Rokkan-Cleavages für die kantonalen Parteiensysteme*, umso mehr, als auch die Veränderungen der Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien nicht mit entsprechenden Veränderungen auf den drei Cleavage-Dimensionen erklärt werden können. Offensichtlich besteht aus dieser Perspektive betrachtet kein direkter Link mehr zwischen Cleavage-Struktur und Parteiensystem.

Haben sich nun die Parteiensysteme gewandelt oder nicht? Die Analysen auf der Ebene der Parteiensysteme und Parteiorganisationen weisen auf partielle Veränderungen hin, während mit Blick auf die Wählerschaft, zusammen mit den vorangegangenen Analysen in diesem Kapitel, *kaum mehr Evidenz für die strukturierende Bedeutung der klassischen Cleavages* gefunden werden konnte. Wie kann man zu derart widersprüchlichen Erkenntnissen kommen? Hat nun die

Vorstellung vom Wandel oder diejenige von der Persistenz der Parteiensysteme die besseren Argumente?

Für die *Parteiensystemforschung* gilt, zumindest für die klassischen Analysen, die sich mit Systemmerkmalen wie Zahl der Parteien, Volatilität oder Polarisierung befassen, oder die Wählerstimmenanteile der einzelnen Parteien oder Lager untersuchen, dass sie im Prinzip nicht in der Lage ist, eine anhaltende Bedeutung der Lipset/Rokkan-Cleavages nachzuweisen. Der Hauptgrund liegt darin, dass weder zwischen den Systemmerkmalen und den Cleavages noch zwischen den Cleavages und den einzelnen Parteien eine direkte Beziehung bestehen muss. Im ersten Fall können dieselben Werte mit ganz unterschiedlichen Konstellationen von Parteien erreicht werden, und im zweiten Fall besteht die Möglichkeit, dass zwar dieselben Parteienamen weiterexistieren, dass sie aber ganz andere gesellschaftliche Konfliktlinien repräsentieren. Dazu kommt, dass gerade die für die Entwicklung von Parteiensystemen typischen inkrementalistischen Veränderungen häufig unterschätzt werden. Auch sie können, wenn sie längere Zeit in die gleiche Richtung verlaufen, eine Transformation der Parteiensysteme zur Folge haben.

Auch der Blick in die *Parteien* hinein, zumindest wie er von Katz/Mair (1994) vorgenommen wurde, bringt keine weitere Klärung. Neue Parteimodelle wie die professionelle Wählerpartei, die „cartel party“ oder gar die Fraktionspartei können a priori weder die Bedeutung noch die Bedeutungslosigkeit der traditionellen Cleavages belegen. Mit Ausnahme der idealtypischen Ausprägung der Vorhersagen von Kirchheimer (1965), die ein Parteiensystem skizzieren, indem sich lediglich zwei Parteien bar jeglicher Ideologie und Unterschiede gegenüberstehen, gehen die neuen Parteimodelle kaum auf die sie strukturierenden Kräfte ein. Nicht die Analyse der Parteiorganisation, sondern die Analyse der politischen Programme und Forderungen<sup>4</sup> respektive eine umfassende Untersuchung der Basis der Parteien müssen hier für Klärung sorgen.

Die stärkste Evidenz für die heute geringere oder gar fehlende Strukturierungskraft der klassischen Cleavages für die Parteiensysteme im Sinn von Lipset/Rokkan (1967) lässt sich auf der *Ebene der Wählerschaft* finden. Der dritte Teil dieser Arbeit wie auch Abschnitt 15.2 zeigen, dass sich der Erfolg der einzelnen Parteien nur noch bedingt mit der Bedeutung der für ihre Herausbildung verantwortlichen Cleavages erklären lässt.

Die theoretischen Vorhersagen von Lipset/Rokkan (1967) sind zugegebenermaßen attraktiv und verführerisch. Dass sie auch mehr als 30 Jahre nach ihrer Publikation die Forschung spalten, liegt nicht zuletzt darin, dass sie unterschiedlich und kaum befriedigend operationalisiert und gemessen werden. Wie im Verlauf dieser Arbeit wiederholt argumentiert wurde, ist es gerade der vergleichenden Parteiensystemforschung, aus deren Reihen die stärkste Unterstützung für die „frozen party systems“-These kommt, nicht möglich, stringente Beweise vorzubringen, weil sie sich in der Regel lediglich auf die Wählerstim-

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Arbeiten des „Party Manifesto“-Projektes.

menanteile der Parteien abstützt. In unserem Fall ist die Datenlage deutlich besser als bei den meisten internationalen Untersuchungen, da Variablen auf der Ebene der Parteiensysteme, der Parteiorganisationen und der Wählerschaft miteinander verknüpft werden konnten. Mit diesen Daten ist es nicht gelungen, die strukturierende Bedeutung der klassischen Lipset/Rokkan-Cleavages für die heutigen kantonalen Parteiensysteme schlüssig nachzuweisen.

Dem Cleavage-Konzept kommt in der Theorie von Lipset/Rokkan eine paradoxe Rolle zu. Die entwicklungsgeschichtliche Herleitung und die soziologische Verankerung machen das Cleavage-Konzept für die Analyse der Entstehung der Parteien besonders wertvoll. Mit den Elementen strukturelle Basis, Organisation und Bewusstsein reicht das Konzept über die Vorstellung von politischen Konflikten, die unmittelbar den Zeitgeist widerspiegeln, hinaus. Diese mit dem Konzept verbundenen höheren theoretischen Ansprüche sind es aber, die dazu führen, dass der Stabilitätsbefund verworfen werden muss. Ein Cleavage darf sich nur in einem geringen Masse wandeln. Wäre er beliebig veränderbar, indem beispielsweise ein bestimmtes Bevölkerungssegment zu ganz anderen ideologischen Positionen und politischen Forderungen kommen kann, respektive indem bestimmte Forderungen und Anliegen von einem ganz anderen Bevölkerungssegment vertreten werden, wird das Cleavage-Konzept inhaltsleer und sinnlos.

Konkret heisst dies beispielsweise, dass mit den heutigen sozialdemokratischen Parteien die Bedeutung des Arbeit-Kapital-Cleavages nicht mehr hinreichend begründet werden kann und darf. In dem Masse, in dem sich die Arbeiter von den sozialdemokratischen Parteien abwenden, lassen sich die entsprechenden Auseinandersetzungen nicht mehr auf ihren historischen Cleavage zurückführen, sondern liegen in ideologisch festgemachten Vorstellungen über eine gerechte Gesellschaft und die dahin führenden Wege begründet. Die Ziele der Sozialdemokratie sind zwar konstant geblieben, was sich geändert hat, ist die Mitglieder- und Wählerstruktur sowie die Mittel zum Erreichen der Ziele. Ebenso ist davor zu warnen, das Aufkommen rechts-populistischer Parteien als Wiederbelebung des Zentrum-Peripherie-Konflikts zu sehen. Ihre Ansprüche gehen über rein föderalistisch orientierte Eigenständigkeitsforderungen hinaus. Zudem werden auch diese Forderungen nicht mehr von den gleichen Bevölkerungssegmenten getragen, wie der ursprüngliche Zentrum-Peripherie-Konflikt. Wohl am stärksten bemerkbar gemacht hat sich die Erosion der herkömmlichen Cleavage-Struktur beim Agrar-Konflikt. Nicht nur gibt es kaum mehr eigentliche Agrarparteien, sondern auch die Nachfolgeorganisationen dieser Parteien gewinnen ihre Wählerstimmenanteile nicht in denselben Kreisen und aufgrund vergleichbarer Forderungen. Kommt es heute zu einem Stadt-Land-Konflikt, so lässt sich dieser nicht mit den entsprechenden Konflikten zur Entstehungszeit der Agrarparteien vergleichen.

Natürlich stellt sich die Frage, wie weit Erkenntnisse, welche auf der Ebene von nationalen Subsystemen gewonnen wurden, *generalisiert* werden können. In einem ersten Schritt gilt es zu klären, ob die Entwicklungen in den Kantonen

den Entwicklungen auf nationaler Ebene vorauslaufen oder diese gar direkt determinieren, oder ob letztlich die nationale Politik die politischen Verhältnisse in den Kantonen bestimmt. Auch wenn von einer Nationalisierung der kantonalen Politik ausgegangen werden kann, sind die Kantonalparteien nach wie vor die konstituierenden Elemente der Schweizer Parteien. Sie organisieren direkt oder in der Regel über ihre Lokalparteien die Basis. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die nationalen Parteien über die Kantonalparteien hinweg, die politischen Auseinandersetzungen in einer Art und Weise strukturieren könnten, die sich am Lipset/Rokkan-Modell orientiert und sich auf der Ebene der Kantone nicht bemerkbar machen würde.

Auch beschränkt sich der Erkenntnisanspruch dieser Untersuchung nicht auf eine Falsifizierung von Lipset/Rokkan auf der Basis der Schweizer Kantone. Die Parteiensysteme in den Schweizer Kantonen sind nicht nur ein konkretes Beispiel, für welche die Vorhersagen von Lipset/Rokkan nicht zutreffen. *Die auf der Basis dieser kantonalen Parteiensysteme gewonnenen Erkenntnisse müssten sich auch auf andere Parteiensysteme ausdehnen lassen.* Unterstützt wird dieser Anspruch durch die Wahlforschung, welche in den verschiedensten Ländern abnehmende Parteibindung und eine Zunahme der Wechselwähler diagnostiziert sowie die jüngsten Urnengänge in zahlreichen Ländern, in denen die herkömmlichen Kräfteverhältnisse massiv gestört wurden (vgl. die Erfolgsgeschichten von Haider in Österreich, Le Pen in Frankreich, Berlusconi in Italien, Pim Fortuyn in den Niederlanden und schliesslich auch Blocher in der Schweiz).

In diesem Sinn muss die Forderung von Ersson/Lane (1998: 36), dass *die Lipset/Rokkan-These von den eingefrorenen Parteiensystemen aufgegeben werden soll*, unterstützt werden. Der Blick auf den Wandel und auf das Neue lässt uns zwar oft vergessen, dass vieles gleich geblieben ist. Hebt man jedoch das Bestehende allzu stark in den Vordergrund, so mag man darob verpassen, Neuerungen rechtzeitig zu erkennen.

Noch nicht beantwortet ist damit allerdings die Frage nach den Kräften, welche die Parteiensysteme heute strukturieren. Wenig wahrscheinlich ist das reine Machtstreben der Partieliten im Sinne von Max Weber oder der Konkurrenzparadigmatiker ganz allgemein. Auch sind es wohl kaum die politischen Institutionen, welche erstinstanzlich die Bestückung der Parteiensysteme steuern. Die letzte Möglichkeit, die sich anbietet und der hier auch Sympathien entgegengebracht werden, führt zurück zu den Ideologien. Es sind nicht mehr die historischen Cleavages, welche die Parteiensysteme heute strukturieren, aber es sind altbekannte, *axiomatische Grundeinstellungen und Werte*. Eine solche ideengeschichtliche Perspektive war in den Politikwissenschaften lange Zeit verpönt. Ihr wurde vorgeworfen, dass sie es verpasst zu erkennen, dass es in der Politik vor allem auch um Macht und Interessen und nicht nur um den Wettstreit von Ideen geht (vgl. von Alemann 2001: 15). Selbstverständlich spielen Macht und Interessen eine grosse Rolle in der Politik, nur müssen auch die politischen Ideen wieder stärker berücksichtigt werden. Nach wie vor gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie das gesellschaftliche Zusammenleben organisiert

und wie Macht und Reichtum verteilt werden sollen. Diese Vorstellungen haben eine erstaunlich lange Halbwertszeit und finden sich in Form von Ideologien und politischen Ideen auch nach wie vor in den Strukturen der Parteiensysteme.



# Verzeichnisse

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.1:	Die Analyse von Parteien und Parteiensystemen in den Politikwissenschaften.....	20
Tabelle 2.1:	Typologien oder charakteristische Merkmale: verschiedene Ansätze sowie Vor- und Nachteile.....	44
Tabelle 3.1:	Effektive Zahl der Parteien (N) in 23 Ländern, Durchschnittswerte der entsprechenden Wahlperioden, 1960 bis 1999.....	73
Tabelle 3.2:	Die verschiedenen Werte von N, I und NP, hypothetische Beispiele.....	77
Tabelle 3.3:	Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Fragmentierungs-Indices am Beispiel der Wählerstimmenverteilung bei den Nationalratswahlen, 1919 bis 1999.....	79
Tabelle 3.4:	Die Veränderung der Indices (F, N, I, NP) in Abhängigkeit der Kategorie "übrige Parteien", gleich starke Parteien.....	80
Tabelle 3.5:	Zahl der Parteien in den kantonalen Parteiensystemen (I, N und NP), 1995 bis 1999.....	87
Tabelle 3.6:	Zuordnung der kantonalen Parteiensysteme zu den verschiedenen Parteiensystemen aufgrund von NP, N und I, 1996 bis 1999.....	89
Tabelle 3.7:	Korrelationen zwischen Kantonsvariablen und Fragmentierungsindices, 1972 bis 1999.....	91
Tabelle 3.8:	Effektive Zahl der Parteien (N) in den kantonalen Parteiensystemen, 1952 bis 2003.....	94
Tabelle 4.1:	Vergleich von „gross volatility“ und „net volatility“.....	106
Tabelle 4.2:	Volatilität der kantonalen Parteiensysteme bei kantonalen Wahlen, 1996 bis 2003.....	116
Tabelle 4.3:	Durchschnittliche Volatilität in den Kantonen bei kantonalen Wahlen, 1972 bis 2003.....	117
Tabelle 4.4:	Kantonsmerkmale und Volatilität, 1972 bis 2003.....	129
Tabelle 5.1:	Politische Verortung der Schweizer Parteien auf der Links-rechts-Achse.....	138
Tabelle 5.2:	Positionierung der Kantonalparteien gemäss Einschätzung der kantonalen Parteipräsidenten auf der Links-rechts-Achse.....	144

Tabelle 6.1:	Wähleranteile der SVP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003 .....	153
Tabelle 6.2:	Wählerstimmenanteile der SVP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003.....	158
Tabelle 6.3:	Wähleranteile der CVP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003 .....	159
Tabelle 6.4:	Wählerstimmenanteile der CVP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003.....	164
Tabelle 6.5:	Wähleranteile der FDP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003 .....	165
Tabelle 6.6:	Wählerstimmenanteile der FDP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003.....	170
Tabelle 6.7:	Wähleranteile der SP in den kantonalen Parlamenten, 2000 bis 2003 .....	171
Tabelle 6.8:	Wählerstimmenanteile der SP bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003 .....	177
Tabelle 6.9:	Stärke der Bundesratsparteien bei kantonalen Wahlen, 2000 bis 2003 .....	178
Tabelle 6.10:	Das Abschneiden der vier grossen Parteien bei kantonalen Wahlen, 1968 bis 2003 .....	179
Tabelle 6.11:	Aggregierte Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien, 1952 bis 2003 .....	181
Tabelle 6.12:	Verschiebung Wähleranteile in das „linke“ Lager, 1968 bis 2003 .....	184
Tabelle 6.13:	Verschiebung Wähleranteile in das „rechte“ Lager, 1968 bis 2003 .....	185
Tabelle 7.1:	Korrelationen zwischen den verschiedenen Merkmalen der kantonalen Parteiensysteme, 1972 bis 1999 .....	190
Tabelle 7.2:	Korrelationen zwischen den Wähleranteilen der verschiedenen Parteien, der politischen Lager und der Bundesratsparteien, 1972 bis 1999.....	191
Tabelle 7.3:	Korrelationen zwischen den Wähleranteilen der verschiedenen Parteien, der politischen Lager und der Bundesratsparteien sowie den charakteristischen Merkmalen der Parteiensysteme, 1972 bis 1999.....	192
Tabelle 7.4:	Typologien kantonaler Parteiensysteme .....	197
Tabelle 7.5:	Parteiensystemmerkmale und benötigte Informationen .....	199
Tabelle 7.6:	Clusterbildung auf der Basis von Fragmentierung und Volatilität, 1972 bis 1999.....	201
Tabelle 7.7:	Clusterbildung auf der Basis aller funktionaler Parteiensystemvariablen, 1972 bis 1999.....	202
Tabelle 7.8:	Durchschnittliche Ausprägungen auf den Systemmerkmalen für die drei Clusters gebildet mit den funktionalen Parteiensystemvariablen, 1972 bis 1999 .....	203

Tabelle 7.9:	Clusterbildung auf der Basis durchschnittlicher Wählerstimmenanteile und der Stärke der verschiedenen Lager, 1972 bis 1999 .....	204
Tabelle 7.10:	Durchschnittliche Wählerstimmenanteile und Stärke der politischen Lager in fünf Typen von Parteiensystemen, gebildet mit den Parteistärken, 1972 bis 1999 .....	205
Tabelle 7.11:	Faktorenanalyse: funktionale Parteiensystemmerkmale und Wählerstimmenanteile, 1972 bis 1999 .....	207
Tabelle 7.12:	Clusterbildung auf der Basis der Faktorwerte (funktionale Parteiensystemmerkmale und Wählerstimmenanteile) .....	208
Tabelle 7.13:	Die vier Clusters und die Merkmale der Parteiensysteme, 1972 bis 1999 .....	210
Tabelle 7.14:	Wandel der Zugehörigkeit der kantonalen Parteiensysteme zu den vier Typen, 1968 bis 1999 .....	213
Tabelle 7.15:	Die vier Typen von Parteiensystemen unter dem Aspekt des Wandels, 1972 bis 1999 .....	215
Tabelle 7.16:	Zusammenhang zwischen Ausprägung (Durchschnittswerte für die Zeit von 1968 bis 1979) und Veränderungen zwischen 1972 bis 1975 und 1996 bis 1999 auf den verschiedenen Dimensionen .....	217
Tabelle 7.17:	Durchschnittliche Mittelwerte der vier Typen kantonalen Parteiensysteme und Abweichung der einzelnen kantonalen Parteiensysteme, 2000 bis 2003 .....	220
Tabelle 8.1:	Verschiedene Indikatoren zur Analyse der internen Aspekte der Parteiorganisationen gemäss dem ICPP-Projekt. ....	233
Tabelle 8.2:	Unterschiede zwischen bürokratischen Massenparteien und professionellen Wählerparteien .....	238
Tabelle 9.1:	Anteil Parteimitglieder an den Stimmberechtigten in den Kanton, 1998 .....	256
Tabelle 9.2:	Bedeutung und Bedeutungswandel der Mitglieder in den Bundesratsparteien, 1998 .....	258
Tabelle 9.3:	Bedeutung und Wandel der Bedeutung der Mitglieder nach Partei (Durchschnittswerte) .....	260
Tabelle 9.4:	Bedeutung und Wandel der Bedeutung der Mitglieder nach Kanton .....	261
Tabelle 9.5:	Positionierung der Kantonalparteien der Bundesratsparteien auf der Links-rechts-Achse, 1998 .....	265
Tabelle 9.6:	Entwicklung der Kantonalparteien auf der Links-rechts-Skala in den letzten zehn Jahren (Prozentanteile), 1998 .....	266

Tabelle 9.7:	Veränderung der Position der Kantonalparteien in den letzten Jahren auf der Links-rechts-Achse nach Aussagen ihrer Präsidenten, 1998.....	267
Tabelle 9.8:	Einnahmequellen der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien (durchschnittliche Prozentanteile), 1998 .....	269
Tabelle 9.9:	„New parties“-Index .....	271
Tabelle 10.1:	Ausprägung auf den drei Cleavage-Dimensionen und Konflikt-Konfiguration .....	288
Tabelle 10.2:	Herausbildung und Gegenstand der Auseinandersetzung der vier Cleavages von Lipset/Rokkan.....	291
Tabelle 10.3:	Indikatoren der Cleavages nach Lane/Ersson .....	297
Tabelle 10.4:	Cleavages: Unterschiedliche Ansätze im Überblick .....	300
Tabelle 11.1:	Stabilität oder Wandel von Cleavage-Struktur und Parteiensystem: vier Möglichkeiten .....	320
Tabelle 11.2:	Operationalisierung der vier Haupt-Cleavages und Messung des Wandels.....	323
Tabelle 11.3:	Beschäftigte im Sekundärsektor, 1888 bis 1990 .....	331
Tabelle 11.4:	Beschäftigte im Primärsektor, 1888 bis 1990 .....	335
Tabelle 11.5:	Deutsch- und französischsprachige Anteile der Wohnbevölkerung, 1888 bis 1990 .....	338
Tabelle 11.6:	Gründungsjahre der Kantonalparteien der vier Bundesratsparteien .....	344
Tabelle 11.7:	Gründungsjahre der SVP-Kantonalparteien und Wahlerfolge bei kantonalen und nationalen Wahlen .....	350
Tabelle 11.8:	Gründungen von SP-Kantonalparteien und erste Eintritte eines SP-Vertreters in die kantonalen Regierungen.....	351
Tabelle 12.1:	Vorlagen, die mit dem Katholikenanteil in den Kantonen stark korrelieren .....	371
Tabelle 12.2:	Vorlagen, die mit der Sprachregion stark korrelieren .....	378
Tabelle 12.3:	Abstimmungen mit hohen Korrelationen zwischen Beschäftigungsanteilen im Industriesektor und Ja-Stimmenanteilen .....	382
Tabelle 12.4:	Abstimmungen mit hohen Korrelationen zwischen dem Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft und Ja-Stimmenanteil in den Kantonen .....	386
Tabelle 12.5:	Ausprägung und Entwicklung der Cleavages in einer interkantonalen Perspektive .....	389
Tabelle 13.1:	Cleavage-Intensitäten bei Abstimmungen, welche für den religiösen Cleavage relevant sind, 1870 bis 2000 .....	400
Tabelle 13.2:	Wandel der Intensität beim Arbeit-Kapital-Cleavage, 1870 bis 2000 .....	405
Tabelle 13.3:	Städtische und ländliche Kantone aufgeschlüsselt nach Konfession.....	407

Tabelle 13.4:	Entwicklung der Cleavage-Intensität des Stadt-Land-Cleavages, 1870 bis 2000.....	409
Tabelle 13.5:	Entwicklung der Cleavage-Intensität des Sprachkonflikts, 1870 bis 2000 .....	411
Tabelle 14.1:	Sozio-ökonomische Fragmentierung, ideologische Heterogenität (gemessen als Cleavage-Intensität) und effektive Zahl der Parteien im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.....	420
Tabelle 14.2:	Katholikenanteil, Cleavage-Intensität und Herausbildung der CVP-Kantonalparteien .....	422
Tabelle 14.3:	Anteil Beschäftigte im Industriesektor, Cleavage-Intensität und Herausbildung der SP-Kantonalparteien .....	423
Tabelle 14.4:	Anteil Beschäftigte im Primärsektor, Cleavage-Intensität und Herausbildung der SVP-Kantonalparteien.....	424
Tabelle 14.5:	Strukturelle Basis, Cleavage-Bewusstsein und Existenz einer entsprechenden Kantonalpartei im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.....	425
Tabelle 14.6:	Erklärung der Wählerstimmenanteile von CVP, SP und SVP durch die entsprechenden Cleavage-Elemente .....	428
Tabelle 14.7:	Zusammenhänge zwischen struktureller Basis und Intensität des Cleavage-Bewusstseins .....	429
Tabelle 14.8:	Erklärung der Veränderung der Wählerstimmenanteile von CVP, SP und SVP durch die Veränderung der entsprechenden drei Cleavage-Elemente.....	430
Tabelle 15.1:	Mitteorientierung und Wahlerfolg der Kantonalparteien , 1972 bis 1999 .....	436
Tabelle 15.2:	Mitteorientierung der Kantonalparteien in den vier Typen von Parteiensystemen .....	437
Tabelle 15.3:	Parteiinterne Heterogenität, nach Partei .....	438
Tabelle 15.4:	Parteiinterne Heterogenität und Wahlerfolg, 1972 bis 1999.....	439
Tabelle 15.5:	Parteiensysteme und parteiinterne Heterogenität.....	440
Tabelle 15.6:	Verlagerung von einer programmatisch orientierten zu einer auf die Tagespolitik reagierenden Parteiarbeit (in Prozent) .....	440
Tabelle 15.7:	Bedeutungszunahme der Tagespolitik und Wahlerfolg, 1972 bis 2000 .....	441
Tabelle 15.8:	Parteiensysteme und Verlagerung auf die Tagespolitik (in Prozent).....	442
Tabelle 15.9:	Determinanten der elektoralen Volatilität: Bivariate Korrelation und multiple Regressionen .....	446

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1:	Analyseschema für die beiden zentralen Fragestellungen .....	23
Abbildung 2.1:	Parteiensysteme als zu erklärende Variablen.....	46
Abbildung 2.2:	Parteiensysteme als erklärende Variablen.....	48
Abbildung 3.1:	Rae-Index: Nationalratswahlen, 1919 bis 1999 .....	71
Abbildung 3.2:	Veränderung der effektiven Zahl der Parteien (N), Durchschnittswerte der entsprechenden Wahlperioden, 1960 bis 1999 .....	74
Abbildung 3.3:	Darstellung der Werte für N, I und NP für die hypothetischen Beispiele aus Tabelle 3.2 .....	77
Abbildung 3.4:	Laakso/Taageperra-, Hyperfraktionalisierung und Molinar-Index – Parteistärken auf nationaler Ebene, 1919 bis 1999.....	78
Abbildung 3.5:	Die Veränderung der Indices (F, N, I, NP) in Abhängigkeit der Kategorie “übrige Parteien”, unterschiedlich starke Parteien.....	82
Abbildung 3.6:	Kantonale Durchschnittswerte von N, I und NP, 1903 bis 2003 .....	92
Abbildung 3.7:	Wandel der effektiven Zahl der Parteien (N) in den kantonalen Parteiensystemen, 1952 und 2003.....	93
Abbildung 4.1:	Volatilität der Nationalratswahlen (TV_W), 1922 bis 1999 .....	99
Abbildung 4.2:	Volatilität berechnet auf der Basis von Wählerstimmen- (TV_W) und Sitzanteilen (TV_S) bei Nationalratswahlen, 1922 bis 1999 .....	102
Abbildung 4.3:	Totale Volatilität mit (TV) und ohne die Kategorie „übrige Parteien“ (TV_WO) bei Nationalratswahlen, 1919 bis 1999 .....	103
Abbildung 4.4:	Totale Volatilität inklusive der Kategorie „übrige Parteien“ bei Nationalratswahlen, 1922 bis 1999 .....	104
Abbildung 4.5:	Aggregierte Volatilität: Die Schweiz im internationalen Vergleich, 1903 bis 1995 .....	112
Abbildung 4.6:	Effektive Zahl der Parteien und Volatilität bei Nationalratswahlen, 1919 bis 1999 .....	114
Abbildung 4.7:	Durchschnittliche Volatilität der kantonalen Parteiensysteme .....	119
Abbildung 4.8:	Entwicklung der Volatilität in den Kantonen, unterschiedliche Zeitperioden .....	121
Abbildung 4.9:	Entwicklung der durchschnittlichen Volatilität in Kantonen mit tiefer, mittlerer oder hoher Volatilität, 1972 bis 2003 .....	122

Abbildung 4.10:	Durchschnittliche Blockvolatilität und durchschnittliche totale Volatilität, 1900 und 2003 .....	124
Abbildung 4.11:	Durchschnittliche Blockvolatilität im weiteren Sinne in den Kantonen anhand aller verfügbarer Wahldaten.....	126
Abbildung 4.12:	Effektive Zahl der Parteien und Volatilität bei kantonalen Wahlen, 1972 bis 2003.....	131
Abbildung 5.1:	Polarisierung des nationalen Parteiensystems gemäss den Einschätzungen der politischen Positionen durch verschiedene Autoren, 1919 bis 1999 .....	138
Abbildung 5.2:	Polarisierung des nationalen Parteiensystems auf der Basis unterschiedlicher Positionierungen der Parteien, 1967 bis 1999 .....	139
Abbildung 5.3:	Polarisierung des nationalen Parteiensystems auf der Basis der Einschätzungen der Kantonalparteien, 1919 bis 1999 .....	140
Abbildung 5.4:	Polarisierung des nationalen Parteiensystems auf der Basis der Einschätzungen der Lokal- und Kantonalparteien, 1919 bis 1999 .....	141
Abbildung 5.5:	Polarisierung des Schweizer Parteiensystems im internationalen Vergleich, 1945 bis 1989 .....	142
Abbildung 5.6:	Durchschnittliche Positionierung der kantonalen Parteiensysteme auf der Links-rechts-Achse, 1972 bis 2003 .....	145
Abbildung 5.7:	Positionierung der kantonalen Parteiensysteme, 1903 bis 2003 .....	146
Abbildung 5.8:	Durchschnittliche Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme, 1972 bis 2003 .....	147
Abbildung 5.9:	Wandel der durchschnittlichen Polarisierung kantonaler Parteiensysteme, 1903 bis 2003 .....	148
Abbildung 5.10:	Positionierung und Polarisierung der kantonalen Parteiensysteme, 2000 bis 2003 .....	149
Abbildung 6.1:	Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien bei Nationalratswahlen, 1919 bis 1999 .....	152
Abbildung 6.2:	Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Bern und Zürich, 1923 bis 2003 .....	155
Abbildung 6.3:	Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Aargau, Thurgau und Schaffhausen, 1923 bis 2003.....	155
Abbildung 6.4:	Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Graubünden und Glarus, 1923 bis 2003 .....	156
Abbildung 6.5:	Wählerstimmenanteile der SVP in den Kantonen Freiburg, Basel-Landschaft, Waadt und Tessin, 1923 bis 2003 .....	156

Abbildung 6.6:	Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Wallis, 1903 bis 2003 .....	160
Abbildung 6.7:	Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Zug, Freiburg, St. Gallen und Tessin, 1903 bis 2003.....	161
Abbildung 6.8:	Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Solothurn, Graubünden und Jura, 1903 bis 2003 .....	161
Abbildung 6.9:	Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Glarus, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Aargau und Thurgau, 1903 bis 2003.....	162
Abbildung 6.10:	Wählerstimmenanteile der CVP in den Kantonen Zürich, Bern, Basel-Stadt, Waadt und Genf, 1903 bis 2003 .....	162
Abbildung 6.11:	Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Bern, Glarus, Freiburg, Aargau und Thurgau, 1903 bis 2003 .....	166
Abbildung 6.12:	Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Uri, Basel-Stadt, Schaffhausen und Graubünden, 1903 bis 2003 .....	167
Abbildung 6.13:	Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Zürich, Luzern, Solothurn und St. Gallen, 1903 bis 2003 .....	167
Abbildung 6.14:	Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Tessin, Waadt, Genf und Jura, 1903 bis 2003.....	168
Abbildung 6.15:	Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Schwyz, Obwalden und Nidwalden, 1903 bis 2003.....	168
Abbildung 6.16:	Wählerstimmenanteile der FDP in den Kantonen Zug, Basel-Landschaft, Wallis und Neuenburg, 1903 bis 2003 .....	169
Abbildung 6.17:	Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn, Basel-Landschaft und Jura, 1903 bis 2003 .....	173
Abbildung 6.18:	Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Luzern, Uri, Graubünden und Tessin, 1903 bis 2003.....	173
Abbildung 6.19:	Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Obwalden, Glarus und Zürich, 1903 bis 2003 .....	174
Abbildung 6.20:	Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Nidwalden, 1903 bis 2003 .....	174
Abbildung 6.21:	Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Schwyz, Basel-Stadt, Schaffhausen und Aargau, 1903 bis 2003 .....	175



Abbildung 6.22:	Wählerstimmenanteile der SP in den Kantonen Freiburg, Wallis, Waadt, Neuen und Genf, 1903 bis 2003 .....	175
Abbildung 6.23:	Durchschnittliche aggregierte Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien bei kantonalen Wahlen und aggregierte Wählerstimmenanteile bei Nationalratswahlen, 1952 bis 2003 .....	182
Abbildung 6.24:	Durchschnittlicher Wählerstimmenanteil des „linken“ und des „rechten“ Lagers sowie der Mitte (FDP und CVP), 1903 bis 2003 .....	186
Abbildung 10.1:	Analytische Verwendung des Konzepts der Cleavages in der Wahl- und Parteienforschung .....	278
Abbildung 10.2:	Die drei Grundelemente eines Cleavage nach Bartolini/Mair (1990) .....	287
Abbildung 10.3:	Cleavages und ihre Abbildung auf verschiedenen Ebenen .....	304
Abbildung 11.1:	Zusammenhang zwischen Cleavage und Wahlerfolg .....	318
Abbildung 11.2:	Katholikenanteile an der Wohnbevölkerung in den Kantonen 1850 und 1990 .....	327
Abbildung 11.3:	Durchschnittliche Wählerstimmenanteile der CVP in katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen .....	328
Abbildung 11.4:	Wählerstimmenanteile der SP und Industrialisierungsgrad, 1900 bis 1996 .....	332
Abbildung 11.5:	Durchschnittliche Wählerstimmenanteile des linken Lagers und Industrialisierungsgrad, 1900 bis 1996 .....	333
Abbildung 11.6:	Durchschnittliche Wählerstimmenanteile der SVP und Beschäftigte im Primärsektor, 1900 bis 1996 .....	336
Abbildung 12.1:	Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile der Kantone und Abweichung vom gesamtschweizerischen Mittelwert, 1872 bis 2000 .....	359
Abbildung 12.2:	Abweichung vom gesamtschweizerischen Resultat nach Kantonen und Art der Vorlage, 1872 bis 2000 .....	360
Abbildung 12.3:	Zustimmung: Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile der Kantone, zehnjährige Durchschnittswerte, 1871 bis 2000 .....	362
Abbildung 12.4:	Konfliktivität: Abweichung von völlig unbestrittenen Vorlagen in den Kantonen, zehnjährige Durchschnittswerte, 1872 bis 2000 .....	363

Abbildung 12.5:	Zustimmung: Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile in katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen, 1872 bis 2000 .....	365
Abbildung 12.6:	Cleavage-Tiefe: Durchschnittliche absolute Unterschiede zwischen Konfessionsgruppen von Kantonen, 1872 bis 2000 .....	367
Abbildung 12.7:	Geschlossenheit: Durchschnittliche Standardabweichung in katholischen, gemischten und protestantischen Kantonen, 1872 bis 2000.....	368
Abbildung 12.8:	Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Anteil Katholiken in den Kantonen, 1872 bis 2000.....	369
Abbildung 12.9:	Zustimmung: Durchschnittliche Ja-Stimmenanteile in deutsch- und französischsprachigen Kantonen, 1872 bis 2000 .....	374
Abbildung 12.10:	Cleavage-Tiefe: Differenz zwischen den durchschnittlichen Ja-Stimmenanteilen in deutsch- und französischsprachigen Kantonen, 1872 bis 2000 .....	375
Abbildung 12.11:	Geschlossenheit: Durchschnittliche Standardabweichung in den Sprachregionen, 1872 bis 2000.....	376
Abbildung 12.12:	Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Sprachregion, 1872 bis 2000.....	377
Abbildung 12.13:	Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Industrialisierungsgrad, 1872 bis 2000.....	381
Abbildung 12.14:	Konfliktivität: Durchschnittliche absolute Korrelationen zwischen Ja-Stimmenanteilen und Beschäftigungsanteilen im ersten Sektor, 1872 bis 2000.....	385
Abbildung 13.1:	Ausmass und Veränderung der kantonalen Cleavage-Intensität, 1870 bis 2000.....	394
Abbildung 13.2:	Veränderung der Cleavage-Intensität und Veränderung der effektiven Zahl der Parteien, 1963 bis 2000.....	396
Abbildung 13.3:	Durchschnittliche Wählerstimmenanteile der CVP in den Sonderbunds- und den Kulturkampfkantonen, 1900 bis 1996.....	398
Abbildung 13.4:	Veränderung der Intensität des religiösen Cleavage und Wandel der durchschnittlichen Wählerstimmenanteile der CVP, 1960 bis 1996 .....	402
Abbildung 13.5:	Korrelationen zwischen der Cleavage-Intensität des Klassen-Cleavages und den Wählerstimmenanteilen der SP, 1960 bis 1996 .....	406

---

Abbildung 14.1:	Analyse-Modell Cleavage-Intensität und Wahler-	
	folg .....	427

# Abkürzungsverzeichnis

## Allgemeine Abkürzungen

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CNG	Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz
CVJM	Christlicher Verein junger Männer
ECPR	European Consortium for Political Research
ESF	European Science Foundation
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ICPP	International Comparative Political Parties Project
OFRA	Organisation für die Sache der Frauen
SATUS	Schweizerischer Arbeiter-Turn- und Sportverband
UNO	United Nations Organisation
USA	United States of America

## Parteien

AP	Autopartei (Schweiz)
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Schweiz)
CD	Centrum-Demokraterne (Dänemark)
CDA	Christen-Democratisch Appèl (Niederlande)
CDU	Christlich Demokratische Union (Deutschland)
CSP	Christlich-soziale Partei (Schweiz)
CSU	Christlich-Soziale Union (Deutschland)
CVP	Christlichdemokratische Partei der Schweiz
D66	Democraten 66 (Niederlande)
DC	Democrazia Cristiana (Italien)
DS'70	Democratisch-Socialisten 1970 (Niederlande)
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union (Schweiz)
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
FDP(2)	Freie Demokratische Partei (Deutschland)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FPS	Freiheitspartei der Schweiz
GBS	Grünes Bündnis Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
LDP	Liberal Democratic Party (Japan)
LdU	Landesring der Unabhängigen (Schweiz)
LPS	Liberale Partei der Schweiz

MDSF	Mouvement Démocrate Socialiste de France
NA	Nationale Aktion (Schweiz)
OeFP	Ökologisch Freiheitliche Partei (Schweiz)
PCF	Parti communiste français (Frankreich)
PCI	Partito Comunista Italiano (Italien)
PdA	Partei der Arbeit (Schweiz)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus (Deutschland)
PLI	Partito Liberale Italiano (Italien)
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
PSA	Partito socialista autonomo (Schweiz)
PSD	Portal Social Democrata (Portugal)
PSI	Partito Socialista Italiano
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (Schweiz)
SD	Schweizer Demokraten
SDP	Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (Finnland)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SP/SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz (im kantonalen Kontext auch nur SP)
SVP	Schweizerische Volkspartei

### Kantone

AG	Aargau
AI	Appenzell Innerrhoden
AR	Appenzell Ausserrhoden
BE	Bern
BL	Basel-Landschaft
BS	Basel-Stadt
FR	Freiburg
GE	Genf
GL	Glarus
GR	Graubünden
JU	Jura
LU	Luzern
NE	Neuenburg
NW	Nidwalden
OW	Obwalden
SG	St. Gallen
SH	Schaffhausen
SO	Solothurn
SZ	Schwyz
TG	Thurgau
TI	Tessin

---

UR	Uri
VD	Waadt
VS	Wallis
ZG	Zug
ZH	Zürich

## Literaturverzeichnis

- Alemann, Ulrich von (2001). *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen.
- Allardt, Erik und Stein Rokkan (Hrsg.) (1970). *Mass politics. Studies in political sociology*. New York.
- Almond, Gabriel A. (1956). *Comparative Political Systems*. In: Journal of Politics 18/3, S. 391-409.
- Almond, Gabriel A (1958). *A Comparative Study of Interest Groups and the Political Process*. In: American Political Science Review 52/1, S. 270-282.
- Altermatt, Urs (1972). *Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto*. Zürich und Einsiedeln.
- Armingeon, Klaus (1989). *Sozialdemokratie am Ende? Die Entwicklung der Macht sozialdemokratischer Parteien im internationalen Vergleich 1945 - 1988*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 89/4. S. 321-345.
- Armingeon, Klaus und Markus Freitag (1997). *Deutschland, Österreich. Schweiz. Die politischen Systeme im Vergleich. Ein sozialwissenschaftliches Datenhandbuch*. Opladen.
- Armingeon, Klaus, Michelle Beyeler et al. (2001). *Comparative Political Data Set*. Universität Bern ([http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD Set.htm](http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD%20Set.htm)).
- Armingeon, Klaus (2003). *Das Schweizer Parteiensystem im internationalen Vergleich. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1971-1999*. Neuchâtel.
- Bartolini, Stefano and Peter Mair (Hrsg.) (1984). *Party Politics in Contemporary Western Europe*. London.
- Bartolini, Stefano und Peter Mair (1990). *Identity, competition, and electoral availability. The stabilisation of European electorates 1885-1985*. Cambridge.
- Bartolini, Stefano (2000). *The Class Cleavage. The political mobilisation of the European left, 1860-1980*. New York.
- Bell, Daniel (1960). *The End of Ideology*. New York.
- Berg-Schlosser Dirk und Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.) (1987). *Vergleichende Politikwissenschaft*. Opladen.
- Berglund, Sten und Jan Ake Dellenbrant (Hrsg.) (1994). *The new democracies in Eastern Europe: party systems and political cleavages*. Ashgate.

- Beyme, Klaus von (1984). *Parteien in westlichen Demokratien*. München.
- Beyme, Klaus von (1991). *Parteiensystem*. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.). Wörterbuch Staat und Politik. München. S.458-462.
- Beyme, Klaus von (2000). *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden.
- Bille, Lars (1989). *Denmark: The Oscillating Party System*. In: West European Politics 12/4, S. 42-58.
- Biorcio, Roberto und Renato Mannheimer (1995). *Relationship between Citizens and Political Parties*. In: Klingemann, Hans-Dieter and Dieter Fuchs. Citizens and the State. Oxford. S. 206-226.
- Blondel, Jean (1968). *Party systems and Patterns of Government in Western Democracies*. In: Canadian Journal of Political Science, 1, 180-203.
- Blondel, Jean (1969). *An Introduction to Comparative Government*. London.
- Blum, Roger (1978). *Rolle, Schwierigkeiten und Reform der kantonalen Parlamente*. In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, 18. S. 11-31.
- Borre, Olle (1985). *Denmark*. In: Crewe, Ivor und David Denver (Hrsg.). *Electoral Change in Western Democracies: Patterns and sources of electoral volatility*. London. S. 372-399.
- Brändle, Michael (1999). *Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien*. In: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 5/1. S. 11-29.
- Brändle, Michael (2002). *Strategien der Förderung politischer Parteien. Eine vergleichende Untersuchung der Parteienförderung in der Schweiz, Grossbritannien und den Niederlanden*. Bern.
- Budge, Ian, David Robertson und Derek Hearl (Hrsg.) (1987). *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge.
- Bundesamt für Statistik (1989). *Nationalratswahlen 1987*. Bern.
- Bundesamt für Statistik (1999). *Nationalratswahlen 1999. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*. Bern.
- Coppedge, Michael (1997). *District magnitude, economic performance, and party-system fragmentation in five Latin American countries*. In: Comparative Political Studies, 30/2, S. 156-185.
- Crewe, Ivor und David Denver (Hrsg.) (1985). *Electoral Change in Western Democracies: Patterns and sources of electoral volatility*. London.



- Daalder, Hans (1966). *Parties, Elites, and Political Developments in Western Europe*. In: La-Palombara, Joseph und Myron Weiner (Hrsg.). *Political Parties and Political Development*. Princeton. S. 43 ff..
- Daalder, Hans und Peter Mair (Hrsg.) (1983). *Western European Party Systems*. London.
- Daalder, Hans (1983). *The Comparative Study of European Parties and Party Systems: An Overview*. In: Daalder, Hans und Peter Mair (Hrsg.). *Western European Party Systems*. London. S. 1-27.
- Daalder, Hans (1984). *In Search of the Centre of European Party Systems*. In: *American Political Science Review*, 78/1. S. 92-109.
- Daalder, Hans (Hrsg.) (1987). *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, the Netherlands, and Belgium*. London.
- Dahl, Robert A. (1990). *Party Systems and Patterns of Opposition*. In: Mair, Peter (Hrsg.). *The West European Party System*. Oxford. S. 296-301.
- Dalton, Russel J., Scott C. Flanagan und Paul A. Beck (1984). *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton.
- Dietschi, Eugen (1979). *60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns*. Bern.
- Dittrich, Karl (1983). *Testing the Catch-all Thesis: Some Difficulties and Possibilities*. In: Daalder, Hans und Peter Mair (Hrsg.). *Western European Party Systems*. London. S. 257-266.
- Dodd, Lawrence C. (1976). *Coalitions in Parliamentary Government*. Princeton.
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York.
- Downs, Anthony (1957b). *An economic theory of political action in democracy*. In: *Journal of Political Economics*, 64. S. 135-150.
- Duverger, Maurice (1951). *Les partis politiques*. Paris.
- Duverger, Maurice (1951b). *The influence of electoral systems on political life*. In: *International Social Science Bulletin*, 3. S. 314-352.
- Duverger, Maurice (1954). *L'influence des systèmes électoraux sur la vie politique*. Paris.
- Duverger, Maurice (1954b). *Political Parties*. London.
- Duverger, Maurice (1984). *Duverger's law: forty years later*. In: Grofman, Bernard und Arend Lijphart (Hrsg.). *Electoral Laws and their Political Consequences*. New York. S. 69-84.
- Dürrenmatt, Peter (1957). *Schweizer Geschichte*. Bern.

- Eckstein, Harry (1966). *Division and Cohesion in Democracy: A Study of Norway*. Princeton.
- Ersson, Svante und Jan-Erik Lane (1982). *Democratic Party Systems in Europe: Dimensions, Change and Stability*. In: Scandinavian Political Studies, 5. S. 67-96.
- Ersson, Svante und Jan-Erik Lane (1998). *Electoral instability and party system change in Western Europe*. In: Pennings, Paul und Jan-Erik Lane (Hrsg.). *Comparing Party System Change*. London. S. 23-39.
- Evans, Geoffrey (2000). *The Continued Significance of Class Voting*. In: Annual Review of Political Science, 3. S. 401-417.
- Fagagnini, Hans Peter (1978). *Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene*. In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft 18. S.75-94.
- Fagagnini, Hans Peter (1988). *Die politischen Parteien im Struktur und Wertewandel*. In: Schweizer Monatshefte, 68. S. 123-135.
- Falter, Jürgen et al. (Hrsg.). *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim*. Mannheim. S. 142-152.
- Felder, Urs (1993). *Wahl aller Kantonsregierungen unter besonderer Berücksichtigung des Wahlsystems*. Zürich.
- Flanagan, Scott C. (1973). *Models and Methods of Analysis*. In: Almond, Gabriel A. et al. (Hrsg.). *Crisis, Choice and Change: Historical Studies of Political Development*. Boston. S. 43-102.
- Flanagan, Scott C. und Russel J. Dalton (1984). *Parties Under Stress: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies*. In: West European Politics, 7(1). S. 7-23.
- Flanigan, William H. und Nancy H. Zingale (1982). *Western European and Anglo-American Party Systems. A Dimensional Analysis*. In: Comparative Political Studies, 14. S. 481-515.
- Franklin, Mark N. (1992). *The decline of cleavage politics*. In: Franklin, Mark N., Tom Mackie, Henry Valen et al. (Hrsg.). *Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge. S. 383-405.
- Franklin, Mark N., Tom Mackie, Henry Valen et al. (1992). *Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge.
- Gaines, Brian J. (1997). *Where to Count Parties*. In: Electoral Studies, 16/1. S. 49-58.

- Gallagher, Michael, Michael Laver und Peter Mair (1995). *Representative Government in Modern Europe*. New York.
- Gellner, Winand und Hans-Joachim Veen (Hrsg.) (1995). *Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen*. Frankfurt am Main.
- Geser, Hans und François Höpflinger (1977). *Staatsverwaltung und Sozialstruktur. Ein Vergleich zwischen vier Kantonen*. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 17. S. 111-135.
- Geser, Hans, Andreas Ladner, Roland Schaller und Thanh-Huyen Ballmer-Cao (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich.
- Gilg, Peter und Claude Longchamp (1986). *Direktdemokratische Einrichtungen. UNIVOX-Analysen*. Bern.
- Girod, Roger (1964). *Geography of the Swiss Party System*. In: Allardt, E. und Y. Littunen (Hrsg.). *Cleavages, Ideologies and Party Systems*. S. 132-161.
- Gross, Donald A. (1982). *Units of Analysis and Rae's Fractionalization Index*. In: *Comparative Political Studies*, 15/1. S. 85-98.
- Gross, Donald A. und L. Siegelmann (1984). *Comparing Party Systems: A Multidimensional Approach*. In: *Comparative Politics*, 16. S. 463-79.
- Gruner, Erich (1969). *Die Parteien der Schweiz*. Bern.
- Gruner, Erich (1977). *Die Parteien der Schweiz*. Bern.
- Harmel, Robert und Kenneth Janda (1976). *Comparing Political Parties, Supplementary Empirical Teaching Units in Political Science*. Washington. S. 33-35.
- Harmel, Robert und John D. Robertson (1985). *Formation and Success of New Parties*. In: *International Political Science Review*, 6/4, S. 501-523.
- Hermet, Guy, Julian Thomas Hottinger und Daniel-Louis Seiler (Hrsg.) (1998). *Les Partis Politiques en Europe de l'Ouest*. Paris.
- Hinich, Melvin J. and Michael C. Munger (1992). *A Spatial Theory of Ideology*. In: *Journal of Theoretical Politics*, 4/1. S. 5-30.
- Huber, John und Ronald Inglehart (1995). *Expert interpretations of party space and party locations in 42 societies*. In: *Party Politics*, 1/1, S. 73-111.
- Inglehart, Ronald und Dusan Sidjanski (1974). *Dimension gauche-droite chez les dirigeants et électeurs suisses*. In: *Revue Française de Science Politique*, 24. S. 994-1025.
- Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton.

- Inglehart, Ronald (1984). *The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society*. In: Dalton, Russel J., Scott C. Flanagan und Paul A. Beck (Hrsg.). *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton. S. 25-69.
- Inglehart, Ronald (1990). *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton.
- Jahn, Detlef und Matt Henn (2000). *The „New“ Rhetoric of New Labour in Comparative Perspective: A Three Country Discourse Analysis*. In: *West European Politics*, 23/1. S. 26-46.
- Janda, Kenneth (1983). *Cross-National Measures of Party Organizations and Organizational Theory*. In: *European Journal of Political Research*, 11. S. 319-332.
- Janda, Kenneth und Desmond, S. King (1985). *Formalizing and Testing Duverger's Theories on Political Parties*. In: *Comparative Political Studies*, 18/2. S. 139-169.
- Jost, Hans Ulrich (1986). *Crise historique du parti politique*. In: Linder, Wolf (Hrsg.) 1986 . *Politische Parteien und neue Bewegungen*. Bern. S. 317-332.
- Junker, Beat und Rudolf Maurer (1968). *Kampf und Verantwortung, Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1918-1968*. Bern.
- Junker, Beat (1968). *Die Bauern auf dem Weg zur Politik. Die Entstehung der Bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*. Bern.
- Katz, Richard S. und Mair Peter (1993). *The Evolution of Party Organizations in Europe: Three Faces of Party Organization*. In: *American Review of Politics*, 14. S. 593-617.
- Katz, Richard S. und Peter Mair (1994). *How Parties Organize: Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies*. London.
- Katz, Richard S. and Peter Mair (1995). *Changing Models of Party Organization and Party Democracy: the Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics*, 1/1. S. 5-28.
- Kerr, Henry H. (1987). *The Swiss Party System: Steadfast and Changing*. In: Daalder, Hans (Hrsg.). *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, the Netherlands, and Belgium*. London. S. 107-192.
- Kesselmann, Mark (1966). *French Local Politics: A Statistical Examination of Grass Roots Consensus*. In: *American Political Science Review*, 60. S. 963-73.

- Kim, Jae-On und Mahn-Geum Ohn (1992). *A Theory of Minor-Party Persistence: Election Rules, Social Cleavage, and the Number of Political Parties*. In: *Social Forces*, 70. S. 575-599.
- Kirchheimer, Otto (1965). Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 6/1. S. 20-41.
- Klingemann, Hans-Dieter und Dieter Fuchs (Hrsg.) (1995). *Citizens and the State. Beliefs in Government*. Band 1. Oxford.
- Klöti, Ulrich (1998). *Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien*. In: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern. 45-72.
- Klöti, Ulrich und Wolf Linder (1998). *Vergleichende Perspektiven*. In: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern. S. 297-314.
- Klöti, Ulrich et al. (Hrsg.) (1999). *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich.
- Knutsen, Oddbjorn und Elinor Scarbrough (1995). *Cleavage Politics*. In: Van Deth, Jan und Elinor Scarbrough (Hrsg.). *The Impact of Values. Beliefs in Government*. Band 4. Oxford. S. 492-523.
- Kolinsky, Eva (1993). *Das Parteiensystem der Bundesrepublik: Forschungsthemen und Entwicklungslinien*. In: Niedermayer, Oskar und Richard Stöss (Hrsg.). *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen. S. 35-56.
- Koole, Ruud (1998). *Pays-Bas*. In: Hermet, Guy, Julian Thomas Hottinger und Daniel-Louis Seiler (Hrsg.). *Les Partis Politiques en Europe de l'Ouest*. Paris. S. 355-376.
- Kriesi, Hanspeter (1994). *Les démocraties occidentales. Une approche comparée*. Paris.
- Kriesi, Hanspeter (1995). *Le système politique suisse*. Paris.
- Kriesi, Hanspeter, Boris Wernli, Pascal Sciarini und Matteo Gianni (1996). *Le clivage linguistique: Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse*. Bern.
- Kriesi, Hanspeter (1998). *The transformation of cleavage politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture*. In: *European Journal of Political Research*, 33. S. 165-185.
- Laakso, Markku und Rein Taagepera (1979). *Effective number of parties. A Measure with Application to West Europe*. In: *Comparative Political Studies*, 12/1 April. S. 3-27.

- Ladner, Andreas (1991). *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz*. Zürich.
- Ladner, Andreas und Roland Schaller (1994). *Zur Sozialstruktur der Lokalparteien*. In: Geser, Hans, Andreas Ladner, Roland Schaller und Thanh-Huyen Ballmer-Cao. *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich. S. 77-106.
- Ladner, Andreas (1999). *Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien*. In: Klöti, Ulrich et al. (Hrsg.) *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich. S. 213-260.
- Ladner, Andreas (2000). *Politikbeteiligung und die Reform der politischen Institutionen*. In: Suter, Christian (Hrsg.) *Sozialbericht 2000*. Zürich. S. 216-234.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle (2001). *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerparteien?* Zürich.
- Ladner, Andreas (2003). *Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971-2003*. Neuchâtel.
- Lane, Jan-Erik und Svante Ersson (1994). *Politics and Society in Western Europe*. London.
- Lane, Jan-Erik und Svante Ersson (1997). *Parties and Voters: What Creates the Ties?* In: *Scandinavian Political Studies*, 20/2. S. 179-196.
- Lang, Karl et al. (Hrsg.) (1988). *Solidarität, Widerspruch und Bewegung. 100 Jahre Sozial-demokratische Partei der Schweiz*. Zürich.
- LaPalombara, Joseph und Myron Weiner (Hrsg.) (1966). *Political Parties and Political Development*. Princeton.
- LaPalombara, Joseph und Myron Weiner (1990). *The Origin of Political Parties*. In: Mair, Peter (Hrsg.). *The West European Party System*. Oxford. S. 25-30.
- Laver, Michael and William Ben Hunt (1992). *Policy and Party Competition*. New York.
- Lawson, Kay und Peter H. Merkl (1988). *When Parties Fail: Emerging Alternative Organizations*. Princeton.
- Lehmbruch, Gerhard (1988). *Parteiensysteme*. In: Görres-Gesellschaft (Hrsg.) *Staatslexikon: Recht, Wirtschaft und Verbände*. Band 4. Freiburg. S. 311-318.
- Lijphart, Arend (1977). *Democracy in Plural Societies*. New Haven (Connecticut).

- Lijphart, Arend (1980). *Language, Religion, Class and Party Choice: Belgium, Canada, Switzerland and South Africa*. In: Rose, Richard (Hrsg.), *Electoral Participation: A Comparative Handbook*. London. S. 283-328.
- Lijphart, Arend (1981). *Political Parties: Ideologies and Programs*. In: Butler, David, Howard R. Penniman und Austin Ranney (Hrsg.). *Democracy at the Polls: A Comparative Study of Competitive National Elections*. Washington D.C. S. 26-51
- Lijphart, Arend (1984). *Democracies: Patterns of majoritarian and consensus government in 21 countries*. New Haven (Connecticut).
- Lijphart, Arend (1994). *Electoral Systems and Party Systems: A Study of 27 Democracies, 1945-1990*. Oxford.
- Lijphart, Arend (1997). *The Difficult Science of Electoral Systems: A Commentary on the Critique by Alberto Penadés*. In: *Electoral Studies*, 16/1. S. 73-77.
- Lijphart, Arend (1999). *Patterns fo Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven (Connecticut) und London.
- Linder, Wolf (1998). *Partei-, Persönlichkeits-, Europa- oder Traditionswahl? - Eine systematische Untersuchung des Einflusses der Sachthemen auf den Wahlentscheid*. In: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern. S. 131-160.
- Linder, Wolf (1999). *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (Hrsg.)(1967). *Party Systems and Voter Alignments*. New York.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967). *Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*. In: Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (Hrsg.). *Party Systems and Voter Alignments*. New York. S. 1-64.
- Lipset, Seymour M. (Hrsg.) (1969). *Politics and the Social Science*. New York.
- Longchamp, Claude (1987). *Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens*. In: *Schweizerjahrbuch für politische Wissenschaft*, 27. S. 51-27.
- Longchamp, Claude (1994). *Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als eine Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit*. Zürich.

- Lutz, Georg und Dirk Strohmann (1998). *Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen*. Bern.
- Lybeck, Johan (1985). *Is The Lipset-Rokkan Hypothesis Testable?* In: Scandinavian Political Studies 8/1-2. S. 105-113.
- Mackie, Tom und Richard Rose (1997). *A Decade of Election Results: Updating the International Almanac*. Glasgow.
- Maguire, Maria (1983). *Is There Still Persistence? Electoral Change in Western Europe, 1948-1979*. In: Daalder, Hans und Peter Mair. *Western European Party Systems*. London. S. 67-94.
- Mair, Peter (1983). *Adaption and Control: Towards an Understanding of Party and Party System Change*. In: Daalder, Hans und Peter Mair (Hrsg.). *Western European Party Systems*. S. 405-429.
- Mair, Peter und Gordon Smith (Hrsg.) (1989). *Understanding Party System Change in Western Europe*. *West European Politics*, 12/4.
- Mair, Peter (1989). *Continuity, Change and the Vulnerability of Party*. In: *West European Politics*, 12/4. S.169-187.
- Mair, Peter (1989). *The problem of party system change*. In: *Journal of Theoretical Politics*, 1/3. S. 251-276.
- Mair, Peter und Gordon Smith (Hrsg.) (1990). *Understanding Party System Change. The West European Experience*. London.
- Mair, Peter (Hrsg.) (1990). *The West European Party System*. Oxford.
- Mair, Peter (1993). *Myths of electoral change and the survival of traditional parties*. In: *European Journal of Political Research*, 24. S. 121-133.
- Mair, Peter (1997). *Party System Change: Approaches and Interpretations*. Oxford.
- Manza, Jeff und Clem Brooks (1999). *Social Cleavages and Political Change. Voter Alignments and U.S. Party Coalitions*. Oxford.
- Maor, Moshe und Jan-Erik Lane (Hrsg.) (1998). *Comparative public administration*. Band 1. Alershot.
- Milder, David N. (1974). *Definitions and Measures of the Degree of Macro-Level Party Competition in Multiparty Systems*. In: *Comparative Political Studies*, 6/Januar. S. 431-456.
- Miller, Warren E. und J. Merill Shanks (1996). *The New American Voter*. Cambridge (Massachusetts) und London.
- Mintzel, Alf (1985). *Parteiensoziologie*. In: Nohlen, Dieter und R. O. Schultze (Hrsg.). *Wörterbuch zur Politik*. Band 1: Politikwissenschaft. München. S. 661-664.



- Mintzel, Alf (1994). *Parteiensystem*. In: Holtmann, Everhard et al. (Hrsg.). *Politik-Lexikon*. München. S. 437-440.
- Molinar, Juan (1991). *Counting the number of parties: an alternative index*. In: *American Political Science Review*, 85/4. S. 1383-1391.
- Möckli, Silvano (1994). *Direkte Demokratie. Ein internationaler Vergleich*. Bern.
- Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.) (1989). *New Politics in Western Europe: The Rise and Success of Green Parties and Alternative Lists*. Boulder.
- Nabholz, Ruth (1998). *Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971-1995*. Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects. Bern. S. 17-43.
- Neidhart, Leonhard (1986). *Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien*. In: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, 26. S. 17-43.
- Neto, Octavio Amorin und Gary W. Cox (1997). *Electoral Institutions, Cleavage Structures, and the Number of Parties*. In: *American Journal of Political Science*, 41/1. S. 149-174.
- Neumann, Sigmund (Hrsg.) (1956). *Modern Political Parties*. Chicago.
- Niedermayer, Oskar (1997). *Das gesamtdeutsche Parteiensystem*. In: Gabriel, Oscar W., Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.). *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn. S. 106-130.
- Nohlen, Dieter (1989). *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen.
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1991). *Wörterbuch Staat und Politik*. Bonn.
- Nohlen, Dieter, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttenmeyer (Hrsg.) (1998). *Lexikon der Politik*. Band 7. München.
- Pappi, Franz Urban (1991). *Konfliktlinien*. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik*. Bonn. S. 301-306.
- Pedersen, Morgens N. (1979). *The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility*. In: *European Journal of Political Research*, 7. S. 1-26.
- Pedersen, Morgens N. (1980). *On Measuring Party System Change. A Methodological Critique and a Suggestion*. In: *Comparative Political Studies*, 12/4. S. 387-403.
- Pedersen, Morgan N. (1983). *Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948-1977*. In: Daalder, Hans und Peter Mair. *Western European Party Systems*. London. S. 29-66.

- Pedersen, Mogens N. (1997). *Reflections: Dynamics of European party systems. A catalyst for a discussion.* In: European Journal of Political Research, 31/1-2. S. 93-9797.
- Pennings, Paul and Jan-Erik Lane (Hrsg.) (1998). *Comparing Party System Change.* London und New York.
- Pesonen, Pertti (1973). *Dimensions of Political Cleavage in Multy-Party Systems.* In: European Journal of Political Research, 1/2. S. 104-132.
- Pombeni, Paolo (1992). *Introduction à l'histoire des partis politiques.* Paris.
- Prongué, Bernard (Hrsg.) (1991). *Passé pluriel, en hommage au professeur Roland Ruffieux.* Fribourg.
- Przeworski, Adam (1985). *Capitalism and Social Democracy.* Cambridge.
- Rae, Douglas (1967). *The Political Consequences of Electoral Laws.* New Haven (Connecticut).
- Rae, Douglas W. (1968). *A Note on the Fractionalization of Some European Party Systems.* In: Comparative Political Studies, 1/3. S. 413-18.
- Rae, Douglas W. and Michael Taylor (1970). *The Analysis of Political Cleavages.* New Haven (Connecticut).
- Rae, Douglas W. (1971). *The Political Consequences of Electoral Laws.* New Haven (Connecticut).
- Reif, Karlheinz (1984). *Konsolidierungszeitpunkt, Polarisierung, Bipolarität. Einige Anmerkungen zu Rokkan, Sartori und dem Wandel europäischer Parteiensystemen.* In: Falter, Jürgen et al. (Hrsg.). Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim. Mannheim. S. 142-152.
- Reif, Karlheinz (1987). *Vergleichende Parteien- und Verbändeforschung.* In: Berg-Schlosser Dirk und Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.). Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen. S. 151-168.
- Riker, William H. (1976). *The number of political parties: a reexamination of Duverger's law.* In: Comparative Politics, 9. S. 93-105.
- Riker, William H. (1982). *The two-party system and Duverger's law: an essay on the history of political science.* In: American Political Science Review, 76. S. 753-766.
- Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner (Hrsg.) (1996). *Historische Statistik der Schweiz.* Zürich.
- Rokkan, Stein (1970). *Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of Political Development.* Oslo.

- Rose, Richard und Derek Urwin (1970). *Persistence and Change in Western Party System since 1945*. In: Political Studies, 18/3. S. 287-319.
- Rustow, Dankwart W. (1956). *Scandinavia: Working Multiparty Systems*. In: Neumann, Sigmund (Hrsg.). *Modern Political Parties*. Chicago. S. 169-193.
- Sani, Giacomo und Giovanni Sartori (1983). *Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies*. In: Daalder, Hans und Peter Mair (Hrsg.) *Western European Party Systems: Continuity and Change*. S. 307-340. London.
- Sartori, Giovanni (1966). *European Political Parties: The Case of Polarized Pluralism*. In: LaPalombara, Joseph und Myron Weiner (Hrsg.). *Political Parties and Political Development*. Princeton. S. 137-176.
- Sartori, Giovanni (1967). *Typologies of Party Systems - A Critique*. International Political Science Association. Seventh World Congress Brussels. Entwurf.
- Sartori, Giovanni (1968). *The Sociology of Parties: A Critical Review*. In: Stammer, O. (Hrsg.). *Party Systems, Party Organisation and the Politics of the New Masses*.
- Sartori, Giovanni (1969). *Sociology of Politics and Political Sociology*. In: Lipset, Seymour M. (Hrsg.). *Politics and the Social Science*. New York. S. 65-100.
- Sartori, Giovanni (1970). *The typology of party systems - proposals for improvement*. In: Allardt, Erik und Stein Rokkan (Hrsg.). *Mass Politics*. S. 322-352. New York.
- Sartori, G. (1976). *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Band 1. Cambridge.
- Schmidt, Manfred G. (1996). *When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy?* In: *European Journal of Political Research*, 30/2. S. 155-183.
- Schmitt, Hermann und Sören Holmberg (1995). *Political Parties in Decline?* In: Klingemann, Hans-Dieter und Dieter Fuchs (Hrsg.). *Citizens and the State*. New York. S. 95-133.
- Schuler, Martin, Matthias Bopp, Kurt E. Brassel und Ernst A. Brugger (1986). *Strukturatlas der Schweiz*. Zürich.
- Seiler, Daniel-Louis (1987). *Enjeux et partis politiques en Suisse*. In: *Pouvoirs*, 43. S. 115-138.

- Seiler, Daniel-Louis (1991). *La Suisse comme „démocratie consociative“: essai de déconstruction d'un mythe de science politique*. In: Prongué, Bernard (Hrsg.). *Passé pluriel*, en hommage au professeur Roland Ruffieux. Fribourg. S. 341-359.
- Seiler, Daniel-Louis (1998). *Les partis et les mots*. In: Hermet, Guy, Julian Thomas Hottinger und Daniel-Louis Seiler. *Les Partis Politiques en Europe de l'Ouest*. Paris: Economica. S. 3-10.
- Seiler, Daniel-Louis (1998). *Belgique*. In: Hermet, Guy, Julian Thomas Hottin-ger und Daniel-Louis Seiler (Hrsg.). *Les Partis Politiques en Europe de l'Ouest*. Paris. S. 67-94.
- Shamir, Michal (1984). *Are Western Party Systems „Frozen“? A Comparative Dynamic Analysis*. In: *Comparative Political Studies*, 17/1. S. 35-79.
- Shamir, Michal (1985). *Changes in Electoral Systems as „Interventions“: Another Test of Du-verger's Hypothesis*. In: *European Journal of Political Research*, 13. S. 1-10.
- Shugart, Matthew S. (1985). *The two effects of district magnitude: Venezuela as a critical experiment*. In: *European Journal of Political Research*, 13. S. 353-364.
- Sigelman, Lee und Syng Nam Yough (1978). *Left-Right Polarization in National Party Systems*. In: *Comparative Political Studies*, 11. S. 355-379.
- Sjöblom, Gunnar (1968). *Party Strategies in a Multiparty System*. Lund.
- Smith, Gordon (1978). *Trends in Western European Party Systems*, In: *Parliamentary Affairs*, 31. S. 37-51.
- Smith, Gordon (1989). *Politics in Western Europe. A Comparative Analysis*. New York.
- Sprague, John (1980). *On Duverger's Sociological Law: The Connection between Electoral Laws and Party Systems*. Political Science Papers, No. 48, Departement of Political Science, Washington University.
- Stadler, Peter (1996). *Der Kulturkampf in der Schweiz. Eidgenossenschaft und katholische Kirche im europäischen Umkreis 1848-1888*. Zürich.
- Steiner, Jürg (1969). *Typologisierung des schweizerischen Parteiensystems*. In: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, 9. S. 21-40.
- Steinmann, Ernst (1955). *Geschichte des Schweizerischen Freisinns*. Band 1. Bern.
- Taagepera, Rein und Bernard Grofman (1985). *Rethinking Duverger's law: predicting the effective number of parties in plurality and PR systems - parties minus issues equals one*. In: *European Journal of Political Research*, 13. S. 341-352.

- Taagepera, Rein und Matthew Shugart (1989). *Seats and Votes: The Effects and Determinants of Electoral Systems*. New Haven (Connecticut).
- Taagepera, Rein (1997). *Effective Number of Parties for Incomplete Data*. In: *Electoral Studies*. 16/2. S. 145-151.
- Taylor, Michael und Valentine Herman (1971). *Party Systems and Government Stability*. In: *The American Political Science Review*, 65/1. S. 28-37.
- Taylor, Michael und Michael Laver (1973). *Government coalitions in Western Europe*. In: *European Journal of Political Research*, 1. S. 237-248.
- Trechsel, Alexandre H. (1995). *Clivages en Suisse. Analyse des impacts relatifs des clivages sur l'électorat suisse lors des élections fédérales*. Genf.
- Tschäni, Hans (1990). *Das neue Profil der Schweiz. Konstanz und Wandel in einer alten Demokratie*. Zürich.
- Vatter, Adrian (2002). *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen.
- Wagschal, Uwe (1998). *Parties, party systems and policy effects*. In: Pennings, Paul und Jan-Erik Lane (Hrsg.). *Comparing Party System Change*. London. S. 62-78.
- Ware, Alan (1995). *The Party Systems of the Established Liberal Democracies in the 1990s: Is this a Decade of Transformation?* In: *Government and Opposition*. 30/3. S. 312-326.
- Ware, Alan (1996). *Political Parties and Party Systems*. New York.
- Wehling, Hans-Georg (Hrsg.) (1983). *Westeuropas Parteiensysteme im Wandel*. Stuttgart.
- Weibel, Ernest (1996). *Politique et Conseils d'Etat en Suisse romande de 1940 à nos jours*. Freiburg.
- Wiesendahl, Elmar (1980). *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*. Opladen.
- Wiesendahl, Elmar (1992). *Parteiensysteme*. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.). *Wörterbuch zur Politik*. Band 1. München. S. 666-670.
- Wildgen, John (1971). *The Measurement of Hyperfractionalization*. In: *Comparative Political Studies*, 4/Juli. S. 233-43.
- Wolinetz, Steven B. (1979). *The Transformation of Western European Party Systems*. In: *West European Politics*, 2/1. S. 4-28.
- Wolinetz, Steven B. (1988). *Parties and Party Systems in Liberal Democracies*. London.

- Wolinetz, Steven B. (1988). *Party System Change: Past, Present and Future*. In: Wolinetz, Steven B. (Hrsg.). *Parties and Party Systems in Liberal Democracies*. London. S. 296-320.
- Zuckermann, Alan (1975). *Political Cleavage: A Conceptual and Theoretical Analysis*. In: *British Journal of Political Science*, 5. S. 231-48.
- Zuckermann, Alan (1982). *New Approaches to Political Cleavages: A Theoretical Introduction*. In: *Comparative Political Studies*, 15. S. 131-144.